

# Die Ortenau

Veröffentlichungen  
des Historischen Vereins für Mittelbaden

63. Jahresband 1983



OFFENBURG/BADEN  
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

**EINLADUNG ZUR**  
**JAHRESVERSAMMLUNG**  
**DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN E.V.**

**am 16. Oktober 1983**

**in Neuried-Altenheim**

- 8.30 Uhr: Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung im Bürgersaal des Rathauses, im Ortsteil Altenheim  
anschließend Empfang durch Herrn Bürgermeister Hermann Mild
- 11.00 Uhr: Festsitzung im Saal des Gemeindehauses Altenheim mit Vortrag von Herrn Professor Dr. Raymond Matzen, Universität Straßburg, anlässlich des Gedenkjahres an Friederike Brion:  
**„Goethes Friederike und Olivia“**  
Musikalische Umrahmung: Musikverein „Trachtenkapelle Altenheim“
- 12.30 Uhr: Mittagessen in hiesigen Gaststätten
- 14.30 Uhr: Fahrt nach Meißenheim
- 15.00 Uhr: Anlässlich des Silbermann-Gedenkjahres Vortrag in der Kirche in Meißenheim  
**„Silbermann in der Ortenau“**  
und  
**„Orgelkonzert auf der Silbermann-Orgel“**  
Vortrag und Konzert von Herrn Ernst Wacker, Bezirkskantor, Lahr  
Ausklang in der Friederiken-Stube des Hotels „Riedhof“ in Meißenheim

Der Bürgermeister  
der Gemeinde Neuried  
Hermann Mild

Komm. Präsident  
des  
Historischen Vereins für Mittelbaden e.V.  
Kurt Klein

# Die Ortenau

Veröffentlichungen  
des Historischen Vereins für Mittelbaden

63. Jahresband 1983



Redaktion  
Hugo Schneider

OFFENBURG/BADEN  
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342 - 1503

## INHALT

Bürgermeister Hermann Mild, Grußwort der Gemeinde Neuried .....	4
Kurt Klein, Wilhelm Mechler zum Gedenken .....	5
Remigius Bäumer, Wolfgang Müller † .....	7
Bernhard Uttenweiler, Albert Köbele (1909-1982) Heimat- und Sippenforscher aus Grafenhausen .....	9
Karl Schwab, Hermann Oser zum Gedenken .....	11
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht 1982/83 .....	12
Berichte der Mitgliedergruppen 1982 .....	14
Carl Helmut Steckner, Arbeitskreis Hanauer Museum .....	22
Josef Naudascher, Archäologischer Arbeitskreis .....	25
Landrat Dr. Gerhard Gamber, Der Ortenaukreis — 10 Jahre danach .....	30
Dieter Kauß, Aufgaben und Arbeit des Kreisarchivars im Ortenaukreis .....	41
Wilhelm Marx, Abgegangene Siedlungen in der Altenheimer Gemarkung .....	44
Wolfgang Mössinger, Die Anfänge der Stadt Zell am Harmersbach .....	69
Hans-Martin Pillin, Das älteste Kappelrodecker Weistum .....	79
Josefine Koerner-Baumann, 400 Jahre Fischerzunft Rust .....	85
Gerhard Schildberg, Seelsorge zwischen Ruinen und Fluchtinseln: Jeremias Gugger .....	89
Hermann Schmid, Die Ettenmünsterschen Klostergeschichten des P. Bernard Stöber (1740-1817) .....	93
Hubert Kewitz, Vor dem Ende der alten Welt .....	127
Gudrun Schultz, Wirtschaft und Bevölkerung in den Amtsbezirken Achern und Bühl 1850 bis 1914 .....	131

Adolf Schmid, Das Projekt „Wolfalbahnhof“ .....	175
Manfred Hildenbrand, Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in einer Kleinstadt — Haslach i. K. im Jahre 1933 .....	187
Erwin Dittler, Adolf Geck (1854-1942) .....	234
Udo Wasmer, Der Heimatschriftsteller Alban Stolz .....	274
Klaus Weschenfelder, Bernhard Borst (1883-1963) .....	282
Hugo Schneider, Die kirchlichen Verhältnisse in Achern von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts .....	294
 Kleine Beiträge	
Wolfgang Struck, Zwei keltische Goldmünzen aus Querbach .....	330
Karl Schwab, Steinbach vor dem Brand 1643 .....	332
Josef Krausbeck, Dreiunddreißig Bronzetafeln erzählen von Wolfachs Geschichte .....	334
Wilhelm Marx, „Dr Million Schniidr“ .....	337
Kurt Klein, Die Jakobslinde an der Wallfahrtskirche St. Jakob bei Wolfach .....	338
Kurt Klein, Die Teufelskanzel am Urenkopf bei Haslach .....	339
Kurt Klein, Der Huberfelsen bei Hornberg .....	341
Franz Schindler, Das Heimatmuseum in Steinach i. K. ....	342
Paul Zimmermann, Das Hohberger Bienenmuseum .....	344
Oskar Kohler, Der alte Postverkehr im Kinzigtal .....	346
Heinz G. Huber, Die lokale Filmchronik — eine neue Form, Heimatgeschichte zu dokumentieren .....	347
 Besprechungen und Hinweise .....	 351
 Anschriften der Autoren .....	 370
 Hinweis auf den Gesamtregisterband .....	 371



## Grußwort der Gemeinde Neuried

Im Namen der Gemeinde Neuried darf ich alle Teilnehmer anlässlich der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. am 16. Oktober 1983 recht herzlich willkommen heißen. Es freut mich, daß die diesjährige Jahreshauptversammlung in der Gemeinde Neuried abgehalten wird.

Wie die Pflanze vom Winde verweht wird, die nicht fest im Boden wurzelt, so kann auch der Mensch sein Leben nicht dauerhaft einrichten, wenn er nicht in der Geschichte verwurzelt ist. Das gleiche gilt für das Brauchtum unserer Vorfahren und die alten Überlieferungen unseres Volkes. Wenn sie auch aus den verschiedensten Gründen nicht mehr im alltäglichen Geschehen sich äußern können, so dürfen sie deshalb dennoch nicht vergessen werden. Viele Erscheinungen auch unseres Lebens lassen sich nur erklären und verstehen, wenn man ihre Entstehung, ihren geschichtlichen Inhalt kennt. Deshalb ist es für das Fortbestehen unserer Kultur lebensnotwendig, daß die Verbindung zur Vergangenheit erhalten bleibt, die sie alle so liebevoll pflegen.

Daß bei Ihrem Verein wertvolle Arbeit geleistet wird, ersehe ich aus dem Wirken unserer Mitgliedergruppe in Neuried selbst. Für diese Arbeit darf ich Ihnen Dank und Anerkennung aussprechen. Der diesjährigen Hauptversammlung wünsche ich ein erfolgreiches Gelingen und allen Teilnehmern einen angenehmen Aufenthalt in Neuried.

*Hermann Mild, Bürgermeister*

## Wilhelm Mechler zum Gedenken

Bei unserer letzten Jahresversammlung am 17. Oktober 1982 in Oppenau im Renchtal wurde Wilhelm Mechler die schon längst verdiente Ehrenmitgliedschaft unseres Vereines verliehen. Das Besondere an dieser Auszeichnung war, daß dem Geehrten die erste der neu angefertigten Ehrenurkunde des Historischen Vereines für Mittelbaden übergeben werden konnte. Damit sollte sein segensreiches lebenslanges Wirken um die Heimat und die Geschichte der Ortenau, aber auch seine Mühen und Opfer um den Historischen Verein gewürdigt werden, dem er über ein Jahrzehnt mit Umsicht und Tatkraft als Präsident vorstand.



*Kurt Klein überreicht Wilhelm Mechler die Ehrenurkunde des Historischen Vereines*

*Aufnahme: M. Hildenbrand*

Nur wenige Wochen zuvor durfte er bei seinem 75. Geburtstag am 10. September mit Freude und Genugtuung feststellen, daß sein rastloses Arbeiten für die Lande um Rhein und Schwarzwald, für die hohen Ziele des Historischen Vereines eine allseitige Anerkennung gefunden hat. So war es uns möglich, dieser

stets schaffensfrohen Persönlichkeit noch im Leben Dank und Anerkennung zu sagen.

Erlebten wir noch während der ganzen Jahresversammlung unseren Präsidenten mit der ihm eigenen Vitalität, so wurde er bereits wenige Tage später auf ein schweres Krankenlager gedrückt, von dem ihn der Tod überraschend schnell erlöste. Als wir ihn dann am 9. November auf seinem letzten Gang begleiteten, durften wir an seinem Grab, so sehr der Verlust, die Trauer um seinen plötzlichen Heimgang auf uns lastete, nur das wiederholen, was wir ihm noch wenige Tage zuvor gesagt hatten.

Oberstudiendirektor Mechler hat bewiesen, daß die Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht ein Zurückziehen auf eine abgeschiedene Oase der Ruhe und Beschaulichkeit bedeutet, sondern daß die Erkenntnisse der Geschichte zum Einsatz für die Probleme der Gegenwart zwingen. Deshalb wurde er zum Sprecher, Mahner und Wegbereiter nicht nur für die geschichtlichen Aufgaben unserer Heimat, vielmehr stellte er sich auch den dringenden Erfordernissen unserer Generation. Unser Präsident zeigt so das Bild des Historikers, dessen Sorge und Arbeit dem Heute gehört und dessen Blick richtungsweisend in die Zukunft strebt.

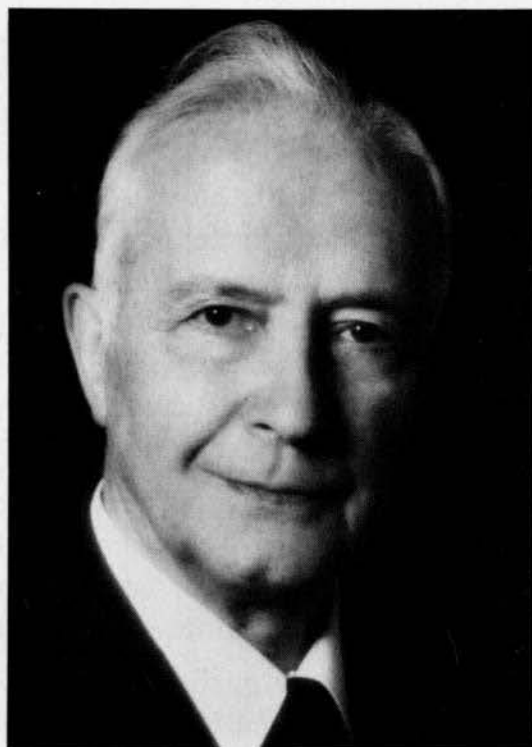
Aus dieser Verpflichtung heraus war ihm der Brückenschlag über den Rhein, ins Elsaß hin zum nachbarlichen Straßburg als der jahrhundertalten Metropole am Oberrhein ein Herzensanliegen.

Tiefen Dank schulden wir diesem Mann, der mit Leib und Seele den Aufgaben und Zielen unseres Vereins gedient hat und über ein Jahrzehnt das Steuer fest und umsichtig in seiner Hand hielt. Das war ihm nur möglich, weil seine Frau, seine Familie stets Verständnis für die ideelle Leidenschaft ihres Mannes und Vaters gezeigt haben und zu vielem Verzicht bereit waren. Das verpflichtet uns zur Dankbarkeit über das Grab hinaus.

Im November haben wir unseren verehrten Präsidenten zu Grabe getragen. Der Wind riß die letzten Blätter von den Bäumen. Im Herzen trugen wir alle den Wunsch: Möge das Werk Wilhelm Mechlers, vom Glauben, dem Vertrauen und der Hoffnung getragen, nicht vergehen.

*Kurt Klein*





## Wolfgang Müller †

Mit Prof. Dr. Wolfgang Müller, der am 15. März 1983 starb, verliert die oberrheinische Kirchengeschichtsforschung einen verdienstvollen Gelehrten, der auch wichtige Arbeiten zur Geschichte der Ortenau vorgelegt hat. Hier sei nur hingewiesen auf seine Untersuchung „Die Ortenau als Chorturmland-schaft“ (1963), seine „Beiträge zur Klostersgeschichte der Ortenau“ in dem Sammelwerk: Die Klöster der Ortenau (1978) und „Zur Kirchengeschichte der Ortenau“ in der Festschrift: St. Bartholomäus Ettenheim (1982).

Wolfgang Müller wurde am 13. März 1905 in Karlsruhe geboren. Nach dem Studium der Theologie in Freiburg und Münster empfing er 1928 die Priesterweihe. Fast 25 Jahre war W. Müller mit großem Eifer in der Seelsorge tätig und konnte dank seiner erstaunlichen Arbeitskraft nebendienstlich 1940 seine theologische, 1948 seine philosophische Promotionsarbeit beenden und 1951 seine theologische Habilitationsschrift vorlegen.

Wenn man das wissenschaftliche Lebenswerk von W. Müller überschaut, ist man über die Breite seiner Forschungsvorhaben überrascht. In seiner theologischen Dissertation (Freiburg 1940) untersuchte er die Privaturkunden des Klosters St. Blasien im 13. und 14. Jahrhundert. Seine philosophische Dissertation (München 1948) behandelte das Aufkommen der Rechtsverzichtsformeln in den mittelalterlichen Urkunden. Seine leider ungedruckte Freiburger Habilitationsschrift erörterte geschichtslogische Probleme der Theologie und unterrichtete über das Wesen und die Grenzen der kirchengeschichtlichen Erkenntnis. Für die Würdigung der Persönlichkeit des Fürstbistes Martin II. Gerbert von St. Blasien sind seine von Wolfgang Müller herausgegebenen Briefe und Akten unentbehrlich. Sie informieren u.a. über die politische und wissenschaftliche Korrespondenz des Fürstbistes.

Aus Anlaß des Universitätsjubiläums in Freiburg 1957 untersuchte W. Müller die 500jährige Geschichte der theologischen Promotionen an der Universität Freiburg. Er war Mitherausgeber der Werke und Briefe von Ignaz Heinrich von Wessenberg. Wertvolle Aufsätze veröffentlichte Müller zur Konstanzer und Freiburger Bistumsgeschichte. Sie reichen von den Anfängen des Christentums bis zur Gegenwart. Auch die „Ortenau“ konnte von ihm mehrere wertvolle Beiträge veröffentlichen. Leider hat Prof. Müller die Edition der Matrikel der Freiburger Universität aus den Jahren 1806—1873, die geplante Geschichte der Freiburger Theologischen Fakultät und die in Vorbereitung befindliche Freiburger Bistumsgeschichte nicht mehr vollenden können.

Neben seiner reichen Forschungs- und Vortragstätigkeit hatte Prof. Müller seit 1956 die Leitung des Freiburger Universitätsarchivs inne, 1960 übernahm er den Vorsitz im Kirchengeschichtlichen Verein der Erzdiözese Freiburg und 1962 die Leitung des Alemannischen Instituts, das 1930 auf Anregung des damaligen Reichsinnenministers Dr. Joseph Wirth gegründet wurde.

Die Wertschätzung, die Wolfgang Müller bei seinen Kollegen genoß, zeigte sich in der positiven Reaktion auf die Anregung, ihm eine Festschrift zu widmen. Sie erschien zu seinem 75. Geburtstag unter dem Titel: Kirche am Oberrhein (Freiburg 1980).

Auch in weiteren Kreisen fand die Forschungsarbeit von W. Müller verschiedentlich Anerkennung, so z.B. 1982 durch die Verleihung des Oberrheinischen Kulturpreises. In Anerkennung seiner Verdienste um die Erforschung der Geschichte der Ortenau verlieh ihm der Historische Verein für Mittelbaden 1980 die Ehrenmitgliedschaft.

Die Liebe und Verehrung, die Wolfgang Müller entgegengebracht wurde, zeigte sich auch in der starken Anteilnahme an seiner Beisetzung am 18. März 1983. Nach dem Seelenamt für den Verstorbenen, das auch Erzbischof Dr. Oskar Saier mitfeierte, stellte u.a. der Rektor der Freiburger Universität, Prof. Dr. Bernhard Stöckle, die Verdienste des Verstorbenen um das Universitätsarchiv heraus. Prof. Müller habe es auch verstanden, durch seine vielen Vorträge die Brücke zwischen Universität und Bevölkerung zu schlagen. Im Namen des Kirchengeschichtlichen Vereins würdigte Prof. Dr. Hugo Ott die Arbeit von Wolfgang Müller als Vorsitzender des Kirchengeschichtlichen Vereins. Den Dank des Alemannischen Instituts sprach Prof. Dr. Wolf-Dieter Sick aus.

Mit Prof. Müller ist ein anregender akademischer Lehrer, ein verdienstvoller Forscher und ein gläubiger Priester von uns gegangen. Die kirchengeschichtliche Forschung am Oberrhein hat durch seinen Tod einen schweren Verlust erlitten.

*Remigius Bäumer*

## Albert Köbele (1909 — 1982) Heimat- und Sippenforscher aus Grafenhausen

Der in Fachkreisen bekannte Heimat- und Sippenforscher Albert Köbele aus Grafenhausen bei Lahr, der sich als Herausgeber der badischen Ortssippenbücher einen Namen gemacht hat, ist am 11. Dezember 1982 verstorben.

Albert Köbele, am 6. Juni 1909 in Grafenhausen geboren, studierte nach dem Besuch des Ettenheimer Gymnasiums in Freiburg Germanistik und Geschichte. Schon während des Studiums beschäftigte er sich mit Heimatgeschichte und widmete 1939 seinem Heimatdorf eines der ersten Ortssippenbücher.



*Albert Köbele bei der Übergabe des Ortssippenbuches von Altdorf an den Ortsvorsteher Fritz Klasterer*

Sein umfangreiches Lebenswerk besteht aus rund 50 Ortssippenbücher badischer Gemeinden, die er bearbeitet und im Selbstverlag herausgegeben hat, so daß er zurecht „Vater der badischen Ortssippenbücher“ genannt wurde. Alle diese Ortssippenbücher sind eine Fundgrube für Ahnen- und Sippenforscher,

da in ihnen die Lebensdaten aller Familien eines Ortes oft bis zurück in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts gesammelt und übersichtlich geordnet sind. Neben dem familiengeschichtlichen Teil enthalten die Ortssippenbücher jeweils noch eine reich bebilderte Geschichte des jeweiligen Ortes und seiner Vereine. Sehr oft werden in ihnen auch die Anekdoten und Sagen einer Dorfgemeinschaft aufgezeichnet und bleiben so der Nachwelt erhalten.

Aus der Ortenau verdanken ihm zwanzig Gemeinden ein solches Ortssippenbuch: Lauf/Bühl (1937), Grafenhausen (1939, 1951, 1971), Meißenheim (1951, 1969), Kappel a. Rh. (1955, 1969), Kippenheimweiler (1957), Ringsheim (1959, 1969), Münchweier (1961, 1977), Oberweier (1964), Rust (1969), Wittenweier (1970), Nonnenweier (1971), Altenheim (1973), Mietersheim (1975), Altdorf (1976), Mahlberg-Orschweier (1977), Dundenheim (1977), Ichenheim (1978), Kippenheim (1979) und Schmieheim (1979).

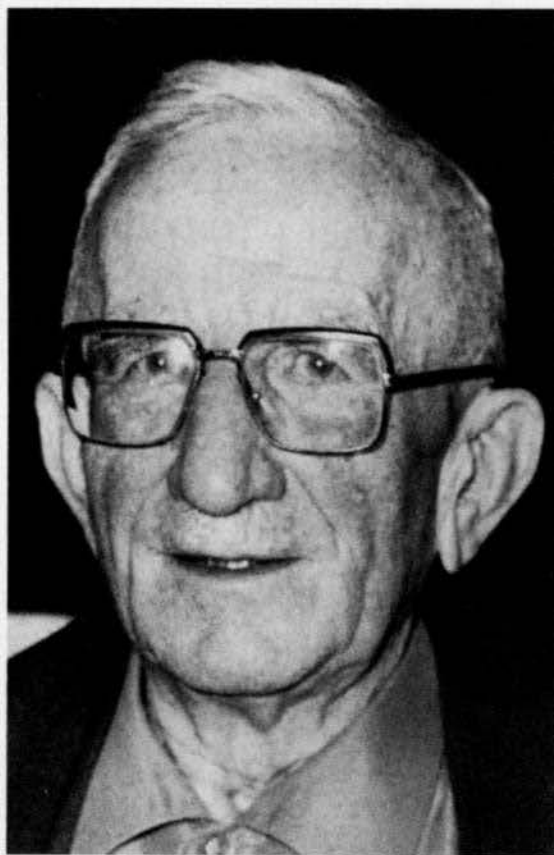
Wie sehr er sich der Familienkunde verschrieben hatte, läßt sich an weiteren Aktivitäten ablesen. Er war Mitbegründer der „Interessengemeinschaft für Familienforschung Badens“ (1955) und des „Freiburger Genealogischen Arbeitskreises“ (1965). Von 1958 bis 1974 gab er die Zeitschrift „Badische Familienkunde“ heraus, deren Aufgabe es war, der Öffentlichkeit Beiträge und Quellen zur Familienkunde zugänglich zu machen.

Der frühere Regierungspräsident Dr. Person würdigte 1974 aus Anlaß des 65. Geburtstages die Leistungen Köbeles auf heimat- und familiengeschichtlichem Gebiet. Die Zentralstelle für die deutsche Personen- und Familiengeschichte in Frankfurt zeichnete ihn mit einer Verdienstmedaille aus.

Aus der Verbundenheit und Verwurzelung mit seinem Heimatdorf hat dieser bescheidene und zurückgezogen lebende Heimat- und Sippenforscher die erforderliche Kraft und Ausdauer für sein gesamtes Schaffen und Wirken geschöpft. Albert Köbele hat sich wie kein zweiter im Sinne der Ziele des Historischen Vereins für Mittelbaden um die Förderung der Geschichtsforschung und deren Darstellung in der „Ortenau“ verdient gemacht.

*Bernhard Uttenweiler*

## Hermann Oser zum Gedenken †



*Foto: Doris Steffens*

Im Alter von 85 Jahren verstarb am 27. Juli 1983 nach kurzer Krankheit Hermann Oser, Landwirtschaftsschulrat a. D., Baden-Baden-Steinbach. Mit ihm verliert das Meister-Erwin-Städtchen einen Mann, der sich um die Heimatgeschichte sehr verdient gemacht hat, besonders seit seiner Pensionierung.

Seine Wiege stand in Offenburg. Die Gründungsaufgaben einer „Hauptberuflichen Landwirtschaftsschule“ führten ihn 1924 nach Steinbach.

In seinen letzten zwanzig Lebensjahren wandte er sich in zunehmendem Maße der Erforschung der Heimatgeschichte zu. Unzählige Aktenbündel in den Archiven über das ehemalige Amt Steinbach hat er durchgearbeitet, veröffentlicht und Vorträge gehalten. Von 1973 bis 1980 war Hermann Oser Vorsitzender der Gruppe Yburg im Historischen Verein, seither Ehrenvorsitzender. Viele Studienfahrten und Exkursionen mit den Mitgliedern hat er übernommen. Im „Städtel“ ließ er an historischen Gebäuden Schrifftafeln anbringen, bewirkte eine Neuprägung der 1844 geschaffenen Meister-Erwin-Medaille und gab in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Arbeitskreis Baden-Baden das Heft 16, „Zur Stadtgeschichte von Steinbach“, das 53 Themen beinhaltet, heraus.

Wir werden unserem Ehrenvorsitzenden der Gruppe Yburg ein dankbares und treues Gedenken bewahren.

*Karl Schwab*

## Jahresbericht 1982/83

Am 5. November 1982 traf den Historischen Verein für Mittelbaden ein schwerer Verlust: Sein Präsident Wilhelm Mechler starb völlig unerwartet. Noch bei der Jahresversammlung des Vereins am 17. Oktober hatte Wilhelm Mechler mit großer Tatkraft die geschäftliche Sitzung und Festversammlung in Oppenau geleitet und war mit Dr. Erwin Dittler zum Ehrenmitglied ernannt worden.

Präsident Mechler hatte in Oppenau um verstärktes Bemühen bei der Erforschung der Regional- und Lokalgeschichte sowie bei der Erhaltung der Kulturdenkmale der Ortenau aufgerufen. Er sei mit den zahlreichen Mitarbeitern des Historischen Vereins stolz, daß jetzt 34 Mitgliedergruppen mit mehr als 3200 Mitgliedern die vielfältigen Aktivitäten des Vereins bestimmten. Von einer geordneten Kassenlage konnte Geschäftsführer Theo Schaufler berichten. Aus dem Bericht des Redakteurs der „Ortenau“, Hugo Schneider, konnte man entnehmen, daß die Arbeit am Registerband unmittelbar vor dem Abschluß steht. Die Mitgliedergruppen bekamen eine Mustersatzung überreicht, nach der sie künftig ihre Vereinsarbeit ausrichten können.

Im Anschluß an die geschäftliche Sitzung in Oppenau gab Bürgermeister Hartmuth Dinter einen Empfang. Bei der Festsitzung im Saal der Brauerei Bruder lobte Bürgermeister Dinter die vorbildliche Arbeit des Historischen Vereins. Präsident Mechler erinnerte daran, daß es ein Hauptziel des Vereins sei, die Jugend für die Heimatgeschichte zu interessieren. Schließlich sei die Heimatgeschichte das Spiegelbild der allgemeinen großen Geschichte. Den Festvortrag hielt der leitende Staatsarchivdirektor Dr. Hans-Martin Maurer (Stuttgart) über das Thema „Burgen der Stauferzeit“. Am Nachmittag wurde das Oppenauer Heimatmuseum besichtigt. Anschließend fand unter Führung von Hugo Schneider eine Exkursion zu der Klosterruine Allerheiligen statt.

Zu der Frühjahrstagung trafen sich die Vertreter der Mitgliedergruppen am 19. März 1983 in Kehl. Die Tagung begann mit einem gemeinsamen Gedenken am Grabe des verstorbenen Präsidenten Wilhelm Mechler. Auch des kurz zuvor verstorbenen Ehrenmitgliedes des Vereins, des Kirchenhistorikers Professor Dr. Wolfgang Müller (Freiburg), wurde ehrend gedacht. Ausführlich ging der stellvertretende Präsident des Vereins, Kurt Klein, auf die vielfältige Arbeit der Mitgliedergruppen ein. Er begrüßte es, daß viele Veranstaltungen der Mitgliedergruppen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und mit den örtlichen Bildungswerken durchgeführt würden.



*Zum letzten Mal leitete Präsident Wilhelm Mechler die geschäftliche Sitzung bei der Jahresversammlung in Oppenau.*  
*Aufn. M. Hildenbrand*

Die Jahresversammlung 1983 wird am 16. Oktober in Neuried-Altenheim stattfinden. Den Festvortrag wird der elsässische Germanist und Mundartforscher Professor Dr. Raymond Matzen (Straßburg) über das Thema „Goethe am Oberrhein“ halten. Nach den Worten des Redakteurs der „Ortenau“, Hugo Schneider, soll die lang erwartete Neubearbeitung des Sonderbandes „Burgen und Schlösser der Ortenau“ 1984 verwirklicht werden. Nach einem Acht-Punkte-Raster werden die 150 Burgen und Schlösser der Ortenaulandschaft von zahlreichen Fachleuten bearbeitet. Der Leiter des Arbeitskreises „Mundart“, Professor Hermann Braunstein, berichtete über die Arbeit der Mundartforscher in der Ortenau, die sich zur Aufgabe gemacht haben, eine Bestandsaufnahme der Dialekte in der gesamten Ortenau aufzustellen. Die Bevölkerung müsse den Mut haben, so betonte Braunstein, Dialekt zu sprechen; denn der Dialekt sei die Grundlage der Hochsprache, was von der Forschung heute allgemein anerkannt werde.

*Manfred Hildenbrand*

## Berichte der Mitgliedergruppen 1982

### *Achern*

In Verbindung mit dem Schwarzwaldverein und Altenwerk Achern wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Mai: Fahrt in den nördlichen Breisgau (Besuch der Burg Landeck und der Hochburg bei Emmendingen sowie von Tennenbach).

Juni: Vortrag über die Pfarrkirche in Achern (H. Schneider).

Juli: Barocke Kirchen in Mittelbaden (Appenweier, Griesheim, Klosterkirche in Offenburg, Niederschopfheim).

August: Besichtigung des Klosters Maulbronn und des Melanchthonhauses in Bretten.

Fahrt in den Pfälzer Wald (Besichtigung der Burg Trifels und Berwartstein).

September: Auf den Spuren von Grimmelshausen (Oberkirch, Schauenburg, Gaisbach, Renchen).

Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Stadtgeschichte Achern“ zur Vorbereitung einer Ausstellung über Achern.

*H. Schneider*

### *Appenweier*

Halbtagesfahrt ins Elsaß: Besichtigung der Kirchen von Eschau, Altdorf und Andlau; Stadtrundgang durch Oberehnheim (H. Schneider, Achern).

Herausgabe: „Appenweierer Heimatblatt 1982“.

Filmjahresbericht: „Ein Jahr vergeht — 1982“ (Karl Maier).

*Karl Maier*

### *Baden-Baden-Steinbach*

Im Februar Mitgliederversammlung. Kurzreferat von Rudolf Liebich: „Die Errichtung eines Feldkreuzes (1864) durch Alt-Prinzenwirt Alois Huck“.

Im März Fahrt nach Straßburg in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Rebland: Altstadt- und Münsterbesichtigung unter Führung von Wilhelm Mechler.

Pfingstfahrt in das Hohenloher Land: Führung durch das Renaissance-Schloß Neuenstein, Besuch des Städtchens Waldenburg, Besichtigung der Stiftskirche Öhringen, Abschluß im 800jährigen Bad Wimpfen.

*Karl Schwab*

### *Bad Peterstal-Griesbach*

Diavorträge mit Vor- und Rückschau auf die nachstehenden Fahrten im Hinblick auf Kunst, Landschaft, Kultur und Volkstum: Schloß Favorite bei Rastatt — Autobahnkirche; Odilienberg im Elsaß; „Ton und Licht“ im Straßburger Münster sowie Abendfahrt auf der Ill; Südtirol-West und Ritten, Ultener Talmuseum in St. Nikolaus; Burgund — Provence, Südfrankreich — Pyrenäen; Speyer — Pfälzer Wald — Dahn.

*Käte Feldmann*



### *Biberach*

Folgende Tätigkeiten wurden im Jahr 1982 durchgeführt:

Betreuung der beiden Museen „Kettererhaus“ in Biberach und „Stadtkammer“ in Prinzbach, Vorbereitung einer Ausstellung im Kettererhaus „Biberach vor 1945“, Mitwirkung bei der Freilegung eines Abschnitts der Prinzbacher Stadtmauer, Mitarbeit bei der Erarbeitung des Biberacher Heimatbuches, Meinungs- und Wissensaustausch mit der Nachbarmitgliedergruppe Steinach über alte Verbindungswege zwischen Steinach und Biberach.

*Wolfgang Westermann*

### *Ettenheim*

Viele Veranstaltungen der Mitgliedergruppe Ettenheim im Jahre 1982 betrafen noch die im August des Vorjahres eröffnete Wanderausstellung „Barocke Landschaft“.

Im Rahmen einer Bürgerversammlung in Rust zeigten die Eheleute Koerner Dias der barocken Kostbarkeiten des ehemals reichsritterschaftlichen Dorfes der Herren Böcklin von Böcklinsau.

Auf der 10. Oberrheinischen Frühjahrsmesse in Offenburg wurde die Ausstellung „Barocke Landschaft“ einem breiten Publikum in der Ortenau zugänglich gemacht.

Im Rahmen der Offenburger Frühjahrsmesse wurden von der Ettenheimer Mitgliedergruppe auch zwei Mundartveranstaltungen durchgeführt. An einem der Ausstellungstage las Dr. Brucker angemeldeten Schulklassen aus seinen Werken vor, und zum Abschluß der Ausstellungswoche fand im Kinzigpavillon eine gut besuchte Mundartmatinee statt. Dr. Brucker, Lahr und Professor Raymond Matzen, Straßburg fanden begeisterte Zuhörer. Die Ettenheimer Folkloregruppe „Vetterliswirtschaft“ sorgte mit einem eigenständigen Programm an Mundartliedern für die musikalische Umrahmung. Professor Braunstein, Leiter des Arbeitskreises „Mundart“, sprach einführende Worte.

Von Offenburg wurde die Barockausstellung in die französische Partnerstadt Benfeld im Elsaß gebracht und zusammen mit einer Postkartenausstellung des neugegründeten Historischen Vereins von Benfeld am Ostersonntag eröffnet.

Letzte Station dieser von Presse und Rundfunk beachteten Ausstellung war im Sommer 1982 die Partnerstadt Avelgem in Belgien.

Inzwischen sind Teile der Ausstellung mit den informativen Texten in Schulen und Rathäusern der einzelnen Ortschaften untergebracht. Bedauerlicherweise steht für die umfangreiche Ettenheimer Sammlung kein Ausstellungsraum zur Verfügung.

In Ettenheim selbst wurden im Berichtsjahr nur zwei öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Einen überraschenden Wiederhall fand die Einladung zur Besichtigung des Ichtratzheimschen Hauses, in dem 1804 der Herzog von Enghien von den Soldaten Napoleons verhaftet wurde. Der neue Besitzer dieses historischen Gebäudes, Dr. Jäger, hatte es vor der Renovierung zur Besichtigung freigegeben. Dr. Furtwängler gab über den Bau, die Geschichte dieses typischen Herrnsitzes des 18. Jahrhunderts und über die verschiedenen Besitzer einen aufschlußreichen Bericht.

Über die Ereignisse in Ettenheim während der Revolution von 1848 und die Beteiligung von Ettenheimer Bürgern an verschiedenen militärischen Aktionen hielt Thomas Dees einen Vortrag, den er mit einigen Dias anschaulicher machte. Besondere Aufmerksamkeit verdient eine in New York entstandene Aufnahme des Ettenheimer Advokaten Achaz Stehlin, der in der Revolution zuerst Zivilkommissär von Ettenheim, dann 1849 Vizepräsident der Verfassungsgebenden Versammlung Badens war. Nach der Revolution wurde er in Abwesenheit zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober wurde ein Arbeitskreis gebildet, der bis zum Bärenbrunnenfest im Juli 1983 eine Ausstellung alter Postkarten und Fotografien vorbereiten wird.

Aus dem heimatgeschichtlichen Schrifttum verdient vor allem das von Dieter Weis im Auftrag der Kath. Pfarrgemeinde Ettenheim herausgegebene Buch „St. Bartholomäus Ettenheim“ (Schnell & Steiner Verlag) hervorgehoben zu werden. Es bringt Beiträge über die Kirche, die Pfarrei und die Geschichte Ettenheims.

Eine amüsante und zugleich informative Broschüre hat die Ettenheimer Narrengesellschaft zu ihrem 135jährigen Bestehen herausgebracht. Die Autoren sind Josef Fritz, Thomas Dees, Jupp Schwarz und Peter Fritz.

Im „Geroldsecker Land“ 25/1982 ist der Südbezirk mit Abhandlungen über den Heidenkeller bei Münchweier (Emil Schwendemann) und das Böcklinsche Wappen (Josephine Koerner) mit Reproduktionen von alten Glasfenstern aus dem Böcklinschen Besitz vertreten. In demselben Band befindet sich außerdem die Abbildung eines Grenzsteines des einstigen „Confinium Alamannorum“.

*Bernhard Uttenweiler*

### *Haslach*

Vorträge im Refektorium des Klosters:

Lichtbildervortrag von Kurt Klein über „Das Brot unserer Heimat — Alte Erwerbszweige unserer Heimat“ (27. 9. 1982).

Lichtbildervortrag von Dr. Konrad Kunze über „Himmelreich und Höllental — Interessante Namen im Schwarzwald“ (25. 10. 1982).

Lichtbildervortrag von Dr. Bernhard Knappe über „Historische Wanderungen zu Burgen in Südbaden und im Elsaß“ (22. 11. 1982).

Lichtbildervortrag von Alois Krafczyk über „Narri — Narro! Ein Streifzug durch die schwäbisch — alemannische Fasnacht“ (24. 1. 1983).

Lichtbildervortrag von Manfred Hildenbrand über „Die Nazi-Machtergreifung in einer Kleinstadt — Haslach im Jahre 1933“ (8. 3. 1983).

Lichtbildervortrag von Hans-Jürgen Treppe über „Denkmalpflege im Ortenaukreis“ (16. 5. 1983). Kunsthistorische Exkursion in den Kaiserstuhl (Niederrotweil, Breisach, Meringingen). Führung: Hermann Brommer. (23. 10. 1982).

Vortrag von Maria Schaettgen über „Hansjakob und die Sympathiedoktoren“ anlässlich des 145. Geburtstages des Haslacher Volksschriftstellers am 19. August 1982. Der Vortrag fand am 11. Oktober 1982 im „Freihof“, dem Alterssitz Hansjakobs, statt.

*M. Hildenbrand*

### *Hausach*

Am Jahresbeginn fand ein Gespräch von Vertretern des Vereins mit Bürgermeister Kienzle über dringend anstehende historisch-denkmalspflegerische Fragen statt. Besonders angesprochen wurden: Anbringen von historischen Leuchten in den alten Straßen und Winkeln der Stadt (zu diesem Zweck wurde später Karlsruhe und Ettlingen besucht), Denkmalspflege im Gebiet um den Schloßberg (Erhaltung der Fachwerkbauten), Erhaltung und weitere Verwendung des Herrenhauses, Erhaltungsmaßnahmen an der Schloßruine und Gestaltung des Schloßberges, Gestaltung der unmittelbaren Umgebung der Dorfkirche sowie Erhaltung der historischen Grabmale. Während der Fastnachtszeit wurden in den beiden Geldinstituten historische Hausacher Fastnachtmasken ausgestellt. Unter der Regie des Vereins wurden zwei wertvolle Grabplatten von Priestergräbern an der Außenfassade der Dorfkirche angebracht und andere historische Grabmale um das Gotteshaus durch eine entsprechende Behandlung vor dem weiteren Zerfall bewahrt. Als Vorbereitung zum ersten Hausacher Stadtfest wurde in viermonatiger Arbeit der historische Gewölbekeller unter dem Herrenhaus freigelegt und für die Allgemeinheit zugänglich gemacht. Eine Wanderfahrt führte in die Wutachflühe zwischen Blumberg und Stühlingen (Rückfahrt mit der Museumsbahn Wutachtal „Sauschwänzlebahn“). In einem Sondereinsatz wurden die dringenden Arbeiten auf dem Kreuzberg abgeschlossen. Zusammen mit den „Dorfer Erzbrüdern“ wurden beim Stadtfest im historischen Herrenhauskeller mehrere tausend Mark zugunsten der Restauration der Kreuzbergkapelle erwirtschaftet. Den örtlichen Geldinstituten wurden historische Motive zur Münzprägung und zur Ausgestaltung eines Schalterraumes vermittelt. Eine weitere Wanderfahrt hatte das elsässisch-pfälzische Grenzgebiet mit ihrer Vielzahl an Burgen (z.B. Wasigenstein, Fleckenstein) zum Ziel.

In Gutach sprach Ansgar Barth anhand von Farblichtbildern zum Thema: „Hof- und Flurnamen berichten aus der Heimatgeschichte“, während Kurt Klein mit einem Farblichtbildervortrag über die „Christianisierung und Besiedelung unserer Heimat“ referierte. Die Gutacher Freunde beteiligen sich an der Freilegung der Schanze auf dem Gutacher Höchsten.

*Kurt Klein*

### *Hohberg*

In Anbetracht der späten Konstituierung der Mitgliedergruppe (Ende 1981) war die Aktivität 1982 nicht sehr umfangreich. Der Ortsverein hat inzwischen 52 Mitglieder.

Veranstaltungen:

Farbdiavortrag von Kurt Klein: Die Christianisierung unserer Heimat.

Besichtigung der Klosterkirche Ettenheimmünster (Führung: Ortspfarrer), verbunden mit einer Vorführung der Orgel durch das Mitglied, Organist Martin Ross.

Besichtigung der Klosterkirche Schuttern und der Ausgrabungen (Führung: Pfarrer Benz).

Besichtigung der Ausgrabungen der röm. Siedlung auf der Gemarkung Friesenheim (Führung und Erläuterung: J. Naudascher).

Ehrenamtliche Mithilfe bei den Restaurierungsarbeiten am röm. Gutshof auf der Gemarkung Niederschopfheim.

Als Abschluß der Grabungs- und Restaurierungsarbeiten 1982 wurde in Verbindung mit dem Denkmalamt Freiburg ein Tag der offenen Tür und einer Ausstellung der Fundstücke in der Raiffeisenbank Hohberg durchgeführt.

Vortrag von Pfarrer i. R. Dr. Josef Bayer, Hohberg über Dr. Philipp Jakob Schmatz, Apostol. Protonotar, Rektor und Pfarrer in Hofweier 1714–1759, ein Stück Heimatgeschichte von Hofweier.

*M. Bayer*

### *Kehl-Hanauerland*

Die Mitgliedergruppe hat am 4. Nov. 1982 ihren langjährigen Vorsitzenden und Förderer Wilhelm Mechler durch Tod verloren, ein schwerer Verlust für die Mitgliedergruppe. (Eine Würdigung seiner Verdienste um die Heimatforschung und um den Verein erfolgt an einer anderen Stelle dieser Ausgabe.)

In Zusammenarbeit mit der VHS Kehl-Hanauerland wurden auch im Berichtsjahr Vorträge und Fahrten durchgeführt.

Tagesfahrten:

Markgräflerland — Staufen, Sulzburg (SOS Kinderdorf), Badenweiler (röm. Ausgrabungen), Lörrach (Burg Rötteln), Blansingen (Kirche).

Hegau — Singen (Burg Hohentwiel), Hilzingen (Barockkirche, Museum), Engen (Altstadtsanierung).

Jenseits der Vogesen — St. Dié, Epinal (Volkskunstmuseum), Champ-le-Duc (röm. Kirche), Gérardmer, Kaisersberg (Geburtsort von Albert Schweitzer).

Nachmittagsfahrt — „Auf Goethes Spuren im Elsaß“ — Straßburg und Sessenheim.

Lichtbildervorträge:

„Kehls Geschichte — der Rhein und seine Brücken“ in der ev. Christuspfarre in Kehl (W. Mechler).

„Straßburg und das Münster“ in Kehl-Hohnhurst (W. Mechler).

„Das Hanauerland“ in Rheinau-Honau (W. Mechler).

„Alte Handwerkskunst und Gewerbe im Schwarzwald“ (Dr. Ingeborg-Schroth, Freiburg).

„Grenzen am Oberrhein — von der Römerzeit bis heute“ (Hans Georg Zier, Karlsruhe).

Seminar von 3 Abenden:

„Land dazwischen — das Elsaß“ (André Weckmann, Straßburg).

*Rudolf Zwahl*

### *Meißenheim*

März: Schulamtsdirektor Kurt Klein stellte in einem Dia-Vortrag Heinrich Hansjakob vor als streitbare Persönlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem herrschenden Zeitgeist sowie den kirchlichen und politischen Strömungen seiner Epoche.

April: Besuch einer Mundartmatinee auf der Oberrheinischen Frühjahrsmesse. Dr. Philipp Brucker aus Lahr und Professor Raymond Matzen aus Straßburg begeisterten die Zuhörer mit Lesungen und Vorträgen.

Mai: Mai-Wanderung auf heimatlichen Gefilden unter sachkundiger Führung.

Oktober: Tagesfahrt nach Speyer: Besichtigung des Domes und des Historischen Museums der Pfalz, in dessen 60 Räumen den Besuchern ein Bild von der Kunst und Kultur der Pfalz vermittelt wird.

November: Professor Raymond Matzen, Straßburg gestaltete aus Anlaß des Goethe-Jahres einen Gedächtnisabend mit Vortrag und Lesung über die Liebe Goethes zu der schönsten seiner Musen.

*Anne und Karl Schmid*

### *Neuried*

Die letzte Generalversammlung der Mitgliedergruppe 17. 11. 81 verlängerte durch Beschluß der Mitglieder die Amtszeit des Vorstandes um ein Jahr.

März: Vortrag von Prof. Raymond Matzen, Straßburg: Alemannische Mundart und Dichtung.

Juni: Exkursion zum Mühlstein, Wanderung nach Unterharmersbach und Zell mit Stadtbesichtigung und Besuch des Heimatmuseums (Führung: Herr Kusi, Zell).

Oktober: Exkursion nach Basel (Besichtigung des Münsters, des Münsterberges und des Barfüßer-Museums) und Kaiseraugst (Besichtigung des Römerhauses, Amphitheaters und Tempelhügels).

Ausstellungen in der Schalterhalle der Bezirkssparkasse:

September 1981 — März 1982: Feldpostkarten von 1914—18. Ansichtskarten von Altenheim.

März — September 1982: Hochzeitsbilder in Tracht mit Brautkranz sowie Hörnerkappen mit Brautkranz.

Seit September: Alte Banknoten und Münzen vom Kaiserreich bis 1948.

Während der Berichtszeit erschienen die Nr. 2 und 3 der Vereinszeitschrift „Aus dem Türmel“.

*Johann Kurz*

### *Oberharmersbach*

Mitglieder des Historischen Vereins arbeiteten an der Chronik der Historischen Bürgerwehr mit, die anläßlich des Landestreffens der badisch-hessischen Bürgerwehren in Oberharmersbach herausgegeben wurde. In Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Zell-Unterharmersbach erarbeitete man die Grundlage für den Reichstalpfad, der auf Unterharmersbacher Initiative hin durch das Gebiet des ehemaligen Reichstals Harmersbach führt. Entlang des 12 km langen Weges sind Tafeln aufgestellt, die Geschichte, Brauchtum und Wirtschaft des Tales zur Zeit unserer Vorfahren und heute erläutern. Ein Wanderführer für diesen Pfad ist beim Historischen Verein in Bearbeitung.

*Karl-August Lehmann*

### *Oberkirch*

Januar: Lichtbildervortrag von Thomas Koop, Zell a.H. „Schwarzwälder pilgerten einst nach Santiago de Compostela in Spanien“. — Fahrt nach Hochsal im Hotzenwald (Kirchenbesichtigung).

Februar: Narrensuppenessen im Gasthaus Schwanen. Aschermittwochfahrt nach Schenkenzell, Kirchenbesichtigung in Schapbach, in Bad Rippoldsau Vortrag von Geistl. Rat Gebel über das ehemalige Kloster.

März: Besuch der Hans-Thoma-Ausstellung in Gengenbach.

April: Fahrt nach Burgund: Kirchen von Audincourt und Ronchamp. Pfingstfahrt in den Norden: Kloster Wienhausen bei Hannover, Mölln, Ratzeburg (Geburtsstadt von Sibylle Augusta, der Frau des Türkenlouis), Lübeck, Dom von Bardowick, Rathaus von Lüneburg und ehemaliges Kloster Lüne. Schiffsfahrt an der Zonengrenze entlang von Lübeck nach Ratzeburg auf der Waknitz.

Juli: Fahrt nach Neu-Bulach mit Besichtigung des Silberbergwerks und Kloster Hirsau.

August: Viertagesfahrt zu den Barockkostbarkeiten im Allgäu: Kirche in Rot a.d. Rot, ehemaliges Kartäuserkloster Buxheim, Wallfahrtskirche Maria Steinbach, Schloßkirche in Rimpach. Stadtbesichtigung von Kempten mit Kirche in Bertoldshofen, Kaufbeuren und Irsee. Pfarrkirche in Seng, Führung durch Füssen, über Hohenschwangau zur Kirche in Rottenbuch. Auf der Heimfahrt Besichtigung von Kloster Ottobeuren.

Oktober: Türkenlouis-Türkenschätze im Schloß in Karlsruhe und Besichtigung der Wallfahrtskirche in Bickesheim. Abstecher nach Schwarzach. Im Oktober Schlachtplattenessen mit neuem Wein in der Grimmelshausengaststätte „Zum Silbernen Stern“ in Oberkirch-Gaisbach.

November: Vortrag von Dr. Fettig über seine Reise nach Nordindien und Nepal.

Dezember: Vortrag von Valentin Ludwig über seine Reise „Tausend km auf dem Dnjepr“ (Rußland). Im Dezember Jahresabschluß mit Lichtbildern von den diesjährigen Studienfahrten; Fahrt nach Freiburg zur Ausstellung „Troja und Ausgrabungen“, auf der Rückfahrt Besichtigung der Kirche in Kenzingen. Beliebt sind die monatlichen Damen- und Herrenstammtische.

*Wilhelm J. Vajen*

### *Oppenau*

Januar: Die Röschenschanze auf dem Roßbühl — Bedeutung der Schanze, Schilderung der Kampfhandlungen um den Kniebispaß. Pläne und Skizzen im Dia.

Februar: „Oppenau im Jahre 1842“ — Interessantes aus dem Oppenauer Stadtarchiv. — Aus der Feder von Dichtern aus Oppenau: Gedichte von Adolf Katsch und Martin Gugger.

März: Fahrt zur Hans-Thoma-Ausstellung in Gengenbach. Führung durch das Narrenmuseum im Niggelturm.

April: Frühlingsfahrt über Ortenberg, Diersburg nach Meißenheim. Besichtigung der Kirche und des Grabes von Friederike Brion. Auf der Rückfahrt Besuch des Trachtenmuseums in Haslach i.K.

Mai: „Vor 70 Jahren . . .: Reisebericht der Oppenauer Sänger von einer Fahrt in die Schweiz.“

Juni: Halbtagesfahrt nach Bad Herrenalb mit Besichtigung der Klosteranlagen. Heimfahrt über Moosbronn (Barock-Wallfahrtskirche).

August: Elsaßfahrt: Mutzig, Niederhaslach (Besichtigung der Kirche), Burg Nideck, Wangenbourg, Dabo, Schiffshebewerk Lutzelbourg, Hohbarr, Zabern.

September: „Wie die alten Oppenauer feierten“: Berichte zweier Keglerausflüge um 1910. — Gedichte und Prosa von Martin Gugger, Oppenau.

Oktober: Vorbereitung und Durchführung der Jahreshauptversammlung in Oppenau.

November: Schloß Favorite — Die Geschichte der Markgräfin Sibylla und ihres Barockschlosses. Dazu Dias von der Anlage und der Inneneinrichtung.

Dezember: Jahresversammlung — Anschließend Dia-Vortrag: eine Reise durch Nordindien und Nepal.

*Rainer Fettig*

### *Rastatt*

Auch 1982 führte die Mitgliedergruppe Rastatt vier Gesprächsrunden durch. Am 1. 3. 82 ging es dabei vorwiegend um die wertvolle Bibliothek des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums. Am 7. Juni Besuch zusammen mit dem „Historischen Verein Festung und Garnison Rastatt“ des Rastatter Stadtarchivs, wo Herr Archivar Reiß aufzeigte, was das Rastatter Stadtarchiv und das Heimatmuseum zu den Ereignissen von 1848/49 zu bieten haben. Am 6. September und am 6. Dezember wurden diverse Themen diskutiert.

Auch die im Vorjahr ins Leben gerufene Gruppe zur Geländebegehung (als Unterstützung der Abteilung Vor- und Frühgeschichte des Landesdenkmalamtes in Karlsruhe gedacht) war wieder aktiv: auf der Gemarkung Ötigheim im Januar auf dem Gelände „Kreuzäcker“, im Februar auf dem Gelände über den „Heidäckern“ und im März entlang der angeblich römischen „Kippstraße“ zwischen „Silbergrund“ und „Hasenäckern“. Eine weitere Feldbegehung wurde im Dezember auf der Gemarkung Muggensturm vorgenommen. Wenn auch nur die Feldbegehung im Januar mit einigen vorgeschichtlichen Keramikscherben und einem steinzeitlichen Silexgerät einen kleinen Erfolg brachte, ist sich die Gruppe doch klar, daß sie immer wieder mit viel Geduld im Winterhalbjahr solche Begehungen unternehmen muß, wenn die Sache sinnvoll sein soll.

*Gerhard Hoffmann*

### *Schutterwald*

April: Vortrag von Prof. Braunstein „Barock in Oberschwaben“. Zugleich organisatorische Vorbereitung einer 2 1/2tägigen Kunstfahrt nach Oberschwaben.

Mai: Kunstfahrt nach Oberschwaben — u.a. Besichtigung von Schussenried (Bibliotheksaal und Klosterkirche), Steinhausen (Wallfahrtskirche mit Orgelkonzert), Ochsenhausen (Abteikirche, Technik der Restaurierung), Otto beuren (Basilika, Klosteranlage und Museum), Weingarten (Basilika), Salem (Schloß mit Schloßkirche), Ravensburg (Altstadt), Meersburg (Altes Schloß — Droste-Hülshoff), Birnau (Wallfahrtskirche).

Oktober: Besuch der Moscherosch-Ausstellung in Offenburg (Eröffnungsvortrag von Prof. Walter E. Schäfer). Kunstfahrt nach Speyer (Besuch des Kaiserdoms und des Kunstgeschichtlichen Museums).

November: Besichtigung der Klosterkirche in Schuttern nach vollendeter Renovation und der frühgeschichtlichen Ausgrabungen. Lichtbildervortrag über eine Reise durch Israel (Chr. Braunstein).

Umfassende Werbeaktion während der Sommermonate besonders bei Neubürgern in unserer Gemeinde — positives Echo — seither ständiger Mitgliederzuwachs!

*Arthur Hohn*

### *Seelbach*

Veranstaltungen:

Am 11. März hielt Egon Haider einen Vortrag über die Geschichte Siebenbürgens.

An Ostern fand eine kulturhistorische Reise nach Ungarn und Rumänien statt („Modoschfahrt“), am 29. 4. Lichtbildervortrag von Teilnehmern an der Reise.

Am 9. Mai Besichtigung der Ruine Keppenbach bei Freiamt unter Führung von Martin Gruber.

Am 27. Mai zeigte I. Landerer einen Film zum Thema Dorfsanierung mit dem Titel: „Unser Dorf soll häßlich werden“.

Am 24. Juni führte Burgvogt Hans-Orten Böving bei einem historischen Abendspaziergang durch die Ruine Hohengeroldseck.

Am 27. August Mühlenfahrt nach Seebach: Unter Führung von Bürgermeister Bär wurden die im Achertal wiedererstandenen alten Hofmühlen besichtigt.

Am 30. 9. zeigten Mitglieder Dias von der Documenta 7 in Kassel.

Am 24. 1. unter Führung von Förster Sepp Vögele Wanderung in Rippoldsau zu alten Flößer-Einrichtungen.

Am 28. 10. führte uns Pfarrer Benz von Schuttern durch die Ausgrabungen in der dortigen Klosterkirche.

Am 3. Dezember fand die Jahreshauptversammlung im Gasthaus Eiche, Schuttertal statt.

Aktivitäten zur Erhaltung von Landschaft und Baudenkmalern im Schuttertal:

Unterstützung der Denkmalpflege bei den Bemühungen um die Erhaltung des Bantlehofes und des Linkenbernhardenhofes und ähnlicher Objekte; Bemühungen um Erhaltung der Mühlen im Tal.

Schutterbegehung mit dem Wasserwirtschaftsamt wegen Wiederherstellung einer natürlichen Flußlandschaft.

Ein Arbeitskreis „Erhaltenswerte Heimat“ arbeitet an einer für Frühjahr 1983 vorgesehenen Fotoausstellung über die Renovierung von Schwarzwaldhäusern.

Der Arbeitskreis „Bildstöcke und Wegkreuze“ hat die Erfassung sämtlicher Objekte im Schuttertal fortgesetzt.

*Erich Krämer*

### *Steinach*

Aktivitäten der Mitgliedergruppe Steinach — mit heute 47 Mitglieder:

Arbeitssitzung: In Zusammenarbeit mit der Mitgliedergruppe Biberach zum Thema „gemeindeübergreifende historische Fragen zum Verlauf der Römerstraße im Bereich Biberach-Steinach“, damit verbunden eine Besichtigung des Biberacher Heimatmuseums „Ketterer-Haus“.

Arbeitseinsätze: Grabsteinverlegung (Tobias Hansjakob und Anton Kaltenbach) von der Umfassungsmauer hinter der Kirche in den überdachten Vorraum der Friedhofshalle im Rahmen der Renovierung und Erhaltung historischer Bildstöcke, Wegkreuze und Grabsteine.

Aufbau der „Historischen Bilderstube“ und Verkauf von Reproduktionen von Zeichnungen bzw. alter Fotos markanter und historisch wertvoller Steinacher Gebäude sowie ein Porträt mit Gedicht des gebürtigen Steinacher Pfarrers Dr. G. Schöner im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion zu Gunsten des Kindergartenneubaues.

Außerdem wurde ab Februar 1982 ein „Mitgliedertreff“ ins Leben gerufen, der auf Grund guter Resonanz auch in Zukunft weitergeführt wird.

*Bernd Obert*

### *Wolfach*

Am 21. März Fahrt zum Kaiserstuhl und Tuniberg mit Besichtigung von Eendingen, Niederrottweil und Breisach.

Am 22. April Fahrt in der nächsten Heimat auf den Spuren von Flößern und Adelsgeschlechtern. Eine sehr interessante Fahrt: Auf und ab durchs Harmersbachtal ins Renchtal, dann über den Freiersberg durch den Wildschapbach (Bergbauggebiet), Wolfstal (Burg Romberg, Walkenstein und Wolva), durchs Sulzbächle, St. Roman, Heubach (Flößerei und Bergbau) nach Alpirsbach (vorbei an Schiltach und Schenkenburg, Führung in Alpirsbach), auf die Hochstraße bei Röttenberg (Römische Spuren), über Sulgen-Hardt nach Schramberg (die Schramberger Burgen) und über den Fohrenbühl nach Hornberg (Schloß), über die Rothalde nach Elzach, Schweighausen, Schuttertal (Lützelhardt und H'Geroldseck und durchs Kinzigtal zurück. (Ich beschreibe dies besonders, weil es vielleicht für manchen Verein günstig wäre).

Am 27. Mai eine Fahrt nach Stein am Rhein, Schiffsfahrt nach Schaffhausen, zum Rheinfall und nach dem herrlichen Rheinau.

Am 27. Juni nach Luzern (Stadtbesichtigung).

Am 14. Juli halbtags zum Dreifaltigkeitsberg durch die Baar und Wanderung zum Segelflugplatz Klippeneck.

Am 31. Juli Besichtigung von Schloß Favorite und Besuch einer Abendaufführung in Ötigheim („Der Brandner Kasper und das ewig Leben“).

Am 22. August nach Staufen und Untermünstertal zum Besuch des Bergwerks Teufelsgrund.

Am 9. September eine Halbtagesfahrt zu schwäbischen Städten: Freudenstadt, Dornstetten, Horb und durchs Neckartal über Rottweil.

Am 26. September eine Fahrt in die Pfalz nach Dörrenbach, Annweiler zum Trifels und auf der Touristikstraße über Johanneskreuz nach Neustadt.

Am 17. Oktober zur Schwäbischen Alb: Bärenhöhle, Groß. Lautertal, Zwiefalten, Riedlingen, Heiligkreuztal, Donautal, Rottweil.

Am 17. November unterm Motto „Altes erhalten, Neues gestalten“ eine Fahrt zu alten und gut erneuerten und neuen Kirchen: Besichtigungen in Oberbiederbach, Bleibach mit der Totentanzkapelle, die ev. Kirche in Kollnau, durchs Höllental zur Waldglashütte, Halt in Freiburg und Fahrt zum Kirchturm in Denzlingen (Beobachtungsturm, s. Simplizissimus).

*Josef Krausbeck*

#### *Zell a.H.*

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule: Exkursion ins Oberelsaß.

Im Spätjahr befaßte sich eine Arbeitsgemeinschaft an sechs Abenden mit dem heimischen „Brauchtum im Lebenskreis“ und der „Zeller Mundart“ mit dem Ziel, das geplante Büchlein „Zeller Ditsch“ endgültig zusammenzustellen. (Es wird voraussichtlich 1983 erscheinen.)

Zeller Mitglieder des Historischen Vereins beteiligten sich an der Biberacher Arbeitsgemeinschaft, die das von (†) Josef Bühler begonnene „Biberacher Heimatbuch“ fertigstellt.

*Thomas Kopp*

## Arbeitskreis Hanauer Museum

*Leitung Klaus Hornung*

### *Arbeitsbericht 1982*

Zu Jahresbeginn hat Alexander Beck die aus der Gründungszeit des Museums stammenden Reliefdarstellungen der Vauban-Festung (1954), der Rheinlandschaft bei Kehl vor der Tulla'schen Korrektion (1956) und des früheren Dorfes Kehl (1959) restauriert und aufgefrischt. Besprochen wurden Fragen über die postalischen Verhältnisse zu Beginn des Jahrhunderts zwischen Baden und dem benachbarten französischen Département 67 (Bas-Rhin), über die postalische bzw. politische Einbeziehung von Stadt Kehl oder Dorf in dieses Département. Thema im März: badische Auswanderung nach Amerika (auf Grund einer Anfrage aus Diersheim/Rheinau).

Nach Unterlagen von Fritz Jockers wird mit der Bearbeitung der Ortsgeschichte von Hesselhurst begonnen im Auftrag von Ortsvorsteher Beinert durch Klaus Hornung.



April: Überlegungen über Möglichkeiten der Dialektforschung auf Anregungen von Dr. Marx und Rektor Kopf, Altenheim. Das Museum erhält ein Druckgerät für die Beschilderung von Ausstellungsstücken.

Im Mai Besprechung der zu übernehmenden Arbeiten für die vorgesehene neue Ausgabe des im Jahre 1934 erschienenen Burgenbandes der „Ortenau“. Der Förderkreis für die Ur- und Frühgeschichtliche Forschung in Baden hielt am 22. Mai in der Stadthalle Kehl seine Mitgliederversammlung ab.

Beitrag für die Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Kronenhofsiedlung in Kehl am 16./17. Mai (Hornung).

Im Juni Besprechung des Museumsetats (Schröder). Ausstellung „Neue Funde aus dem ehemaligen Landkreis Kehl“ mit Vorträgen von Walter Fuchs und Dr. W. Struck über die römischen Funde aus Auenheim und Helmlingen und die fränkischen Funde aus Urloffen sowie die wichtigen keltischen Funde aus dem 2. bis 1. Jh. v. Chr. aus Querbach (Walter Mohs, Oberflächenfund). Hier handelt es sich um einen Vollstater und einen Viertelstater — keltische barbarisierte und stilisierte Elektron-Nachprägungen von älteren griechischen Philipper-Stateren aus dem 4. Jh. mit Apollokopf auf der Vorderseite und dem Zweigespann mit Lenker auf der Rückseite — es sind seltene keltische Funde in diesem Gebiet. Wilhelm Weber erhielt zum 85. Geburtstag die Glückwünsche des Arbeitskreises.

Im August erwarb das Museum Stahlstiche vom Bau der Kehler Eisenbahnbrücke über den Rhein (1858—1861). Die Restaurierung des ehemals an dieser Brücke befestigten Badischen Greifen von 1860 wurde abgeschlossen, vorgesehen für die Baden-Ausstellung im folgenden Monat.

September: Vorbereitungen der Ausstellung zur Geschichte Badens durch das Generallandesarchiv in der Kehler Stadthalle, ergänzt durch 47 Bilder des Museums zur Geschichte Kehls; Eröffnung durch Oberbürgermeister Prößdorf und Dr. Zier am 21. September. Der Vorsitzende des Historischen Vereins Oberstudiendirektor i. R. Wilhelm Mechler nahm die Glückwünsche des Arbeitskreises zum 75. Geburtstag entgegen.

Die bei Ausschachtungsarbeiten zum Erweiterungsbau der Kreissparkasse Kehl-Hanauerland an der Hauptstraße freigelegten Brückenpfähle wurden sichergestellt (Aufbewahrung in der Sparkasse bzw. im Hanauer Museum). Es handelt sich um eisenbeschuhete Pfeiler der Brücke über den einstigen Jehringheimer Bronnen und späteren Kasernengraben als Zugang zu der um 1620 durch Specklin von Straßburg und den Schweden erbauten Schanze.

Im Oktober Abbau der beiden Ausstellungen. Teilnahme an der Jahrestagung des Historischen Vereins in Oppenau am 17. Oktober. Walter Ickler erhielt die Glückwünsche zum 75. Geburtstag. An den Folgen einer Lungenentzündung, die er sich bei der Jahrestagung des Historischen Vereins zugezogen hatte, verstarb der verdiente Vorsitzende Wilhelm Mechler am 5. November. Unter starker Beteiligung fand die Trauerfeier in St. Nepomuk am 9. November statt.

Zum traditionellen Hasenessen traf sich der Arbeitskreis mit seinen Gästen in Marlen am 16. November.

Eine von Helmut Schneider vorbereitete Ausstellung „Schmiedekunst aus 5 Jahrhunderten“ im Hanauer Museum wurde am 17. Dezember eröffnet und ab 19. Dezember — mit späterer Verlängerung — bis Ende Februar sonntags gezeigt, es kamen über 1000 Besucher. Zu sehen waren Schmiedearbeiten, Entwurfszeichnungen und Fotografien aus der Sammlung Schneider, aus Altenheim und Offenburg, aus dem Elsässischen Museum und der kunstgewerblichen Sammlung im Rohanschloß Straßburg. Der Direktor der Straßburger Museen, Jean Favière, überließ wertvolle Arbeiten als Leihgaben, die Konservatoren Georges Klein und Jean-Daniel Ludmann waren bei der Eröffnung anwesend. Gezeigt wurden Meisterstücke von Schlossern und Kunstschmieden

vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart aus Kehl und Straßburg und ältere Beispiele für den Gebrauch von Schmiedeeisen; Schlössern und Truhen, Tabernakeltüren und Oberlicht-Gitter, Grabkreuze, Baubeschläge, alte und neue Wirtshausschilder. Das Offenburger Museum stellte Skizzenbücher von Franz Bühler zur Verfügung, an dessen Leistungen als Kunstschmied die Ausstellung ebenfalls erinnern wollte. Die Daten, die z. T. neu für die Ausstellung beschafft wurden (aus: Stadtarchiv und Museum Offenburg, Stadtarchiv Straßburg, Psychiatrisches Landeskrankenhaus Emmendingen. Hans Prinzhorn, Bildnerei der Geisteskranken, Berlin 1922 „Fall Pohl“) ergeben folgendes Bild. Geboren 1864 in Offenburg, Ausbildung auf der Münchner Kunstgewerbeschule und in Karlsruhe. Reise nach Chicago, Beteiligung mit Schmiedearbeiten an der Weltausstellung 1893 (eines der damals gezeigten Gittertore ist erhalten im Karlsruher Stadtgarten). Von 1893 bis zur Entlassung 1897 Werkstattvorstand für Kunstschlosserei an der Städtischen Kunstgewerbeschule Straßburg (Wohnung Rabenplatz). 1897/98 in Hamburg, 1898 in einer Schweizer Heilanstalt, danach in der Illenau und in Emmendingen, Tod 1940 vermutlich in Grafeneck. Krankenakten bewahrt das Psychiatrische Landeskrankenhaus Emmendingen, Personalakten das Straßburger Stadtarchiv. Zeichnungen Bühlers übernahm zu Lebzeiten die Psychiatrische Klinik Heidelberg (die Sammlung ist dort noch vorhanden). Über Franz Bühler arbeitet zur Zeit Ruth Keller, Berlin-Schlachtensee, unter Verwendung neu aufgefundener Unterlagen (Kunstgeschichtliche Arbeit an der Freien Universität Berlin).

*Carl Helmut Steckner*

## Archäologischer Arbeitskreis

### Februar

Nachdem Helene Heinrich aus Herbolzheim schon früher nordwestlich von Herbolzheim und danach im Gewann „Immele“ Reste aus der Römerzeit, darunter Eisenerz aus den Erzgruben von Ringsheim entdeckt hatte, ist es ihr erneut gelungen, im Herbolzheimer Gewann „Birkenfeld“ römische Trümmer zu lokalisieren. Neben gewöhnlicher Irdenware, Terra Sigillata und Leistenziegelresten fand Frau Heinrich auf dem neuen Fundareal ein sehr seltenes Bronzeamulett in Form eines Beilchens.



*Römisches Amulett-Beilchen aus Herbolzheim*

*Foto: H. Heinrich*

Anlässlich verschiedener Feldbegehungen fand Wolfgang Peter aus Lahr zahlreiche Relikte aus der prähistorischen Zeit. Seine bisherige Erforschung ergab, daß die Überreste auch in den Auegebieten und Niederungen des Rheintals, insbesondere auf höher gelegenen Punkten verstreut sind. Im einzelnen wurden wieder folgende Fundplätze und Relikte festgestellt: In Friesenheim/Schuttern Gewann „Hintere Schachen“ (Deutsche Grundkarte 1:5 000, 7613.2) hallstattzeitliche Scherben, eine Klinge aus gelbbraunem Jaspis und ein Abschlag aus gleichem Material, in den Gewannen „Stiegel matt“, „Schutter matt“ und „Im See“ (DG 7613.2 und 7613.7) Scherben der Bronzezeit, einen Schaber aus braunem Hornstein, einen Bohrer aus hellbraunem Jaspis, eine

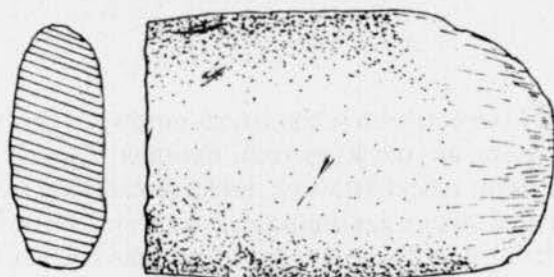


*Bohrer aus hellbraunem Jaspis von der „Stiegel matt“ bei Friesenheim*

*Zeichnung: W. Peter*

Jaspis-Knolle (Rohmaterial), ein scharfkantiges zugespitztes, kleines Werkzeug aus braunem Hornstein, mehrere Knollenteile und Absplisse aus braunem Feuerstein sowie aus cremefarbigem

und gelbgrauem Jaspis; in Ichenheim/Meißenheim in den Gewannen „Auf der Hub“, „Bohrlesbühn“ und „Langerhaag“ (DG 7512.6) mehrere prähistorische Scherben, darunter Bandkeramik (Jungsteinzeit), ein zerbrochenes gut geschliffenes Steinbeil aus Granit (alle Relikte im Gewann „Auf der Hub“), eine zerbrochene Klinge aus graubraunem Hornstein, ein Schaber aus cremefarbenem Jaspis, ein Schaber aus quarzitischem Gestein, sechs zum Teil gebrochene Klingen aus verschiedenfarbigem Jaspis, einige Knollen aus Hornstein und Jaspis sowie zahlreiche Absplisse aus verschiedenem steinzeitlichem Rohmaterial.



*Steinbeil aus Granit von Ichenheim/Meißenheim*

*Zeichnung: W. Peter*

### *März*

Nach längerer Pause hat das Landesdenkmalamt Freiburg, Abteilung Bodendenkmalpflege, die Ausgrabungen auf dem Areal des gallo-römischen Vicus von Lahr-Dinglingen wieder fortgesetzt. Bei der Ausgrabung waren auch einige Mitglieder des Archäologischen Arbeitskreises, darunter Wolfgang Westermann, Wolfgang Peter und Peter Schwörer.

Anlässlich von Feldbegehungen hat der Mitarbeiter Wolfgang Peter auf folgenden Arealen prähistorische Reste festgestellt: in Nonnenweier in den Gewannen „Neubrück“ und „Auf dem Rebgarten“ (DG 7612.14) Rohmaterial aus Jaspis, mehrere Absplisse aus Jaspis und eine Klinge aus hellbraunem Jaspis; in Friesenheim/Schuttern in den Gewannen „Stiegel matt“ und „Schutter matt“ (DG 7613.7) Tonscherben aus der Bronzezeit.

### *Mai*

Bei einer Geländebegehung hat der Mitarbeiter Heinrich Koch aus Lahr-Mietersheim im Ottenheimer Gewann „Unterer Weidenbruch“ (DG 7612.6) mehrere Scherben der „Dinglinger-Irdenware“, Terra Sigillata-Stücke und römische Leistenziegel gefunden. Das Fundareal liegt unweit des alten Weiblinsweges, der im Altertum das römische Burgheim mit der „Hohenburg“ und den gallo-römischen Wällen auf dem Odilienberg im Elsaß verband. Die Leistenziegel konzentrieren sich auf zwei ca. 3 x 6 m große Fundstreifen, unter denen Gebäudereste vermutet werden.

Anlässlich einer Feldbegehung im Meißenheimer Gewann „Langerhaag“ hat Wolfgang Peter weitere Keramikreste aus dem 11. bis 13. Jhd. gefunden. Das schon länger von ihm beobachtete Fundgebiet liegt auf einer leichten Anhöhe.

### *Juni*

Dem Mitarbeiter Walter Fuchs aus Auenheim wurden von Walter Mohs aus Querbach zwei Goldmünzen vorgelegt.

Der Archäologe Dr. Wolfgang Struck aus Freiburg stellte fest, daß die von Walter Mohs im Gewann „Hohrott“ von Querbach gefundenen Münzen zwei keltische Nachprägungen eines griechischen Staters Philipp II. von Makedonien sind. Vgl. die Abhandlung von Dr. W. Struck in dieser Zeitschrift.

### *Juli*

Der Arbeitskreis traf sich zu einer archäologischen Exkursion in der Region Kaiserstuhl. Dr. Wolfgang Struck übernahm die Führung und zeigte zuerst in Riegel das restaurierte und rekonstruierte Mithräum, eine römische Kultstätte zu Ehren des Gottes Mithras.

Weiter zeigte Dr. Struck in Ihringen ein Dutzend Tumuli (= Grabhügel), die zwischen der Hallstattzeit und Bronzezeit (500—1800 v.Chr.) entstanden sind. Abschließend wurde der Münsterberg von Breisach besucht, auf dem der Exkursionsführer in einer Baugrube römische Grabungshorizonte interpretierte.

### August

Die Ausgrabungen in den römischen Ruinen westlich von Hohberg-Niederschopfheim wurden fortgesetzt. Die dort beschäftigten Studenten, Mitarbeiter der Gemeinde Hohberg und Mitglieder des Archäologischen Arbeitskreises insbesondere Michael Bayer, Vorsitzender des Hist. Vereins Hohberg, Klaus Bosch, Manfred Schwantner, Wolfgang Peter, Helene Heinrich und J. Naudascher waren bei den Arbeiten beteiligt.

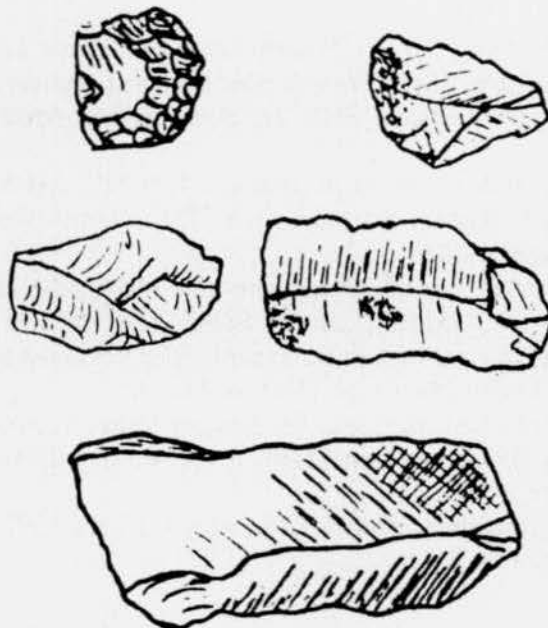
Bei einer Geländebegehung im Gemeindewald nördlich von Neuried-Altenheim, hat Dr. Struck mitten in einem Waldweg einen flachen Tumulus von ca. 8 m Durchmesser entdeckt. Grabhügel dieser Art stammen meist aus der Hallstattzeit und früher.

Anlässlich einer Geländebegehung hat Wolfgang Peter bei Ichenheim/Meißenheim im Gewann „Auf der Hub/Buhrlesbühn“ (DG 7512.16) mehrere steinzeitliche Artefakte gefunden. Darunter sind ein Schaber aus quarzitischem Gestein, ein Schaber aus Hornstein, vermutlich der Rest einer Pfeilspitze aus schwarzem Hornstein, ein weiterer Schaber aus Hornstein, eine Pfeilspitze aus grauem Feuerstein, ein kleiner Schaber aus Jaspis, sechs Klingen und Klingenteile aus Jaspis, mehrere Abschläge und Rohmaterial-Knollen aus verschiedenen Gesteinen.



*Pfeilspitze aus grauem Feuerstein, aus Ichenheim/Meißenheim*

*Zeichnung: W. Peter*



*Steinzeitliche Klingen und Schaber aus Ichenheim/Meißenheim*

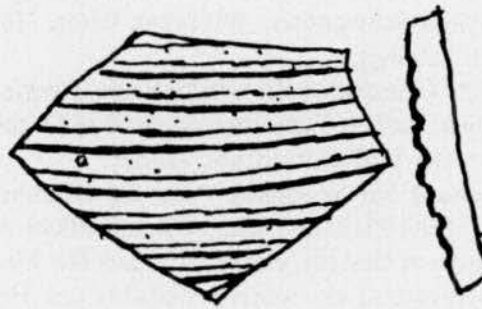
*Zeichnung: W. Peter*

Aus einer Luftaufnahme vom Gebiet nordöstlich von Kehl interpretierte Dr. Wolfgang Struck eine Viereckschanze unbekannter Zeitstellung. Eine Begehung zeigte keine datierbaren Kulturreste.

### September

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern Walter Fuchs aus Auenheim und Klaus Hornung aus Kehl eröffnete Dr. Wolfgang Struck im Hanauermuseum Kehl die Ausstellung „Archäologische Bodenfunde im ehemaligen Landkreis Kehl“. Gezeigt wurden römische Funde aus Auenheim und Helmlingen sowie fränkische Funde aus dem Gräberfeld Urloffen.

Bei einer Geländebegehung hat Wolfgang Peter wie schon früher mittelalterliche Scherben (12./13. Jhd.) auf einer Erhebung im Gewann „Trudenbühn“ in Ichenheim/Dundenheim (DG 7512.13) gefunden.



*Scherbe des 12./13. Jhd. aus dem Gewann „Trudenbühn“ Ichenheim/Dundenheim*

*Zeichnung: W. Peter*

Anlässlich einer Exkursion mit Mitarbeitern durch die obere Ortenau, wurde auch das Schlachtfeld von Wittenweier (1638) aufgesucht. Dabei fand der Geologe Dr. Helmut Eisenlohr aus Wiesbaden und Dr. Wolfgang Struck mehrere römische Scherben und Leistenziegelstücke. Das Fundareal liegt an der markanten Straßenkreuzung im Gewann „Unterschofen“ (DG 7612.18) östlich von Wittenweier.

### Oktober

Anlässlich einer Geländebegehung hat der Mitarbeiter Klaus Bosch aus Ringsheim im Gewann „Kreuzwegfeld“ bei Kappel (DG 7612.23) einen Schaber aus braunem Feuerstein gefunden. Bei einer weiteren Begehung fand Wolfgang Peter auf dem gleichen Areal vier Abschläge aus hellbraunem Jaspis.

Bei einer Geländebegehung in den Gewannen „Hurstlach Bühl“, „Haargarten Bühl“ und „Unteres Mittelgewann“ in der Gemeinde Schwanau (DG 7512.2) fand Wolfgang Peter drei Bohrer aus Jaspis und mehrere Jaspisknollen.

Dr. Wolfgang Struck führte in Neuried-Altenheim eine Geländebegehung auf den römischen Fundarealen „Alte Wage“ (DG 7512.5), „Stried Bünd“ (DG 7512.3) und „Steingeländ“ (DG 7512.8) durch. An der Begehung nahmen unter anderen, der Vorsitzende des Hist. Vereins Altenheim Werner Kopf, Dr. Wilhelm Marx und Thomas Ilch teil.

Der Hist. Verein von Hohberg besuchte unter der Leitung seines Vorsitzenden Michael Bayer die römischen Ruinen auf der Bannstude von Friesenheim, wo J. Naudascher die Führung übernahm.

Bei einer Geländebegehung auf dem Schutterlindenberg bei Lahr (DG 7613.19) fand Wolfgang Peter einen braunen Feuersteinschaber.

### November

In Anerkennung ihrer Verdienste durch die Entdeckung archäologischer Kulturreste im Bereich Herbolzheim erhielt die Mitarbeiterin Helene Heinrich in einer Feierstunde die silberne Bürgermedaille der Stadt Herbolzheim.

## *Dezember*

Auch in diesem Jahr fand die Jahreshauptversammlung des Archäologischen Arbeitskreises unter der Leitung von J. Naudascher in der Sonne in Mahlberg statt.

Nach dem Geschäftsbericht wurden die Verdienste gewürdigt, die der verstorbene Präsident des Historischen Vereins Wilhelm Mechler durch seine aktive Unterstützung beim Archäologischen Arbeitskreis erlangte.

Anschließend referierte Dr. Wolfgang Struck über die neusten Ausgrabungen in der Ortenau und im Breisgau und zeigte zahlreiche Dias über die Arbeiten auf dem römischen Trümmerareal von Niederschopfheim. Danach hielt Prof. Dr.-Ing. Rolf Pfefferle aus Karlsruhe einen Vortrag über alte Straßenführungen im Oberen Kinzigtal.

*Josef Naudascher, Mahlberg*

## Der Ortenaukreis — 10 Jahre danach

*Landrat Dr. Gerhard Gamber*

Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 — also vor 10 Jahren — wurden die in Baden-Württemberg bis dahin bestehenden 63 Landkreise auf 35 reduziert. Daneben gibt es neun Stadtkreise. In Mittelbaden wurde der Ortenaukreis geschaffen. Er ist mit 1 859 qkm der flächengrößte und nach der Bevölkerungszahl (355 000) der fünftgrößte Landkreis von Baden-Württemberg. Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Ortenaukreises will ich versuchen, für diesen Zeitabschnitt Bilanz zu ziehen.

### *Stürmische Geburt*

Die Geburt des neuen Großkreises war so schwierig, daß dieser Beitrag unvollständig wäre, wenn darauf nicht in gedrängter Form eingegangen werden würde. Das Jahr 1967 — in Stuttgart hatte sich die große Koalition konstituiert — brachte Bewegung in die politische Reformdiskussion. Kreisreform — Gemeindereform — Funktionalreform waren Schlagworte, die Unruhe, Unmut und zum Teil heftige Emotionen in der Bevölkerung hervorriefen. Der Kampf um die Schaffung neuer Landkreise und um die Neubildung örtlicher Verwaltungseinheiten wurde zum offenen Schlagaustausch. Vorstellungen der Dichtel- und Reschke-Kommission, Denkmodelle der Landesregierung und einzelner Fraktionen beschäftigten die Politiker und die Bürger landauf, landab. Auch Mittelbaden blieb hiervon nicht verschont. Der erste Entwurf der Landesregierung für ein Kreisreformgesetz vom 1. 2. 1971 sah in Mittelbaden einen neuen Großkreis Offenburg, bestehend aus den bisherigen Landkreisen Offenburg, Kehl, Bühl, dem Großteil des Landkreises Wolfach und den Gemeinden Dundenheim, Ichenheim und Prinzbach des bisherigen Landkreises Lahr vor. Der größere Teil des Landkreises Lahr sollte einem neuen Landkreis Emmendingen mit dem Sitz des Landratsamtes in Emmendingen zugeschlagen werden. Des weiteren war ein Landkreis Baden-Baden unter Einschluß des größten Teils des bisherigen Landkreises Rastatt mit dem Sitz des Landratsamtes in Baden-Baden vorgesehen. Der Landkreis Baden-Baden sollte dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein in Karlsruhe und der neue Landkreis Offenburg dem Regionalverband Südlicher Oberrhein in Freiburg eingegliedert werden.



Die Vorschläge der Landesregierung führten zu stürmischen Auseinandersetzungen. Mit Vehemenz wehrte sich der Landkreis Lahr gegen eine Eingliederung in einen Landkreis Emmendingen. Lokal- und Landespolitiker forderten eine eigene Region Mittelbaden mit drei Landkreisen, nämlich Baden-Baden/Bühl, Offenburg/Kehl/Wolfach und Lahr/Emmendingen Nord. Kreissitz für den letztgenannten Landkreis sollte Lahr sein. Diesen Forderungen sollte am 9. 2. 1971 in einer gemeinsamen Sitzung der Kreistage der Landkreise Bühl, Kehl, Offenburg, Lahr und Wolfach sowie des Gemeinderats des Stadtkreises Baden-Baden durch einen einmütigen Beschluß dieser Gremien Nachdruck verliehen werden. In einem Resolutionsentwurf wurde, falls die Landesregierung dem Dreivorschlag nicht folgt, gefordert, „daß im Interesse der optimalen Weiterentwicklung ein Landkreis Mittelbaden, bestehend aus den Räumen Bühl, Achern, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach gebildet und ihm die Zuständigkeit eines Regionalverbandes übertragen wird“. In einer vorbereitenden Sitzung am 6. 2. 1971 in Offenburg, an der u.a. die Landräte Erwin



*Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach*

*Aufnahme: Gebr. Metz, Tübingen*

Trippel/Bühl, Dr. Georg Wimmer/Lahr, Walter Schäfer/Kehl, Werner Ackenheil/Wolfach, für den Landkreis Offenburg der Verfasser und Oberbürgermeister Dr. Carlein für den Stadtkreis Baden-Baden teilgenommen haben, zeigte sich dann überraschend, daß hinsichtlich der Vorschläge im Resolutionsentwurf keine Einigkeit bestand. Oberbürgermeister Dr. Carlein gab zu erkennen, daß Baden-Baden mehr nach Norden orientiert sei. Vertreter aus

dem nördlichen Teil des Landkreises Bühl signalisierten, daß ein Teil des Landkreises Bühl nicht bereit sein werde, einem Zusammenschluß mit Offenburg zuzustimmen. Im gleichen Atemzug erklärten Vertreter des Acherner Raumes, in diesem Falle sei damit zu rechnen, daß einige Orte im Süden sich für den Anschluß nach Offenburg entscheiden werden. Nach dem negativen Ergebnis des Vorgesprächs mußte der für den 9. 2. 1971 bereits anberaumte Termin für eine gemeinsame Sitzung der mittelbadischen Kreistage und des Gemeinderates der Stadt Baden-Baden aufgehoben werden.

Die Absage des nördlichen Teils von Mittelbaden, sich nach Süden zu orientieren, führte zur Teilung des Landkreises Bühl und zur Zuordnung des Acherner Bereichs zum Ortenaukreis. Bis zum heutigen Tag herrscht allerdings der Eindruck vor, daß diese Trennung der beiden Kreisteile von der Bevölkerung des früheren Landkreises Bühl mehrheitlich für richtig gehalten wird.

Am 21. 7. 1971 beschloß der Landtag die Bildung eines mittelbadischen Großkreises — Ortenaukreis — mit den früheren Landkreisen Kehl, Offenburg, Lahr und Wolfach sowie dem Bereich Achern des früheren Landkreises Bühl. Mit den Landkreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald sowie dem Stadtkreis Freiburg wurde der Ortenaukreis der Region Südlicher Oberrhein mit dem Sitz in Freiburg zugeordnet; der Gedanke einer selbständigen Region Mittelbaden mit dem Sitz in Offenburg war damit gestorben. In der Geburtsstunde des neuen Ortenaukreises am 1. 1. 1973 gehörten ihm 96 von ehemals 160 selbständigen Gemeinden an. Seit Abschluß der Gemeindereform am 1. 1. 1975 umfaßt der Ortenaukreis noch 51 selbständige Gemeinden.

### *Der Übergang*

Ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte der Landkreise begann, als am 18. 9. 1972 erstmals der vorläufige Kreistag des Ortenaukreises mit 140 Kreisverordneten zusammentrat. Ihm gehörten die Mitglieder der bisherigen mittelbadischen Kreistage an: CDU (72), SPD (40), FDP (11), FWV (16) und OB Dr. Brucker, Lahr. In der ersten Sitzung des vorläufigen Kreistages wurde der Verfasser zum Amtsverweser bestellt. Er hatte die Aufgaben des künftigen Landrats wahrzunehmen, der erst nach der Kreistagswahl im Frühjahr 1973 gewählt werden konnte. Der vorläufige Kreistag sollte somit nur bis zum 8. April 1973 seines Amtes walten. An diesem Tag wurde der erste Kreistag des Ortenaukreises gewählt, der nunmehr noch 97 Kreisverordnete umfaßte: CDU (53), SPD (26), FDP (8), FWV (9) und OB Dr. Brucker, Lahr. Als am 10. Juli 1973 der bisherige Amtsverweser zum Landrat des neuen Ortenaukreises gewählt wurde, standen Kreistag und Verwaltung inmitten einer Phase organisatorischer Filigran- und Aufbauarbeit.

### *Kurze Konsolidierungsphase*

Trotz eines naturgemäß schwierigen Starts gelang es dem aus 4 1/2 Landkreisen gebildeten neuen Ortenaukreis überraschend schnell, unterschiedliche

Standpunkte zu überwinden und zu einer konstruktiven Kreispolitik zu gelangen. Zu der nahezu reibungslosen Integration des neuen Landkreises hat ganz wesentlich die Namensgebung — Ortenaukreis — beigetragen. Die Ortenau ist ein landschaftlicher, aber — auf dem Hintergrund der früheren Reichslandvogtei Ortenau — auch ein historischer Begriff, der durch den Historischen Verein für Mittelbaden mit seinen schon in der 62. Folge erschienenen Jahrbänden „Die Ortenau“ seit vielen Jahren wachgehalten wurde. Heute ist die Ortenau als Weinregion und als Fremdenverkehrsland ein Markenzeichen. Viele Wirtschaftsunternehmen, Verbände, Vereine und Gruppen führen den Begriff „Ortenau“ und tragen ihn mit ihrem Namen nach außen.

Allerdings waren für die Verwaltung die äußeren Umstände nicht gerade günstig. In Offenburg, dem Verwaltungssitz, mußten die Bediensteten in neun Gebäuden unter- und auf engstem Raum auskommen. Wenn nun im Frühjahr 1983 das Ämterlabyrinth in Offenburg der Vergangenheit angehören wird und der schon im Zeitpunkt der Kreisreform geforderte Neubau des Landratsamts bezogen werden kann, wird dies eine Straffung der Verwaltung ermöglichen und für den Bürger wesentliche Erleichterungen bringen.

Die politische Arbeit des Kreistags in der Übergangs- und Anfangsphase des neuen Ortenaukreises begann damit, für viele Aufgabenbereiche einheitliche Grundsätze und Richtlinien zu erarbeiten. Schon nach kurzer Zeit wurden auf der Grundlage fundierter gemeinsamer Arbeit aller Fraktionen die vordringlichen Kreisprobleme angepackt.

### *Krankenhäuser — Schwerpunktaufgabe des Landkreises*

Am 1. 1. 1973 übernahm der Ortenaukreis vom ehemaligen Landkreis Kehl das Krankenhaus in Kehl. Gleichzeitig wurde er Mitglied der Krankenzweckverbände Ettenheim und Lahr. Heute ist er Träger von neun Häusern in Achern (246 Betten), Ettenheim (115), Ettenheimmünster (80), Kehl (180), Lahr (480), Oberkirch (106), Offenburg (438), Wolfach (120) und Zell a.H. (65). Wie kam es zu dieser Entwicklung? Der Ortenaukreis hatte schon kurz nach seiner Konstituierung die Bereitschaft erkennen lassen, kommunale Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung auf freiwilliger Basis zu übernehmen, um auch in diesem Bereich seiner in der Landkreisordnung normierten überörtlichen Funktion gerecht zu werden. In kurzer Frist gingen die genannten Häuser in die Trägerschaft des Ortenaukreises über. Die Konzentration hat in vielen Bereichen kostensparende Rationalisierungsmaßnahmen ermöglicht. Trotzdem gibt es keine Patentrezepte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser, da die fixen Kosten, so im Personalbereich mit allein rd. 70%, kaum einschneidend gesenkt werden können. So stiegen die Pflegesätze in den letzten Jahren — trotz Krankenhausfinanzierungsge-



*Kreiskrankenhaus Lahr*

*Aufnahme: Landratsamt*

setz, Kostendämpfungsmaßnahmen und sparsamer Wirtschaftsführung — ständig stark an. Die folgende Übersicht verdeutlicht dies anhand der Steigerungsquoten in den kreiseigenen Krankenhäusern:

	Pflugesätze in DM pro Tag					
Kreiskrankenhäuser	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Achern	143	161	167	183	214	226
Ettenheim	111	121	140	155	164	187
Ettenheimmünster	104	106	108	104	115	127
Kehl	153	166	180	190	209	224
Lahr	168	181	194	209	224	239
Oberkirch	123	132	154	160	169	187
Offenburg	151	162	173	198	223	240
Wolfach	134	158	164	175	188	201
Zell	105	108	118	130	141	167

Die Kostendimension im Krankenhauswesen für den Landkreis wird im Vergleich zum Gesamthaushalt deutlich. 1982 hat der Ortenaukreis rd. 226 Mio DM im Krankenhausbereich verausgabt, etwa die Hälfte des Gesamthaushaltes. Kreistag, Krankenhausausschuß und Verwaltung werden sich deshalb auch künftig immer wieder mit Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in den Krankenhäusern befassen müssen. Diese Überlegungen kollidieren oft mit der Forderung nach leistungsfähigen Krankenhäusern, die dem medizinischen, pfl-

gerischen und technischen Fortschritt entsprechen. Ein weiteres wichtiges Argument sollte nicht außer acht gelassen werden: ein Krankenhaus ist nicht primär als rentierliches Wirtschaftsunternehmen, sondern als eine soziale Einrichtung zu verstehen, bei welcher der Nutzeffekt in der Gewinn- und Verlustrechnung nur bedingt feststellbar ist.

### *100 Mio DM für den Kreisstraßenbau*

Der Ausbau und die Erhaltung eines leistungsfähigen Netzes von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ist Bestandteil wirksamer Strukturpolitik und effektiver Wirtschaftsförderung.

Der Ortenaukreis hat in den letzten 10 Jahren das derzeit 267 km umfassende Kreisstraßennetz mit einem Aufwand von rd. 100 Mio DM ausgebaut und unterhalten. Etwa die Hälfte des Aufwandes erhielt der Ortenaukreis über Zuschüsse des Bundes und Landes ersetzt.



*Neubau der Gewerblichen Schulen Achern*

*Aufnahme: Landratsamt*

### *Berufsschulwesen — eine stetige Herausforderung*

Der Ortenaukreis konnte vor 10 Jahren von den ehemaligen Landkreisen gut funktionierende Berufsschulzentren in Achern, Kehl, Offenburg, Lahr und Wolfach übernehmen, in denen heute über 17 000 Schüler unterrichtet wer-

den. Es galt dann die beruflichen Schulen den stark gewachsenen Schülerzahlen und den Veränderungen in der Wirtschaft anzupassen. Folgende Schulen wurden neu gebaut oder bestehende erweitert:

Schule/Sporthalle	Fertigstellung	Gesamtkosten DM
Erste Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen Kehl	1975	717.000
Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen Offenburg	1977	9.025.000
Neubau einer Haus- und Landwirtschaftlichen Schule in Lahr	1979	12.500.000
Erweiterung der Sonderschule für Geistigbehinderte in Haslach i. K.	1980	880.000
Erweiterung der Sportanlagen am Integrierten Beruflichen Gymnasium in Lahr	1980	310.000
Erweiterung der Sonderschule für Geistigbehinderte — Georg-Wimmer-Schule — in Lahr	1980	825.000
Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle in Lahr	1980	2.335.000
Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle in Kehl	1981	3.100.000
Erweiterung der Gewerblichen Schulen Achern	1981	4.306.000
Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen Lahr	1982	4.400.000
Zweite Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen Kehl	1982	3.165.000
Anteil am Neubau einer Sporthalle in Achern — Ortenauhalle Achern —	1982	2.100.000
Erwerb des Schulgebäudes der Sonderschule für Geistigbehinderte in Willstätt-Hesselhurst	1982	900.000
Neubau eines Forstlichen Ausbildungszentrums in Gengenbach — unter Beteiligung der Landesforstverwaltung	noch im Bau	23.300.000
		67.863.000

Neben den Neubauten wurden zahlreiche neue Schultypen eingerichtet, um sich den stets in Fluß befindlichen Entwicklungen anzupassen. Im Bewußtsein seiner Verpflichtung für behinderte Kinder und Jugendliche hat der Landkreis die Trägerschaft von Sonderschulen für Geistigbehinderte, Sprachbehinderte und Körperbehinderte übernommen. Er sieht darin eine humanitäre und gesellschaftspolitische Aufgabe. Seit der Kreisreform hat der Ortenaukreis für den Ausbau und den Betrieb der berufsbildenden Schulen und der Sonderschulen insgesamt 222 Mio DM aufgebracht. In diesem Betrag sind namhafte Zuschüsse des Landes enthalten.

### *Fortschrittliche Sozialpolitik*

Das Wohl der hilfsbedürftigen Menschen ist das Ziel jeder Sozial- und Jugendhilfe. Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege arbeiten dabei Hand in Hand. Im „sozialen Rechtsstaat“ weist der Gesetzgeber in einem System so-

zialer Leistungen, Sicherheiten und Versorgungseinrichtungen den Landkreisen wichtige Aufgaben zu. Der Ortenaukreis hat sich in den letzten 10 Jahren nicht auf den gesetzlichen Auftrag gegenüber den sozial Schwachen, Kindern, Behinderten und Alten beschränkt. Er hat durch eine aktive Sozialpolitik und eine umfassende Sozialplanung — offene Hilfen, soziale Dienste, Pflegestellenplan, Behindertenplan und den in Arbeit befindlichen Altenplan — eigene Initiativen ergriffen und das Netz der sozialen Sicherheit für die Kreisbürger noch enger geknüpft. Über die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und die Landeswohlfahrtsumlage wurden in den letzten 10 Jahren insgesamt 522 Mio DM ausbezahlt. Der Ortenaukreis mußte hierfür knapp 400 Mio DM eigene Mittel aufbringen. Die Entwicklung der Kosten im Sozialbereich ist in der folgenden Übersicht dargelegt:

#### Zuschußbedarf des Landkreises in DM

Haushaltsjahr	Sozialhilfe	Jugendhilfe	Landeswohlfahrtsumlage	Bruttoausgaben
1973	8.217.000	1.658.000	12.057.000	41.789.000
1974	11.216.000	2.179.000	14.702.000	38.298.000
1975	10.556.000	2.661.000	16.679.000	36.804.000
1976	12.483.000	2.363.000	21.371.000	44.784.000
1977	13.831.000	2.872.000	20.987.000	50.174.000
1978	15.095.000	3.412.000	23.381.000	53.977.000
1979	15.719.000	2.897.000	25.132.000	57.368.000
1980	17.668.000	3.459.000	23.941.000	61.062.000
1981	19.301.000	3.347.000	25.351.000	65.371.000
1982	21.688.000	5.581.000	29.662.000	73.278.000
	145.774.000	30.429.000	213.263.000	522.905.000

Seit Jahren verfolgt der Ortenaukreis mit großer Sorge den rasanten Anstieg der Sozialhilfeaufwendungen. Während 1973 der Eigenanteil des Landkreises an den sozialen Aufwendungen unter Einbeziehung der Landeswohlfahrtsumlage noch 22 Mio DM betrug, belief er sich 1982 auf 57 Mio DM. Das bedeutet innerhalb eines Zeitraumes von nur 10 Jahren nahezu eine Verdreifachung der Ausgaben, die Einnahmen des Landkreises stiegen dagegen nur um das Zweifache.

Diese Entwicklung muß abgefangen werden. Entweder müssen dem Landkreis Einnahmen zufließen, die angemessen mitwachsen, oder man muß politisch den Mut haben, die sozialen Leistungen auf ein verkraftbares Maß zurückzuführen. Einsparungen sollten als ein Signal zum Umdenken gesehen werden.

#### *Abfallbeseitigung*

Die schadlose Beseitigung von Abfällen hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem gewichtigen Umweltproblem entwickelt. Es war notwendig, die stark ansteigende Müllflut in geordnete Bahnen zu lenken.

Der Ortenaukreis hat die ihm durch Gesetz übertragene Aufgabe der Abfallbeseitigung sehr schnell in den Griff bekommen. Die Zeit der 123 zum Teil Tag und Nacht rauchenden und dadurch umweltverschmutzenden Mülldeponien ist vorüber. Der Müll wird hygienisch einwandfrei gesammelt, befördert, geordnet abgelagert und zum Teil in Straßburg verbrannt. Vier gewartete Deponien in Ringsheim, Haslach i.K., Oberkirch und Oppenau reduzieren die Gefährdung der Umwelt auf ein Minimum. Die Vorteile der Großmülltonne sind inzwischen — auch von vielen Zweiflern — anerkannt worden. Vor allem haben die wilden Müllablagerungen in der freien Landschaft durch die Einführung ausreichend großer Mülleimer gegenüber früher spürbar abgenommen. Mit der Müllverbrennungsmöglichkeit in Straßburg und den vier Deponien im Kreisgebiet hat der Ortenaukreis ausreichend Möglichkeiten, den anfallenden Müll bis ins Jahr 2000 zu beseitigen.

### *Freiwillige Kreisaufgaben*

Fördermaßnahmen im Bereich der Denkmalpflege, der Wirtschaftsförderung, des Fremdenverkehrs, der Landwirtschaft, der Erwachsenenbildung, der Kunst- und Kulturförderung, des Sports, der Musikschulen sowie der Jugendpflege runden das Bild kreiskommunaler Aktivitäten ab.

### *Das Landratsamt als untere staatliche Verwaltungsbehörde*

Neben der Wahrnehmung überörtlicher kommunaler Aufgaben darf schließlich die wichtige Funktion des Landratsamtes als untere staatliche Verwaltungsbehörde nicht übersehen werden. In verschiedenen Bereichen — im Bau-, Verkehrs-, Gewerbe-, Polizei- und Ordnungsrecht — muß qualifizierte Verwaltungsarbeit geleistet werden. An drei Beispielen, u.a. der publikumsintensivsten Abteilung des Landratsamtes, dem Straßenverkehrsamt, läßt sich diese Aussage anhand von Zahlenmaterial untermauern:



*Verwaltungsneubau des Landratsamtes in Offenburg, Badstr. 20*

*Aufnahme: Landratsamt*



Jahr	Baugenehmigungen	Kfz-Neuzulassungen	Führerscheine
1973	3.709	14.368	8.326
1974	3.064	12.177	6.855
1975	3.124	13.393	8.009
1976	3.396	15.904	7.806
1977	3.186	17.548	7.936
1978	3.303	17.739	8.354
1979	3.520	18.293	8.696
1980	3.024	17.436	8.525
1981	2.669	16.807	7.887
1982	2.988	15.398	7.826
	31.983	159.063	80.220

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen und die Führerscheinausstellungen blieben nahezu konstant. Ende 1982 betrug im Ortenaukreis der Bestand der zugelassenen Fahrzeuge rd. 186 000, davon waren 144 000 Pkw. Ein weiterer Zahlenvergleich ist interessant: auf jeden zweiten Bürger im Ortenaukreis kommt ein zugelassenes Fahrzeug!

#### *Hat sich die Kreisreform „gelohnt“?*

Diese Frage ist heute, 10 Jahre nach der Reform, wohl positiv zu beurteilen. Der große mittelbadische Landkreis hat das politische und wirtschaftliche Gewicht seines Bereichs erhöht. Es war möglich, mehr für den Bürger und mehr für die Gemeinden zu tun, als nur die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Obwohl die wirtschaftliche Krise auch vor dem Ortenaukreis nicht haltgemacht hat, wurde 1978, dem Jahr der letzten statistischen Erfassung, im Ortenaukreis ein Bruttoinlandsprodukt von 7,2 Mrd DM erwirtschaftet. Der Kreis lag mit diesem Wert nach den wirtschaftsstarken Landkreisen des mittleren Neckarraumes — Esslingen (9,5 Mrd DM), Ludwigsburg (7,9 Mrd DM), Böblingen (7,4 Mrd DM) — an vierter Stelle in Baden-Württemberg. Auch der prozentuale Anteil der Wirtschaftskraft des Ortenaukreises am Bruttoinlandsprodukt des Landes war mit 3,6% der vierthöchste in Baden-Württemberg. Diese Zahlen sind um so höher zu bewerten, als der Ortenaukreis vielfach noch ländlich strukturiert und insbesondere durch den Schwarzwald auch topographisch benachteiligt ist.

Wohl niemand kann sich der Tatsache verschließen, daß der Ortenaukreis im Krankenhauswesen, in der Sozial- und Jugendhilfe und in der Abfallbeseitigung zukunftsweisende Akzente gesetzt hat. Dank der gesteigerten Leistungsfähigkeit und Verwaltungskraft konnte er seine Investitions- und Dienstleistungsaufgaben, trotz wachsender Ansprüche der Bürger, konzentrierter als zuvor lösen. Der vor wenigen Wochen begonnene Ausbau des Kreiskrankenhauses Offenburg zu einem Haus der Zentralversorgung ist ein Beispiel hierfür.

### *Verhältnis des Bürgers zum Landkreis*

Der Bürger hat oftmals „Ärger“ mit dem Landratsamt. Wenn es darum geht, eine Baugenehmigung zu erhalten, die Behörde jedoch nicht alle Wünsche des Antragstellers erfüllen kann, wenn er Gelände für den Bau- oder Ausbau einer Kreisstraße abgeben muß, das Wohngeld zu knapp und der Bußgeldbescheid für die zu schnell gefahrenen Kilometer zu hoch bemessen scheinen, die Gebühren für die Müllabfuhr, obgleich kostendeckend erhoben, als zu teuer empfunden werden, so sind diese Berührungspunkte des Bürgers mit dem Landkreis sicher nicht kennzeichnend. Nach 10 Jahren Ortenaukreis läßt sich feststellen, daß sich zwar noch kein ausgesprochenes Kreisbewußtsein entwickelt hat. Positiv ist jedoch anzumerken, daß die Teilbereiche dieser Landschaft enger zusammengerückt sind und die Bürger dem Landkreis offener begegnen im Bewußtsein seiner mannigfachen Aufgaben im Dienste der Gemeinschaft.

### *Mit gedämpftem Optimismus in die Zukunft*

Der Ortenaukreis steht vor finanziellen Engpässen. Die Zeiten eines finanziellen Polsters sind vorüber. Die Entwicklung der Investitionsrate — das sind die für Investitionen freien Mittel — macht dies offenkundig. Während sie in den Jahren 1979 und 1980 jeweils rd. 20 Mio DM betrug, fiel sie im Jahr 1981 auf 9 Mio DM und sank im Jahr 1982 auf 6,5 Mio DM. Der Landkreis muß in den kommenden Jahren mit weniger finanziellen Mitteln auskommen. Kostensteigerungen, insbesondere im Sozialbereich, sind auch künftig zu erwarten. Neue Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und der Schülerbeförderung kommen auf den Landkreis zu. Probleme, die zu bewältigen sind, wenn die Aufgaben mit Augenmaß für das Machbare und mit Sparsamkeit angegangen werden. Ein Umdenken in einer Zeit immer enger werdender Handlungsspielräume wird unerläßlich sein.

Für die kreispolitische Arbeit im kommenden Jahrzehnt wünsche ich mir, daß sie auf der Grundlage weltpolitischen Friedens weiter von partnerschaftlichem Geist getragen sein möge. Im ehrlichen Miteinander und Füreinander sollte es gelingen, die zu erwartenden Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen. Die Verwaltung wird bemüht sein, ebenso engagiert wie bisher zum Wohle des Ortenaukreises und seiner Einwohner weiterzuarbeiten.

## Aufgaben und Arbeit des Kreisarchivars im Ortenaukreis

*Dieter Kauß*

Am 21. September 1982 wurde ich durch den Kreistag des Ortenaukreises zum Kreisarchivar und zum wissenschaftlichen Leiter des Schwarzwälder Freilichtmuseums „Vogtsbauernhof“ in Gutach bestellt. Seit dem 1. April 1983 übe ich diese Tätigkeiten aus. Wenn ich heute (1. Juni 1983) Aufgaben und Arbeit des Kreisarchivars im Ortenaukreis beschreibe, so geschieht dies zwar zunächst nur schemen- und konturenhaft, was die konkrete Praxis betrifft, jedoch mit einer klaren Zielvorstellung von dem, was es einmal zu erreichen gilt.



*Dieter Kauß, Kreisarchivar*

So sehe ich mich in meinen beiden Funktionen als Kreisarchivar und als Museumsleiter vor vier große Aufgabenbereiche gestellt, die ich mit meinem ganzen persönlichen Engagement auszufüllen gedenke:

1. Als Archivar des Ortenaukreises sind mir die Archivbestände der Vorgänger-Landkreise Offenburg, Kehl, Lahr und solche von Teilen der

Vorgängerkreise Wolfach und Bühl anvertraut. Diese Bestände gilt es, nach über 10 Jahren zunächst einmal zusammenzuführen, in sich zu ordnen und danach so zu verzeichnen, daß sie heute und später der Verwaltung, der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit benutzbar zur Verfügung stehen.

2. Die Heimatgeschichte ist dem Kreisarchivar wohl mit das größte Anliegen. Diese gilt es, der Bevölkerung des Ortenaukreises bewußt zu machen. Historische, integrierende Persönlichkeiten unseres Gebietes sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die geschichtlichen Abläufe in den einzelnen Gemeinden und Städten. Oberstes Gebot in dieser Arbeit ist das Zusammenwirken mit dem Historischen Verein für Mittelbaden, für den ich durch meine Publikationen in den frühen 70er Jahren und durch die Anregung zu Arbeitskreisen kein Unbekanntes sein dürfte. Heute sind es vor allem die Probleme „Denkmalschutz“ und „Museen“, die mich aus dem Arbeitsfeld des Kreisarchivars, der Geschichte für uns heute umsetzen möchte, heraus am meisten interessieren. Hier werde ich mich sicherlich engagieren. Daneben versuche ich in Fragen der Ortsgeschichte Hilfen und Erfahrungen anzubieten, die ich in neun Jahren Praxis als Stadtarchivar und Museumsleiter in Göppingen gesammelt habe. Schließlich ist mir die Zusammenarbeit mit den Schulen wichtig, soweit dies für die Heimatgeschichte von Bedeutung ist.
3. Ein weiterer großer Aufgabenbereich des Kreisarchivars ist die Mitwirkung bei der Pflege und Ordnung der Archive von Gemeinden und Städten, die über keinen hauptamtlichen Archivar verfügen. Im Rahmen des Möglichen versuche ich mich hier wieder als Berater und Helfer. An Anregungen und fachlichen Kontakten sollte es hierbei nicht fehlen. Um dieses Problem einigermaßen zu erfassen und für erste konkrete Hilfen in den Griff zu bekommen, bereise ich bis Mitte Juli 1983 alle Gemeindearchive des Ortenaukreises. Schon jetzt kann ich bemerken, daß sich die Gespräche und Begegnungen in den Gemeinden und Städten sehr positiv anlassen. So hoffe ich, nach der Sommerpause 1983 auch hier konkret arbeiten zu können.
4. Das Konzept des Schwarzwälder Freilichtmuseums „Vogtsbauernhof“ in Gutach, die wichtigsten Typen des Schwarzwaldhauses vertreten zu wissen, kann und muß im Augenblick als vorläufig abgeschlossen bezeichnet werden. Jetzt gilt es, die einzelnen Haustypen sowie die bäuerlichen und geschichtlichen Denkmale des Museums historisch und sozial zu hinterleuchten und sie in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Dieses gewiß zeitraubende Aufgabenfeld verdichtet sich im Jahre 1984 brennpunktartig; gilt es doch in diesem Jahre das 20jährige Bestehen des Museums bewußt zu machen. So erbrachte ein erster Schritt, der jetzt nahezu abgeschlossen ist, eine Dokumentation des Museums selbst, seiner Ent-

stehung und seiner Geschichte. Sodann bin ich bestrebt, eine Fachbibliothek, eine Materialsammlung, ein Plan- und Zeitungsarchiv zu Themen des Bauernhauses speziell des Schwarzwalds aufzubauen. Historische und sozialgeschichtliche Erhebungen zu den Häusern und Denkmälern werden diese Arbeiten — wie schon angedeutet — immer begleiten. Kontakte zu wissenschaftlichen Instituten sind geknüpft; Themen für Interessierte, die sich für wissenschaftliche Arbeiten verwenden lassen, sind genug zu vergeben.

Schließlich gilt es, das Museum den Einheimischen nahezubringen und dabei die ganze Bandbreite der gebotenen Informationen offenzulegen. Hier wird vor allem die Zusammenarbeit mit den Schulen, der Erwachsenenbildung und den Medien gesucht; in einigen Fällen ist auch sie bereits verwirklicht.

## Abgegangene Siedlungen in der Altenheimer Gemarkung

*Wilhelm Marx*

### *Die Besiedlung des Rieds in vor- und frühgeschichtlicher Zeit*

Die Zeit der ersten Besiedlung im Ried ist nicht bekannt. Daß sich aber schon in grauer Vorzeit Menschen hier aufgehalten haben, zeigen die allerdings spärlichen Bodenfunde auf der Niederterrasse und in der Rheinniederung. In Altenheim wurde ein „Steinbeil aus der jüngeren Steinzeit (rund 3 000 bis 2 000 Jahre v. Chr.) gefunden. Es war nicht durchlöchert, sondern mußte in einem durchlöcherten Stiel befestigt werden (die Wissenschaft hat für diese Form den Namen Zungenförmiges Beil). Es bestand aus schwarzem, glänzend geschliffenem Gestein und war etwa so lang wie ein Wetzstein zum Sensen-

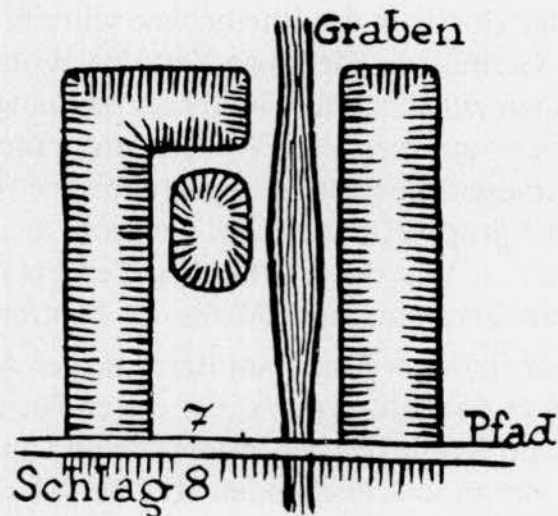


*Fachwerkhäuser in Altenheim*

*Aufnahme: Heinz Arbogast*

schärfen, aber etwas breiter und flacher. Seine früheren Besitzer nannten es Donnerkeil und hielten es für einen Schutz gegen Blitzschlag. Darum sollte es immer in dem Anwesen bleiben (damalige Hauptstraße 39), wo es einst gefunden wurde, wohl schon vor langer Zeit, als man noch dunkle Erinnerungen hatte an den alten Heidengott Donar, der im Gewitter aus seinem Himmelswagen seinen Hammer auf die Erde warf. Das Beilchen kam später nach Kehl und wurde 1945 mitsamt der ganzen Wohnungseinrichtung gestohlen.“<sup>1</sup> Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß in der Rheinebene infolge der zahlreichen Überschwemmungen solche Fundplätze nicht immer mit der Ursprungsstelle übereinstimmen müssen.

Im Jahre 1982 wurde im Schlag I/7 (früher Schlag 14) des Altenheimer Waldes ein Hügel entdeckt mit einem Durchmesser von etwa 10 m, unter dem ein Grab aus der Hallstattzeit vermutet wird (etwa 500 Jahre v. Chr.). Es besteht der Verdacht, daß das nicht die einzige Grabstätte dieser Art im Areal des Altenheimer Waldes ist.



Anlage im Altenheimer Wald

Skizze: Frau Kappus-Mulsow

Eine andere archäologisch interessante Stelle, mit der sich die Wissenschaft beschäftigt, befindet sich im Schlag I/3 (früher Schlag 7) des Altenheimer Waldes. Erhard Schmidt hält sie für eine frühe Form des mittelalterlichen Wehrbaus.<sup>2</sup> Frau Kappus-Mulsow vermutet, daß es sich um Reste der Burg Waseneck handelt. Das Gewann Waseneck liegt aber gut 800 m nördlich davon.

Durch die Aktivität des Archäologischen Arbeitskreises im Historischen Verein für Mittelbaden wurden in den letzten Jahren weitere Funde verzeichnet im Keckenen, Alten Woh und in der Striet, vermutlich aus der Römerzeit.

1 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, Ein Jahrtausend Altenheimer Geschichte. Kehl 1963, S. 9.

2 Erhard Schmidt, Mittelalterarchäologische Kulturdenkmale in Südbaden, in: Badische Heimat, 55. Jahrg., Heft 2, 1975, S. 148.

In allen den genannten Fällen kann natürlich nur eine facharchäologische Grabung endgültig Klarheit bringen.

Neben den Bodenfunden gelten als die am weitesten in unsere Vergangenheit zurückreichenden Zeugnisse der Geschichte die Siedlungs-, Orts- und Flurnamen. Die ersten menschlichen Niederlassungen im Ried, die in kontinuierlicher Entwicklung zur Entstehung des Dorfes Altenheim geführt haben, dürften aus dem letzten Drittel des ersten Jahrtausends stammen und im Rahmen der fränkischen Siedlungspolitik vom Elsaß her zu erklären sein. Die Einflußnahme des Elsaß auf die rechtsrheinischen Gebiete in der Ortenau erstreckt sich nicht nur auf die lebhaftere Siedlungstätigkeit vom 6. Jahrhundert ab, sondern ist schon durch die Grabhügel aus der Bronze- und Hallstattzeit in vor- und frühgeschichtlichen Perioden nachzuweisen. „Diese Abhängigkeit von der linken Rheinseite gilt erstmals für die bronze- und hallstattzeitlichen Grabhügel auf der Niederterrasse, die im Zusammenhang mit den gleichzeitigen reichen Vorkommen im Unterelsaß, besonders im Hagenauer Forst, gesehen werden müssen.“<sup>3</sup>

Über die Entstehung der Dörfer in der Rheinebene schreibt Berthold Sütterlin: „Wie überall bei den Germanen, die lange Zeit das Wohnen in den Städten verabscheuten, finden wir zunächst nur Dörfer als Siedlungsform, wobei diese alemannischen Dörfer erst aus mehreren Weilern zusammenwuchsen. Am Ende der ersten Landnahmezeit scheinen häufig drei bis vier kleinere Siedlungen sich um einen Hauptort gruppiert zu haben, der wohl auch einen vorchristlichen Kultort darstellte . . . Von der fränkischen Zeit bis ins 12. Jahrhundert blieb die Grundform des germanischen Dorfes das Haufendorf . . .“<sup>4</sup>

Diesen Siedlungsverlauf finden wir auch im Bereiche der Altenheimer Gemarckung. Wohl mag anfangs der Schwerpunkt der ersten Ansiedlungen im Raum des jetzigen Ortsetters am Rande der Niederterrasse und auf dem Hochgestade gelegen haben; in der daran anschließenden Rheinaue befanden sich aber in aufgelockerter Form, wie es für die frühe Siedlungszeit charakteristisch ist, mehrere kleine Dörfer, Weiler, Gehöftegruppen oder Einzelhöfe, die im Laufe der Zeit im Dorf Altenheim aufgegangen sind. Welche der hier zu besprechenden eingegangenen Siedlungen älter sind als unser Dorf oder welche davon als Ausbausiedlungen des frühen Mittelalters zu gelten haben, kann nicht mehr entschieden werden. J. Schaible erwähnt in seiner „Geschichte des badischen Hanauerlandes“<sup>5</sup> neben andern Dörfern, Weilern und Höfen, welche schon im neunten und in den folgenden Jahrhunderten dem Stifte St. Stefan und der Münsterkirche in Straßburg gehörten, auch Folmersheim<sup>5</sup> (siehe unten). Der Sage nach ist dieser Ort älter gewesen als das Dorf Altenheim.

3 Dieter Kauß, Die Mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau. Bühl/Baden 1970, S. 65.

4 Berthold Sütterlin, Geschichte Badens I. Karlsruhe 1965, S. 80.

5 Joseph Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlandes. Karlsruhe 1855, S. 14: „Andere ortenaussche Dörfer, Weiler, Höfe, wie Gundersweiler und Nonnenweiler, sodann Auenheim, Diersheim, Schweighausen, Bohlsbach, Stadelhofen, Gamshurst und Folmersheim gehörten schon im neunten und folgenden Jahrhunderten dem Stifte St. Stephan und der Münsterkirche zu Straßburg.“



## *Die alten Wasserläufe des Rieds*

Um die früheren landschaftlichen Verhältnisse und den Gang der Besiedlung innerhalb der Altenheimer Gemarkung besser verstehen und beurteilen zu können, bedarf es zunächst der Klärung der hydrographischen Situation im Ried. Die Beschreibung der alten Wasserläufe ist nötig, um die Besonderheiten unserer Riedlandschaft mit ihrem vielverzweigten Gewässernetz für die Siedlungsgeschichte deutlich zu machen.

Als erstes war es der Rhein mit dem Mühlbach als ältester und größter Wasserlauf, der vor vielen Jahrtausenden die fruchtbare Schwemmlandebene unserer Heimat geschaffen hat, zum andern die Enz (früher die Elz), die die Entwicklung und Form des Dorfes Altenheim wesentlich beeinflusst hat, und schließlich ein Gewässer, das der älteren Generation noch als „Schaflacher Graben“ in Erinnerung ist, das aber in seiner Bedeutung als landschaftsformender und die Lage der Siedlungsplätze bestimmender Faktor hervorgehoben zu werden verdient.

Auffallend ist neben dem Rhein auch bei den kleineren Wasserläufen im Ried die bevorzugte Nord-Südrichtung, bedingt neben dem Gefälle der Rheinebene von Süden nach Norden (Elzmündung 166 m ü.M., Oosmündung 114 m ü.M.) durch die geröllführenden Schwarzwaldflüsse und die damit verbundene Aufschotterung in der Rheinebene, die einen direkten Abfluß der Gewässer nach Westen in den Rhein verhinderte.

Das Ried (ahd. hriot), ursprünglich eine mit Schilf und Sumpfgas bewachsene Gegend zwischen Schutter und Rhein<sup>6</sup>, erstreckt sich, wie aus Flurnamen hervorgeht, etwa von Ottenheim bis nach Goldscheuer-Marlen. Bis zur Tulla'schen Korrektur hat die Urgewalt der Hochwasser des in vielen Armen, Gießen (mhd. gieze = vom Altrhein abzweigende, schmale, tiefe Nebenarme) und Kehlen (= Rheinarm, der am Talweg austrat, eine Insel umfloß und wieder in ihn einmündete) dahinfließenden Rheins diese Landschaft geprägt und schicksalhaft in das Leben der später dort angesiedelten Menschen eingegriffen. Fast alljährlich wurden infolge der Schneeschmelze in den Alpen oder längeren Regenperioden die Rheinaue und angrenzende Teile der Niederterrasse überschwemmt, die Ufer teilweise „eingeoßt“ (eingerissen). Nach Rückgang der Fluten bedeckten Geröll und Schlamm das Überschwemmungsgebiet.

Einen zeitgenössischen Bericht gibt Pfarrer Büttner aus dem Jahre 1663 im Kirchenbuch von Altenheim: „Sonntags, den IV. Trinitatis, den 12. Juli 1663 hab ich J. H. B. (Johann Heinrich Büttner) morgens nach der Amtpredigt vor dem Gebet auf der Kanzel eine Vermahnung zum Gebet und Buße getan von wegen des stetigen langwierigen Regenwetters und Ausgießung des Rheins im Keckene, Heimenau und droben im Meißenheimer, Ichenheimer und Altenheimer Bann, im kleinen Ried mit Überschwemmung und Verderbung der vielfältigen schönen Früchten des Weizens,

---

<sup>6</sup> Friedrich Schwärzel, Heimatbuch des Rieddorfes Meißenheim. Lahr 1969, S. 103.

Gersten, Habern, Grases und Heues, so durch das Muhrgevässer verschwämmet, verwüstet, verflöbet und sonderlich der Weizen, Gerst, Habern an etlichen Orten bis an die Knie im Wasser gestanden und gelegen, etliche Wochen nacheinander. Man hat in diesem Jahr 1663 große Arbeit an den Werben (= Dämmen, der Verf.) des Rheins gehabt, daß man dem Einreißenden Rhein gekehrt hat. Die obern benachbarte Dorfschaften Mütterßheim, Dinglingen, Hugßweier, Ottenheim, Kürzel haben helfen frohnen und graben. Ist aber etlichmal an unterschiedlichen Orten wiederum durchgebrochen, daß man hie und in Dundenheim und Ichenheim die Sturmglocken geläutet und Jung und Alt zugeritten und zugelaufen, zu wehren und zu retten.“<sup>7</sup>

Aber auch in hochwasserfreien Zeiten war das Ried charakterisiert durch zahlreiche Wasserarme, stehende Gewässer, Sümpfe, Inseln, Auen (ahd.ouwa = wasserreiches Wiesenland), Gründe (Gelände zwischen den Rheinarmen, Schwemmlandboden) und Schollen (die größten Rheininseln wurden auch Schollen genannt). Eine urwaldähnlich, undurchdringliche Bewachsung der Rheinniederung gab dieser Landschaft ursprünglich ein absolut siedlungsfeindliches Gepräge. Noch vom 17. Jahrhundert an wissen wir aus Berichten, daß in der für Fremde nur schwer zugänglichen Rheinaue unsere Bevölkerung in Kriegszeiten auf den Inseln Zuflucht fand und sich dort vor dem Zugriff der feindlichen Soldateska sicher fühlte. Nur der ortskundige Einheimische kannte die begehbaren Pfade und Furten, die auch ein weniger gefahrvolles Überqueren der Wasserläufe mit Fahrzeugen oder primitiven Nachen ermöglichten (alte Furt, Grunder Furt). Es ist keine Nachricht überliefert, daß es in Kriegszeiten im Altenheimer Abschnitt feindlichen Truppen je einmal gelungen wäre, bis zu den Zufluchtsstätten der Altenheimer in den Rheinwaldungen vorzudringen.<sup>8</sup>

Bei der Unwirtlichkeit der Riedlandschaft infolge der alljährlichen Überschwemmungen durch den unkorrigierten Rheinstrom setzte die endgültige Besiedlung relativ spät ein. Überraschenderweise zeigt aber die geschichtliche Entwicklung im Altenheimer Raum, daß von 8 abgegangenen Siedlungen 5 in der Rheinniederung lagen; ja, die auf den ersten Blick am gefährdetsten erscheinende Altenau (der heutige Altenheimer Hof) entstand mitten im Stromgebiet des Rheins und blieb durch die Jahrhunderte ununterbrochen erhalten bis zum heutigen Tage.

Der Mühlbach war noch 1675 ein starker, dem Hochgestade am nächsten gelegener Rheinarm, „im Jahre 1827 war er stellenweise noch Talweg des Rheins. Nach der Tulla'schen Korrektion wurde er durch ein in die Elz eingebautes Überfallwehr kurz vor ihrer Mündung abgeleitet, trieb in Nonnenweier, Ottenheim, Meißenheim und Altenheim eine Mühle und mündete bei Goldscheuer in den Rhein. Vorher hatte jede der genannten Mühlen ihren eigenen Zufluß vom Talweg des Rheins her, der durch die Korrektion trocken gelegt worden war. Infolgedessen mußte der Mühlbach vom Wehr bei Wittenweier an

---

7 Hanna Kappus-Mulsow, Trübe Jahre im Ried, in: Ortenau 14/1927, S. 148.

8 Friedrich Bauer, Johann Heinrich Büttner. Karlsruhe 1913, S. 72 ff.

neu eingerichtet und auch das Faschinat beim Thomasschollen (an der Grenze Ottenheim/Meißenheim) eingebaut werden.“<sup>9</sup>

Südlich von Altenheim befindet sich, von Ottenheim über Meißenheim und Ichenheim kommend, ein Graben, der heute noch „Enzgraben“ oder „Enz“ genannt wird und der mit mindestens zwei Armen mitten durch Altenheim verlief. Unmittelbar am Südrand des Dorfes und im Dorf selbst ist er infolge Aufschüttung und Bebauung oder Abdeckung weitgehend verschwunden. In Meißenheim heißt er „Entengraben“ oder „Weyergraben“, in Ichenheim „Anwendergraben“. Der Name „Enz“ ist vermutlich abzuleiten von dem vorgermanischen „Antia“. Die Enz wurde früher auch „die alte Elz“ oder „die blinde Elz“ genannt. Noch um die Jahrhundertwende wußte die ältere Generation, daß es sich bei der „Enz“ in Wirklichkeit um die „Elz“ gehandelt hat, die ursprünglich nicht südlich von Kappel in den Rhein floß, sondern über Nonnenweier—Ottenheim—Meißenheim—Ichenheim und in der Höhe von Altenheim ihr Wasser in mehreren Armen dem Rhein zuführte. In der Denkschrift: „Die Rektifikation des Rheins“, Karlsruhe 1822, vertritt Oberstleutnant Tulla die Ansicht, daß in früherer Zeit vom Kaiserstuhl bis Kehl kein Abfluß zum Rhein stattgefunden hat und die Elz erst später von Kenzingen gegen Niederhausen in den Rhein abgeleitet worden ist. So hat der ‚Enzgraben‘ vorher die Wasser vom alten Bett der Elz bei Nonnenweier aufgenommen und sie durch die Gemarkungen der Rieddörfer dem Rhein zugeführt. Damit stimmt auch überein, was bei einem Jagdstreit zwischen dem Oberamt Mahlberg und dem Freiherrn Jakob Samson von Ratsamhausen im Jahre 1714 von Männern aus Nonnenweier ausgesagt wurde, nämlich daß die Elz in dem nunmehr trockenem Elzbett beim Dorfe ‚noch bei Mannsgedenken geloffen‘ sei.<sup>10</sup> Auf den 1786 bei der ersten systematischen Vermessung des Altenheimer Banns geschaffenen Plänen ist das alte Elzbett noch zu sehen, auch auf den Rheinstromkarten von 1828 und 1872. Der etwa 800 m südlich Altenheims vom Enzgraben abzweigende „Keckener Graben“ wird auf der Rheinstromkarte von 1852 noch „Elzgraben“ genannt. Die Enz war ursprünglich ein 60 bis 80 m breites Gewässer, wie sich aus Grabungen (Baugruben) ergibt; sie war auch mit größeren Kähnen befahrbar.

Am Südrande Altenheims teilte sich der Enzgraben in zwei Arme, die den Ortschaften durchzogen, sich nördlich desselben wieder vereinigten und ihr Wasser in den heutigen Mühlbach (früher ein Rheinarm) ergossen. Das Gelände zwischen den beiden Enzgräben war Sumpf und bis Mitte des vorigen Jahrhunderts für eine Bebauung ungeeignet. Insofern hat die „alte Elz“ die Entwicklung unseres Dorfes bis zu seiner heutigen Form wesentlich beeinflußt.

Die erste vermessene Karte der Altenheimer Gemarkung aus dem Jahre 1786 zeigt einen Flußlauf, der, vom Ichenheimer Bann kommend, die Ostgrenze

<sup>9</sup> Friedrich Schwärzel, Heimatbuch des Rieddorfes Meißenheim. Lahr 1969, S. 93.

<sup>10</sup> Friedrich Schwärzel, Tullas Rheinkorrektion, in: Geroldsecker Land 4/1961/62, S. 12.

des Altenheimer Gewanns Marlach (und damit in diesem Teil auch die Ostgrenze der Gemarkung) bildet, in nördlicher Richtung und westlich vom „großen Höchstätt“ durch die „Schaflache“ und „Wüstmatt“ in Richtung Müllen weiterzieht und etwa 150 m nördlich der heutigen Straße Altenheim-Müllen (ehemaliger Kleinbahndamm) in den Graben einmündet, der heute das „Schütterle“ genannt wird und früher „kleine Schutter, neue Schutter“ hieß. Dieser Graben verläuft durch das Gewann „Rehlache“ weiter in Richtung Goldscheuer und mündete früher in den Rhein. Der heute noch sichtbare Rest dieses alten Wasserlaufs bis zu seiner Einmündung in das Schütterle trägt den Namen „Schaflacher Graben“. Die Flurnamen Marlach, Schaflache, Wüstmatt, Rehlache weisen auf diesen Wasserlauf hin (lahha ahd. = Pfütze, Wasseransammlung). Nach ihrer Form und Oberflächengestaltung muß auf ein altes, breites Flußbett geschlossen werden. Der frühere „Bahnhofweiher“ und der „Ziegelweiher“, damals am Ostrand des Dorfes gelegen, waren noch eindrucksvolle Reste dieses Gewässers, bei dem es sich möglicherweise um einen alten Rheinarm gehandelt hat. Daß die Erweiterung des Ortsetters in den letzten zwei Jahrhunderten ausschließlich in westlicher Richtung rheinwärts vor sich ging, die Ostgrenze aber unverändert blieb, war durch diesen Wasserlauf bedingt. Das Sumpfgelände der „Schaflache“ verhinderte eine Erweiterung nach Osten. Erst seit etwa 1960 wurde dieses Gelände trocken gelegt und dadurch einer Bebauung und Erweiterung des Ortsetters in östlicher Richtung zugänglich gemacht.

Abschließend ist noch die Schutter zu nennen, die seit dem Aufgehen Rohrburgs in der Altenheimer Gemarkung von Müllen bis zur Gottswaldstraße das Altenheimer Gebiet berührt. Sie treibt heute noch die Rohrburger Mühle, deren Geschichte bis ins 14. Jahrhundert zurückreicht.

Der Ortsetter des Dorfes Altenheim, am Rande der Niederterrasse und im Bereich des Hochgestades gelegen, war bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts begrenzt auf das Gebiet zwischen den beiden Gewässern, dem Schaflacher Graben im Osten und der Enz, unmittelbar am Hochgestade entlang ziehend, im Westen. Erst um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert kam es infolge Bebauung der anschließenden Rheinaue zu einer Erweiterung des Dorfes in westlicher Richtung, wobei zunächst das Sumpfgelände zwischen den beiden Enzarmen ausgespart blieb. Wenige Meter westlich der Kirche und des Pfarrhauses, die auf der höchsten Stelle des Dorfes im Bereiche des Hochgestades liegen, verlief der östliche Enzarm, der bei höherem Wasserstand mit Kähnen befahren wurde.

Hierzu ein zeitgenössischer Bericht von Pfarrer Johann Heinrich Büttner: „So ist der Rhein am 3. und 4. Heumonat 1641 ohne Regen in der alten Au und in der Scherau so gewachsen, daß er überall über das Land geloffen. Mein Hüttlein in der Scherau ist einer Ellen tief voll Wasser. Ich und Hans Kopf der Weber und andere mehr sind in der Scherau bei Michael Seyfrieds und Konrad Schneiders Häuslein oben am Rhein in ein Triport gesessen, und sind zwischen und über Stauden und Stöck über den vollen Rhein herüber an das kleine Riedt und hernach über die Viehweid in

vollem starkem Wasserfluß herein ins Dorf gefahren bis an das Gässel, das hinter dem Pfarrhof zur Kirche gehet, haben das Schifflein beim Mättel in der Gaß lassen stehen und sind hinten in den Pfarrgarten gegangen, und hernach auch wiederum mit dem Schiff voll Dielen geladen hinüber gefahren.“<sup>11</sup> Theobald Mild, Großriedgasse 4, erfuhr von seinem Großvater, daß früher einmal Kaiserstühler Weinbauern bei der nahe gelegenen Kinderschule auf dem Schiff ihren Wein verkauften.

Die ältesten uns bekannten Höfe und Gebäude Altenheims lagen auch auf der Niederterrasse ausnahmslos auf den am höchsten gelegenen Plätzen des Ortes. Es sind das: die Kirche mit Pfarrhaus, das „Schlößle“, das Badhaus, die alte Gemeindeschmiede, das Gasthaus zur Krone und „die Stube“, der Sparbrothof, das ehemalige Gasthaus zur Sonne, der alte Schwanen, die Laube, früherer Sitz der Gemeindeverwaltung, der Fronhof und der Seyfertshof.

Die wiederholten Zerstörungen des Dorfes bis auf wenige Häuser infolge zahlreicher Kriegshandlungen im Ried haben ohnehin eine kontinuierliche Entwicklung Altenheims verhindert. So ist dem Altenheimer Kirchenbuch (Pfarrarchiv Altenheim) zu entnehmen: „Am 24. Sept. 1677 wurde das Dorf bis auf die Kirche, das Pfarrhaus und etliche dabei liegende Häuser, sowie die Krone und die danebenstehende Schmiede durch die Franzosen niedergebrannt.“ Immer wieder wurde Altaufgebautes vernichtet, oder es zerfiel infolge des jahrelangen Aufenthaltes der Bevölkerung in den Rheinauen.

### *Die abgegangenen Siedlungen in der Gemarkung Altenheim*

In der Altenheimer Gemarkung befanden sich um die Jahrtausendwende und später außer dem Dorfe selbst acht kleine Dörfer, Gehöftegruppen oder Einzelhöfe, die im Laufe der Jahrhunderte im Dorf Altenheim aufgegangen sind. Die Zeit ihrer Entstehung ist nicht bekannt, und ihr Abgang kann nur in zwei Fällen genau angegeben werden.

Ihre Namen sind (von Süden nach Norden): Die Heimenau, Keckenheim, der alte Woh, die Altenau (der heutige Altenheimer Hof), Vollmarsten, der Neuhof, der Schneidhof und Rohrburg (früher „Wilre“ genannt).

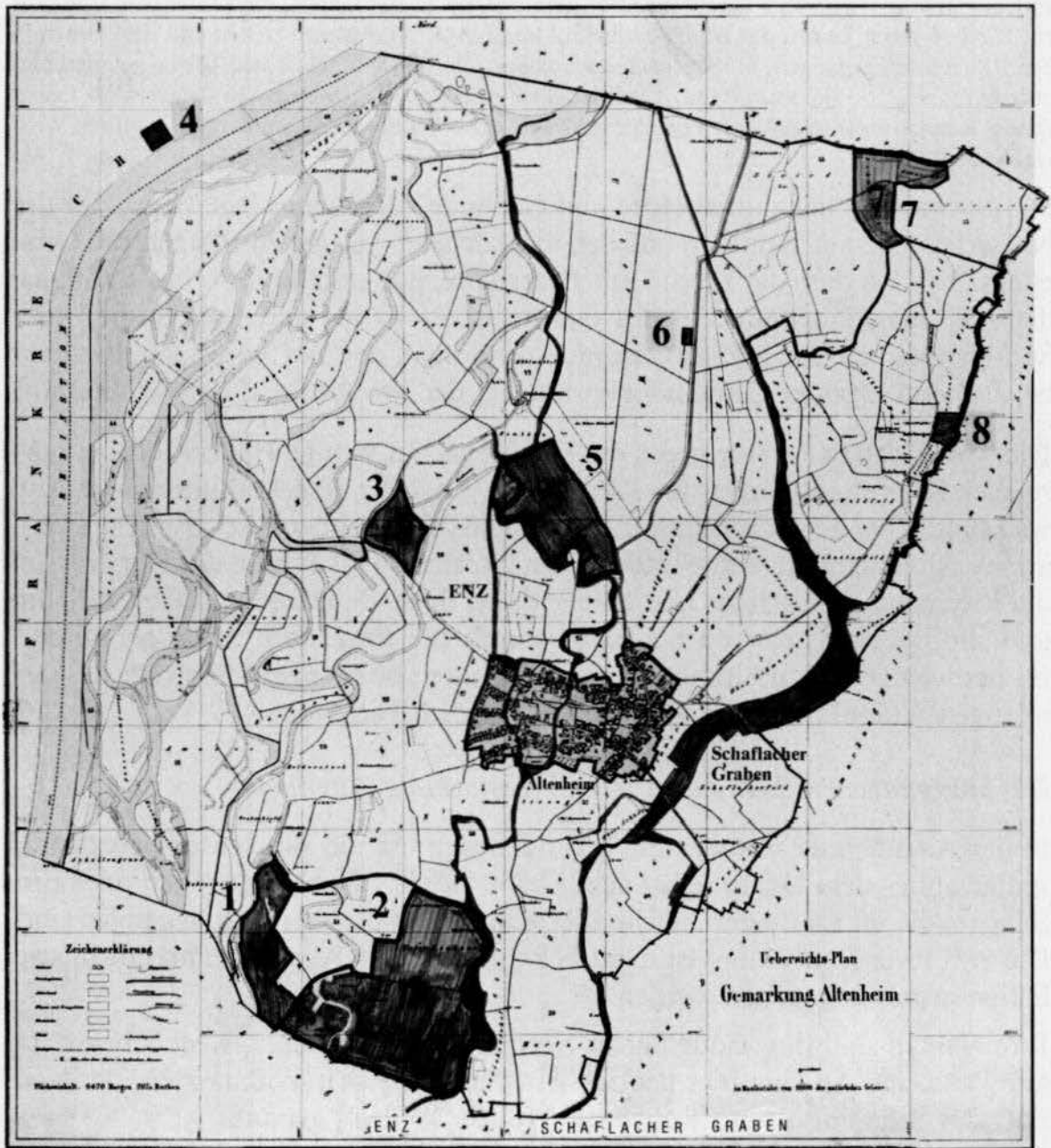
### **Die Heimenau**

Anfang 1300 Heimenaw, 1360 Heimenawe, 1472 Heimenowe, 1491 Heinaw, 1687 Heymenau.

Die Heimenau ist heute ein Gewann in den Rheinauen zwischen Altenheim und Ichenheim, ihre Nordgrenze ist der heutige Keckener Graben kurz vor dessen Einmündung in den Mühlbach (Grabenköpfl). Die Heimenauer Siedlung lag früher zwischen Elz und Rhein unmittelbar am östlichsten Rheinarm. In einem Güterverzeichnis vom Jahre 1339<sup>12</sup> werden 133 Äcker und 12 Tauen Matten genannt, darunter die Fronmatt und die Michelsmatt im Ried (hier

<sup>11</sup> Friedrich Bauer, Johann Heinrich Büttner. Karlsruhe 1913, S. 72.

<sup>12</sup> „Künigüter so in das Gotshaus Schuttern Zehenden gehören“. GLA Karlsruhe Nr. 229/1836.



*Gemarkung Altenheim mit abgegangenen Siedlungen: 1 Heimenau, 2 Keckenheim, 3 Alt Wog, 4 Altenau, 5 Vollmarsten, 6 Neuhof, 7 Schneidhof, 8 Rohrburg*

Flurname der Gemarkung Altenheim) und in der Heimenau. Das älteste Verzeichnis der entsprechenden Liegenschaften im Archiv des St. Andreashospitals in Offenburg (s. Anmerkung) erwähnt 1360 „18 acker zu Heimenawe“. Auf der Heimenau, die teils zu Ichenheim, teils zu Altenheim gehörte, stand eine Meierei, die im Jahre 1467 Meylin Schönßelin von Ichenheim innehatte. Diese große Rheininsel wurde auf der Gemarkung Ichenheim vom Rhein „eingeoßt“ (weggeschwemmt); bei Altenheim ist der Flurname noch vorhanden.

Daß die Heimenau früher bewohnt war, geht auch aus einem Offenburger Ratsprotokoll vom 30. Juli 1472 hervor, wonach „solange ihnen gedenke, in

der Herrschaft Lore, besonders zu Ichenheim, Dundenheim, Altheim, Mulnheim, Kuterßburg, Marnheim, Rode, Heimenowe und Drudenheim allweg Leute gesessen seien, die an den ‚steyne gein Ortenberg‘ gedient haben mit Bede und Frondiensten.“

Bei der Erneuerung eines Güterverzeichnisses des Klosters Gengenbach im Jahre 1550 ist über die Heimenau zu lesen: „Item die Au, die man die Meyerey nennt, ligt an der hinteren Heimenau neben der Wurth Matten und der Heimenau Feldt, soll vor altem sechzig Tawen gewesen seyn, hat aber der Rhein nach und nach so hinwegespilt, daß itzt und diser Zeit nur noch bey drey Tawen übrig seyndt.“<sup>13</sup> Um 1540 ist ein Grundstück zwischen „des Heimenawers garten“ und der Ichenheimer Banngrenze genannt; auch des „Heimenawers guth“ kommt vor.

Im Jahre 1545 übergab das St. Andreashospital in Offenburg den Sparbrothof in Altenheim dem Hans Marx und seiner Ehefrau Ursula für die Dauer von 12 Jahren. Über die Heimenau wird folgendes vermerkt: „. . . in der Heymenaw ligt nachbestimpt guett: Item drey Ackher aneinander In der Heymenaw, an Kopf Hanßen, underseit an Schmidts Sun Hanßen gelegen und stost mit eim End vff Meyerey, vnd mit dem andern End vff Webers Jacobenn.“<sup>14</sup>

Daß der Heimenauer Meierhof noch 140 Jahre später bestanden hat, ist aus einem Eintrag im Ichenheimer Lochenbüchlein (Lochen = Grenzstein) zu ersehen, wo der Hof unter dem Datum des „7 Marty ano 1687“ erwähnt wird: „. . . haben wir Ichenheimber mit den Altenheimber ein Undergang gethan in der Heimenau gegen der Meyerey hinüber bey dem 3 eckhenden stein angefangen und gegen den Rhein gegangen, alle Loche besichtigt welche noch ufrecht gestanden und an die vierte Loch mit der Seite gegen die Meyerey 2 Creuze ufgethan und zu der vierten Loch ein Wilgensetzling gesetzt. Zu der sechsten ein jung Bäldden.“<sup>15, 16</sup> Wann die Meierei und die übrigen Gehöfte endgültig eingegangen sind, ist nicht bekannt.

#### Anmerkung:

Frau Hanna Kappus-Mulsow machte im Jahre 1938 aus dem Güterverzeichnis des St. Andreashospitals Offenburg von 1360 Auszüge, die uns noch in ihrem Manuskript und ihren Veröffentlichungen in der Altenheimer Chronik teilweise vorliegen. Das Verzeichnis war damals im Offenburg-Museum untergebracht. Nach Mitteilung des Stadtarchivs Offenburg ist es aber heute nicht mehr vorhanden.

13 Friedrich Schwärzel, Grenzverhältnisse in Ichenheim, in: Geroldsecker Land 14/1972, S. 166.

14 Originalurkunde von 1545 mit Siegel im Stadtarchiv Offenburg.

15 Friedrich Schwärzel, Abgegangene Siedlungen im Landkreis (Heimenau und Schafsteige) in: Geroldsecker Land 6/1963/64, S. 43.

16 Theobald Adam schreibt über das Lochenbüchlein von Ichenheim: „Vor mir liegt ein handschriftliches Buch von ehrwürdigem Alter. Es gehört der Gemeinde Ichenheim und trägt die Aufschrift: ‚Lochenbüchlein. 1652 wieder uffgericht für die Gemeinde Ichenheimb‘. Sein Inhalt sind die Protokolle und Übereinkommen bei den Grenzbegehungen der Vertreter von Ichenheim mit den Vertretern der Nachbargemeinden.“ (Theobald Adam, Aus des Dorfes Altenheim vergangenen Tage. Karlsruhe, 1910, S. 42). Dieses Lochenbüchlein ist seit dem letzten Krieg nicht mehr aufzufinden.

## Keckenheim

1360 Kegensheim, 1618 Keckenheim, Keckenen.

Südlich von Altenheim zwischen Enz (alte Elz) und Rhein und östlich an die Heimenau anschließend liegt das Gewann Keckenheim; die Nordgrenze bildet der Keckener Graben, der auf der Rheinkarte von 1852 noch „Elzgraben“ heißt. Es ist ein Seitenarm der „alten Elz“, der sein Wasser bei Altenheim dem Rhein zugeführt hat. Nach mündlicher Überlieferung soll früher in Keckenheim ein kleines Fischerdorf gestanden haben. Auffallend ist das Fehlen jeglicher schriftlicher und kartographischer Hinweise auf die Lage und Größe dieses Dörfchens. Neuerliche Funde eines Steinbeils sowie von Gefäßscherben und römischen Leistenziegeln in diesem Gewann weisen auf eine frühe Besiedlung hin.

Zur Namensdeutung schreibt A. Hausenstein: „In der Bezeichnung ‚Keckener Graben‘ steckt höchstwahrscheinlich das Wort ‚Kicke‘ oder ‚Kecke‘ (von ‚queck‘ = lebendig) d.h. ‚Quelle‘. Der Keckener Graben ist daher nur ein Quellgraben, der seinen Namen dem Gewann ‚Keckenen‘, d.h. Heim bei den Quellen, ‚Keckenheim‘ verdankt.“<sup>17</sup> Ein altes Lagerbuch aus dem Jahre 1618<sup>18</sup> bringt noch die anfängliche Schreibweise ‚im Keckenheim‘. Demgegenüber steht aber der älteste greifbare Gewannname aus dem Jahre 1360 „Kegensheim“, und beim Keckener Graben kann von einem Quellgraben keine Rede sein. Eine stichhaltige Namensdeutung gibt es bis heute nicht.

Ein Güterverzeichnis des St. Andreashospitals in Offenburg vom Jahre 1360 nennt sieben Äcker in „Kegensheim“, die nur an das Kloster Schuttern zehntpflichtig waren; diese fehlen aber in dem Verzeichnis von 1339 in Karlsruhe („Künigüter so in das Gotshaus Schuttern Zehenden gehören“). Möglicherweise ist Keckenheim zwischen 1339 und 1360 im Dorf Altenheim aufgegangen.<sup>19</sup>

In demselben Güterverzeichnis von 1360 heißt es: „8 taun matte heißent Fronmatte und ligent an der Werbe.“ Ein kleines Gewann südlich vom Keckener Graben hieß noch im vorigen Jahrhundert „beim Fromattensteg“. Ob die Fronmatten mit dem ehemals auf dem Ichenheimer Teil der Heimenau gelegenen Meierhof oder einem Fronhof in Keckenheim in Beziehung gestanden haben, ist nicht zu belegen.

Neben dem Keckener Graben verläuft von dem alten Flußbett der Enz (Elz) zum „Grabenköpfl“ die schon 1360 erwähnte „Keckener Werb“, ein kleiner Damm, der früher einmal als Schutz für den Altenheimer Bann gegen Hochwasser errichtet worden ist.

17 Albert Hausenstein, Eine Ortsgeschichte aus der Ortenau. Veröffentlichung des Offenburger Tageblatts vom 29. Aug. bis 17. Sept. 1929. 11. Fortsetzung (im Besitz des Verf.).

18 Lehenbücher der Herrschaft Lahr-Mahlberg: Altenheim, GLA Karlsruhe 67/704—706.

19 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, a.a.O., S. 22.



Daß der undurchdringliche Rheinwald Anfang 1700 schon in Keckenheim begonnen hat, zeigt ein Vermerk von Pfarrer Christian Samuel Lotzbeck im Kirchenbuch über eine plötzliche Flucht der Bevölkerung in die Rheinaue wegen Überfall des Dorfes durch 20 „Marodeurs“ am 14. September 1713: „Meine Frau und Kinder sind auff dem Wagen bey dem Keckener Graben von dem Knecht in die dicksten Hecken geführt worden.“<sup>20</sup>

## Der Alte Woh

1583 Altwog, 1598 im alten wog, 1611 der alte Wog, 1659 Altwog, 1675 Alt Wog, 1712 der alte Woh, 1762 im alten woh, 1783 Alte wag, 1850 Alte Waage, 1887 Alte Wage

Waag, Wag, ahd. wâc bedeutet 1. stehendes, tiefes Wasser, 2. Fluß, Bach.

Nach Kolb ist Altwog ein abgegangener Ort bei Altenheim<sup>21</sup>, nach der Urkunde von 1599 „ein büni im alten wog auserhalb der werben gelegen, so vor jaren wegen einasung deß Reins wüst gelegen, jetzmalß aber, dieweil er sich abgewendt, wiederumb . . . gepawet und genutzt würdet.“<sup>22</sup>

Das Gewann liegt nordwestlich von Altenheim zwischen den alten Hanfrötzen und dem Mühlbach. „Als ältesten bewohnten Platz unserer Gemarkung bezeichnet die Überlieferung das Gewann „Alter Woh“. Es soll dort ein Fischer- und Schifferdörflein gestanden sein.“<sup>23</sup>

K. Fr. Reinmuth, Ende des vorigen Jahrhunderts Hauptlehrer in Altenheim, schreibt 1895: „Altenheim soll sich vom Alten Woh ableiten. In einem Gewann . . . etwas westlich vom Dorf, welches fälschlich geschrieben „Alte Wag“, im Volksmund aber „Alter Woh“ genannt wird, fanden sich auf den Äckern alte Baureste, die vom Mutterdorf herrühren sollen.“<sup>24</sup>

Landwirte Altenheims wissen zu berichten, daß man beim Anlegen von Zuckerrübenmieten immer wieder auf altes Gemäuer stieß; ein Großonkel erzählte mir 1922, daß er dort beim Pflügen vor dem ersten Weltkrieg ein verrostetes Schwert gefunden habe. Anlässlich einer Bannbegehung im Oktober 1982 wurde von Landwirt Werner Marx, Kehlerstraße 66 auf seinem Grundstück in der Nordecke dieses Gewanns ein solcher Platz genau lokalisiert; bei dieser Gelegenheit wurden dort auch infolge des neuerlich tiefen Pflügens römische Leistenziegel und Teile von Kacheln gefunden.

20 wie 19, S. 83.

21 Johann Baptista Kolb, Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogtum Baden. Lahr-Mahlberg: Altenheim. Karlsruhe 1813.

22 Berthold Albrecht, Die Wüstungen des Kreises Offenburg. Manuskript 1922, S. 7 (im Besitz von Dr. Dittler, 7640 Kehl-Goldscheuer).

23 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, a.a.O., S. 40.

24 Karl Friedrich Reinmuth, Beschreibung des Ortes Altenheim und seiner Gemarkung im Amtsbezirk Offenburg. Manuskript 1895, S. 38 (im Besitz des Verf.).

Ein kleiner Geländestreifen an der Westgrenze vom Alten Woh, entlang des Mühlbachs, heißt „Heidenbühn“. (1765 heyten bien, 1783 Heidenbühn). Nach dem 1729 erneuerten Erb-Lehensbrief des Klosters Gengenbach von 1673<sup>25</sup> war die Bühn „mehr dann zweyhundert Jahr“ im Besitz des Klosters; sie war 19 Sester groß; um 1598 war Jacob Heyd Erbbeständer der Gengenbacher Güter.

Nach der Gemeinderechnung von 1712 stand damals noch ein Haus im Alten Woh.

### **Die Altenau**

Nördlich von Plobsheim (elsässisches Dorf, Dép. Bas-Rhin) befindet sich unmittelbar neben dem Rheinuferdamm eine Häusergruppe, die heute noch „Altenheimer Hof“ genannt wird. Das älteste Gebäude, im Gegensatz zu den andern parallel zum Uferdamm stehend, war noch bis zum 2. Weltkrieg die „Wirtschaft zum Altenheimer Hof“, die in früheren Zeiten von Elsässern und Altenheimern gern besucht wurde (von Altenheimern des billigen Weines wegen auch noch zwischen den beiden Weltkriegen, obwohl damals der Rhein als Staatsgrenze von Zöllnern scharf bewacht wurde).

Dieser Altenheimer Hof ist der Überrest der „Altenau“, der interessantesten Siedlung in der Gemarkung, was ihre Lage und die Dauer ihres Bestehens angeht, lag sie doch ursprünglich auf einer großen Insel inmitten des vor der Tulla'schen Korrektur vielarmigen und wechselhaften Rheinstroms, dessen Talweg vor dem 15. Jahrhundert weiter westlich auf der elsässischen Seite verlief (die Ill war früher ein Rheinarm), bis zum 18. Jahrhundert seinen Weg aber immer mehr nach Osten verlegte.<sup>26</sup> Der Abgang von Siedlungen südlich von Kehl (Hundsfeld, Waseneck, Heimenau) und die Verlegung von Goldscheuer waren die Folge.

Was K. Hornung über Neumühl schreibt gilt auch für den so exponierten Siedlungsplatz der Altenau: „Zu Beginn unserer Zeitrechnung war der Verlauf des Rheines in seinem Urbett verhältnismäßig normalisiert, wenn er auch immer wieder unheimliche Hochwasser bis ans Hochgestade brachte. Trotzdem war die Rheinniederung für eine Besiedlung viel eher geeignet als die versumpfte Niederterrasse samt dem Hochgestade. In der Rheinniederung ließen die Überschwemmungen einen fruchtbaren Ackerboden zurück, und der Fischreichtum des Stromes war eine unerschöpfliche Nahrungsquelle. Außerdem bildete der Rhein selbst die erste und schnellste Verkehrs- und Handelsstraße.“<sup>27</sup>

---

25 Urkunden über „Altenheim“ 20. Nov. 1673. GLA Karlsruhe 30/9.

26 Otto Rusch, Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauerlandes. Kehl 1928, S. 5.

27 Klaus Hornung, Die geo-archäologische Vergangenheit Neumühls, in: Neumühl, Beiträge zur 700jährigen Geschichte des Dorfes. Kehl 1971, S. 18.

Neben der Fruchtbarkeit der Rheinaue, dem Rhein als Nahrungsquelle und Verkehrsverbindung kam bei der Altenau noch etwas anderes hinzu, das für das Weiterbestehen dieser Rheinsiedlung förderlich war, die Schutzfunktion dieses Siedlungsplatzes, nicht nur in dem kriegsbewegten 17. und 18. Jahrhundert. Die Bevölkerung konnte sich in Kriegszeiten immer wieder dorthin zurückziehen und fühlte sich sicher. Was auch die ersten Siedler bei der Suche nach einem solchen Platz wie die Altenau bewegt haben mag, neben der Sicherstellung der Ernährung hat auch die Sicherung gegen Feinde dabei eine Rolle gespielt; gerade sie kam in späteren Jahrhunderten noch der Bevölkerung der nahegelegenen Orte zugute.

Der Siedlungsbeginn ist in diesem Falle auch nicht annähernd anzugeben. Möglicherweise erfolgte die Besiedlung vom benachbarten Straßburg aus rheinwärts.

Während des Dreißigjährigen Krieges standen in der Altenau noch etliche Häuser. Die Insel war Eigentum der Gemeinde Altenheim und wurde mit dem sich darauf befindenden Hof und Feldern verpachtet. Der früheste bekannte Pächter hieß Negelin (Nägelin).

Vom 10. Juli 1646 liegt eine Urkunde vor, wonach die Markgräfin zu Baden und Hochberg, Anna Amalia, als Vormund des Johann und Ernst Casimir, Grafen zu Nassau — Saarbrücken und Saarwerden, Herren zu Lahr, die Altenau an Johann Ludwig von Landsberg, wohnhaft in Mutzig, anstelle einer Schuld von 4 000 Reichstalern übergab.<sup>28</sup>

In den Papieren der Altenheimer Fischerzunft wird aus dem Jahre 1767 von Streitigkeiten mit Eschau über das Fischrecht berichtet, nachdem der Rhein einen Wasserlauf weggeößt hatte, der vorher die Grenze zum Eschauer Bann bildete.

Auf der Altenau befand sich Anfang 1600 ein Hof, der „Altenheimer Meyerhof“, wie er 1676 genannt wird. Der bereits erwähnte früheste Pächter, Sebastian Negelin (Nägelin), war ein Bürger von Straßburg. Seine Nachfolgerin war die Tochter Anna, geboren um 1626; sie war dreimal verheiratet (1684 mit Martin Reütter, 1653 mit Martin Marx, 1667 mit Caspar Miller, „Metzger in der Altenau“). Anna Nägelin starb 1676 als „Meigerin auf dem Altenheimer Hof über dem Rhein“. Nach der Geburt eines Sohnes in zweiter Ehe mußte Pfarrer Büttner am 12. Dezember 1662 trotz heftigen Unwetters und Hochwassers auf die Altenau „auf den neuen Hof“ zur Taufe fahren, dort übernachten und konnte erst am folgenden Tag wieder zurück. „Schon am 1. Dezember 1662 war das Wasser so hoch, daß die Bürger morgens die Glocken geläutet und mit ganzer Gemeinde dem Wasser gewehret haben.“<sup>29</sup> Seit dem En-

28 Verkauf des Altenauer Hofes (jenseits des Rheins): Urkunde von 1646. Archivalien der Gemeinde Altenheim.

29 Kirchenbuch Altenheims 1634—1784. Pfarrarchiv Altenheim.

de des 17. Jahrhunderts hieß die ganze Altenau nur noch „Altenheimer Hof“. Diese Bezeichnung hat sich bis heute erhalten.

1635 übernahm Pfarrer Büttner die Altenheimer Pfarrei. Seit diesem Jahr erfahren wir durch seine Aufzeichnungen und die seiner Nachfolger von der Not und dem Elend der Bevölkerung infolge der Kriegshandlungen im 17. Jahrhundert. Schon im März 1635 berichtet Büttner, daß „dazumal die Pfarrkinder und Bauern der Dörfer am Rhein sich wegen Kriegsgefährlichkeit mehrertheils in den Auen und Rheinschollen haben aufgehalten, und deswegen auch die Altenheimer in den alten Auen, im Weidenaue, im Matzschollen und benachbarten Orten zwischen dem Rhein mit ihrem Viehe und Armütlein gewohnt haben.“<sup>30</sup> Aus dem Altenheimer Kirchenbuch geht ferner hervor, daß die Bevölkerung auch in den Jahren 1634, 1637, 1639, 1641, 1676, 1677, 1678, 1708, 1709, 1710 und 1713 auf den Rheininseln Zuflucht suchen und sich notdürftig dort einrichten mußte. Auch die Gemeindeverwaltung wurde in diesen Zeiten auf die Altenau verlegt. Zum Aufbau von Hütten und Schuppen für Mensch und Vieh wagte man sich nächtlicher Weise ins Dorf, um Bretter, Dielen und sonstiges Gerät zu holen. Die Flüchtlinge ernährten sich vom Fischfang, geretteten Vorräten und von ihrem Vieh. Auf den Rheininseln wurden Kinder geboren und getauft, dort wurde geheiratet und gestorben, dort wurden auch Amtshandlungen vorgenommen. „Sonntags den 24. Hornung 1639 ist Hanß Schneider, der Heimbürger zu Alttenheim, zu einem Schultheißen daselbst in der Alten Auen unter einem Apfelbaum bei dem alten kleinen Häuslein durch Junker Amtmann presentirt und bestätigt worden, und hat er und seine eheliche Hausfrau Brigitta Ruoffin ein Söhnlein taufen lassen, Conrad genannt.“<sup>31</sup> Dort stand auch um 1640 ein kleines notdürftig gebautes Kirchlein.

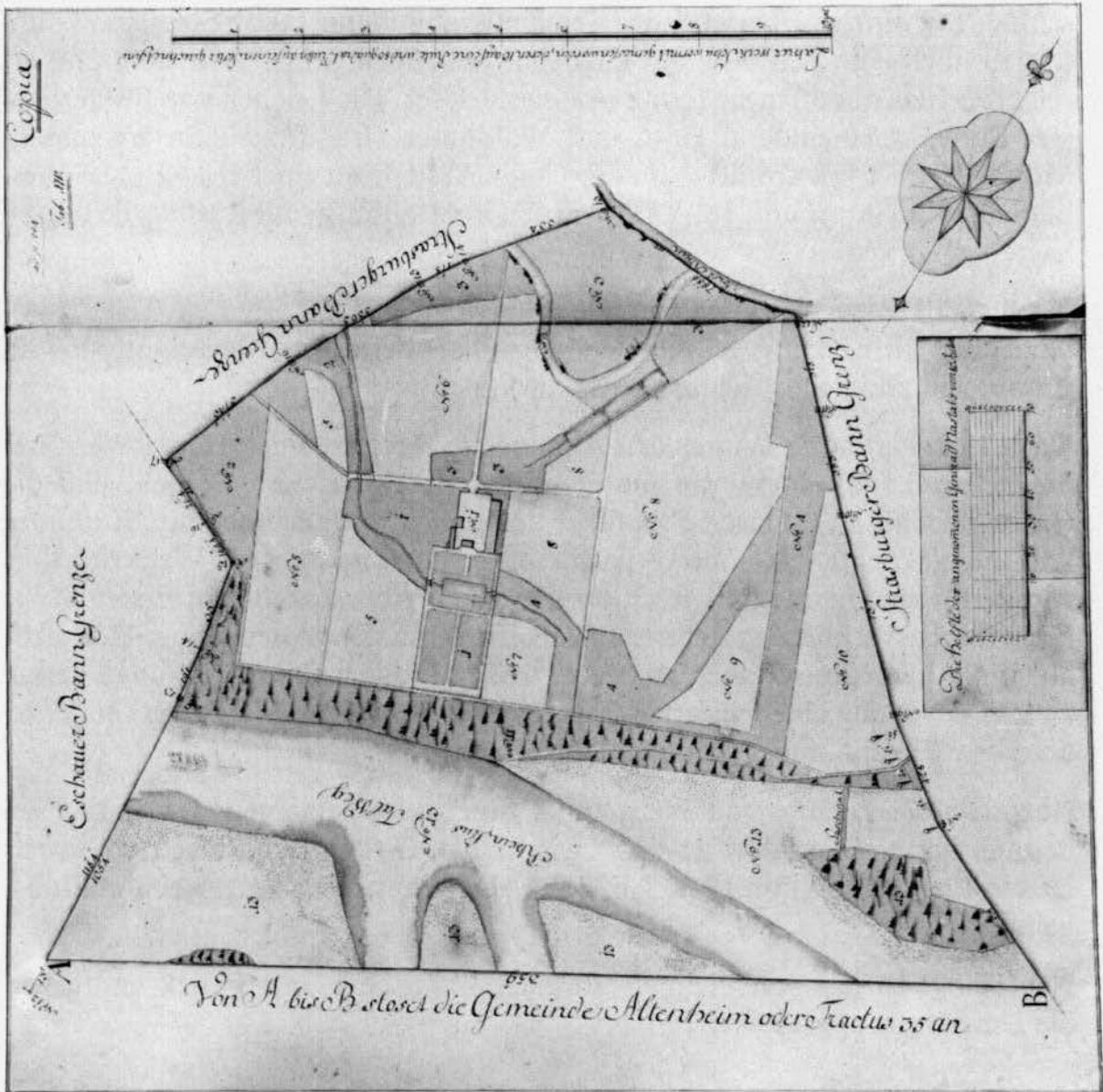
Wiederholt wurde während manchmal jahrelangem Aufenthalt „in den Auen“ das Dorf Altenheim bis auf wenige Häuser niedergebrannt und, wenn ruhigere Zeiten waren, in aller Ärmlichkeit wieder aufgebaut. Keine Kriegsschäden jedoch erlitt die Altenau selbst. Auf der ersten vermessenen Karte des Altenheimer Bannes von 1786 zeigt der Altenheimer Hof eine Anlage, einem Gutshof ähnlich, mit insgesamt 788 Sestern (etwa 6052 a).

Um das Jahr 1785 ist ein Mr. Levraut dessen Besitzer. „Den Zehenden auf dem Altenauer Hof, welchen Mr. Levraut von Straßburg eigenthümlich besitzt ist 2/3 gnädigster Landesherrschaft und 1/3 der Altenheimer Pfarrey.“<sup>32</sup> Nachfolger von Levraut war in den Jahren 1790 bis 1796 ein Straßburger Bürger namens Burggraf. Nach 1871 gehörte das Altenheimer Hofgut Friedrich Winter, genannt „Millione Schniidr“. — Man kann den Altenheimer Hof

30 wie 29.

31 wie 29.

32 Bann Protokoll über den Altenheimer Bann von 1784 bis 1785 von Johann Georg Deißinger, fürstl. Oberlandrenovator. Grundbuch der Gemeinde Altenheim.



Altenheimer Hof 1786

nicht erwähnen, ohne jenes tragischen Unglücksfalles vom 5. Dez. 1888 zu gedenken. In den Morgenstunden jenes kalten und nebligen Dezembertages war Bürgermeister Sutter mit 5 Altenheimer Gemeinderäten und zwei Waldhütern beim Abschätzen eines zum Abholzen freigegebenen Holzbestandes im Altenheimer Gemeindewald. Am Nachmittag setzten diese 8 Altenheimer Bürger, nachdem ihre Arbeit beendet war, in einem Nachen über den Rhein, um sich in dem nächsten am elsässischen Ufer gelegenen Wirtshaus „Zum Altenheimer Hof“ zu erwärmen und einen Imbiß zu sich zu nehmen. Gegen Abend bestiegen sie wieder das Schiff zur Heimfahrt. Auf dem Rhein lag ein so dichter Nebel, daß man kaum die Hand vor den Augen sehen konnte. Beim Abstoßen vom Ufer trat einer der Männer mit seinem Stiefel ein 10 x 20 cm großes Loch in den Boden des morschen Kahns, der sich schnell mit Wasser füllte und um-

schlug. Der einzige Überlebende, Gemeinderat Johann Jakob Strosack, konnte sich noch eine Zeit lang am kieloben treibenden Schiff festhalten und erreichte so das nur 30 m entfernte elsässische Ufer. Die Leichen von Bürgermeister Sutter, Gemeinderat Roth und Waldhüter Graf fand man am andern Morgen etwa 1 km abwärts von der Unglücksstelle an einer elsässischen Kiesbank; erst im April und Juli 1891 wurden in Straßburg und Rastatt die beiden letzten geborgen.

Nach dem Ersten Weltkrieg kam der Altenheimer Hof, bisher ein Teil der Altenheimer Gemarkung, durch den Versailler Vertrag entschädigungslos an Frankreich und gehört heute zur Gemarkung Straßburg.

Nach 1930 verkaufte Winter den Altenheimer Hof an einen Herrn Weis, der nach dem Tode seiner Frau nur noch die Landwirtschaft betrieb, und die Gastwirtschaft an Eduard Schöpfer, einen Lebensmittelhändler aus Straßburg und seiner Tochter Susanne verpachtete, die noch im Zweiten Weltkrieg dort wirteten. Trotz hermetisch geschlossener Rheingrenze nach dem Ersten Weltkrieg riß die Verbindung unserer Bevölkerung mit dem Altenheimer Hof nicht ab. Ein Altenheimer Bauer berichtet, daß er in jener Zeit öfter junge Ferkel zwecks Bereitung als Spanferkel, auf einem Wagen unter Maisstroh versteckt, über den Rhein hinüber gebracht hat.

Nachdem die Tochter von Weis, Linel, einen Melker namens Hoffmann geheiratet hatte, übernahm sie selbst wieder den Gastwirtschaftsbetrieb bis zur letzten Rheinkorrektur 1968. Ein Sohn Hoffmanns lebt heute noch in Plobsheim.

Neuerdings ist das Altenheimer Hofgut militärischer Sperrbezirk und gegen die Umgebung abgesperrt.

## **Vollmarsten**

961 Folmersheim, 1360 Volmersheim, 1598 vfem Volmarsten, 1663 in Volmarßheim, 1737 Vullmarsten, 1828 Volmarsten, 1850 und 1887 Vollmarsten.

Vollmarsten liegt zwischen Altenheim und der ehemaligen Altenheimer Mühle. Die Grenze im Süden bildet der Dünnmatter Graben. Unter verschiedenen Dörfern und Höfen, die schon im 9. Jahrhundert dem Stift St. Stefan und der Münsterkirche in Straßburg gehörten, ist bei J. Schaible<sup>33</sup> auch ein „Folmersheim“ genannt, bei dem es sich vermutlich um Vollmarsten handelt. Theobald Adam nimmt an, daß diese Siedlung älter war als das Dorf Altenheim<sup>34</sup>, in das es zwischen 1400 und 1600 aufgegangen sein soll.

---

33 Joseph Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlandes. Karlsruhe 1855, S. 14.

34 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, a.a.O. S. 23.

Das nördlich an Vollmarsten angrenzende Gewann „Hambühn“ war die Hanfbühne von „Volmersheim“.

Über die Namensdeutung schreibt 1929 A. Hausenstein<sup>35</sup>: „Ungeklärt ist auch die Benennung der Flur ‚Vollmarsten‘. Am ehesten könnte man das Wort noch mit dem Personennamen Vollmar in Zusammenhang bringen. Dann würde das Gewann etwa ‚Vollmars Tann‘, d.h. ‚Vollmars Tannenwald‘ bedeuten. Denn ‚tenn‘ kommt öfters statt ‚tann‘ vor.“ — Nun, Tannen oder gar Tannenwäldungen hat es damals im Ried nicht gegeben. Der Gewann-Name Vollmarsten (Folmersheim) ist nach wie vor unklar.

### **Der Neuhof**

Von der Straße Goldscheuer-Altenheim aus ist ungefähr 300 m südlich der Straßenbrücke über das Schütterle am Rande des Altenheimer Waldes im ehemaligen Schlag 14 eine rundliche Bodensenke von etwa 10 m Durchmesser zu erkennen, heute noch umstanden von einigen Lindenbäumen. Dort befand sich vor Zeiten der „Neuhof“. Über die Zeit der Entstehung und des Abganges dieser Hofanlage gibt es keine schriftlichen Unterlagen.

Theobald Adam schreibt 1910 darüber: „Die ältesten Gebäulichkeiten dieses Hofes sollen im Schatten der viele Hunderte von Jahren alten Linde, ‚große Linde‘ genannt, welche im heutigen Schlag 14 des Mittelwaldes in der Nähe der Landstraße stand und gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einging, gestanden haben. Im Kirchenbuch wird der Neuhof 1691 genannt.“<sup>36</sup>

Am 3. September 1691 „starb Jakob Meier, der Oehler, in der Flucht auf dem neuen Hof und ward zu Altenheim in größtem Tumult begraben, seines Alters 91 Jahre.“<sup>37</sup>

### **Der Schneidhof**

Um 1300 Schweighof, 1618 Schneidhof, 1661 Schneidehoff, 1739 Schnett-hoff, 1754 Schnaidhoff, 1762 schnäth hoff, 1887 Schneidhof.

Das kleine Gewann liegt an der Nordgrenze der Gemarkung Altenheim, südlich von Kittersburg. Aus dem Jahre 1754 ist im Altenheimer Grundbuch<sup>38</sup> zu lesen: „Ist an 1714 et 1716 ausgestockt worden, und zuvor Wald gewesen, ein Gewand zu ohngefahr 30 Juch an einem Stück, welches an die Goldscheurer und Kittersburger verlehnt. — Ein Stück Matten alda so die gemeine Haagen Matt, ad 4 tauen.“ Um 1783 umfaßte das Gewann 310 Sester, also 2 384 a.

35 Albert Hausenstein, a.a.O., 10. Fortsetzung.

36 Theobald Adam, Aus des Dorfes Altenheim vergangenen Tagen. Karlsruhe 1910, S. 6.

37 wie 36, S. 69.

38 Grundbuch Altenheims, Archivalien der Gemeinde Altenheim.

Über den Schneidhof schreibt A. Hausenstein: „Von ahd. 'sneida = Schneid, Schnaid, Schnait, d.h. ‚ausgehauener Waldweg‘ abgeleitet, stellt sich diese Flur somit heute als eine Stätte vor, wo vor alter Zeit an einem solchen Waldweg ein Hof sich erhoben hat.“<sup>39</sup>

Nach dem Bericht von K. Fr. Reinmuth war auf dem Schneidhof im vorigen Jahrhundert eine „Feldbachstein-Brennerei. Zu Backsteinen und Ziegeln wird in der Nähe der Schutter Lehm gegraben und auf dem Schneidhof und in der hiesigen Ziegelhütte verarbeitet.“<sup>40</sup>

Im Vergleich zu heute erstreckte sich noch 1786 das Gewann „Schneidhof“ weiter nach Süden bis zur Biegung des Rohrburger Wegs, wo bis zum Jahre 1921 eine bescheidene Ziegelhütte stand, die von Bernhard Schuh aus Kittersburg betrieben wurde. Sein Sohn Karl hat diese alte Anlage damals abgerissen, zwischen Kittersburg und der Kittersburger Mühle in der Nähe der Schutter wieder aufgebaut und dort bis zum Jahre 1942 Lehm gegraben und Backsteine hergestellt. Als 1942 Ernst Schuh, der Sohn des letzteren, einrücken mußte, wurde der Ziegeleibetrieb eingestellt.

Der auf dem Schneidhof zur Backsteinherstellung benötigte Lehm wurde in der nächsten Umgebung entnommen; vielfach waren Italiener dazu eingestellt. Die Herstellungsmethode, wie sie bis zum Schluß geübt wurde, entsprach noch der in den vorangegangenen Jahrhunderten. Angesichts der geringen Zahl an Arbeitsgeräten (Hacken, Schaufeln, Tisch, Wasserkiste, zwei Formen) und der körperlich schweren Arbeit konnte nur durch große Handfertigkeit und Erfahrung im Setzen der Steine in dem primitiv gebauten Ofen ein einigermaßen lohnender Ertrag erzielt werden. Reich wurde keiner dabei. Bei der Beschäftigung von 3 Arbeitskräften betrug die Tagesproduktion 1 000 Steine; gebrannt wurden jeweils 30 000 Steine auf einmal, die Brenndauer war 3—4 Wochen. Eintausend Steine brachten damals einen Erlös von 29,— Mark!

Über das Bestehen einer weiteren Hofanlage gibt es außer dem Gewann-Name keine Unterlagen.

### **Rohrburg**

1300 curia Wilre apud Altheim, 1343 Wilre prope Mülnheim, 1357 Rorburg, 1373 in dem banne zu Rorburg, 1432 Roreburg, 1550 Rorburg.

Das heutige Gewann Rohrburg liegt nördlich von Müllen an der linken Seite der Schutter. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ist die früher selbständige Gemarkung in der Gemarkung Altenheim aufgegangen.

---

39 Albert Hausenstein, a.a.O., 11. Fortsetzung.

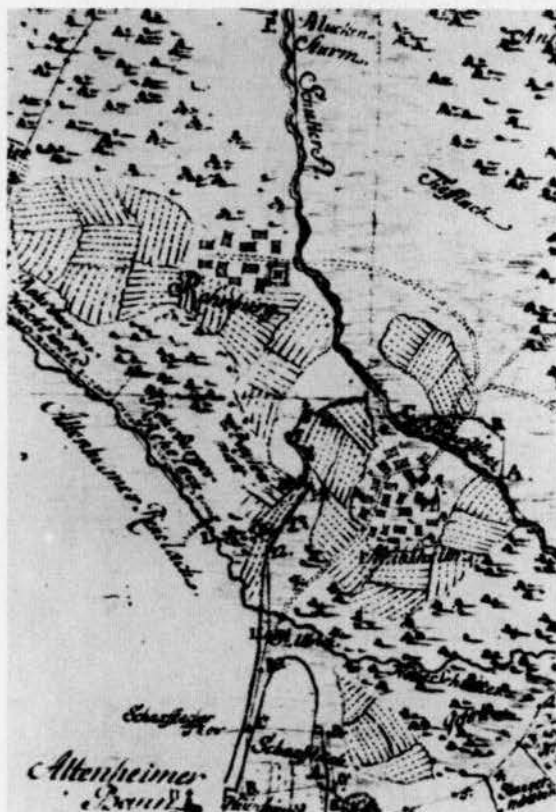
40 Karl Friedrich Reinmuth, a.a.O., S. 37.



In der Nähe der heute noch arbeitenden Rohrburger Mühle standen früher eine Wasserburg, Rohrburg genannt, drei Freihöfe und etliche Gehöfte. Bis zum Jahre 1337 hieß dieser kleine Ort „Wilre“ (Weiler) und hat dann den Namen der Burg übernommen. Noch im gleichen Jahrhundert hieß die ganze damals selbständige Gemarkung „Rohrburg“. Hinsichtlich der Entstehung dieses Fleckens weist der Name „Wilre“ auf einen fränkischen Ausbauort hin, der in der Zeit vom 7. bis 9. Jahrhundert entstanden ist.

Sicher sind in Rohrburg die historischen Ereignisse und Wandlungen eingebettet in das Geschehen innerhalb der Ortenau, vor allem was den Gang der Besiedlung in früherer Zeit, die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen in diesem Raum, die Eigenart der Bevölkerung mit ihren Sitten und Bräuchen, was Handwerk und Landwirtschaft betrifft. Und doch hat Rohrburg seine historischen Besonderheiten aufzuweisen, hat dort auf Grund der eigenen Besitzverhältnisse die Geschichte in den vergangenen Jahrhunderten einen anderen, von der Umgebung völlig unterschiedlichen Verlauf genommen.

Altenheim gehörte ursprünglich zur Herrschaft Geroldseck, kam 1277 durch Teilung an die Herrschaft Lahr-Mahlberg und später durch Pfandschaft an die Herren von Mülnheim, die auch als früheste Besitzer von Wilre gelten. Ihre Burg stand im benachbarten Müllen (früher Mülnheim, Müllenheim).<sup>41</sup> Schon um 1300 gehörte Wilre mit 3 Freihöfen, der Mühle und dem nördlich



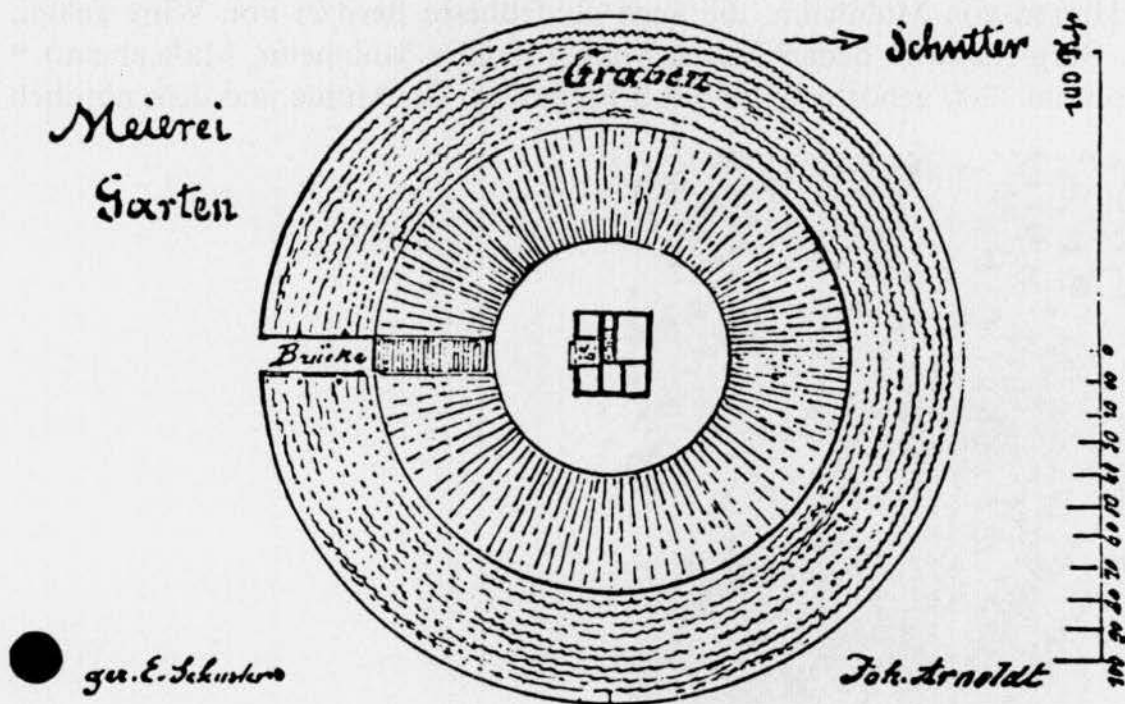
*Rohrburg zur Zeit der Reichsritterschaft Ortenau*

41 Dieter Kauß, Die Mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau. Bühl/Baden 1970, S. 243.

davon gelegenen „Schweighof“ den Herren von Schopfheim, die sich zeitweise „Ritter von Wilre“ nannten. „Heinricus, miles de Wilre et Erkenboldus filius eius dictus Mulner“.<sup>42</sup> Im Gegensatz zu Altenheim gehörte Wilre zusammen mit Müllenheim (Müllen) und der Stabsgemeinde Goldscheuer-Marlenheim (Marlen) — Kittersburg zur Reichsritterschaft Ortenau.

Am 19. Oktober 1316 und 14. Februar 1317 verkaufte Erkenboldus von Schopfheim mit Einwilligung seiner beiden Brüder Heinrich und Werner (letzterer war bis 1317 Pfarr-Rektor in Altenheim) die Hälfte von Wilre für 74 Mark Silber an die Familie Klobeloch in Straßburg. 1343 scheint die andere Hälfte mit vielen Äckern und Matten um 20 Pfund verkauft worden zu sein.<sup>43, 44</sup> Die Klobeloch erbauten sich in Wilre eine kleine Wasserburg, die „Rohrburg“. Daß an dieser Stelle vorher schon eine burgähnliche Anlage bestanden hat, möglicherweise schon in der Römerzeit zum Schutze der Straße über die Mörburg nach Niederschopfheim<sup>45</sup> oder als „Tiefburg, die den Zugang zum Rhein aufwärts zu beschützen bestimmt war“,<sup>46</sup> ist nirgends belegt.

„Nach einer Zeichnung des Generallandesarchivs<sup>47</sup> stand ein fast quadratischer Bau von 8 m Seitenlänge auf einer kreisrunden Erhöhung, zu der man



Die Rohrburg: Plan der Buranlage

- 42 Fürstenbergisches Urkundenbuch, Herausgegeben von dem fürstl. Hauptarchiv zu Donaueschingen 1877—1891, S. 249. Zit. nach Berthold Albrecht, Die Wüstungen des Kreises Offenburg. Manuskript 1922.
- 43 Johann Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls. Kehl 1909, S. 17.
- 44 Wilhelm Bartelt, Heimatkunde von Niederschopfheim. Freiburg i. Br. 1963, S. 75.
- 45 Karl Friedrich Reinmuth, a. a. O., S. 41.
- 46 Julius Naeyer, Die Burgenkunde für das südwestdeutsche Gebiet. Frankfurt/M. 1901, S. 69.
- 47 Zeichnung entnommen aus Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, Ein Jahrtausend Altenheimer Geschichte. Kehl 1963, S. 20.

auf 24 Stufen hinaufstieg. Dieser künstliche Hügel war von einem über 10 m breiten, ebenfalls kreisrunden Graben umgeben. Das Schlößchen hatte wohl nur einige Stockwerke übereinander, denn auf dem Plan sind die Mauern nur dünn gezeichnet, wogegen mittelalterliche „Wohntürme“ im Schwarzwald mehr als meterdicke Grundmauern hatten, welche 5 oder noch mehr Stockwerke tragen konnten. Stallungen und Meierwohnungen müssen außerhalb des Grabens gewesen sein.“<sup>48</sup> Einige wenige zeitgenössische Angaben über die Burganlage sind aus der Urkunde vom Jahre 1317 zu ersehen, als Erkenbold mit seinen beiden Brüdern die Hälfte seiner Güter in dem Dorf und Bann Wilre verkaufte; es heißt dort: „der halbe Bühel vnd der halbe vor Hof vnd den vssern hof, als er geteilt ist vnd zwene Graben vmbe die vorhöve beide vnd der halbe Boumgarten . . .“<sup>49</sup>. Nach dem Plan betrug der Durchmesser der gesamten Anlage etwa 200 Fuß, also ca. 60 m.

In einem Schriftstück von 1339, das die „Besitzungen des Klosters Schuttern in Altenheim“ nennt, kam für Weiler zum ersten Mal der Name „Rohrburg“ auf; darin wird auch das „Rohrburger Feldt“ genannt. Der Name „Wilre“ verschwand noch im gleichen Jahrhundert.<sup>50</sup>

Die Vererbung innerhalb der Familie Klobeloch an männliche und weibliche Nachkommen während dreier Generationen führte zu einer erheblichen Zersplitterung der Gemarkung Rohrburg, an der schließlich eine Reihe bekannter elsässischer Adelsgeschlechter Anteile hatten (von Mulnheim, Statze, Gürteler, Twinger, Zorn, Beringer von Heiligenstein, Bock oder Böcklin, von Hochfelden, Hüffel).

1392 zogen Straßburger Truppen gegen Offenburg und Gengenbach ins Feld; in Rohrburg wurden 150 Straßburger Kriegersleute („Blutzapfen“, wie man sie damals nannte) überfallen. Der Bericht endet mit dem lapidaren Satz: „Sie wurden auf dem Altenheimer Friedhof begraben.“<sup>51</sup>

In der Zeit von 1427 bis 1458 kam der zersplitterte Rohrburger Besitz Stück für Stück durch Kauf in die Hände des Straßburger Geschlechts der Erlin, die sich „Erlin von Rohrburg“ nannten. Auch diese vererbten in männlicher und weiblicher Linie, weshalb Teile von Rohrburg auch an die Familien der Merschwein, Wormser, von Schauenburg, von Firdenheim (Fürdenheim), Bock und Sturm von Sturmeck kamen, obwohl die Erlins anfangs bestrebt waren, eine Zersplitterung des Rohrburger Besitzes möglichst zu vermeiden.

Anläßlich eines Zwistes zwischen der Gemeinde Altenheim und den Rohrburger Herrn Hans Erlin und Kunz Merschwin wegen der Rheinlache (jetzt Reh-

---

48 wie 47 S. 92 ff.

49 Berthold Albrecht, Die Wüstungen des Kreises Offenburg. Manuskript 1922, S. 50.

50 Hanna Kappus-Mulsow, Altenheim, Ein geschichtlicher Überblick. Unveröffentlichtes Manuskript 1937, S. 2 (im Besitz des Verf.).

51 wie 50, S. 3.

lache) im Jahre 1482 bestimmte die Landesherrschaft das Schütterle als endgültige Grenze zwischen der Rohrburger und der Altenheimer Gemarkung.

Nachdem 1599 der letzte Erlin als Ratsherr in Offenburg gestorben war, erbte sein Schwiegersohn, Hans Peter von Fürdenheim den Rohrburger Besitz. Nach Fürdenheims Tod wurde am 2. Juni 1651 das Schloß Rohrburg an den französischen Rittmeister von Haan verkauft. Von den 3 Töchtern Fürdenheims war die eine mit Wolf Ludwig Bock, die zweite mit Joachim von Kageneck und die dritte wahrscheinlich mit Jacob Sturm von Sturmeck verheiratet. Einer der beiden Töchter Kagenecks, Anna Elisabeth, gehörte der untere Freihof und die Mühle; sie heiratete 1632 Philipp Dieter Röder von Diersburg.

Im 17. Jahrhundert hießen die Besitzer des Schlosses und des mittleren Hofes Bock von Gerstheim, von Utenheim, Böcklin von Böcklinsau, Trautmann, von Mülnheim. Am 18. April 1697 verschrieb der Kgl. Französ. Oberstleutnant und Hanau-Lichtenbergischer Geheimer Rat von Haan die Rohrburg der Frau Planta von Wiedenburg, die sie schon am 22. Juli des gleichen Jahres an den Straßburger Handelsmann Daniel Bruck für 6 000 Gulden verkaufte; letzterer übergab sie zweieinhalb Jahre später (am 16. November 1699) für 7 000 Gulden und 12 Dukaten an Johann Carl von Wimpffen.

„1662 nahm ein junges Paar (auf dem unteren Freihof) in Rohrburg seinen Wohnsitz: der Freiherr Ernst-Ludwig Röder von Diersburg und seine Gemah-



*Das „große freyadelige Haus“ der Familie Röder*

lin Maria Juliane, Reichsgräfin zu Leiningen-Westerburg-Rixingen-Oberbronn. Ein Enkel dieses Paares war Philipp Ludwig Röder“ (sein Grabstein befindet sich an der Nordseite des Altenheimer Kirchturms). Sie haben entgegen dem Willen der Familie Röder geheiratet, bekamen 14 Kinder. Beide Eltern starben im Januar und Februar 1744. Danach verkauften die Kinder 1746 ihren Freihof und die Mühle an den Fürsten von Nassau-Usingen, „von dem er 1771 an den Grafen von Weilnau und 1784 an den Freiherrn von Türkheim zu Altdorf kam.“<sup>52</sup>

In der Schlacht bei Altenheim am 2. und 3. August 1675 stand der rechte Flügel der Armee Montecuculis bei Rohrburg und Müllen den Franzosen gegenüber. „Der Verlust auf beiden Seiten wurde auf etwa 3 000 Mann geschätzt.“<sup>53</sup>

Das Gelände südlich der Mühle zwischen Rohrburger Weg und Schutter heißt heute noch „Reineckische Hanfbühn“. Die Herren von Rhineck (Reineck) besaßen dort einen Hof. Er wurde 1788 abgebrochen und in Altenheim als Pfarrhaus wieder aufgebaut.

Im vorigen Jahrhundert gab es in Rohrburg zeitweise vier Wirtschaftskonzessionen:

1836 wird die „Wirtschaft zum grünen Wald“ erwähnt, Besitzer war Johann Weißkopf. Wegen Mangels eines Nachweises als Realwirtschaft wurde sie zunächst nicht anerkannt.

Dazu kam der Weinschank des Müllers David Hürster auf seiner Mahlmühle an der Schutter als ein auf dieser Mühle haftenden und ihm und seinen Leibeserben als Erblehen übertragenen Weinschank für seine Mahlgäste mit Verabreichung kalter Speisen (dokumentiert durch einen Freiherrlich Türkheimischen Erblehensbrief vom 6. Januar 1834).

Georg Hürster erhielt am 10. Mai 1853 die „Concession für seinen Rohrburger Hof“ und am 12. Juli 1858 ebenso ein Jakob Heuber aus Düren die Wirtschaftskonzession auf seinem Hof in Rohrburg, vermutlich „die Farb“ (früher eine Färberei) an der Ecke Rohrburger Weg und Abzweigung zur Schutterbrücke. Sie war Ende der Fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts außer der Mühle das letzte Haus des alten Rohrburgs.<sup>54</sup>

Vier Wirtschaftskonzessionen für das selbständige, außerhalb der Lahrer Herrschaft liegende kleine Dörfchen sind erstaunlich. Eine Erklärung dazu gibt Frau Kappus-Mulsow: „Von altersher war Rohrburg ein ‚Freihof‘, ein Asyl für Verfolgte, die daselbst vor dem Zugriff der Obrigkeit sicher waren.

---

52 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, a.a.O., S. 92.

53 wie 52, S. 74.

54 Archivalien der Gemeinde Altenheim: Wirtschaftskonzessionen.

Mancherlei Volk suchte darin Unterschlupf. Viele fremde Frauen und Mädchen bekamen dort Kinder. Lange Zeit hausten Widertäufer im Schloß. Einmal ging ein Altenheimer Richter mit 30 Mann „auf Rohrburg, als sich die Zigginer daselbst aufgehalten sie wegzujagen.“ Drei Wirtschaften (ohne die Rohrburger Mühle) hatte das Dörfchen, die lebhaften Zuspruch aus den umliegenden Dörfern hatten, denn man konnte da ungestört saufen, tanzen, um Geld spielen und sich halb oder noch mehr tot schlagen.“<sup>55</sup>

Über das freizügige Leben der Rohrburger Herrschaftsfamilien samt ihrer Mägde und Knechte beklagte sich schon Mitte des 17. Jahrhunderts Pfarrer Büttner, und noch 100 Jahre später heißt es im Kirchenvisitationsbericht von 1771<sup>56</sup>: „Dort war alles erlaubt.“ Rohrburg war also bis zu seinem Abgehen für die Einwohner der Nachbarorte ein geschätzter Aufenthaltsort, was durch die noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erteilten Wirtschaftskonzessionen bestätigt wird.

Im Jahre 1847 zählte Rohrburg mit der Mühle noch 5 Häuser mit 17 Einwohnern.<sup>57</sup> Zwischen 1840 und 1860 wurde der Ort Rohrburg mit Ausnahme der Mühle aufgelöst und auf Weisung der Türkheimer die Burg eingeebnet. Unter etlichen Gebäuden des Dörfchens, die dort abgetragen wurden, befand sich auch das „große freyadelige Haus“ der Familie Röder, das unter der Herrschaft der Freiherren von Türkheim zuletzt ihren Angestellten noch als Wohnung diente. Es steht heute in Altenheim neben dem alten Rathaus.

Nachdem über 120 Jahre lang die Mühle die einzige Hofanlage auf dem ehemaligen Rohrburger Bann war, entstanden 1971 und 1972 drei Aussiedlerhöfe westlich der ehemaligen Rohrburg.

Die Lage der alten Wohn- und Siedlungsplätze wurde bestimmt durch das vielverzweigte Gewässernetz im Ried. Gerade deshalb überrascht aber im Bereiche der Altenheimer Gemarkung, daß von acht abgegangenen Siedlungen fünf in der überschwemmungsgefährdeten Rheinaue lagen und Reste der exponiertesten Siedlung, der Altenau, heute noch bestehen, daß aber andererseits auf der am höchsten gelegenen Stelle des Altenheimer Banns zwischen dem Dorf und Dundenheim, dem „Höchstätt“ mit 149 m ü.M., jegliche Hinweise für eine frühe menschliche Besiedlung, die dort in erster Linie zu erwarten gewesen wäre, fehlen.

---

55 Theobald Adam und Hanna Kappus-Mulsow, a.a.O., S. 93.

56 Zit. nach Friedrich Bauer, Johann Heinrich Büttner. Karlsruhe 1913, S. 89.

57 Karl Friedrich Reinmuth, a.a.O., S. 42.

# Die Anfänge der Stadt Zell am Harmersbach

Wolfgang Mössinger

## I. Vorbemerkung

Obwohl das Schrifttum über die Anfänge der Stadt Zell am Harmersbach gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten erheblich zugenommen hat, bleiben doch noch einige Fragen im Dunkeln. Grund dafür ist das spärliche Quellenmaterial, hervorgerufen durch die verschiedenen Brände des Zeller Stadtarchivs im 16. und 17. Jahrhundert.<sup>1</sup> Durch gründliches Quellenstudium können jedoch Erkenntnisse gewonnen werden, die zwar keine endgültigen Antworten liefern, aber dennoch wesentliche Fragen mit großer Wahrscheinlichkeit beantworten können.

Die weitaus meisten Schriften versuchten bisher, den exakten Zeitpunkt der Stadtwerdung zu fixieren meist mit dem Ziel, bestimmten Gründungsfeiern historisch-wissenschaftliche Grundlagen zu verleihen.<sup>2</sup> Bei der bestehenden Quellenlage ist dies ein sinnloses Unterfangen. So müssen wir uns damit begnügen, näherungsweise vorzugehen und dabei das Quellenmaterial von 1139—1366, unter besonderer Berücksichtigung der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, zu Rate zu ziehen. Damit tragen wir zudem dem Umstand Rechnung, daß die Stadtwerdung kein Akt eines Tages, sondern Abschluß einer Entwicklung darstellt.<sup>3</sup>

Zur Eingrenzung des mittelalterlichen Begriffs „Stadt“ wird hier die Definition von Schirmer zu Grunde gelegt: „Unter Stadt versteht man einen mit Marktrecht, Immunität und politischer Selbstverwaltung ausgestatteten Ort, der sich von den offenen Märkten durch die Ummauerung unterscheidet.“<sup>4</sup>

## II. Quellenlage und Forschungsstand

Zell liegt in einem Seitental des Kinzigtals, welches schon seit den Römern als West-Ost-Verbindung Bedeutung hatte,<sup>5</sup> durchbricht es doch als einziges den

1 Darüber berichtet Johann Meyerhoffen im Stadtbuch von 1682. Von diesem Stadtbuch sind lediglich zwei Exemplare vorhanden, eines im GLA und eines im Zeller Stadtarchiv.

2 Alois Siegel, Hermann Schneider-Strittmatter, Siebenhundertjahrfeier der Reichsstadt Zell (Festschrift). Zell a. H. 1957.

3 Thomas Kopp, Wann wurde Zell Reichsstadt?, in: Schwarzwälder Post v. 27. 2. 70.

4 Rudolf Schirmer: Die städtischen Siedlungen des Obermaingebietes und des Fichtelgebirges. (Diss.) Erlangen 1930.

5 Godehard Grimm, Geschichte der Stadt Zell a. H., in: Badische Heimat, 1969, 49. J., Heft 4, S. 413 ff. Dieter Kauss, Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau, Freiburg 1970, S. 78.

Schwarzwald in voller Breite.<sup>6</sup> In etwa einer Stunde Fußmarsch von diesem wichtigen Verkehrsweg entfernt, an der Einmündung des Nordrach- in das Harmersbachtal breitet sich die Stadt Zell aus in einer Talgabelung, in deren Mitte sich ein flacher Ausläufer eines Bergrückens befindet, der sich um etwa 10 m vom Talboden abhebt.<sup>7</sup> Diese leichte Erhöhung bildete den Kernraum der Besiedlung, deren Ursprung weder durch historische Quellen noch durch Funde geklärt werden konnte. Auch die Patroziniumsforchung hat lediglich zu Vermutungen geführt.<sup>8</sup>

Der einfache Name „Zell“ als Bezeichnung für einen klösterlichen Außenposten könnte darauf schließen lassen, daß die so benannte „Zelle“ die erste ihrer Art in dieser Gegend, vielleicht sogar für das Mutterkloster insgesamt war.<sup>9</sup> Dies würde eine erste Ansiedlung Ende des 8., Anfang des 9. Jahrhunderts bedeuten, da der Ausgangspunkt der Besiedlung, das Kloster Gengenbach, im 8. Jahrhundert gegründet wurde.<sup>10</sup>

Urkundlich erwähnt wird Zell erstmals im Jahr 1139, als es gemeinsam mit anderen Besitzungen des Klosters in einer Bestätigung Papst Innozenz' II. aufgeführt wird.<sup>11</sup> Die Echtheit einer Urkunde Bischof Heinrichs II. von Straßburg von 1206<sup>12</sup>, die dem Kloster das Recht gibt, in Zell, Harmersbach und Griesheim den Pfarrer zu setzen, bleibt zwar umstritten, jedoch vorwiegend was die Erwähnung Griesheims angeht.<sup>13</sup> Spätestens 1220 war jedoch in Zell ein „Pleban“, der wegen seiner Einkünfte (Zehnten, Allmende, usw.) im Streit mit dem Kloster lag.<sup>14</sup> Dieser Streit war nur ein Ausschnitt der Auseinandersetzungen zwischen dem Kloster und den Ministerialen, aus deren Reihen das Kloster die Pfarrer berief.<sup>15</sup> Erst 1261 einigten sich der Pleban Berthold und der Abt über die Einkünfte des Zeller Pfarrers.<sup>16</sup>

---

6 Edith Zehe, *Die Städte des Schwarzwalds*, (Diss.). Erlangen 1930.

7 Godehard Grimm, *Zell am Harmersbach. Versuch einer Stadtopographie mit dem Schwerpunkt auf der Bevölkerung und Wirtschaft des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts*, Zell a. H., 1970.

8 Kauss, a.a.O., S.133; Siegel, *Schneider-Strittmatter*, a.a.O. S. 43.

9 G. Grimm, *Geschichte . . .*, S. 416.

10 Zum Kloster Gengenbach: Reinhard End, *Das Benediktinerkloster in Gengenbach*, in: Wolfgang Müller (Hrsg.), *Die Klöster der Ortenau*. Die Ortenau 58./1978, S. 215—242.

Karleopold Hitzfeld, *Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach*, in: *Die Ortenau* 38./1958, S. 50—69.

Hansmartin Schwarzmaier, *Die Klöster der Ortenau und ihre Konvente in karolingischer Zeit*, in: *ZGO* 119/1971.

11 *Württembergisches Urkundenbuch* Bd. II. Stuttgart 1849, S. 7—9.

12 Albert Krieger, *Zell*, in: *Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden*, Bd. II. Heidelberg 1905.

13 *Regesten der Bischöfe von Straßburg*. Bd. II. Innsbruck 1928. S. 4.

14 G. Grimm, *Geschichte . . .* S. 416.

Heinrich Veit, *Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Zell*, (Diss.) Freiburg 1923, S. 9 sowie Anmerkung 14.

15 Veit, a.a.O., S. 8—9.

16 Veit, a.a.O., S. 11.



Die Kirche des Pfarrers befand sich auf dem Bergrücken; um sie herum siedelten Eigenleute des Klosters und Bauern, die ein Dorf bildeten mit dem 1297<sup>17</sup> erstmals erwähnten Klosterhof neben der Kirche als Mittelpunkt.

Die Ansicht, daß Zell in der Zeit des Interregnums Stadt geworden ist<sup>18</sup> und sich von der Herrschaft des Klosters lossagte, ist unwahrscheinlich, steht ihr doch eine Besitzurkunde des Klosters aus dem Jahre 1287<sup>19</sup> entgegen: „Jus patronatus et quicquid iuris habetis in aeclesiis villarum seu vallium Steinach Zella Harmersbach Norderah Reichembach — curias iurisdictiones temporales et quicquid iuris dictionis nec non in illis et vallibus quae Entersbach Biberach Bürach — vulgariter nuncupantur.“ „Wir haben das Herrenrecht (= Recht zur Einsetzung des Pfarrers) und jedwedes Recht in den Kirchen der Dörfer und Täler Steinach, Zell, Harmersbach, Nordrach, Reichenbach — ebenso die geistliche Rechtsprechung und jedwede Rechtsprechung in den Tälern, die gemeinhin Entersbach, Biberach Bürach genannt werden.“

Zwar kennen wir Beispiele aus anderen Städten, die 100 Jahre nach ihrer Gründung noch „villa“ genannt wurden<sup>20</sup>, jedoch weist Grimm überzeugend nach, daß Zell vor 1324 nicht Stadt gewesen sein kann.<sup>21</sup>

Unstrittig Stadt ist Zell seit 1330: „Wir Ludwig cet. verjehen cet. daz wir den bescheiden lawten dem rat und den burgern ze Zelle die besundern genad getan haben, also daz si einnemen den zol und daz ungelt in derselben stat von unserer Frawen tag als si ze himel fuer vier gantzew jar und sullen auch daz selb gelt an ir staat verpawen. (. . .)“<sup>22</sup>.

Aus dieser Urkunde läßt sich auch erkennen, daß eine weitere Voraussetzung der städtischen Existenz gerade im Begriff war, Gestalt anzunehmen: der Bau der Stadtmauer, der vor 1362 beendet gewesen ist<sup>23</sup>. Die Rechte des Klosters über die Stadt Gengenbach wurden 1331<sup>24</sup> auch auf Zell ausgedehnt.

In den folgenden Jahrzehnten hören wir von Zell meist im Zusammenhang mit Verpfändungen des gesamten kaiserlichen Besitzes in der Ortenau, einschließlich der Städte Gengenbach, Offenburg und Zell, ohne daß der jeweilige Pfandherr die Rechte der Städte angetastet hätte. Lediglich der Straßburger Bischof versuchte 1358<sup>25</sup> die Städte unter seine Gerichtsbarkeit zu stellen, was ihm zunächst auch gelang. Der Abt Lambert von Burn, Abt von Gengenbach

17 GLA, Selektion der Kais. und Kön. Urk. 122; Veit, a.a.O., Anm. 17.

18 So: Franz Disch, Chronik der Stadt Zell, Lahr 1937.

19 Lünig, Reichsarchiv, Spicil. eccl. III; S. 289 ff., zitiert bei Veit S. 12.

20 Grimm nennt als Beispiel Freiburg.

21 Grimm, Geschichte . . . „S. 418—419“.

22 MG LL IV. Bd. 6, Nr. 848.

23 Ludwig Heizmann, Zell und dessen Hoheitsgebiete in der Geschichte, Offenburg 1923. S. 12/13; Veit, a.a.O., S. 28.

24 GLA, Selektion der Kais. und Kön. Urk. 158; Veit, a.a.O., S. 24.

25 Veit, a.a.O., S. 55 ff.

und gleichzeitig Bischof von Speyer sowie Vertrauter Kaiser Karls IV., erreichte jedoch 1365/1366<sup>26</sup> für die drei Städte weitergehende Freiheiten: der endgültige Beginn der reichsstädtischen Existenz der Stadt Zell.

### *III. Topographische und wirtschaftliche Aspekte der Stadtgründung*

Aus diesem nüchternen Quellenmaterial geht natürlich nicht hervor, aus welchen Gründen das Kloster Gengenbach gerade an der Einmündung des Nordrach- in das Harmersbachtal eine Stadt gegründet hat.

Zehe<sup>27</sup> hat in einer Arbeit über die Städte des Schwarzwaldes nachgewiesen, daß die meisten Städte dieser Region als befestigte Märkte gegründet wurden. Gerade am Beispiel Zells dürfte dies unstrittig der Fall sein.

Die Bedeutung des Harmersbachtals als Durchgangstal ist zu gering zu veranschlagen, als daß die Möglichkeit bestünde, die Gründung Zells als Sicherung eines wichtigen Verkehrsweges oder als Durchgangsstation zu interpretieren. Auch die Theorie des Stadt gewordenen Dorfes ist für Zell nicht möglich; dagegen sprechen nämlich zwei Tatsachen: erstens steht die Pfarrkirche außerhalb der mittelalterlichen Stadtbefestigung und zweitens läßt der heute noch ovale Grundriß der mittelalterlichen Stadt auf eine bewußte Gründung schließen.<sup>28</sup>

Aufschlußreiche Erkenntnisse liefern geographische und topographische Arbeiten.<sup>29</sup> Sie weisen nach, daß der Harmersbach und die Nordrach bis ins vorige Jahrhundert hinein einen stets wechselnden Lauf genommen und somit den Talboden des öfteren in eine Sumpflandschaft verwandelt haben. Dies dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, warum schon die ersten Mönche ihre Kirche etwas erhöht auf dem Ausläufer eines Bergrückens erbauten, von wo aus sie außerdem die beiden Täler gut überblicken konnten. Um diese Kirche herum (die heutige Pfarrkirche steht in etwa an derselben Stelle) entwickelte sich ein Dorf, von dem heute keine Spuren mehr zu sehen sind.<sup>30</sup> Das Gelände unterhalb des Dorfes bot sich für eine Stadtgründung deshalb an, weil der Harmersbach sich dort, geologisch bedingt, ein tieferes Bachbett gegraben hat und nicht so schnell über die Ufer trat. Um die Talstraße herum, jedoch noch in einem sicheren Abstand von ca. 100 m vom Bach entfernt, wurde nun die Stadt erbaut. Lediglich die Talstraße und die von ihr im rechten Winkel auf der Höhe des Rathauses abzweigende Straße zur Pfarrkirche waren mit Sicherheit schon bei der Gründung vorhanden.<sup>31</sup> Daß Zell hauptsächlich der

26 Böhmer-Huber, Regesten Nr. 4283 (Urkunde Zell betreffend).

27 Zehe, Die Städte des Schwarzwaldes. (Diss.). Erlangen 1930.

28 Diese Argumentation wird von Veit begründet und von Grimm fortgeführt. Stadtopographie, S. 143.

29 Grimm, Stadtopographie, a.a.O. sowie Albert Götz, Untersuchungen über die bäuerliche Siedlung und Wirtschaft in den Tälern der Wolf, des Harmersbaches und der Nordrach. (Diss.). Freiburg, 1956.

30 Dennoch ist sich die Forschung hierüber einig: Grimm, Veit und Hitzfeld kommen zu diesem Schluß.

31 Grimm, Stadtopographie . . . , S. 28 ff; Veit, a.a.O., S. 26.

Befriedigung des lokalen Marktverkehrs diene, wird durch den im Verhältnis zur Größe der Stadt ausgedehnten „Marktplatz“ deutlich, der sich zwischen dem Rathaus und dem heute noch vorhandenen „Storchenturm“, dem größten der vier Stadttürme, erstreckte. Das heute dort befindliche Kanzleigebäude wurde erst im 18. Jahrhundert errichtet.<sup>32</sup>

Warum das verkehrsgünstiger gelegene Biberach im Kinzigtal nicht Ort einer Stadtgründung wurde, läßt sich nur erschließen. Drei Gründe könnten ausschlaggebend gewesen sein:

Das Kinzigtal war durch Hochwasser noch gefährdeter als das Harmersbachtal.

Das Kloster wollte nur wenige Kilometer talaufwärts keine Konkurrenz zu „seiner“ Stadt Gengenbach aufkommen lassen.

Biberach lag zu weit weg von den Bauernhöfen im oberen Harmersbach-, Entersbach- und Nordrachtal, so daß der eigentliche Zweck der Stadtgründung verfehlt worden wäre.<sup>33</sup>

Tatsächlich waren die Bauern in diesen Tälern Hauptnutznieser des neu gegründeten Marktes, ersparten sie sich doch nun die weiten Anfahrtswege zu den bisherigen Marktstädten Haslach (im fürstenbergischen Besitz) und Gengenbach. Der Wochenmarkt und die vier Jahrmärkte weisen denn auch auf die hervorragende Stellung des Marktrechts in der Stadtrechtsverleihung hin.<sup>34</sup>

#### *IV. Politische Absichten der Gründer*

Nach dieser Klärung der wirtschaftlichen, geographischen und lokalpolitischen Bedingungen der Stadtgründung bleibt die Frage noch offen, ob der oder die Stadtgründer weitergehende Interessen zu wecken oder zu sichern versuchten. Hierzu muß die bewegte Geschichte der ehemaligen Grafschaft Ortenau und des Klosters Gengenbach im 13. und 14. Jahrhundert berücksichtigt werden.<sup>35</sup>

Das mit reichem Grundbesitz ausgestattete Kloster Gengenbach wurde 1007 dem Bistum Bamberg zugeteilt, das wiederum die Zähringer mit der Schirmvogtei und Hochgerichtsbarkeit beauftragte. Die Zähringer waren zu dieser Zeit auch Herren über die alte Grafschaft Mortenau, später Ortenau genannt. Nach dem Tod Bertolds V., dem Aussterben der Zähringer, entbrannte ein Streit um das Besitztum. Die kirchlichen Lehen fielen an Bamberg zurück, das Reichsgut wurde vom Kaiser eingezogen, der auch 1225 mit dem Klosterbesitz belehnt wurde. Damit war das Kloster reichsunmittelbar geworden.

32 Disch, Chronik . . . , S. 283 ff.

33 Grimm, Geschichte . . . , S. 421—422.

34 Grimm, Stadttopographie . . . , S. 22.

35 Grundlegende Arbeit hierzu: E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften. Straßburg 1892.

Diese Reichsunmittelbarkeit ging im Interregnum verloren, als der Straßburgische Bischof Heinrich von Stahleck die Ortenau samt Kloster Gengenbach in seinen Besitz brachte. Rudolf von Habsburg zog 1274 die Reichsgüter wieder ein, und 1275 entzog er auch das Kloster der Gerichtsbarkeit der Ortenauer Vögte und Schultheißen: die erneute Reichsunmittelbarkeit des Klosters Gengenbach und seines Besitzes, darunter die Stadt Gengenbach.

Wie wir schon zuvor gesehen haben, war Zell zu dieser Zeit ein Dorf des Reichsklosters Gengenbach, seit 1297 mit einem Klosterhof, einem Außenposten des Klosters, ausgestattet. Es erhebt sich nun die Frage, ob das Kloster Gengenbach mit der Gründung einer weiteren Stadt in seinem Einflußbereich mehr als nur lokale wirtschaftliche Interessen verfolgte. Das Kloster, Grundherr in Zell, war trotz seiner privilegierten reichsunmittelbaren Stellung ständigen Expansionsbestrebungen des Straßburger Bischofs ausgesetzt<sup>36</sup>, der seine rechtsrheinischen Besitztümer zu vergrößern versuchte. Auch die Ortenau, unter anderem die Reichsstadt Offenburg, mußten sich ihm erwehren.<sup>37</sup>

In den Auseinandersetzungen um die Macht im Reich hielt sich der damalige Straßburger Bischof Johann I. zu Friedrich dem Schönen, Gegenspieler und später Mitregent Kaiser Ludwigs. Es ist nun denkbar<sup>38</sup>, daß Ludwig das Reichskloster Gengenbach wirtschaftlich stärken und politisch dem Reich sichern wollte, indem er eine weitere, nunmehr dem Reich unmittelbar zugehörige Stadt gründen wollte. Zweifellos waren die jungen Städte Gengenbach und Zell in dieser Zeit wirtschaftlich aufstrebend und brachten sowohl ihrem Grundherrn, dem Kloster, als auch ihrem „Landesherrn“, dem Kaiser, einiges ein, so daß dieser das ortenauische Reichsgut samt den drei Reichsstädten schon bald nach der Gründung Zells verpfändete;<sup>39</sup> schließlich landete es beim Bischof Berthold von Straßburg, wodurch nun die Gefahr akut wurde, daß die Straßburger Bischöfe ihren alten Traum, Herr über die Ortenau zu sein, verwirklichen können.

Tatsächlich gelang es Berthold 1358<sup>40</sup>, ein Privileg Karls IV. zu erreichen, das ihm die Gerichtshoheit über die Städte verschaffte. Hier nun erhielten diese Hilfe des schon erwähnten Lambert von Burn, der 1366 ein weitergehendes kaiserliches Privileg erreichen konnte. Daß er damit auch Rechte der Abtei in den Städten Gengenbach und Zell aufgab, ließ ihn in der Geschichtsschreibung als selbstlosen Förderer des Städtebürgertums erscheinen.<sup>41</sup> Andererseits jedoch war eine reichsstädtische Stellung der Städte auch dem Kloster weitaus nützlicher als eine landsstädtische unter dem Straßburger Bischof, behielt

36 Grimm, Geschichte . . . , S. 419.

37 Veit, a.a.O., S. 14 ff.

38 Diese denkbare Möglichkeit nimmt Grimm als sicher an. Geschichte . . . , S. 419.

39 Über die Verpfändungen: Veit, a.a.O., S. 53 ff. - Grimm: „Geschichte . . .“, S. 422—423. Gothein, Wirtschaftsgeschichte S. 228 ff.

40 W. Anm. 25.

41 Näheres zu Lambert: W. Müller (Hrsg.), Die Klöster der Ortenau, in: Die Ortenau 58./1978. S. 223—225.

doch das Kloster somit, zumindest vorläufig, die beherrschende wirtschaftliche Stellung in einem mit kleinen und kleinsten Territorien übersäten Gebiet und sah sich nicht einem territorial geschlossenen Herrschaftsgebiet der Straßburger Bischöfe gegenüber.

#### *V. Die Verfassung der neuen Stadt*

„so hat der abt reht in der stat zu Gengenbach ze setzende einen schultheissen, einen meier über das wasser (Aufseher und Verwalter der Nutzung des Wassers, einschl. Fischfang), einen zinsmeister (Steuereinnehmer), einen bannwarten (Aufseher über die Allmendnutzung) und einen messner, die sul-  
lent ouch keinen dienst tun dem gerichte . . ., diese selben ambaht soll ein abt von Gengenbach ouch setzen zu Celle in der stat, als es von alter her reht und gewonlich ist gewesen.“<sup>42</sup>

Dies ist in Kurzform das „Gengenbacher Recht“, mit dem Kaiser Ludwig 1331 die neu gegründete Stadt ausstattete. Es verleiht dem Abt des Klosters das Recht, fünf Beamte, darunter den Schultheißen zu ernennen. Was Gengenbach angeht, so bedeutete dieser Spruch eine Erneuerung und Ausweitung einer Urkunde von 1275.

Insbesondere das Recht, den Schultheißen zu benennen, sicherte dem Abt seinen Einfluß in der Stadt, war dieser zumindest in der Anfangszeit der Reichsstadt Gerichtsherr und oberster Verwaltungsbeamter zugleich. Erst später war der städtische Rat mit den beiden Stättmeistern oberstes beschließendes Verwaltungsorgan, der Schultheiß lediglich Vorsitzender des Rats in Gerichtsangelegenheiten.<sup>43</sup> Ein Vorschlagsrecht für das Schultheißenamt erkämpfte sich der Rat erst im 17. Jahrhundert.<sup>44</sup> Somit nahm der „Reichsschultheiß“, wie er offiziell genannt wird, eine vermittelnde Stellung zwischen dem Rat und dem Kloster als „Lehnsherr“ ein; in der Anfangszeit der Stadt sicherlich mehr dem Kloster verpflichtet, da die städtische Ratsversammlung noch nicht die patri-  
zische Abgeschlossenheit und materielle Unabhängigkeit besaß wie in den späteren Jahrhunderten.<sup>45</sup>

Als Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem die Stadt gebaut wurde, nahm der Abt hervorragende Rechte an der Allmendnutzung, am Jagd- und Fischereirecht sowie an der Holznutzung wahr, die später häufiger Anlaß von Rechtsstreitigkeiten waren.<sup>46</sup> Dem klösterlichen Dinggericht unterstand die Stadt in allen Fällen, in denen Streitigkeiten über die Nutzung des Bodens und des Wassers zu entscheiden waren.<sup>47</sup>

42 W. Anm. 24.

43 Veit, a.a.O., S. 118 ff. — Disch, Chronik, S. 9.

44 Disch, Chronik, S. 289.

45 Disch, Chronik, S. 13—17. — Veit, a.a.O., S. 104—111.

46 Disch, Chronik, S. 113 ff. — Veit, a.a.O., S. 154 ff.

47 Veit, a.a.O., S. 38—39.

Ansonsten konnte die Stadt nur vor dem Reichskammergericht belangt werden. Bürger der Stadt waren nur dem „ehrsamben Rat“ untergeben, der auch die Todesstrafe verhängen und ohne Einspruchsrecht des Beschuldigten auch selbst durchführen konnte.<sup>48</sup>

Überhaupt stellte diese Gerichtshoheit des Rates ein Kernstück der Stadtrechte dar; so ist es nicht verwunderlich, daß alle Pfandherren, denen die Ortenauer Reichsstädte vom Kaiser verpfändet wurden, dieses Recht immer wieder neu anerkennen mußten. Als 1358 der damalige Pfandherr, Bischof Berthold von Straßburg, genau dieses Recht durch ein Privileg Kaiser Karl IV. brach und die Zeller somit vor sein Gericht ziehen konnten, war damit der Bestand der Reichsstadt gefährdet. Das von Lambert von Burn 1366 erreichte gegenteilige Privileg stellte denn auch die Gerichtshoheit an die Spitze.<sup>49</sup>

Zur wirtschaftlichen und politischen Stärkung der kleinen Reichsstadt erhielt Zell noch die Landstäbe Nordrach, Biberach und Entersbach, während das Tal Harmersbach, bedingt durch einen anderen Pfandherrn, sich zum selbständigen Reichstal Harmersbach entwickelte.<sup>50</sup>

Die Bewohner der Reichsstadt waren mit ganz unterschiedlichen Rechtsstellungen ausgestattet:<sup>51</sup>

Zunächst die Bürger in der Stadt und in der „Wacht“, d. h. aus den Ansiedlungen unmittelbar vor den Toren der Stadt. In der damaligen Zeit waren dies v. a. wohl die Bewohner des alten Dorfes, soweit sie nicht dem Kloster unmittelbar zugehörten. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Bürger in den ersten Jahrzehnten der Stadt fast ausschließlich von der Landwirtschaft lebten. Da ein beträchtlicher Teil der neuen Bürger sich aus nicht erbberechtigten Bauernkindern aus der Umgebung rekrutierte<sup>52</sup>, werden diese Ackerbürger versucht haben, die vorhandene Fläche rings um die Stadt landwirtschaftlich zu nutzen. In diese Zeit fällt ein weiterer Höhepunkt der Rodungstätigkeit. Götz<sup>53</sup> kommt in seiner Arbeit zum Schluß, daß zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert der Höhepunkt der landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen im Harmersbach- und Nordrachtal erreicht war.

Zu diesen Ackerbürgern mögen sich schon früh Handwerker gesellt haben, denn schon die ersten Auseinandersetzungen mit dem benachbarten Reichstal Harmersbach drehten sich um das Recht der Harmersbacher auf eigene Handwerker. Diese wurden ihnen aber erst im 16. Jahrhundert zugestanden.<sup>54</sup>

48 Veit, a.a.O., S. 111—118. — Disch, Chronik, S. 20—40.

49 Die Urkunde ist abgedruckt in der Schrift: „Beschreibung der in der Reichs-Stadt Zell a./H. den 11. Decembris 1760 entstandenen Empörung und Aufruhr, auch Untersuchung der Ursachen, welche die Aufrührer vorschützen“, Straßburg, 1761.

50 Zum Reichstal Harmersbach vgl. E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes . . . , S. 220 ff.

51 Disch, Chronik S. 41—45; — Veit, Verfassung und Verwaltung . . . , S. 136—145.

52 Grimm, Stadttopographie . . . , S. 9.

53 Götz, Untersuchungen . . . , S. 37 ff u. S. 114 ff.

54 Disch, Chronik, S. 46 u. S. 328.

Diese Ackerbürger und Handwerker waren die Träger der Verwaltung und Verteidigung der Reichsstadt. Nur sie hatten Zugang zu den Ämtern, v.a. zum Rat und sie unterstanden in Straf- und Zivilgerichtssachen dem Rat als zuständigem Gericht; auch waren sie zum Dienst in der Bürgerwehr (siehe Th. Kopp „Die Zeller Schützen“) verpflichtet. Sie waren an der Allmendnutzung beteiligt, gemeinsam mit dem Kloster und dessen Leuten; in Streitigkeiten darüber entschied jedoch noch bis ins 15. Jahrhundert hinein das klösterliche Dinggericht.<sup>55</sup>

Damit ist schon ein weiterer Teil der Bewohner angesprochen: die Eigenleute des Klosters, darunter die vom Abt eingesetzten Beamten und die Verwalter des Klosterhofes und deren Gesinde. Sie unterstanden in nichts der städtischen Gerichtsbarkeit und waren zunächst auch steuerfrei.<sup>56</sup>

Die Bewohner der Landstäbe waren fast ausschließlich abhängige Bauern, die keinen Zugang zu öffentlichen Ämtern in der Stadt hatten. Lediglich zu Aufgaben in den Stäben wurden sie vom Rat herangezogen. Auch hatten sie der Stadt gegenüber Frohnden zu leisten. Von der Allmendnutzung waren sie ausgeschlossen. Erst nach einem Aufstand in Nordrach hatten sie das Recht, sich als „Junger Rat“ an der städtischen Politik zu beteiligen, wengleich auch nur sehr beschränkt.<sup>57</sup>

Wir sahen, daß das Jahr 1366 den Abschluß einer Entwicklung Zells vom klösterlichen Dorf zur Stadt „in des Reiches Schutz und Schirm“ darstellte, gleichzeitig aber die zahlreichen verwickelten Rechts- und Grenzstreitigkeiten bereits begründete,<sup>58</sup> entstanden doch auf Grund fehlender landesherrlicher Autoritäten zahlreiche kleine und kleinste Territorien auf engstem Raum, wobei jedes über seine Rechte eifersüchtig wachte.

#### *Literaturverzeichnis:*

- K. Bader, Burg, Dorf und Stadt der Ortenau im Mittelalter, in: Die Ortenau 42./1962. S. 6—23.  
R. Baitsch, Chronik der Stadt Zell. Forts. der Chronik von F. Disch. Zell a. H. 1970.  
F. Disch, Chronik der Stadt Zell. Lahr 1937.  
A. Götz, Untersuchungen über die bäuerliche Siedlung und Wirtschaft in den Tälern der Wolf, des Harmersbaches und der Nordrach; (Diss. Masch.) Freiburg 1956.  
G. Grimm, Geschichte der Stadt Zell, in: Badische Heimat, 49. Jg., 1969, Heft 4., S. 413 ff  
G. Grimm, Versuch einer Stadtopographie mit dem Schwerpunkt auf der Bevölkerung und Wirtschaft des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Zell a. H. 1970.  
E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften. Bd. 1: Städte- und Gewerbegeschichte. Straßburg 1892.

55 W. Anm. 47.

56 Veit, a.a.O., S. 37.

57 Disch, Chronik, S. 17.

58 Das Stadtbuch von 1682 bringt eine Fülle von Abmachungen zwischen Zell u. seinen Nachbarn, um solche Konflikte zu vermeiden. Vgl. außerdem Disch im Kapitel „Zell und seine Nachbarn“ S. 315—358.

- L. Heizmann, Zell und dessen Hoheitsgebiete in der Geschichte. Offenburg 1923.
- Karleopold Hitzfeld, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach, in: Die Ortenau 38./1958. S. 50—69.
- D. Kauss, Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau. Bühl/Baden, 1970.
- Th. Kopp, Rückblick auf Jahrhunderte, in: Schwarzwälder Post vom 30. 12. 1966.
- Th. Kopp, Vor 750 Jahren . . ., in: Schwarzwälder Post vom 30. 12. 1967.
- Th. Kopp, Wann wurde Zell Reichsstadt?, in: Schwarzwälder Post vom 28. 2. 1970.
- O. Kähni, Die Reichsstädte der Ortenau, in: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte. Esslinger Studien, Bd. 11 (1965), S. 43—61.
- O. Kähni, (Hrsg.), Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Wolfach. o.O. 1970.
- J. Meyerhoffen, Stadtbuch von 1682 (Stadtarchiv Zell).
- J. J. Moser, Staatsrecht des Heiligen Römischen Reichs Stadt Zell. Leipzig, 1740.
- W. Müller, (Hrsg.), Die Klöster der Ortenau. (Die Ortenau Bd. 58./1978).
- R. Schirmer, Die städtischen Siedlungen des Obermaingebietes und des Fichtelgebirges. (Diss.) Erlangen 1930.
- M. Schwarzaier, Die Klöster der Ortenau und ihre Konvente in karolingischer Zeit, in: ZGO 119 (1971).
- A. Siegel und H. Schneider-Strittmatter, (Hrsg.), Siebenhundertjahrfeier der Reichsstadt Zell (Festschrift) Zell a. H. 1957.
- H. Veit, Geschichte der Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Zell. (Diss. Masch.). Freiburg 1923.
- E. Zehe, Die Städte des Schwarzwaldes. (Diss.). Erlangen 1930.



## Das älteste Kappelrodecker Weistum

Ein aufschlußreiches Dokument zur Erhellung der Geschichte des Achertals im Spätmittelalter

*Hans-Martin Pillin*

Gegenstand einer kurzen geschichtlichen Untersuchung soll im folgenden das älteste Kappelrodecker Weistum sein, das weder in der Sammlung der Weistümer der Gebrüder Grimm zu finden ist, noch Josef Bader bekannt war, als er „Die Weistümer von Kappel unter Rodeck“ publizierte<sup>1</sup>. Es ist der Nachwelt erhalten geblieben im Cartulaire G 377 des Straßburger „Archives Départementales du Bas-Rhin“ und dort auf fol. 58b/59a als Bestandteil des um das Jahr 1346 entstandenen Urbars Bischof Bertholds II. von Straßburg. Innerhalb dieses Urbars, das im wesentlichen die Güter, die Leiheguthaber und die Einkünfte des Bistums Straßburg aus diesen Gütern erwähnt, nimmt das Kappelrodecker Weistum, das im engeren Sinne auch als eine „Rodel“ bezeichnet werden könnte, in Form und Inhalt zwangsläufig eine Sonderstellung ein. Offensichtlich war es vor und unabhängig von dem Urbar Bischof Bertholds II. konzipiert und in Ermangelung eines (noch) nicht erarbeiteten Güterverzeichnisses für Kappelrodeck unverändert in das Urbar aufgenommen worden.

Das genaue Entstehungsdatum des in mittelhochdeutscher Sprache verfaßten Weistums läßt sich nicht ermitteln. Es muß jedoch nach dem 8. Januar 1318 und vor dem um 1346 angelegten Urbar Bischof Bertholds II. entstanden sein. Das zuerst genannte Datum, das zur Eingrenzung herangezogen werden kann, ergibt sich aus dem einleitenden Satz des Weistums, der besagt, daß das Bistum Straßburg das Gut zu Kappelrodeck im Achertal, über dessen Rechtsverhältnisse das Weistum Auskunft geben soll, dem Abt und Konvent des Klosters Sankt Georgen im Schwarzwald abgekauft habe; und dieser Kauf erfolgte, wie die Verkaufsurkunde zu erkennen gibt, am 8. Januar 1318<sup>2</sup>.

Die vom Bistum Straßburg unter Bischof Johann I. für 120 Mark Silber Straßburger Gewichts erworbenen Besitzungen im Achertal waren sehr umfangreich. Einem Berain vom 3. August 1524 zufolge<sup>3</sup> umfaßte der Grund und Bo-

---

1 ZGO 23, 1871. S. 404-438

2 Urkunde ed. in: Ph. Ruppert, Kurze Geschichte der Stadt Achern. Achern 1880. S. 158-160

3 GLA 66/4217

den 307 Juchert (1 Juchert = 36 Ar) Ackerfeld, 160 Juchert Wiesenland, 140 Juchert Rebgeleände und 120 Juchert Böschwaldung. Die Gesamtfläche des 1318 vom Bistum Straßburg im Achertal gekauften Grund und Bodens, der sich in Streulage über das ganze Tal und teilweise darüber hinaus erstreckte, betrug folglich knapp 118 Hektar.

Den Verwaltungsmittelpunkt dieses bischöflich-straßburgischen Besitzes bildete der im Ortsetter von Kappelrodeck „obwendig der Brucken“ gelegene Salhof („selehof“)<sup>4</sup>; sein Name läßt sich von dem Begriff Salland (terra salica) ableiten, das stets derjenige Teil des Grundbesitzes war, der nicht als Leiheland an die Hofbauern ausgegeben, sondern vom Grundherrn in herrschaftlicher Eigenbewirtschaftung mit den Fronen der Hofbauern bebaut wurde.

Um den Salhof, auf dem ein vom Straßburger Bischof eingesetzter grundherrlicher Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamter mit der Amtsbezeichnung Meier („meiere“, „meigere“) seine Dienste verrichtete, gruppierte sich in der durch den Erwerb von 1318 vorgegebenen Streulage eine größere Anzahl von Hofgütern von unterschiedlicher Größe. Das einzelne Hofgut, das je nach Lage der Dinge gegen ein Entgelt („einen vall“) geteilt und wieder zusammengelegt werden konnte, führt im Weistum die Bezeichnung Lehen („lehen“), womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß es sich um ein bischöfliches Leihegut handelt. Der Leihegutinhaber wird im Weistum Huber („huober“) genannt, und zwar in Anlehnung an die im Mittelalter gängige Flächenbezeichnung Hu-be. Wohl auf den meisten Hofgütern waren sogenannte Hintersassen („hinderseßen“) ansässig; es waren dies Leute, die in der Regel keinen eigenen Hausstand führten und als Gesinde auf dem Leihegut gehalten wurden und von dort ihren Unterhalt erhielten. Einiges spricht dafür, daß die im Weistum erwähnten Eigenleute des bischöflich-straßburgischen Herrschaftsvogtes („des vougtes eigen lüte“), der auf der Ullenburg bei Tiergarten residierte, ebenfalls Hintersassen waren.

Die Rechtsstellung der Hintersassen bzw. der Eigenleute des Herrschaftsvogtes läßt sich aus dem Text des Weistums eindeutig herauslesen: Sie waren leibeigene Leute, d.h. sie standen nicht nur in einer sachenrechtlichen Abhängigkeit vom Bistum Straßburg, sondern sie waren auch persönlich abhängig vom Straßburger Bischof bzw. von dessen Ullenburg Herrschaftsvogt. Dieses Abhängigkeitsverhältnis verdeutlicht unmißverständlich die Formulierung „des vougtes eigen lüte“. Die Leibeigenschaft hatte außerdem zur Folge, daß die genannten Hintersassen oder Eigenleute mit dem Grund und Boden, auf dem sie saßen, rechtlich verbunden waren und kein Anrecht auf Freizügigkeit hatten. Aber nicht nur die Schollengebundenheit kennzeichnete die Rechts-

---

4 In anderen Dokumenten wird der Salhof auch Dinghof oder- in Erinnerung an den ursprünglichen Besitzer- Sankt Georgenhof genannt.

stellung der unfreien Leute des Kappelrodecker Hofverbandes; für sie galt auch die Regelung, daß bei ihrem Ableben eine spezielle Abgabe, der Todfall, entrichtet werden mußte.

Was die Rechtsstellung der Huber anbetrifft, so darf angenommen werden, daß sie alle die persönliche Freiheit genossen. Diese Annahme stützt sich nicht zuletzt darauf, daß — was noch näher dargestellt wird — sämtliche Huber im Vogtding den Gerichtsumstand bildeten; und dieses Recht billigte der Grundherr nur freien Leuten zu. Auf unser Weistum bezogen heißt dies nichts anderes, als daß es sich nur um den Personenkreis der Huber handelt, wenn die Rede vom „fri man“ ist. Das Privileg, persönlich frei zu sein, verknüpfte der Bischof von Straßburg als Grundherr mit einer angemessenen Forderung; er verlangte nämlich von jedem „fri man“ bei seinem Ableben den sogenannten Gutsfall in doppelter Höhe („zwene velle“), wobei der erste Fall dem Herrschaftsvogt und der zweite Fall dem Bischof von Straßburg übergeben werden mußte.

Sowohl die Leibeigenen als auch die freien Leute, die zum Kappelrodecker Salhof gehörten, waren angehalten, dem Straßburger Bischof oder an seiner Statt dem Meier des Salhofs zu huldigen und zu schwören, zum Wohl und Nutzen des Grundherrn sämtliche Pflichten und Rechte wahrzunehmen, die mit der Zugehörigkeit zum Hofverband und mit der Bewirtschaftung des übertragenen Leiheguts verbunden waren. Die Angehörigen des Kappelrodecker Hofverbandes waren überdies auch gegenüber dem Herrschaftsvogt zur Leistung eines Treueids verpflichtet.

Eine wichtige Pflicht jedes Leihegutinhabers bestand gemäß dem Weistum darin, daß er an bestimmten Terminen die Zinsen für die Nutzung des ihm anvertrauten Leiheguts bezahlte. Die Höhe und Art der Zinsleistungen waren verschieden; so galt beispielsweise die Regelung, daß man vom bischöflichen Meier für das Gut oberhalb der Kappelrodecker Brücke über die Acher nur den halben Zins fordern sollte; die Zinsleistungen konnten grundsätzlich auch in Naturalien erbracht werden, z.B. in Form eines Bechers Wein.

Zum Pflichtenkreis der Huber gehörte entsprechend den Bestimmungen des Weistums außerdem die Teilnahme an den drei jährlichen Versammlungen der Huber („drú ding“), die jeweils im Februar, Mai und Herbst im Kappelrodecker Salhof abgehalten wurden. Derjenige Huber, der eine Hofversammlung oder, wie man auch sagen könnte, ein Vogtding nicht aufsuchte, mußte in der folgenden Versammlung eine Strafe in Höhe von zwei Schillingen Straßburger Pfennige bezahlen. Den Vorsitz in den drei Versammlungen übernahm stets der Ullenburgener Herrschaftsvogt, der zu Pferd und in Begleitung eines Knechtes nach Kappelrodeck kam. Die Verpflegung und Beherbergung des Vogtes und des Knechtes sowie die Versorgung der beiden Pferde war Sache des bischöflichen Salhof-Meiers. Die dem Meier dadurch entstandenen Kosten durfte er auf die Huber umlegen, denn er hatte das Recht, von jedem

Huber jährlich „zwene ding pfennige“ zu verlangen. Ferner mußten die Huber dem Vogt jährlich ein sogenanntes Fastnachtshuhn und einen Korb Hafer („ein vastnaht huon und einen Imi vol habern“) als Lohn für seine Tätigkeit in Kappelrodeck zur Verfügung stellen.

In den Versammlungen der Huber unter Vorsitz des Herrschaftsvogtes forderte dieser die Gesamtheit der Huber in erster Linie wohl dazu auf, in grundherrlichen Fragen Recht zu nehmen und Recht zu geben. Die Fragen, die zur Beratung anstanden, beinhalteten hauptsächlich die aus der Leihe der Hofgüter entspringenden Rechtsfälle, wie das bischöfliche Recht am Gut, an Abgaben, Zinsen und Diensten von demselben. Sofern sich ein Huber etwas zuschulden kommen ließ, wurde er mit einer Strafe belegt. Empfänger der Strafgebühren war jeweils der Bischof von Straßburg („was anders do gewettet wurt, der gebessert, das ist des Bischoves“).

Das Vogtding diente jedoch nicht nur der Behandlung grundherrlicher Fragen, sondern es war auch das Forum für die Wahrnehmung der Hochgerichtsbarkeit, die der Ullenburgener Herrschaftsvogt zusammen mit den Hubern nicht zuletzt deshalb ausüben konnte, weil dem Bistum Straßburg seit dem Jahre 1316 aufgrund eines königlichen Diploms die Landesherrschaft über das Sasbach-, Acher- und Renchtal zustand<sup>5</sup>. Das Weistum führt namentlich die den Hauptteil der Hochgerichtsbarkeit ausmachenden Delikte an, nämlich den Frevel und den Diebstahl („frevele und dube“). Der Diebstahl galt im Mittelalter als ein schweres Verbrechen, das in ernsten Fällen im allgemeinen die Todesstrafe nach sich zog. Auch bei den Verbrechen wider Leib und Leben, die im Weistum durch den Begriff „frevele“ ausgedrückt werden, wurde je nach der Schwere der begangenen Tat geurteilt. Der im Weistum gegebene Hinweis, daß in den drei ungebotenen Vogtdingen Diebstahl und Frevel „gebessert“ würden, läßt den Schluß zu, daß dort bezüglich der Hochgerichtsbarkeit wohl nur die Sühnehochgerichtsbarkeit geübt wurde, während das Blutgericht als gebotenes Ding jeweils aus den Fällen handhafter Tat hervorging. Die Einkünfte, die aus den bußfähigen Hochgerichtsfällen flossen, mußten immer dem Vogt entrichtet werden („ . . . ane frevele und dube, die hoerent den vougt an“).

Aus dem letzten Teil des Weistums ergibt sich, daß im Kappelrodecker Salhof nicht nur die erwähnten Vogtdinge stattfanden, sondern auch Hofversammlungen unter der Leitung des bischöflichen Meiers abgehalten wurden. Die als Beleg dienende Textstelle besagt, daß der Meier im Salhof mit dem Rat der Huber zwei Förster einsetzen müsse, die in dem Wald, der dem Salhof angegliedert sei (= Kappelrodecker Eichwald), als Waldhüter tätig sein sollten.

---

5 Das Diplom König Friedrichs des Schönen vom 2.12.1316 ist ed. in: N. Rosenkränzer, Bischof Johann I. von Straßburg. Straßburg 1881. S. 95

Ein Förster habe sein Amt im Auftrag des Straßburger Bischofs, der andere seine Aufgabe im Dienst der Gemeinde Kappelrodeck auszuüben, da der Wald zur einen Hälfte dem Bistum Straßburg und zur anderen Hälfte der Gemeinde Kappelrodeck gehöre.

In dem Hofding unter dem Vorsitz des Meiers wurden wahrscheinlich auch die Bestimmungen ausgearbeitet, die die Nutzung des Kappelrodecker Eichwaldes betreffen. Das Weistum nennt sie in allen Einzelheiten. So darf beispielsweise ein zum Kappelrodecker Hofverband gehörender Huber fünf große Bäume im Bereich dieses Waldes fällen, wenn er ein Haus bauen möchte; will er aber einen „Schopf“ errichten, dann stehen ihm dort nur drei Bäume zur Verfügung. Derjenige, der die Bestimmungen für die Holznutzung mißachtet, muß mit einer Strafe rechnen, deren Höhe ebenfalls im Weistum angegeben ist. Neben dem Holznutzungsrecht hat der einzelne Huber auch die Möglichkeit, die auf seinem Leihegut großgezogenen Schweine oder zwei gekaufte Schweine zur Schweinemast in den Eichwald zu treiben; dafür muß er pro Schwein den Betrag von einem Pfennig entrichten.

Über weitere Kompetenzen, die der Hofversammlung unter der Regie des Meiers zugeordnet werden könnten, schweigt sich das Weistum aus. Möglicherweise wurde dort das eine oder andere Thema diskutiert, das im Zusammenhang mit der Leihe der Hofgüter von Bedeutung war. Ferner ist durchaus denkbar, daß in dieser Versammlung auch Sachverhalte vorgeklärt wurden, die im Vogtding zur endgültigen Entscheidung anstanden.

*Wortlaut des Weistums:*

„Dis sint unsers herren des Bischoves von straßburg und sinre stifte Reht von des guotes wegen zuo Cappelle in Achertal, das er koufte umb den Abbet und den Convente von sante Gerien, und ouch der lüte, die dar zuo hoerent, und des vogtes reht, also die huobere, die zuo dem selben guote hoerent, und ouch des vougtes eigen lüte, die in dem tal gesessen sint, uf den eyt gesprochen und erteilt hant:

wer des guotes iht hat oder hie noch gewinnet, sin si lützel oder vil, der ist huober und sol unserme herren dem Bischove oder sime meigere an siner stat hulden und sweren, sine reht zuo sprechende, sinen frumen zuo werckende, sinen schaden zuo wendende und alles, dz ein huober von sime guote schuldig ist zuo tuonde;

und was des guotes oberthalbe der brucken zuo Cappelle gelegen ist, das sol man enphahen von des Bischofes meigere mit dem halben zinse, der aller nehest do von got, was niderthalb lit, dz sol man enphahen mit eime becher vout wines;

und wer sin iht hat, des si lützel oder vil, der git unserme herren dem bischofe einen val, ist aber er ein fri man, so git er zwene volle, und wurt der erste dem vogte und der ander unserme herren von dem guote, so der man stirbet;

der selehof, da dis guot und die huobere in hoerent, der lit zuo Cappelle obwendig der Brucken uf dem eigene, das sante gerien wz; und súllent da inne jergelichen sin drú ding, Eins zuo hornunge, Eins zuo meien und eins zuo herbeste; dise drú ding sol der vogt besetzen und sol der meiere zuo iegelicheme dinge ime und eime knehte mit zwein pferden kosten geben, und súllent die huobere die drú ding suochen; und wer zuo ireime niht komet, der wettet in dem nehsten dinge dar nach

zwene schillinge straßburger pfennige, die súllent werden den huobern zuo irine kosten, was anders do gewettet wurt, der gebessert, das ist des Bischoves, ane frevele und dúbe, die hoerent den vougt an;

jegelich huober ist ouch jergelichen schuldig dem vogte ein vastnaht huon und einen Imi vol habern und dem meigere zwene ding pfennige;

welich huober abe deme eigen vert und einen hinderseßen da het, der hinderseße vellet dem huobere, obe er stirbet;

wurt ouch ein lehen geteilet, wenne dz wider in eine hant vellet, dz sol man, alse e es geteilt wart, mit eime valle verrihten;

der walt, der ouch zuo dem guote hoeret, ist halber unsers herren des Bischofes und halber der gemeinde; úber den selben walt sol des Bischofes meigere in dem selehofe mit der huobere rat setzen zwene foerstere, einen von des Bischofes wegen, den andern von der gemeine wegen; die súllent des waldes hueten; die huober, die uff dem eigen sitzent, hant reht in den den walt: wer buwen wil, zuo howende zuo eime huse fünf grosse boume, zuo einre schúren alse vil, zuo eime schoppfe drige boume, zuo eime korbe eine súle, zuo einre múlen einen wendelboum und zwene gruntboume;

vúrbaß hant die huobere dar in reht: waz ein man uf sime guote swin erzúhet oder obe er niht erzogen hat und zwein swin kouffet, die er in sime huse wil bruchen, mit den het er reht in den walt zuo eckern, und sol von iegelichen swine geben einen pfennig und niht me; swer ouch fúrbaß oder anders denne reht ist dar in tribet, was der verlúret, darumbe sol ime nieman rihten; wer ouch fúrbaß, denne do vor geschriben ist, in dem walde howet und einen boum stúmelt, den sol man pfenden vúr dritzehen untze, wer aber einen boum an der erden abe howet, den sol man pfenden vúr fünf schillinge.“

## 400 Jahre Fischerzunft Rust

*Josefine Koerner-Baumann*

Im Herbst des Jahres 1983 kann die Fischerzunft Rust auf ihr 400jähriges Bestehen zurückblicken. Die älteste noch vorhandene Zunftordnung wurde am 22. August 1588 erlassen. Sie ist von Frantz Jacob Christian Böcklin von Böcklinsau, Freiherr zu Rust und dem Amtmann Kleinklaus unterschrieben. Es handelt sich dabei um die Erneuerung einer älteren Ordnung, die jedoch nicht aufzufinden ist.

Zunftlade und Zunftschild stammen aus dem Jahre 1583. Die älteste Urkunde, die sich in der Truhe befindet, ist im Jahr 1425 ausgestellt. Außer vier Zunftordnungen vom 22. August 1588, 17. September 1736, 13. Juli 1768 und 25. Mai 1864 finden sich darin Zunftprotokolle, Lehrlings- oder „Aufdingbriefe“, notariell beglaubigte Abschriften von Verträgen und Urkunden, Schriftwechsel zwischen den Obrigkeiten der Gemeinden Kappel und Rust, Verordnungen der Rheinauer Fischerzunft, Akten, die Elzwassergenossenschaft betreffend, sowie Unterlagen zu den Wahlen der Zunftmeister und des Vorstandes. Einnahmen und Ausgaben sind in Rechnungsberichten festgehalten. Schließlich enthält die Truhe noch Akten und Urkunden, die Grenzstreitigkeiten zum Inhalt haben. Außerdem wird in ihr ein handgearbeitetes Siegel aus Eisen mit der Prägung „*Die Fischerzunft des Fleckens Rust*“ aufbewahrt.



*Die Zunftlade* (Aufn. Paul Koerner)

Die Zunftlade der Fischerzunft, eine Hartholztruhe aus dem Jahr 1583, ist Zeugnis hoher Handwerkskunst. Sie wird im Rathaus aufbewahrt. Fische, Schiffsanker und ein Kreuz mit springendem Bock sind als Intarsien eingelegt, ebenso die Jahreszahl 1583. Die Seitenteile der Truhe haben geschnitzte Ornamente, in denen reich verzierte Messingbeschläge die Griffe halten. Kunstvoll

getriebene Messingbeschläge und Scharniere des Deckels weisen Gravuren auf, die Fische darstellen.

Zu besonderen Anlässen wird die Truhe in einem feierlichen Zeremoniell mittels zweier Schlüssel geöffnet. Der eine Schlüssel endet in einer Krone aus Messing und ist im Besitz des Zunftmeisters. Der zweite endet in einem Ring, der von zwei Fischen gebildet wird. Dieser ist der Obhut des Ladenmeisters anvertraut. Die Bärte der beiden Schlüssel haben kreuzförmige Ausschnitte und sind spiegelbildlich angeordnet. Der Mechanismus des Schlosses ist so gestaltet, daß beide Schlüssel benutzt werden müssen, um die Lade zu öffnen.

Der Zunftschild zeigt einen Kahn mit Anker, zwei Fische und einen Krebs, darüber ein Wappen mit Krone. Im unteren Teil der Tafel ist die Jahreszahl 1583 eingraviert, umrahmt von reichverzierter, handgeschmiedeter Ornamentik. Diese Tafel schmückt eine Wand der „Zunftstube“, die sich in einem Ruster Gasthaus befindet.

Die erste urkundliche Erwähnung aus dem Jahr 763 weist Rust bereits als Fischerdorf aus. Es handelt sich dabei um eine Schenkungsurkunde, mit der Bischof Etto von Straßburg seine im Dorfe Rust gelegenen Besitztümer und Fischereirechte dem Kloster Ettenheimmünster übertrug. Im 14. Jahrhundert war der Ort bischöflich straßburgisches Lehen derer von Endingen und Rust. Ritter Rudolf von Endingen trat im Jahr 1425 als Sachwalter der Ruster Fischer in einem Rechtsstreit auf, der mit Hamman Schnewlin von Landeck als dem Grundherrn von Oberhausen ausgetragen wurde. Diese Urkunden befinden sich im Gemeindearchiv Rust. Die notariell beglaubigte Abschrift des Urteils vom 28. April 1425 ist im Besitz der Fischerzunft.

Im Jahr 1442 belehnte Bischof Ruprecht von Straßburg den Edelknecht Bernhard Böckel mit dem Dorf Rust. Immer waren in den übertragenen Privilegien die Fischereirechte enthalten.

Die Geschichte der Ruster Fischerzunft ist sehr bewegt. Bereits Ende des 15. Jahrhunderts begannen die Grenzstreitigkeiten mit der benachbarten Kappler Zunft. Ein Vertrag von 1476, der am 3. Januar 1499 zwischen den beiden Gemeinden bekräftigt wurde, sicherte den Ruster Fischern das Recht zu, in Kappler Bannwassern zu fischen.<sup>1</sup>

In aufgekommene „Strittigkeiten“ und „Irrungen“ griff im Jahr 1492 Jörg von Landeck, Propst des Stiftes Sankt Margarethen zu Waldkirch für seine Brüder Antoni und Bastian von Landeck vermittelnd ein. Es handelte sich um die Wasser der „Eltza“ und „Runß“. Die sogenannten Wassergenossen

---

1 Der Originalvertrag vom 3. Januar 1499 zwischen den Gemeinden Kappel und Rust findet sich im GLA unter den Archivalien von Ettenheimmünster. Abschriften davon sind jeweils bei den Akten von 1661–1664 (GLA 229/51088) sowie von 1812–1814 (GLA 229/51099). Sie weichen jedoch im Datum vom Originalvertrag ab.



fischten gemeinsam in den Gewässern und hatten Wuhre und Anlagen instand zu halten. Die Kontrahenten des Propstes und seiner Brüder waren Wyrich und Balthasar Böcklin, die damaligen Grundherren zu Rust. Propst Jörg von Landeck legte in einem Vertrag u.a. fest, daß es „wie von alters her“ verbleiben solle.

Ein Streit, der sich von 1661 bis 1664 hinzog, erbrachte wiederum das Resultat, daß die Ruster Fischer in Kappler Gewässern fischereiberechtigt sind.<sup>2</sup>

Schließlich strengte die Kappler Fischerzunft im Jahr 1812 einen Prozeß an, der bis an das Großherzogliche Hofgericht zu Rastatt herangetragen wurde. Mit Beschluß vom 12. Oktober 1813 wurde die Kappler Fischerzunft als Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen und in die Kosten des Verfahrens verfällt. Sie legte ohne Erfolg die Oberappellation beim Oberhofgericht in Mannheim ein. Am 21. Mai 1814 endete der Prozeß, indem die Oberappellation vom Oberhofgericht in Mannheim verworfen wurde. Noch heute fischen die Ruster in Kappler Gewässern. Das „ewige Recht“ für die Fischer von Rust und deren Nachkommen, von dem in allen Streitigkeiten die Rede war, ist gut fundiert.<sup>3</sup>

Im Gegensatz zu vielen Fischerzünften, die sich durch das badische Gewerbegesetz vom 20. September 1862 auflösten, widersetzten sich die Ruster Fischer der Bestimmung des Artikels 26, der besagt: „Die Zunftverfassung und alle bisher bestandenen Innungsrechte sind aufgehoben“.

Die Fischerzunft behielt den Charakter einer Körperschaft bei und legte am 25. Mai 1864 eine neue, in 22 Artikeln zusammengefaßte Fischerordnung vor, die vom Amtsgericht Ettenheim genehmigt wurde und bis heute Gültigkeit hat.<sup>4</sup>

Schon der Artikel VI der Fischerordnung vom 13. Juli 1768 hatte bestimmt: „Wie das gericht Beschaffen Seyn Soll und zunft Versammlungen wie oft zu halten.“ „Das Ehrsame Gericht Soll bestellt Seyn In dem Zunft Meister, vier Beysitz-Meister von welchen Letzter einen besonderen Schlüssel zur Zunft Laden in Handen Haben Solle, so daß Keiner ohne den anderen über die Lade gehen und Solche aufmachen könne“. Dieser Passus wird noch heute streng befolgt.

Über Jahrhunderte hinweg bestand die Zunft allerlei Kämpfe. Ihre Mitglieder sind in einer Bruderschaft vereinigt, die über die beruflichen Belange hinaus eine große Familie bildet und immer noch streng nach alten Sitten verfährt.

---

2 GLA 229/51088

3 GLA 229/51099

4 Der Fischerordnung vom 25. Mai 1864 ist als Anhang der Schriftwechsel mit dem Bezirksamt Ettenheim angefügt, aus dem hervorgeht, daß die Fischer von Rust darüber zu belehren sind, falls sie sich weigerten, den Artikel 26 des Badischen Gewerbegesetzes anzuerkennen, eine neue Ordnung zur Genehmigung vorzulegen.

Jährlich im Oktober wird der Fischertag gehalten, wobei sämtliche Zunftmitglieder mit ihren Frauen anwesend sind. Er wird wie vor 400 Jahren mit einer Meßfeier für die verstorbenen Zunftgenossen eingeleitet. Bei Prozessionen trägt ein Zunftbruder die Fischerfahne, die in der Pfarrkirche aufbewahrt wird. Der Beerdigung eines Genossen haben sämtliche Mitglieder beizuwohnen, wie schon in der Fischerordnung von 1588 festgelegt ist.

Die Ruster Pfarrkirche ist die einzige Kirche in der Erzdiözese Freiburg, die dem Apostel „Petri in Ketten“ geweiht ist, eine Bestätigung, daß erste Ansiedler den Fischfang zum Lebenserwerb machten.

Auch heute noch besteht der Zunftvorstand aus dem Zunftmeister und den sogenannten Vierern (2 Beisitzmeistern, dem Ladenmeister und Zunftrechner sowie dem Zunftsreiber).

Nach uralten Satzungen wird das Zunftrecht bis heute an die Fischerwitwen und deren Söhne vererbt. Ein jeder Fischersohn hat das Recht, in Zunftgewässern zu fischen, nachdem er das 25. Lebensjahr erreicht und die Fischerprüfung abgelegt hat. In Ausnahmefällen kann ein Fischersohn auch vor Vollen- dung des 25. Lebensjahres in die Zunft aufgenommen werden, beispielsweise wenn sein Vater verstorben ist. In jedem Fall bedarf es jedoch der Zustimmung durch den Zunftvorstand.

Die Zunft zählt zum gegenwärtigen Zeitpunkt 98 Mitglieder. Berufsfischer gibt es jedoch nicht mehr. Die Mitglieder legen zwar noch immer ihre Netze, die sie größtenteils selbst stricken, in den Altwässern des Rheines und in der Elz aus; aber die Beute ist gering, so daß die Tätigkeit des Fischens nur noch nebenberuflich ausgeübt wird. Der Taubergießen, in dem die Gewässer liegen, ist Naturschutzgebiet. Auch die Wasservögel unterliegen dort dem Schutz; sie ernähren sich von Fischen, so daß sich der Fischbestand immer mehr reduziert.

Die Gießen und Altwasser sind verhältnismäßig sauber, da sie sich biologisch durch die Wasserpflanzen reinigen. Zum Teil sind es auch klare Quellgewässer, in denen es zwar wenige, aber gesunde Fische gibt.

Der Beruf des Schiffbauers ist selten geworden. In Weisweil ist noch einer hauptberuflich tätig. In Rust hat Rudolf Deibel die Herstellung von Fischerbooten erlernt; er übt diese Tätigkeit aber höchst selten in seiner Freizeit aus.

Die Bedeutung, die das Fischerhandwerk für Rust einst hatte, ist längst verlorengegangen; aber die Tradition wird von der Zunft noch immer gewahrt.

Lit.: Hans Stromeyer, Zur Geschichte der Badischen Fischerzünfte. Karlsruhe 1910. Heidelberger Volkswirtschaftliche Abhandlungen, I. Bd., 3. Heft.

## Seelsorge zwischen Ruinen und Fluchtinseln: Jeremias Gugger

Ein außergewöhnliches Pfarrerschicksal im 30jährigen Krieg

*Gerhard Schildberg*

Viel stilles Heldentum und manch selbstlose Aufopferung gab es im Lauf der Generationen in den Pfarrhäusern unseres Landes, besonders in Zeiten der Not.

Wenn in den unvorstellbar grausamen Kriegszeiten die entmenschten Horden der Soldateska über die Ortschaften fielen, plünderten und brandschatzten und sich somit ihren ausstehenden Sold zu holen glaubten, konnten die „Seelenhirten“, also sinngemäß die Pastoren, ihre Gemeindeglieder selbstverständlich nicht vor allen Übergriffen schützen. Aber sie hätten sich in nahe, befestigte Städte retten können, zogen es jedoch fast ausnahmslos vor, inmitten der ihnen anvertrauten „Schafe“ zu verbleiben und auch das härteste Los, nicht selten gar den Tod, mit ihnen zu teilen.

Solch eine leuchtende, schier heldenhafte Gestalt war der hanauische Pfarrer Jeremias Gugger, der, obwohl er ganz andere Möglichkeiten gehabt hätte, sich in den widrigsten Verhältnissen des Dreißigjährigen Krieges in allem Leid und in aller Entbehrung rückhaltlos an die Seite seiner Leute stellte. Denn nichts hatte den Augsburger Bürgersohn dazu vorbestimmt, die Kriegsgeschicke des hanauischen Dorfes Auenheim dereinst teilen zu müssen oder vielmehr zu wollen.

Als der junge Theologe hinter den schützenden Mauern seiner verschont gebliebenen Vaterstadt, der freien Reichsstadt Augsburg, von der unsagbaren Not vieler Bewohner der Rheinebene erfahren hatte, stellte er sich prompt dem hanau-lichtenbergischen Konsistorium in Buchweiler zur Verfügung. Das bescheidene Buchweiler beherbergte nämlich bis zur großen Französischen Revolution alle Verwaltungen eines weitläufigen Territoriums — eben des Hanauer Landes —, das während über sieben Jahrhunderte dreizehn Ämter umfaßte, die sich von Pirmasens bis Westhofen, von Lichtenau bis ins heutige Lothringen erstreckten.

In solch bewegter, menschenarmen Zeit waren die hanauischen Kirchenoberen glücklich, durch die Kandidatur des jungen Mannes wieder eines der vielen

leerstehenden Pfarrhäuser besetzen zu können. Sie sandten im März 1623 Gugger in das bereits recht mitgenommene Auenheim, ein durch die Nähe der strategisch wichtigen Stadt Straßburg und des Rheinübergangs besonders gefährdetes Dorf.



*Die evangelische Pfarrkirche von Auenheim. Der Bau stammt von 1792. Die Vorgängerkirche war eine Chorturmkirche  
Aufnahme: K. Honauer, Auenheim*

Als der knapp 30jährige Seelsorger in seiner „Pfarre“ vorstellig wurde, wußte er nur zu gut, was auf ihn wartete: In den Jahren 1621/22 waren die Mansfeld'schen Heerscharen wie die Heuschrecken, unter anderem auch in die heute badische Rheinebene, eingefallen, hatten geplündert, gebrandschatzt und, wie die teilweise noch erhaltenen Kirchenbücher zeigen, willkürlich getötet. Was sie an Überlebenden und Häusern verschonten, wurde in den folgenden Jahren das Opfer der Schweden, jener zur Reformation gestoßenen Nachkommen der Wikinger, die zwar theoretisch zur Unterstützung der Evangelischen auf das Festland gekommen waren, aber nach dem Tod ihres Königs und Heerführers Gustav Adolf im Jahr 1632 auch nichts anderes zurückließen als rauchende Trümmer, geschändete Frauen und das bloße Elend.

Gugger, der bei seiner Ankunft eine geängstigte, geschwächte und zum Teil schon stark dezimierte Einwohnerschaft vorgefunden hatte, war fest entschlossen, alle kommenden Entbehrungen bis zum Ende mit seinen Gemeinde-

gliedern zu teilen. Bezeichnend für ihn war es, daß er neben seinen geistlichen Aufgaben auch um das leibliche Wohl seiner Leute besorgt war. Außer seinen tröstenden Predigten und dem seelsorgerlichen Beistand bei den Entkräfteten und an der Pest Sterbenden, wollte er auch Mittel und Wege finden, die es erlauben sollten, das nackte Überleben der ihm anvertrauten Menschen zu gewährleisten.

Auf hochgestellten Beobachtungsposten ließ er Männer postieren, die jedes Herannahen von regulären Truppen, aber auch von plündernden Marodeuren, schleunigst im Dorf anzeigten. Darauf lief der schwarzgewandete Gottesmann, was ihn die Beine trugen, zum Gotteshaus und läutete die Sturmglocke. In wenigen Minuten begann die wilde Flucht: Jedermann raffte seine wenigen Habseligkeiten, seine ärmlichen Wertsachen zusammen und flüchtete Hals über Kopf mit Greisen und Kindern, Tieren und Bettzeug an „sichere“ Orte. Dies waren damals wild bewachsene und schwer zugängliche Inseln, die sich zwischen den vielen Rheinarmen befanden. Diese Refugien nannte man „Wörthe“, häufiger „Kopf“ oder „Köpfel“, die übrigens heute noch als Königskopf, Rohrkopf, Hundkopf mancher Bannstelle ihren Namen geben. Durch die herrschende Feuchtigkeit war die Vegetation dieser Inseln schier urwaldähnlich und bot zumindest einen relativen Blickschutz. Bei der Ankunft auf den Köpfeln errichtete jede Familie mit den zur Verfügung stehenden dürftigen Mitteln eine ärmliche Hütte oder reparierte die bereits bestehende. Diese Unterschlüpfen waren natürlich baufällig und zugig und besonders zur Winterszeit für ein einigermaßen menschenwürdiges Wohnen ungeeignet. So wurde das Existieren bald zum Vegetieren.

Gugger selbst konnte bei jeder Flucht nur wenig Hausrat retten. Ihm ging es vor allem um die „heiligen Gefäße“, also die Abendmahls- und Taufgeräte sowie die Kirchenbücher, die er unzählige Male für die Nachwelt in Sicherheit zu bringen mußte. Unermüdlich fuhr er zwischen den Wörthen in einem kleinen Kahn hin und her, tröstete die Verzweifelten, machte Mut zum Durchhalten, gab den Überlebenden praktische Anleitungen und den Sterbenden geistlichen Zuspruch, denn Todgeweihte unter seinen Gemeindegliedern gab es viele. Allein in den beiden Schreckensjahren 1628 (Pocken) und 1636 (Pest) stand er den Beerdigungen von 140 Menschen vor, darunter etwa ein Drittel Kinder. Das kam bei einer knapp 300 Familien umfassenden Gemeinde einer Katastrophe gleich. Bezeichnend dürfte es auch sein, daß in Guggers Pfarrei Auenheim bei den Hochzeiten des Jahres 1633 von den 19 Bräuten zehn Witwen vor dem Altar standen.

Oft ging es dem durch Entbehrungen selbst geschwächten Pfarrer über die Kräfte, einem Amt vorzustehen, das durch den Zerfall aller Ordnungen und Sitten für uns unvorstellbar schwierig geworden war. Und dennoch ließ er nicht ab, die ihm anvertraute Herde zusammenzuhalten, ja selbst ein Mindestmaß an kirchlichem Leben zu bewahren. Neben den Taufen und Beerdigun-

gen, die während vielen Jahren auf den Inseln stattfanden, versuchte Gurger so regelmäßig wie möglich in einer dafür gezimmerten Holz- und Laubhütte Gottesdienste zu feiern.

Leider sollte der tapfere Gottesmann, der inzwischen in den fünfziger Jahren stand, den ersehnten und erbeteten Frieden, der 1648 endlich geschlossen wurde, nicht lange erleben dürfen. Geschwächt und im Amt verzehrt, war sein Gang der eines Greises geworden. Im Sommer 1652 tat er einen unglücklichen Sturz, von dessen Folgen ihn kein „Medikus“ und kein Barbier kurieren konnte. So mußte er während elf Wochen bettlägerig seinem Tod entgegensiechen. An einem trüben Herbsttag, dem 24. November 1652, gab er seinen Odem dem Schöpfer zurück, dem er in wahrhaft demütiger und selbstloser Weise an die 30 Jahre in unvorstellbaren Umständen gedient hatte.

W. Fuchs und G. Schildberg, Das Auenheimer Pfarrbüchlein. Kehl 1982.

# Die Ettenmünsterschen Klostergeschichten des P. Bernard Stöber (1740—1817)

*Hermann Schmid*

Es ist längst in Vergessenheit geraten, verdient aber nicht, vergessen zu werden, daß das Benediktiner-Stift Ettenheimmünster<sup>1</sup> besonders in den letzten hundert Jahren seines Bestehens eine der bedeutenden Gelehrtenkolonien, wenn nicht gar die bedeutendste der Ortenau war. Daß die Erinnerung an diese und andere Stätten der Gelehrsamkeit und des Kunstschaffens schon bald nach der großen Säkularisation in den Jahren 1802 bis 1807 verschüttet war, ist der Mönchsfeindlichkeit der sogenannten Aufklärung im allgemeinen zuzuschreiben, die so gut wie alles, was aus den Klöstern kam, auf schmäbliche Art und Weise herunterzumachen suchte und damit bis tief ins 19. Jahrhundert hinein bei maßgeblichen Bevölkerungskreisen Erfolg hatte, und im besonderen dem Radikalismus der Säkularisatoren, die die Konvente in kürzester Zeit auseinandertrieben, damit hervorragende Kulturträger vernichteten und deren wissenschaftliches und künstlerisches Erbe wie erlesenste Büchersammlungen, Münz-, Gemälde-, Kupferstich-, Kuriositäten-, Physikalienkabinette und Kircheneinrichtungen, deren Aufbau Jahrzehnte und Jahrhunderte gebraucht hatte, häufig in alle Himmelsrichtungen zerstreuten<sup>2</sup>.

Es ist hier nicht der Ort, die geistesgeschichtliche Stellung der Ettenmünsterer Religiösen in ihrer Zeit eingehend zu erörtern und zu würdigen. Der Verfasser will es mit dem Hinweis gut sein lassen, daß immerhin im vergangenen und

---

1 Weiterführende Literaturangaben zur Geschichte Ettenheimmünsters finden sich in der Abhandlung des Verfassers über die Säkularisation desselben in der letztjährigen „Ortenau“.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß der letzte Abt und das damalige Kapitel in der Regel „Ettenmünster“ schrieben und nicht Ettenheimmünster, was so viel wie das Kloster bei den Leuten des Etto heißt. Möglicherweise sollte damit die mittelalterliche lateinische Schreibung „monasterium divi Ettonis“ reaktiviert werden. Beim oberelsässischen Stift Ebersheimmünster hat sich im übrigen die Schreibung „Ebersmünster“ durchgesetzt.

2 Die kulturelle und wirtschaftliche Rückständigkeit katholischer Bevölkerungsteile im Wilhelminischen Reich war eine statistisch belegte Tatsache. Namhafte Gelehrte führten dieses mit „Inferiorität“ bezeichnete Phänomen u.a. auf die Zerstörung katholischer Bildungseinrichtungen durch die Säkularisation zurück. Mochte auch z.B. H. Rost, Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der deutschen Katholiken, Köln 1911, S. 153ff., etwas pauschal urteilen, wenn er sagte: „Während die Katholiken durch die Säkularisation materiell schwer geschädigt und ihrem ganzen bisherigen Bildungs- und Kulturwesen die Adern unterbunden wurden, war für die Protestanten und Juden ein goldenes Zeitalter angebrochen“, so war an der Sache doch allemal etwas dran.

auch noch in unserem Jahrhundert einige Schritte in diese Richtung getan wurden<sup>3</sup>. An dieser Stelle soll vielmehr im kleinen Rahmen die längst fällige Würdigung des Mannes stattfinden<sup>4</sup>, der als der bedeutendste Gelehrte<sup>5</sup> der im Frühjahr 1803 aufgehobenen Stiftsgeistlichkeit zu gelten hat und der überhaupt erst durch seine nachgelassenen Schriften Dritte in die Lage versetzt hat und auch heute noch versetzt, Betrachtungen über die theologischen, philosophischen, juristischen, historischen, geographischen und naturwissenschaftlichen Studien, nicht zu vergessen die Musikpflege, seiner Mitbrüder und Vorgänger im Kloster anzustellen<sup>6</sup>, was bei zahlreichen anderen Ordenshäusern auf Grund der spärlichen Quellen überaus schwerfällt.

Die Angaben, die Bernard Stöber über sich selbst in seinen Geschichtswerken und Gesuchen an den badischen Fiskus um Pensionserhöhung<sup>7</sup> machte, gestatten folgende Personenstands- und Lebensbeschreibung: Er kam am 10. Juni 1740 im Klosterflecken Schuttern als Sohn des dort ansässigen, aus Wien stammenden Johann Baptist Stöber<sup>8</sup> und dessen Frau Catharina Fluem(in), einer Schwester des gleichnamigen Ettenmünsterer Konventualen und späteren Abts Landelin, zur Welt und wurde tags darauf auf den Namen Johann Baptist Hermann getauft. In einem Auszug aus dem Taufbuch der Pfarr- und Klosterkirche zu Schuttern ist der Vater als „pictor“ bezeichnet. Ob dieser über das gewöhnliche Handwerk zur Kunstmalerei gekommen war, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls zählte er in fortgeschrittenen Jahren zu den fähigen Kirchenmalern der Gegend, und sein Können und seine Beziehungen zu Schuttern und Ettenheimmünster sicherten ihm und auch seinem zweiten Sohn Franz Joseph ein gutes Auskommen. Der Erstgeborene hat mit Sicherheit die Kindheit im Geburtsort verbracht. Über seine Schulbildung und seine Lehrer war bedauerlicherweise nichts in Erfahrung zu bringen. Als der Vater 1759 starb, befand er sich schon im Kloster. Aller Wahrscheinlichkeit nach 1757 eingetreten, legte er am 21. Mai des folgenden Jahres Profesß und seinen bisherigen Vornamen ab. Am 1. Januar 1764 zum Priester geweiht, begann er seine wechselhafte Laufbahn als benediktinischer Geistlicher und Gelehrter. Noch im selben Jahr fungierte er als Katechet in Wallburg, einem Filialort von Münchweier, 1765 als Unterlehrer im Stift, ab Juni 1766 als Chorregent und

---

3 So von J. B. Kolb in seinem badischen Lexikon, Bd. 1, 1813, S. 283, ferner von J. B. Trenkle, Über die Musik in den Ortenauischen Klöstern, in: FDA 3 / 1868, S. 176ff., A. Kürzel, Beiträge zur Geschichte des Klosters Ettenheim-Münster, in: FDA 15 / 1882, S. 210ff., P. Lindner, Die Schriftsteller und Gelehrten der ehemaligen Benedictiner-Abteien im jetzigen Großherzogthum Baden vom Jahre 1750 bis zur Säcularisation, in: FDA 20 / 1889, S. 128ff., und schließlich von L. Heizmann, Das Benedictiner-Kloster Ettenheimmünster, Lahr 1932, S. 167ff.

4 Kolb nennt Stöber überhaupt nicht. Die übrigen, unter Anm. 3 aufgeführten Schriftsteller bieten einige Lebensdaten und unvollständige Schriftenhinweise.

5 Wenn Stöber verschiedentlich behauptete, er sei kein Gelehrter, so ist das als reine Rhetorik aufzufassen.

6 Vgl. hierzu die Anmerkungen zu Stöbers „Monasterium D. Ettonis“ auf S. 101.

7 GLA 237 (= Finanzministerium) / 4583.

8 Zu diesem und anderen südwestdeutschen Künstlern jener Zeit vgl. insbesondere die Mitteilungen von H. Brommer in: St. Bartholomäus Ettenheim, hrsg. v. D. Weis, München / Zürich 1982, S. 38ff.



ab November 1768 als Bibliothekar. Dieses Amt vertauschte er 1774 höchst ungerne mit dem Vikarsdienst in der von ihm mit ihren Filialorten Wittelbach und Dörlinbach als „mühselig“ eingestuften Pfarrei Schweighausen, deren Leitung ihm sein Onkel Ende 1775 übertrug. Erst im Juli 1795, nach neunzehneinhalb Jahren, wurde er „diese schwere Last“ wieder los und übernahm erneut den Bibliotheksdienst, der mit den Ämtern des Novizenmeisters und des Zensors der Profeßbrüder verbunden war. Diese Tätigkeit wurde im zweiten Halbjahr 1796 für einige Monate unterbrochen, als er die durch den Franzoseneinfall verwaiste Ettenmünsterische Patronatspfarrei Ringsheim übernehmen mußte. Mit Wirkung vom 7. Dezember 1798 übertrug ihm Abt Arbogast die Expositur Ettenheimmünster und die Funktion des Klosterkellers, am 19. Januar 1801 die des Subpriors. Die badische Regierung bestätigte ihn als Pfarrer des Münstertals nach Aufhebung des Stifts im Frühjahr 1803. Stöber, gewissermaßen ein Religios von altem Schrot und Korn, mit seinem und dem Schicksal der Abtei hadernnd, hielt es hier gerade noch ein Jahr aus. Neuerungen verschlossen, autoritär und in der Ausübung der Seelsorge wenig beweglich, verbittert über den schwindenden Einfluß der Klostergeistlichkeit, allenthalben Bösartigkeiten seitens seiner Gemeinde ausgesetzt, die den Zusammenbruch der geistlichen Herrschaft und die neue Freiheit sattsam auskostete, reichte er seinem nunmehrigen Vorgesetzten, dem Abt Bernhard Schwörer von Gengenbach, seine Demission alters- und krankheitshalber ein und übergab seinem Neffen, dem P. Peter Kleinhans, am 23. April 1804 die Pfarrei. Im Schlußabschnitt seiner deutschsprachigen Klostergeschichte schilderte er ungeschminkt seine Lage und seine Beweggründe: „Der durch 30 Jahre allbereits mit pfarrlichen Geschäften müheseligst sich abgebende, vom Alter und Krankheiten geschwächte, von größtem Undanke gedrückte und von bitterstem Verdruß gequälte Pfarrherr, sehend, daß er an diesem Orte nichts mehr fruchten, nichts mehr nutzen könnte, faßte nun den Entschluß, seine Pfarrey aufzugeben und sich von Menschen zu entfernen, bei welchen alles Gute, alle angewandte Mühe vergeblich war, und seine noch wenigen übrigen Lebens-tage bei Fremden in Ruhe zuzubringen.“

Stöber quieszierte fortan in Ettenheim, wo ihm eine Schwester den Haushalt führte. Das Alter vergällten ihm einige Krankheiten, voran ein Augenleiden, das ihn in seinen letzten Jahren außer Stand setzte, eigenhändig mit der Regierung zu korrespondieren. Er verstarb kurz vor seinem 77. Geburtstag am 8. Mai 1817, noch bevor er in den Genuß einer nach langem Hin und Her durchgesetzten Pensionserhöhung gekommen war. Mit ihm schloß sich die Reihe der Ettenmünsterer Literaten, voran der Historiker, von denen er in Hinsicht der Lokalgeschichtsschreibung wohl der bedeutendste war. Daß sein Namen nicht wie der des illustren Gervasius Bulffer, von dem noch die Rede sein wird, Eingang in zeitgenössische Gelehrtenlexica gefunden hat, ist allein darauf zurückzuführen, daß seine Arbeiten mit Ausnahme von zwei weniger bedeutenden nicht gedruckt wurden.

Nach Stöbers Aufzeichnungen haben sich vor ihm in neuerer Zeit, besonders seit der Regierung Franciscus Hertensteins (\*1610, Abt von 1653 bis 1686), folgende Kapitularen mit irgendeiner Art von Geschichtsschreibung befaßt:

Martinus Stephani, geboren im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts, Profest 1607, gestorben 1644, verfaßte eine lateinische Geschichte vom Leben und den Wundern St. Landelins (*Historia de vita et miraculis S. Landelini Martyris*) und ließ diese um 1620 in der von ihm in Ettenheimmünster eingerichteten Druckerei auflegen<sup>9</sup>. Dieselbe soll der spätere Abt Casparus Geiger (1623—1634, \*vor 1600) ins Deutsche übertragen haben<sup>10</sup>.

Maurus Geiger (\*1642, Abt von 1686 bis 1704) legte eine gedruckte *Vita Landelins* vor.

Bernardus Mugg (1640—1717)<sup>11</sup> schrieb über die Ursprünge seines Stifts, über frühere Konventualen und über „*Antiquitates Alsatie et Brisgoicæ*“.

Fortunatus Weber (1689—1748) arbeitete über den Spanischen Erbfolgekrieg.

Isidorus Montfort (1692—1739) befaßte sich insbesondere mit dem Märtyrer Landelin.

Carolus Will (1693—1748) machte sich um die Lebensgeschichten früherer Äbte und Religiosen verdient.

Gervasius Bulffer (1714—1792)<sup>12</sup> hat als der bedeutendste Rechtshistoriker des Klosters zu gelten. Neben etlichen theologischen, kirchenrechtlichen und -geschichtlichen Abhandlungen, von denen nicht wenige im Druck erschienen, hinterließ er mehrere ebenso umfangreiche wie tiefeschürfende Darstellungen der Territorial- und sonstigen Rechte Ettenmünsters. Seine diesbezüglichen Sammlungen und Erörterungen hatten durchweg das Ziel, den vermeintlichen Anmaßungen der Fürstbischöfe von Straßburg zu begegnen und, ungeachtet mehrerer verlorener Prozesse, zukünftige Äbte in den Stand zu versetzen, dem Stift doch noch die Reichsherrlichkeit zu erstreiten.

---

9 Dieses Druckwerk gibt Rätsel auf. Es ist weder in der Landesbibliothek Karlsruhe noch in den Universitätsbibliotheken Heidelberg und Freiburg vorhanden. Außerdem ist es in keinem der westdeutschen Zentralkataloge nachgewiesen. Da Stöber den Autor und die Schrift mehrfach erwähnt hat, spricht wenig für einen Irrtum. Möglicherweise war die Auflage so gering, daß sich kein Exemplar in unsere Zeit herüberretten konnte.

10 Diese Handschrift ist nach K. Preisendanz, *Die Handschriften des Klosters Ettenheim-Münster*, (*Die Handschriften der badischen Landesbibliothek in Karlsruhe IX*, Neudruck mit bibliographischen Nachträgen), Wiesbaden 1973, als verloren anzusehen.

11 Einige Nachrichten über Mugg, Montfort und Will bei F. J. Mone, *Quellensammlung der badischen Landesgeschichte*, Bd. 4, Karlsruhe 1867, S. 171ff.

12 Zu diesem ausführlich mit *Schriftenverzeichnis A. Kürzel*, *Leben des P. Gervasius Bulffer*, Conventual der Benediktiner-Abtei Ettenheimmünster, in: *FDA 3 / 1868*, S. 465ff. Bulffer ist u.a. aufgeführt im „*Alphabetischen Verzeichniß oder Lexicon der itztlebenden schwäbischen Schriftsteller*, aus des ber. Herrn Prof. Hambergers in Göttingen Gelehrtem Deutschlande gezogen, mit vielen Zusätzen vermehret . . .“, Nördlingen 1771.

Franciscus Hauser (1723—1799) übertrug die Geschichte römischer Märtyrer vom Lateinischen ins Deutsche.

Anselmus Sartori (1733—1793) schließlich übersetzte eine allgemeine Kirchengeschichte aus dem Französischen, erweiterte dieselbe um kurze Viten von Päpsten und Kaisern und ließ das ganze als achtbändiges Opus in Augsburg im Druck erscheinen.

Auf welche Weise Stöber selbst Zugang zur Geschichtsschreibung gefunden hat, darüber sagt er in seinen Werken nichts aus. Als wichtiges Datum erscheint die Berufung des Achtundzwanzigjährigen zum Stiftsbibliothekar, die sowohl von Neigung wie von Eignung zeugt. Bevor er sich jedoch endgültig diesem Metier zuwandte, versuchte er sich ausgiebig auf dem Felde der theologischen Gebrauchsliteratur sowohl in lateinischer wie in deutscher Sprache, wobei es ihm das Sammeln von Predigten verstorbener Kapitularen besonders angetan zu haben scheint. Da seine Arbeiten in keiner Publikation vollständig aufgezählt sind und das im „Monasterium D. Ettonis“ seiner eigenen Vita beigefügte Schriftenverzeichnis (Stand 1802) seine Begabung, seinen Fleiß und sein Wissen mehr verdeutlichen kann als jeder Kommentar, soll dieses hier vollständig und im alten Wortlaut wiedergegeben werden:

1. Erklärter Straßburger Katechismus, in 8°, 3 Bände: 1. Band enthält das erste, zweyte und dritte Hauptstück, auch am Ende den erklärten kleinen Katechismus. 2. Band enthält das vierte und fünfte Hauptstück des Katechismus. 3. Band enthält 1. die nothwendigsten Punkte des Glaubens und der Sittenlehre, 2. einen Unterricht der Jugend zur Beichte und Kommunion.
2. *Visitatio Infirmorum*, in quattuor partes divisa, quarum 1ma exhibet modum administrandi sacramentum poenitentia, 2da dandi viaticum, 3tia administrandi extremam unctionem, 4ta disponendi infirmum ad actas virtutum et ad felicem mortem, in 8°, 1 vol.
3. *Artis Rhetoricae Tomus I Praecepta et Exempla*, quae ad oratoriam facultatem spectant complectens, in 4°, 1 vol.
4. *Ars Concionandi seu Tractatus de Orationibus Sacris*, cum tribus primis ipsius habitis concionibus. Item appendix varias expositiones, tam catecheticas, quam caeremoniarum, festorum, evangeliorum quorundam in Wallburg ab ipso habitas complectens, in 4°, 1 vol.
5. *Conciones Rmi. Abbatis Francisci Hertenstein Collectae*, ac in tres tomos divisae, addita praefatione et brevi descriptione vitae ejusdem, partibus tribus cujusque tomi adjecta tabella concionum in unaquaque contentaturum, in 4°, 3 vol.
6. *Gesammelte und in fünf Theile abgetheilte Predigten auf die Sonn- und Festtage des Jahres des verstorbenen hochwürdigen Abtes Landelin Fluemes*, mit einem kurzen Vorberichte und jedem Theile vorangesetzter Verzeichnis der in demselben enthaltenen Predigten, in 4°, 5 Bände.
7. *Historia Parochiae Schwaighusanae*, explanatio in tres partes divisa, quarum 1ma complectitur brevem parochiae historiam, 2da obligationes parochi, 3tia commoda quae a parochianis vel aliunde parochi obveniunt. Hic liber praecipue ob anniversaria illius ecclesiae asservatur in monasterii nostri archivio, in quo tamen posteriora non amplius sunt annotata, in fol., 1 vol.
8. *Idem Liber*, sed auctior et emendatior, quem parochus illius loci ad manus habet, in fol. min.

9. *Rituale Ecclesiae Parochialis in Schwaighausen, in quo omnia totius anni peragenda in ecclesia annotantur*, in 8° maj.
10. *Ritual für den Schulmeister in Schwaighausen, in welchem alles, was das ganze Jahr hindurch in der Kirche zu thun und zu singen ist, aufgezeichnet ist*, in fol., 1 vol.
11. *Sechzehn Messen mit drey Stimmen, zwey Discant und Baß, für die Pfarrkirche in Schwaighausen*, in 4° maj.
12. *Kirchengesänger, theils von ihm gemachte, theils aus andern Büchern gesammelte, mit Melodien versehene, mit drey Stimmen, zwey Discant und Baß*, in fol. min.
13. *Historische Beschreibung der Pfarrey Schwaighausen von dem Jahre 1774 bis 1795*, in 4°, 3 vol.
14. *Andachtsübungen eines frommen Christen gegen Gott und den heiligen Romanus, Schutzpatron der Pfarrkirche in Schwaighausen, Augsburg, in der Joseph Wolfischen Buchhandlung gedruckt 1779*, in 12° maj., 1 vol.
15. *Die ganze Christenlehre in kleinen Betrachtungen über den Katechismus für jeden Tag des Jahres, Augsburg, in der Joseph Wolfischen Buchhandlung gedruckt 1787*, in 8°, 2 Bände.
16. *Der Pfarrer auf dem Lande, wie er seinen Pfarrgenossen die das ganze Jahr hindurch vorkommenden Feste und Kirchenzeremonien verkündet, erklärt und wider die heutigen Aufklärer vertheidiget*, in fol. min., 2 Bände.
17. *Gesammelte, mit kurzer Lebensbeschreibung und vorangesetzter Verzeichnis und Inhalte einer jeden Predigt versehene Predigten verstorbener Religiösen hiesiger Abbtney, als R. R. P. P. Benedicts Eck, 1 Band, Karls Will, 3 Bände, Isidors Montfort, 1 Band, Benedicts Dehm, 1 Band, Sebastians Heuberger, 1 Band, Bernards Knöbel, 1 Band, Florentius Schaiter, 1 Band.*
18. *Unterschiedliche Werke, das klösterliche Leben betreffend, welche aus der großen Büchersammlung der alten Kirchenväter, die zu Paris im Jahre 1654 aufgelegt worden, gezogen und von ihm in das Deutsche übersetzt worden*, in fol., 3 Bände.
19. *Acht Fastenreden von der wahren, allein seligmachenden Kirche Christi, zu heilsamem Unterrichte und Aufmunterung, zu wahrer Buße für alle Wahrgläubigen verfaßt*, in 4°, 1 vol.
20. *Catalogus Omnium Librorum Bibliothecae Monasterii D. Ettonis*, in IV tomos divisus, in fol.:

Tomus I complectitur titulos: Ium de SS. Scriptura, IIum de Conciliis, IIIum de SS. Patribus, IVum de Liturgia. Tomus II complectitur titulos: Vtum de Jure Canonico, VIum de Theologia Scholastica, VIIum de Theologia Morali, VIIIum de Theologia Polemica. Tomus III complectitur titulos: IXnum de Theologia Pastoralis, Xnum de Ascesi, XIum de Historia Ecclesiastica, XIIum de Historia Monastica. Et in Tomo IV titulum de Historia litteraria<sup>13</sup>.

Die beiden Druckwerke Stöbers dürften nur sehr schwer zu erhalten sein<sup>14</sup>. Die meisten seiner handschriftlichen Erzeugnisse sind mit Sicherheit verloren, und zwar vor allem die theologisch-asketischen. In der Handschriftensammlung der badischen Landesbibliothek in Karlsruhe, der früheren Hofbiblio-

<sup>13</sup> Dieser Katalog scheint unvollendet geblieben und zudem verloren zu sein.

<sup>14</sup> Sie sind weder in W. Heinsius' *Allgemeinem Bücher-Lexikon* von 1812 noch in Chr. G. Kaysers *Vollständigem Bücher-Lexicon* von 1835 verzeichnet.

thek, befinden sie sich jedenfalls nicht<sup>15</sup>. In diese ist der Großteil der Ettenmünsterer Büchersammlung im Jahr 1806 gelangt, nachdem schon zuvor das evangelische Pädagogium in Lahr einen Teil, wohl nur Gedrucktes, für sich abgezweigt hatte. Wenn es nach dem Willen der Regierung gegangen wäre, wäre der Restbestand noch im selben Jahr zwischen der Hofbibliothek und der Universitätsbibliothek Heidelberg aufgeteilt worden. Die Karlsruher Bibliothekare begnügten sich jedoch damit, ältere Ausgaben der Klassiker und der Kirchenväter auszusondern und das übrige auf dem Speicher verstauben zu lassen. Erst 1821 wurden die entsprechenden Kisten überprüft und der größte Teil des Inhalts auf Betreiben der Universität nach Heidelberg verfrachtet — gegen den Widerstand des Staatsministeriums, das die Bücher nicht einmal des Geldes für den Transport wert hielt! Daß die meisten Schriften Stöbers (und auch anderer) verschollen sind, ist wohl darauf zurückzuführen, daß er sie bei Aufhebung des Klosters als persönliches Eigentum reklamierte, und, durch die entsprechende Zusage des badischen Kurfürsten gedeckt, mitnahm<sup>16</sup>. Sind sie, was wenig wahrscheinlich ist, in der Bibliothek verblieben, dann hatten sie alle Aussichten, beim Altpapier zu landen. Denn einer anderen Verwendung hielten auch solche Bibliothekare, die für ihre Kenntnisse weithin bekannt waren, diesen ihrer Meinung nach „ascetischen Wust“ nicht für würdig<sup>17</sup>.

Von den geschichtlichen Darstellungen kamen dem Verfasser dieser Zeilen im Rahmen einer eingehenden Nachsuche folgende in die Hände, und zwar

1. im Pfarrhaus zu Schweighausen im oberen Schuttertal:

Kurtze Historische Beschreibung der Pfarrey Schwaighausen von dem Jahr 1775 angefangen. Zusammengetragen von P. Bernardo Stoeber O. S. Ben. des Klosters Ettenheimmünster Profesß und derzeit Pfarrer allhier. Erster Theil in sich enthaltend die Jahre 1775—1779. Zweyter Theil in sich enthaltend die Jahre 1780—1785. Dritter Theil in sich enthaltend die Jahre 1786—1794. Der Band 1 dieser Handschrift bietet die Vorgeschichte der Pfarrei mit Urkundenausügen, der St.-Anna-Kapelle am Ort und der Filialorte Dörlinbach und Wittelbach. Ausgehend vom Jahr 1775, ab welchem er hier residierete, schrieb Stöber gewissermaßen lokale Zeitgeschichte nach der Art des Annalisten, hielt in diesem und den folgenden zwei Bänden alles fest, was sich seiner Meinung nach an Wichtigem in seinem neuen Wirkungskreis ereignet hatte wie besondere Vorkommnisse im Verkehr der Untertanen mit dem Kloster, Bauunternehmungen, Anschaffungen für die Kirchen und das Pfarr-

---

15 So der schon zitierte Preisendanz. Das folgende nach GLA 205 (= Akten der Universität Heidelberg) / 82. Vgl. auch H. Schwarzmaier, Ettenheimmünster, in: *Germania Benedictina*, Bd. 5, Augsburg 1975, S. 219. Obengenanntes Faszikel enthält einen Bücherkatalog von der Hand Stöbers und des P. Anselm Fey, der bis ins Frühjahr 1805 mit der Inventarisierung der Klosterbibliothek beschäftigt war.

16 Für diese Annahme spricht auch der Schenkungsvermerk Stöbers auf dem Titelblatt des „Monasterium D. Ettonis“ zugunsten der Pfarrei Münstertal.

17 Vgl. hierzu H. Schmid, *Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802—1811*, Überlingen 1980, S. 325 f.

haus, Unwetter und andere Unglücksfälle. Das Werk endete mit seiner Abberufung und wurde von keinem seiner Nachfolger fortgesetzt, die da waren P. Placidus Wohlleber 1795—1798, P. Beda Petzelt 1798—1801, P. Etto Specht 1801—1803 und P. Johann Baptist Scheidet 1803—1815.

Ebenfalls als wertvolle ortskirchengeschichtliche Quellen mit interessanten statistischen Einzelheiten können zwei lateinisch abgefaßte Bücher aus den Jahren 1778 und 1781 gelten, jeweils in drei Teile gegliedert und an die 350 Seiten umfassend, die ausdrücklich späteren Pfarrern zur Orientierung dienen sollten. Ihr Titel ist „*Schwaighusanae Parochiae in se ac prout Ecclesiam Filialem in Wittelbach, Capellam Sanctae Annae in loco et Sacellum S. Joannis Bap. in Dörclinbach continet Historica quaedam ac instructoria Explanatio ad notitiam utilitatemq. cujuslibet Parochi. Collecta et conscripta a Bernardo Stoeber O. S. Ben. Monrii. D. Ettonis professo ac p.t. hujus Loci Parocho 1778*“, und „*1781*“.

Schließlich befinden sich am Ort noch von der Hand Stöbers eine ungebundene und undatierte Sammlung von Urkunden- und Aktenauszügen vorrangig aus dem 18. Jahrhundert, überschrieben mit „*Documenta Parochiae Schwaighusanae in unum Volumen redacta ac collecta*“, und eine Konfirmandenliste von 1778.

2. im erzbischöflichen Archiv zu Freiburg unter der Nummer Ha 606: Kurze Geschichte des Gotteshauses Ettenheimmünster des Ordens des Hl. Benedicts, verfasset von R. P. Placido Günstlin, Profesß und Capitular des Gotteshauses Schwarzach, in dem Marggrathum Baden gelegen, abgeschrieben von P. Bernardo Stoeber, Profesß und Capitular des Gotteshauses Ettenheimmünster, Im Monate October 1797. Es handelt sich hierbei um eine 79seitige Broschüre, die die Geschichte des Stifts bis zum Jahr 1740 grob umreißt.

3. im Pfarrhaus zu St. Landelin im Münstertal: *Monasterium D. Ettonis prope S. Landelinum a sua origine ad haec usque tempora, quantum licuit, historice exhibitum seu succincta Historia hujus Monasterii de suo ortu ac fundatione, de suis Rmis Abbatibus, Religiosis, confoederatis Monasteriis, Fundatoribus, Benefactoribus, ac Familiaribus, collecta ac conscripta a P. Bernardo Stoeber ejusdem Coenobii Monacho ab anno 1796 ad annum usq. 1802.*

Des weiteren die „*Kurze Historische Beschreibung der Pfarrey Münsterthal bei St. Landelin von dem siebenden Jahrhunderte nach Christi Geburt bis auf das Jahr 1804, verfasset von P. Bernard Stöber des Ordens des heil. Benedicts, Professen des aufgehobenen Klosters Ettenheimmünster, gewesten Pfarrherrn dieser Pfarrey 1804*“.

Diese beiden Werke verdienen als die Kronen des literarischen Schaffens Stöbers besondere Beachtung, sind sie doch auch Glanzstücke monastischer Geschichtsschreibung aus einer unwiderruflich zu Ende gegangenen Epoche: Die lateinische Version, knapp 500 Seiten umfassend und mit einer Federzeich-

nung vom Stift ausgestattet, stellt eine ausgreifende Zusammenstellung all dessen dar, was von Stöbers neuzeitlichen Vorgängern im Kloster in Büchern, Urkunden und Akten hinsichtlich der Ursprünge, Vorsteher und bedeutender Mönche festgehalten worden war. Seine enorme Leistung besteht nicht allein in der historischen Darstellung, in der Niederschrift des teilweise zu korrigierenden Vorgefundenen schlechthin, die ihm Abt Arbogast Heisler nahelegte und die er im Angesicht der nahenden Säkularisation durchführte, sondern mehr noch im Sammeln, Ordnen und Überprüfen der unzähligen Fakten, was heute, da Teile des Archivs und der Bibliothek verloren sind, überhaupt nicht mehr möglich wäre. Der Umfang der Handschrift erklärt sich aus der Absicht des Verfassers, im Hinblick auf das zunehmend gewisser werdende Ende seiner Korporation eine abschließende Geschichte zu geben, eine Geschichte insbesondere der Äbte und, wegen den nur noch schwach sprudelnden Quellen für die ältere Zeit, der neuzeitlichen Mitglieder des Konvents. Diese starke personengeschichtliche Ausrichtung, die Stöber als ganz in antiken und mittelalterlichen Traditionen stehend ausweist, läßt zwar manchen anderen Aspekt, so den besitz- und territorialgeschichtlichen, zu kurz kommen. Gleichwohl ist die Geschichte der Konventualen doch auch immer die des Klosters.

Das Opus scheint ursprünglich auf drei Teile beschränkt gewesen zu sein, nämlich auf die Abhandlung vom Ursprung und der Fundation des Stifts (22 Seiten), auf die Viten der Vorsteher mit einer unvollständigen Wappenreihe (200 Seiten) und die der einzelnen Religiösen, der damals lebenden wie der verstorbenen seit etwa 1600 (rund 150 Seiten). Aus unersichtlichen Gründen hat Stöber dann zwei — weniger bedeutende — Hauptabschnitte hinzugefügt: Einen vierten über Klöster, die mit Ettenmünster in einer mehr oder weniger engen Verbindung standen, so unter anderem Elchingen, Gengenbach, Schwarzach, Ebersmünster, Maurusmünster, Schuttern, Tennenbach, Wonnental, Lichtental, Einsiedeln, und deren Insassen, und einen fünften über die Stifter, Wohltäter und Erneuerer der eigenen Korporation. Korrekturen in der Unterteilung beweisen, daß vom ursprünglichen Aufbau abgegangen wurde, was jedoch in Anbetracht des Umfanges des gebotenen Materials unwichtig ist. Hinsichtlich der Mitteilungen über seine Confratres und die Vorgänge im Vorfeld und während der Säkularisation kommt der Schrift der Rang einer zeitgenössischen Quelle zu, hinsichtlich der Dinge, die anderweitig nicht mehr zu belegen sind, der einer allgemeinen Quelle für die Geschichte des Klosters und damit der ganzen Region.

Aus der Befürchtung heraus, daß es mit den Lateinkenntnissen seiner Nachfolger im Pfarrhaus zu St. Landelin nicht immer zum besten bestellt sein könnte, entschloß sich Stöber nach seinem Abgang im Frühjahr 1804, sein „Monasterium D. Ettonis“ zu popularisieren und eine deutsche Geschichte des Klosters vorzulegen, die er wohl in Anbetracht ihres Zwecks, seiner letzten Dienststellung und des Umstands, daß die Pfarrei allein weiterbestand, unnötigerweise als Geschichte der Pfarrei Münstertal bezeichnete, unnötig deshalb,

weil diese Pfarrei seit tausend Jahren dem Stift inkorporiert war und beide Institute mehr oder weniger dieselbe Geschichte hatten. Erklärtes Ziel Stöbers war es, seinen Nachfolgern Materialien zu vermitteln, aus denen sie eigene Erkenntnisse schöpfen konnten. „In den Geschichten“, bemerkte er im Vorwort, „erhält man die Wissenschaft aus dem Beispiele der Vorgänger, wie man in manchen Zufällen und Ereignissen klug handeln und sicher zu Werke gehen soll. Oft findet man in Geschichten die Rechte, die man besitzt, die Vortheile, die man zu genießen hat. Oft lernet man aber auch aus den Geschichten falsche Vorurtheile von geschehenen Sachen, betrügliche Vorspiegelungen von unächten Gerechtsamen, falsche, erdichtete Märlein zu seinem und anderer Nutzen erkennen und einsehen.“

Als Vorlagen nannte er wie in seiner lateinischen Ausarbeitung Urkunden, Akten und die Aufzeichnungen früherer Geschichtsschreiber am Ort, namentlich das Druckwerk des P. Martin Stephani, dem er insofern Wert beimaß, als jener Unterlagen benutzt hatte, die alle im Verlauf des Dreißigjährigen Kriegs abhanden gekommen waren: „Denn, da eben in diesem Kriege das Archiv des Klosters nach Freyburg im Breysgau ist geflüchtet worden, sind zwölf Küsten desselben den Schweden in die Hände gefallen, welche selbe mit sich in Schweden gebracht, von wo sie Christina, die Königin, die Tochter und Thronfolgerin des Königs Gustav Adolf mit sich nach Rom genommen, da sie sich zur katholischen Religion bekannte, wo sie noch in der vatikanischen Bibliothek von dem berühmten Abte Calmet<sup>18</sup> und von P. Benedict Riescher<sup>19</sup>, Großkellern des Klosters Gengenbach und nachherigem Abte desselben Klosters, sind gesehen worden. Der Abt Landelin hat sich zwar viele Mühe gegeben, diese zwölf Küsten wieder zu erhalten, sie waren aber nicht mehr zu finden.“ Als weitere Quelle führte schließlich Stöber sich selber an: „3tens habe ich auch das zu dieser Geschichte gebraucht, was ich in 47 Jahren, die ich als Religios dieses Klosters durchgelebet habe, aus eigener Erfahrung gewußt, gesehen, von Augenzeugen vernommen und schon lange Zeit aufgezeichnet habe.“

Seine deutsche Chronik unterteilte er in 32 Kapitel, womit das Gestaltungsprinzip des „Monasterium D. Ettonis“ aufgegeben war. Den Anfang macht eine Ortsbeschreibung, gefolgt von Legendärem zum Klosterheiligen Landelin, der ob seines Glaubens im Münstertal getötet worden sein soll, und zur Klostergründung durch den Grafen oder Herzog Ruthart und den Straßburger Bischof Etto. Die mittelalterliche Geschichte von Stift und Pfarrei ist jahrhundertweise abgehandelt, die neuzeitliche, etwa ab 1550, für die zuverlässigere Nachrichten vorlagen, jahrzehnteweise.

---

18 Augustin Calmet (1672—1757), u.a. Abt der Benediktiner-Abtei Senones in Lothringen, war einer der bekanntesten Bibelkommentatoren des 18. Jahrhunderts. Er trat auch als Kirchenhistoriker in Erscheinung. Vgl. Wetzer und Welte's Kirchenlexikon, Bd. 2, <sup>2</sup>1883, Sp. 1717ff.

19 Auch Riescher, Prälat von 1743 bis 1763. Vgl. Germania Benedictina, Bd. 5, S. 239.



Die 250 Seiten, die der Pensionist Stöber mit viel Liebe zum Detail zusammenschrieb, wären es wert gewesen, vollständig publiziert zu werden. Schon allein die Offenlegung seiner und seiner Vorgänger Auffassung von der Historie des Klosters, der Traditionsstränge, die das Werk durchziehen, die Verfügbarmachung von Mitteilungen aus Unterlagen, die nicht mehr auffindbar sind, hätten ein solches Unternehmen gerechtfertigt. Weil jedoch die materiellen und räumlichen Grenzen eng gezogen waren, hatte sich der Schreiber dieser Zeilen zu beschränken: Da man dieses oder jenes aus der alten Geschichte der Korporation auch anderswo nachlesen kann, entschloß er sich, wenigstens das letzte Drittel der Handschrift, nämlich die Kapitel XXIII—XXX<sup>20</sup>, einem breiteren Interessentenkreis zugänglich zu machen. Umrissen ist hierin die Zeit vom Sommer 1740 bis zum Sommer 1803 und damit mehr als die gesamte Aufenthaltsdauer Stöbers in Ettenheimmünster. Alles, was er für diesen Zeitraum darlegte, hat er entweder von Zeitgenossen gehört oder selbst erlebt. Seine Aufzeichnungen haben deshalb den Rang einer bedeutenden lokalen und regionalen Quelle für das 18. und frühe 19. Jahrhundert. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ihm mitunter Fehler in der Datierung unterliefen: So ließ er 1796 die Franzosen eher im Münstertal auftauchen, als sie überhaupt über dem Rhein waren. Stöber, dessen Sprache zum Teil umständlich, aber nicht unverständlich ist, was auf seine lateinische Schreiberei zurückzuführen sein dürfte, erzählt von allem, was ihm wichtig erschien: von den Bauunternehmungen und Anschaffungen des Stifts, den Streitereien mit den Untertanen und dem Bischof von Straßburg als dem Landesherrn, vom kirchlichen Leben am Ort, in der Umgebung und in der Straßburger Diözese überhaupt, wobei auffällt, daß es ihm in erster Linie um die äußeren Verhältnisse seines Klosters zu tun war. Über die inneren vernehmen wir so gut wie nichts. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er erwartungsgemäß den Franzoseneinfällen, der Säkularisation und dem Zustand der Pfarrei nach der Auflösung des Konvents, die einen größeren Umbruch in der Seelsorge und den kirchlichen Bräuchen auslöste, als auf Anhieb vermutet werden könnte. Es kann nicht genug betont werden, daß die Darstellung der Aufhebung Ettenmünsters von größtem dokumentarischem Wert für die Geschichte der Säkularisation in Baden ist und ihresgleichen sucht. Vergleichbares findet sich allenfalls in vier oder fünf anderen Schriften, so in der 1802 gedruckten „Geschichte der Karmeliter zu Weinheim, als ein Beytrag zur Geschichte der Klösteraufhebung in den pfalzbairischen Staaten“ und im Tagebuch des Abts Ignaz Speckle von St. Peter.

Auf eine weitere Kommentierung kann hier verzichtet werden: Die Darstellung Bernard Stöbers, in die nur dort eingegriffen wurde, wo eine Vereinheitlichung der Rechtschreibung und der Zeichensetzung geboten schien, soll für sich selber und ihren Verfasser sprechen:

---

20 Auf die Wiedergabe der beiden letzten Kapitel konnte verzichtet werden, da Stöber hier in erster Linie seine Querelen mit Teilen seiner Gemeinde referierte, was nur von geringem allgemeinem Interesse ist.

Kürzer

Historische Beschreibung

der aharerj Mönchsthal

bei St. Leonhau

von dem selbendru Jahrhunderte

nach Christi Geburt bis auf das

Jahr 1804

verfaßt

von H. Bernhard Stöber des Ordens

des heil. Benedict, Professor des auf-

gesprochen Klosters Etrussumünster

gewestru aharerj die/er aharerj

1804

XXIIItes Kapitel  
Geschichte der hiesigen Pfarrey von dem Jahre 1740 bis 1774

Nach dem Tode des Abtes Johann Baptist<sup>1</sup> wurde am 17ten May 1740 P. Augustin Dornblüt<sup>2</sup>, von Gengenbach gebürtig, als Professor der Theologie einstimmig zum Abte des hiesigen Klosters erwählt, und am 5ten Wintermonate<sup>3</sup> wurde er zu Straßburg in der Jesuiterkapelle von dem damaligen Weyhbischofe Riccius<sup>4</sup> zum Abte geweyhet. Diesem neuen Abte haben die hiesigen Einwohner und die übrigen Unterthanen des Klosters am 12ten Christmonate gehuldiget.

Im Jahre 1741 hat Abt Augustin durch den P. Benedict Riescher<sup>5</sup>, damaligen Großkeller der Abtey Gengenbach, der eben damals in Geschäften seines Klosters in Rom war und nachher Reichsprälat seines Klosters wurde, den heil. Leib des heil. Märtyrers Jäkunds<sup>6</sup> aus dem Freythofe des Kalixtus<sup>7</sup> mit der Authentick, einem heil. Kreuzpartickel und Reliquien von anderen Heiligen erhalten: die meisten derselben hat er nachher theils in die Klosterkirche, theils in die Kirche des heil. Landelins<sup>8</sup> fassen lassen.

Abt Augustin hat den ganzen Tract des Klostergebäudes von der Kirche an hinauf, auch das Gartenhaus, aufführen und den großen Garten anlegen lassen. Die Straße, welche neben der Kirche des heil. Landelins ober dem Kirchhofe vorbei am Fuße des Rebberges gegen Mitternacht inner den Klostermauren hart an dem Kloster vorbei ging, hat er nach erbauter Brücke über die Unditz ober der Kirche des heil. Landelins rechter Hand an dem Berge gegen Mittag neben dem Kloster außer den Mauren vorbei führen und mitten ober dieser Straße das steinerne Kreuze mit der Bildnis der schmerzhaften göttlichen Mutter verfertigen und aufrichten lassen. Ober dieser Straße hat er auch jenes große Stück Feld, welches bis an den Trauf des Waldes sich erstreckt und welches bisher eine Wildnis und ödes, unfruchtbares Erdreich war, ausstocken, reinigen und urbar machen lassen. Auf der andern Seite des Thales ober der Apothecke neben dem Hansberge hat er auch einen Rebberg angelegt, der von ihm den Namen Augstberg hat.

Die zumahlen angefangene Klosterkirche hat er ganz ausmalen lassen. Auch hat er den prächtigen hohen Altar dieser Kirche, die vier Seitenaltäre und die Kanzel derselben verfertigen und fassen lassen. Er hat das von allen Kennern bewunderte eiserne Gegitter, welches den Chor schloß, und

---

1 Johann Baptist Eck, \* 1679, Abt von 1710 bis 1740.

2 Augustin Dornblüth (1705—1775), Abt von 1740 bis 1774.

3 Hornung = Februar, Brachmonat/mond = Juni, Heumonate = Juli, Herbstmonat = September, Weinmonat = Oktober, Wintermonat = November, Christmonat = Dezember.

4 Johann Franz Riccius, Generalvikar und Weihbischof unter dem Straßburger Fürstbischof Armand Gaston Maximilian von Rohan-Soubise (1704—1749). Zu diesem und anderen Kirchenmännern vgl. die vom Verfasser in seiner Abhandlung über die rechtsrheinische Restdiözese Straßburg in der „Ortenau“ 61/1981 angegebene Literatur.

5 S. S. 102.

6 Könnte auch als Fäkund gelesen werden. Stöber berichtet hier von einer Reliquientranslation, einem typisch barocken Vorgang. Damals wurden tausende sog. Katakombenheilige oder Skeletteile derselben in alle Welt verschickt und mit großen Feierlichkeiten in Kirchen eingebracht. Sie genossen große Verehrung seitens der Gläubigen. Mitunter entstanden Wallfahrten auf Grund von Wundertätigkeit. Bei besagtem Iacundus handelte es sich um einen solchen „Heiligen“, der, weil nie kanonisiert, in keinem einschlägigen Verzeichnis zu finden ist. Vgl. hierzu H. Achermann, Die Katakombenheiligen und ihre Translationen in der schweizerischen Quart des Bistums Konstanz, in: Beiträge zur Geschichte Nidwaldens 38 / Stans 1979, und einige Aufsätze im Jahrbuch für Volkskunde NF 4 / 1981, S. 101 ff. Einige wesentliche Hinweise zur barocken Reliquientranslation gab Lic. Guntram Brummer aus Meersburg.

7 Papst Calixtus I. (217—222), zuvor Vorsteher des ersten offiziellen Friedhofs der katholischen Kirche in Rom (coemeterium Callisti).

8 S. S. 102.

das hölzerne auf dem Chor machen und fassen lassen. Er hat auch die fürtreffliche Orgel von dem berühmten Meister Silbermann<sup>9</sup> in Straßburg verfertigen und die größte Glocke von Edel<sup>10</sup>, auch in Straßburg, gießen lassen. Auch hat er die schönen Chorstühle auf dem Chor und fünf zierliche Beichtstühle in der Klosterkirche verfertigen lassen. Von diesen fünf Beichtstühlen stehen nun zweien in der Kirche zu St. Landelin in dem Chore in den Ecken, wohin sie nach aufgehobenem Kloster auf Begehren des damaligen Pfarrers P. Bernard Stöber sind versetzt worden. In der Kirche des heil. Landelins hat er auch die zweien Seitenaltäre unten an den Sakristeyen verfertigen und fassen lassen, welche nachher Abt Landelin der neuerbauten Pfarrkirche zu Schwaighausen geschenkt hat.

Abt Augustin hat den Mayerhof hinter dem Kloster mit allen dessen Gebäuden von Grunde aus aufbauen lassen und hinter demselben einen Baumgarten und nachher auch ober dem Bade zu St. Landelin einen Obstgarten auf der sogenannten Bissege anlegen lassen.

Im Jahr 1762 sind der hohe Altar und die vier Seitenaltäre der Klosterkirche von Thussan<sup>11</sup>, dem Bischofe von Arath, dem Weyhbischofe von Straßburg, in der heil. Fastenzeit konsekriert worden.

Da die beiden Maurenwände der Kirche zu St. Landelin immer mehr von dem Dache herab sich hinein ließen und neigten, so zwar, daß man den Einsturz derselben befürchtete, und sie schon einige Jahre her durch innerlich aufgeführtes Holzgebäude vor dem Einsturze bewahrt worden, hat Abt Augustin im Jahr 1764 diese sich neigenden Nebenmauren ausbrechen und statt derselben die zweien prächtigen Vorschütze von Grunde aus erbauen lassen.

Während dem Baue dieser Kirche wurde aller Gottesdienst, auch am Feste des heil. Landelinus, in der Klosterkirche gehalten, wo an dem Vorfeste dieses Heiligen sein heil. Haupt vor der Vesper zwischen den Muttergottes- und Benedictsaltären dem Volke zwischen zwei brennenden Kerzen zur Verehrung ausgesetzt wurde und so ausgesetzt blieb bis am Festtage nach der Vesper. So lange im Sommer das Bad dauerte, wurde um 9 Uhr täglich an Sonn- und Feiertagen, aber um 8 Uhr für die kränklichen Badegäste eine heil. Messe auf dem Kaufhause in dem kleinen Zimmer rechter Hand gegen der Brücke zu gelesen.

Hinten an den Chor ließ Abt Augustin auch die Sakristey mit einem Zimmer ober der Sakristey für die Religiosen, welche bei der Wallfahrt dienen mußten, zur Kommlichkeit aufführen. Die zwei unteren Kirchenthürme und die Thüre ober dem Brunnen hat er mit schöner Bildhauerarbeit und der Bildnis des heil. Landelins, auch mit einer Altane ober dem Brunnen verziern lassen. Er hat auch innerlich diese Kirche mit niedlicher Stokadorarbeit von Vogel<sup>12</sup>, einem berühmten Meister von Freiburg, ausschmücken und in derselben durch den berühmten Maler Morat<sup>13</sup> von St. Blasien das Leben und Martertod des heil. Landelins in Fresco wie auch das Altarblatt des hohen Altars und die Bildnis des heil. Landelins in dem Brunnen malen lassen. In eben dieser Kirche hat er auch die Kanzel und das sehr schöne hölzerne Gegitter auf dem Chore verfertigen lassen.

Im Jahre 1765 am 1ten May wurde morgens um 5 Uhr die erste heil. Messe in dieser erneuerten Kirche des heil. Landelins gelesen. Auf das Fest dieses Heiligen war sie ganz fertig und an demselben der Gottesdienst wieder feyerlich das erstemal darinn gehalten. Herrn N. Stroh, Bruder des damaligen Kastners P. Michaels Stroh<sup>14</sup>, hat an diesem Feste die erste Kanzelrede in derselben trefflich gehalten.

---

9 Johann Andreas Silbermann (1712—1783). Vgl. zu diesem und anderen U. Thieme / F. Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Bd. 1, 1907 ff.

10 Es wird sich um Matthäus Edel d. J. gehandelt haben.

11 Tussanus (Toussaint) Duvernin, Titularbischof von Arath, Weihbischof von Straßburg (1757—1785). Vgl. J. Gass, Strassburger Theologen im Aufklärungszeitalter (1766—1790), Straßburg 1917.

12 Franz Anton Vogel (1720—1777) aus Wessobrunn, seit 1747 in Freiburg.

13 Anton Morath (1718—1783).

14 Zu den Mitbrüdern Stöbers vgl. den schon erwähnten Beitrag des Verfassers in der „Ortenau“ 1982.

Eben in diesem Jahre ist auch hier bei Jakob Schiele, Handelsmanne, unter der Kirche des heil. Landelins wohnend, der Herr Erzpriester N. N. des Offenburger Ruralkapitels, bei dem er Koste und Wohnung gehabt, gestorben und von Herrn Erzpriester Schmauz<sup>15</sup>, Pfarrherrn in Hofweyhr, mit Beistande der umliegenden Pfarrherrn des Ruralkapitels Lahr in der Kapelle des Freythofes bei St. Landelin begraben worden. Und sind in der Kirche dieses Heiligen die Exrequien mit musizierten Ämtern für ihn gehalten worden.

Der hiesigen allgemeinen Zunfte hat Abt Augustin die Erlaubnis ertheilet, unter dem damaligen Zunftmeister Jakob Schiele von St. Landelin einen Zunftschild verfertigen zu lassen und denselben in der neuen Herberge in dem obern Wirthshause bei der Sonne im Münsterthale feyerlich aufzustecken. Unter dem Abte Landelin ist diese Herberge der Zunft mit samt dem Zunftschild wieder in das Gasthaus zum Hirsche zu St. Landelin versetzt worden. Unter eben diesem Zunftmeister Jakob Schiele, weil diese Zunft in guten Mitteln stund, ist die Verordnung mit Einwilligung des Abtes Augustin gemacht worden, daß, da vorhin für einen jeden verstorbenen Meister der Zunfte zu St. Landelin eine heil. Messe gelesen worden, auch für die verstorbenen Weiber und Wittwen der Meister eine heil. Messe auf Kosten der Zunft soll gelesen werden.

Niemalen war das Bad zu St. Landelin in solchem Flore als wie unter dem Abte Augustin. Grafen, Gräfinnen, Baronen und Baronessinnen, auch andere angesehene Herren und Damen von Freyburg, Straßburg und andern Orten besuchten dasselbe und brauchten durch drey, vier, auch sechs Wochen die Bad- und andere Kuren mit großem Aufwande und zu merklichem Vortheile und Nutzen hiesiger Einwohner. Schon in dem ersten Jahre der Regierung dieses Abtes 1740 kam Herr Anton Friedrich Müller, Rathsherr zu München, der Haupt- und Residenzstadt des Churfürsten von Bayern, hieher in das Bad wegen sehr kränklichen Umständen, in welchem er aber am 15ten Herbstmonate starb, nachdem er für eine für seine Seelenruhe zu haltende ewige Jahrzeit in die Kirche des heil. Landelins 200 Gulden vermacht hatte.

Der Abt Augustin war ein guter, gegen jedermann leutseliger Herr: er liebte seine Unterthanen wie ein Vater seine Kinder, und diese liebten und schätzten ihn auch wie ihren Vater. In seinem Alter aber, da er wegen Kränklichkeiten nimmer ausgehen konnte, hatte er das Unglück, daß seine Unterthanen aus Anstiftung der Feinde des Klosters ihm ihre Liebe und Hochschätzung entzogen und wider ihn einen förmlichen Aufstand und Aufruhr erregten. Er suchte zwar durch allerley Mittel diesem Übel zu steuern und die wider ihn Aufgebrachten wieder zur Ruhe und in Ordnung zu bringen. Alles war aber vergeblich: aus Mißvergnügen theils, theils auch wegen immer mehr sich häufenden kränklichen Umständen gab er also im Jahr 1774 am 14ten Wintermonate seine abteyliche Regierung und Würde auf und lebte ganz einsam noch in der Klausur bei seinen Mitbrüdern bis im folgenden Jahre 1775, in welchem er am 26ten Weinmonate selig in dem Herrn entschlafen. Die alte Liebe der Unterthanen wachte nun gegen ihn wieder auf; denn er wurde von seinem Nachfolger mit aller, seiner getragenen Würde zukommenden Feyerlichkeit nicht nur unter den Thränen seiner Religiosen, sondern auch seiner Unterthanen in der Grufte hinter dem hohen Altare der Klosterkirche beigesetzt.

#### XXIVtes Kapitel

#### **Geschichte der hiesigen Pfarrey vom Jahre 1774 im Wintermonate bis zum Jahre 1790**

Nachdem Abt Augustin seine abteyliche Würde aufgegeben, ist den 16ten Wintermonate P. Landelin Fluem<sup>16</sup>, von Schuttern gebürtig, als Novitzenmeister und Censor Fratrum Clericorum zum Abte erwählt worden. Am 30ten des nemlichen Monats wurde er von Thussan, Bischofen von Arath und Weyhbischofen zu Straßburg, zu Maurusmünster bei versammelten Äbten der Straß-

15 Johann Joseph Schmautz, Erzpriester des Landkapitels Lahr von 1765 bis 1782.

16 \* 1724, Abt von 1774 bis 1793.

burgischen Benedictiner-Kongregation zum Abte geweyhet. Die Huldigung sowohl der hiesigen Einwohner als der übrigen Unterthanen geschah den 19ten Christmonate des nemlichen Jahres.

Indessen waren die Gesinnungen der Unterthanen, besonders derer im Thale, noch immer gegen dem Kloster wild, aufrührerisch und widerspenstig, welche sie auch bei der Huldigung öffentlich zeigten. Doch weil die Unterthanen überhaupt den Abt Landelin als einen gütigen, menschenfreundliche Mann in den zehen Jahren, da er Küchelmeister war, kennen gelernet, und die im Thale durch mehr als sieben Jahre, in denen er ihr Pfarrherr war, als einen gegen sie bestgesinnten und für sie ernstlich besorgten, guten Hirten erfahren hatten, den sie deswegen besonders liebten, verlangten sie selbst von ihm die Sachen durch einen gütlichen Vergleich wieder in Ordnung zu bringen. Dieses geschah auch wirklich im Pfarrhause zu Schwaighausen am 29. Jänner 1775 zwischen dem Abte Landelin, dem P. Prothasi Zechetner<sup>17</sup>, P. Anselm Sartori<sup>18</sup>, damaligem Pfarrherrn, und P. Bernard Stöber, damaligem Vikar, als Abgeordneten des Kapitels einer Seites und zwischen den vorgesetzten Gerichtern und Ausschüssen der Stäbe im Namen der Unterthanen anderer Seites.

Der Vergleich mit den hiesigen Unterthanen besteht in folgenden Punkten:

1. Die Unterthanen hiesigen Ortes wie die übrigen des Thales bekennen, daß sie leibeigene Unterthanen des Klosters sind.
2. Die Straße gegen Schwaighausen haben die Hiesigen bis an das Kreuz, welches in dem Münstergraben am Fuße des Berges steht, zu machen, wenn er als ein ordentlicher Weg zu machen ist. Wenn er aber nur wegen Holzführen muß gemacht werden, liegt diese Herstellung der Genossenschaft ob. Ist eine ernstlichere Herstellung der Wege hier vorzunehmen, wird den Hiesigen aus Gnade von dem Kloster einigemale Brod und Wein gegeben.
3. In Ansehung der Frohnen haben sie die Mühlenteiche und die Sägegräben auszuputzen und auszuwerfen, so oft es nöthig seyn wird. Im Heuen und Öhmden, in der Ärndte und Weinlese haben sie Frohndienste zu thun. Wenn sie aber zu Münchweyhr Frucht schneiden etc., soll ihnen von dem Kloster der billige Lohn dafür bezahlet werden.
4. Die Bauren der hiesigen Pfarrey sollen nebst ihren sechs angedungenen Frohnen in dem Heuen und Öhmden dem Kloster auch mit Fahren beispringen.
5. Wegen dem Frohnholze, welches sie für das Kloster machen müssen, sollen ihnen wie den übrigen Unterthanen für das Klafter 2 Schillinge bezahlet werden und 3 Viertel Brod gegeben werden.
6. Im Weinlesen, wenn sie berufen werden, sind sie schuldig, zu Ettenheim und zu Ringsheim ihre Dienste zu leisten, doch so, daß den Trägern 10 Kreuzer, den Lesern aber 1 Schilling bezahlet wird.
7. Wenn Jagden angestellet werden, sind sie verbunden, sich dabei als Treiber brauchen zu lassen; ihnen soll aber vom Kloster eine Suppe und Brod, und wenn etwas Merkliches geschossen wird, auch aus Gnade ein Trunk Wein gereicht werden.
8. Haben sie, wenn sie in einen der drey Stäbe des Thales ziehen oder sich darinn verheurathen, wenn sie Bürger schon sind, kein Bürgergeld zu bezahlen. Auch wenn Bürger aus den dreyen Stäben des Thales hieher ziehen oder sich hieher verheurathen, bezahlen sie auch kein Bürgergeld.
9. Haben sie keinen Zoll noch auch Standgeld an den hiesigen Jahrmärkten zu bezahlen.

---

17 1712—1787.

18 S. S. 97.

10. Nach geendigtem Öhmden im Spätjahre, nachdem das Viehe des Klosters auf dessen Wiesen geweidet worden, haben sie das Recht, ihre Kühe auf demselben weiden zu lassen; doch müssen sie jährlich für eine Kuhe 5 Schillinge und für ein Kalb 3 Schillinge Weidgeld bezahlen.
11. Das Brennholz, welches die Bauren aus ihren Waldungen verkaufen und selbst aus der Herrschaft führen, ist zollfrey; wenn aber Fremde von ihnen solches Holz kaufen und wegführen, muß dieses verzollet werden. Ohne Erlaubnis der Herrschaft ist aber ihnen nicht erlaubt, Holz zu verkaufen. Und wenn sie mehrer Holz verkaufen wollen, haben sie dem Klosterjäger die Stocklösung zu bezahlen.
12. Wenn sie ein Stück Vieh zu verkaufen haben, müssen sie es im Kloster anzeigen, damit selbes von ihm, wenn es will, kann gekauft werden. Und wenn es für das Kloster gekauft worden, müssen sie es, wenn es gefordert wird, dahin führen und erhalten für dieses einen Schoppen Wein und ein Viertel Brod.
13. Da dem Kloster das Recht zukömmt, Knechte und Dienstbuben aus seinen Unterthanen um den gebührenden Lohn auszuwählen, soll doch ein Vater, wenn er einen einzigen Sohn hat, desselben nicht beraubt werden; doch müssen sich diese an dem bestimmten Tage wie die übrigen im Kloster stellen.
14. Was den Drittel betrifft, den sie bei dem Verkaufe oder Tausche eines Hofes dem Kloster zu bezahlen haben, wird nur der Zehendel von ihnen statt des Drittels genommen. Eben dieses wird auch beobachtet bei dem Abzuge aus der Herrschaft. Statt des Drittels zahlen sie nur den Zehendel.
15. Bei dem Austritte aus der Herrschaft haben sie sich von der Leibeigenschaft loszukaufen um das, was die Herrschaft ihnen davon angesetzt.

Dieser Vergleich ist zu Zabern von der fürstbischöflichen Regierung am 29ten März 1775 genehmiget worden.

Im Jahr 1777 hat Abt Landelin den Eingang in die Klosterkirche mit einer prächtigen Stiege und Portal von Bildhauerarbeit, auch oben von Stokadorarbeit herrlich verzieren lassen. Er hat auch die Kapelle bei dem Taufsteine mit Stokadorarbeit verzieren und darinn den Altar des heil. Landelins verfertigen und fassen lassen. Das Altarblatt mit den zween Engeln dieses Altars sind nach aufgehobenem Kloster und Abzuge aller Religiosen aus demselben in die Pfarrkirche zu Münchweyhr gekommen.

Als im Jahr 1782 das Amt Ettenheim auf Zureden eines bischöflichen Kommissärs eine ernstliche Summe Geldes dem Herrn Kardinal von Rohan<sup>19</sup> zu Erbauung seines Schlosses zu Zabern zu geben versprochen hatte, wollte dieser bischöfliche Kommissär die Unterthanen des Klosters den dritten Theil an diesem Gelde zu bezahlen anhalten. Abt Landelin schlug aber diese Forderung gänzlich ab mit dem Vermelden, daß die Unterthanen des Klosters zu keiner andern Bezahlung mit dem Amte Ettenheim außer nur zum Kreisgelde können angehalten werden. Damit aber diese Sache nicht weiter mochte zum Schaden der Unterthanen betrieben werden, hat er im Namen des Klosters 100 Louis d'or als freywilliges Geschenk gegeben, und die Unterthanen hat er bewogen, daß auch sie 100 Louis d'or als freywilliges Geschenk gegeben haben, und so blieben die Unterthanen und das Kloster in Ruhe.

In eben diesem Jahr hat Thussan, Bischof von Arath, Weyhbischof des Straßburger Bistumes, am 29ten August den Unterthanen des Klosters in der Klosterkirche das heil. Sakrament der Firmung ertheilet.

---

19 Ludwig Renatus Eduard von Rohan-Guemené, Bischof von 1779 bis 1803.

Im Jahr 1789 am 15ten Brachmonat ist der Herr Kardinal von Rohan, Fürstbischof von Straßburg, da er sein Land diesseits des Rheines besuchte, auf den Abend hieher gekommen, wo er auf alle mögliche Art feyerlich empfangen und bewirtheet worden. Am 17ten reiset er morgens wieder von hier ab.

In eben diesem Jahre forderten die Ettenheimer durch den Oberamtmann von Brudern<sup>20</sup> und eine hieher geschickte Kommission mehrere Punkte, welche den Rechten des Klosters und der hiesigen Einwohner höchst nachtheilig und schädlich waren. Ihr ganzes Begehren wurde ihnen daher abgeschlagen und förmlich und feyerlich dagegen protestiret.

## XXVtes Kapitel

### Geschichte hiesiger Pfarrey von dem Jahre 1790 bis 1793 im Heumonte

Im Jahre 1790 den 13ten Brachmonate kam der Herr Kardinal von Rohan, Fürstbischof von Straßburg, da er wegen der angefangenen erschrecklichen Revolution nicht mehr sicher im Elsaß war, mit Sacke und Packe und mit einem Gefolge von 60 Persohnen hieher in das Kloster, wo er mit allen den Seinigen seinen Wohnort aufgeschlagen, so daß die Abtey nicht alle Persohnen fassen konnte, sondern von denselben noch in der Klausur Zimmer einnahmen. Zu seinen Wohnzimmern hatte der Herr Kardinal alle die Zimmer ober der Wohnung des Abtes im Vorschutze gegen den Garten. Der große Saal war dessen Speisezimmer, und seine Küche war in dem Vorkeller von der Klosterküche hinunter. Die ersten zween Täge bewirtheet ihn mit seinem Gefolge das Kloster, nachher fing er eine besondere Haushaltung an. An seinem Namensfeste bewirtheet ihn und sein ganzes Gefolg das Kloster wieder auf das Prächtigste. Hier blieb er also bis am 12ten Christmonate, an welchem er mit seinem Gefolge nach Ettenheim zog, wo er seinen Sitz für die Zukunft in dem Amthofe aufschlug.

Am 18. August dieses nemlichen Jahres wurde Herr Demougé<sup>21</sup>, der neue Komthur des Ritterordens des heil. Johannes von Maltha zu Straßburg, von dem Herrn Johann Jakob Lanz<sup>22</sup>, Bischofen von Dora, Weyhbischofen des Bistums Straßburg, in hiesiger Klosterkirche in Gegenwart des Herrn Kardinals Rohan feyerlich als Infulirter geweyhet.

Nachdem im Jahr 1791 Brendel<sup>23</sup>, der Professor der geistlichen Rechte auf der bischöflichen hohen Schule, ein geschworener Priester, als eingedrungener, unrechtmäßiger Bischof von Straßburg eingesetzt und gottesräuberisch geweyhet worden, entwichen alle Kleriker des Seminarius zu Straßburg, 60 an der Zahl, und flohen zum Herrn Kardinal, ihrem rechtmäßigen Bischofe: dieser setzte etlich 20 derselben mit ihrem Viceregens, Director und Professor in unsere Abtey, die das Kloster alle erhalten mußte. Sie wohnten in der Klausur in dem untersten Stocke, ihr Studierzimmer war in dem Vorschutze gegen den Rebberge auch im untersten Stocke, sie speiseten alle mit den Religiosen in dem allgemeinen Speisezimmer und studierten hier bis auf den Herbst. In den folgenden Jahren bis auf den Einfall der Franzosen im Jahr 1796 waren zwölf von denselben, ihr Superior, Director und Professor auf Kosten des Klosters hier, doch hatten sie in diesen Jahren ein abgesondertes Speisezimmer.

20 Es wird sich um Benedikt von Bruder gehandelt haben, der zuerst in Ettenheim, dann in den 1790er Jahren in der Herrschaft Oberkirch wirkte. Dieser Hinweis stammt von Hubert Kewitz aus Ringsheim.

21 Claudius Jacob Demougé, \* 1731, Inhaber des Malteser-Hauses Straßburg und Schlettstadt seit dem 17. Juni 1790. Er saß 1793 im Straßburger Revolutionsgefängnis. Seine Kommende war keine Ritter-, sondern eine der sieben Priesterkommenden des deutschen Großpriorats des souveränen Malteser-Ordens. Dieses nach dem „Kalender der deutschen Zunge des hohen Johanniter- oder Malthaeserritter-Ordens für das Jahr MDCCXCIV.“

22 Johann Jakob Lantz, Titularbischof von Dora, Weihbischof von 1785 bis 1799.

23 Franz Anton Brendel, schismatischer Bischof von Straßburg von 1791 bis 1797.



In diesem nemlichen 1791ten Jahre wurden auch mehrere flüchtige Benedictiner aus dem Elsaß hier aufgenommen und blieben in hiesigem Kloster: Exuperius<sup>24</sup>, Abt von Ebersheimmünster, dessen Prior P. Joseph<sup>25</sup>, der hier starb, P. Meinrad Ruhlmann, Pfarrer von Ebersheimmünster, P. Andreas und P. Paulus von Maurusmünster, P. Ildefons Beck, und P. Zyriack, Pfarrer von Altdorf.

In eben diesem 1791ten Jahre im Weinmonate mußte Abt Landelin und das Kapitel, durch den Herrn Kardinal genöthiget, etliche hundert Soldaten von der Legion des Generals Mirabeau<sup>26</sup> in das Bad für Winterquartier aufnehmen, die vieles Geld verzehrten.

Am 11ten Christmonate dieses Jahres mußte Abt Landelin in Beiseyn des Generals Mirabeau und einiger seiner Generale und Offiziere zwo Standarten für diese Legion feyerlich in der Kirche zu St. Landelin einweyhen. Bei welcher Feyerlichkeit der Vizeregens des Seminariums hier, Herr Franz St. Quentin<sup>27</sup>, eine kurze Rede hielt.

Nach dem Feste der Erscheinung des Herrn im folgenden Jahre 1792 zogen diese Soldaten von hier wieder ab, bezahlten richtig ihre gemachten Schulden, und zum Ersatze für den ernstlichen Schaden, den das Badhaus erlitten, bezahlten sie 25 Louis d'or.

In diesem Jahr 1792 bei ankommendem Winter wurde der Abt Landelin und das Kapitel wieder durch den Herrn Kardinal genöthiget, das Badhaus zu einem Spital für die Legion Mirabeau herzugeben.

Abt Landelin ließ indessen in der Kirche zu St. Landelin den prächtigen hohen Altar und die Seitenaltäre verfertigen und sie samt der Kanzel und dem Chorgegitter fassen. Er hat auch drey sehr schöne Kirchenornate zur Verherrlichung des Gottesdienstes angeschafft: einen mit gelbem, mit Silber und Blumenwerk gewirktem Boden, und ganz von Silber und Golde mit Blumen gewirkten Säulen, einen dem obigen gleichen, nur mit geringeren Säulen und Borden, und einen schwarzen von Manchester mit Säulen, deren silberner und seidener Boden mit goldenen Opern durch und durch gewirket ist. Den ersten hat man nach aufgehobenem Kloster der Kirchenkommission zu Bruchsal überschicken müssen, die zween letztern sind der Pfarrey als nothwendige geblieben. Auch hat er das Todtentuch verfertigen lassen, welches das nemliche mit dem schwarzen Ornate ist, welches auch als nothwendig der Pfarrey verblieben ist.

Zwischen dem Gasthause bei dem Hirsche zu St. Landelin und dem Kaufhause hat der Abt Landelin den Speisesaal bauen und den vorigen, der oben in dem Tracte gegen dem Pfarrhause war, zu Gastzimmern für die Badgäste umändern lassen. Auch zu St. Landelin hat er das Haus für den Physikus des Klosters erbauen lassen, welches nun das Pfarrhaus ist. Er hat auch an den sogenannten Augstberge gegen Mittag noch ein Stück Reben anlegen und das Thal, welches den Johannesberg von dem Augstberge trennet, welches bisher fast eine lautere, öde, unheimliche Wildnis war, reinigen, austrocknen und schön mit Bäumen besetzen lassen.

---

24 Exuperius Hirn, Abt von 1771 bis 1791, soll in Bayern gestorben sein. Vgl. (F.X. Maurer), Die ehemalige Benediktinerabtei Ebersmünster, 1931, S. 10.

25 Joseph Gastun, Andreas Wanner, Paulus Ritz, Cyriac Müller. Die Namen wurden ergänzt mit Hilfe der Angaben, die der noch zu zitierende F. St. Quentin in seiner Trauerrede auf Abt Landelin machte (S. 34). Vgl. hierzu auch die ausführlichen und genauen Anmerkungen von M. Barth, Seminaristen und Benedictiner des Elsaß als Flüchtlinge im Kloster Ettenheimmünster während der Französischen Revolution, in: FDA 71/1951, S. 179 ff. Medard Barth kommt das Verdienst zu, den Wert der deutschen Klostergeschichte Stöbers, die die Grundlage seines Artikels bildet, erkannt zu haben.

26 André Boniface Riquetti, Vicomte de Mirabeau, \* 1754, † 1792 in Freiburg, suchte die französischen Revolutionäre mit einer Emigrantentruppe zu bekämpfen. Wegen seiner Leibesfülle und Trunksucht auch Mirabeau-Tonneau geheißen. Über diesen und andere illustre Gestalten jener Tage geben Konversationslexika aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgiebig Auskunft, des weiteren die Nouvelle Biographie Générale depuis les temps les plus reculés jusqu'à nos jours, Paris 1862 ff.

27 † 1794.

Das Fest Mariä Aufnahme in den Himmel, welches das Patrozinium in der Klosterkirche war, welches dessen ungeachtet dennoch von Zeiten der Einsetzung der Bruderschaft des heil. Rosenkranzes in der Kirche des heil. Landelins wie ein anderes Muttergottesfest ist gehalten worden, hat er in der Klosterkirche feyerlichst begehen lassen, also zwar, daß die Laudes gesungen wurden, eine Prozession mit dem hochwürdigen Gute gehalten und das Hochwürdige in dem Amte und beeden Vespem ausgesetzt war.

Nachdem sich seine Kränklichkeit und Presten immer mehr gehäufet hatten, starb endlich Abt Landelin den 2ten Heumonate im Jahr 1793 an einem innerlichen Brande und sein Leichnam wurde von dem hier wohnenden, vertriebenen Abt Exuperius von Ebersheimmünster feyerlich in der Gruft hinter dem hohen Altar beigesetzt. Bei dessen Leichbegängnis waren nebst sehr vielen andern Fremden auch über 60 vertriebene Priester aus Frankreich, denen er in seinem Leben viel Gutes erwiesen hatte. Am 11ten dieses Monats hielt ihm bei dessen Dreyßigsten die Trauerrede der Vizepräses des hiesigen Seminariums, Herr Franz St. Quentin, welche auf Kosten des Klosters zu Freyburg gedrucket worden.<sup>28</sup>

## XXVItes Kapitel

### Geschichte hiesiger Pfarrey von dem Jahre 1793 im Heumonte bis zum Jahre 1799

An dem 19ten Heumonte im Jahr 1793 wurde P. Arbogast Heußler<sup>29</sup>, von Offenburg gebürtig, damaliger Prior, als Abt erwählet, und am 23ten dieses Monats als an einem Sonntage von Johann Jakob Lanz, Bischofen von Dora und Weyhbischofen des Straßburger Bistumes, in hiesiger Klosterkirche zum Abte eingeweyhet. Am 25ten eben dieses Monates empfieng er die Huldigung von den hiesigen Einwohnern und übrigen Unterthanen des Klosters.

Bei einbrechendem Winter dieses Jahres wurden Abt Arbogast und das Kapitel von dem Herrn Kardinal wieder genöthiget, das Badhaus zu St. Landelin zu einem Spital für die Legion Mirabeau zum großen Schaden des Klosters und hiesigen Ortes herzugeben; denn diese Soldaten brachten mit sich hieher das ansteckende Fleck- oder Faulfieber. Es war nicht anders als wenn die Luft von diesem Lazaret ganz vergiftet worden wäre. Aus dem Badhause dämpfte ein abscheulicher Geruch bis in die Weite aus; und selbst das Kloster war von diesem Geruche ganz angefüllet, so, daß man genöthiget war, dasselbe alle Tage einigemale mit Rotholder auszuräuchern.

Weil zu viele Soldaten an dieser fürchterlichen Krankheit starben und der Freythof zu St. Landelin zur Begräbnis derselben nicht mehr hinlänglich war, wurde ihnen im Anfange des Jahres 1794 auf der Wiese hinter dem Kaufhause bei der Brücke ein besonderer Platz zu ihrer Begräbnis ausgesteckt und geweyhet.

Mehrere hiesige Einwohner und auch aus Frankreich Ausgewanderte mußten an dieser Krankheit ihr Leben einbüßen. In dem Kloster starben zween Seminaristen und der Vizepräses des Seminariums, Franz St. Quentin, ein fürtrefflicher Prediger und schöner, junger, hoffnungsvoller Mann, dessen Leichnam in der Kapelle auf dem Freythofe zu St. Landelin feyerlich begraben wurde. Auch mußte an dieser Krankheit sterben ein Priester<sup>30</sup> hiesigen Klosters, ein baumstarker, frischer, erst 33 Jahre alter Mann, und ein noch junger, frischer Bedienter des Klosters. Die, welche auch von dieser Krankheit wieder geneseten, hatten lange Zeit zu thun, bis sie wieder davon sich ganz erholet hatten.

---

28 Trauerrede auf Landelinus Abten zu Ettenheimmünster, BenedictinerOrdens, gehalten in der Stiftskirche daselbst von Franz St. Quentin, Vorsteher des bischöflichen Seminariums. Den 11. Brachmonat 1793. Freyburg im Breisgau.

29 1755—1829, Abt von 1793 bis 1803.

30 Benedikt Schaffroth (1761—1794).

Auf das Feste der Erscheinung des Herrn wurde die ganze Herrschaft des Klosters mit Truppen und Pferden von der Armee des Prinzen Condé<sup>31</sup> angefüllt und darinn in das Winterquartier gelegt. Doch am 22ten Jänner mußten sie alle ab und nach Rothenburg am Neckar in Schwaben ziehen.

Auf den Aschermittwoche im Jahre 1795 entstand ein solch gewaltiger, alles verheerender Sturmwind, daß man glaubte, er würde alles zu Grunde richten und zerstören. Der Schaden, welchen er in den Waldungen des Klosters angerichtet hat, war nicht zu schätzen.

Der 24te Heumonath 1796 war der unglückliche Tag für unser Vaterland, an welchem die Franzosen mit großer Macht über den Rheine setzten und immer mehr durch das Land heraufzogen. Abt Arbogast und die meisten Religiösen verließen hier das Kloster und suchten vor den Franzosen ihr Heil in der Flucht bis in Schwaben, Bayern, auch in der Schweiz. So hörte hier auf einmal alles Chorgesang und aller feyerliche Gottesdienst auf.

Weil man so vieles von den schrecklichen Mißhandlungen der Franzosen an dem unteren Rheine, von ihren fürchterlichen Verfolgungen der noch standhaften Geistlichen und Wahrgläubigen in ihrem eigenen Lande vernommen hat, und weil die Condéische Armee, die vor den Franzosen floh und Freund des Landes seyn sollte, so vieles Übel anrichtete, glaubte man nichts anderes als bei der Franzosen Ankunft werde alles verloren seyn, besonders für hiesiges Kloster und Ort, wo man der Legion des Mirabeau so oft nothgezwungen hat müssen Unterschlupf geben und wegen welchem sie auch zu Straßburg so oft die gänzliche Einäscherung des Klosters und der Kirche des heil. Landelins angedrohet hatten. Alles bebete daher, alles zitterte vor Angst und Furcht vor dem, was geschehen würde.

Man stellte öffentliche Gebethe und Andachten an, das Volk bereitete sich durch Empfangung der heil. Sakramente wie zum Tode, und man suchte auf mögliche Art von Gott durch die Fürbitte des heil. Landelins Hilfe und Erbarmnis in dieser äußersten Noth zu erhalten. Der damalige Prior P. Johann Baptist Scheidet machte mit Einwilligung der Religiösen, die noch zurückgeblieben waren, und der ganzen Gemeinde hiesiger Pfarrey öffentlich ein Gelübd, daß, wenn Kloster und Ort durch die Fürbitten des heil. Landelins diesmal würden gerettet werden, künftig, so lange das Kloster besteht, alle Freytäge die heil. Messe soll zur Ehre des heil. Landelins Gott aufgeopfert werden, daß auch für alle folgenden Zeiten die Gemeinde sich am Freytage in der heil. Messe, so viel möglich, einfänden, den heil. Rosenkranz in derselben laut bethen und nach geendigter Messe die Lytaney von dem heil. Landelin abbethen werde.

Je näher die Franzosen anrückten, desto quälender waren die Umstände des hiesigen Ortes. Die Straße, die nach Schwaighausen in das Thal führet, war immer mit Menschen und Viehe, mit Ältern und ihren kleinen Kindern, mit Greisen und jungen Leuthen angefüllt, die vor den ankommenden Franzosen von dem Lande her flohen. Unter diesen schrien, jammerten und seufzeten andere, andere verfluchten und verwünschten die Franzosen. Dort bereiteten sich andere, sich dem Feinde zu widersetzen, da kamen andere voll der Besorgnis, wie es zu Hause werde aussehen, aus der Flucht wieder zurück. Andere brachten fröhliche, doch verlogene Bothschaften vom zurückgeschlagenen Feinde, andere erzähleten ebenso verlogene die schrecklichsten Greuelthaten, welche die Franzosen, wo sie hinkamen, ausübeten. Andere hier Durchziehende ermunterten die Leuthe hier auch zur Flucht auf, andere mißriethen ihnen dieselbe und riethen ihnen, zu Hause zu bleiben. Alle Arbeiten blieben indessen liegen, alle Geschäfte stockten, alle gingen vor Furcht und Angst ganz niedergedrückt wie der Schatten an der Wand ohne Leben, ohne Muth, ganz erblaßt herum.

---

31 Louis Joseph (1736—1818), Herzog von Bourbon, Prinz von Condé, bildete 1792 in Worms ein Emigranten-Corps, das auf der Seite Österreichs gegen die Revolution kämpfte.

Am 14ten Brachmonate, der auf einen Donnerstag fiel, kam ein Theil der französischen Truppen wirklich unter schrecklichem Gelärme und Schießen hier in dem Kloster an. Ein sehr übel hörender Bürger von hier, der den Berg hinauf ihnen zu entfliehen lief, wurde durch eine Kugel erschossen, weil er nicht still stand, da ihm ein Franzos zu halten zurief, den aber nicht hat hören noch verstehen können. Dem schmerzhaften Muttergottesbilde an der Straße zwischen St. Landelin und dem Kloster ist durch eine Kugel auch die Nase weggeschossen worden, aus Muthwillen oder unversehens, ist nicht bekannt.

Bei ihrer Ankunft in dem Kloster wollten die Soldaten gleich auf das Rauben ausgehen; da aber P. Prior, der damals, doch aus seiner Schulde, allein da war, die Offiziere mit aller Höflichkeit empfing, wurden die Soldaten sogleich eingehalten. Der Kommandant dieser Truppen erklärte, daß der General Ferino<sup>32</sup>, welcher der Anführer des Vortruppes der französischen Armee war, das Kloster, den hiesigen Ort und die ganze Herrschaft des Klosters in seinen Schutz nehmen wolle, wenn ihm vom Kloster 5000 Gulden gegeben, die Offiziere gespeiset und die Truppen mit Brode und Weine gelabet würden. Diese Bedingnisse wurden angenommen, und die zwo letzten sogleich gutwillig erfüllet, das Geld aber, welches man nicht bei Händen hatte, wurde am vierten Tage geschossen und erlegt. So wurden — Gott sey ewiger Dank — dermalen noch das Kloster, auch hiesiger Ort und die übrigen Ortschaften des Klosters glücklich erhalten. Doch wurden auch da und dort in der Stille Menschen und Häuser geplündert und geschahen unterschiedliche Unfuge.

Der Kommandant, der den andern Tag durch Schwaighausen auf Haslach ritt und dort zu Schwaighausen vier Religiosen von hier antraf, ließ sie den Tag darauf als am Samstage mit der Wache sicherheitshalber in das hiesige Kloster zurückbegleiten. Er ließ auch 30 Manne mit einem Offiziere in dem Kloster zur Wache und Sicherheit desselben, bis die Armee das Land hinauf Freyburg zu marschieret war.

Von dem Einmarsche der Franzosen an, bis diese hinterlassene Wache abgezogen war, durfte hier keine Glocke geläutet werden. Und da eben am Sonntage das Fest des heil. Scapuliers<sup>33</sup> einfiel, war hier kein anderer Gottesdienst als etliche stille heil. Messen ohne Glockenzeichen. Das Scapulierfest wurde erst 14 Tage nachher gehalten.

Nachdem die Franzosen ganz Schwaben überschwemmet, kamen nach und nach die Religiosen aus ihrer Flucht wieder hieher; da dann der gewöhnliche Gottesdienst hier auch wieder eingeführet wurde.

Die Franzosen wurden endlich im Herbstmonate von dem Prinzen Karl<sup>34</sup> geschlagen, und sie mußten also wieder ihre Rückkehr ihrem Lande zu nehmen. Und um das Fest des heil. Landelins sah man hier das erstemal wieder etliche kayserliche Reuter.

Während der Zeit die Franzosen dieses Land im Besitze hatten, wurden die hiesigen und alle Unterthanen des Landes zu sehr vielen und kostspieligen, auch mühseligen Frohndiensten zur Befestigung von Kehl angehalten.

Auf das Fest aller Heiligen langte auch Abt Arbogast aus Bayern von seiner Flucht hier wieder an und hielt an diesem Feste wieder das erste Pontifikalamte.

---

32 Peter Maria Ferino (1747—1816), stammte aus dem damals habsburgischen Mailand, diente zuerst unter österreichischen, dann unter französischen Fahnen. Hinweise zu einigen französischen Militärs gab Dr. Erwin Dittler aus Goldscheuer.

33 Mit Scapulier wird ein breiter, über Rücken und Brust herabfallender Tuchstreifen bezeichnet, den manche Orden, so die Benediktiner, als Teil des Ordenskleides tragen. Besagtes Fest geht auf die Vision eines Engländer zurück, dem am 16. Juli 1251 in Cambridge die Muttergottes ein Scapulier übergab als Unterpfand des Heils für alle, die mit einem solchen sterben.

34 Karl Ludwig (1771—1847), Erzherzog von Österreich, Reichsgeneralfeldmarschall, Chef der österreichischen Rhein- und der Reichsarmee.

Noch im Weinmonate zogen hier mehrere 1000 Manne kayserlicher Truppen durch, mit welchen der Prinz Karl die Franzosen vollends zu Altbreysach über den Rhein jagte. Er fing alsdann die harte Belagerung von Kehl an, welches er endlich im Jänner des folgenden 1797ten Jahres eroberte.

Man hoffte nun, von diesen bösen Geistern frey zu bleiben: allein in der Osterwoche 1797 brachen die Franzosen wieder über Kehl in Deutschland ein, schlugen die kayserliche Armee in die Flucht, rückten mit starken Märschen wieder das Land herauf und waren schon bis über Mahlberg gegen Altdorf vorgerückt, da ein Kurier den zwischen dem Kayser und den Franzosen geschlossenen Waffenstillstand verkündigte. So wurde diesmal das hiesige Kloster, das hiesige Ort und die übrigen Ortschaften vor den Franzosen glücklich bewahret bis auf Wittelbach, welches Örtlein noch in der französischen Linie lag und erschrecklich zu leiden hatte. Hieher und in das Thal kamen kayserliche Truppen zu stehen, die man ernähren mußte.

Auf das Fest des heil. Landelins hat Abt Arbogast aus Dankbarkeit gegen diesen Heiligen für die durch ihn von Gott schon so oft erhaltenen Gnaden verordnet, daß in Zukunft an dem Tage der Octav des heil. Landelins ein feyerliches Amt in dessen Kirche soll gehalten werden.

### XXVIItes Kapitel

#### **Geschichte dieser Pfarrey von dem Jahre 1799 bis auf die im Herbstmonate 1802 genomene marggräfllich badische provisorische Besitznahme des hiesigen Klosters und dessen Herrschaft**

Die Gesandten des Kaysers, die Gesandten von Frankreich und die der deutschen Fürsten kamen im Jahre 1798 zu Rastadt zusammen, um einen dauerhaften Frieden zu schließen: und darum mußten sowohl die kayserlichen als die französischen Kriegstruppen den Reichsboden verlassen. Und so durfte man endlich wieder ein wenig von den Beschwerlichkeiten des Krieges ausrasten. Aber sehet! da man im Jahre 1799 noch zu Rastadt sich mit dem Friedensgeschäfte abgab, fielen auf einmal die Franzosen unter Anführung des Generals Jourdan<sup>35</sup> in das deutsche Reich ein, und gleichsam wie im Fluge drangen sie bis in Schwaben vor. Da wurden sie aber von dem Prinzen Karl dermaßen auf das Haupt geschlagen, daß man in Zeit einer Monatsfriste von dem Einmarsch der Franzosen in Deutschland keinen derselben mehr auf deutschem Boden fand.

Auf ihrer Flucht kamen in der Nacht einige Franzosen auf Schwaighausen in das Pfarrhaus, behandelten den Pfarrer und die zween bei ihm wohnenden Religiosen sehr übel, indem sie von dem Pfarrer 70 Louis d'or auspressen wollten, die sie aber nicht erhielten.

Sie nahmen endlich, da sich der Pfarrer vor ihnen verborgen, den zween Religiosen ihre silbernen Sackuhren und zogen ab. Diese nemlichen kamen aber morgens in aller Frühe hieher, stellten Wachen aus, die einige Menschen auf der Straße plünderten und hier alles mit Furcht und Schrecken erfüllten.

Im Kloster forderten sie 200 Louis d'or, die ihnen aber abgeschlagen wurden. Sie nahmen daher den P. Prior Johann Baptist Scheidet mit sich mit Vermelden, ihn nach Lahr zum Generale zu führen. Sie kamen aber mit ihm nur bis in den Rebberg ober dem Kloster und brachten ihn wieder zurücke. Da man ihnen nun 4 Louis d'or gab, stellten sie die zu Schwaighausen geraubten Sackuhren der zween Religiosen wieder zurücke und gingen ruhig ihres Weges.

Das ganze Friedensgeschäft zu Rastadt zerfiel nun in nichts, der Krieg dauerte wieder wie vorhin fort, und die Lieferungen für die österreichische Armee plagten hier und aller Orte das gemeine Volk ernstlich wieder. Doch wurde dieser Krieg sowohl in Italien als in der Schweiz glücklich geführt, so lange der Prinz Karl bei der Armee war. Nachdem er aber die Armee verlassen mußte, ging alles den Krebsgang.

---

35 Jean Baptiste Jourdan (1762—1833), einer der fähigsten Revolutionsgeneräle, späterer Marschall von Frankreich.

Am 28. Herbstmonate kam ein kayserlicher Offizier hier an, der alle Bürger von hier aus den Ortschaften des Klosters hieher in das Kloster berufte, allwo er ihnen im Namen des Prinzen Karls um 2 Uhr nachmittags eine Rede hielt, in welcher er sie ernstlich anmahnete, die Cocarde als zum allgemeinen Landsturme bereitwillig anzunehmen und im Falle der Noth Vaterland und Religion vertheidigen zu helfen. Sogleich wurden Cocarden verfertiget und ausgetheilet. Viele derselben nahmen sie an und lerneten das Soldatenexerzitium. Da es aber zum Ernste kommen sollte, wollte fast kein einziger sich stellen und blieben alle zu Haus.

Pabst Pius der VIte<sup>36</sup> mußte endlich in diesem Jahre 1799 sein mühseliges und drangsalvolles Leben in französischer Gefangenschaft enden. Auf Befehl des Herrn Kardinals wurde demselben auf folgende Art hier in der Klosterkirche nachgehalten: am 3ten Christmonate wurde abends die Seelenvesper und den 4ten dieses das ganze Offizium der Abgestorbenen gebethet, nachher bei versammeltem Volke ein feyerliches Seelenamt gehalten und nach demselben die Absoluzion. Acht Tage lang wurde täglich für ihn ein Seelenamt mit der Absoluzion gehalten, den einzigen Sonntag ausgenommen. Ein jeder Priester mußte für ihn eine heil. Messe lesen und das Offizium der Abgestorbenen für ihn bethen. Dieses war das erstemal, daß einem Pabste in dem Straßburger Bistume nachgehalten worden.

Am 19ten Christmonate abends um 9 Uhr brach aus Hinlässigkeit des Kaminfegers in dem Kamin der Gesindsstube des Klosters ein fürchterliches Feuer aus. Zu zweymalen wurde wieder gestürmet, welches aber die Hinterthäler wegen dem gewaltigen Sturmwinde nicht hören konnten. Die Klosterleuthe aber und die von St. Landelin arbeiteten mit solchem Fleiße, daß der Brand endlich glücklich wieder gelöscht wurde.

Im Jahre 1800 am 25ten April fielen die Franzosen bei Kehl und Altbreysach über den Rhein, schlugen die Kayserlichen, marschierten durch das Kinzinger Thal, durch die Hölle und aus der Schweiz mit großer Macht in Schwaben. Sie schlugen da die Kayserlichen wieder unter dem General Krey<sup>37</sup>; drangen in Bayern und aus diesem in das Salzburgische, endlich aus diesem bis in das innere Österreich ein, so, daß sie nur noch etwan 20 Stunden Weges weit von Wien standen. Da mußte nun der vorhin auf die Seite gesetzte Held, der Prinz Karl, einen Waffenstillstand mit den Franzosen schließen.

Unterdessen, da die Franzosen im Reiche immer weiter vordrangen, kam ein französischer Offizier mit einer Truppe Reuter am 30ten May morgens um halb 6 Uhr mit aufgepflanzten Bajonetten und bloßen Säblen hieher. Stellte aller Orten Wachen zum Entsetzen der Religiosen und der Einwohner hiesigen Ortes aus. Er verlangte nun 50 Louis d'or. Nachdem man sich lange dagegen gesträubet hatte, ließ er sich mit 7 Louis d'or endlich begnügen und zog wieder ab, ohne jemandem zu schaden.

Im Heumonate forderten die Franzosen von dem Amte Ettenheim 100000 Franken, an welchem die Unterthanen des Klosters den dritten Theile bezahlen sollten: da aber dieses Geld unmöglich konnte geschossen werden, wurde das hiesige Kloster allein für sich 20000 Franken daran zu bezahlen verurtheilet und gezwungen.

Im August kam ein französischer Offizier mit 30 Reutern hieher, davon 13 Mann auf Münchweyhr, die übrigen hier verleget worden. Sie blieben nicht lange da und wurden nach Ringsheim beorderet.

Auf diese kamen drey französische Chirurgen in hiesiges Kloster, dasselbe zu einem Spitale einzurichten. Abt Arbogast aber wies ihnen hiezu das Badhaus zu St. Landelin an, und damit waren sie auch zufrieden. Doch, da sie die Wege und die Lage hiesigen Ortes besser einsahen, machten sie

---

36 1775—1799.

37 Paul Kray (1735—1804), Freiherr von Krajowa, k.k. Feldzeugmeister.

den Bericht, daß hier der Ort für ein Spital unmöglich seyn könne. Dieses Werk blieb daher zum großen Glücke des hiesigen Ortes unterwegen.

In eben diesem Monate kam vom Obergeneral der Franzosen, Moreau<sup>38</sup>, eine Requisition an hiesiges Kloster, aus seinen Waldungen 1000 Eichen, 1000 Buchen und 4000 Tannen zu liefern. Eichen fanden die Abgeordneten keine; das übrige Holz aber mußte geliefert werden. Sie setzten hieher einen Korporal auf Kosten der armen Gemeinde, der die Oberaufsicht über dieses Holz haben mußte. Am 6ten Herbstmonate kamen 24 Baurenkerl aus dem Elsaß mit Axten, welche dieses Holz fällen mußten und welche die Einwohner von hier auch ernähren mußten. Diese Kerl schafften in den Waldungen an Sonn- und Festtügen wie an den Werktagen und halfen treulich die hiesigen Leuthe noch mehr aussaugen. Von den großen Tannen mußte das Kloster bei 600 große, dicke Flöcklinge auf seiner Sege auch noch für die Franzosen seggen lassen. Zu Vermehrung des Unglücks der hiesigen Einwohner kamen am 1ten Herbstmonate drey französische Offiziere mit 105 Mann vom Depont hieher, quartierten sich hier und in Münchweyhr ein. Die Offiziere hatte das Kloster zu bewirthen, die gemeinen Soldaten aber die hiesigen und die Münchweyhrer. Sie blieben hier bis am 11ten Christmonat. Das einzige Glück war, daß der Kommandant ein rechtschaffener, menschenfreundlicher Mann war, der gute Manneszucht hielt.

Am 14ten Christmonat kamen wieder zween französische Offiziere von Ettenheim, von dem dasigen Kommandanten geschickt, welche 30 Louis d'or für Kleidungsstücke für dessen Soldaten forderten, und droheten, im Falle der Weigerung werde er mehrere Soldaten mit vielen Pferden in das Kloster einlegen. Man handelte mit ihnen und mußte ihnen 20 Louis d'or geben.

Im Jahre 1801 in dem Hornung wurde zu Luneville in Lotharingen der Frieden zwischen dem Kayser und den Franzosen geschlossen und unterzeichnet und dem hiesigen und so vielen hundert andern Klöstern und Stiftern im deutschen Reiche durch die Anerkennung der Säkularisazion der geistlichen Güter zur Schadloshaltung weltlicher Fürsten der Garaus gemacht.

Am 16ten Märze kam ein französischer Generalstab, aus 21 Persohnen bestehend, samt 20 Soldaten, welche die Wache halten mußten, hier an. Das Übel, was diese dem Kloster sowohl als den hiesigen Einwohnern verursachten, übertraf alles, was man vorhin ausgestanden hat. Das Kloster mußte die, welche zum Stabe gehörten, ernähren, die hiesigen Einwohner aber die Soldaten.

Täglich mußten im Kloster dreymalen drey Tafeln niedlich und kostbar aufgedischet werden: die erste für die Offiziere und ihren Anführer Roberjaut<sup>39</sup>, einen unmenschlichen, ganz gefühllosen Menschen, die zwote für acht Schreiber, die dritte für die Bedienten und Stallknechte. Auch die armen Leuthe hier mußten den 20 Soldaten alle Tage dreymalen, und das auch niedlich, zu essen geben und weißes Brod dazu reichen. Das war aber nicht genug: sie luden immer Gäste ein, welche die Unterthanen hin und her führen mußten. Alle Ordonanzen, die häufig ankamen, andere, die nach Belieben hieher sich begaben, auch Offiziere mit Weib und Kindern, fraßen, sauften und schlemmeten, so lange es ihnen beliebte, in den Wirthshäusern auf Kosten der armen Gemeinde, deren Schulden am Ende auf 6000 Gulden sich beliefen. Diese schreckliche Plage dauerte bis am 16ten April, da diese fürchterlichen Gäste abzuziehen anfangen und am 18ten alle hiesiges Kloster und Ort verließen.

Von der Zeit dieser französischen Einquartierungen an kann man den Anfang der Kaltsinnigkeit in der Religion, der Verwilderung der Sitten, der Verachtung der Geistlichkeit, der Geringschätzung des Gottesdienstes und der heil. Sakramente, der Unempfindlichkeit gegen alle gute Ermah-

---

38 Jean Victor Moreau, \* 1761, einer der bedeutendsten Feldherren der Republik, von Napoleon verbannt, gefallen 1813 bei Dresden auf russischer Seite.

39 Über diesen war nichts in Erfahrung zu bringen. Auch G. Six, Dictionnaire Biographique des Généraux & Amiraux Français de la Révolution et de l'Empire (1792—1814), 2 Bde., Paris 1934, nennt ihn nicht. Möglicherweise handelte es sich um einen unbedeutenden Unterführer oder Stöber erinnerte sich des Namens nicht genau.

nungen, der Widersetzlichkeit gegen die Obern, kurz, alles Üble, welches in hiesiger Pfarrey eingerissen, füglich setzen. Selbst die noch kleine Schuljugend war von dieser Zeit meisten Theiles wie ganz umgekehret und mit dergleichen Gifte angestecket.

In diesem Jahre 1801 im Brachmonate gestattete Abt Arbogast auf Begehren des damaligen Pfarrers P. Bernard Stöber, daß, wenn in Zukunft ein Kranker in dem hintern Thale mit den heil. Sakramenten versehen wird, hiezu ein Zeichen mit der Glocke, mit der das Zeichen zur christlichen Lehre gegeben worden, gegeben werde, damit die Leuthe das hochwürdige Gut mit Andacht zum Kranken begleiten sollten und konnten, welches vorhin niemalsen geschehen ist. Die Einwohner fanden sich auch nachher recht fleißig bei dieser Andacht ein, die aber wieder nach aufgehobenem Kloster sehr erloschen ist.

Im Jahre 1802 am 20ten May kam der Herr Kardinal von Rohan um 12 Uhr mit seinem Gefolge hieher, stieg unter dem Läuten aller Glocken und Ablösung der Pöller, auch unter Trompeten- und Pauckenschalle vor dem Portale der Klosterkirche ab, wo er von dem Herrn Abte und allen Religiosen empfangen und in die Kirche eingeführet worden, wo er das heil. Sakramente der Firmung den Hiesigen, den Münchweyhern, Schwaighausern, Schutterthälern, Selbachern und Prinzbachern ertheilte. Nach dessen Vollendung derselbe wieder vor der Kirche einstieg und nach Ettenheim zurückkehrte.

#### XXVIIItes Kapitel

#### **Provisorische und nachher reale Besitznahme des Herrn Marggrafen von Baden von dem hiesigen Kloster und dessen Herrschaft**

Um die letzte Hand an den zu Luneville geschlossenen Frieden zu legen und das Säkularisationsgeschäft der geistlichen Güter und die Entschädigung der weltlichen Reichsfürsten in das Reine zu bringen, kamen die Gesandten des Kaysers, des russischen Monarchen, der französischen Republik und der dazu auserkorenen Reichsfürsten zu Regensburg zusammen. Dieses Geschäft ging langsam, und eben darum hatten die Johanniter-Ritter, die auch ihre Entschädigung erhalten sollten, zum größten Unglücke noch aller aufzuhebender Stifter und Klöster, die Gelegenheit zu bewirken, daß der 24te August des Jahres 1802 festgesetzt wurde, von welchem Tage an kein Verkauf, kein Handel, kein Vertrag mehr giltig war, den ein Stift oder Kloster unternommen hatte.

Nachdem dieses Geschäft geendiget war, kamen am 27ten Herbstmonate im Jahre 1802 der Herr Landvogt von Mahlberg, der Herr Baron von Roggenbach<sup>40</sup>, mit dem Herrn Müller<sup>41</sup> von Karlsruhe als Kommissäre des Herrn Marggrafen von Baden, dem das hiesige Kloster mit dessen Herrschaft als ein Theil seiner Entschädigung zugefallen war, hieher mit einem Offizier und vier Jägern. Der Herr Landvogt kündigte dem Herrn Prälaten Arbogast die provisorische Besitznahme des Herrn Marggrafen von dem hiesigen Kloster und dessen Herrschaft an und ließ das hierüber gedruckte marggräfliche Patent an dem Thore des Klosters, an dessen Portale, auch zu St. Landelin und in den übrigen Ortschaften des Klosters anschlagen. Die vier Jäger blieben auf Kosten des Klosters hier. Doch, weil die Ettenheimer die Unterthanen des Klosters wegen den marggräflichen Soldaten, die sie bei der provisorischen Besitznahme des Herrn Marggrafen erhalten hatten, einlegen wollten, wurden, dieses abzuwenden, von dem Herrn Kommissär, dem Herrn Landvogte, zween Manne Soldaten auf Kosten der Unterthanen des Klosters hieher gelegt, zween Jäger aber kamen fort, und die zween zurückgebliebenen blieben dem Kloster auf seine Kosten.

40 Adam F. X. Freiherr von Roggenbach (1750—1830), seit 1798 in badischen Diensten. So F. Cast, Historisches und genealogisches Adelsbuch des Grossherzogthums Baden, Stuttgart 1845, S. 156.

41 Es wird sich nach dem Kurbadischen Hof- und Staatskalender von 1805 um Johann Konrad Müller, Sekretär des Geheimen Rats in Karlsruhe, gehandelt haben. Nach GLA 76 (= Diener-Akten)/5471—72 seit 1774 Kanzlist, † 1807.



Indessen behielt der Herr Prälat Arbogast noch die Regierung der Herrschaft des Klosters und das Kloster bezog noch alle seine Gefälle, ohne daß es im mindesten gekränkt wurde. Man machte dem Abte und den Religiösen noch weise, als würden alle diesjährigen Gefälle etc. auch im Falle der Aufhebung des Klosters ihnen noch bleiben; der Ausgang aber lehrete leider das Gegentheil.

In diesem Zustande blieben nun die Sachen bis an das End des Wintermonats. Am 29ten desselben kam der Herr Landvogt von Mahlberg, Herr Baron von Roggenbach, wieder hieher mit dem Herrn Hofrathe Stuber<sup>42</sup>, Amtmanne von Ettenheim, der ein abgesagter Feind des hiesigen Klosters war, und stellte denselben zum Entsetzen und Schrecken sowohl des Abtes als aller Religiösen als marggräflich badischen Kommissär vor, der in zween Tügen die reale Besitznahme des Klosters und dessen Herrschaft im Namen des Herrn Marggrafen übernehmen werde. Er erklärte zugleich auch, daß der Herr Baron von Müllenheim<sup>43</sup>, bisheriger obrister Jägermeister des Herrn Kardinals, als marggräflicher Kommissär über die Waldungen des Klosters gesetzt sey.

Wirklich auf den 29ten desselben Monats wurden alle Schaffner des hiesigen Klosters, auch die Vorgesetzten der fünf Ortschaften des Klosters, hieher berufen. Herr Hofrath Stuber als marggräflicher Kommissär kam auch an, deutete dem Herrn Prälaten an, daß seine Regierung am 1ten Christmonate ein End habe und daß er und die Religiösen von diesem Tage an in die marggräfliche Administrazion gesetzt seyn. Er erklärte zugleich, daß der Willen des Herrn Marggrafen sey, daß keiner der Religiösen, die bisher die Haushaltung des Klosters geführet haben, mit diesem Geschäfte von jenem Tage an sich mehr abgeben soll, sondern daß P. Beda Petzelt und P. Ambros Mayer als Rezeptoren und Administratoren der klösterlichen Gefälle und der Ökonomie aufgestellt seyn; welche daher auch von ihm in Eidespflichten genommen worden. Doch kündigte er diesen auch an, daß es der Willen des Herrn Marggrafen sey, daß sie dem Abte und den Religiösen bis auf fernere Verfügung alles Benöthigte wie vorhin zu reichen hätten, welches dennoch sehr gesparsam im meisten geschah.

Die Kanzeley, die Schaffner, die Vorgesetzten, die Jäger, die Bedienten des Klosters nahm er alle in marggräfliche Pflichten und versiegelte das Archiv des Klosters. Auch der damalige Pfarrer von hier, der von Schwaighausen und der von Münchweyhr wurden zu ihm berufen, und er bedeutete ihnen, daß sie den Herrn Marggrafen als Ober-, Schutz- und Schirmherrn und Patron ihrer Kirchen in Zukunft zu erkennen hätten.

Die Wappen des Herrn Prälaten wurden von den Zollstöcken weggenommen und die marggräflich badischen statt derselben an selbe wie auch an das Portal des Klosters aufgemacht. Das erste marggräfliche Patent wurde auch weggenommen und ein neues angeschlagen, in welchem der Herr Marggraf versprach, daß er allen allen Schutz kräftigst werde angedeihen lassen, daß er alle und jede Kirchspiele bei dem Genusse ihrer Kirchen, Kapellen und Kirchengüter ohne Einführung fremder Religionsgenossen in solche, wie auch alle Gemeinden bei ihrem gemeinen und Privateigenthume lassen wolle etc.

Der Herr Kommissär ließ auch aller Orten verkünden, daß der Herr Marggraf nun die vollkommene Regierung dieser Herrschaft übernehme und alle Einkünfte des Klosters und dessen Herrschaft als die seinigen werde einziehen lassen.

Kurz nach übernommener Regierung des Herrn Marggrafen wurden alle vorräthigen Früchte auf dem Kasten und der Wein abgemessen, und der Wein betrug noch im Klosterkeller 1500 Ohmen. P. Großkeller und P. Kastner mußten das noch vorräthige Geld, welches sie zur Führung des

---

42 Franz Stuber, nach GLA 76/7 744 seit 1786 in hochstiftisch-straßburgischen Diensten, Nachfolger des Oberamtmanns von Bruder, ab 1803 Obervogt des Amts Gengenbach, dann Offenburgs, 1813 wegen Geistesverwirrung zur Ruhe gesetzt, vermutlich 1814 gestorben.

43 Anton Ludwig Freiherr von Müllenheim, \* 1742, Großjägermeister des Hochstifts Straßburg, scheint nur kurze Zeit in badischen Diensten gewesen zu sein. Vgl. Wochenblatt der Johanniter-Ordens-Balley Brandenburg 21/1880, Nr. 18.

Hauswesens hatten und in 2600 Gulden bestund, der Administrazion ausliefern. Auch der Herr Prälat mußte derselben 3000 Gulden geben, und man suchte auf alle Art noch mehr von ihm auszupressen: er lehnte aber dieses von sich ab mit dem Vorgeben, daß, weil er wegen seinen kränklichen Umständen hier nicht seyn könne, er für sich, um leben zu können, auch noch etwas Geld haben müsse. Die Administratoren mußten den reinen Ertrag aller Einkünfte des Klosters, wo sie immer sind, pünctlich eingeben und zugleich einen Überschlag machen, was ein jeder Religios jährlich koste.

Am 5ten Christmonate erhielten die Pfarrherren von hier, von Münchweyhr, von Schwaighausen von dem Herrn Generalvikar Weinborn<sup>44</sup> den Befehl, alle Unterthänigkeit und Gehorsam in civilibus und politicis dem Herrn Marggrafen als nunmehrigem Landesfürsten zu leisten und ihre Pfarrgenossen zum Gehorsame und Erfüllung aller Pflichten guter Unterthanen gegen den Herrn Marggrafen, ihren neuen Landesfürsten, von öffentlicher Kanzel ernstlich anzumahnen. Dieses erfüllte der damalige Pfarrer P. Bernard Stöber am 12ten Christmonate als am dritten Sonntage des Advents bei versammelten allen seinen Pfarrkindern in einer an sie hierüber gehaltenen Rede.

Am 11ten Christmonate kam Herr Kommissär Stuber mit Actuar, kündigte an, daß alle Religiosen die Bücher, welche sie aus der Bibliothek des Klosters haben, bis Nachmittag dahin abgeben sollen. Nachdem dieses geschehen, nahm er dem bisherigen Bibliothekar die Schlüssel derselben ab und versiegelte sie an beeden ihren Thüren. Er wollte auch die obere Sakristey versiegeln: da man ihm aber vorstellte, daß auf die ankommenden Christferien und andere folgende Feste die Ornate zur Haltung des gewöhnlichen Gottesdienstes nothwendig seyn, stund er hievon ab, übergab aber die Schlüssel dazu dem Administrator P. Beda Petzelt, der dafür haften mußte, daß nichts davon entfremdet würde.

Am 28ten Christmonate fing der Herr Kommissär Stuber mit seinem Actuar das Inventarium über hiesiges Kloster an. Er schrieb auf alles Weißzeug, Better, Sessel, Stühle, Tische, Bettstäbe, Kästen, Spiegel, Gemälde, Bilder, derer viele keinen Groschen werth waren. Er schrieb auf alles Schiff und Geschirr, was immer dem Kloster zugehörte bis auf die verbrannten Kochlöffel der Küche und zerbrochenen Trinkgläser in dem Speisezimmer der Religiosen. Er schrieb auf alles Silbergeschirr, alles Weißzeug, alle Ornate, alles, was immer in den Sakristeyen in dem Kloster und zu St. Landelin war, alles, was auf den Altären beeder Kirchen zu finden bis auf die Schellen und alle Lichtstöcke auf dem Chor. Das silberne, alte Brustbild des heil. Landelins ließ er zur Ärgernis alles Volkes öffentlich in der Sattlerey auf der Salzwaage abwägen. Ohne den Pfarrer oder einen andern Priester dazu zu nehmen, öffnete er den Tabernackel, schätzte das Ziborium, in welchem das allerheil. Sakrament aufbehalten war, und wenig hätte gefehlet, daß er es nicht mit dem heil. Sakramente aus dem Tabernackel herausgenommen, um durch Prüfen desselben die Schwere dessen besser zu erkundigen. Ein Lutheraner würde sich geforchten haben zu thun, was da Katholiken gethan haben.

Er wollte auch alles aufschreiben, was ein jeder Religios in seinem Zimmer hatte. Doch da er sah, daß dieses allzu große Sensation bei allen machte und man sich ernstlich darüber beklagte, kam er nur in jedes Zimmer derselben und verlangte zu wissen, ob man nichts, welches dem Kloster zuständig, in demselben habe, mit Bedeuten, dasselbe anzuzeigen und aufschreiben zu lassen, auch sich gefaßt zu halten, mit einem Eide zu bekräftigen, daß man nichts dem Kloster Zuständiges darinn habe. Endlich erklärte er dann noch, daß aus besonderer Gnade der Herr Marggraf einem

---

44 Johann Regis Weinborn, um 1778 bischöflicher Sekretär und Notar, letzter Generalvikar des alten Bistums Straßburg, muß im ersten Halbjahr 1804 aus dem Amt geschieden sein, da Karl Theodor von Dalberg als deutscher Metropolit um diese Zeit die Verwaltung der Restdiözese neu organisierte. Nach C. A. Frayhier, *Histoire du Clergé Catholique d'Alsace avant, pendant et après la Grande Révolution*, Colmar 1877, S. 180, 1745 geboren, von Ettenheim nach Straßburg zurückgekehrt. Nach den Erhebungen K. Kieffers, *Statistische Beiträge zur Geschichte des Bistums Strassburg*, Straßburg 1911, war er nicht Mitglied des Ordinariats oder Domkapitels der neuen Diözese Straßburg.

jeden Religiosen dasselbe als Eigenthum überlasse und schenke, was er in seinem Zimmer hat, was er sich selbst angeschafft oder von seinen Ältern oder Befreundten, auch andern Freunden oder von seinem Abten erhalten hat.

Der Herr Prälat wurde in diesem Stücke weit übler als der geringste Religios behandelt; denn der Herr Kommissär schrieb alles, auch das Allergeringste auf, was er immer in seinen Zimmern hatte, sogar seine Tabackdose und seine Uhr im Sacke, sein Pectoral am Halse und seinen Abtsring an dem Finger. Man nöthigte ihn nachher auch bei seinem Abzuge, das meiste seiner Geräthschaften zurückzulassen.

Im Jahre 1803 am 17ten Hornung in der Nacht ist der Herr Kardinal Rohan, Bischof von Straßburg, zu Ettenheim an einer Lungenentzündung gestorben und am 19ten allda in der Pfarrkirche neben dem hohen Altar auf der Evangeliumsseite feyerlich begraben worden. Wegen diesem Todesfalle kam am 21ten dieses Monats von Karlsruhe der Befehl, daß man in allen Kirchen morgens, mittags und abends sechs Wochen lange mit allen Glocken läuten soll. Auch mußte auf Befehl des Herrn Generalvikars Weinborn mit einem feyerlichen Seelenamte dem verstorbenen Herrn Kardinal in jeder Pfarr- und Klosterkirche nachgehalten werden: welches den ersten schicklichen Tag hier in der Klosterkirche geschehen ist.

Weil der von dem Herrn Margrafen ernannte Kommissär, der Herr geheime Referendär Hofer<sup>45</sup> von Karlsruhe mit dem Herrn Kaufmanne<sup>46</sup> als Actuar das Schicksal der dem Herrn Margrafen heimgefallenen Klöster zu bestimmen und anzuordnen hatte, auch er wegen diesem Geschäfte schon seit Fasnacht in dem Kloster Gengenbach sich aufhielt, war hier alles die ganze Fastenzeit hindurch auf seine von Woche zu Woche verkündete Ankunft in banger Erwartung.

## XXIXtes Kapitel Aufhebung des hiesigen Klosters

Die für alle Christen so freudigen und fröhlichen Osterferien waren in diesem Jahre 1803 für das hiesige Kloster Tage der tiefesten Trauer und Betrübniß; und da in dieser Zeit durch die glorreiche Urstände unseres göttlichen Erlösers den zum Tode, zur Verwesung verdamnten Menschen die Hoffnung eines neues, eines ewigen Lebens aufblühete, hat die göttliche Fürsicht nach ihren gerechtesten Urtheilen dem hiesigen, durch allbereits 1100 Jahre bestandenen und bei so vielen erschrecklichen Unglücksfällen stets unter dem mächtigen Schutze des heil. Landelins erhaltenen Kloster sein End, seinen Untergang und seine gänzliche Erlöschung bestimmt.

Am 12ten April als am Ostermontage auf den Abend kam der oben genannte marggräflich badische Kommissär Hofer hierher. Am folgenden Tage, am 13ten April, dem Osterdienstage, an welchem die hiesige kleine Jugend ihre österliche Kommunion feyerlich in der Kirche des heil. Landelins gehalten und nachmittags vor der Vesper die öffentliche Schulprüfung zu jedermannes Zufriedenheit gehabt hatte, wurden alle Religios nach der Vesper in das Priorat mit dem Herrn Prälaten berufen, wo der Herr Kommissär denselben das Endesurtheil ankündete und denselben die Aufhebung ihres Klosters kund machte. Obgleich aber in dem gedruckten marggräflichen Edicte festgesetzt war, daß alle Religios von hier in das Kloster Gengenbach sollten versetzt werden, welches für alle noch das Drückendste und Härteste war, erklärte dennoch der Herr Kommissär, daß einige Religios mit dem Pater Senior, P. Michael Stroh, bei dem Pfarrherrn

---

45 Johann Baptist Hofer, nach GLA 76/3 685—86 geboren in Rottweil und sechs Jahre Bürgermeister daselbst, trat im Herbst 1802 in die Dienste Karl Friedrichs als Geheimer Referendär, war später Direktor des badischen Seekreises, vermutlich gestorben in Konstanz.

46 Friedrich Kaufmann, Rentkammerassessor und Finanzrat, † 1830. Vgl. (K. A.) von Wechmar, Handbuch für Baden und seine Diener oder Verzeichnis aller badischen Diener vom Jahr 1790 bis 1840 nebst Nachtrag bis 1845, Heidelberg 1846.

dieses Ortes zu dessen Hilfe bei der Wallfahrt des heil. Landelins in dem Kloster bleiben können, daß auch ein und der andere zur Hilfe des Pfarrherrn von Schwaighausen und ein und der andere zur Hilfe des Pfarrherrn von Münchweyhr bleiben kann. Die übrigen aber könnten sich ihren Aufenthalt bei den Ihrigen wählen. Zween aber hätte er sehr gern zu Gengenbach gehabt, den P. Benedict Jacquard und den P. Peter Kleinhans wegen dem Lehramte, dazu aber keiner Lust hatte.

Er eröffnete auch ihnen, welche Pension ihnen jährlich von dem Herrn Marggrafen zugesichert wäre: dem Herrn Prälaten nemlich 3000 Gulden, dem Senior und dem P. Beda Petzelt wegen seiner bisherigen Administrazion jedem 550 Gulden, den fünf ältern Priestern und dem gewesten Prior Othmar 500 Gulden, den sieben mittlern Priestern 450 Gulden, den fünf jüngsten Priestern 400 Gulden, den vier Brüdern jedem 200 Gulden, doch haben nachher die zween ältern Brüder jeder noch eine Beilage von 50 Gulden und die zween jüngern jeder eine Beilage von 25 Gulden erhalten. Die Pfarrherrn betreffend, erklärte er, daß jeder derselben zu seiner bestimmten Pension noch so vielen Zusatz bekomme, daß er auf 700 Gulden komme.

Der Herr Kommissär verlangte nun, daß ein jeder Religios am folgenden Tage insbesondere ihm seine Gesinnung, wohin er sich zu begeben gedächte, eröffnen sollte. Er zeigte ihnen auch an, daß sie nur bis auf den 23ten dieses Monats noch da zu verbleiben hätten, als von welchem Tage an ein jeder aus seiner Pension leben müßte.

Der damalige Pfarrer von hier, P. Bernard Stöber, da er sich am 13ten April stellte, bath für diese Pfarrey sich als die erste Gnade aus, daß das silberne Brustbild des heil. Landelins mit dessen Hirnschale und dessen Kiefer hier gelassen werde, weil sonst die Wallfahrt nimmer bestehen und dem Volke das Zutrauen zu dem heil. Landelin gänzlich würde benommen werden. Diese Bitte hat er alsogleich gewähret und die Versicherung gegeben, daß dieses niemalen der Pfarrey werde entrisen werden.

Und weil der Herr Kommissär schon deutlich sagte, die Pfarrkirche werde von der Klosterkirche in die Kirche des heil. Landelins übersetzt werden, hat der Pfarrherr von hier noch mehreres auf diesen Fall hin für diese Pfarrey sich ausbitten wollen. Worauf ihm aber der Herr Kommissär sagte: er sollte alles, was er zu begehren habe, schriftlich aufsetzen und ihm es übergeben. Welches er auch gethan hat.

Auf alles, was er in seiner Bittschrift aus der Klosterkirche und aus deren Sakristeyen zu Haltung des Gottesdienstes für die Kirche zu St. Landelin beehrte als zum Beispiele die Orgel, Glocken, Beichtstühle, Ornäte etc., antwortete der Herr Kommissär: im Falle, daß die Kirche des heil. Landelins zur Pfarrkirche sollte bestimmt werden, soll er aus der Klosterkirche und aus den Sakristeyen alles das nehmen, was er zur feyerlichen Haltung des Gottesdienstes gebrauche; ob es im Inventarium aufgeschrieben oder nicht, auf dieses habe er nicht zu sehen.

In eben dieser Bittschrift machte auch der Pfarrherr die Vorstellung, daß, weil itz das Kloster aufgehoben und kein Organist mehr hier ist, sey es zu Haltung des Gottesdienstes unumgänglich nothwendig, besonders wegen der Wallfahrt, daß jemand hieher gesetzt werde, welcher die Orgel schlagen kann. Da aber der hiesige Schullehrer, ein armer Handwerksmann, schon 14 Jahre dieses Amte zur Zufriedenheit der Herrschaft, des Pfarrherrn und der Gemeinde versehen hat, und zwar so, daß er sein eigenes Haus zum Schulhalten zu seinem merklichen Schaden bisher gegeben, weil die arme, verschuldete Gemeinde nicht im Stande ist, ein eigenes Schulhaus zu bauen, und für alles dieses jährlich nicht mehreres Gehalt hat als 40 Gulden an Gelde und sieben Klafter Holz, wäre es doch nicht billig aus Ursache, weil er nicht Orgel schlagen kann, welches er bei dem Daseyn des Klosters nicht gebraucht hat, ihn von diesem Dienste abzusetzen und gleichsam brodlos zu machen. Er bittete daher unterthänigst, der gnädigste Landesfürst wolle geruhen, aus Erbarmnis gegen die arme Gemeinde und wegen Erhaltung der Wallfahrt, die einen nicht zu geringen Einfluß auf das Zeitliche hat, einem Provisor gnädigst Gehalt anzuweisen, der im Orgelschlagen erfahren und dem Schulmeister in dem Schulehalten an die Hand gehen kann.

Auf diese Bitte widersetzte der Herr Kommissär: der Schulmeister als schon so langer Diener der Gemeinde könne und werde nicht von seinem Dienste vertrieben werden. Was aber den Provisor betreffe, wäre dormalen nichts zu machen: der Pfarrherr müsse Geduld haben, bis Zeit und Umstände es fügen, daß dieses Begehren könne erfüllet werden.

Der Pfarrherr machte endlich dem Herrn Kommissär auch die Vorstellung: da alle andere Pfarrherrn von ihren Gemeinden jährlich Holz erhalten, so werde ja die hiesige Gemeinde auch dazu angehalten werden, da sie Genossen des allgemeinen Waldes sind, daß sie, wie andere Gemeinden ihrem Pfarrherrn, auch ihm das Holz liefern müssen. Auf dieses erklärte er, er werde dafür sorgen.

In dieser Gelegenheit haben sich nebst dem P. Senior auch P. Martin Brüstlin, gewester Kuchelmeister, und P. Etto Specht, gewester Pfarrherr zu Schwaighausen, erklärt, daß sie hier bleiben und bei der Wallfahrt aushelfen wollen. P. Othmar Zwiebelhofer, gewester Prior, hat sich auch hier zu bleiben erklärt, so lange es für ihn schicklich. P. Benedict Jacquard, welcher sich die Erlaubnis ausbittete, auf Altbreysach, seinen Geburtsort, zu gehen, trug sich auch an, hier zur Aushilfe bei der Wallfahrt zu bleiben, bis die Erlaubnis vom Hofe kommen werde. Für den P. Peter Kleinhans, gewesten Professor der Theologie, einen Neffen des damaligen Pfarrers, hat dieser sich ausgebittet, daß er denselben bei sich behalten darf, damit er ihm in seinem Alter und kränklichen Umstände seine Pfarrey versehen helfe, der das nemliche auch begehret hat. Die zween ältesten Brüder bitteten sich auch die Erlaubnis aus, hier bleiben zu dürfen.

Der Herr Kommissär verfaßte nun seine Verordnungen schriftlich, übergab sie dem Herrn Prälaten, welcher sie den in dem Priorate für das letztmal versammelten Religiosen verlas und alsdann von ihnen unter Thränen Abschied nahm, die sich bei ihm auch beurlaubten und so bitterlich von einander schieden.

In diesen Verordnungen wurde nach dem Organisationsedictte sonderlich dem Pfarrherrn, aber auch den andern Religiosen als ihr Oberer der Herr Prälat von Gengenbach<sup>1</sup> angewiesen, an welchen sie sich in allen Vorfällen zu wenden hätten und welcher die Regularpfarreyen seines Klosters und die der zwey aufgehobenen Klöster, des hiesigen und des zu Schwarzach, mit der Bestätigung des Landesfürsten mit Religiosen zu besetzen habe.

Den hier bleibenden Religiosen wurde darinn angedeutet, daß sie in dem Kloster ihre Wohnung haben, mit einander gemeinschaftlich leben sollen und der Senior unter ihnen den Vorsitz habe.

Dem Pfarrherrn von hier wurde die Pension auf 700 Gulden gesetzt und der Gemeinde die Schuldigkeit auferlegt, ihm jährlich das benöthigte Holz aus dem Genossenwalde anzuschaffen.

Wegen dem zum Gottesdienste und für die Kirche Benöthigten wurde der hiesige Pfarrer an die hiesige Administrazion oder Rezeptur angewiesen, welche, weil die Kirche keinen Heller besitzt, alles Benöthigte als Weyhrauch, Wachs, Öl, Weißgezeug etc. anzuschaffen hat.

Dem Pfarrherrn von hier wurde auch darinn auferlegt, das zu St. Landelin zufallende Opfer aufzubewahren und selbes zu verrechnen, damit nach und nach ein Fundus könne aufgerichtet werden, aus welchem die Kirche das Benöthigte alsdann selbst anschaffen kann. Über diesen Punct befragte sich nachher der damalige Pfarrherr P. Bernard Stöber bei dem Herrn Generalvikar des Bistums, dem Herrn Weinborn, was unter diesem für die Kirche aufzubewahrenden Opfer verstanden sey, und dieser gab ihm zur Antwort: dieses der Kirche aufzubewahrende Opfer sey allein jenes, welches in den Opferstocke fällt, alles übrige, welches auf den Altar geleyet wird, gehöre dem Pfarrherrn zu, wie es in der ganzen Kirche die uralte Gewohnheit ist.

Am 18ten April morgens in der Frühe beurlaubten sich alle Religiosen bei dem Herrn Kommissär und empfahlen sich seiner Hulde, bitteten auch, sie alle der Gnade des Herrn Marggrafen bestens zu empfehlen, welches auch zu thun er versprach. Nach diesem reisete er mit dem Herrn Kauf-

manne, seinem Actuar, ab. Während seines Daseyns äußerte er sich: wenn der Herr Marggraf die hiesige Gegend und das Kloster mit Augen gesehen, würde er dasselbe niemals aufgehoben haben.

So war nun das traurige Schicksal des hiesigen so berühmten und uralten Klosters entschieden. Am 17ten April als an dem weißen Sonntage wurde das letztemal der Chor gehalten; und in dieser Woche verließ der Herr Prälat und ein Religios nach dem andern mit Sacke und Packe das Kloster, in welchem jeder bei seiner abgelegten Profession glaubte leben und sterben zu können.

Auf den 23ten April waren alle Religiosen von hier fort bis auf die, welche hier haben bleiben wollen, nemlich P. Senior Michael Stroh, P. Bernard Stöber, damaliger Pfarrer von hier, P. Martin Brüstlin, P. Etto Specht, P. Ottmar Zwiebelhofer, P. Benedict Jacquard, P. Peter Kleinhans und die zween ältesten Brüder Amand Krettler und Johannes Weiß, neun also an der Zahl.

### XXXtes Kapitel

#### **Einrichtung des Gottesdienstes in hiesiger Pfarrey nach Aufhebung des Klosters**

Der in Zukunft hier zu haltende Gottesdienst wars, was den Pfarrherrn bei der Aufhebung des Klosters eben so sehr, wo nicht mehr als sein eigenes trauriges Schicksal kränkte und kränken mußte. Drey Religiosen waren zwar noch da, welche singen konnten. Er hatte aber nicht eine einzige Musicknote für sie, die er bei dem Gottesdienste brauchen konnte, und er war nicht für vier Wochen sicher, daß nicht P. Benedict seine Erlaubnis erhielt, nach Altbreysach sich zu begeben, und also den Diskantisten zu verlieren. Auch hatte er keinen Menschen, der die Orgel schlagen konnte, auch fast niemand von hier, der lateinisch lesen, der etwas singen konnte.

Das erste, was der Pfarrherr that, war, daß er in Eile von dem Schullehrer zu Schwaighausen einige kleine Meßlein mit dreyen Stimmen und Lieder, die in die Sparte gesetzt waren, kaufte und dieselben nach und nach um die Bezahlung abschreiben ließ und auch anfänglich, fast Tage und Nächte schreibend, selbst abschrieb.

Der geweste Organist des Klosters wurde zum Glücke bei Aufhebung des Klosters von der Administrazion, welcher der Herr Kommissär Hofer den todkrank liegenden Donaten des Klosters, Karl Runk, auf Kosten des Herrn Marggrafen bis zu seinem Tode oder bis zu seiner Genesung zu besorgen überlassen hatte, zu dessen Abwärter bestellet und besoldet. Diesem versprach der Pfarrherr ein gutes Trinkgeld, wenn er ihm bei dem Gottesdienste die Orgel schlagen wollte, welches dieser gute Mensch auch versprochen hat. Den Kranken selbst bewog auch der Pfarrherr dazu, daß er diesen seinen Abwärter in den Gottesdienst ließ, weil indessen einer der zween Brüder bei ihm blieb.

Am Freytage abends aber vor dem heil. Pfingstfeste, dem 27ten May, starb dieser Donat, und der Organist, dessen Abwärter, wurde sogleich von der Administrazion bezahlet und entlassen. Der Pfarrherr, um über die Pfingst, über das Fest des allerheil. Frohnleichnams Christi und dessen Octav einen Organisten zu haben, beredete diesen Menschen, bis nach geendigter Octav noch hier zu bleiben. Er bezahlete für ihn das Kostgeld unter dieser Zeit und gab ihm die Bezahlung für sein Orgelschlagen bei dem Gottesdienste und für das Abschreiben einiger Messen und Lieder.

Indessen redete er, der Pfarrherr, mit einigen Bürgern wegen einem Organisten und trug sich an, 4 Louis d'or für sich jährlich demselben zu geben. Er ersuchte sie, auch etwas beizutragen, um einen anständigen Gottesdienst halten zu können. Sie versprachen auch, etwas dazu zu geben, da aber die Sache für die Gemeinde kam, waren einige sogleich dawider mit Vermelden: man brauche keine Orgel, man solle den Rosenkranz bethen, so habe der Gottesdienst nur eher ein End.

Der Pfarrherr redete mit dem Schullehrer von Münchweyhr, daß er seinen Sohn, einen Jüngling von etwan 14 Jahren, zum Orgelschlagen bei dem Gottesdienste geben möchte, der dazu einen guten Anfang hatte. Er versprach, demselben jährlich 2 Louis d'or zu geben in Hoffnung, die Ge-

meinde oder doch die Bürger, welche ihm einen Beitrag hiezu versprochen haben, würden zu den Louis d'or, welche er für sich zu bezahlen sich angetragen, die anderen Louis d'or herschießen. Der Schullehrer nahm dieses Anerbiethen an und er schickte entweder seinen Sohn oder er kam selbst zum Orgelschlagen. Nach geendigtem halben Jahre zahlete der Pfarrherr ihm aus dem Seignen 1 Louis d'or. Nach geendigtem Jahre hat der nunmehrige Pfarrherr die anderen Louis d'or demselben bezahlet, ohne daß ein Mensch sich angetragen, etwas daran zu zahlen.

Der Pfarrer, wie er einen Organisten für den Gottesdienst zu erhalten sich bemühet hat, so hat er auch Kinder, Knaben und Mägdlein, sich auserkohren, welche lateinisch mußten lesen lernen und die er die Vesper und anderes Gesang zu lehren anfang. P. Etto Specht hatte nachher die Güte und nahm diese Kinder für das Singen in die Lehre. Der Pfarrherr sprach auch Bürger an, die lateinisch lesen konnten und Stimmen zum Singen hatten, daß sie im Gottesdienste singen helfen möchten, die es auch gethan.

Nun am 2ten Sonntage nach Ostern als am Monatssonntage des heil. Scapuliers verkündete der Pfarrherr die Ordnung, nach welcher der Gottesdienst in Zukunft werde gehalten werden:

1. Am Samstag oder am Tage vor einem gebothenen Feyertage wird nachmittags um 3 Uhr mit der großen oder der größten Glocke nach Erheischung des Festes der Feyerabend geläutet werden.
2. Am Samstag oder am Abend vor einem gebothenen Feyertage wird abends von dem Pfarrherrn oder einem andern Geistlichen der Rosenkranz in der Kirche des heil. Landelins gehalten werden. Nach dessen Endigung wird die Marianische Antiphon nach Erheischung der Zeit und nach diesem das Libera etc. mit der Oration für die Abgestorbenen, sonderlich für die aus der Pfarrey Verstorbenen, gesungen werden, wie es in den meisten Pfarreyen der Gebrauch ist. (Dieses letztere hat der nunmehrige Herr Pfarrer aus Ursache wieder abgestellt.)
3. An Sonn- und gebothenen Feyertägen wird die frühe Messe im Sommer um 6 Uhr, im Winter um 7 Uhr zu St. Landelin gelesen werden, in welcher der Rosenkranz und nach welcher das allgemeine Gebeth wird gebethet werden.
4. An Sonn- und gebothenen Feyertägen wird der Pfarrgottesdienst im Sommer um halb 9 Uhr, im Winter um 9 Uhr angefangen. Das erste Zeichen dazu wird eine Stunde vorher, das zweyte Zeichen eine halbe Stunde vorher mit der großen oder der größten Glocke nach Erheischung des Festes gegeben werden.
5. Alle Sonn- und gebothenen Festtäge, ob eine Predigt wird gehalten oder nicht, wird die Epistel und das Evangelium des Tages dem Volke vorgelesen werden. Vor der Predigt wird das Gesang von dem heil. Geiste gesungen. Nach dem Verkünden an diesen Tāgen, ob eine Predigt oder keine sey, sollen drey Vaterunser und drey Ave Maria von allen Anwesenden mit lauter Stimme gebethet werden, das erste zwar, von Gott für die zu gebārenden Kinder dieser Pfarrey eine glückliche Geburt und die Gnade der heil. Taufe zu erbitten, das zweyte, für die nächst Sterbenden in der Pfarrey von Gott eine glückselige Sterbestunde zu erbitten, das dritte für die letzt Verstorbenen aus der Pfarrey zu ihrem Seelentrost.
6. An Sonn- und gebothenen Feyertāgen wird nachmittags um 2 Uhr das erste Zeichen, um halb 3 Uhr das zweyte Zeichen mit der großen oder größten Glocke nach Erheischung des Festes zur Vesper gegeben, welche um 3 Uhr gehalten wird.
7. An Werktägen wird die Pfarrmesse um 8 Uhr gelesen und zwar zu St. Landelin. Zu derselben wird eine Viertelstunde vorher das erste Zeichen gegeben und um 8 Uhr zusammengeläutet. Nach der Pfarrmesse wird allezeit dem Volke das Weyhwasser gegeben wie auch an Sonn- und gebothenen Feyertāgen nach dem Amte und nach der Vesper, wenn nicht ein Segen mit dem hochwürdigen Gute gegeben wird.

8. Um sowohl die Pfarrgenossen dieser Pfarrey als auch die Fremden mehr zur Verehrung des heil. Landelins zu bewegen, wird von dem Ende des Aprils an bis auf das Fest des heil. Rosenkranzes am Freytage um 8 Uhr anstatt der heil. Messe, unter welcher der heil. Rosenkranz gebethet wird, ein Amt gehalten werden und nach demselben nach dem Gelübde der hiesigen Gemeinde die Lytaney von dem heil. Landelin gebethet werden.

Bei dem Beschlusse ersuchte der Pfarrherr alle Pfarrkinder hiesigen Ortes, ein jedes möchte seines Ortes, obgleich keine Belohnung mehr wie vorhin bei bestandenem Kloster dafür zu gewarten ist auf Erde, soviel es kann, zu feyerlicher Haltung des Gottesdienstes im Läuten, im Ministrieren, im Singen etc. beitragen. Alle sollen sich auch bestreben, in Zukunft fleißiger, als bisher geschehen, in dem Gottesdienste, sonderbar in der Predigt, sich einzufinden. In diesem folgten sie auch eine kurze Zeit. Manche aber ließen wieder bald nach und kamen wie vorhin entweder zu spät oder gar nicht darein.



## Vor dem Ende der alten Welt

Aus den Aufzeichnungen des Joann Conrad Machleid<sup>1</sup>

*Hubert Kewitz*

Seit 1755 hatte der Ettenheimer Stadtchirurgus Machleid alles gesammelt und aufgeschrieben: Naturereignisse, historische Reminiszenzen, Lesefrüchte, Lebensweisheiten, Weinpreise, Ämterwechsel, Prozessionen, Hochzeiten, Taufen, Todesfälle: den kleinen Kosmos der zweiten Heimat. Die höchst originelle Handschrift des gebürtigen Villingers wurde in den letzten Jahren mehrfach ausgewertet; sie ist, dank seinem Sinn fürs Konkrete, seiner Liebe zum signifikanten Detail, die gewichtigste Quelle zur Geschichte Ettenheims.

Das Ende seines Lebens und Schreibens fiel dann ins Ende der barocken Welt. Die Schriftzüge des Achtzigjährigen werden schwächer, schwerer lesbar; eine immer schon vorhandene Hinneigung zum Grotesken tritt stärker hervor; eine Irritation, die er nicht versteht, der er nicht Herr wird, durchfährt die Seiten. Nach dem Ausbruch der Revolution hat er bis zu seinem Tod (1794) nur noch ohnmächtig die Fakten verzeichnet, die unruhige Fülle der immer bewegter werdenden Emigrantenzzeit. In den Jahren vor 1789 war er sehr sensibel für die vielen Anzeichen einer rapiden Veränderung, den Verlust der Pietät, den Abstieg ins Größere, in Mord und Selbstmord: einer der großen Bluträusche der Geschichte kündigte sich an.

*Vorzeichen* gab es genug. So war am 13. Februar 1779 „abents zwischen 6 und 7 uhr ein große bluetröthe an dem himmel gesehen worden, mit großen weißen striemen, so von Walburg her oder aus dem hochtal gegen den Rhein hinunder gezogen (. . .) NB: man hat die sternem dannoch in der röthen gesehen“. Auch war der Kometstern von 1769, der im August und September 17 Tage lang am nachmitternächtlichen Himmel gestanden hatte, noch nicht vergessen. Aufmerksam war man auch auf „die schwarz blaue dupfen oder moßen (Flecken)“ an den Trauben: „es haben einige alte männer gesagt, es seye merer gewesen, Vom wetterleichen (Wetterleuchten) als Von haglen“.

1782 betrat Martin Fuetterer, Bürger und Bauersmann, die Bahn, die ihn zu seinem fernen *Tod in „Sizilien“* führte. Am 9. Heumonath (Juli) brach er aus

---

<sup>1</sup> Die *Machleid-Handschrift* (Bd. 1, 1755-76 u. Bd. 2, 1776-94) befindet sich in Ettenheim im Besitz der Familie, die sich auch alle Rechte vorbehält.

dem Herrschaft-Turm aus, „von Ketten und Eisenen band, weil er seiner Jungen Ehefrau Maria Anna Biserin zum 2:ten mal hat Gifft (aus der Kippenheimer Apotheke) in einem butterwecken geben, welches ihren aber das leben nit kostet hat“. Drei Wochen saß er ein, sprang dann mittags um ein Uhr oben zum Turm herab auf des Herrn Schaffners Dach, kam auf den Fruchtkasten, durch die Schaffnei hinunter auf den Heustall und sprang anderthalb Stock hoch in den Stadtgraben hinunter; dann durchs „Biele“ weg von der Stadt. Er übernachtete in einer Scheune und ging bei Weisweil über den Rhein. 1785 hörte man wieder von ihm: am 11. März starb er „in Sizillien in der statt Neapolis, im spital“. „So ist er vertloffen, und so weith komen. R:I:P:.“

Ein ungewöhnlicher Weg ins Freie. Nicht alltäglich war 1784 (Machleid vermerkt es sorgfältig) auch die *Bitte eines Elsässers* aus der Residenz des Kardinals: der zur Visitation des Genossenwalds von Zabern her erschienene Waldförster Kolb „hat sich von meinem sohn ganz trucken, ohne wasser noch seiffe, nur mit dem schermesser barbieren lassen“.

1785 kommen Machleid aus dem benachbarten Vorderösterreich Gerüchte zu Ohren über neue Begräbnissitten von Amts wegen, es handelt sich um den bekannten schauerlichen Tiefpunkt des bürokratischen Josephinismus: „*Schöne begrebnussen in den ganzen Vor östereichischen landen*. Es ist ein mandat Von Wien kommen, daß man die Verstorbenen leüt solle ohne dottenbaum begraben, bey der nacht ohne Kreüz, und fahnen, in der still. Man hathe in allen orthen eine dodtsarg gemacht, allwo es unden ein thüren hate. Man dette den leichtnam in düecher einnehen, oder die Kinder in ein sack stecken und zue neyen. So sie zum grab kamen, so thuet man die doten sarg über das grab stellen, und macht unden die thüren auff, so falte der dotte mensch eintweders auff den kopf hinunder, und streckte die füeß in die höche. Alsdan mueßte der dodtengreber hinunder und den leichtnam zueweg legen. Man thete die kinder und große leüth hinweckh iagen. Das ware eine solche schand und spectackel daß zue erbarmen ware, absonder, so es weibslüth oder kindtbeterin waren. Derienige so die sach beim Kaiser Josep anbrachte, ware ein luteraner, und solle des gehen dodtes gestorben sein, und nach dem dod kohlschwarz worden. Weilen aber das ganze land darwider auffgestanden, und sich darüber beklagt, allwo der keiser nichts darvon gewußt, so ist widerum contra order Von Wien auskommen, daß man die leüth wider auff die alte manier begraben solle, und nit wie das Vereckte Vieh underi scharren thet. — Zue Herbolzheim hat man 3 mann also begraben, und zue ober und nider hausen Junge und alte leüth auch kinder, nun mero ist es widerum auffgehebt.“

Es war dies dasselbe Jahr, in dem man „in der Antoni Wochen (Mitte Juni) eine summa *Chantarides* oder *spanische mucken* (Spanische Fliegen) zu Walburg, ein große quantitet, an den dinten behren (Rainweide, Liguster) hecken gefunden, solche in der apotecken, die halb maß budellen (Literflasche) Voll zu Ettenheiminster vor 5 schilling zalt, welches so lang ich hier burger bin

namlich 50 iar, niamal erlebt und gesehen. Aber sie haben starck geschmeckt und grausam gestuncken wie man sagt.“

Nicht untypisch für den freundfeindlichen Nachbarort erschien dem Ettenheimer Verständnis 1785 das Ende der *Altdorfer Kirchweih*, als am 8. Mai, am Altdorfer Kirchweihsonntag, der Nachtwächter nachts von ledigen Bauernknechten aus Mahlberg und Orschweier erschlagen wurde. „Man solte alle bauren kirbenen im ganzen land verbiethen, dann es nur gelegenheit gibt zue allem besen s: v: (mit Verlaub gesagt) hueren leben und dodtschlag. Sie bassen einander auff dem weg aus und schlagen einander kriplig, wo nit gar zu dodt. Die dätter sein vertloffen.“ Aber nicht weit; denn Anfang 1787 exekutierte sie der Scharfrichter Josef Menges, ledigen Stands, am nagelneuen Ettenheimer Schnappgalgen, zwei Bauernknechte aus Mahlberg und einen Zimmergesellen von Hecklingen. „Ihre postur (Gestalt) (ist) auff blech gemalt, an kettlen angemacht und (am Galgen) aufgehengt worden.“ Ob ein neuer Galgen ausreichte, die wankende Ordnung zu stützen?

1786 griff eine *neue Wissenschaft* in die Tiefen der Seele, und Machleid erinnerte sich an ähnliche Experimente der Mönche vor dreißig Jahren. „Im herbst 1755 ist das *Electerisieren* in dem Kloster Ettenheimmünster auffkommen, dann der selige abbt Augustin (Dornblüet) hatte es an mir selber gemacht. Ich habe eine gewisse schnuer in die hand nemen missen, so hat er an einer Maschin getrehet, so hat es mich an bede händ starck gebrent, daß ich es nit mehr hab verleiden kenen. So hat er prelat seliger wider auffgehert trehen, so habe ich nix mer innen worden.

1786 im mittleren merzen, ist das *Mangnetisieren* im gloster Ettenheimminster aufferstand. Als wann es wahr ist, nimbt man einen Patienten, mann oder frau, und sie also mangnetisieren: sie miessen einen gewissen faden in den händen haben, so wirdt mit einer gewissen Maschin herum getrillet, so solle der krancke verschlaffen. Als dann solle er alles sagen, wie er innerlich beschaffen ist, und es ihme felen solle. Als dann wann er verwacht, so weißt er gar nix darvon. Allwo sie einen bueben von hier, Josep Doldt, an der fallenten sucht in der Chur haben. Auctor: Frater Ildefons Haß, Prior, und frater Augustin Farlender.“ (P. Ildefons Haas ist der bekannte Musiker der Abtei, P. Fahrländer der spätere Klosterflüchtling und deutsche Jakobiner.)

Am 3. März 1787 hat der katholische Schulmeister zu Kürzell im Badischen ein Mädchen von sechs Jahren „hinter sich bei den zöpfen aus dem stuhl in der schuel heraus gezogen und ihm das genick auseinandergerissen“. Die Hutschiere (Landjäger) führten ihn nach Mahlberg in die Gefangenschaft; er wurde auf ewig ins Zuchthaus verwiesen.

1788 war aus Herbolzheim eine verzweifelt-traurige Geschichte zu vermelden. „*Ein desperater zuefahl zue Herbolzheim*. Den 31:ten may, hat sich ein betrubter zuefal ereignet. Disen datum hat Joann Sartori, des alten schulzen

sohn, zue Herbolzheim, ein desperater bestandener lediger mensch, hat sich selbst in seiner kammer am hellen dag die lincke hand mit dem sesle auff einem lehnstuhel abgehauen. Wie wol man ihn gleich verbunden, so hat er es nicht wolen leiden und alles wider hinweckgerissen. Ist also nothwendiger Weis der brant darzu komen, daran ist er gestorben, und den 7:ten heymonat sambt der hand begraben worden. Er ware ein beck, sauberer mensch, er soll bey 3000 fl vermegen. Die ursach ware, er hätte gern ein gewisse persohn wolen heurathen, so nit gar reich, und die muetter undt freindschafft (die weitere Verwandschaft) that es ihme absolute nich wollen zue lassen. Alsdann hat er sich hindersint, und ist laider also zue gangen, als ein Ellend.“

Die Kindesliebe schien aus der Welt geschwunden. Doch der junge Kaminfe-ger Michael Kusterer kommt glimpflich davon, als er 1788 nachts im Rausch seine Eltern bedroht (er wolle ihnen das Haus anzünden). Er wandert zuerst in den Oberen Torturm, dann in den „schelmen thurn“; 15 Stockstrieche durch einen Hatschier ziehen den Schlußstrich: „aber nit gar hart hergangen“.

Fürchterlich war, wie in Münchhausens Rußland, die *große Kälte* im Winter von 1788 auf 89: „der große steinene steg, zwischen den bech, Versprungen, über 200 iar alda gelegen“. Die Postillione froren auf ihren Pferden fest: „sein bey 3 wochen lang im land, keine bosten Vortgangen oder geritten, und Etliche postknecht, also starrent auff den pferden dodt gefunden worden, die pfert sein nacher hauß komen, und die postilion Verfrohren (. . .)“.

Eine suggestive medizinische Lehrmeinung notiert Machleid 1789: die Natur als Damokles, unentrinnbares leibliches Schicksal: „Der herr doctor schmidt sagte öfters zu mier, der mensch habe *drey bluetstropfen* im hirn. Wann der mittlere tropfen falle, so sey der mensch gleich mausdodt. So aber der rechte tropfen falle, so werde der mensch auff selber seit lamb. So aber der lincke bluetstropfen falle, so werde man auff der lincken seiten lamb.“

In Paris hatte es inzwischen begonnen. Ein paar Tage nach dem Bastillesturm gastiert in Ettenheim eine seltsame *Tierschau*, nicht die apokalyptischen Rei-ter, aber die „Ankunfft fremder Indianischer Vier thier hier in dem Löwen zue sehen. Den 20:ten heymonat (Juli 1789) sein 3 Jtaliener mit 4 fremden thierer, hier beim Löwen gewesen, und haben auff der gassen getanzet alle Vier, namlich: ein wilder brauner Mer ox, er hate die horn zueruck und große zehn im maul, ein wiester dicker kopf, breite fieß; mer ein Merügel mit stach-len oder federen; mer ein aff aus America; mer ein weiße geiß, die hate grume herner zueruck und ein groß lang weiß horn auff der stirnen, weiß wie ein Ein-horn, und ein weißen barth. Man dörrfte nur ein Kreuzer bezalen, wer es sehn wolte. Den 21ten (. . .) sein sie fort.“

# Wirtschaft und Bevölkerung in den Amtsbezirken Achern und Bühl 1850 bis 1914<sup>1</sup>

*Gudrun Schultz*

Als im Rahmen der Gebietsreform am 1. Januar 1973 der Landkreis Bühl aufgehoben und die Gemeinden auf den Landkreis Rastatt und den Ortenaukreis verteilt wurden, lebte die Verwaltungsgrenze wieder auf, die die 1924 zusammengeschlossenen Amtsbezirke Achern und Bühl seit den Verwaltungsreformen und Gebietsumgliederungen in Baden im frühen 19. Jahrhundert getrennt hatte<sup>2</sup>. Allerdings hatten die beiden Amtsbezirke immer zur gleichen höheren Gebietseinheit gehört<sup>3</sup>, während ihr Gebiet heute zu verschiedenen Regierungsbezirken zählt. In der Gebietsreform von 1973 wurde ein Raum erneut geteilt, der wie in der landschaftlichen Gestalt, geprägt durch die Dreigliederung Schwarzwald, Vorbergzone und Rheinebene, auch in seiner wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Struktur und Entwicklung zumindest seit der einheitlichen Zugehörigkeit zum Großherzogtum Baden recht einheitliche Züge aufweist.

## **Die Bevölkerungsentwicklung**

Im gesamten 19. Jahrhundert gehörten die Amtsbezirke Achern und Bühl zu den volkreicheren Gegenden Badens. Für das Großherzogtum errechnet sich für das Jahr 1834 eine Bevölkerungsdichte von 80,84 Einwohnern je Quadratkilometer<sup>4</sup>, im Amtsbezirk Achern lebten dagegen 110,28 und im Amtsbezirk Bühl 118,67 Menschen auf der gleichen Flächeneinheit<sup>5</sup>. Dieser Abstand verringerte sich jedoch allmählich, wurde aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeglichen bzw. ins Gegenteil verkehrt<sup>6</sup>.

### *Bevölkerungswachstum*

Schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts blieb aber das *Bevölkerungswachstum* in den beiden Amtsbezirken hinter dem durchschnittlichen Wachstum im Großherzogtum zurück.

Besonders die Krisensituation infolge der wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, die in die politischen Unruhen der Jahre 1848/49 einmündeten, wirkte sich in den überwiegend landwirtschaftlich und kleingewerblich ge-



Karte des Amtsbezirke Achern und Bühl

prägten Amtsbezirken stärker auf die Bevölkerungsentwicklung aus als in anderen Landesteilen. Während in Baden das mittlere jährliche Bevölkerungswachstum, das zwischen den Jahren 1834 und 1845 noch 8,3‰ betragen hatte (bezogen auf das Ausgangsjahr), zwischen 1845 und 1852 auf 1,8‰ absank, kam es in beiden Amtsbezirken schon zu einem Bevölkerungsverlust von 1,2‰ (Achern) und 0,9‰ (Bühl) im Jahresmittel. In den folgenden drei Jahren bis 1855 nahm dann die Bevölkerungszahl in Baden allgemein ab und zwar um 10,4‰ im jährlichen Durchschnitt, im Amtsbezirk Bühl aber um 25,6‰ und im Amtsbezirk Achern sogar um 35,0‰. Als danach die Wirtschaft sich wie-

*Die Bevölkerungsdichte in Baden und in den Amtsbezirken Achern und Bühl  
1834—1925*

Jahr	Einwohner je Quadratkilometer		
	Baden	AB Achern	AB Bühl
1834	80,84	110,28	118,67
1845	89,55	123,42	130,95
1852	90,03	122,39	130,13
1855	87,22	109,55	120,16
1858	88,62	111,26	121,90
1861	90,83	114,14 <sup>a</sup>	125,84
1864	94,74	119,94	138,47
1867	95,19	119,77	131,20
1871	96,95	118,29	130,78
1875	99,98	119,94	134,02
1880	104,66	124,18	137,92
1885	106,22	124,11	137,08
1890	109,98	125,66	136,37
1895	114,46	128,99	134,29 <sup>b</sup>
1900	123,82	135,44	137,88
1905	133,39	143,63	143,70
1910	142,15	148,44	148,73
1925	153,38		160,14

a mit Mösbach und Renchen.

b mit Stollhofen.

*Quellen:* Bevölkerungsdaten wie Tabelle Bevölkerungszahlen S. 134

*Flächenangaben:* Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 9. 1859. (Für 1854), H. 20. 1865. (Für 1864)

Statistisches Jahrbuch für das Land Baden. 43. 1930. (Für 1925)

der etwas erholte und politisch ruhigere Zustände eintraten, wuchs zwar, von einigen Rückschlägen abgesehen, die Bevölkerungszahl in beiden Amtsbezirken wieder an, aber mit niedrigeren Wachstumsquoten als im Großherzogtum, wo sich das rasche Anwachsen der Städte, insbesondere der vier Großstädte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg, auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkte. Der ländliche Raum mußte hinter dieser stürmischen Entwicklung zurückbleiben.

Aber auch innerhalb des Gebietes der beiden Amtsbezirke gab es deutliche Unterschiede in Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsentwicklung. Schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren die Orte der Vorbergzone am dichtesten bevölkert. Außer den beiden Amtsstädten hatten die Rebdorfer Eisental, Neuweier und Varnhalt, der Gewerbeort Oberachern, die ehemalige Amtstadt Steinbach und der Marktflecken Sasbach Einwohnerdichten von mehr als 180 E/qkm aufzuweisen. In den Dörfern der Rheinebene lagen die Dichten dagegen meist unter und um 100 E/qkm. Die höchsten Werte erreichten hier die Dörfer Wagshurst, Gamshurst, Unzhurst und Hatzenweier. Insgesamt am wenigsten dicht, aber auch am unterschiedlichsten waren die Orte im Schwarz-

*Bevölkerungszahlen und Bevölkerungsentwicklung in Baden und in den Amtsbezirken Achern und Bühl 1834—1925*

Jahr	Baden	Einwohnerzahl		Mittlere jährliche Veränderung in ‰		
		AB Achern	AB Bühl	Baden	AB Achern	AB Bühl
1834	1 208 687	17 261	25 147			
1845	1 349 884	19 318	27 748	8,3	6,5	6,5
1852	1 357 208	19 157	27 575	1,8	- 1,2	- 0,9
1855	1 314 837	17 146	25 461	- 10,4	- 35,0	- 25,6
1858	1 335 952	17 414	25 830	5,4	5,2	4,8
		(20 501) <sup>a</sup>				
1861	1 369 291	20 729	26 665	8,3	3,7	10,8
1864	1 428 090	21 783	27 818	14,3	16,9	14,4
1867	1 434 970	21 692	27 801	1,6	- 1,4	- 0,2
1871	1 461 428	21 499	27 722	4,6	- 2,2	- 0,7
1875	1 507 179	21 782	28 398	7,8	3,3	6,1
1880	1 570 254	22 552	29 225	8,4	7,1	5,8
1885	1 601 255	22 539	29 047	4,0	- 0,1	- 1,2
1890	1 657 867	22 822	28 896	7,0	2,5	- 1,0
			(29 977) <sup>b</sup>			
1895	1 725 464	23 427	30 116	8,2	5,3	0,9
1900	1 866 584	24 597	30 920	16,4	10,0	5,3
1905	2 010 728	26 084	32 227	15,2	12,0	8,5
1910	2 142 833	26 958	33 579	13,2	6,7	8,4
1925	2 312 462		68 777	5,3		

a Einschließlich Mösbach und Renchen, die am 14. 4. 1859 vom Oberamt Oberkirch zum Oberamt Achern kamen.

b Einschließlich Stollhofen, das am 1. 1. 1891 vom Bezirksamt Rastatt zum Bezirksamt Bühl kam.

*Quellen:* Volkszählungsdaten 1834: Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Baden 1834. Karlsruhe 1834.

1845: Die politischen, Kirchen- und Schulgemeinden des Großherzogthums Baden mit der Seelen- und Bürgerzahl vom Jahr 1845. Karlsruhe 1847.

1852 und folgende: Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. 1. 1855 — 46. 1903 und Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum (Land) Baden. 4. 1871./73 bis 43. 1930.

wald bevölkert. Während Kappelrodeck als Gewerbe- und Marktort mit alter zentralörtlicher Bedeutung für das Achertal nach Bühl mit 253,92 E/qkm die höchste Bevölkerungsdichte in beiden Bezirken aufwies, hatten Seebach im oberen Achertal mit 39,08 E/qkm und die Waldkolonien Herrenwies und Hundsbach mit 25,80 E/qkm die niedrigsten Dichtewerte.

Während des 19. Jahrhunderts verschärfte sich dann der Unterschied in der Bevölkerungsdichte zwischen den naturräumlichen Einheiten noch. Starkem Bevölkerungswachstum in den Orten der Vorbergzone standen geringes Wachstum und auch Bevölkerungsverluste in den Orten der Rheinebene gegenüber. Im Schwarzwald wechselte Wachstum mit Rückgang ab. Die gewerblich orientierten Gemeinden des Bühler- und des Achertals wuchsen allerdings stetig an, so daß beide Täler zu Ende des Jahrhunderts noch deutlicher



## Die Bevölkerungsdichte nach Naturräumen im Jahre 1834

Gemeinde	Einwohner	Hektar	E/qkm
Bühlertal	2 523	1 754,93	143,77
Herrenwies + Hundsbach	588	2 279,18	25,80
Lauf	1 803	1 449,24	124,41
Furschenbach	232	393,91	58,90
Kappelrodeck	2 368	932,56	153,92
Ottenhöfen	1 206	2 185,92	55,17
Sasbachwalden	1 255	1 820,10	68,95
Seebach	751	1 921,64	39,08
Waldulm	972	810,86	119,87
Neusatz	1 219	1 089,18	111,92
Schwarzwald	12 917	14 637,52	88,25
Altschweier	961	496,16	193,69
Bühl	2 799	1 099,98	254,46
Eisental	1 225	601,66	203,60
Kappelwindeck	1 183	1 110,06	106,57
Neuweier	1 217	597,34	203,74
Oberweier	226	125,30	180,37
Ottersweier	1 624	1 730,09	93,87
Steinbach	2 117	1 123,75	188,39
Varnhalt	836	370,86	225,42
Waldmatt	200	120,98	165,32
Achern	1 660	855,14	194,12
Fautenbach	892	629,38	141,73
Oberachern	1 258	532,17	236,39
Obersasbach	394	430,63	91,49
Önsbach	1 185	792,49	149,53
Sasbach	1 229	665,03	184,80
Vorbergzone	19 006	11 281,02	168,48
Balzhofen	347	340,62	101,78
Greffern	641	651,35	98,41
Hatzenweier	177	133,94	132,15
Hildmannsfeld	189	213,88	88,37
Leiberstung	395	573,58	68,87
Moos	582	531,81	109,44
Oberbruch	296	502,64	58,89
Oberwasser	352	435,67	80,80
Schwarzach	1 156	1 112,95	103,87
Ulm	632	716,88	88,16
Unzhurst	595	443,95	134,02
Vimbuch	343	577,90	59,35
Weitenung	565	641,99	88,01
Zell	356	284,81	125,00
Gamshurst	1 490	1 143,19	130,34
Großweier	790	622,90	126,83
Sasbachried	403	337,74	119,32
Wagshurst	1 176	862,70	136,32
Rheinebene	10 485	10 128,50	103,52

*Quellen:* Einwohner: Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Baden 1834. Karlsruhe 1834.  
 Fläche: Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 9. 1859.

als die dichtest bevölkerten Teilräume innerhalb der Amtsbezirke hervortraten.

Die Bevölkerungszahl paßt sich auf zwei Wegen der wirtschaftlichen Grundlage an: einmal über die natürliche Bevölkerungsbewegung, d.h. über Steigerung oder Minderung der Geburten und der Sterbefälle, dann durch räumliche Bewegungen in Zu- und Abwanderungen. Dabei passen sich die Geburtenziffern deutlicher als die Sterbeziffern an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtsituation an.

In Baden senkte sich die *Geburtenziffer*, die sich in den Jahren 1830 bis 1846 zwischen 35 und 40 Lebendgeborenen im Jahr auf tausend Einwohner bewegt hatte, seit 1847 mit einigen Schwankungen auf knapp 29 Lebendgeborene auf tausend Einwohner im Jahre 1855. Danach stieg sie allmählich wieder an bis zu einer Kulmination in den siebziger Jahren bei 39—40‰. Der kriegsbedingte Rückgang 1871 wurde durch eine Erhöhung in den folgenden Jahren mehr als ausgeglichen. Die *Sterbeziffern* bewegten sich mit kurzfristigen Schwankungen und ohne erkennbare Gesamttendenz in dieser Zeit etwa zwischen 25 und 29 Todesfällen (ohne Totgeborene) im Jahr auf tausend Einwohner<sup>7</sup>.

Für die Amtsbezirke Achern und Bühl liegen die Zahlen der Geborenen und Gestorbenen erst ab 1852 fortlaufend vor<sup>8</sup>. Die Gesamtentwicklung entspricht etwa der im Großherzogtum, aber die Geburtenziffern lagen in beiden Amtsbezirken bis zum Ende der siebziger Jahre meist etwas höher, die Sterbeziffern, allerdings weniger eindeutig, etwas niedriger. Daß die Geburtenziffern im Amtsbezirk Bühl fast durchgehend höher waren als im Amtsbezirk Achern, darf wohl mit als Folge der vorherrschenden Erbsitten interpretiert werden: während im Bezirk Bühl ganz überwiegend der landwirtschaftliche Besitz unter alle Kinder verteilt wurde, war in einer Reihe der Gemeinden des Bezirks Achern, insbesondere in den Schwarzwaldgemeinden, geschlossene Vererbung üblich<sup>9</sup>. In dem unmittelbar südlich an den Amtsbezirk Achern angrenzenden Raum hatte allerdings für den Zeitraum zwischen 1880 und 1933 Schubnell<sup>10</sup> im Gegensatz dazu festgestellt, daß bei der bäuerlichen Bevölkerung im Anerbengebiet des Schwarzwaldes bei gleicher Konfession die Kinderzahl pro Ehe höher lag als bei der bäuerlichen Bevölkerung im Realteilungsgebiet und daß der Geburtenrückgang dort geringer war. Der Widerspruch klärt sich insofern auf, als im Anerbengebiet mit einer, auf die Bevölkerungszahl berechnet, niedrigeren Zahl von Eheschließungen zu rechnen ist, zumindest solange die Heirat behördlicher Genehmigung und des Nachweises eines bestimmten Vermögens oder Einkommens bedurfte. In der Regel konnte nur der Hoferbe eine Familie gründen. Außerdem bleiben bei Schubnells Berechnung die außerehelichen Geburten außer acht. Eine Folge der durch Tradition und Obrigkeit beschnittenen Heiratsmöglichkeit war die relativ große Anzahl unehelicher Geburten in den Gemeinden mit geschlossener Vererbung (für 1863 bis 1865 liegen die Angaben für das Amt Achern gemeindeweise vor), auch

wenn der berichtende Amtmann die Ursache im Mangel eines Geistlichen am Ort und darausfolgender vernachlässigter Verbreitung moralischer Grundsätze, in den zerstreut liegenden Wohnungen und Zusammenkünften auf den Höfen sowie dem Schnapstrinken sucht<sup>11</sup>.

Nach einem kurzfristigen Geburtenhoch gingen etwa seit der Jahrhundertwende die Geburtenziffern ständig zurück. Allerdings blieb auch der Rückgang schwächer als im Landesdurchschnitt, obgleich aus den Amtsbezirken viele junge Menschen abwanderten. Daß die Geburtenzahlen erneut über dem Landeswert lagen, hängt wohl mit der geringen Industrialisierung und mit der geschlossen katholischen Konfessionszugehörigkeit zusammen. Schubnell<sup>12</sup> weist aufgrund seines statistischen Materials zumindest eindeutig den größeren Kinderreichtum des katholischen Bevölkerungsteils nach und zwar sowohl der katholischen bäuerlichen gegenüber der protestantischen bäuerlichen als auch der katholischen Arbeiter- gegenüber der protestantischen Arbeiterbevölkerung, wenn auch bei den Katholiken die Geburtenzahlen in dem von ihm untersuchten Zeitraum zurückgegangen sind.

Die Sterbeziffern bewegten sich bis in die siebziger Jahre ungefähr zwischen 22 und 33 Gestorbenen im Jahr auf tausend Einwohner. Der Krieg von 1870/71 brachte eine deutliche Erhöhung der Sterbeziffern, allerdings nicht durch unmittelbare Kriegsverluste, sondern infolge der aus dem Kriegsgebiet eingeschleppten Blatternepidemie, die allein im Amtsbezirk Bühl 1871 bei etwa 600 Erkrankungen 209 Todesopfer gefordert hat<sup>13</sup>. Danach verminderten sich die Sterbeziffern wieder für längere Zeit, wenn sie auch in beiden Amtsbezirken höher als im Landesdurchschnitt und im Amtsbezirk Bühl wiederum höher als im Amtsbezirk Achern lagen. Wesentlichen Anteil an der Senkung der Sterbeziffern allgemein hatte der Rückgang der Säuglingssterblichkeit<sup>14</sup>. In den sechziger Jahren starb in Baden jedes dritte bis vierte lebendgeborene Kind im ersten Lebensjahr, in den siebziger Jahren noch jedes vierte bis fünfte. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war die Säuglingssterblichkeit von diesen 20 bis 30% der Lebendgeborenen auf 10 bis 15% abgesunken. Soweit Zahlen veröffentlicht sind (ab 1876), lag die Säuglingssterblichkeit in den Amtsbezirken Achern und Bühl allerdings immer unter dem Landesdurchschnitt. Für die höheren Sterbeziffern muß also eine andere Ursache verantwortlich sein. Sie liegt sicher unter anderem in der durch die Abwanderung ungünstig beeinflussten Altersstruktur.

Einschneidender als die Veränderung der Geburten- und Sterbeziffern war für die Bevölkerungsbewegung auch im 19. Jahrhundert die räumliche Mobilität, die in beiden Amtsbezirken fast ausschließlich eine *Abwanderung* war. Aus- und Abwanderung mußte das Regulativ einer Bevölkerung bleiben, in der dem andauernd hohen natürlichen Zuwachs nicht eine ebenso wachsende Wirtschaftsgrundlage zur Verfügung stand, so lange also die Landwirtschaft einzige oder vorherrschende Erwerbsquelle war. Nur durch den „regelmäßigen Ab-

zug der jungen Leute“ vermochte eine „kleine Gemarkung mit landwirtschaftlichem Betrieb den Übrigbleibenden hinreichenden Unterhalt zu bieten . . . wenn nicht durch Übervölkerung mit der Zeit ein Notstand eintreten“ sollte<sup>15</sup>. Die Abwanderung vorwiegend jüngerer Jahrgänge, bei der die Zahl der jungen Männer die der jungen Frauen übertraf, bewirkte eine Verminderung der Geburtenzahlen, die relative Überalterung der sesshaft bleibenden Bevölkerung und damit letztlich eine Erhöhung der Sterbeziffern. Ihr Einfluß auf die natürliche Bevölkerungsbewegung liegt damit auf der Hand.

Zwei Wanderungsrichtungen bestimmten die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Jahre bis zum Kriegsausbruch 1914: die Auswanderung und die Land-Stadt-Wanderung.

### *Auswanderung*

Baden war durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch Auswanderungsland; das Zielgebiet war vorzugsweise Nordamerika. In den Notjahren um die Jahrhundertmitte nahm die Auswanderung die Form eines Massenauszugs an. Dabei waren die Auswanderungen aus wirtschaftlicher Not häufiger als die politisch motivierten Auswanderungen nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49. Neben den Mißernten, die sich in jenen Jahren häuften, lasteten Teuerungen, noch offenstehende Zehntablösungskosten und als unmittelbare Folge der Revolution die Umlagen für Mobilmachungsauslagen, Kriegsverwaltung und die Einquartierung der in Baden eingesetzten preußischen Truppen schwer auf der Bevölkerung<sup>16</sup>. Im Amt Achern hatten nur einige Gemeinden größere Wanderungsverluste, aber aus dem Amt Bühl zogen sehr viele Auswanderer fort. J. Morgenthaler hat nach Angaben bei H. Baier die Zahl der Auswanderer aus den Gemeinden des späteren Landkreises Bühl zusammengestellt und nach Naturräumen geordnet<sup>17</sup>. Diese Tabelle sei hier wiedergegeben, ergänzt durch die Berechnung des Anteils der Ausgewanderten an der als Mittelwert angenommenen Einwohnerzahl von 1852.

Allerdings kann die Auswanderung in jenen Jahren zahlenmäßig nicht genau erfaßt werden, weil die Meldungen seitens der Gemeinden nicht vollständig vorliegen und weil viele Auswanderer ohne amtliche Genehmigung und ohne Papiere wegzogen, also auch nicht registriert wurden. Für die Jahre 1840 bis 1849 wurden 23 966 Auswanderer aus Baden registriert. Für den Schwarzwald und die Rheinebene schätzt Spohner<sup>18</sup> für die gleiche Zeit bzw. für 1841 bis 1849 zusätzlich etwa 47 700 heimliche Auswanderer.

Trotz der quellenbedingten Fragwürdigkeit der Zahlen wird deutlich, daß vor allem aus den Gemeinden der Rheinebene ein durchgehend großer Teil der Bevölkerung auswanderte, während in der Vorbergzone und im Schwarzwald die Auswandereranteile stärker differierten und insgesamt niedriger lagen.

*Die Auswanderer aus den Gemeinden des späteren Landkreises Bühl in den Jahren 1847 bis 1855 und ihr Anteil an der Bevölkerung von 1852*

Gemeinde Rheinebene			Gemeinde Vorbergzone			Gemeinde Schwarzwald		
Gemeinde	Ausw.	%	Gemeinde	Ausw.	%	Gemeinde	Ausw.	%
Gamshurst	150	10,5	Achern	120	4,6	Bühlertal	400	12,9
Greffern	71	9,7	Bühl	170	3,8	Furschenbach	16	5,4
Großweier	54	8,0	Fautenbach	76	9,1	Kappelrodeck	74	3,1
Leiberstung	50	13,0	Mösbach	200	21,9	Neusatz	108	6,4
Moos	60	10,5	Oberachern	55	5,1	Seebach	90	9,7
Schwarzach	100	7,1	Obersasbach	55	6,8	Sasbachwalden	70	4,4
Ulm	40	6,4	Önsbach	180	15,0	Ottenhöfen	50	3,1
Unzhurst	100	7,4	Ottersweier	200	10,1	Waldulm	50	15,9
Vimbuch	40	8,8	Neuweier	100	7,3			
Weitenung	65	9,7	Sasbach	230	16,2			
Oberbruch	60	18,9	Sinzheim	150	4,7			
Sasbachried	55	13,3	Steinbach	150	6,9			
			Varnhalt	16	1,7			
	845	9,3		1 702	7,4		858	6,8

Nicht alle Auswanderer verließen die Heimat freiwillig. Die Auswanderung wurde von der Regierung nicht nur begünstigt, sondern über die Gemeinden auch erzwungen, soweit es sich um Familien und Personen handelte, die kein eigenes Auskommen mehr hatten und der Unterstützungsgemeinde zur Last fielen. Die Kosten dieser Zwangsauswanderungen wurden von den Heimatgemeinden getragen, denen das erforderliche Kapital von der Regierung vorgestreckt werden konnte. So nahm z.B. im Jahre 1854 die Gemeinde Bühlertal 26 000 fl zu 4,5% Zins auf, um 57 Familien mit über 300 Personen nach New Orleans abzuschicken. Die Rückzahlung der Anleihe sollte durch außerordentliche Einschlüsse in den Genossenschaftswaldungen gedeckt werden<sup>19</sup>.

Auch nach Überwindung der schlimmsten Krisenjahre hielt die Auswanderung während des ganzen restlichen 19. Jahrhunderts und des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts an. Brennende wirtschaftliche Not trat aber als Ursache der Auswanderung allmählich in den Hintergrund, obwohl auch sie noch immer eine Rolle spielte. Das läßt sich zumindest aus der Tatsache schließen, daß immer wieder Auswanderer auf Gemeindegeldern ausgerüstet werden mußten, so zum Beispiel drei „schlechte Subjecte“ im Amt Achern 1865, acht „Partien“ im Amt Bühl 1882 und 22 Personen 1883. Als Wanderungsmotiv wird jetzt aber hauptsächlich die Hoffnung auf besseres Fortkommen in Amerika genannt. Die meisten Auswanderer waren auch in der Lage, eigenes Vermögen mitzuführen. Dessen Höhe mußte den Behörden mitgeteilt werden.<sup>20</sup>

Bei den jungen Männern scheint ein weiterer Auswanderungsgrund der Wunsch gewesen zu sein, den Militärdienst zu vermeiden. Dagegen schritten allerdings die Behörden ein. Bevor die Bezirksämter der Entlassung aus dem badischen Staatsverband zustimmten und dem Auswanderungswilligen den

*Auswanderung aus den Amtsbezirken Achern und Bühl in der Zeit zwischen 1864 und 1887<sup>a</sup>*

Jahr	AB Achern	AB Bühl
1864	42	39
1865	148	112
1866	119 (78)	
1867	70 (60)	
1868	44 (81)	
1869	57 (30)	
1870	55 (12)	39
1871	87 (90)	101 (25)
1872	103 (31)	105 (52)
1873	99 (22)	86 (33)
1874		
1875		18
1876		8
1877		19
1878		17
1879		126
1880		280
1881	140	222
1882	92	165
1883	98	135
1884	62	
1885	30	
1886	22	
1887	49	

a soweit die Zahlen aus den Jahresberichten der Bezirksämter hervorgehen. Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Personen, die ohne Erlaubnis, nur auf Reisepaß, ausgewandert sind (GLA 236/10271, 1865 und 236/10238, 1864, 1865).

Als Beispiel für die zahlreichen Briefe von Ausgewanderten, die ihre Angehörigen in der Heimat zum Nachkommen aufforderten, sei ein kurzer Brief von 1878 aus den Bezirksamtsakten des Generallandesarchivs abgedruckt<sup>26</sup>. Schreiber ist Karl Königer, der vor fünf Jahren aus Kappelrodeck nach Amerika ausgewandert ist. Zur Auswanderung ermutigt wird der Schwager seiner Schwester, Friedrich Huber, geboren am 1. März 1860 als Sohn des Anton Huber und der Maria Anna, geb. Panther, in Kappelrodeck. Von ihm lebt auch ein Onkel in Amerika.

Huber stellte auf diesen Brief hin am 25. September 1878 über die Gemeindeverwaltung Kappelrodeck den Auswanderungsantrag an das Bezirksamt Achern. Als Grund gibt er an, daß sein Bruder das Hofgut von der Mutter übernommen habe und er selbst bei fremden Leuten arbeiten müsse. Er erhofft sich ein besseres Fortkommen als Landwirt in Amerika und legt als Beweis den Brief Königers vor. Nachdem die Bestätigung eingeholt wurde, daß Huber nicht auswandern wolle, um der Militärpflicht zu entgehen, wird ihm am 15. Oktober 1878 vom Bezirksamt Achern die Entlassung aus dem badischen Staatsverband ausgestellt<sup>27</sup>.

Boonzwill den 5. August 1878

Lieber Freund.

Ich will dir einige Zeilen schreiben wie es bei mir geht. Ich habe letzte Woche auf meinem Lande angefangen. Ich habe 160 Acker vür 350 Tahler gekauft. Es ist jetzt sehr warm hier. Wenn der Friedrich kommen will, so soll er jetzt kommen, ich denke ehr könnte sehr gut thun. Wenn er kommt so soll ehr mir bald schreiben ob ehr kommen kann oder nicht. Ich würde mich nicht mehr nach Kappelrodeck wünschen. Ich will dir auch schreiben was das Fih und ein sach für ein werth hat, die schönste Kuh kauft mann vür 35 bis 40 Tahler. Das Pfund Butter 13 bis 15 Sent. Ein schönes Pferd für 75 bis 100 Tahler.

Wenn der Friedrich kommt, so soll er auch viele sorten, Pflanze mit bringen.

Ich will mein schreiben schliesen, und euch vielmahl grüßen.

Viele Grüße, an Freunde und Verwandte, und an Silfester Herрман.

Dein Freund  
Karl Königer

Reisepaß ausstellten, wurde von der zuständigen Gendarmeriestation ein Gutachten eingeholt, ob Anlaß zu der Vermutung bestehe, die Auswanderung sei nur geplant, um dem Militärdienst zu entgehen.<sup>21</sup>

Ein entscheidender Faktor, der das Ausmaß der Auswanderung mitbestimmte, war die verbesserte Nachrichtenübermittlung zwischen den Kontinenten, also zwischen den Ausgewanderten und ihren Verwandten in der Heimat<sup>22</sup>. Erfolgsberichte regten zum Nachreisen an, oft auch wurde das Reisegeld aus Amerika geschickt. Andererseits hielten Berichte über politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Staaten manchen Auswanderungslustigen in der Heimat zurück. Während des Sezessionskrieges ließ die Auswanderung merklich nach, stieg aber schon 1865 wieder an. Im Abschnitt „Auswanderung“ im Jahresbericht des Bezirksamtes Achern von 1873<sup>23</sup> heißt es, es wären mehr Auswanderer fortgezogen, wenn nicht trostlose Nachrichten von Ausgewanderten über Teuerung und Erlahmung der Geschäfte in Amerika eingelaufen wären. Dagegen nahm mit dem Jahr 1879 die Auswanderung, die sich in den Vorjahren auf sehr niedrigem Stand gehalten hatte, wieder einen deutlichen Aufschwung. Aus Nordamerika waren gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten gemeldet worden, und zuhause machte sich der Mangel an lohnenden, d.h. gewerblich-industriellen Arbeitsplätzen fühlbar. Hinzu kamen einige Fehlernten im Weinbau, die Geldknappheit zur Folge hatten. Dennoch wanderten aus den Rebgemeinden hauptsächlich jüngere Männer einzeln aus, während aus den Feldbau treibenden Orten der Ebene ganze Familien abzogen<sup>24</sup>. Von den Auswanderern aus den Rebgemeinden wurde meist Vermögen aus dem Verkauf von Grundstücken mitgeführt. In den Dörfern der Ebene trug in vielen Fällen die Gemeinde die Auswanderungskosten für ärmere Familien und hielt sich an der Verpachtung des Allmendanteils der Auswanderer schadlos<sup>25</sup>. Erst in der Mitte der achtziger Jahre sank die Zahl der Auswandernden wieder, da sich die Arbeitsmöglichkeiten im Inland verbesserten.

Einwanderungen fanden praktisch nicht statt. Nur selten werden in den Jahresberichten der Bezirksamter Einwanderer aufgeführt. Es handelt sich dann meist um Italiener und in einigen Fällen um Württemberger. Ihre offiziell gemeldete Zahl blieb in allen Berichtsjahren unter zehn.

### *Land-Stadt-Wanderung*

Etwa seit den siebziger Jahren wurde aber die Auswanderung mehr und mehr von der Binnenwanderung, der *Land-Stadt-Wanderung*, überlagert, die ein weit stärkeres Ausmaß annehmen sollte. Mit der wachsenden Bedeutung von Industrie und Gewerbe für das Wirtschaftsleben auch im Großherzogtum Baden begannen die Industriestandorte die landwirtschaftlich beharrenden Räume im Bevölkerungswachstum zu überflügeln, da sie mit ihrem Bedarf an Arbeitskräften, auch an ungelernten Arbeitern, und mit ihrem Angebot an vergleichsweise guten Verdienstmöglichkeiten Arbeitskräfte aus dem ländli-

chen Raum absaugten. Zum Teil handelte es sich nur um einen „Kreislauf, den ein Theil der ländlichen Bevölkerung nach und von der Stadt regelmäßig durchmacht, indem einerseits Schüler höherer Bildungsanstalten, Lehrlinge, Gehilfen, Soldaten, Mägde, Arbeiter und Arbeiterinnen etc. vom Lande und aus den kleineren Städten in die größeren Städte zieht und andererseits der größte Theil dieser Personen nach einer kürzeren oder längeren Frist in ihre Heimath zurückkehrt“<sup>28</sup>. Aber die Bevölkerungsstatistik weist aus, daß es sich doch in den meisten Fällen um einen endgültigen Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes gehandelt hat.

Noch zu Beginn der sechziger Jahre waren die wichtigeren Industriebetriebe Badens auf die Städte Pforzheim, Mannheim, Karlsruhe, Lahr, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Lörrach, Säckingen, Emmendingen, Kehl, Ettlingen und das Dorf Waghäusel verteilt<sup>29</sup>. In der Folgezeit verlagerte sich nicht nur der industrielle Schwerpunkt Badens vom Süden in den Norden, sondern es vollzog sich gleichzeitig ein Übergang von der weitverstreuten Standortverteilung zur Konzentration der Industrie, wobei besonders die größeren Städte bevorzugt wurden. Die Folge war eine zunehmende Verstädterung, wie sie in anderen Teilen Deutschlands schon früher eingesetzt und einen stürmischeren Verlauf genommen hatte.

Im Jahre 1852 hatten von den rund 1 357 000 Einwohnern Badens noch drei Viertel in Landgemeinden und nur ein Viertel in den 114 Städten des Landes gelebt. Von diesen 114 Städten hatten nur vier mehr als zehntausend Einwohner (Mannheim: 24 316, Karlsruhe: 24 299, Freiburg: 16 441 und Heidelberg: 14 564), zusammen knapp 6% der Bevölkerung des Großherzogtums. Nach fünfzig Jahren, im Jahre 1900, hatte sich dieses Verhältnis merklich verschoben. Die Bevölkerung war auf rund 1 868 000 Menschen angewachsen. Sie verteilte sich zu knapp 60% auf Land- und zu mehr als 40% auf Stadtgemeinden. Mehr als ein Viertel (27%) der Bevölkerung lebte jetzt schon in Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern. Während die Bevölkerung der ländlichen Gemeinden konstant geblieben war, hatte sich die der Städte mehr als verdoppelt, die der Städte mit über zehntausend Einwohnern sogar mehr als versechsfacht.

Nicht die Hälfte der im Jahre 1900 bei der Volkszählung erfaßten Stadtbe-  
wohner war an ihrem derzeitigen Wohnort geboren, der größere Teil war zu-  
gewandert. Diese Zuwanderung, die sich aufgrund der Volkszählungsdaten  
zwar nicht als Bewegung, wohl aber in ihrem Ergebnis nachweisen läßt, war  
überwiegend Binnenwanderung innerhalb Badens. Zuwanderer aus anderen  
deutschen Ländern waren nur mit einem Drittel beteiligt<sup>30</sup>.

Diese Land-Stadt-Wanderung kam innerhalb der beiden Amtsbezirke nur der  
Amtsstadt Achern zugute. Ihre Bevölkerungszahl vergrößerte sich von 1852  
bis 1900 um die Hälfte. Die noch stärker landwirtschaftlich geprägte Schwe-  
sterstadt Bühl steigerte ihre Einwohnerzahl nur um 9% und hob sich damit



kaum von den Dörfern der Umgebung ab. Bei der Volkszählung im Jahre 1900 erwies sich, daß nur 36% der 3 962 Einwohner von Achern in der Stadt selbst geboren waren. 47% waren aus anderen badischen Gemeinden (wohl aus dem näheren Umland) zugezogen, 14% stammten aus anderen deutschen Ländern und 3% aus dem Reichsausland. In Bühl waren dagegen 46% der 3 306 Einwohner in der Stadt geboren, 44% waren aus Baden, 9% aus sonstigen deutschen Ländern und nur 1% aus dem Ausland zugezogen<sup>31</sup>.

Einen etwas genaueren Einblick in die Wanderungsbewegung gewähren die Volkszählungen von 1839, 1852, 1875, 1885 und 1905, für die die Bevölkerungsangaben nicht nur gemeindeweise, sondern auch nach Wohnplätzen veröffentlicht vorliegen<sup>32</sup>. Aufschlußreich ist dabei ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in denjenigen Gemeinden der Vorbergzone und des Schwarzwaldes, die aus einem oder mehreren geschlossenen Ortskernen und aus zerstreut liegenden Einzelhöfen und Zinken bestehen.

In den Jahrzehnten besonders starker Ab- und Auswanderung, also etwa zwischen den Zählungen von 1852 und 1875, nahm in fast allen diesen Gemeinden nur die Bevölkerungszahl in den geschlossenen Siedlungen ab, während in den Streusiedlungen die Einwohnerzahl zunahm. Erst nach der Zählung von 1875, als die Bevölkerungszahl trotz fortdauernder, wenngleich zeitweise verminderter Abwanderung wieder allgemein zunahm, war diese Zunahme in den geschlossenen Dörfern stärker. In den Zinken und Höfen blieb sie geringer, schlug in einigen Fällen auch in eine Bevölkerungsabnahme um, die sich nur aus Abwanderung erklären läßt.

Wie läßt sich nun dieses Wanderungsverhalten deuten, das zunächst im Widerspruch zu der landläufigen Vorstellung von einer Landflucht gerade aus den abgelegenen Gebirgsorten steht? Vermutlich kommen mehrere Ursachen zusammen. Einmal war zweifellos die wirtschaftliche Lage der klein- und unterbäuerlichen Schicht in den Dörfern schlechter als die der Bauern auf den Einzelhöfen und daher die Bereitschaft zum Wegzug größer. Gleichzeitig war aber auch im Dorf die Informationsmöglichkeit größer. Dann wurden seit etwa der Mitte der sechziger Jahre die Heiratsbeschränkungen gelockert. 1867 berichtete der Acherner Amtmann: „Die Gemeindebehörden gewöhnen sich immer mehr, die Heirathsgesuche mit weniger Ängstlichkeit wie früher zu behandeln“<sup>33</sup>. Insbesondere in den Hofsiedlungen führte das zu einer Zunahme der Eheschließungen und der Geburten, übrigens auch zu einer Abnahme der unehelichen Geburten. Da dort aber weiterhin in der Regel geschlossen vererbt wurde, war die zuwachsende Bevölkerung zum Abwandern gezwungen<sup>34</sup>.

## **Die Wirtschaft**

Wenn etwa seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts das Bevölkerungswachstum in den beiden Amtsbezirken hinter der Gesamtentwicklung im Großherzogtum Baden zurückblieb, so geht diese Erscheinung Hand in Hand

mit der wirtschaftlichen Entwicklung, d.h. mit dem Strukturwandel von der dominant landwirtschaftlich bestimmten Wirtschaft zur Industriegewirtschaft, der sich hier mit starker Verzögerung gegenüber anderen Landesteilen vollzog und sich eigentlich erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durchsetzte. Für das ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert läßt sich das schon an der Berufsgliederung der Bevölkerung nachweisen, soll aber für die einzelnen Wirtschaftszweige genauer dargestellt werden.

### *Die Berufsgliederung der Bevölkerung*

Nach der Berufszählung von 1895<sup>35</sup> waren in den meisten Gemeinden der Amtsbezirke Achern und Bühl noch nahezu zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung im Hauptberuf Landwirte. Selbst in Orten mit gewerblicher Tradition wie in Bühlertal, Kappelrodeck und Schwarzach lag die Agrarquote der Erwerbstätigen noch über 50%, in der Amtsstadt Bühl und der Gemeinde mit dem stärksten gewerblich-industriellen Einschlag, in Oberachern, noch über einem Drittel. Nur in Achern, der Amtsstadt mit sehr kleiner Gemarkung, war die Landwirtschaft vergleichsweise bedeutungslos geworden<sup>36</sup>.

### *Die berufliche Gliederung der Bevölkerung in den Amtsbezirken Achern und Bühl sowie im Großherzogtum Baden in den Jahren 1882, 1895, 1907*

Berufsabteilung	Jahr	Berufszugehörige in % der Bevölkerung		
		AB Achern	AB Bühl <sup>a</sup>	Gr'h. Baden
A Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstw., Fischerei	1882	61,03	69,54	49,12
	1895	57,11	67,61	42,41
	1907	48,30	61,43	32,71
B Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe	1882	24,41	18,78	31,56
	1895	25,61	17,65	34,79
	1907	30,15	21,03	40,38
C Handel u. Verkehr einschl. Gastgewerbe und Schankwirtschaft	1882	5,79	5,12	9,04
	1895	5,50	5,78	9,96
	1907	7,32	7,65	12,80
D Hausdienst und wechselnde Lohnarbeit	1882	1,04	0,38	1,17
	1895	0,27	0,24	0,79
	1907	0,35	0,26	0,65
E Militär-, Hofbürgerl. und kirchl. Dienst, sog. freie Berufsarten	1882	3,00	2,13	4,99
	1895	3,50	2,43	5,49
	1907	4,14	2,80	5,60
F Ohne Beruf und Berufsangaben	1882	4,73	4,05	4,12
	1895	8,01	6,29	6,56
	1907	9,74	6,83	7,86

a 1882 und 1895 ohne Stollhofen.

Aus: Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden. Hrsg. vom Großherzogl. Statist. Landesamt. Jg. 41. 1914 und 1915. 15. S. 52f.

Selbstverständlich veränderte sich die Berufsstruktur auch in diesem Raum, und zwar besonders in den Jahren um die Jahrhundertwende. Allmählich wurde die überragende Stellung der Landwirtschaft zugunsten der gewerblichen Wirtschaft abgebaut. Daß dies aber trotz eines gewissen „Nachholbedarfs“ langsamer vor sich ging als im Großherzogtum allgemein, zeigt die folgende Tabelle durch einen Vergleich der Berufszugehörigkeit der Bevölkerung der Amtsbezirke Achern und Bühl mit der des Großherzogtums für die Jahre 1882, 1895 und 1907.

Aus der Tabelle geht aber auch hervor, daß der Amtsbezirk Achern gegenüber dem Amtsbezirk Bühl der wirtschaftlich aktivere war. Im Bühler Bezirk, der schon 1882 einen geringen Anteil der Zugehörigen zur Berufsabteilung B „Industrie“ gehabt hatte, war die Zunahme bis 1907 deutlich geringer als im Bezirk Achern.

### *Hauptberufliche Erwerbstätigkeit in den Amtsbezirken Achern und Bühl im Jahre 1895*

Berufsgruppe	Erwerbstätige im Hauptberuf		
	Anzahl	% aller	% d. nichtldw. hauptberufl. Erwerbst.
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht	16 087	60,4	—
Forstwirtschaft u. Fischerei	185	0,7	1,8
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen . . .	1	0	0
Industrie der Steine u. Erden	406	1,5	3,8
Metallverarbeitung	336	1,3	3,2
Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	114	0,4	1,1
Chemische Industrie	18	0,1	0,2
Forstw. Nebenprodukte, Leuchtstoffe . . .	32	0,1	0,3
Textilindustrie	282	1,1	2,7
Papierindustrie	85	0,3	0,8
Lederindustrie	96	0,4	0,9
Industrie d. Holz- u. Schnitzstoffe	714	2,7	6,8
Industrie d. Nahrungs- u. Genußmittel	804	3,0	7,6
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe	1 158	4,3	11,0
Baugewerbe	823	3,1	7,8
Polygraphische Gewerbe	51	0,2	0,5
Künstler u. künstl. Betriebe	7	0	0,1
. . . nähere Erwerbstätigk. zweifelhaft . . . Produktion	5	0	0
Handelsgewerbe	653	2,5	6,2
Versicherungsgewerbe	5	0	0
Verkehrsgewerbe	210	0,8	2,0
Beherbergung u. Erquickung	537	2,0	5,1
Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechs. Art	92	0,3	0,9
Militär-, Hof-, bürgerl. u. kirchl. Dienst, auch sog. freie Berufsarten	709	2,7	6,7
Ohne Beruf u. Berufsangabe	3 228	12,1	30,6
Erwerbstätige im Hauptberuf insgesamt	26 638	100,0	100,0

*Quelle:* Die Berufszählung im Großherzogthum Baden vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J. (Beitr. z. Statistik . . . NF 9 = H. 55.)

Noch weniger entwickelt als das produzierende Gewerbe war der tertiäre Wirtschaftssektor, der hier durch die Berufsabteilungen C und E repräsentiert ist. Erst langsam drang beispielsweise das Sparkassen- und Bankwesen in die Kleinstädte vor, und erst allmählich verlagerte sich der Einzelhandel von Märkten und Hausierern auf ortsfeste Ladengeschäfte<sup>37</sup>. Die Zunahme der Berufsgruppe Handel und Verkehr einschließlich Gastgewerbe und Schankwirtschaft geht wohl zu einem großen Teil auch auf den Fremdenverkehr zurück, der seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts größere Bedeutung gewann.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß eine so scharfe Trennung zwischen den Berufsgruppen, wie sie die Statistik mit der Erfassung der Hauptberufe vorgibt, in Wirklichkeit nicht bestand. Vor allem war die Verquickung von landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit auch damals eng. In dem kleinbäuerlichen Gebiet, insbesondere in den Dörfern der Vorbergzone und im Schwarzwald, waren viele Bauern von jeher auf Nebenverdienst angewiesen. Nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik<sup>38</sup> ging im Jahre 1895 etwa ein Fünftel der hauptberuflichen Landwirte noch einem Nebenerwerb nach. Dem entspricht, daß die Berufszählung aus dem gleichen Jahr<sup>39</sup> angibt, insgesamt vier Fünftel aller Erwerbstätigen hätten außer ihrem Haupt- noch einen Nebenberuf ausgeübt<sup>40</sup>.

### *Die Stellung der Landwirtschaft*

Die Landwirtschaft war sowohl wichtigster Haupt- als auch wichtigster Nebenberuf mit 60 bzw. 63% der Erwerbstätigen in beiden Amtsbezirken. Aber nur in 60% der landwirtschaftlichen Betriebe stammte das Einkommen ausschließlich aus der Landwirtschaft. Unter den gewerblichen Nebenberufen standen Handel, Gastwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und Baugewerbe mit jeweils mehr als einem Zehntel der nichtlandwirtschaftlich-nebenberuflich Erwerbstätigen an der Spitze. Sicherlich gab es auch die Kombination von gewerblichem Hauptberuf mit gewerblichem Nebenberuf, wie beispielsweise Handel mit Gastwirtschaft, aber zweifellos wurde die Mehrzahl der Nebenberufe von hauptberuflichen Landwirten ausgeübt. Zusätzlicher Verdienst fand sich vor allem im Baugewerbe. Dazu gehörten sowohl der Straßen- und Wegebau, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts energisch vorangetrieben wurde, als auch die Fluß- und Bachregulierungen, die gleichfalls in diesen Jahrzehnten weitergeführt oder in Angriff genommen wurden. Besonders die mit der Rheinkorrektion verbundenen Arbeiten brachten den Bewohnern der Rheindörfer ständigen Zusatzverdienst, mit dem sie rechneten. Als nämlich der Rheinbau weniger Arbeiter erforderte, wandten sich die Anliegergemeinden mit einer Petition an den Landtag. Andererseits fiel es dann Mitte der achtziger Jahre schwer, für den Rheinbau eine größere Anzahl einheimischer Arbeiter zu bekommen, da zunehmender Wohlstand

durch die Ausbreitung von Handelsgewächsen, durch Fabrikarbeit und Abwanderung in die größeren Städte eingetreten war<sup>41</sup>. In den Schwarzwaldgemeinden waren Wald- und Holzarbeiten neben dem Wegebau die hauptsächlichen Nebenerwerbsmöglichkeiten. Fabrikarbeit spielte demgegenüber noch kaum eine Rolle. Noch Ende des Jahrhunderts dachte man bei Erwägungen über weitere Nebenverdienstmöglichkeiten für die bäuerliche Bevölkerung in durchaus traditionellen Bahnen. In einer Bühler Bezirksbesprechung wurde 1883 vorgeschlagen, für die seit Einführung der Dreschmaschine im Winter noch mehr als bisher unterbeschäftigten Bauern die Korbflechterei als neuen Gewerbebezweig einzuführen<sup>42</sup>.

Interessant als Gegensatz zur heutigen Sozialstruktur der Nebenerwerbslandwirte ist das Bild, das sich aus der Aufstellung über die Hauptberufe der Nebenerwerbslandwirte im Jahre 1895 aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung nachzeichnen läßt.

Zunächst zeigt sich, daß es die meisten nebenberuflich geführten landwirtschaftlichen Betriebe in den beiden Amtsstädten (jeweils 85% aller landwirtschaftlichen Betriebe) gab. Verhältnismäßig viele Nebenerwerbsbetriebe hatten auch die Marktorte Sasbach, Kappelrodeck, Renchen, Steinbach mit zwischen 30 und 50% der bäuerlichen Betriebe, die Gewerbeorte Oberachern (60%!) und Bühlertal (27%) sowie die großen Dörfer Ottersweier, Schwarzach, Lauf, Önsbach und Ottenhöfen mit zwischen 20 und 30% der Betriebe.

Fast die Hälfte der 2 625 Nebenerwerbslandwirte (44%) gehörte im Hauptberuf zur Gruppe der Selbständigen in Industrie und Gewerbe, waren also überwiegend Handwerker. Eine weitere große Gruppe stellten mit 32% die zu den „Sonstigen Berufen“ Zählenden, zu denen in erster Linie in Handel, Verkehr, Gastgewerbe, auch im öffentlichen Dienst Tätige rechneten. Sie sind in der Statistik nicht nach dem Kriterium Selbständige/Unselbständige ausgeschieden. Nur 14% der Nebenerwerbslandwirte waren Unselbständige in Industrie und Handwerk, also Arbeiter, und nur 7% Unselbständige in der Landwirtschaft. Hauptberuflich in der Sparte Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei beschäftigt waren 97 Nebenerwerbslandwirte (4%). Die meisten von ihnen lebten in den Schwarzwaldgemeinden (Herrenwies und Hundsbach, Bühlertal, Neusatz, Ottenhöfen), so daß angenommen werden kann, daß sie vorwiegend in der Forstwirtschaft arbeiteten.

Der typische Nebenerwerbslandwirt war um die Jahrhundertwende also nicht wie heute Arbeiter oder Angestellter, sondern selbständiger Handwerker, Händler oder Gastwirt, der zur Selbstversorgung und teilweise auch für den Markt seinen landwirtschaftlichen Grundbesitz bewirtschaftete. Diese Verbindung war überkommen aus den Jahren, in denen es dem Gewerbetreibenden auf dem Lande nur mit Hilfe zusätzlicher Landbewirtschaftung möglich war zu existieren. Noch 1865 hatte der Bezirksammann von Achern berichtet, die Gewerbe seien „auf der gewöhnlichen Stufe, da nebenbei immer noch Land-

wirtschaft getrieben werden muß und häufig Hauptsache wird“<sup>43</sup>. Die Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe kann aber auch als Ausdruck einer relativ ausgeglichenen Sozialstruktur auf kleinbäuerlicher Grundlage gesehen werden, die auch Krisenzeiten leichter überstehen läßt.

Eine *soziale Differenzierung* der Bevölkerung ergab sich fast ausschließlich aus der Besitzstruktur in der Landwirtschaft und damit letztlich aus den Vererbungsformen für den landwirtschaftlichen Grundbesitz und aus der Bodennutzung. Auf eine kurze Formel gebracht läßt sich das Gebiet der beiden Amtsbezirke für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in zwei unterschiedliche Sozialräume gliedern:

In den Dörfern der Rheinebene war der landwirtschaftliche Besitz ungefähr gleichmäßig verteilt. Obgleich Realteilung herrschte, wurde sie nicht zu weit getrieben. Allmenden und Pachtland schufen einen gewissen Ausgleich für den geringen Eigenbesitz. Die Besitzgrößenstruktur wurde durch die anhaltende Abwanderung stabil gehalten oder sogar verbessert.

In den Gemeinden der Vorbergzone und namentlich des Schwarzwaldes herrschte größere soziale Vielfalt. In den Rebdörfern hatte der Weinbau zu erheblicher Besitzersplitterung geführt, so daß Nebenerwerb in vielen Fällen unabdingbar war. Hier liegen auch die gewerblichen Ansätze des Gebietes. In den Schwarzwaldgemeinden stand den Hofbauern, deren Höfe in der Größe allerdings nicht mit denen des Hofsiedlungsgebietes im Mittleren und Südlichen Schwarzwald vergleichbar waren, eine landarme und selbst landlose Schicht gegenüber, die ihren Unterhalt durch Taglohnarbeiten erwerben oder ergänzen mußte. Für die Gemeinde Lauf wird beispielsweise im Jahr 1889 angegeben, daß ein Drittel der Einwohner neben dem landwirtschaftlichen Betrieb auf Taglohn angewiesen sei und daß 50 Familien keinerlei Liegenschaften besäßen und nur vom Taglohn lebten<sup>44</sup>. In schlechten Erntejahren zogen Kinder aus den Schwarzwaldgemeinden bettelnd in die Dörfer der Ebene.

Der relativ stabilen, ausgeglichenen Struktur in der Ebene tritt als Kontrast eine in sich stärker differenzierte Sozialstruktur mit kurzfristig schwankenden, weil von den wechselnden Erträgen des Obst- und Weinbaues stark abhängigen Wohlstandsverhältnissen gegenüber.

### *Die wirtschaftliche Entwicklung*

Die Frage, weshalb die beiden Amtsbezirke wie übrigens fast ganz Mittelbaden in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter der Gesamtentwicklung in Baden zurückblieben, ist nicht leicht zu beantworten. Das Fehlen von Rohstoffen, insbesondere von Kohle und Eisen, zum Aufbau einer Schwerindustrie hatte das Gebiet mit dem übrigen Baden gemeinsam, auch die handwerklich-kleinbetriebliche Struktur des Gewerbes, das zudem bis 1862 in Zünften gebunden war. Der schon für die Industrialisierung Badens als erschwerend an-

geführte „Mangel an großen Städten und Verkehrszentren“<sup>45</sup> trifft jedoch hier erst recht zu. Die relative Stadtferne wirkte sich über verschiedene Mechanismen hemmend auf die Industrialisierung aus. Bis etwa zur Jahrhundertmitte hatte die Stadt als Standort für gewerbliche und frühindustrielle Betriebe keine entscheidende Rolle gespielt. Von den frühen Gründungen der Textil-, der Papier- und der Zuckerindustrie in Baden lagen die meisten weitab der größeren Städte, häufig in den Gebäuden säkularisierter Klöster<sup>46</sup> wie beispielsweise in Schwarzach im Amtsbezirk Bühl. Die Industrie Gründungen seit etwa 1850 jedoch bevorzugten die Städte, namentlich Mannheim und Karlsruhe. Standortfaktor war hier zunächst die Verkehrslage am Endpunkt der Rheinschiffahrt (Mannheim) und am Ausgangs- und im Mittelpunkt des entstehenden badischen Eisenbahnnetzes. Als Zentrum des Eisenbahnbaues wurde Karlsruhe auch Standort der wichtigsten Maschinen- und Waggonfabriken des Landes. Daneben trug die Funktion als Landeshaupt- und Residenzstadt mit einem Absatzmarkt insbesondere für Konsumgüter zum Wachstum von Gewerbe und Industrie bei.

Die Mechanisierung der Produktion rückte aber als weitere Standortfaktoren Kapital und technisches Können in den Vordergrund. Die Vermittlung des technischen Wissens und Könnens, früher meist im Ausland erworben, wurde seit ihrer Gründung im Jahre 1826 zur Aufgabe der Polytechnischen Schule in Karlsruhe, der späteren Technischen Hochschule. Die personelle Verbindung zwischen Industrie und Technischer Hochschule war seit den vierziger Jahren sehr eng<sup>47</sup> und begünstigte, wenn nicht Karlsruhe allein, so doch den nordbadischen Raum als Industriestandort. P. Borscheid, der die enge Verflechtung zwischen Entwicklungsstand der Naturwissenschaften, ihrer Förderung durch den Staat und der industriellen Entwicklung am Beispiel Badens aufgezeigt hat, weist aber mehrfach die im Vergleich zur Universität Heidelberg und der Technischen Hochschule Karlsruhe äußerst geringe Förderung nach, die die katholische Universität Freiburg, das wissenschaftliche Zentrum Süd- und Mittelbadens, durch den badischen Staat erfahren hat. Insbesondere auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet wurde sie gegenüber den beiden anderen Hochschulen des Landes stark benachteiligt<sup>48</sup>. Diese staatliche Förderungspolitik dürfte mit dazu beigetragen haben, das wirtschaftliche Übergewicht Nordbadens zu festigen.

Der erhöhte Kapitaleinsatz bei Gründung und Ausbau von Industriebetrieben führte zu einer Verflechtung der Industrie mit dem Bank- und Kreditwesen. Beides begünstigte, soweit nicht andere Faktoren dagegen sprachen, großstädtische Standorte, in denen die Kommunikationsmöglichkeiten am ehesten gegeben waren.

Wie sich bereits in der Bevölkerungsentwicklung zeigte, begannen sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die künftigen Ballungsräume von den ländlich bleibenden Gebieten abzusetzen. Der Selbstverstärkung und räumli-

chen Ausdehnung der Ballungsgebiete entsprach ein absoluter, zumindest jedoch relativer wirtschaftlicher Bedeutungsverlust der ländlichen Räume.

Für die Amtsbezirke Achern und Bühl kann für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nur von einer relativen Bedeutungsminde rung gesprochen werden, von einer gegenüber den sich entwickelnden Industriezentren stark abgebremsten wirtschaftlichen Weiterentwicklung, nicht aber von einem wirtschaftlichen Rückgang. Ein schwerwiegendes Hemmnis, das sich einer Industrialisierung entgegenstellte, war der Mangel an Investitionskapital. Privatkapital war bei der gegebenen Sozialstruktur nicht zu erwarten, auch Großgrundbesitz und Großhandel als Vermögensbildner existierten nicht. Außer den Sparkassen, die aber aufgrund ihrer kleinen Einlagen und ihrer andersgelagerten Zielsetzung hier nicht in Betracht kommen, bestanden keine Banken, die als Kapitalvermittler hätten auftreten können. Um aber Investitionen von auswärts heranzuziehen, fehlte der unmittelbare Anlaß. Wie denn über den Kapitalmangel hinaus, der sich durch verstärkte Initiative hätte überwinden lassen, wesentlich erscheint, daß kaum ein Ansatzpunkt für eine Industrialisierung im Raume selbst vorhanden war oder zum Tragen kam. Anders als beispielsweise im benachbarten Murgtal stellten die Hammerwerke in Bühlertal ihren Betrieb ein, ohne Nachfolgeindustrien hervorzubringen, und blieben die Papierfabriken im Achertal mittelständische Unternehmen. Anders als im südlichen Schwarzwald und an der Schweizer Grenze bestand kein ländliches Hausgewerbe, das zur Grundlage einer modernen Industrie hätte werden können. Während Baden insgesamt seit 1870 aus dem ersten Stadium der Industrialisierung, das durch den Ansatz und das Wachstum der Konsumgüterindustrie gekennzeichnet ist<sup>49</sup>, herauswuchs und der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung sich auf die Investitionsgüterindustrie verlagerte, verharrte das Gebiet der beiden Amtsbezirke bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bei eindeutiger Vorherrschaft der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Holzbe- und -verarbeitung und der Industrie der Steine und Erden in diesem Frühstadium.

Wurde oben die Bevölkerungsentwicklung, namentlich die Abwanderung, mit der vergleichsweise ungünstigen Wirtschaftsstruktur erklärt, so muß auf der anderen Seite auch die zementierende Wirkung der Abwanderung auf diese Struktur berücksichtigt werden. Da das geringe Angebot an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen gerade von der aktiveren Bevölkerung, soweit sie nicht an den landwirtschaftlichen Betrieb gebunden war, mit dem Wegzug beantwortet wurde, konnte kein Potential an qualifizierten oder rasch zu qualifizierenden Arbeitskräften für eine Industrie entstehen. Welche Schwierigkeiten schon das örtliche Handwerk hatte, geeignete Arbeitskräfte zu bekommen, spiegelt eine Notiz im Jahresbericht 1882/1883 des Bezirksamtes Bühl<sup>50</sup>, nach der sich Schreiner und Schuhmacher in Bühl und Steinbach, wo die meisten reisenden Handwerksburschen zum Übernachten eintrafen, darüber beklagen, „daß wenn sie solche einstellen wollen, weil sie deren sehr benötigt sind, sie solche nicht bekommen können, indem Letztere meist als Entschuldigung



anführen, sie seien schon anderwärts engagiert und nur auf der Durchreise, oder ihr Streben gehe dahin, in einer größeren Stadt Arbeit zu finden, wo sie auch noch mehr lernen könnten“. Während im Umfeld der Industriestädte die Bevölkerung ihren Wohnort beibehielt, aber den sozialen Wandel zur Industriearbeiterschaft oder zum Arbeiterbauern durchmachte und dadurch später vielfach eine Verlegung von Betrieben zum Arbeiterpotential hin verursachte, spielte bei der großen Entfernung zu den industriellen Schwerpunkten das Pendlerwesen in beiden Amtsbezirken vor dem Ersten Weltkrieg nur eine sehr untergeordnete Rolle und führte nicht über den eigenen Bezirk hinaus.

Hier nicht zu lösen ist die Frage, ob und inwieweit die ländlich-konservative Grundhaltung der Bevölkerung für die geringe wirtschaftliche Entfaltung mitverantwortlich war. Denkbar wäre auch der umgekehrte Zusammenhang: das vorhandene Interesse an wirtschaftlichen Verbesserungen und Aufnahme von Neuerungen konzentrierte sich weitgehend auf die Landwirtschaft und fand sein Genügen an deren unbestreitbarem Aufblühen während des hier besprochenen Zeitraums. Dagegen nahmen, wie aus den Berichten an den Landeskommisär hervorgeht, besonders die Acherner Amtleute immer wieder Anstoß an dem geringen gewerblichen Unternehmungsgeist in ihrem Bezirk (obgleich dieser immer noch stärker als im Amtsbezirk Bühl war).

Ob das Modell des konfessionell geprägten Wirtschaftsgeistes hier anzuwenden ist, scheint insofern fraglich, als sich die benachbarten protestantischen Gemeinden der ehemaligen Grafschaft Hanau-Lichtenberg strukturell kaum von den katholischen Gemeinden in den badischen und ehemals straßburgischen Teilen der Amtsbezirke Achern und Bühl unterschieden. Immerhin liegt es nahe, daß die sich seit den fünfziger Jahren entfaltende katholische Volksbewegung daran interessiert sein mußte, das ihr im konfessionell einheitlichen Gebiet um Achern und Bühl genau entsprechende „sozial-moralische Milieu“ mit seinen wesentlich vorindustriellen und vordemokratischen Zügen<sup>51</sup> zu erhalten. Schon während des badischen Kulturkampfes war hier eines der Kerngebiete der katholischen Opposition, und auch später wurden ausschließlich Abgeordnete der 1869 gegründeten Katholischen Volkspartei bzw. des Zentrums in den Badischen Landtag und in den Reichstag gewählt.

Mit *Franz Xaver Lender* (1830—1913) hatte hier eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des badischen Katholizismus ihren engeren Wirkungskreis. Als Pfarrer in Schwarzach gründete er ein Waisenhaus, das auch schulische Aufgaben erfüllte. Als weitere Antwort auf die Einführung der Simultanschule in Baden schuf er nach seiner Berufung als Pfarrer nach Sasbach 1872 (er war schon 1866 zum Dekan des Kapitels Ottersweier gewählt worden) aus kleinen Anfängen eine Privatschule, die zunächst hauptsächlich für den vorbereitenden Unterricht künftiger Priesterseminaristen gedacht war, rasch jedoch über diesen Rahmen hinauswuchs und heute eine der bekanntesten Heimschulen Badens ist. Lender war Landtags- und Reichstagsabgeordneter. Auf wirt-



*Franz Xaver Lender*

schaftspolitischem Gebiet unterstützte er wie das Zentrum allgemein die Schutzzollpolitik Bismarcks, von der er sich Vorteile insbesondere für die Landwirtschaft versprach<sup>52</sup>.

Bei den Reichstagswahlen<sup>53</sup> fielen im Wahlkreis 8, zu dem die Amtsbezirke Achern und Bühl gehörten, seit 1874 den Zentrumskandidaten immer mehr als 70% der gültigen Wählerstimmen zu (abgesehen von dem Stimmenabfall bei der durch die Septennatsfrage beeinflussten Wahl von 1887).<sup>54</sup> 1893 und 1898 stieg der Anteil auf 79 bzw. 84%. Danach sank der Stimmenanteil, und zwar früher als im ganzen Großherzogtum, seit 1903 ab bis auf knapp 63% bei der Wahl von 1912. Die abgefallenen Stimmen kamen weniger den Liberalen zugute als den Sozialdemokraten, die seit 1890 ihre Wählerschaft ständig vergrößerten<sup>55</sup>. Die Zentrumsstimmen hatten ein absolutes und stabiles Übergewicht in den ländlichen katholischen Gemeinden. Hier gingen auch die ohnehin geringen Gewinne der Sozialdemokraten nur zu Lasten der Nationalliberalen. In der Stadt Bühl und noch ausgeprägter in Achern verhalfen Beamte und Geschäftsleute den Kandidaten der Nationalliberalen zu einem höheren Stimmenanteil, der jedoch 1871 extrem hinaufschellte und danach auf ein mittleres Niveau absank. Von den gewerblichen Gemeinden verhielt sich Bühlertal, dessen gewerbliche Bedeutung zunächst hauptsächlich auf dem der Land- und Forstwirtschaft eng benachbarten Holzhandel mit Holzbearbeitung beruhte, bei den Wahlen nicht anders als die landwirtschaftlichen Gemeinden. Erst die Sozialdemokraten vermochten hier dem Zentrum einige Wähler abzugewinnen. Kappelrodeck und Oberachern, wo in gewissem Umfang Handel und Gewerbe, insbesondere Papierfabriken, eine Rolle spielten, nahmen im Wahlverhalten eine Zwischenstellung zwischen den Amtsstädten und den ländlichen Gemeinden ein.

Eine Parallelisierung von Wahlverhalten und Wirtschafts- oder besser Sozialstruktur scheint, was den Gegensatz zwischen der Nationalliberalen und der Zentrumspartei in diesem Gebiet betrifft, problematisch. Von einer unmittelbaren Verfolgung wirtschaftlicher Interessen durch die Wahl der Land- und Reichstagskandidaten kann ohnehin nur bei den sozialdemokratisch Wählenden die Rede sein. Bei der Entscheidung zwischen Zentrum und Nationalliberaler Partei waren viel stärker weltanschaulich-konfessionelle und -nationale Grundhaltungen maßgebend. Nur unter der Voraussetzung, daß diese sich wiederum auf das Wirtschaftsdenken auswirkten, ließe sich ein Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Wirtschaftsstruktur annehmen.

### **Die Landwirtschaft**

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige muß mit der Landwirtschaft beginnen, schon weil sie noch um die Jahrhundertwende die vorherrschende Erwerbsquelle in beiden Amtsbezirken war. Ernteausschlag und Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere für Wein, Obst und Handelspflanzen, entschieden über die wirtschaftliche Lage nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auf dem Umweg über deren Kaufkraft auch über die der Handwerker und Handeltreibenden.

#### *Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse*

Produktionsziel war Selbstversorgung und Anbau von Marktfrüchten. Daß die Selbstversorgung noch zu Ende des Jahrhunderts selbst in der Vorbergzone die größte Rolle spielte, zeigt das Beispiel Eisental, von wo aus dem Jahr 1883 berichtet wurde, daß von den Felderzeugnissen außer Wein und Obst wenig oder nichts verkauft wurde, da sie kaum für die Produzenten ausreichten<sup>56</sup>. Aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich doch allmählich ein Wandel und zwar sowohl in der Wirtschaftseinstellung der Bauern als auch in der Auswahl der Anbaufrüchte.

Am augenfälligsten war der Rückgang des früher bedeutenden *Hanfanbaus* in der Rheinebene infolge der zunehmenden Verwendung von Baumwolle und weil seit dem Ausbau der Eisenbahnlinien nach Süden (Gotthardbahn) der italienische Hanf den deutschen Markt eroberte. Der stärkste Rückgang fiel in die Jahre nach 1865. Für den Amtsbezirk Achern liegen folgende Zahlen vor:

Im Jahre 1867 wurde auf 541 Morgen Hanf angebaut,	
1868	auf 525 Morgen
1873	auf 168 Morgen
1879	auf 140 Morgen
1884	auf 97 Morgen.

Nach einer leichten Zunahme 1885 (von 35 auf 42 ha) blieb der Hanfanbau für einige Zeit stabil, bis er völlig aufgegeben wurde<sup>57</sup>.

Auf dem Ackerland wurde der Hanf hauptsächlich durch *Tabak und Zichorie* ersetzt. Die Acher-Bühler Rheinebene ist der nördliche Ausläufer des Ortenauer Tabakanbaugebietes, erreichte jedoch nicht die Bedeutung, wie sie z.B. das badische Ried für den Tabakanbau besaß<sup>58</sup>. Der Anbau beider Handelspflanzen, insbesondere des Tabaks, unterlag jedoch größeren Schwankungen je nach der Marktlage. Tabak wurde beispielsweise am Amt Achern 1871 auf einer gegenüber dem Vorjahr verdoppelten Anbaufläche erzeugt. In den achtziger Jahren änderte sich die Tabakfläche von Jahr zu Jahr. 1881, als die volle Tabaksteuer eingeführt wurde, hatte sich die Tabakfläche von 79 ha (1880) auf 153 ha ausgedehnt, schrumpfte dann wieder auf Werte zwischen 111 und 125 ha und erreichte 1887 wieder fast 151 ha. Im Amt Bühl wurde Tabak in den 16 Gemeinden der Rheinebene angebaut. Auch hier veränderte sich die Anbaufläche in sehr kurzen Abständen. Für 1881 wurden 92,74 ha genannt, für 1882 nur 66,61 ha, für 1883 wieder 88,13 ha. Dem Zichorienanbau wurde im Jahre 1869 für das Amt Achern nächst dem Wein die größte Bedeutung zugemessen. Auf 359 Morgen (= 129 ha) wurden 48 881 Zentner zum Preis von 1 fl je Zentner angebaut. Zwischen 1880 und 1885 lag die Anbaufläche mit einigen Schwankungen bei etwa 200 ha, schrumpfte aber seit 1886 infolge niedriger Preise wieder ein. Schon 1887 wurde nur noch auf 146 ha Zichorie angebaut<sup>59</sup>.

Als Neuerung von Süden her kommend breitete sich Ende der sechziger Jahre in den südlichen Gemeinden des Amtsbezirks Achern der *Meerrettichanbau* aus. Er wird erstmals 1868 erwähnt: In Önsbach wurde ein „erheblicher und sehr rentabler Anbau“ auf 72 Morgen (= 26 ha) mit einem Ertrag von 704 Zentnern betrieben. Im folgenden Jahr wurde auch in Renchen, Fautenbach und Mösbach der Meerrettichanbau aufgenommen<sup>60</sup>. Im Bezirk Bühl wurde auch etwas Hopfen angebaut.

In der Vorbergzone und in den vorderen Schwarzwaldtälern gingen die *Eßkastanienkulturen*, gleichfalls infolge der Einfuhren besserer Qualitäten aus Italien, insoweit zurück, als nicht das Kastanienholz für Rebpfähle und das Laub für Streu benötigt wurde<sup>61</sup>.

An *Getreide* wurde hauptsächlich Winterroggen, Winterspelz (Spelz = Dinkel), Sommerhafer, Winterweizen, Halbweizen (= Winterweizen und Winterroggen), weniger Gerste und Mischfrucht (Spelz und Roggen) angebaut<sup>62</sup>. Zeitweise, so in den achtziger Jahren, wurde der Getreideanbau zugunsten der Handelsgewächse und des Futterbaus zurückgedrängt, da trotz des Schutzzolls die Getreidepreise niedrig lagen und Absatzschwierigkeiten auftraten<sup>63</sup>. *Kartoffeln* baute man kaum zum Verkauf, sondern für den eigenen Haushalt und zur Schweinefütterung an.

Wirtschaftlich bedeutender noch als der Handelspflanzenanbau in der Rheinebene waren der *Obstbau* und der *Weinbau* in der Vorbergzone und in den

vorderen Schwarzwaldtälern. Vom Obst- und Rebenertrag hing zum großen Teil der Wohlstand der Einwohner ab.<sup>64</sup>

Während Äpfel und Birnen nur für den Eigenverbrauch gezogen wurden, gewannen Pflaumen und Zwetschgen zunehmend Marktbedeutung. Wie die Kirschen dienten sie auch in erheblichem Ausmaß zur Branntweinbrennerei. Der Obstbau wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentlich gesteigert. Sind auch Boden- und Klimagunst seine natürlichen Voraussetzungen, so hat doch seine Ausbreitung in dieser Zeit andere, wirtschaftliche Gründe. Wie in anderen deutschen Weinbaugebieten glich man auch hier die durch den Rückgang des Weinbaues entstehende Zwangslage durch die Aufnahme des marktorientierten Obstbaues aus. Als folgenreicher glücklicher Zufall sollte sich die Entdeckung einer besonders früh reifenden Zwetschgen-Mutation (die „Bühler“) in Kappelwindeck im Jahre 1840 erweisen. In der wirtschaftlichen Notlage erkannte man die sich hier bietende Möglichkeit und begann, diese Frühzwetschgensorte planmäßig anzupflanzen.<sup>65</sup> Von Kappelwindeck aus breiteten sich die Kulturen rasch aus. Das Absatzgebiet dehnte sich weit über den badischen Raum hinaus aus, nicht zuletzt dank der günstigen Verkehrslage des Anbaugebietes im Eisenbahnnetz. Im Jahre 1884 fuhr der erste Eisenbahnwaggon mit Frühzwetschgen nach Köln<sup>66</sup>.

Um Qualitätsverbesserungen im Obstbau bemühten sich neben der Großherzoglichen Obstbaumschule in Karlsruhe vor allem die Landwirtschaftlichen Bezirksvereine und die Bezirksämter. 1868 rügte der Bezirksamtmann von Achern in seinem Jahresbericht, daß im Obstbau bei Pflege, Veredlung und Einführung edlerer Sorten noch vieles verabsäumt sei, er konnte aber im gleichen Bericht feststellen, daß es dem Bezirksamt nach erheblichen Schwierigkeiten gelungen sei, zur Förderung der Obstbaumzucht einen in der Obstbaumschule zu Karlsruhe ausgebildeten Baumzüchter als Bezirksbaumwart anzustellen. Dieser hatte in den Gemeinden, von denen er auch bezahlt wurde, Anleitung in Pflege und Behandlung der Obstbäume zu geben und „auf Verbesserung der Obstcultur unter specieller Beaufsichtigung der Gemeindeobstbaumanlagen hinzuwirken“<sup>67</sup>.

Die Landwirtschaftlichen Bezirksvereine bezogen aus guten Obstbaumschulen des Landes junge Bäume, wobei sie finanzielle Unterstützungen des Ministeriums erhielten. Sie organisierten Vorträge und Besprechungen mit Fachleuten und versuchten, das Interesse der Obstbauern durch Belohnungen zu steigern. Tatsächlich nahm die Bevölkerung diese Anregungen auf<sup>68</sup>, so daß z.B. 1883 der Bühler Amtmann über den Erfolg dieser Bemühungen berichten konnte, mehr und mehr entstünden „nicht nur schöne Baumanlagen von Seite Privater und der Gemeinden, sondern sie werden auch sorgfältiger gepflegt“. Die Gemeindebaumschulen, die offenbar nicht immer sachkundig unterhalten worden waren, wurden durch die Einstellung eines, später eines zweiten Obstbaumzüchters auch im Amt Bühl überflüssig.<sup>69</sup>

Schon lange bevor der Obstbau zu einem Wirtschaftsfaktor wurde, war der *Weinbau* die Haupteinnahmequelle in den Dörfern der Vorbergzone und auch der Schwarzwaldtäler. Aus der Landwirtschaftsstatistik von 1873<sup>70</sup> und aus den Gemarkungskarten mit Angabe der Flächennutzung, die im Zuge der allgemeinen Vermessung in diesen Jahren angefertigt wurden, geht hervor, daß trotz des Rückganges der Weinbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch weiter in die Täler hineinreichte als heute, so im Achertal bis nach Ottenhöfen. Die Hauptweinbauorte waren jedoch dieselben wie heute: im Amt Achern Kappelrodeck mit 238 Morgen, Waldulm mit 139 Morgen und Sasbachwalden mit 100 Morgen Rebland, im Amt Bühl Bühlertal mit 323 Morgen, Kappelwindeck mit 310 Morgen, Neuweier mit 309 Morgen, Steinbach mit 254 Morgen, Eisental mit 240 Morgen, Altschweier mit 232 Morgen, Varnhalt mit 204 Morgen, Lauf mit 152 Morgen und Neusatz mit 127 Morgen Rebland. Angebaut wurde meist im gemischten Rebsatz, nur in Neuweier, Varnhalt und Umweg (Steinbach) wurden Riesling und Affentaler rein gelesen<sup>71</sup>.

Auf die Ursachen für den Rückgang des Weinbaus, der schon im 19. Jahrhundert einsetzte und der in Baden und hier wiederum in der Ortenau besonders stark war, genügt es, hier nur kurz einzugehen.<sup>72</sup> Neben witterungsbedingten und seit der zweiten Hälfte des Jahrhunderts durch Schädlingsbefall verursachten Fehlherbsten, die zweifellos auslösende Momente zur Verringerung des Weinbaues waren, wogen unmittelbare wirtschaftliche Gründe schwerer. So hatte der badische Weinbau seit 1835, als Baden dem Deutschen Zollverein beitrug, schwer unter der Konkurrenz der billigeren Pfälzer Konsumweine zu leiden. Dazu kamen ausländische Weine und Kunstweine auf den Markt, und andere Getränke ersetzten den Wein als Volksgetränk. Ungünstig wirkte sich auch schon im 19. Jahrhundert die Kleinbetriebsstruktur aus, da sie der „zunehmenden Kommerzialisierung der Landwirtschaft“<sup>73</sup> nicht gewachsen war. Die einschneidendste negative Wirkung auf den Weinbau der Ortenau hatte aber dann wohl die Umstellung großer Rebflächen auf die amerikanische Taylorrebe („Amerikanerrebe“), die im Gegensatz zu den Edelreben ohne Schädlingsbekämpfung große Mengenerträge abwarf. Da diese Hybridenreben jedoch die Verseuchung der Reben begünstigten und damit eine Gefahr für die Edelreben der Umgebung darstellten, wurde ihr Anbau immer wieder verboten, dieses Verbot aber durch Sonderverfügungen häufig eingeschränkt, so daß die Amerikanerreben bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts noch angebaut wurden.

Selbstverständlich vollzog sich der Rückgang des Weinbaues nicht geradlinig. In einigen Gemeinden wurde die Rebfläche sogar wieder ausgedehnt, zum Teil auf gerodetem Waldboden, zum Teil anstelle von Kastanienböschchen und selbst auf Gelände, das dem Fels durch Sprengungen abgewonnen wurde<sup>74</sup>.

Auch in einem anderen Zweig der Landwirtschaft setzte gegen Ende des 19. Jahrhunderts allmählich ein rationelleres, auf den Absatz bezogenes Wirt-

schaftsdenken der Bauern ein, und zwar bei der *Viehhaltung* und damit verbunden bei der Wiesenkultur.

Noch 1865 hatte sich der Acherner Amtmann zu scharfer Kritik veranlaßt gesehen: die Landwirte rechneten nicht, hingen mehr als anderswo am alten Schlendrian und seien für Verbesserungen fast unzugänglich. Das Vieh sei in schlechtem Zustand, dennoch würden Vieh- und Hagelversicherungen selten benutzt<sup>75</sup>. Als aber seit Ende der sechziger Jahre mit annähernd stabiler Tendenz die Nachfrage zunahm und die Viehpreise anstiegen, setzte sich die Rinderhaltung als wichtiger, teilweise sogar als bedeutendster Betriebszweig in der Landwirtschaft vor allem in der Rheinebene durch. Auch in der Vorbergzone wurde Vieh gehalten, allerdings vorwiegend des Düngers für die Weinberge wegen<sup>76</sup>. Pferde wurden vorwiegend in der Ebene gezüchtet, wo sie als Zugtiere verwendet wurden. Der Schweinebestand schwankte je nach Ausfall der Kartoffelernte. Ziegen hielt man in fast allen Gemeinden, vorwiegend jedoch in den „Gebirgsgemeinden mit mehr armen Leuten, oder Orte(n) mit mehr Tagelöhner-Bevölkerung“<sup>77</sup>.

Wie beim Obstbau kommt auch bei der Viehwirtschaft dem Landwirtschaftlichen Bezirksverein und der Verwaltung der Bezirksämter, die auf Weisung der Regierung arbeitete, das Verdienst zu, Verbesserungen angeregt und durchgesetzt zu haben. In den Jahresberichten der Bezirksämter und in den Berichten über die alle zwei Jahre stattfindenden Ortsbereisungen wurde speziell auf die Viehhaltung eingegangen und Anzahl, Qualität und Pflegezustand insbesondere der Zuchttiere genauestens referiert, dabei auch auf die Abstellung vorhandener Mängel hingewiesen. Aus der Schweiz, aus Württemberg und aus badischen Viehzuchtgebieten wurde gutes Zuchtvieh beschafft, Ausstellungen und Prämierungen wirkten wie Vorträge und Besprechungen auf eine Verbesserung in der Viehhaltung hin.

Es setzte sich jetzt auch die Einsicht durch, daß rationelle *Wiesenbewirtschaftung* die notwendige Grundlage einer qualitativ hochstehenden Viehwirtschaft sein müsse. Bisher waren die Wiesen größtenteils in schlechtem Zustand gewesen, was periodischen Futtermangel hervorrief. Schon jahrzehntelang war zwar die Anlage von Wässerwiesen geplant gewesen, aber nur an wenigen Orten hatte man sie auch durchgeführt. In Zusammenhang mit den gleichfalls längst vorgesehenen Rektifikationen von Rench, Acher, Laufbach und Sandbach (Bühlott) usw. kamen die Arbeiten allmählich, wenn auch teilweise schlep-pend, in Gang. Haupthindernis scheinen Unverständnis und Uneinigkeit der beteiligten Gemeinden und Besitzer gewesen zu sein.<sup>78</sup> Nach einigen Anläufen in den sechziger Jahren und Stockungen vor, in und nach den Kriegsjahren von 1870/71 wurden die Arbeiten hauptsächlich in den späten siebziger Jahren durchgeführt.

Außerdem bemühte man sich um eine Erweiterung der Futterbasis durch den Anbau von *Futterpflanzen* auf dem Ackerland, der früher kaum betrieben

worden war. Noch 1872 rügte der Bühler Amtmann bei der Ortsbereisung in Hildmannsfeld, daß dort Blauklee (Luzerne) und Pferdezahnmais noch nicht einmal versuchsweise angebaut würden. 1883 dagegen hatte sich hier der Ackerfruchtanbau auf Kosten des Zichorienanbaus ausgebreitet.<sup>79</sup> In Leiberstung baute man 1871 noch wenig Klee an, führte aber erfolgreich Versuche mit Pferdezahnmais durch. Darüber hinaus wurden Versuche mit Blauklee empfohlen, da er in den Nachbarorten im Amt Rastatt angebaut werde und der Boden auch hier dafür geeignet sei.<sup>80</sup> Im Jahre 1883 wurden im Amt Bühl schon auf 780 ha, das waren 15% des Ackerlandes, zumeist auf ehemaligem Getreideland, Futterpflanzen angebaut<sup>81</sup>.

Andererseits holten noch in der gleichen Zeit die Bauern der Schwarzwald-dörfer Laubstreu aus dem Wald. *Die Waldwirtschaft* war für die Schwarzwaldbauern nicht nur eine Nebenerwerbsquelle, wenn sie in den staatlichen und in den Gemeindewaldungen Arbeit fanden, sie war auch in den bäuerlichen Betrieb selbst eingegliedert. Die Größe des bäuerlichen Waldbesitzes läßt sich für 1895 ungefähr aus der Differenz zwischen bewirtschafteter Fläche und landwirtschaftlicher Anbaufläche schätzen, die in der Betriebszählung erhoben wurden<sup>82</sup>. Danach betrug der Anteil der Anbaufläche in den Gemeinden der Rheinebene zusammen 93,0% der bewirtschafteten Fläche, in der Vorbergzone 88,6% und in den Schwarzwaldgemeinden nur 43,5%. Die restlichen Anteile dürften sich auf Wald und Weideland verteilt haben. Für 1902 wird in einer Forststatistik angegeben, daß im „Oberen Rheintal mit den Vorbergen des Schwarzwaldes und dem von ihnen auslaufenden Hügelgelände“ 27% der Waldungen Privatbesitz waren, im Schwarzwald sogar 38,7%<sup>83</sup>.

### *Die Betriebsgrößen*

Das Verteilungsmuster der vorherrschenden *Betriebsgrößen* in der Landwirtschaft, wie es von der Betriebszählung 1895 wiedergegeben wird, zeigt deutliche Zusammenhänge mit der Flächennutzung einerseits und mit der Erwerbsstruktur in den Gemeinden sowie mit dem Ausmaß der nebenberuflichen Beschäftigung der Landwirte andererseits. Mit ganz wenigen Ausnahmen bewirtschafteten die Bauern kleine Betriebe mit weniger als 10 ha Betriebsfläche. Die stärkste Besitzersplitterung herrschte in den Gemeinden mit einer gewissen zentralörtlichen oder gewerblichen Bedeutung (Achern, Bühl, Kappelrodeck, Oberachern) sowie in den Rebdörfern Eisental und Varnhalt. In diesen Gemeinden besaßen mehr als die Hälfte der Betriebe eine Betriebsfläche von weniger als einem Hektar. In der übrigen Vorbergzone und in den Schwarzwaldgemeinden lag der Anteil dieser Kleinstbetriebe zwar niedriger, aber mehr als die Hälfte der Betriebe bewirtschaftete eine Fläche von weniger als zwei Hektar. In den meisten Gemeinden der Rheinebene, wo die Ackernahrung infolge fehlender Sonderkulturen höher angesetzt werden muß und wo nebenberufliche Tätigkeit nur in eingeschränkterem Maße möglich war, besaßen die mei-



sten Betriebe zwischen zwei und zehn Hektar Betriebsfläche. Diese Größenklasse dominierte aber außer in wenigen anderen Gemeinden der Vorbergzone auch in Sasbach und Fautenbach und in der Schwarzwaldgemeinde Furschenbach. In diesen Gemeinden sollte erst später durch die Entwicklung zu Auspendlergemeinden eine stärkere Besitzersplitterung eintreten.

Der Einfluß der Erbsitten auf die Betriebsgrößenstruktur wird größtenteils durch die Erhebung auf Gemeindebasis verwischt. Hinzu kommt, daß die Betriebsgrößenklasse 2 bis unter 10 ha für einen Raum mit ausgesprochener Kleinbetriebsstruktur zu groß gewählt war, und daß in der Betriebsstatistik von 1895 zwar die Anzahl der Betriebe jeder Größenklasse, nicht aber die von diesen Betrieben bewirtschaftete Fläche angegeben ist. Dennoch ist eine Auswirkung der geschlossenen Vererbung sicher in der, gemessen an den übrigen Gemeinden, höheren Anzahl der Betriebe mit zehn und mehr Hektar Betriebsfläche in den Schwarzwaldgemeinden Ottenhöfen, Seebach, Kappelrodeck und Waldulm sowie in Schwarzach in der Rheinebene zu sehen, in denen nach Röhm Anerbensitte herrschte<sup>84</sup>. In der Vorbergzone wie in der Ebene, ausgenommen Schwarzach und Sasbachried, war Realteilung üblich<sup>85</sup>, was die Herausbildung der Kleinbetriebsstruktur begünstigte.

Ein Vergleich der Betriebsgrößenstruktur von 1895 mit der von 1873<sup>86</sup>, soweit sie bei der unterschiedlichen Klassenbildung der beiden Statistiken möglich ist, zeigt keine wesentlichen Unterschiede. Auch 1873 mußte in den Reborten und Obstbaugemeinden mehr als die Hälfte der Betriebe, zum Teil mehr als drei Viertel, mit weniger als fünf Morgen Land (1,8 ha) auskommen; in der Rheinebene war auch damals die durchschnittliche Betriebsgröße spürbar höher gelegen. Für 1882 und 1883 wurde beispielsweise in den Ortsbereisungsakten für die Rebgemeinde Eisental als durchschnittliche Größe des „landwirtschaftlichen Geländes“ für den Mittelstand nur ein Hektar angegeben, für Greffern dagegen sechs bis zwölf Morgen, also etwa zwei bis vier Hektar, Eigenland. Daneben bewirtschafteten die Mittelbegüterten wie die „geringen Leute“ noch Gemeindepachtgüter und Allmendland. Für Leiberstung wurden als durchschnittlicher Landbesitz vier Hektar 32 Ar genannt.<sup>87</sup>

Pacht- und Allmendland war insbesondere für die bäuerlichen Betriebe in der Rheinebene, in geringerem Ausmaß auch für die in der Vorbergzone, eine wertvolle Ergänzung der Wirtschaftsfläche. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, bewirtschafteten im Jahre 1895 nur 8,5% der Betriebe in der Rheinebene ausschließlich Eigenland, mehr als drei Viertel der Betriebe nutzten zusätzlich Allmendland und über 70% der Betriebe hatten Pachtland. Im Schwarzwald dagegen spielten Pacht- und Allmendland für die Besitzverhältnisse nur eine untergeordnete Rolle. Nur wenige Gemeinden besaßen überhaupt Allmendflächen. Die Vorbergzone nahm auch hier eine Mittelstellung ein. Knapp die Hälfte der Betriebe bewirtschaftete Allmendflächen, und gut die Hälfte der Betriebe besaß Pachtland.

## Die Rechtsform des landwirtschaftlichen Grundbesitzes um die Jahrhundertwende

Naturraum	Von 100 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten im Jahre 1895			Anzahl der Betriebe
	nur Eigenland	Pachtland	Allmendland	
Rheinebene	8,5	71,7	78,1	2299
Vorbergzone	22,5	54,3	48,1	4493
Schwarzwald	55,0	31,6	22,0	2389
Naturraum	Von 100 ha bewirtschafteter Fläche war			Fläche <sup>a</sup> der Betriebe
	Eigenland ha	Pachtland ha	Allmendland ha	
Rheinebene	73,6	14,1	12,0	7985
Vorbergzone	78,4	11,5	9,5	10429
Schwarzwald	95,0	3,1	1,8	10588

*Quelle:* Die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 14. Juni 1895. Karlsruhe 1910. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 10 = H. 56.)

a Die Summe der Einzelflächen weicht geringfügig von der Gesamtflächenangabe ab, daher addieren sich auch berechnete Anteile nicht genau zu 100.

## Gewerbe und Industrie

Trotz des frühen Eisenbahnanschlusses (die badische Hauptbahnlinie Mannheim — Karlsruhe — Basel hatte Bühl und Achern schon im Jahre 1844 erreicht) fand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den beiden Amtsbezirken nur ein geringer Aufschwung des Gewerbes und kaum eine den Namen verdienende Industrialisierung statt. Daran änderte auch die Verkündung der Gewerbefreiheit (Gesetz vom 15. Oktober 1862) zunächst nur wenig. Nach dem Jahresbericht für das Bezirksamt Achern für 1865 sei die Gewerbefreiheit bisher ohne Einfluß gewesen. Niemand treibe ein Gewerbe, das er nicht auch früher ausgeübt habe, und die Zahl der Gewerbetreibenden ohne Bürgerrecht sei klein. Für 1867 dagegen wurde von dem „nicht unbedeutenden Einfluß“ der Gewerbefreiheit gesprochen. 73 Personen betrieben ein Gewerbe ohne Bürgerrecht zu besitzen. Trotzdem hatte der Stand von Gewerbe und Handel eher abgenommen.<sup>88</sup> Vom Bezirksamt Bühl wurde die Auswirkung der Gewerbefreiheit schon 1865 günstig beurteilt: „Durch die Gewerbefreiheit hat sich der Gewerbebetrieb allgemein bedeutend gehoben und ist derselbe in stetem Fortschritt begriffen“<sup>89</sup>. Falls es sich hier nicht, was bei der Unschärfe der Aussage naheliegt, um eine reine Pflichtakklamation handelte, kann sich die Beurteilung nur auf Kleinhandwerk und Kleinhandel beziehen, da bei den größeren Unternehmen keine spürbare günstige Veränderung eintrat.

Im Amt Achern bestanden im Jahre 1865 sechs Fabriken. Die bedeutendsten waren die Sensenfabrik von Jacob Kade in Achern mit 16 Arbeitern und die Zigarrenfabrik in Achern, eine Filiale der Föhrenbachschen Fabrik in Offen-

burg, mit 60 bis 70 Arbeitern, die jährlich ca. 450 Zentner Tabak, und zwar ausschließlich badischen, verarbeitete. Der Verkauf der erzeugten drei Millionen Zigarren ging über Offenburg. Geringere Bedeutung hatte die Zichorienfabrik, eine Filiale von Völker in Lahr, die nur zwei Monate während der Erntezeit in Betrieb war und in dieser Zeit etwa 60 Personen beschäftigte. Es wurden sechzig- bis achtzigtausend Zentner Zichorien und ungefähr zwanzigtausend Zentner Zuckerrüben geschnitzt und getrocknet und zur Weiterverarbeitung nach Lahr oder Benfelden geschickt oder nach Württemberg, Bayern oder Rheinpreußen verkauft. Die Hanffabrik in Renchen beschäftigte zwischen 15 und 40 Arbeiter, die Goldleistenfabrik Dornbusch in Kappelrodeck 16 und die Papierfabrik Benz in Oberachern drei Arbeiter. Absatzgebiet der Goldleistenfabrik war neben dem badischen Schwarzwald Württemberg, Frankreich und die Schweiz. Die Papierfabrik belieferte außer dem badischen Markt Frankreich und die Schweiz. Beide Fabriken gingen 1867 „infolge ungünstiger Verhältnisse“ ein. In Oberachern bestand eine Pappfabrik weiter. 1868 wurde in Waldulm eine Mahlmühle, in Kappelrodeck ein Pulvermagazin und in Achern eine Dampfbrennerei gegründet, 1869 eine Schuhfabrik in Achern, eine Ölmühle in Oberachern und eine Mahlmühle in Ottenhöfen.<sup>90</sup>

Noch weniger Industrie war im Amtsbezirk Bühl ansässig.<sup>91</sup> Hier hatte im Grunde nur die Massenbachsche Baumwollspinnerei und Färberei in Bühl Bedeutung. Sie hatte früher etwa dreihundert Arbeiter beschäftigt, fiel während des amerikanischen Sezessionskrieges wegen des Ausfalls amerikanischer Baumwolle auf fünfzig bis sechzig Arbeiter zurück und gab nach Beendigung dieses Krieges schon im Jahre 1865 wieder 120 bis 150 Arbeitskräften Verdienst. Ihre Absatzgebiete waren außer Baden hauptsächlich Bayern (Pfalz), Hessen, Württemberg, Rheinpreußen und die Schweiz. 1868 wurde die Fabrik durch eine Wollspinnerei erweitert, 1869 bei einer Arbeiterzahl von wieder ungefähr dreihundert durch zwei neue Arbeitssäle vergrößert. In Bühl bestand mit der Fabrik von Edesheimer, in der Wollkleidung angefertigt wurde, ein weiterer Betrieb der Textilindustrie, über dessen Kapazität aber keine Angaben vorliegen. Der gleichen Branche gehörte die Filiale eines Lichtenauer Seidengeschäftes (Seidenweberei) in Schwarzach an. In Steinbach betrieb der Sternwirt eine Essig- und Senffabrik.

An neuen Unternehmen wurde 1868 in Altschweier eine Hammerschmiede und in Ottersweier eine Ölmühle und ein Hanfplauel gegründet, 1870 je ein Hammerwerk in Bühlertal und in Neuweier sowie eine moderne Sägemühle in Bühlertal. Deren Besitzer erbauten 1882 eine weitere Sägemühle und konnten sie, da sie als Dampfsägemühle wasserkraftunabhängig arbeitete, an den transportkostengünstigen Standort in unmittelbarer Nähe des Bühler Bahnhofs verlegen. Dort kam das Rohholz aus dem oberen Schwarzwald an, und von dort aus gingen die Schnittwaren ab. Gleichfalls in Bühl entstand 1872 als Zweigbetrieb einer Lahrer Firma eine Zichorienfabrik, die nur nach der Ernte sechs Wochen lang etwa fünfzig Personen mit dem Dörren und Schnitzen von

Zichorienwurzeln beschäftigte. Ein Jahr später gründete eine Leipziger Firma für künstliche Blumen eine Filiale mit vierzig Arbeiterinnen in Bühl. Sie belieferte Baden, Württemberg, Bayern (Pfalz) und Elsaß-Lothringen.

In den Waldkolonien Herrenwies und Hundsbach lief seit 1861 ein Versuch, die Strohflechterei als Hausindustrie für junge Mädchen einzuführen. Die Ehefrauen der Lehrer waren in einer Furtwanger Firma zu Lehrkräften für das Strohflechten ausgebildet worden. Auf Vermittlung durch das Handelsministerium stellte diese Firma das Material kostenlos und vertrieb auch die Fertigkeiten. Der Versuch wurde aber 1875 als mißlungen aufgegeben.<sup>92</sup>

Im Großherzogtum kamen nach Auskunft der Gewerbebezahlung<sup>93</sup> im Jahr 1875 157,3 Gewerbebeschäftigte auf tausend Einwohner, im Amtsbezirk Achern 122,7 und im Amtsbezirk Bühl nur 93,2. Dabei sind die Beschäftigten in kleinen Industrie- und in Handwerksbetrieben mitgerechnet. Noch deutlicher wird der Abstand, wenn man von den Betrieben mit mehr als 20 Arbeitskräften ausgeht. In solchen Betrieben arbeiteten im Jahr 1875 in Baden 38, im Bezirk Achern 14 und im Bezirk Bühl 6 von tausend Einwohnern. Diese Betriebe hatten in beiden Amtsbezirken auch einen geringeren durchschnittlichen Arbeitskräftebesatz als im Großherzogtum: im Bezirk Achern beschäftigte ein Betrieb im Mittel 51,7 Arbeiter, im Bezirk Bühl 59,7 und im Großherzogtum 71,7 Arbeitskräfte. In der Ausstattung mit Umtriebsmaschinen lagen die Betriebe in beiden Amtsbezirken ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt. Im Großherzogtum kamen 1875 auf zehn Gewerbebetriebe 38 Pferdestärken, davon rund zwei Drittel durch Wasserkraft, ein knappes Drittel durch Dampfkraft erzeugt. In den Bezirken Achern und Bühl hatten je zehn Betriebe im Mittel nur 29 Pferdestärken an Umtriebsmaschinen, davon im Bezirk Achern fast alle (95%), im Bezirk Bühl mehr als drei Viertel (77%) durch Wasserkraft erzeugt.

Die Gewerbebezahlung von 1875 fiel in die Wirtschaftskrise, die dem hektischen Konjunkturaufschwung der Gründerjahre folgte. Die Krise hatte sich zunächst in dem gewerblich unterentwickelten Raum kaum bemerkbar gemacht, seit 1875 zeigten sich jedoch auch hier ihre Auswirkungen, verstärkt durch die Unsicherheit, die der russisch-türkische Krieg und die anstehenden ungeklärten Zoll- und Steuerfragen bei den Geschäftsleuten hervorriefen. Auch die Überproduktion mancher Geschäftsbereiche seit 1871 machte sich in Absatzschwierigkeiten und Preiseinstürzen bemerkbar. Hiervon war besonders die Textilindustrie betroffen, die zudem unter der Konkurrenz der billiger arbeitenden, jetzt zum deutschen Zollgebiet gehörenden elsässischen Betriebe litt.

Für die größeren Unternehmungen des Bezirks Bühl stellte sich die wirtschaftliche Situation um das Jahr 1875 etwa so dar<sup>94</sup>: Während die Baumwollstrickerei Edesheimer in Bühl ihre Arbeiterzahl von 14 auf 17 erhöhen und 30—40% mehr Lohn auszahlen konnte, hatte die bedeutendere Bühler Firma,

die Baumwollspinnerei und Zwirnerei Massenbach nur 110 Arbeiter. Sie kämpfte mit Preisrückschlägen durch die elsässische Konkurrenz und einen allgemeinen Abschlag der Baumwolle, produzierte jedoch in gleichem Umfang wie im Vorjahr. Bei der Zichorienfabrik in Bühl mit 50 Arbeitern ging das Geschäft zurück, da der Export infolge der italienischen Einfuhrzölle nachgelassen hatte. Die Blumenfabrik Speierer beschäftigte dreißig bis vierzig Arbeiterinnen zu einem Taglohn von 51 Pfennig bis 1,14 Mark. Das Wagenbaugeschäft Kohlbecker mit zehn bis vierzehn Arbeitern führte Reparaturen aus und fertigte auch neue Wagen an. Über den Geschäftsgang beider Betriebe ist nichts bekannt. Vergleichsweise bedeutend war im Amtsbezirk das holzbearbeitende und Holzverarbeitende Gewerbe. Allein in Bühlertal arbeiteten sechs Sägemühlen. Noch vor wenigen Jahren hatten sie, da die Nachfrage insbesondere nach Bauholz aus der Umgebung allein nicht mehr gedeckt werden konnte, Holz aus dem südlicheren Schwarzwald und dem Hagenauer Forst bezogen. 1875 jedoch klagten sie über Konkurrenz aus anderen Ländern und Nachlassen des Baugeschäfts. Der Betrieb wurde eingeschränkt, Nachtarbeit fiel weg, Arbeiter wurden entlassen. Die Möbelschreinereien und Stuhlschneider in Bühl und Schwarzach arbeiteten über den lokalen Bedarf hinaus auch für Möbelmagazine in den größeren Städten.

Die allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Lage, die um 1880 einsetzte, spiegelt sich noch nicht in der Gewerbezahl von 1882<sup>95</sup>. Seit 1875 war in den meisten Gewerbegruppen sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der Arbeitskräfte zurückgegangen. Nur bei der Industrie der Steine und Erden (Steinbrüche) und bei der Textilindustrie hatte sich dabei eine leichte Erhöhung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl der Betriebe ergeben. Erst in den kommenden Jahren veränderte sich die Betriebsgrößenstruktur stärker als Folge des allgemeinen Aufschwungs der gewerblich-industriellen Wirtschaft in Baden. In beiden Amtsbezirken ging die Gesamtzahl der Betriebe zwar weiter zurück, aber die Anzahl der Beschäftigten stieg an. Das bedeutet, daß eine allmähliche Konzentration zu größeren Betrieben einsetzte. Dennoch blieben die Betriebe im Durchschnitt wesentlich kleiner als im Durchschnitt des Großherzogtums. In den beiden Amtsbezirken beschäftigte ein Betrieb im Jahr 1895 im Mittel 2,5 Arbeitskräfte, im Großherzogtum 3,9 Arbeitskräfte<sup>96</sup>. Weitaus die meisten Betriebe der Gewerbeabteilung Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe waren in den beiden Amtsbezirken auch im Jahr 1895 noch reine Handwerksbetriebe, die für den örtlichen Bedarf arbeiteten. In der Gewerbegruppe Metallverarbeitung ragt die seit 1858 bestehende Sensenfabrik in Achern heraus, die aber nur wenig Personal beschäftigte. Sonst setzte sich diese Gewerbegruppe aus Blechnern, Schmieden und Schlossern zusammen. Die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate bestand aus Wagner- und Uhrmacherwerkstätten, die chemische Industrie aus wenigen Apotheken. Lediglich in der Textilindustrie<sup>97</sup>, zu der auch die Bindfadenfabrik in Achern gehörte, in der Papierindustrie (zwei Papierfabriken in Ober-

achern, je eine in Achern und in Lauf) sowie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Zichorienfabriken in Achern und Bühl, Zigarrenfabrik und Brennerei in Achern) gab es fabrikmäßig organisierte Betriebe wie teilweise auch in der Holzverarbeitung (Sesselfabriken). Ein echter Industriebetrieb kam erst 1885/86 mit der Gründung der Glashütte in Achern hinzu<sup>98</sup>. Die Glashütte beschäftigte im Jahr 1895 schon 138 Arbeitskräfte und arbeitete mit Kraftmaschinen von 35 PS.

Der industrielle Rückstand des Gebietes drückt sich auch 1895 noch in der trotz eines gewissen Aufholens vergleichsweise geringen Ausstattung der Betriebe mit Antriebsmaschinen aus. In Baden arbeiteten in diesem Jahr 7,7% der Betriebe mit Motoren, in den Amtsbezirken Achern und Bühl 7,2% der Betriebe. Die durchschnittliche Leistung pro Motorenbetrieb lag im Großherzogtum bei 16,44 PS, in den beiden Amtsbezirken nur bei 13,39 PS<sup>99</sup>.

Die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1907 liegen nur sachlich, nicht räumlich tiefgegliedert vor. Aus der einzigen auf Amtsbezirksebene aufgestellten Tabelle im Statistischen Jahrbuch<sup>100</sup>, die zudem nur Verhältniszahlen enthält, lassen sich mit einiger Sicherheit nur folgende Sachverhalte erschließen:

Innerhalb der Gewerbeabteilungen hat gegenüber 1895 die relative Bedeutung der Industrie (Produzierendes Gewerbe) zugunsten von Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft abgenommen.

Der Anteil der Mittel- und Großbetriebe (mit 6 bis 50 bzw. 51 und mehr Personen) ist etwas größer geworden.

Im Amtsbezirk Achern war, gemessen am Anteil der Beschäftigten, das produzierende Gewerbe, im Amtsbezirk Bühl das verteilende Gewerbe stärker als im Landesdurchschnitt vertreten.

Im Jahr 1913 wurde die letzte Gewerbebeziehung vor dem Ersten Weltkrieg vorgenommen. Sie diente allerdings nur der Gewerbeaufsicht und hatte daher ein eingeschränktes Fragenprogramm. Aus ihr ist zu entnehmen, daß im Jahr 1913 im Amtsbezirk Achern 158 Gewerbebetriebe mit mindestens zehn Arbeitern (oder diesen Betrieben gleichgestellte Anlagen) und im Amtsbezirk Bühl 119 derartige Betriebe bestanden. In diesen Betrieben waren im Amtsbezirk Achern 2 195 Arbeiter, im Amtsbezirk Bühl nur 1 430 Arbeiter beschäftigt.<sup>101</sup>

Für die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zeigen sich damit die gleichen charakteristischen Strukturunterschiede wie in den vorhergehenden Jahrzehnten: Beide Amtsbezirke lagen mit ihrem Industrialisierungsgrad unter dem Landesdurchschnitt: Auf tausend Einwohner kamen in Baden 132, 87 Industriebeschäftigte<sup>102</sup>, im Amtsbezirk Achern 81,42 und im Amtsbezirk Bühl nur 42,59 Industriebeschäftigte. Nach wie vor waren, wie aus diesen Zahlen auch hervorgeht, Industrie und Gewerbe im Amtsbezirk Achern, absolut und auf die Einwohnerzahl bezogen, stärker vertreten als im Amtsbezirk Bühl.

## Handel, Verkehr und Dienstleistungen

Innerhalb der im tertiären Sektor zusammengefaßten gewerblichen Wirtschaft hatten praktisch nur Handel und Gastgewerbe Bedeutung. Der nichtöffentliche Personen- und Frachtverkehr war nur zu einem Teil in Hauptbetrieben organisiert, zum größeren Teil wurde er im Nebenberuf, häufig von Landwirten, besorgt. Allerdings sollte sich mit der Zunahme des Handels und insbesondere mit dem Anwachsen des Fremdenverkehrs auch dieser Gewerbezweig vergrößern.

### *Handel*

Beim Handel dominierte der Einzelhandel mit Waren des täglichen und mittelfristigen Bedarfs und der Groß- und Einzelhandel mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Raumes. Dazu gehörte insbesondere der Wein-, später auch der Obsthandel. Der Holzhandel, meist organisatorisch mit den Sägewerken verbunden, steigerte sich mit dem wachsenden Bedarf an Bauholz um die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und nach der Jahrhundertwende.

Der Einzelhandel war in dreierlei Formen organisiert: Markt, Hausierhandel und Ladengeschäft. In einem langsam und ungleichmäßig ablaufenden Prozeß verloren der Hausierhandel und in geringerem Maße auch der Markt ihre Vorherrschaft an die stehenden Ladengeschäfte. In den sechziger Jahren nahm der Hausierhandel deutlich ab, so daß er um 1870 ohne Bedeutung und nur noch auf wenige Artikel wie Kurz- und Schreibwaren und Öldruckbilder beschränkt war. Mitte der siebziger Jahre scheint er sich zeitweilig wieder ausgedehnt zu haben. Im Jahre 1873 wurden im Bezirk Bühl 125, im Jahre 1874 143 und im Jahre 1875 162 Legitimationen ausgestellt. Daß die Ladeninhaber über die Konkurrenz der Hausierer und ihre als zu niedrig empfundene Besteuerung klagten<sup>103</sup>, muß nicht notwendig auf bessere Geschäfte des ambulanten Handels deuten, sondern mag durch die Übergangssituation bedingt gewesen sein, in der sich die Ladengeschäfte erst allmählich durchsetzten.

Der Großhandel mit Landesprodukten verteilte sich auf die Wochen- und Spezialmärkte, wurde aber auch von reisenden Händlern betrieben, die die Produkte aufkauften und den Versand in weiter entfernte Absatzgebiete übernahmen. Aus den Jahresberichten der Bezirksämter ist zu schließen, daß der örtliche Handel sich hier eher passiv verhielt. Selbst die Lieferungen an die Anstalt Illenau in Achern waren fast alle in auswärtigen Händen.

Noch Mitte der sechziger Jahre wurden zahlreiche *Märkte* abgehalten<sup>104</sup>. Im Amt Achern fanden Wochenmärkte statt in Achern, Renchen und Kappelrodeck, in Achern außerdem zwei Jahr- und zwei Viehmärkte, in Renchen, Sasbach und Kappelrodeck je zwei Jahr- oder Krämermärkte. Im Amt Bühl fanden in Bühl und Steinbach je ein Wochenmarkt, vier Jahr- und vier Viehmärkte statt, in Schwarzach zwei Jahr- und zwei Viehmärkte. Später verloren die

Jahrmärkte, insbesondere die Fruchtmärkte, an Anziehungskraft, weil das Getreide vergleichsweise billig per Bahn an günstigere Marktorte geschafft werden konnte. Der Fruchtmarkt in Renchen ging 1871 ein, der in Achern hatte nur noch wenig Bedeutung. Auch die Märkte in den alten Marktorten außerhalb der Amtsstädte kümmerten. In Steinbach wurden die Krämermärkte so schwach besucht, daß zwei von ihnen 1873 aufgegeben wurden. Auch die Viehmärkte in Steinbach fanden kaum noch Beteiligung. Die Jahrmärkte in Sasbach werden in einer Aufstellung der Märkte im Jahresbericht für 1884/1885 nicht mehr genannt. Dagegen wurden die Wochenmärkte in Achern und Bühl weiterhin gut besucht. Auf ihnen wurden auch Gewerbezeugnisse feilgehalten, in der Hauptsache jedoch dienten sie dem Umsatz der landwirtschaftlichen Produktion des Umlandes im Groß- und Einzelhandel.

Mit wachsendem Umfang des Obstanbaus reichten die Wochenmärkte für den Obstabsatz nicht mehr aus. Es wurden daher im Sommer jeden Morgen in aller Frühe besondere Obstmärkte abgehalten. 1872 war zudem in Bühl durch das Großherzogliche Handelsministerium ein Weinmarkt eingerichtet worden. Er konnte jedoch keine größere Bedeutung erlangen. Der Hanfmarkt hatte mit dem Rückgang des Hanfanbaus seine Grundlage verloren und ging ein.

Die Strukturveränderung im Handel hatte Auswirkungen auf das zentralörtliche Gefüge des Raumes. Die Durchsetzung der ortsfesten Ladengeschäfte und der Bedeutungsverlust der Märkte in den Marktorten Renchen, Sasbach, Kappelrodeck, Schwarzach und Steinbach zugunsten der Märkte in Achern und Bühl trug zu einer Straffung der zentralörtlichen Beziehungen zugunsten der beiden jungen Amtsstädte bei. Ihnen wurde damit der Vorrang vor den anderen Gemeinden, die bisher zentralörtliche Bedeutung gehabt hatten, gesichert. Angelegt war diese Vorrangstellung schon durch die Verwaltungsreformen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, als Achern und Bühl als Amtsstädte Verwaltungsmittelpunkte von größer als bisher zugeschnittenen Amtsbezirken geworden waren und nicht zuletzt auch durch die Stadterhebungen in den Jahren 1808 und 1835.

### *Fremdenverkehr*

Zum wichtigsten Erwerbszweig innerhalb des tertiären Wirtschaftssektors sollte sich, ausgehend gerade von den hier behandelten Jahrzehnten, der *Fremdenverkehr* entwickeln. Er hat im Raum Bühl-Achern alte Tradition, aber im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts spielten sich hier im Kleinen die gleichen Veränderungen und Verlagerungen ab, die den Fremdenverkehr jener Zeit überhaupt kennzeichnen: Der Übergang vom Kurverkehr auf den Erholungs- und Urlaubsverkehr sowie damit verbunden die räumliche Verlagerung der Fremdenverkehrsschwerpunkte von den Bädern der Vorbergzone zu den Luftkurorten im Schwarzwald.



Die beiden Bäder, das Hubbad in der Gemeinde Ottersweier und das Erlenbad in Obersasbach, beides Thermen mit Wassertemperaturen von 27° bzw. 23° C, waren seit dem 15. Jahrhundert bekannt und besucht, wenn sie auch nicht die Anziehungskraft der nahen Renchtalbäder besaßen. Sie hatten mit dem allgemeinen Niedergang des Badewesens im 17. und 18. Jahrhundert an Bedeutung verloren, waren aber seit Beginn des 19. Jahrhunderts wieder aufgeblüht.<sup>105</sup> Im Jahre 1811 wurde die Quelle in der Hub neu gefaßt und überbaut, dazu entstanden nach Plänen Friedrich Weinbrenners neue Badegebäude. 1842 wurde außerdem eine Kaltwasseranstalt errichtet. Im Erlenbad waren Einrichtungen und Gebäude bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts einfach bis primitiv, dennoch wurde das Bad jährlich von zwei- bis dreihundert Kurgästen besucht, unter denen vor 1871 viele Elsässer waren. Seit 1871 nahm der Besuch weiter zu, jetzt kamen aber viele Gäste aus Norddeutschland. 1871 wurden 403, 1872 schon 521 Kurgäste gemeldet.<sup>106</sup> Im Hubbad dagegen wurden in den sechziger Jahren die Gäste weniger. Der Krieg von 1866 führte zu einem Rückgang der Gästezahlen auf die Hälfte des Vorjahres (103 gegenüber 209), und davon scheint sich das Unternehmen nicht mehr erholen zu haben. 1867 wurde die Badeanstalt verkauft und dort eine Klinik für Frauenleiden eingerichtet, die aber nach wenigen Jahren mit Konkurs endete. Danach eröffnete der frühere Besitzer, der das Anwesen zunächst gepachtet, dann ersteigert hatte, das Bad von neuem. Der Besuch war aber so gering, zumal als nach dem deutsch-französischen Krieg die Elsässer auch hier wegblie-



Archiv: J. Mühlman

ben, daß das Bad 1872 endgültig geschlossen wurde. In den Gebäuden richtete sich die Pflegeanstalt ein, die als Kreispflegeanstalt heute noch besteht.<sup>107</sup>

Seit der Zeit der Romantik, als die Landschaft, insbesondere die Gebirgs- und Waldlandschaft, als ästhetisches Reizmoment in das Bewußtsein der tonangebenden „gebildeten Stände“ trat, übte auch der höhere Schwarzwald Anziehungskraft auf die Bewohner der benachbarten Städte, mehr noch auf Fremde aus. Einzelne Naturschönheiten und Aussichtspunkte wurden das Ziel für Wanderungen und Ausflugsfahrten, vor allem auch aus den Renchtalbädern und aus Baden-Baden, das sich im 19. Jahrhundert zum Weltbad entwickelte. Gerade von Baden-Baden aus unternahm man Wagenfahrten und Ausflüge zu den Höhen zwischen Murg und Acher. An der Buntsandsteinstufe, von der aus der Blick über den Talschwarzwald und die Rheinebene bis zu den Vogesen schweift, rastete man in einfachen Gasthäusern und Schutzhütten.

Durch diesen Ausflugsverkehr erlangte die Gegend die notwendige Bekanntheit, die sie in den siebziger Jahren für den sich dann durchsetzenden Erholungsverkehr mit längerer Aufenthaltsdauer erschließen sollte. Dieser Erholungsverkehr stand weiterhin im Zeichen des romantisierenden Naturgenusses, der aber nicht mehr mit Verzicht auf standesgemäßen Komfort erkaufte werden wollte. Die Gäste kamen zunächst aus den oberen Gesellschaftsschichten. In den Gästebüchern der Unterkünfte wurde die Erinnerung an den Aufenthalt des Großherzogs, der Prinzen, der Kaiserin von Österreich lebendig erhalten.<sup>108</sup> Die Unterkünfte paßten sich sehr rasch den steigenden Ansprüchen an. In knapp zwanzig Jahren verwandelten sich die Waldwirthshäuser und Schutzhütten durch An-, Um- und völlige Neubauten zu den großen Hotels und Kurhäusern, die noch heute entlang der Buntsandsteinschichtstufe an der später gebauten Schwarzwaldhochstraße aufgereiht sind.

Als charakteristisches Beispiel für diese Entwicklung sei hier nur die Geschichte des Kurhauses Sand kurz nachgezeichnet, wie sie Schorb in seiner Arbeit über den Fremdenverkehr an der Schwarzwaldhochstraße<sup>109</sup> schildert. 1874 pachtete ein pensionierter Gendarm von der Stadt Bühl die Schutzhütte auf dem Sand als Nebenverdienstmöglichkeit. Die Hütte bestand aus der Wirtsstube, einem Nebenzimmer und der Küche sowie einigen Mansarden. In Stall und Schopf wurden übernachtende Fuhrleute untergebracht. Das Haus wurde auf Ausflügen von Baden-Baden und von Straßburg her gern besucht, so daß bald Fremdenzimmer angebaut wurden und nach weiteren Umbauten aus der schlichten Waldschenke ein gutgehender Gasthof geworden war. 1884 lief der Pachtvertrag ab, und der Pächter verließ das Haus, um seine Erfahrungen in einem eigenen Unternehmen zu verwerten, das er unweit nördlich des Sand auf dem Plättig aufbaute. Der neue Pächter auf dem Sand erweiterte nochmals, so daß um die Jahrhundertwende das Hotel in der Grundform, wie wir sie kennen, vollendet war.

Ähnlich verlief die Entwicklung auch bei den anderen Höhenhotels, die alle ohne Zusammenhang mit den Talsiedlungen entstanden und erst um 1930 durch die Schwarzwaldhochstraße miteinander verbunden wurden. Von den Höhenhotels aus wurde der Fremdenverkehr auch in die oberen Täler und Seitentäler der Acher und Bühlott hineingetragen. Beklagte man noch 1868 eine



*Kurhaus Sand*

*Archiv: Bert Oser Achern*

Abnahme des Fremdenbesuchs in Achern und Umgebung<sup>110</sup>, so wurden 1885 am Mummelsee und am Edelfrauengrab (Ottenhöfen) und 1887 am Breitenbrunnen neue Gastwirtschaften konzessioniert, die durch den Touristenverkehr veranlaßt waren und „im Stile des Plättig und Sand als Luftkurhotel betrieben werden sollten“<sup>111</sup>.

Die erste Blütezeit dieser Hotels trägt noch die Züge eines großbürgerlichen Tourismus, der eng an die ältere „Badereise“ anschließt, die im Weltbad Baden-Baden einen typischen Standort besaß. Die zweite Phase des Fremdenverkehrs im 19. Jahrhundert war im wesentlichen getragen von gehobenen Beamten und Angestellten mit eigenem Vermögen. In der dritten Phase nahmen auch mittlere Beamte und Angestellte ohne Eigenbesitz am Tourismus teil.<sup>112</sup>

Die Gästesichten der zweiten und besonders der dritten Phase bevorzugten die „Sommerfrische“ in den noch ländlichen Siedlungen der oberen Schwarzwaldtäler. Hier war die Nähe zur Natur gegeben, und es standen gute und vergleichsweise billige Gasthöfe zur Verfügung. Ansatz für das Unterkunfts- und Verpflegungsangebot an Fremde war auch hier zunächst der Ausflugsverkehr gewesen. Mit zunehmender Intensität des Fremdenverkehrs und mit dem Übergang zum längeren Aufenthalt paßte sich das Gastgewerbe den neuen Bedürfnissen an: Gasthäuser wurden vergrößert, neue Häuser entstanden, und vor allem — kennzeichnend für diesen Fremdenverkehrstyp — wurden auch Privatquartiere zur Verfügung gestellt.

Selbstverständlich hatte es auch in manchen der jetzt häufig aufgesuchten Sommerfrischen schon früher Feriengäste gegeben. Das läßt sich z.B. für Ottenhöfen aus dem Bestand an Gasthäusern und an ihrer Ausstattung ablesen. So besaß der „Wagen“ 1846 ein eigenes Badhaus<sup>113</sup> und knüpfte damit deutlich an die Gleichsetzung von Ferien- mit Badereise an. Aber dieser Fremdenverkehr trat noch völlig hinter dem in dieser Zeit zunehmenden Ausflugsverkehr zurück und läßt sich zahlen- und bedeutungsmäßig mit dem gegen Ende des Jahrhunderts einsetzenden Tourismus nicht vergleichen.

Den lebhaftesten Fremdenverkehr innerhalb der beiden Amtsbezirke hatte in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wohl Ottenhöfen zu verzeichnen, schon als der Verkehr zwischen dem Bahnhof in Achern und dem hinteren Achertal noch durch Lohnkutscher bewältigt wurde und erst recht nach dem Bau der Achertalbahn 1897/98<sup>114</sup>. Als Indikationen nennt ein Führer durch das Achertal von 1890<sup>115</sup> Erholung von schwerer Krankheit und empfiehlt Ottenhöfen als Luftkurort für angegriffene oder kranke Lungen und „zum Ausruhen von nervenzerrüttenden Geschäften und Erlebnissen“. Als Kurmittel werden „Douche-, Wellen- und Kiefernadelbäder, Sohlbäder“ angeboten, höheren Rang nimmt jedoch die naturräumliche Ausstattung ein. Die geschützte Lage, die Luftfeuchte, die milden Sommertemperaturen, „langgestreckte Wiesentäler und eine reiche Bewaldung der umliegenden Berge“ werden gerühmt.

Neben Ottenhöfen und außer dem Erlenbad wurden im Bezirk Achern aber 1886/1887 auch Seebach und Sasbachwalden als „Heilbäder und Luftkurorte“ aufgeführt.<sup>116</sup>

Um den Fremdenverkehr zu fördern, wurden in vielen Gemeinden durch die wirtschaftlich an den Gästen Interessierten Fremdenverkehrs- und Verschönerungsvereine gegründet. Auch der Schwarzwaldverein mit seinen Bezirksvereinen (in Bühl wurde er 1873 gegründet) übernahm im wesentlichen diese Zielsetzung. Von diesen Vereinen wurden neue Wege zu Aussichtspunkten angelegt, Wegmarkierungen angebracht, Ruhebänke aufgestellt und weitere Maßnahmen ergriffen, „um den Fremdenverkehr in unserem Hochgebirg zu erleichtern und zu fördern“<sup>117</sup>.

Von allen Gewerbebezweigen hat sich der Fremdenverkehr bis in unsere Tage am ehesten kontinuierlich weiterentwickelt. Der tiefgreifende Strukturwandel, der sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der Ausbreitung der Industrie unter einer völlig veränderten Branchengliederung und Betriebsgrößenstruktur vollzog, hat den Fremdenverkehr nur am Rande beeinflusst. Dessen Bedeutung als Haupt- und Nebenerwerbsquelle wuchs, vor allem auch durch die Zunahme der Privatvermieter. Außerdem hat sich der Fremdenverkehr in der Form des Naherho-

lungs- und Durchgangsverkehrs (Campingplätze an den Baggerseen) in die Rheinebene ausgedehnt, so daß heute Schwarzwald, Vorbergzone und Rheinebene Fremdenverkehrslandschaften mit jeweils eigenem Gepräge sind.

#### Anmerkungen

- 1 Der Aufsatz ist mit wenigen Veränderungen der 1977 der Naturwissenschaftlichen Gesamtfakultät der Universität Heidelberg vorgelegten Dissertation „Gudrun Knorr: Der Umwandlungsprozeß der ländlichen Raumstrukturen in der nördlichen Ortenau seit der Industrialisierung“ entnommen, die unter dem Titel „Gudrun Schultz: Die nördliche Ortenau; Bevölkerung, Wirtschaft und Siedlung unter dem Einfluß der Industrialisierung in Baden“ als Heft 62 der Heidelberger Geographischen Abhandlungen erschien.
- 2 Alle Gemeinden des ehemaligen Amtsbezirks Achern zählen heute zum Ortenaukreis, alle Gemeinden des ehemaligen Amtsbezirks Bühl zum Landkreis Rastatt. Eine Ausnahme macht nur die Gemeinde Lauf, die einst zum Amtsbezirk Bühl gehörte, aber dem Ortenaukreis eingegliedert wurde.
- 3 Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden zahlreiche Versuche zur Verwaltungsgliederung des durch die Gebietserwerbungen der Jahre 1803 bis 1819 auf über das Doppelte angewachsenen Großherzogtums Baden unternommen. Sie fanden einen vorläufigen Abschluß mit der Organisation vom 18. 2. 1832, die das Land in vier Kreise: Seekreis, Ober-, Mittel- und Unterrheinkreis einteilte. Die Ämter Achern und Bühl, die auch vorher immer der gleichen Mittelinstanz unterstellt gewesen waren (Murgkreis), zählten zum Mittelrheinkreis. Das Amt Achern umfaßte die Gemeinden: Achern, seit 1808 Stadt, Fautenbach, Furschenbach, Gamshurst, Kappelrodeck, Oberachern, Obersasbach, Önsbach, Ottenhöfen, Sasbach, Sasbachried, Sasbachwalden, Seebach, Wagshurst, Waldulm. Am 14. 4. 1859 kamen noch Mösbach und Renchen vom Amt Oberkirch zum Amt Achern. Zum Amt Bühl gehörten die Gemeinden: Altschweier, Balzhofen, Bühl, seit 1835 Stadt, Bühlertal, Greffern, Hatzenweier (1936 zu Ottersweier), Hildmannsfeld (1938 zu Schwarzach), Kappelwindeck (1934 zu Bühl), Lauf, Leiberstung, Moos, Neusatz, Neuweier, Oberbruch, Oberwasser (1936 zu Unzhurst), Oberweier, Ottersweier, Schwarzach, Ulm, Vimbuch, Waldmatt (1936 zu Neusatz), Weitenung, Zell (1936 zu Unzhurst), Eisental, Steinbach, Unzhurst, Varnhalt und die Waldkolonien Herrenwies und Hundsbach, die 1930 zu Forbach, Landkreis Rastatt, eingemeindet wurden. Am 1. 1. 1891 kam die Gemeinde Stollhofen vom Amtsbezirk Rastatt zum Amtsbezirk Bühl.
- 4 Hof- und Staatshandbuch für das Großherzogthum Baden. Karlsruhe 1834. S. 417.
- 5 Einwohnerzahlen s. Anm. 4;  
Fläche: Die Volkszählung vom Dezember 1864. Th. 1. Karlsruhe 1865. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 20.)
- 6 Bei der Volkszählung von 1961 lag die Bevölkerungsdichte im Landkreis Bühl, der das Gebiet der beiden Amtsbezirke, jedoch ohne Renchen und Wagshurst, Herrenwies und Hundsbach, aber zuzüglich Sinzheim umfaßte, bei 210,47 E/qkm, in den Regierungsbezirken Nord- und Südbaden zusammen bei 220,43 E/qkm.
- 7 Statistisches Jahrbuch für das Land Baden. 44. 1938. S. 68.
- 8 Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum (Land) Baden. 1. 1868 — 44. 1938.
- 9 H. Röhm, Die Vererbung des landwirtschaftlichen Grundeigentums in Baden-Württemberg. Remagen 1957. (Forschungen zur deutschen Landeskunde. 102.) Karte 1.
- 10 H. Schubnell, Der Kinderreichtum bei Bauern und Arbeitern. Untersuchungen aus Schwarzwald und Rheinebene. Freiburg 1941. S. 141 ff.
- 11 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1865, o.S. — Bestätigt wird der vermutete Zusammenhang zwischen Erbsitten und unehelichen Geburten durch die Karte über „Das procentische Verhältnis der unehelichen Geburten zur Gesamtzahl der Geburten in den einzelnen Amtsbezirken im Jahr 1855“ in: Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1852 bis mit 1855 und Medicinische Statistik. Karlsruhe 1856 (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 2.). Hier heben sich die Anerbengebiete des mittleren und südlichen Schwarzwalds und im Bodenseeraum durch Anteile von 20 bis 31% unehelicher Geburten heraus, während in den Realteilungsgebieten die Anteile durchweg unter 20% liegen.
- 12 Wie Anm. 10, S. 97 ff.
- 13 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl 1871, GLA 236/10271, 1871, S. 29—31.
- 14 Das Statistische Jahrbuch für Baden (s. Anm. 8) gab seit seinem Erscheinen im Jahre 1868 bei der Statistik der Bevölkerungsbewegung die Zahlen der im ersten Lebensjahr Gestorbenen an, ein Zeichen dafür, daß die hohe Säuglingssterblichkeit als Problem erkannt war. — Vgl. dazu auch G. Gröner: Der Geburtenrückgang in Baden-Württemberg. S. 15. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. 21. 1976, H. 1.
- 15 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl 1882/1883, GLA 236/10271, 1882/1883, S. 3.

- 16 H. Spenner, Die Auswanderung aus Schwarzwald und Oberrheinebene im 18. und 19. Jahrhundert. Phil. Diss. Univ. Freiburg/B. 1943. (Ms.)
- 17 J. Morgenthaler: Die wirtschaftliche und soziale Struktur des Kreises Bühl in Mittelbaden. Diss. Landw. Hochschule Hohenheim 1952. (Masch.); H. Baier: Die Ortenau als Auswanderungsgebiet. In: Badische Heimat. 22. 1935. S. 144—150.
- 18 Wie Anm. 16, S. 173.
- 19 A. Duffner: Heimatbuch der Gemeinde Bühlertal. Bühlertal 1954. S. 73. — Daneben wurden Aufzeichnungen der Statistischen Abteilung des ehemaligen Landratsamtes Bühl herangezogen.
- 20 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1865. — Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1882/1883.
- 21 Bezirksamtsakten, GLA, Zugang 1932, Nr. 16, Bezirksamt Bühl, durchgehend.
- 22 Dazu vgl. H. Schwarzmaier: Auswandererbriefe aus Nordamerika. Quellen im Grenzbereich von geschichtlicher Landeskunde, Wanderungsforschung und Literatursoziologie. In: ZGO 126. 1978. S. 303—369.
- 23 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern 1873, GLA 236/10238, 1873.
- 24 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1879, 1880.
- 25 Wie Anm. 24, 1880.
- 26 Bezirksamtsakten, GLA, Zugang 1932, Nr. 16, Bezirksamt Bühl, Fasz. 1003.
- 27 Dazu vgl. H. Schwarzmaier, wie Anm. 23, S. 305; Dort sind auch zahlreiche weitere Briefe aufgenommen.
- 28 Die Volkszählung vom Dezember 1880. T. 2. S. XIV f. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. H. 43.)
- 29 J. Griesmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1954. S. 137. — E. Strobel, Die wirtschaftliche Entwicklung Badens bis zum Ersten Weltkrieg. In: Baden. 1. 1949, Ausg. 4. S. 36—38; 2. 1950, Ausg. 1. S. 16—17; Ausg. 2. S. 18—22.
- 30 Die Gemeinden des Großherzogthums Baden, deren Bestandtheile und Bevölkerung. Karlsruhe 1855. S. 17 ff. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 1.) — Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900. T. 2. Karlsruhe 1905. S. 78 ff. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 14 = 60.)
- 31 Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 (wie Anm. 30.)
- 32 Für 1839: Universal-Lexicon für das Großherzogthum Baden. Karlsruhe 1843.  
Für 1852: Die Gemeinden des Großherzogthums Baden, deren Bestandtheile und Bevölkerung. Karlsruhe 1855. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. H. 1.)  
Für 1875: Gemeinde- und Ortsverzeichnis. Volkszählung 1875. Karlsruhe 1878. (Beiträge zur Statistik . . . H. 39.)  
Für 1885: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1885. TH. 2. Karlsruhe 1889. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 2 = 48.)  
Für 1905: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Karlsruhe o.J. (Beiträge zur Statistik . . . N.F. H. 19 = 65.)
- 33 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1867.
- 34 Ein Beispiel dafür ist der Auswanderer Friedrich Huber, s.o. und Anm. 26.
- 35 Die Berufszählung vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 9 = H. 55.)
- 36 In Achern wird allerdings die Berufsgliederung durch die Insassen der Heil- und Pflegeanstalt Illenau beeinflusst, die in die Berufsabteilung F (Von eigenem Vermögen, Renten, Pensionen, Unterstützung etc. Lebende, Insassen von Anstalten, Zöglinge von Bildungsanstalten usw.) einbezogen und der gleichen Oberabteilung wie die Staatsdiener und Freiberuflichen zugeordnet sind. Aus der gleichen Ursache erklärt sich der hohe Anteil dieser Obergruppe E—F in Neusatz (Kloster und Waisenhaus), Ottersweier (Pflegeanstalt Hub), Sasbach und Schwarzach (Lendersche Schule bzw. Erziehungs- und Rettungsanstalt).
- 37 In den Jahresberichten der Bezirksämter wird häufig über Klagen der Ladenbesitzer wegen der Konkurrenz fremder (= ortsfremder) Händler auf den Märkten und der Hausierer berichtet, so GLA 236/10272, 1882/1883.
- 38 Die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 10 = H. 56.)
- 39 Wie Anm. 35.
- 40 Allein die Erhebung selbst ist ein Zeichen dafür, daß die nebenberufliche Erwerbstätigkeit als soziologisch und ökonomisch bedeutsame Erscheinung erkannt war und bei den Behörden auf Interesse stieß.
- 41 M. Honsell, Die Korrektion des Oberrheins von der Schweizer Grenze unterhalb Basel bis zur Großh. Hessischen Grenze unterhalb Mannheim. Karlsruhe 1885. S. 62. (Beiträge zur Hydrographie des Großherzogtums Baden. 3.)
- 42 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.
- 43 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1865.

- 44 Ortsbereisung Lauf, GLA 346/Zugang 1926—44, Fasz. 274/275.
- 45 F. Kistler, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849—1870. Freiburg 1954. S. 64. (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte. 2.)
- 46 W. Fischer, Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770—1870. S. 198. In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 47. 1960. H. 2. S. 186—231.
- 47 Wie Anm. 46, S. 217.
- 48 P. Borscheid, Naturwissenschaft, Staat und Industrie in Baden (1848—1914). Stuttgart 1976. S. 75 u.ö.
- 49 Wie Anm. 46, S. 229.
- 50 GLA 236/10272.
- 51 M. R. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. S. 68 f. In: Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973. S. 56—80. (Neue wissenschaftliche Bibliothek. 61.)
- 52 F. Dor, Prälat Dr. Franz Xaver Lender. Ein Lebensbild. Bühl 1918.
- 53 Als Direktwahlen geben die Reichstagswahlen die Stimmung der Bevölkerung genauer wieder als die über Wahlmänner abgehaltenen Landtagswahlen.
- 54 Die Wahl von 1871 allein als Ausgangspunkt zu nehmen, ist unzutunlich, da hier die durch den deutsch-französischen Krieg und die Reichsgründung genährte nationale Begeisterung den Stimmenanteil der Nationalliberalen Partei, die im Großherzogtum führend war, gehoben und den der katholischen Opposition herabgedrückt hat.
- 55 Statistische Mitteilungen für das Großherzogtum Baden. Karlsruhe. 5. 1912. S. 73 ff.
- 56 Ortsbereisung Eisental, GLA 346/Zugang 1926/44, Fasz. 105, 1883.
- 57 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1868—1872; 236/10448, 1884/1885; 236/10214, 1886/1887.
- 58 H.-G. Zier, Die Wirtschaft der Ortenau im 19. und 20. Jahrhundert. S. 285 ff. In: Die Ortenau. 40. 1960. S. 252—320.
- 59 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1868; 236/10448, 1884/1885; 236/10214, 1886/1887; Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.
- 60 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1868.
- 61 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.
- 62 Anbauflächen, Saatgutbedarf und Normalerträge der wichtigsten Früchte usw. in sämtlichen Gemeinden und abgesonderten Gemarkungen nach der Erhebung von 1904. Karlsruhe 1912. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 18 = H. 64.)
- 63 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.
- 64 Ortsbereisung Lauf, GLA 346/Zugang 1926/44, Fasz. 274/75, 1881.
- 65 G. Philipp, Die rationelle Gestaltung des Frühobstabsatzes, dargest. an den Verhältnissen des Bühler Anbaubezirktes in Mittelbaden. Landw. Diss. Hohenheim 1950. S. 1 f.
- 66 B. Falk, Wunderbarer Lebensweg einer Frucht. Bühl 1958. S. 8.
- 67 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1868.
- 68 In der Gemeinde Lauf wurden beispielsweise in den Jahren 1884 und 1885 allein je etwa 1 000 neue Obstbäume gesetzt (Ortsbereisung Lauf, wie Anm. 64). Auch von anderen Gemeinden wird über Ausdehnung des Obstbaus berichtet.
- 69 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.
- 70 Die landwirtschaftlichen Haushaltungen im Großherzogtum Baden nach der Aufnahme vom 10. Januar 1873. Karlsruhe 1876/S. 114 ff. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. H. 37.)
- 71 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1864.
- 72 Ausführlich wird dieses Thema behandelt bei K. Müller, Geschichte des badischen Weinbaues. 2. Aufl. Lahr 1953.
- 73 F. O. Haase, Auswirkungen weinbaupolitischer Maßnahmen auf den badischen Weinbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Bonn 1968. S. 4. (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. 174.)
- 74 Ortsbereisungen Bezirksamt Bühl, GLA 346/Zugang 1926/44, Fasz. 274/75, Ortsbereisung Lauf 1883; Fasz. 12, Ortsbereisung Bühlertal 1884.
- 75 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1865.
- 76 Ortsbereisung Bühlertal 1884 (wie Anm. 74).
- 77 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 10272, 1882/1883.
- 78 Berichte über Verzögerungen und über durchgeführte Teilarbeiten durchziehen die gesamten Jahresberichte der Bezirksamter Achern und Bühl aus jenen Jahren.
- 79 Ortsbereisungen Bezirksamt Bühl, GLA 346/Zugang 1926/44, Fasz. 209, Hildmannsfeld.
- 80 Wie Anm. 79, Fasz. 359, Leiberstung.
- 81 Jahresbericht des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10272, 1882/1883.

- 82 Die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 10 = H. 56.)
- 83 Übersicht der Hauptergebnisse der Forsteinrichtung in den Domänen-, Gemeinde- und Körperschaftswaldungen nach dem Stande vom 1. Januar 1902. Karlsruhe 1905. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 16 = H. 62.)
- 84 Wie Anm. 9, Karte 1.
- 85 Die Grenzen der herrschenden Erbsitten, wie sie Röhm angibt, stimmen nur im Falle der ehemals sträßburgischen Besitzungen mit alten Territorialgrenzen überein. In allen einst zum Besitz des Hochstifts Straßburg gehörenden Orten des Amtes Achern weist Röhm geschlossene Vererbung in reiner oder abgewandelter Form nach.
- 86 Wie Anm. 70.
- 87 Ortsbereisungen Bezirksamt Bühl, GLA 346/Zugang 1926/44, Fasz. 105, 162, 359.
- 88 GLA 236/10238, 1865 und 1867.
- 89 GLA 236/10271, 1865.
- 90 GLA 236/10238, 1865, 1867, 1868, 1869.
- 91 Zum folgenden GLA 236/10271, 1864, 1865, 1868, 1869, 1870, 1872, 1873, 1874; GLA 236/10272, 1882/1883.
- 92 GLA 236/10271, 1864, 1870, 1875.
- 93 Gewerbestatistik 1875. Karlsruhe 1880. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. H. 41.)
- 94 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1871, 1874, 1875.
- 95 Berufsstatistische Erhebung 1882. T. 2. Karlsruhe 1885. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. H. 45.)
- 96 Die Gewerbezahl vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 11. = H. 57.)
- 97 Zwischen 1882 und 1895 hat die Massenbachsche Baumwollspinnerei in Bühl entweder den Betrieb eingestellt oder auf Verarbeitung anderer Rohstoffe umgestellt. In der Gewerbestatistik von 1895 ist keine Baumwollspinnerei in Bühl mehr aufgeführt.
- 98 H. Zier, wie Anm. 58, S. 304.
- 99 Die Gewerbezahl vom 14. Juni 1895. Karlsruhe o.J./Tab. 10 u. 14. (Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden. N.F. H. 11. = H. 57.)
- 100 Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden. 41. 1914/15, S. 172 ff.; — Statistische Mitteilungen über das Großherzogtum Baden. N.F. 1. 1908, S. 213 f.
- 101 Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden. 41. 1914/15. S. 188.
- 102 Berechnungsgrundlage ist die Einwohnerzahl von 1910. Als Industriebeschäftigte gelten die in Gewerbebetrieben ab zehn Beschäftigten arbeitenden Personen.
- 103 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1875.
- 104 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1864 und 1865, 1871; 236/10448, 1884/1885; Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1865, 1873.
- 105 W. Kimmig, Beitrag zur Erfassung des Fremdenverkehrs im Nordschwarzwald im Sinne regional orientierter Fremdenverkehrsforschung. Mannheim 1967. Diss. Mannheim Wirtschaftshochschule. S. 10.
- 106 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1864 bis 1872.
- 107 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1866 bis 1875.
- 108 H. J. Schorb, Der Fremdenverkehr an der Schwarzwaldhochstraße. Karlsruhe 1970. Zulassungsarbeit am Geographischen Institut der Universität Karlsruhe.
- 109 Wie Anm. 108.
- 110 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10238, 1868.
- 111 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10448, 1884/1885; 236/10214, 1886/1887.
- 112 H. Knebel, Soziologische Strukturwandlungen im modernen Tourismus. Stuttgart 1960. (Soziologische Gegenwartfragen. N.F. 8.) Von dieser Arbeit wurde die Fremdenverkehrstypologie übernommen, die sich erstaunlich gut auf die Verhältnisse in den beiden Amtsbezirken übertragen läßt.
- 113 J. Podewils in: Ottenhöfen. 1969. S. 48.
- 114 Wie Anm. 113.
- 115 W. Ketter, R. Knapp, Das Achertal und seine Luftkurorte. Achern 1890. S. 64.
- 116 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Achern, GLA 236/10214, 1886/1887.
- 117 Jahresberichte des Großh. Bezirksamtes Bühl, GLA 236/10271, 1873.



## Das Projekt „Wolfthalbahn“

Ein verhindertes „Fortschritt“ zu Beginn unseres Jahrhunderts?

*Adolf Schmid*

Einige Jahresdaten als Anhaltspunkte vorweg: 1866 wurde die Bahnlinie von Offenburg bis Hausach eröffnet, und 1873 war die „Schwarzwaldbahn“ zu Ende geführt. 1878 war die Amtsstadt Wolfach an diese neue Linie angeschlossen, und 1886 ging die Strecke weiter über Schiltach nach Freudenstadt. Diese württembergische Nachbarstadt von Rippoldsau hatte 1879 schon eine wichtige Verbindung erhalten mit Stuttgart durch die Gäubahn, und auch die Eisenbahnstrecke durch das Murgtal (über Landesgrenzen hinweg!) Richtung Karlsruhe war im Entstehen (und war 1901 bis Klosterreichenbach realisiert). Auch die Rippoldsauer Nachbarn (und „Konkurrenten“!) im Westen, die Badeorte im Renchtal — Griesbach, Peterstal u.a. — schienen ebenfalls „auf dem richtigen Weg“ in die Zukunft, auch wenn die Renchtalbahn zunächst nur bis Oppenau führte.<sup>1</sup>

Eine Bahnlinie galt als Garant des Fortschritts, als sicherer Anschluß an die Zukunft der neuen Zeit. Seit 1833 war die Eisenbahnidee im badischen Großherzogtum im Gespräch, 1838 wurde die Rheinstalstrecke begonnen, 1843 Karlsruhe erreicht, 1844 Offenburg, 1845 Freiburg.<sup>2</sup> Die „Schwarzwaldbahn“ sollte nach einem Gesetz von 1846 einem Privatunternehmer überlassen werden; aber es fand sich keiner. Also wurde die Staatsbahn gebaut nach den Plänen von R. Gerwig.<sup>3</sup> Gerade diese „Kinzigtal-Bodensee-Bahn“ beschäftigte die Bewohner der Städte, die an der Strecke liegen sollten, vielleicht aber noch mehr jene, die nicht erfaßt werden konnten, „links“ liegen bleiben sollten.

### *Wird der Anschluß verpaßt?*

Die Probleme dieser „abgelegenen“ oder „abgeschriebenen“ Orte wurden verdeutlicht in Denkschriften, z.B. 1866<sup>4</sup> von dreizehn Gemeinden, die ein-

1 Vgl. A. Kuntzemüller, Achtzig Jahre Eisenbahnen in der Ortenau, in: Ortenau 13./1926 und 15./1928

2 Vgl. Karl Müller, Die badischen Eisenbahnen in historisch-statistischer Darstellung. Ein Beitrag zur Geschichte des Eisenbahnwesens. Heidelberg 1904

3 Vgl. R. G. Haebler, Mancher Umweg ist keiner. Des badischen Straßen- und Eisenbahnbauers Robert Gerwig genialer Einfall, in: Baden-Württemberg 13./1964, Heft 12

4 Die wichtigsten Unterlagen wurden freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch den Leiter des Bad. Forstamtes Bad Rippoldsau-Schapbach in Wolfach, Forstdirektor Nerlinger, in dessen Amt Akten der alten Fürstlich-Fürstenbergischen Forstei Rippoldsau aufbewahrt werden.

fach fürchteten, „den Anschluß zu verpassen“ an das zukunftssträchtige Verkehrsnetz. Nachdem das obere Kinzigtal sich erfolgreich zur Wehr gesetzt hatte und angeschlossen worden war, ging es nur noch um einen kleinen Rest: die Wolfstal-Nebenlinie, möglichst mit Tunnelverbindungen ins Renchtal und nach Freudenstadt, sollte den Schlußpunkt bringen.

Eine entscheidende Initiative ging auch in dieser Angelegenheit von der Familie Goeringer aus, der Hoteliersdynastie, die seit 1777 das Bad Rippoldsau umtrieb.<sup>5</sup> Aber außer dem Fremdenverkehr waren an diesem Projekt auch die Waldbesitzer interessiert, allen voran die Fürstlich-Fürstenbergische Forstei in Rippoldsau.



*Otto Goeringer, Hotelier (1853–1920).*

Am 3. Februar 1896 berichtete der F. F.-Oberförster Kneitl von Rippoldsau an die Fürstenbergische Kammer nach Donaueschingen über eine Großveranstaltung vom Vortag.<sup>6</sup> Wichtigstes Ergebnis war dabei die Forderung gewesen, gleich von vornherein Abstand zu nehmen von einer „bescheidenen Lösung“

5 Die Familie des Franz Xaver A. Goeringer stammte aus Bühl/Bd. Vgl. hierzu: A. Schmid, Bad Rippoldsau. 800 Jahre Heimatgeschichte. 1966. — Ders., Bad Rippoldsau, Geschichte eines Schwarzwälder Kurtales. 1979

6 Kopie dieses Berichts im Archiv des o.g. Forstamts in Wolfach

des Verkehrsproblems im Wolfstal und dem Bau einer „schmalspurigen Straßenbahn“ von Wolfach nach Rippoldsau; die Teilnehmer forderten für Personenverkehr und Gütertransport (Holz, Steine) eine „normalspurige Sekundärbahn“. Otto Goeringer hatte schon vorweg eine Wiesbadener Gesellschaft beauftragt, die Frage der Rentabilität zu prüfen, und hatte positiven Bescheid bekommen. Bedenken schienen nur gegeben wegen der „streckenweise sehr erheblichen Bauhindernisse“ und für den Fall, daß der Geländeerwerb sich als zu kostspielig erweisen sollte.

### *Planung à fonds perdu*

Im o.g. Brief informierte Kneitl die fürstliche Verwaltung sehr detailliert über diese Versammlung, zu der der Rippoldsauer Badbesitzer alle Gemeinderäte des Wolfstals, Behördenvertreter und Privatinteressenten eingeladen hatte — nach Schapbach in den „Ochsen“. Wortführer dieser „Bürgerinitiative“ waren neben Goeringer der Schapbacher Holzhändler Karl Armbruster, der Sägewerksbesitzer Andreas Roth in Oberwolfach und der Rippoldsauer F. F.-Oberförster Kneitl. Das einstimmige Ergebnis war: Der Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Wolfach nach Rippoldsau<sup>7</sup> wurde als „in höchstem Grade erwünschens- und erstrebenswerth“ bezeichnet und eine rasche Planung und baldige Realisierung gefordert. Sofort wurde ein Aktionskomitee gewählt: Otto Goeringer als Vorsitzender, fünf Beiräte, Kneitl als Schriftführer. Goeringer ließ sich von den Beteiligten eine erste Planungsrate von 3 000 Mark bewilligen, die natürlich „à fonds perdu“ bezahlt würden, wenn das Projekt nicht realisiert werden könnte.

Kneitl erreichte es rasch — und dies zeigt das große Interesse auch seiner Donaueschinger Dienstherren —, daß die Fürstenberger 500 Mark als Planungsbeitrag leisteten. Rippoldsau und Oberwolfach zahlten je 500 Mark, Schapbach 700, der Rippoldsauer katholische Stiftungsrat<sup>8</sup> (großer Waldbesitzer!) 500 Mark; Goeringer selbst steuerte auch 500 Mark bei.

### *Staats- oder Privatbahn?*

In den folgenden Jahren wurde viel geplant und gearbeitet in dieser Angelegenheit, eine Trasse wurde ausgesteckt, viele Tunnels wurden vorgesehen; der Bahnhof Rippoldsau sollte erbaut werden beim „Klösterle“, (wo heute der Minigolfplatz zu sportlichem Spiel einlädt), vielleicht aber auch noch weiter talabwärts. Die Euphorie wurde jedoch mächtig gedämpft, als am 8. März 1896 eine unheilvolle Hochwasserkatastrophe die Talbevölkerung in Schrecken und Not versetzte und erst einmal sehr viel Geld aufgebracht werden mußte, um die großen Schäden zu beheben, die im ganzen Wolfstal zu beklagen waren.

<sup>7</sup> Unterlagen im Gemeindearchiv Bad Rippoldsau-Schapbach

<sup>8</sup> Vgl. A. Schmid, Kloster und Pfarrei Bad Rippoldsau. 1965

Aber „das Komitee“ ließ nicht allzu viel Zeit verstreichen; die Planung für die Bahnlinie wurde mit einer Privatgesellschaft zusammen vorangetrieben. Der Rippoldsauer Bürgerausschuß war einstimmig für dieses Vorhaben, in Schapbach gab es bei 24 Ja- auch 2 Nein-Stimmen, in Oberwolfach erreichten die Befürworter nur ein knappes Pro von 13 gegen 11 Stimmen. Natürlich wurden überall die Schwierigkeiten richtig eingeschätzt: Die schmale Ausformung der Talsohle, die vielen Krümmungen der Wolf, auch die beträchtliche Steigung von der Kreisstadt Wolfach bis zum Kniebisbad.



*Das Rippoldsauer Kurtal — Blick zum Kniebis.*

Im April 1900 wagte das „Komitee für die Erbauung einer Wolfthalbahn“ den entscheidenden Kraftakt. An der Spitze: Otto Goeringer, Hotelier in Rippoldsau; im Beirat: die Bürgermeister von Oberwolfach (Fritsch), Schapbach (Hermann) und Rippoldsau (Schmid), dazu die Sägewerksbesitzer Andreas Roth in Oberwolfach und Karl Armbruster in Schapbach; Schriftführer war weiterhin der Fürstlich-Fürstenbergische Oberförster Kneitl in Rippoldsau. Das Komitee schickte seine fein auf fünf dünn bedruckten Seiten formulierte „ehrerbietigste Bitte“<sup>9</sup> direkt an die „hohe erste und hohe zweite Kammer der badischen Landstände“ nach Karlsruhe. Es wurde darin geklagt über die geographische Abgelegenheit und Isolierung des Tales und die daraus resultierende Ungleichheit im wirtschaftlichen Wettbewerb: „Aus dieser Erkenntnis erwuchs notwendigerweise die Überzeugung, daß für die Bewohner der Wolf-

---

9 Kopie im Archiv des Forstamts in Wolfach

thalgemeinden Oberwolfach, Schapbach, Rippoldsau und Kniebis die Erbauung einer normalspurigen Wolfthalbahn eine unabweisbare Notwendigkeit bilde, um sie vor dem wirtschaftlichen Niedergang wirksam zu retten“.

### *Die Gründe für den Bahnbau*

Inzwischen war allen klar geworden, daß die Hilfe einer Privatgesellschaft als Trägerorganisation nicht zu erwarten war. Eine Lösung war nur vom Staat zu erhoffen. Am 6. März 1900 hatte die 2. Kammer in Karlsruhe eine Verkehrskonzeption beschlossen, wonach beim Bau weiterer Nebenbahnen „in erster Linie das wirtschaftliche Bedürfnis der bezüglichen Gegend ausschlaggebend sein solle“.

Hier wurde im Wolftal eingesetzt und argumentiert:

— Die Talgemeinden hätten — wegen des wirtschaftlichen Niedergangs — in kurzer Zeit von 4 500 Einwohnern 500 verloren durch Abwanderung.

— Bei einem Flächengebiet von 12 386 ha dominiere „bestertragreicher“ Wald mit einem Anteil von fast 10 000 ha; aus ihm könne jährlich Holz im Werte von 800 bis 900 000 Mark gewonnen werden: „In dem reichen Waldbesitze des Wolftales liegt somit die Hauptquelle der Erwerbstätigkeit der arbeitenden Bevölkerung“. Aber dieses Holz müsse auch konkurrenzfähig auf dem Markt angeboten werden, bei günstigem und billigem Transport. Bis ins Jahr 1887 war übrigens der Wolftäler Holzhandel über die Flößerei abgewickelt worden, lange als einzige Möglichkeit. Freilich war das Flößen immer mit vielen Nachteilen verbunden: Materialverlust schon bei der Zurichtung des Holzes, Verlust an Qualität und Quantität während des Transports, Gefahren für die Flößer . . . Ein Problem stellte sich immer mehr: Die Ausnutzung der Wasserkraft z.B. durch Sägewerke und andere Fabrikbetriebe war gleichzeitig neben dem Floßbetrieb nicht möglich. Mit Rücksicht auf gewerbliche und landwirtschaftliche Nutzung und auch wegen der Sicherheit der Brücken war ein Ende der Flößerei fast allentorts politisch erwünscht bzw. gefordert. 1887 ging das letzte Floß von Rippoldsau wolfabwärts: Ein verheerendes Hochwasser hatte in jenem Jahr neben sämtlichen Brücken auch viele Stauwehre für den Floßbetrieb zerstört, so auch die Anlage beim „Klösterle“, wo meist dem Floß noch ein „G'stehr“ angehängt worden war.

— Die „Fremden-Industrie“ des Tales habe beträchtliche Einbußen zu verzeichnen, seit in nächster Umgebung neue Eisenbahnlinien entstanden seien, die den Touristenstrom gezielt und erfolgreich orientierten: „Wir verweisen in dieser Beziehung nur auf den enormen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt Freudenstadt, den diese im Laufe der letzten 15 Jahre vorzugsweise dank der günstigen Eisenbahnverbindungen nach Württemberg und Baden erfahren hat“.

— „Naturgemäß“ würden sich die Bewohner des Wolftales, die bisher gerne in der „gewerbefleißigen Nachbarstadt“ Freudenstadt ihre Geschäfte erledigten, der badischen Amtsstadt Wolfach zuwenden, aber nur bei besseren Verkehrsverbindungen.

— Man sei sich sicher, daß auch das Geschäft mit Erzen und Steinen sich vervielfachen ließe, aber nur bei besseren Transportmöglichkeiten.

— Als besonderer Mißstand wurden die desolaten Verhältnisse und der Zustand der 22 km langen Landstraße durch das Wolftal genannt: „Zu Zeiten der Flößerei hatte sie nur dem leichten Fuhrverkehre zu dienen und konnte deshalb schmal angelegt werden, eines soliden Unterbaues entbehren und in scharfen Kurven den Windungen der Wolf folgen. Bis anfangs der 80er Jahre galt diese Landstraße als eine der schönsten und bestgepflegten des badischen Landes und war deshalb der Stolz der Thalbevölkerung und der Straßenbauverwaltung selbst. Seit aber mit Beginn der 80er Jahre wegen der Unrentabilität der Flößerei<sup>10</sup> die schweren Langhölzer mehr und mehr per Achse abgeführt wurden und vollends seit der Zerstörung der Flößerei-Einrichtungen der Wolf durch das Hochwasser vom 2. Juni 1887 nur noch per Achse verfrachtet werden können, wurde die Straße durch die schweren Lastfuhrwerke alljährlich mehr abgenutzt und werden die Hauptmängel der Straße, nämlich die geringe Breite, ungenügender oder gänzlich fehlender Unterbau und zu enge Kurven als schwere Mißstände, als Ursache hoher Fracht, als eine Hauptquelle für Verluste und vorzeitige Abnutzung theurer Pferde- und Wagenmaterials und nicht zuletzt als eine große Gefahr für das Leben und die Gesundheit der mit den Fuhrwerken in Berührung kommenden Menschen und Tiere schmerzlich empfunden.“

— (Eine Verbreiterung und Verbesserung der Landstraße war zu dieser Zeit bereits beschlossen; der Aufwand dafür wurde mit 290 bis 330 000 Mark veranschlagt). Vorschlag des Komitees: Verzicht auf den Straßenbau und Umwidmung der Staatsgelder für das Eisenbahnprojekt.

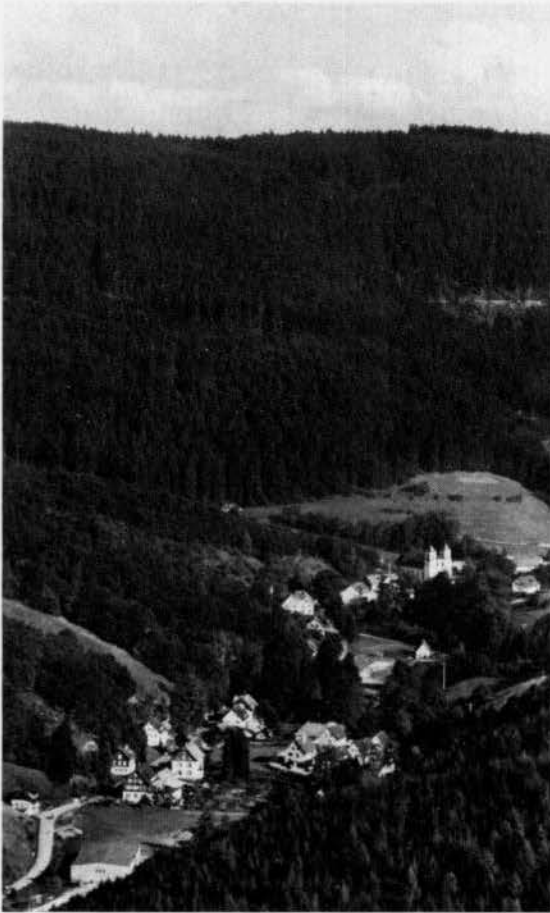
— Eine Eisenbahn könnte auch folgenden Übelstand beseitigen: Zwischen Rippoldsau und Wolfach bestehe ein Höhenunterschied von 300 m. Winters liege die obere Talhälfte oft durchgehend unter einer Schneedecke, geeignet für den Lastentransport auf Schlitten; in der unteren Talhälfte sei dies die Ausnahme, wieder eine Ursache von Mehrfrachtkosten, Verzögerungen, Verlusten . . .

— Erinnert wurde auch an die Tatsache, daß gerade in Rippoldsau sehr viele Waldungen in staatlichem Besitz seien, der Staat also ein Eigeninteresse haben müsse an einem größeren Ertrag und einer rentablen Vermarktung.

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu allgemein: Ludwig Barth, Die Geschichte der Flößerei im Flußgebiet der oberen Kinzig. Diss. München 1895

— „Endlich geben sich die Thalbewohner der Hoffnung hin, daß auch die außerordentlich zufällige Einnahme von rund 3 1/2 Millionen Mark Erbschaftssteuer (!), welche die Fürstl. Standesherrschaft Fürstenberg im Laufe von 10 Jahren der Großherzoglichen Staatskasse zu entrichten hat, eine günstige Rückwirkung auf die Bitte der Wolfthalbewohner um eine Bahnverbindung ausüben werde bei der Erwägung, daß es der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen dürfte, daß von dieser bedeutenden, vorwiegend aus Fürstenbergischem Grund- und Waldbesitz fließenden Summe wenigstens ein sehr namhafter Teil zur Unterstützung und Förderung von solchen gemeinnützigen Einrichtungen verwendet werden sollte, woran auch die Fürstliche Standesherrschaft Fürstenberg als Waldbesitzerin ein Interesse hat . . .“



*Blick zum „Klösterle“.*

### *Die Großherzogliche Regierung und das Bahnprojekt*

Die Jahre vergingen, die Planungen liefen im Ingenieurbüro Paul in Köln munter weiter, aber die Finanzierung blieb offen: Karlsruhe versprach lediglich, zu gegebener Zeit „einen den schwierigen Terrainverhältnissen entsprechenden Staatsbeitrag“ zu leisten. Am 7. Mai 1905 waren wieder ca. 300 interessierte Bürger im „Adler“ in Schapbach beisammen. Ingenieur Paul erläuterte die technische Durchführung des Projekts: Die Bahn sollte in Wolfach zwischen dem F. F.-Schloß und dem „Herrengarten“ an den Hauptbahnhof

angeschlossen werden. Bahnhöfe waren vorgesehen bei Oberwolfach-Kirche, Oberwolfach-Walke, Schapbach-Ochsen, Schapbach-Kirche, vor Seebach und beim Jochemshof oberhalb Burgbach in Rippoldsau. Paul rechnete mit einem Aufwand von 100 000 Mark pro km, für die 19 km lange Bahnstrecke ein Gesamtbetrag von 1,9 Millionen. Der Kölner Planer zeigte sich bereit, das Bahnprojekt auch mitzufinanzieren.

Bedeutsam war bei dieser Sitzung am 7. Mai 1905 der Rücktritt von Otto Goeringer/Rippoldsau als Vorsitzender des Komitees, „da das Vortreten seiner Persönlichkeit eher dem Bahnprojekt zum Nachteil als zum Vorteil sei; der Regierungsvertreter habe nämlich im Jahre 1900 in der Kommissionssitzung des badischen Landtags erklärt, der Staat habe kein Geld, um für den Badbesitzer Goeringer eine Bahn zu bauen“.

Nachfolger Goeringers wurde der F. F.-Oberförster Weinmann aus Rippoldsau. Er meldete diese Wahl selbst an seinen Dienstherrn nach Donaueschingen und schrieb dazu, er nehme sie „nur unter der Voraussetzung an, daß seine vorgesetzte Behörde keinen Widerspruch erhebt“! Kammerpräsident Dänzer antwortete aus der Fürstenberger Residenz: „Wir beanstanden nicht, daß Herr Oberförster Weinmann am 7. d.M. die Wahl zum Vorsitzenden des Komitees für die Herbeiführung einer Eisenbahnverbindung zwischen Wolfach und Rippoldsau angenommen hat. Bezüglich der Erhöhung des standesherrlichen Beitrags zu den Kosten der Vorarbeiten geben wir vorerst noch keine Zusage“. — Im Juli wurden dann doch 300 Mark bewilligt und auf den „Wolfthalbahnfond“ einbezahlt.

Das Interesse der Fürstenberger scheint sich aber dann rasch verringert zu haben: Im Januar 1907 wurde F. F.-Förster Weinmann angewiesen, aus dem Bahnbau-Komitee auszuscheiden. Die Planung kam ins Stocken, die politische Stimmung im Wolfthal wurde unruhig. 1909 verfaßten die Wolfthalgemeinden wieder eine gemeinsame Petition an die großherzogliche Regierung: Sie verwiesen dabei warnend auf die überraschenden Stimmengewinne der Sozialdemokraten gerade im Wolfthal<sup>11</sup> und deuteten sie als gefährliche Signale des Protestes.

Die Zweite Kammer der badischen Landstände empfahl der Regierung in dieser Situation, „daß die Bahn als Staatsbahn erstellt werden möge, sobald dies mit Rücksicht auf die Finanzlage irgend tunlich ist“.

Inzwischen galt der Rippoldsauer Postmeister Hans Müller als eifrigster Verfechter der Eisenbahnidee. 1911 wurde auf seine Initiative wieder ein Memorandum<sup>12</sup> für die Karlsruher Regierung formuliert — mit deutlichen Forderungen, „um so das Wolfthal aus einer wirtschaftlichen Notlage endlich zu be-

---

11 Vgl. Gemeindearchiv Bad Rippoldsau-Schapbach

12 Kopie im Archiv des Forstamts Wolfach



freien“. Mit großer Bitterkeit wurde festgestellt, „daß unser einziger Verkehrsweg, die Landstraße, trotz der alljährlichen hohen Aufwendungen sich fortgesetzt in einem recht schlechten Zustande befindet; vor 2 Jahren mit der Dampfwalze bearbeitete Stellen sind heute schon wieder derart, daß von den vorgenommenen Verbesserungen kaum mehr etwas wahrzunehmen ist. Die Straße ist eben dem starken Verkehr nicht mehr gewachsen. Eine gründliche Besserung kann, wie wir schon seit Jahren wiederholt hervorgehoben haben, nur durch die Erbauung einer Eisenbahn eintreten“.

Der Badbesitzer hatte übrigens, seit die Bahnlinie bis Wolfach weitergebaut war, zwischen Rippoldsau und Wolfach gegen entsprechende Vergütung die Personen- und Postbeförderung organisiert. Diese sogenannten „Privatpersonenposten“ waren allerdings nicht mehr gefragt, als im Sommer 1908 die Pferdeposten durch Kraftwagen ersetzt wurden: Der Rippoldsauer Unternehmer Franz Schoch und sein Compagnon Harter (Teilnehmer am Burenkrieg!) fuhren einmal täglich die Strecke talabwärts und nachmittags wieder zurück, während der Sommersaison dreimal täglich.



*Der Rippoldsauer Unternehmer Franz Schoch organisierte den „Wolftalbus“ seit 1908.*

1912 genehmigte der badische Landtag in einem Staatsvertrag mit dem Königreich Württemberg die Gelder für den Endausbau der Murgtalbahn zwischen

Rastatt und Freudenstadt; ebenso wurden Mittel für die Fortführung der Renchtalbahn von Oppenau bis Griesbach bewilligt. Aber nichts tat sich für das Wolfstal; zum vierten Male wurde eine Petition des Wolfthalbahnkomitees „empfehlend“ der Regierung überwiesen.

Der Zustand der Landstraße durch das Wolfstal wurde immer lamentabler, die Fuhrlöhne stiegen und verteuerten die Holzpreise, 3 Holzfuhrunternehmer giengen in Konkurs, die politische Stimmung wurde immer gereizter. Am 21. Januar 1912 befaßte sich die Erste Kammer des Landtags mit den wirtschaftlichen Zuständen im Wolfstal, Berichterstatter war Graf Kageneck. Förster Weinmann schrieb wieder einmal nach Donaueschingen, man „wolle bei seiner Durchlaucht dem Fürsten vorstellig werden, Höchstderselbe möge die Gnade haben, Seinen Einfluß bei der Regierung namentlich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Ersten Kammer geltend zu machen, daß mit der Erbauung der Wolfthalbahn, wenigstens von Wolfach bis Seebach, ein rascheres Tempo eingeschlagen wird, daß die Wolfthalbahn möglichst gleichzeitig mit der Fortführung der Renchtal- und Murgtalbahn fertig gestellt wird“. — Dabei hatten die Illusionen schon viel weiter um sich gegriffen: „Natürlich“ sollte die ‚Wolfthalbahn‘ mit einem Tunnel an die Renchtallinie angebunden werden und ebenso an das württembergische Netz über Freudenstadt.

Im Landtag blieb es bei der „empfehlenden Überweisung“.

Im Januar 1914 startete die „Bürgerinitiative Wolfthalbahn“ noch einmal eine groß angelegte Petition an die beiden Kammern des badischen Landtags und an das „Hohe Ministerium des Großherzoglichen Hauses“. Diese Aktion — engagiert vorgetragen von den Bürgermeistern Fritsch/Rippoldsau, Schmieder/Schapbach und Echle/Oberwolfach, vom Rippoldsauer Postmeister Hans Müller und dem Schapbacher Großbauer Karl Armbruster — wurde nachdrücklich unterstützt von der Stadt Wolfach, vertreten durch Bürgermeister Armbruster und den Gemeinderat Götz Wallau: Wolfach war damals alarmiert durch die Tatsache, daß die Stadt zwischen 1905 und 1910 in der Einwohnerzahl von 2 055 auf 1 973 zurückgegangen war.

Die Begründung wurde in folgender Resolution gegeben:

*Hohes Ministerium des Großherzoglichen Hauses!*  
*Hohe Erste Kammer der Ständeversammlung!*  
*Hohe Zweite Kammer der Ständeversammlung!*

Den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Wolfach nach Rippoldsau betr.

Schon seit 14 Jahren petitionieren die Bewohner des Wolftales um eine Eisenbahn. Wenn diese Wünsche von Jahr zu Jahr dringlicher wurden, so hat dies seinen Grund darin, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gegend augenscheinlich immer mehr zurückgegangen ist. Den besten Beweis dafür bietet die seit Jahrzehnten abnehmende Bevölkerungsziffer. Es zählten an Einwohnern

Die Orte	1905	1910
Kniebis	161	196
Rippoldsau	761	793
Schapbach	1 362	1 343
Oberwolfach	1 882	1 817
Zusammen	4 166	4 149
Wolfach	2 055	1 973

Der allgemeine Rückgang findet seinen Ausdruck auch darin, daß der Hauptproduktionszweig unseres Tales, die Waldwirtschaft, die größten Schwierigkeiten in der guten Verwertbarkeit ihrer Erzeugnisse hat. Die Holzfuhrlaute unserer Gegend sind fast alle der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Opfer gefallen, andere haben ihren Fuhrpark und den Pferdebestand auf ein Minimum reduziert. Für die Holzkäufer ist es zu einer ständigen Kalamität geworden, die Wald-erzeugnisse abgeführt zu bekommen; rechtzeitige Abfuhr ist in den letzten Jahren unmöglich, verspätete Abfuhr kann nur durch kostspielige Herbeiziehung von Fuhrleuten aus dem benachbarten Württemberg geschehen. Diese Tatsache drückt einerseits die Preise, hält andererseits die Großkäufer von unserem Tale ab, weil abgesehen von den Schwierigkeiten, überhaupt einen Fuhrmann zu bekommen, auch die Güte des Holzes durch das lange Lagern leidet. Ebenso sehr leiden unter diesen Zuständen die zahlreichen einheimischen Sägewerksbesitzer bei Abfuhr ihrer Schnittwaren. Der trotz der aner kennenswerten hohen Aufwendungen immer noch sehr ungünstige Zustand der Wolfstalstraße trägt an allem die Hauptschuld. Auch jetzt kann man sich wieder davon überzeugen, daß Teile der Straße, selbst oberhalb der Schwerspaltladestelle, die im Jahre 1913 frisch gewalzt wurden, am Schluß des Jahres völlig durchgefahren waren. Die Großherzogliche Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hatte die Absicht, die schlechtesten Teile der Straße zu pflastern; die durch den Jahrzehnte langen Rückgang finanziell geschwächten Gemeinden mußten aber den ihnen hierzu angesonnenen hohen Aufwand als unaufbringlich ablehnen.

Soviel dürfte gewiß sein, daß die Wolfstalstraße den Verkehr der Massengüter nicht bewältigen kann. Der leichtere Verkehr aus den Gemeinden Schapbach und Rippoldsau hat sich auch schon längst dem benachbarten Freudenstadt zugewendet, weil sich die Beförderung der Stück- und Frachtgüter über Freudenstadt wesentlich billiger stellt und rascher erledigt als über Wolfach. Hunderttausende von Mark für gemachte Einkäufe fließen jährlich nach Württemberg, die unserem badischen Lande, insbesondere den Städten Wolfach und Offenburg, zugeführt werden würden.

Eine endliche Abhilfe kann, wie wir stets betonten, nur die Eisenbahn bringen. Mag sich auch zunächst für die Bahn noch ein Betriebsausfall berechnen, so ist dem auf der anderen Seite die unausbleibliche Steigerung des Güter- und Personenverkehrs entgegenzuhalten. Die Wasserkräfte unseres Tales werden noch kaum ausgenutzt und lassen die Entwicklung von Gewerben zu; unsere Fremdenindustrie ist infolge der Abgelegenheit immer mehr zurückgegangen. Es wird ja in absehbarer Zeit die Renchtalbahn bis Griesbach weitergeführt; zweifellos wird sich dann ein reger Fremdenverkehr entwickeln, wenn auch unsere Bahn gebaut ist, weil dann die an Naturschönheiten so reiche ganze Gegend um den Kniebis leicht an einem Tage von den Städten der Rheinebene besucht werden kann. Der Kniebis mit seinen weiten Schneefeldern gewinnt von Jahr zu Jahr an Bedeutung als Wintersportplatz; zu seiner Erreichung wird unsere Bahn der kürzeste und bequemste Zugangsweg sein. Mit der unausbleiblichen Verkehrssteigerung geht die Kräftigung der Talbevölkerung als Steuerzahler Hand in Hand, so daß der sich berechnende Betriebsausfall in kürzester Zeit verschwunden sein dürfte. In gleicher Richtung wird auch die künftige Ersparnis an den sehr beträchtlichen Unterhaltungskosten für die Straße wirken, und endlich dürfen hiebei die bedeutend höheren Einnahmen aus den im oberen Wolftale gelegenen 826 Hektar großen Staatswäldungen nicht vergessen werden.

Sowohl die hohe Erste als auch die hohe Zweite Kammer der Ständeversammlung haben in der letzten Tagung unsere Bitte um die Erbauung der Wolfthalbahn der Regierung empfehlend überwiesen. Seitdem sind die Verhältnisse keineswegs günstiger geworden.

Unsere ehrerbietigste Bitte geht nun dahin, Hohes Ministerium und die Hohen Landstände möchten in tunlichster Bälde die Mittel für die Erbauung der Bahn Wolfach-Schapbach-Rippoldsau als normalspurige Staatsbahn bereitstellen.

Rippoldsau im Januar 1914.

Fritsch, Bürgermeister, Rippoldsau  
Müller, Postsekretär, Rippoldsau  
Schmieder, Bürgermeister, Schapbach  
Carl Armbruster, Hofgutsbesitzer, Schapbach  
Echle, Bürgermeister, Oberwolfach  
Armbruster, Bürgermeister, Wolfach  
Götz Wallau, Gemeinderat, Wolfach.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs konfrontierte auch die Woltäler mit ganz andern Sorgen und Nöten. Aber 1919 wurde doch das Projekt wieder aufgegriffen, u.a. von Forstrat Burger vom Staatlichen Forstamt Wolfach, das die Staatswaldungen in Rippoldsau zu betreuen hatte. Als am 6. Januar 1920 Otto Goeringer starb, fiel freilich die im Hintergrund treibende Kraft aus; nach außen vertrat ihn temperamentvoll sein Freund, Postmeister Hans Müller.

### *Unternehmen „Wolftalbahn“ gescheitert*

Die Inflation und die Entwicklung größter wirtschaftlicher Not brachten das Unternehmen „Wolftalbahn“ schließlich zum Erliegen. Die private unternehmerische Initiative sorgte andererseits immer besser für den Gütertransport auf der manierlich verbesserten Landstraße; seit dem 1. Oktober 1929 fuhren schließlich auch auf der Wolftalstrecke regelmäßig die staatlichen Postomnibusse. Von einer Bahnlinie sprach nun niemand mehr.

Wer aufmerksam die heutige Diskussion verfolgt um die Lösung der Verkehrsprobleme, wie sie sich u.a. ergeben haben durch den ungeahnten Siegeszug des Automobils und das Milliardendefizit im Eisenbahnsystem, das zur Stilllegung so mancher „unrentabler“ Strecken geführt hat und noch weiter führen soll, der wird sich wohl im Falle der nicht gebauten „Wolftalbahn“ eigentlich nur von Herzen freuen können, daß dieser „Fortschritt“ diesem Schwarzwaldtal erspart blieb. Zum Glück ist auch in dieser Landschaft die wirtschaftliche Notzeit vorbei, hat sich die geographische Abgeschiedenheit eher als Vorteil erwiesen, gesucht von vielen, die gerade in der Ruhe dieses abgelegenen Kurtales Entspannung und Ruhe suchen. Eine Eisenbahnlinie durch das Wolftal hätte zweifellos den unvergleichlichen Reiz und besonderen Zauber dieser Schwarzwaldlandschaft nicht unerheblich beeinträchtigt. Und wenn die Wolftalbahn tatsächlich gebaut worden wäre? Würde sie noch heute kniebiswärts schnaufen oder hätte die Bundesbahn nur noch eine weitere Investitionsruine zu präsentieren?

# Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in einer Kleinstadt — Haslach i. K. im Jahre 1933

*Manfred Hildenbrand*

„Haben wir die Macht, dann werden wir sie nie wieder aufgeben, es sei denn, man trägt uns als Leichen aus unseren Ämtern heraus.“

Joseph Goebbels am 6. August 1932

## *Vorbemerkungen*

Im Jahre 1983 wird in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch außerhalb ihrer Grenzen, daran erinnert, daß vor fünfzig Jahren der Nationalsozialismus an die Macht kam. Mit Recht wurde von einem „quälenden und finsternen Jubiläum“<sup>1</sup> gesprochen, welches uns mahnen soll, den bisher dunkelsten Abschnitt deutscher Geschichte nicht zu vergessen, der mit Millionen Kriegstoten und dem „Holocaust“ endete.

Eine Fülle von Veröffentlichungen anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des 30. Januar 1933 sind inzwischen erschienen. Sie beschäftigen sich fast ausschließlich mit den Ereignissen auf Reichsebene oder regionaler Ebene.<sup>2</sup> Untersuchungen, die die lokalen Ereignisse recherchieren, finden sich vergleichsweise sehr wenige.<sup>3</sup> Dabei kann gerade der lokalgeschichtliche Zugang zum Nationalsozialismus bewirken, daß das zeitgeschichtliche Interesse junger Menschen geweckt wird. Dies ist um so wichtiger, als immer wieder festgestellt wurde, daß viele Jugendliche von der Zeit der Hitler-Diktatur nur unklare Vorstellungen haben.<sup>4</sup> Allzu oft werden gerade junge Menschen heute immer

---

1 Willy Brandt in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag im Mai 1982 in München.

2 Es sei hier auf folgende Neuerscheinungen hingewiesen: Thomas Schnabel (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Stuttgart 1982; Martin Broszat, Elke Fröhlich u.a., Bayern in der NS-Zeit. 4 Bde., München 1981; Rudolf Riezler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1982.

3 Das Buch von Heinz Dieter Schmid, Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kreisstadt. Frankfurt 1979, ist eine reine Quellensammlung für den Gebrauch an Schulen. Die Kreisstadt ist Reutlingen. Bernd Burkhardt, Eine Stadt wird braun. Hamburg 1980, ging aus einer Schulfunksendung des Süddeutschen Rundfunks hervor. Die Stadt ist Mühlacker in Württemberg. Vgl. auch Thomas Schnabel (Hrsg.), Lokalmodelle nationalsozialistischer Machtergreifung. Heidelberg 1983.

4 Vgl. das deprimierende Buch von Dieter Boßmann (Hrsg.), „Was ich von Adolf Hitler gehört habe . . .“. Folgen eines Tabus. Auszüge aus Schüler-Aufsätzen von heute. Frankfurt a.M. 1977.

noch von einem Geschichtsbild beeinflusst, das dank der von vielen Medien kräftig geförderten Personalisierung (Fixierung auf die Person Hitlers und anderer NS-Größen) den Nationalsozialismus ohne Bezug zur eigenen Heimat läßt und durch Dämonisierung des allgegenwärtigen Staatsapparates die NS-Zeit geradezu ins Unwirkliche entrückt. Durch die lokalgeschichtliche Betrachtungsweise wird jedoch erfahrbar, wie „nahe“ die Geschichte des Nationalsozialismus sein kann und wie „große“ Politik und alltägliches Leben im heimatlichen Raum ineinander verwoben sind. Darüber hinaus können sich gerade im lokalen Alltag<sup>5</sup> gesellschaftliche Verhältnisse und „große“ Politik im charakteristischen Detail zeigen. Wenn bisher die lokalgeschichtlichen Ereignisse der Nazi-Diktatur so wenig untersucht wurden, so war daran oft ein falsch verstandenes Tabuieren lokaler Zeitgeschichte schuld. Dabei spielte sicherlich auch die Scheu vor dem Aufdecken von Verstrickungen noch lebender Mitbürger in der NS-Zeit eine Rolle. „Eine Lokalgeschichte, die sich mit dem trübsten Kapitel deutscher Geschichte, dem Dritten Reich und seinen Vorbedingungen, nicht beschäftigen will, kann keine Einsichten in die Bedingungen und Strukturen unserer heutigen Gesellschaft vermitteln.“<sup>6</sup>

Die Geschichte der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus als etwas zu begreifen, das sich vor Ort abgespielt hat, sich in die Menschen in einer Kleinstadt wie Haslach i. K. in der damaligen Zeit hineinzusetzen, ihr Handeln und ihre Motive zu begreifen, beziehungsweise, falls man selbst den Nationalsozialismus erlebt hat, sein eigenes Handeln in jener Zeit zu reflektieren — dazu will diese Untersuchung beitragen.

### *Die benutzten Quellen*

Wie in vielen Archiven von kleineren Gemeinden der ehemaligen französischen Besatzungszone sind die vorhandenen Akten aus der NS-Zeit im Haslacher Stadtarchiv relativ gering. Auf Weisung der französischen Militärregierung mußten Ende 1945 alle sogenannten Nazi-Urkunden und Nazi-Akten vernichtet werden, was man in Haslach nach Möglichkeit besorgte.<sup>7</sup> Wichtige Quellen waren die in Haslach damals erschienenen Lokalzeitungen, die „Kinzigtälner Nachrichten“ (KN) und der „Anzeiger vom Kinzigtal“ (AK). Während die „Kinzigtälner Nachrichten“ zur katholischen Zentrumspresse gehörten, war der „Anzeiger vom Kinzigtal“ eindeutig nationalsozialistisch ausgerichtet. Sein Herausgeber und Lokalredakteur Josef Huber war schon vor 1933 Mitglied der NSDAP und SS. Beide Zeitungen wurden in Haslach ge-

---

5 Zur Geschichte des Alltags im Nationalsozialismus vgl. Harald Focke/Uwe Reiner, *Alltag unterm Hakenkreuz*. Reinbek 1979; dies., *Alltag der Entrechteten*. Reinbek 1980; Frank Grube/Gerhard Richter, *Alltag im Dritten Reich*. Hamburg 1982; Dieter Galinski u.a., *Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus*. Reinbek 1981.

6 Schnabel, *Lokalmodelle*, a.a.O., S. 3.

7 Vorwort zum Inventarbuch des Stadtarchivs Haslach i.K., S. IX.

druckt und berichteten über die Ereignisse in Haslach im Jahre 1933 sehr ausführlich, wobei man leider feststellen muß, daß auch die „Kinzigtäler Nachrichten“, um überleben zu können, sich „gleichschalten“ lassen mußten und ab Mai 1933 immer mehr ins nationalsozialistische Fahrwasser gerieten. Herangezogen wurden auch die Ortenauer und Wolfacher Regionalausgaben der NS-Parteizeitung „Der Führer“. Charakteristische Details über das Jahr 1933 stammen aus den Befragungen von vierzehn Haslacher Bürgern, dreizehn Männern und einer Frau.<sup>8</sup> Als eine der ergiebigsten Quellen erwiesen sich die Tagebuchaufzeichnungen des 1947 verstorbenen Wilhelm Engelberg<sup>9</sup>, der als Sozialist und Pazifist aus seiner entschiedenen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus keinen Hehl machte. Wertvolle Einzelheiten enthielten auch die schriftlichen Aufzeichnungen des ehemaligen Zentrumsmitgliedes Wilhelm Schille, die dieser aus seinem Privatarchiv bereitwillig zur Verfügung stellte.

### *Die wirtschaftliche Lage in Haslach vor 1933 — Firmenzusammenbrüche und hohe Arbeitslosigkeit*

Als einer der wichtigsten Gründe für das schnelle Anwachsen des Nationalsozialismus seit 1929 wird immer wieder die Weltwirtschaftskrise gesehen, die in Deutschland mit aller Macht hereinbrach und bis 1933 die Arbeitslosenzahl im Deutschen Reich auf über 6 Millionen klettern ließ.<sup>10</sup> Auch die Kleinstadt Haslach mit ihren rund 3 100 Einwohnern wurde von dieser ökonomischen Krise stark betroffen — mehr als alle vergleichbaren Klein- und Mittelstädte in Baden. Mit 655 Arbeitslosen am 1. 1. 1933<sup>11</sup>, 81,8 Prozent der im Erwerbsleben stehenden Einwohner, lag die Arbeitslosenzahl in Haslach erschreckend weit über dem Reichsdurchschnitt von 29,9 Prozent. Wie kam es zu diesem katastrophalen Anstieg der Arbeitslosenzahl in Haslach?

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich in Haslach eine beachtliche Industrie entwickelt, in der die meisten Haslacher arbeiteten. Der größte Industriebetrieb war das ehemalige Haißsche Stahlwerk, ein Zweigbetrieb der Deutschen Edelstahlwerke AG, Krefeld<sup>12</sup>, das Ende 1928 300 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Das Werk wurde im Februar 1929 geschlossen, alle Be-

---

8 Frau Maria Schaettgen sowie den Herren Heinrich Borho, Egon Engler, Willy Kern, Gustav Habermann, Willi Harter, Wilhelm Keppner, Reinhard Löffler, Hermann Prinzbach, Albert Sahl, Wilhelm Schille, Josef Thoma, Josef Willmann und Wilhelm Wintermantel sei für die ausführlichen Interviews herzlich gedankt.

9 Die Tagebuchaufzeichnungen sowie der gesamte schriftliche Nachlaß von Wilhelm Engelberg befinden sich seit 1979 im Stadtarchiv Haslach. Über das Leben und Wirken W. Engelbergs vgl. Ernst Engelberg, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862 — 1947). Über Traditionen der badischen Revolution von 1848/49. Die Ortenau 59./1979, S. 69—118.

10 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. 6. Aufl. Köln 1980, S. 184 ff.

11 „Anzeiger vom Kinzigtal“ v. 30. 1. 1934, im folgenden AK zitiert, Haslach zählte 1933 3 138 Einwohner, wovon etwa 800 im Erwerbsleben standen. Vgl. AK v. 3. 7. 33.

12 Das Stahlwerk ging aus dem ehemaligen Haißschen Hammerwerk hervor, dessen Anfänge bis ins Jahr 1806 zurückgehen. Vgl. Manfred Hildenbrand, 175 Jahre Eisen- und Metall KG Ernst Haiss. „Offenburger Tageblatt“ v. 4. 12. 1981.

schäftigten wurden entlassen und waren jahrelang arbeitslos. Der zweitgrößte Betrieb, die Lederfabrik Carl Haberstroh GmbH, wurde 1930 ebenfalls stillgelegt, die 120 Beschäftigten wurden arbeitslos. Im Herbst 1930 mußten die Hartsteinwerke „Vulkan“, Gebrüder Leferenz<sup>13</sup>, schließen, ein Steinbruchbetrieb mit etwa 70 Arbeitern und Angestellten. Auch das Ziegelwerk Buchholz mit 48 Beschäftigten ging 1930 in Konkurs.<sup>14</sup> Die Zigarrenfabrik Krämer, in der 25 vornehmlich weibliche Beschäftigte arbeiteten, stellte 1931 ihre Produktion ein. Mehrere kleinere Betriebe mußten bis 1933 ebenfalls schließen, so daß man von „einem völligen Zusammenbruch der Haslacher Industrie“<sup>15</sup> sprechen konnte. „Es wird keine Stadt oder Gemeinde im Lande Baden zu finden sein, die unter der Erwerbslosigkeit und den sich hieraus ergebenden Verpflichtungen so sehr leidet, wie die Stadtgemeinde Haslach i. K. Die Industrie, auf der sich die hiesige Wirtschaft aufgebaut hat, ist fast restlos vernichtet. Dem von der Industrie hier im wesentlichen abhängigen Handwerk und der übrigen Geschäftswelt geht es außerordentlich schlecht . . .“ heißt es in einem Schreiben des Haslacher Gemeinderats vom Dezember 1931.<sup>16</sup>

Ende 1932 waren 182 Haslacher Männer und Frauen „ausgesteuert“<sup>17</sup>, d.h., sie erhielten keine Arbeitslosenunterstützung mehr, sondern nur Wohlfahrtsunterstützung von der Stadtgemeinde.<sup>18</sup> Diese Wohlfahrtserwerbslosen, wie man die „Ausgesteuerten“ nannte, wurden von der Stadtkasse, wenn sie ledig waren, mit monatlich bis zu 40 Mark unterstützt, Ehepaare ohne Kinder mit bis zu 70 Mark. Der Zuschlag für jedes Kind unter sechzehn Jahren betrug 8 Mark, für jedes Kind über sechzehn Jahren 10 Mark.<sup>19</sup> Darüber hinaus gewährte die Stadt Haslach den Arbeitslosen und ihren Familien noch Mietzuschüsse, verbilligten elektrischen Strom, verbilligten Wasserzins, verbilligte Abgabe von Brennholz und Lebensmitteln wie Kartoffeln und Mehl.<sup>20</sup> Die Fürsorgeausgaben der Stadt Haslach stiegen von 121 220 Mark im Jahre 1931 auf 151 200 Mark im Jahre 1932<sup>21</sup> — für eine Kleinstadt „auf die Dauer eine unerträgliche Belastung des Stadtsäckels“<sup>22</sup>. Angesichts der sehr hohen Wohl-

---

13 Vgl. Manfred Hildenbrand, Der „Vulkan“ in Haslach im Kinzigtal. Die Ortenau 57./1977, S. 321.

14 Vgl. Maschinengeschriebene Firmenchronik der Ziegelei Buchholz von Wilhelm Schille, Privatarchiv Schille.

15 Schreiben des Haslacher Gemeinderats v. 21. 12. 1931. Verwaltungssachen XX/63, Stadtarchiv Haslach, im folgenden StAH zitiert.

16 Ebenda.

17 In der Regel 26 Wochen lang, maximal 39 Wochen lang bekamen Arbeitslose damals Arbeitslosenunterstützung. Danach wurden sie „ausgesteuert“ und waren auf die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden angewiesen. Vgl. Ludwig Heyde, Abriß der Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1948, S. 236. Über den Alltag der Arbeitslosen in jener Zeit vgl. Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd. 5: 1918—1945, Berlin 1982, S. 90ff.

18 Verzeichnis der Wohlfahrtserwerbslosen v. Oktober 1932. Verwaltungssachen XX/65, StAH.

19 Ebenda.

20 Schreiben des Bürgermeisteramtes Haslach v. 4. 4. 1932. Verwaltungssachen XX/65, StAH.

21 AK v. 30. 1. 1934.

22 AK v. 16. 3. 1934.



fahrtslasten befand sich die Stadt Haslach damals, wie es in einem Schreiben des Gemeinderats hieß, „am Rande des Abgrundes“<sup>23</sup>.

Das Thema „Arbeitsbeschaffung“ zog sich wie ein „roter Faden“ durch alle Beratungen des Haslacher Gemeinderats in den Jahren 1930 bis 1933. Bis zu 200 Arbeiter, zum größten Teil Arbeitslose, wurden von der Stadt für Notstandsarbeiten (Straßenarbeiten, Anlegen von Wegen im Stadtwald, Korrektur des Gewerbekanal, Erschließung neuer Stadtteile) — oft allerdings nur stundenweise — beschäftigt.<sup>24</sup>

Aber auch die katholische Kirchengemeinde versuchte, die Not der Arbeitslosen und „Ausgesteuerten“ zu lindern. Im September 1931 wurde die „Katholische Notgemeinschaft“ gegründet.<sup>25</sup> Die in den Büroräumen des stillgelegten Stahlwerkes eingerichtete Notküche der Notgemeinschaft gab im Winter 1932/33 täglich rund 300 Essen an die Bedürftigen Haslachs aus. Ein Essen kostete für Erwachsene 20 Pfennige, für Kinder 10 Pfennige. Personen ohne Einkommen bekamen das Essen kostenlos.<sup>26</sup> Vom Dezember bis Juni 1932 wurden insgesamt 45 848 Essensportionen ausgegeben.<sup>27</sup>

### *Trotz Anstiegs der Nationalsozialisten und Kommunisten blieb Haslach Zentrumsbastion*

Die andauernde Wirtschaftskrise und die daraus resultierende Eskalation der Arbeitslosenzahl bewirkte in Haslach ein rasches Ansteigen der Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Bevölkerung Haslachs bestand zum überwiegenden Teil aus Kleinbürgern und Arbeitern. Während die Kleinbürger, Handwerker, Geschäftsleute, Angestellte und Beamte, sich in zunehmendem Maße dem Nationalsozialismus zuwandten, schloß sich ein beträchtlicher Teil der Arbeiter der KPD an. Eine Aufschlüsselung der Berufszugehörigkeit der NSDAP-Mitglieder in Haslach im Jahre 1932 zeigt<sup>28</sup>, daß die Arbeiter in dieser Partei unterrepräsentiert waren, während selbständige Handwerker, kleine Geschäftsleute, Angestellte und Beamte, im Vergleich zu ihrem Anteil an der gesamten Einwohnerzahl, überproportioniert vertreten waren, eine Erscheinung, die überall im Reich zu beobachten war.<sup>29</sup>

Traditionsgemäß besaß im katholischen Haslach wie in den übrigen katholischen Gemeinden im Kinzigtal die Zentrumspartei ein solides Wählerpoten-

23 Schreiben des Gemeinderats v. 28. 8. 1932, StAH.

24 Bericht von Bürgermeister Selz über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadt Haslach. Verwaltungssachen XX/63, StAH. Vgl. auch AK v. 30. 1. 1934.

25 Vgl. Aufzeichnungen von W. Schille, Privatarchiv Schille. Werner Scheurer, Notgemeinschaften halfen den Armen: Nächstenliebe kennt keine Schranken, „Offenburger Tageblatt“ v. 6. 3. 1982.

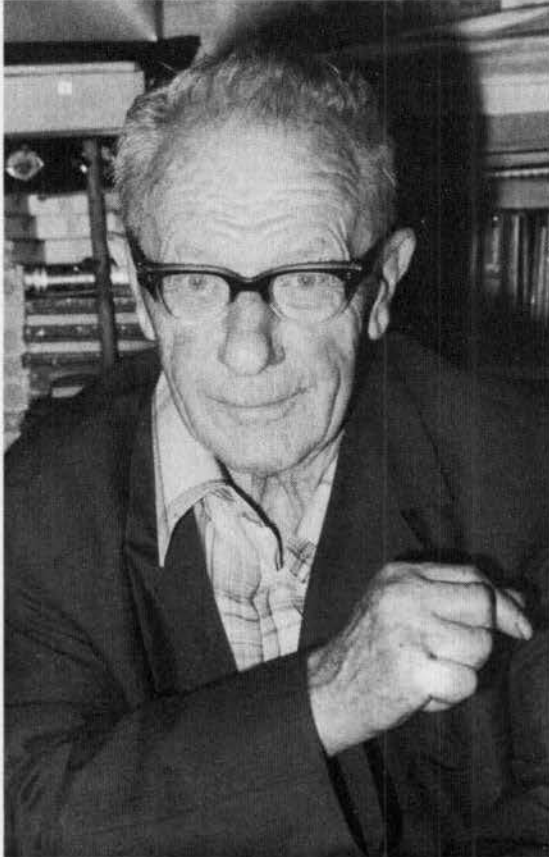
26 „Kinzigtäler Nachrichten“ v. 24. 11. 1932, im folgenden KN zitiert. AK v. 6. 12. 1932.

27 KN v. 18. 6. 1932.

28 Vgl. die Mitgliederliste der NSDAP-Ortsgruppe Haslach, die von 1932 bis 1945 erhalten ist und heute im StAH aufbewahrt wird.

29 Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Köln 1972, S. 157ff., S. 175.

tial, das bis zum Frühjahr 1933 dem katholischen Zentrum die Treue hielt. Es rekrutierte sich aus den Landwirten, einem großen Teil der katholischen Arbeiterschaft und Selbständigen sowie vor allem den katholischen Frauen. Bei den Reichstagswahlen von 1928 bis 1933 stimmten in Haslach durchschnittlich immer doppelt soviel Frauen als Männer für die Zentrumspartei.<sup>30</sup> Der Stimmenanteil des Zentrums lag in Haslach bei allen Wahlen in den Jahren 1932/33 fast gleichbleibend bei 42 Prozent, so daß die Stadt mit Recht als eine „Zentrumsbastion“ bezeichnet wurde.



*Willi Harter im Jahre 1982*

Vor der Weltwirtschaftskrise war die NSDAP in Haslach völlig bedeutungslos. Sie erhielt bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 nur vier Stimmen (0,2 Prozent), was etwa auch ihrer Entwicklung im Reichsgebiet entsprach, wo sie damals auch nur 3 Prozent der Stimmen gewinnen konnte.<sup>31</sup> Nach dem Zusammenbruch der Haslacher Industrie und dem schnellen Ansteigen der Arbeitslosenzahl gewannen die Nationalsozialisten in Haslach schnell an Boden.

---

30 Ein Kuriosum bestand seit 1919 in Haslach: Frauen und Männer stimmten bei Wahlen in getrennten Wahllokalen. So kann man eindeutig nachweisen, daß die Zentrumspartei vor allem von den katholischen Wählerinnen profitierte. Vgl. Wahlergebnisse der Reichstagswahlen von 1928—1933. Verwaltungssachen XIII, 1/6b, StAH. Über die Gründe der getrennten Stimmabgabe vgl. Ernst Engelberg, a.a.O., S. 111/112.

31 Einen Überblick über die Reichstagswahlergebnisse von 1919—1933 gibt Heinz Dieter Schmid, *Fragen an die Geschichte*, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1978, S. 25.

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 erzielten sie bereits 24,4 Prozent der Wählerstimmen und lagen beträchtlich über dem Reichsergebnis der NSDAP von 18 Prozent. Dieses Ergebnis behielt die NSDAP in Haslach auch bei den Reichstagswahlen 1932 (25,3 Prozent, 23,4 Prozent) bei. Erst bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 konnte die Hitler-Partei ihren Wähleranteil wieder steigern und 32,2 Prozent erzielen. Die „Zentrumsbastion“ vermochten die Nazis bis zum März 1933 jedoch nicht zu erschüttern.

Untypisch für eine katholische Kleinstadt wie Haslach war das starke Anwachsen der Kommunisten. Die KPD hatte bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 mit 15,7 Prozent die SPD (7,8 Prozent) weit überholt. Ihr bestes Ergebnis erzielte die KPD in Haslach bei der Reichstagswahl vom November 1932, bei der 18,9 Prozent der Wähler für sie stimmten, während die SPD nur 9,2 Prozent erreichte. Die Haslacher Kommunisten übertrafen bei den Reichstagswahlen von 1932 sogar das Ergebnis ihrer Partei auf Reichsebene (14 bzw. 17 Prozent). In Baden lag die KPD damals sogar nur bei 11,2 bzw. 14,3 Prozent.<sup>32</sup> Ohne Zweifel resultierten die großen Wahlerfolge der Kommunisten in Haslach aus der besonders hohen Arbeitslosigkeit, die seit 1929 in Haslach rasch anwuchs. Die KPD verfügte in Haslach außerdem über eine gut organisierte, schlagkräftige Ortsgruppe. Ihr Vorsitzender, der Schriftsetzer Willi Harter, war ein angesehener, populärer Volkstribun. Die Haslacher KPD-Ortsgruppe gab von August 1931 bis Februar 1933 eine eigene hektographierte Zeitung heraus: „Haslachs roter Scheinwerfer“<sup>33</sup>, die in der Regel zweimal im Monat erschien und die gesellschaftlichen und politischen Ereignisse in Haslach kritisch unter die Lupe nahm.

Auf Initiative der Haslacher Kommunisten wurden 1929 eine Arbeitslosenkommision und eine Wohnungskommission gegründet, welche die Interessen der Arbeitslosen, vor allem aber die der „ausgesteuerten“ Arbeitslosen, gegenüber der Stadtgemeinde und dem Gemeinderat vertraten. Die meisten Mitglieder dieser beiden Kommissionen gehörten der KPD an, es waren jedoch auch Sozialdemokraten und Mitglieder des katholischen Kolpingvereins vertreten. Den Vorsitz der sehr aktiven Arbeitslosenkommision führten die beiden Kommunisten Albin Probst und Willi Harter.<sup>34</sup> Diese Kommission war stets zur Stelle, wenn es galt, für einen „Ausgesteuerten“ Wohlfahrtsunterstützung, verbilligte Abgabe von Lebensmitteln sowie Brennholz oder eine sonstige Unterstützung zu beantragen. Sie überschwemmte den Haslacher Ge-

---

32 Vgl. die badischen Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen bei Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 310/311.

33 Sämtliche Nummern des „Haslachs roter Scheinwerfer“ befinden sich im Nachlaß Engelberg, StAH.

34 Neben Albin Probst und Willi Harter waren noch Mitglieder der Arbeitslosenkommision Joseph Bohnert, Georg Benkisser, Hermann Lay, Emil Schoch, August Seel jun., Alfred Moser, Hermann Steimle, Apollonius Oswald, Matthias Fix, Anna Zimmermann, Philipp Kropp, Albert Geiger. Vgl. Verwaltungssachen XX/65, StAH.

meinderat mit einer Flut von Eingaben<sup>35</sup>, was diesem allmählich lästig wurde, so daß er in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1932 der Arbeitslosenkommission untersagte, künftig bei den Gemeinderatssitzungen anwesend zu sein.<sup>36</sup> Das letzte Gesuch der Kommission an die Stadtgemeinde erfolgte am 22. Februar 1933. Ein paar Tage später wurde sie von den NS-Gewaltigen aufgelöst und viele ihrer Mitglieder verhaftet.<sup>37</sup>

Der Aufstieg der KPD in Haslach bedeutete gleichzeitig den Abstieg der SPD. Noch bei der Reichstagswahl im Mai 1928 erzielte die SPD in Haslach mit 20,6 Prozent das zweitbeste Wahlergebnis. Für die KPD stimmten damals in Haslach nur 5,4 Prozent. Seit der Reichstagswahl vom September 1930 verloren die Haslacher Sozialdemokraten immer mehr Stimmen, bis sie bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 nur noch 7,6 Prozent erreichten. Offensichtlich honorierten die Haslacher Arbeiter und vor allem die zunehmende Zahl der Arbeitslosen den Kommunisten und ihrem aktiven Vorsitzenden Willi Harter, daß sie sich weit tatkräftiger als die Haslacher SPD für die Not der Arbeitslosen einsetzten.

Eine Übersicht über die Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen von 1928 bis März 1933<sup>38</sup> soll die geschilderten Entwicklungen bei den Parteien in Haslach verdeutlichen:

#### Reichstagswahlen in Haslach i. K.

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
Zentrum	54,0 %	42,0 %	44,3 %	42,7 %	41,9 %
NSDAP	0,2 %	24,4 %	25,3 %	23,4 %	32,2 %
KPD	5,4 %	7,6 %	15,7 %	18,9 %	15,1 %
SPD	20,6 %	15,5 %	7,8 %	9,2 %	7,6 %
Staatspartei	5,1 %	4,0 %	2,5 %	2,1 %	1,1 %
DVP	2,7 %	*)	0,3 %	0,7 %	0,3 %
Deutschnationale Volkspartei	1,6 %	0,6 %	0,9 %	1,0 %	0,8 %
Evangelischer Volksdienst	—	2,1 %	1,5 %	1,1 %	0,6 %
Volksrechtspartei	8,0 %	1,4 %	—	—	—

\* Damals im Wahlbündnis mit der Staatspartei.

35 Verwaltungssachen XX/65, StAH.

36 Ratsprotokoll v. 13. 10. 1932. Dieser Beschluß wurde in der Gemeinderatssitzung v. 18. 1. 1933 erneuert.  
Ratsprotokoll v. 18. 1. 1933, StAH.

37 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

38 Reichstagswahlen 1928 — 1933. Verwaltungssachen XIII, 1/6b, StAH.

### *Der Januar 1933 in Haslach*

Die letzten Wochen im Januar 1933, bevor Adolf Hitler Reichskanzler wurde, waren fast für alle Haslacher harte Tage. Das Wetter im Kinzigtal war kalt und feucht.<sup>39</sup> Für die 655 Arbeitslosen in Haslach müssen die kahlen Äste der Bäume und der gefrorene Boden der Felder geradezu ein Symbol ihrer Lage gewesen sein: eingefroren im Sumpf eines end- und sinnlosen Nichtstuns. Hunderte waren schon zwei und mehr Jahre ohne Arbeit.

Um die große Not der „ausgesteuerten“ Arbeitslosen und sonstigen Bedürftigen zu lindern, beschloß der Haslacher Gemeinderat<sup>40</sup> auf Drängen der Arbeitslosenkommision<sup>41</sup>, zwei Waggons Kartoffeln zu bestellen und sie zum Selbstkostenpreis von 2 Mark pro Zentner abzugeben. Eine Winterhilfe an die notleidende Bevölkerung, so hieß es im Gemeinderatsprotokoll, könne jedoch zur Zeit nicht gewährt werden.<sup>42</sup> Angesichts dieser trostlosen Lage kam selbst bei Haslachs Narren keine richtige Fasnachtsstimmung auf. So gab man den Plan auf, den Maskenball am „Schmutzigen Donnerstag“ als spanisches Volksfest zu feiern — „in Anbetracht der Zeitverhältnisse“, wie es in einer Lokalzeitung hieß.<sup>43</sup>

Während die Haslacher NSDAP-Ortsgruppe sich am 14. Januar zu einer verspäteten Weihnachtsfeier im „Bayrischen Hof“ traf und sich an dem NS-Propagandastück „Aus Trümmern aufwärts“ erbaute<sup>44</sup>, ahnten die Haslacher Kommunisten das kommende Unheil und riefen nach dem großen Wahlsieg der Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen im kleinsten Ländchen des Reiches, Lippe-Detmold, am 15. Januar<sup>45</sup> zu einer Protestdemonstration am 18. Januar auf.<sup>46</sup> Von der Eisenbahnstraße bewegte sich ein Zug von etwa hundert Personen, an der Spitze rote Fahnen, durch die Straßen der Innenstadt zum Marktplatz, wo 300—400 Menschen versammelt waren. Vom Trog des Marktbrunnens, des sog. „Rohrbrunnens“, herab sprachen die Kommunisten Philipp Kropp und Willi Harter. Während Kropp vor der aufziehenden nationalsozialistischen Gefahr warnte, geißelte Harter den damals in Haslach gerade eingeführten „Freiwilligen Arbeitsdienst“ als „Zwangsarbeit“ und Vorstufe eines neu erwachenden Militarismus.<sup>47</sup>

39 AK v. 27. 1. 1933.

40 Ratsprotokoll v. 15. 1. 1933, StAH.

41 Schreiben der Arbeitslosenkommision an den Gemeinderat v. 13. 1. 1933. Verwaltungssachen XX/65, StAH.

42 Ratsprotokoll v. 18. 1. 1933, StAH.

43 AK v. 4. 2. 1933.

44 AK v. 18. 1. 1933.

45 Vgl. die anschauliche Schilderung der Lippschen Wahlen bei Bernt Engelmann, *Im Gleichschritt marsch! Wie wir die Nazizeit erlebten 1933—1939*. Köln 1982, S. 29ff.

46 AK v. 19. 1. 1933.

47 Seit dem 15. 11. 1932 gab es in Haslach ein Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“, das auf Drängen der Rechtsparteien im Sommer 1932 überall im Reich eingeführt worden war. 14 junge Männer hatten damals in Haslach den Arbeitsdienst aufgenommen. Sie waren mit Wegverbesserungen im Bächlewald und Galgenbühl beschäftigt. Neben der Arbeit spielten Turnunterricht und militärisches Exerzieren eine wichtige Rolle. Vgl. KN v. 18. 11. 1932. Scharfe Kritik am Arbeitsdienst übte das KP-Organ „Haslachs roter Scheinwerfer“, Nr. 19, Dezember 1932: Der Drill sei die Hauptsache, die Arbeit Nebensache.

Und dann verbreitete sich an jenem denkwürdigen Montag, dem 30. Januar 1933, mittags über den Rundfunk in Haslach die Nachricht, daß Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war. Diese von Haslachs Nazis so lange herbeigesehnte Kunde traf diese jedoch unvorbereitet. Sie waren nicht einmal in der Lage, wie etwa ihre Parteigenossen im nahen Wolfach oder Gutach<sup>48</sup>, einen abendlichen Siegesmarsch zu organisieren. Stattdessen trafen sich die Haslacher Nazis im „Bayrischen Hof“, um die von ihnen herbeigewünschte „Machtergreifung“ gebührend zu feiern.<sup>49</sup>

Ganz anders reagierte ein großer Teil der Haslacher Arbeiter und Arbeitslosen. Sie waren nicht gewillt, die neue Hitler-Regierung so ohne weiteres hinzunehmen. Am Abend des 30. Januar formierte sich deshalb ein Protestmarsch der Haslacher Sozialdemokraten und Kommunisten unter Führung der Arbeitslosenkommission. In Haslach schien an diesem entscheidenden Abend die „Volksfront“ Wirklichkeit zu werden. Selbst Mitglieder des katholischen Gesellenvereins schlossen sich dem Demonstrationszug an, der über hundert Arbeiter umfaßte.<sup>50</sup> An der Spitze des Zuges marschierte der Kommunist Matthias Fix, der eine rote Fahne trug. Der Zug führte wieder von der Eisenbahnstraße durch die Straßen der Innenstadt. Auf dem Haslacher Marktplatz hatten sich erneut Hunderte von Bürgern versammelt. Der Vorsitzende der Haslacher SPD, Friedrich Keppner, hielt, auf dem Trog des „Rohrbrunnens“ stehend, eine flammende Rede gegen Hitler und den Nationalsozialismus.<sup>51</sup>

Einige Demonstranten drangen in den „Bayrischen Hof“ ein, wo die Nationalsozialisten ihren Sieg feierten. Eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten brach aus.<sup>52</sup> Der diensthabende Gendarmerieoberwachmeister Wilhelm Pfisterer wagte es nicht, in die handgreiflichen Auseinandersetzungen einzugreifen. Er ging nur in die benachbarte Bäckerei Zimmermann und fragte von dort aus im „Bayrischen Hof“ telefonisch an, weshalb in der Gastwirtschaft ein solcher Lärm herrsche.<sup>53</sup> In der Zwischenzeit hatte der Wirt des „Bayrischen Hofes“ den Gemeindepolizisten Reinhard Löffler alarmiert. Dieser konnte die Schlägerei einigermaßen schlichten und die feindlichen Lager bewegen, das Lokal zu verlassen.<sup>54</sup> Die Nationalsozialisten, unter ihnen zahlreiche SA- und SS-Männer, wollten in ihrem Siegestaumel jedoch nicht nach Hause gehen, sondern beschlossen, in ihrem „Vereinslokal“, im Gasthaus „Engler-Baier“, weiterzufeiern. Einige KPD-Mitglieder waren ihnen

---

48 „Der Kinzigtäler“ v. 31. 1. 1933; AK v. 2. 1. 1933.

49 Interviews Schille, Harter, Löffler.

50 Interviews Schille, Harter.

51 Interviews Harter, Willmann.

52 Interview Schille.

53 Wilhelm Pfisterer wurde deshalb vom NS-Organ „Der Führer“ v. 3. 2. 1933 scharf angegriffen. Hier wurden die Auseinandersetzungen im „Bayrischen Hof“ in polemischer Weise geschildert, der Demonstrationszug der Arbeiter wurde jedoch nicht erwähnt. Beide Haslacher Lokalzeitungen schwiegen bezeichnenderweise über die Vorgänge vom 30. 1. 1933 in Haslach.

54 Interview Löffler.

dorthin gefolgt. Und bald war auch in „Baiers“ eine Schlägerei im Gange, gegen die Gemeindepolizist Löffler nur mit Mühe vorgehen konnte. Es gelang ihm schließlich, das Lokal zu räumen.<sup>55</sup>

### *Die Nazis streben auch in Haslach an die Macht — Die erste Verhaftungswelle*

Unter der Überschrift „Alarm“ erschien Anfang Februar 1933 die letzte Nummer von „Haslachs roter Scheinwerfer“. Willi Harter warnte darin noch einmal beschwörend vor einer Hitler-Diktatur.<sup>56</sup> Bald darauf wurde diese Zeitung verboten. Die Nazis waren indessen entschlossen, die Macht auch in Haslach an sich zu reißen. Mit einem ungeheueren Propagandaaufwand wurde die Werbetrommel für die „nationale Revolution“ gerührt, die jetzt auch die „Zentrumsbastion“ und „Kommunistenhochburg“ Haslach schleifen sollte. Leiter des NS-Propagandaapparats in Haslach war der evangelische Pfarrer von Haslach und NS-Gauredner, Heinrich Georg Baumann, der im Mai 1933 sogar NS-Kreisleiter im Amtbezirk Wolfach wurde.<sup>57</sup> Eine ausschlaggebende



*Heinrich Georg Baumann 1934*

<sup>55</sup> Interviews Löffler, Harter, Prinzbach.

<sup>56</sup> „Haslachs roter Scheinwerfer“, Nr. 4, Februar 1933, StAH.

<sup>57</sup> Der 1905 in Pforzheim geborene Heinrich Georg Baumann trat schon mit 18 Jahren in die rechtsradikale Brigade Ehrhardt ein. Nach dem Studium der Theologie wurde er 1929 Vikar in Lörrach und war seit Dezember 1931 evangelischer Pfarrverweser in Haslach. 1932 wurde er Gauredner der NSDAP. Von Mai 1933 bis Juni 1934 war er NS-Kreisleiter im Kreis Wolfach. Im Juni 1934 wurde er ins Staatsministerium für Propaganda und Volksaufklärung in Karlsruhe berufen. Seit Oktober 1934 war er Gauschulungsleiter.

Voraussetzung für eine wirksame Propaganda war die Beherrschung der Presse, was den Nazis in Haslach ohne große Schwierigkeiten gelang. Der SS-Mann Josef Huber stellte bereitwillig seinen „Anzeiger vom Kinzigtal“, die auflagenstärkste Haslacher Lokalzeitung, für die NS-Propaganda zur Verfügung. Auch in der Bezirksausgabe „Die Wolfsangel“ des NS-Organs „Der Führer“ waren die Haslacher Nazis stets mit zahlreichen Berichten vertreten. Selbst das Zentrumsblatt „Kinzigtäler Nachrichten“ schwenkte bald auf den neuen Kurs ein.

Auf der ersten Großkundgebung der Nationalsozialisten am 6. Februar in der Stadthalle verkündete NS-Ortsgruppenleiter Wilhelm Krafft die schonungslose Abrechnung mit den politischen Gegnern. Der „schwarzen und roten Meute“ werde man jetzt „die Mäuler stopfen“<sup>58</sup>. Auf der gleichen Kundgebung sprach als Hauptredner der NS-Bauernführer und Landtagsabgeordnete Albert Roth aus Liedolsheim, der in den Reihen der badischen Bauern eine starke Resonanz besaß.<sup>59</sup> Die Zielgruppe, die die Haslacher Nazis mit dieser Kundgebung ansprechen wollten, waren die Bauern in den Landgemeinden um Haslach, von denen immer mehr von den Versprechungen der NS-Propaganda überzeugt wurden, was das sprunghafte Ansteigen der NSDAP-Stimmen in den Dörfern um Haslach bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 bewies.<sup>60</sup> Albert Roth warb denn auch in Haslach, in die am 5. Januar 1933 gegründete NS-Bauernschaft einzutreten; denn der „Nährstand“ und der „Wehrstand“ würden im „neuen Deutschland“ eine wichtige Rolle spielen.<sup>61</sup>

Am 1. Februar war der Reichstag aufgelöst worden. In dem bis zur Neuwahl des Reichstages am 5. März 1933 andauernden Wahlkampf richtete sich der Terror der Nationalsozialisten offen gegen alle politischen Gegner, in erster Linie gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten. Schon am 27. Februar, bereits ein Tag vor der berüchtigten „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, wurden im Amtsbezirk Wolfach sechzehn kommunistische Funktionäre verhaftet<sup>62</sup>, darunter auch die Haslacher Willi Harter, Philipp Kropp und Georg Benkisser.<sup>63</sup>

Auch die Sozialdemokraten in Haslach wurden vom Nazi-Terror nicht verschont. Die Nationalsozialisten hatten es dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Friedrich Keppner nicht vergessen, daß er ihnen am 30. Januar die Show gestohlen und vom „Rohrbrunnen“ aus gegen Hitler gewettert hatte. In rüder

---

58 AK v. 7. 2. 1933 sowie v. 10. 2. 1933.

59 Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 21/22.

60 Vgl. unten, S. 202.

61 AK v. 7. 2. 1933 sowie 10. 2. 1933.

62 Gemäß der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ v. 28. 3. 1933 konnten Bürger in „Schutzhaft“ genommen werden. Sie wurde von der SA bzw. von der SS, später von der Gestapo angeordnet. Rechtsmittel gegen die Schutzhaft gab es nicht.

63 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.



Weise griffen sie am 10. Februar Keppner in ihrem Kampfblatt „Der Führer“ an<sup>64</sup> und bezichtigten ihn der Bestechlichkeit. Keppner ließ die Vorwürfe nicht auf sich sitzen und ging in einem Artikel in dem SPD-Blatt „Volkswacht“ zum Gegenangriff über:<sup>65</sup> Die „Herren vom erwachenden Deutschland“, so schrieb er, wollten in Haslach „in der widerwärtigsten Weise politische Geschäfte“ machen. Daß nicht nur plumpe Verleumdungen zum politischen Handwerkszeug der Haslacher Nazis gehörten, sondern auch psychischer und physischer Terror, das mußte Keppner sehr bald erleben. Am 27. März wurde er mit anderen SPD-Mitgliedern von der SA<sup>66</sup> verhaftet und nach Wolfach in Schutzhaft gebracht.<sup>67</sup>

### *Die Reichstagswahl am 5. März 1933*

Der Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde in Haslach mit großer Härte geführt. Die Nationalsozialisten ließen keine Gelegenheit aus, im Stile ihrer Vorbilder Hitler, Goebbels und Streicher ihre politischen Gegner zu diffamieren, einzuschüchtern und zu bedrohen. Genau wie in vielen Orten im Reichsgebiet gehörten auch in Haslach politischer Terror und Verhaftungen zum Wahlkampfstil der Nazis. Es ist deshalb unverständlich, wie historische Darstellungen und Beurteilungen bis heute die Wahlen vom 5. März 1933 noch in die Kontinuität der Weimarer Wahlentscheidungen einordnen können, wenn eine Woche zuvor schon die gesamte Presse- und Versammlungstätigkeit der politischen Linken unterbunden und der größte Teil der linken Führungs- und Funktionärsschicht verfolgt, diffamiert und verhaftet war.<sup>68</sup>

Auch in Haslach zeigte sich damals schon die entscheidende Bedeutung des Rundfunks im Wahlkampf der Nationalsozialisten.<sup>69</sup> Von der ersten großen Wahlkundgebung Hitlers am 10. Februar im Berliner Sportpalast an wurden die deutschen Rundfunksender mit einseitigem Übergewicht für die nationalsozialistische Wahlkampagne eingesetzt.<sup>70</sup> In großen Anzeigen wurde im „Anzeiger vom Kinzigtal“ auf die nationalsozialistische Rundfunkpropaganda, besonders auf die Reden von Hitler und Goebbels, hingewiesen.

Zu ihrer zentralen Großkundgebung im mittleren Kinzigtal trafen sich die Nazis am 19. Februar in Hausach. Als Redner trat der damalige NS-Gauleiter und spätere Ministerpräsident Walter Köhler auf.<sup>71</sup> Auch die badische Zen-

---

64 „Der Führer“ v. 10. 2. 1933.

65 „Volkswacht“ v. 18. 2. 1933.

66 Auch in Haslach wurden damals schon SA und SS als „Hilfspolizisten“ eingesetzt.

67 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH; Interview Keppner.

68 Karl Dietrich Bracher / Wolfgang Sauer / Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. 2. Aufl. Köln 1962, S. 92.

69 Interviews Schille, Engler.

70 Bracher / Sauer / Schulz, a.a.O., S. 67/68, 91.

71 AK v. 20. 2. 1933.

trumspartei hatte am gleichen Tag ihren prominentesten Politiker aufgeboten: den Vorsitzenden des badischen Zentrums und Fraktionsvorsitzenden im Landtag, den Prälaten Dr. Ernst Föhr. Er kritisierte in der überfüllten Haslacher Stadthalle den rüden Wahlkampfstil der NSDAP, die Zeitungsverbote sowie die einseitige Benutzung des Rundfunks für die Nazi-Propaganda.<sup>72</sup>

Die Haslacher Nazis sahen in der Zentrumspartei in diesem Wahlkampf ihren Hauptgegner; denn am 24. Februar zogen sie alle Register der braunen Wahlpropaganda, um das Zentrum zu verunglimpfen. In einer Wahlkundgebung in der Stadthalle beschimpfte der NS-Gauredner Jungbluth den Zentrumsvorsitzenden Dr. Föhr als einen „vollgefressenen Prälaten“, einen „schwarzbefrackten Gauner“<sup>73</sup>. Die Zentrumsmitglieder seien alle „Verbrecher, Lumpen, Bestien“<sup>74</sup>. Mit Recht warf das Zentrumsblatt „Kinzigtäler Nachrichten“ den Nazis vor: „Der Wahlkampf in Haslach hat seinen niedrigsten Stand erreicht.“<sup>75</sup> Als Kaplan Liebenstein von der Kanzel der katholischen Stadtkirche daraufhin den Nationalsozialismus mit dem Antichristentum gleichstellte, drohte die Haslacher NSDAP-Ortsgruppe in einem Artikel im „Anzeiger vom Kinzigtal“, ihn ins Gefängnis zu bringen, außerdem scheine Liebenstein „seinem Namen nach in naher Verwandtschaft mit Alljuda zu stecken.“<sup>76</sup>

Die Haslacher Kommunisten waren durch die Verhaftung vieler ihrer Mitglieder<sup>77</sup> schon so unter Druck gesetzt, daß sie es nicht mehr wagten, mit einer öffentlichen Wahlversammlung in den Wahlkampf einzugreifen. Nur die Sozialdemokraten veranstalteten noch am 2. März im Facklerschen Saal beim Bahnhof eine Wahlversammlung, in der der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Haslach Friedrich Keppner sich gegen die Lügen- und Verleumdungspropaganda der Nationalsozialisten zur Wehr setzte.<sup>78</sup> Bezeichnenderweise wurde die Versammlung von zwei Polizisten überwacht.<sup>79</sup> Natürlich berichteten die Haslacher Lokalzeitungen nichts über die SPD-Versammlung. Gegen Keppner gingen die Nazis jetzt massiv vor.<sup>80</sup> Seine Verhaftung wurde ihm angedroht. Auf Druck der NS-Ortsgruppe mußte er sogar aus dem Wahlausschuß für die Durchführung der Reichstagswahl ausscheiden und den Vorsitz für den Stimmbezirk Männer niederlegen. Statt ihm wurde NS-Ortsgruppenführer Wilhelm Krafft Vorsitzender dieses Stimmbezirks.<sup>81</sup>

---

72 KN v. 20. 2. 1933.

73 KN v. 1. 3. 1933; „D'r alt Offenburger“ v. 4. 3. 1933.

74 Ebenda.

75 KN v. 1. 3. 1933.

76 AK v. 4. 3. 1933; Interview Borho.

77 Vgl. oben S. 198.

78 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

79 Ebenda.

80 Siehe auch S. 198/199.

81 Schreiben der Stadt Haslach an das Bezirksamt Wolfach v. 3. 3. 1933. Verwaltungssachen XIII, 1, 6b, StAH. Krafft war vorher nur stellvertretender Vorsitzender des Stimmbezirks Männer.

Wie in keinem der früheren Wahlkämpfe wurde die Haslacher Bevölkerung in den Tagen vor dem 5. März von einer Flut von Flugblättern und Wahlprospekten überschüttet, wobei die Nazis versuchten, durch polizeiliche Verbote die Flugblätter der anderen Parteien, vor allem der Linksparteien, zu unterdrücken. So wurde beispielsweise am 16. Februar in Haslach wie im übrigen Amtsbezirk Wolfach das KPD-Flugblatt „Fememord — SA-Mann Hentsch von seinen Kameraden bestialisch ermordet“<sup>82</sup> polizeilich verboten.<sup>83</sup> Das gleiche geschah am 28. Februar mit dem SPD-Flugblatt „Bauern denkt daran! SA-Überfall in Eisleben“<sup>84</sup>. So inszenierten die Haslacher Nazis in diesem Wahlkampf eine „bisher unerreichte Propaganda mit Hilfe des ganzen staatlichen Machtapparates, die zuletzt jede gegnerische Verteidigung unmöglich machte.“<sup>85</sup>

Am Wahltag standen vor den beiden Haslacher Wahllokalen zahlreiche SA- und SS-Männer — „zum Zwecke der Propaganda“, wie die Zentrums Presse meinte<sup>86</sup>, „zum Schutze der Wahllokale gegen etwaige Störungen“, wie es die Nazi-Presse sah.<sup>87</sup> „Besonders fielen die straff disziplinierten SA-Leute auf, die Wegbereiter eines neuen Deutschlands.“<sup>88</sup> Sie hatten einen gut funktionierenden Schlepperdienst organisiert, um auch den letzten NS-Sympathisanten an die Wahlurne zu bringen. Die Wahlbeteiligung in Haslach war mit 90,8 Prozent höher als bei allen vorangegangenen Reichstagswahlen<sup>89</sup> und lag beträchtlich über der Wahlbeteiligung im Amtsbezirk Wolfach, die 85,8 Prozent betrug. Sie übertraf auch die Rekordbeteiligung im Reich (89 Prozent). Mit 32,2 Prozent erreichte die NSDAP in Haslach ihr bisher bestes Ergebnis. Offensichtlich profitierte sie von der hohen Wahlbeteiligung, viele bisherige Nichtwähler hatten dieses Mal die Hitler-Partei gewählt. Trotz der massiven Wahlpropaganda konnte die NSDAP die Haslacher „Zentrumsbastion“ jedoch nicht erschüttern. Die Zentrumspartei büßte mit 41,9 Prozent nur geringfügig Stimmen ein. Gut gehalten hatte sich auch die KPD, die trotz des gegen sie sich richtenden braunen Wahlterrors 15,1 Prozent erzielte. Die SPD dagegen hatte mit 7,6 Prozent erneut 1,6 Prozent verloren.<sup>90</sup>

---

82 Der SA-Mann Hentsch wurde Anfang Dezember 1932 von drei SA-Männern nach einem Femengerichtsurteil der SA in Dresden ermordet. Vgl. „D'r alt Offenburger“ v. 31. 12. 1932.

83 Schreiben des Bezirksamtes Wolfach v. 16. 3. 1933. Verwaltungssachen XIII, 1/6b, StAH.

84 Schreiben des Bezirksamtes Wolfach v. 28. 3. 1933, Verwaltungssachen XIII, 1/6b, StAH. Am 12. 2. 1933, am sog. „Blutsonntag von Eisleben“, fand ein Überfall von Hunderten von SA-Männern auf Einrichtungen der marxistischen Parteien in Eisleben statt. Dabei gab es viele Tote und Schwerverletzte. Vgl. „Offenburger Tageblatt“ v. 14. 2. 1933 und Heinz Bergschicker, Deutsche Chronik 1933—1945. Berlin 1981, S. 15.

85 Adolf Geck in der letzten Ausgabe des „D'r alt Offenburger“ v. 11. 3. 1933. Am 18. 3. 1933 wurde diese Wochenzeitung aufgrund der Notverordnung v. 28. 2. 1933 verboten. Vgl. Erwin Dittler, Adolf Geck (1834 bis 1942). Von der „Roten Feldpost“ zum Arbeiterrat. Die Ortenau 62./1982, S. 296.

86 KN v. 6. 3. 1933.

87 AK v. 6. 3. 1933.

88 Ebenda.

89 Bei der vorangegangenen Reichstagswahl v. 6. 11. 1932 waren es 83,7 Prozent gewesen, bei der Reichstagswahl v. 20. 8. 1928 sogar nur 69,9 Prozent.

90 Vgl. die Übersicht über die Reichstagswahlergebnisse in Haslach auf S. 194.

Die Haslacher Nationalsozialisten waren mit ihrem Wahlergebnis, das unter dem auf Reichsebene (43,9 Prozent) sowie unter dem in Baden (45,5 Prozent) lag, nicht zufrieden, zumal die NSDAP in den katholischen Landgemeinden um Haslach weit besser abgeschnitten und das Zentrum überflügelt oder mit ihm gleichgezogen hatte. In Fischerbach errang die NSDAP 68 Prozent, in Schnellingen 51,2 Prozent, in Mühlenbach 46 Prozent, in Steinach 44,9 Prozent, in Bollenbach und Welschensteinach 46 Prozent. Nur die Hofstetter hatten den Nazis eine große Abfuhr erteilt, in Hansjakobs „Paradies“ erhielt die NSDAP nur magere 15,6 Prozent.<sup>91</sup>

### *Die Gleichschaltung der kommunalen Institutionen*

Die erste Aufgabe, die die Haslacher Nationalsozialisten nach der Reichstagswahl vom 5. März anpackten, war die Umwandlung der kommunalen Mechanismen der Stadt aus demokratischen und pluralistischen Institutionen in Instrumente der Diktatur und der totalen Macht der NSDAP. Bereits am frühen Morgen des 6. März hißten NS-Ortsgruppenleiter Krafft und Pfarrer Baumann mit ein paar SA-Männern auf dem Haslacher Rathaus die Hakenkreuzfahne, eine Aktion, die in zahlreichen Städten und Ortschaften Badens, so auch in Offenburg<sup>92</sup>, Lahr, Wolfach und Gutach erfolgte.<sup>93</sup>



*Am 6. März 1933 wehte vom Haslacher Rathaus zum erstenmal die Hakenkreuzfahne.*

91 AK v. 6. 3. 1933.

92 Die dortigen Turbulenzen am 6. 3. 1933 schildert ausführlich Adolf Geck in „D'r alt Offenburger“ v. 11. 3. 1933.

93 Horst Rehberger, Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33. Heidelberg 1966, S. 91.

Mit dem ersten badischen Durchführungsgesetz zum vorläufigen Gleichschaltungsgesetz vom 4. April 1933 wurde in Baden die Gleichschaltung der Gemeindeparlamente durchgeführt.<sup>94</sup> Die Dienstzeit der Gemeinderäte wurde mit dem 30. April für beendet erklärt und die Parteien aufgefordert, entsprechend dem Wahlergebnis der Reichstagswahl vom 5. März, Kandidatenlisten einzureichen, wobei wie im Reichstag die Sitze der mißliebigen Linksparteien KPD und SPD nach Möglichkeit kassiert wurden.<sup>95</sup> Am 16. April wurden nur die Kandidatenlisten der NSDAP und des Zentrums veröffentlicht.<sup>96</sup> Nach dem Verbot der KPD nach der Wahl vom 5. März wurde die KPD-Ortsgruppe Haslach am 5. April aufgelöst.<sup>97</sup> Bereits am 28. März war der KPD-Gemeinderat Heinrich Sala aus dem Ratskollegium ausgeschlossen worden.<sup>98</sup> Der Haslacher SPD untersagte NS-Ortsgruppenleiter Krafft die Aufstellung einer Vorschlagsliste. Als der gerade aus der Haft entlassene SPD-Vorsitzende Keppner trotzdem eine Liste einreichte, wurde sie nicht veröffentlicht, man unterschlug sie einfach. Unter dem psychischen Druck der Androhung seiner erneuten Verhaftung legte Keppner am 8. April sein Gemeinderatsmandat nieder und trat aus der SPD aus.<sup>99</sup>

Auf der Vorschlagsliste des Zentrums standen folgende Kandidaten: Josef Haberstroh, Gerbereibesitzer; Albert Neumaier, Sägewerksbesitzer; Heinrich Ziegler, Weinhändler; Xaver Maier, Landwirt; Xaver Wagner, Zimmermeister; Hugo Emil Schaettgen, Fabrikant; Emil Neumaier, Eisendreher; Salomon Steidinger, Drechslermeister. Die Vorschlagsliste der NSDAP enthielt folgende Kandidaten: Wilhelm Krafft, Maschinenbauer; Rudolf Winterer, Gärtnereibesitzer; Eugen Uhl, Schreinermeister; Heinrich Mayer, Ölmüller; Adolf Öhler, Kaufmannsgehilfe; Otto Zimmermann, Schlossermeister.<sup>100</sup> Mit Schreiben vom 26. April teilte die Ortsgruppe der NSDAP dem Bezirksamt Wolfach mit, daß sie gegen Heinrich Ziegler als Gemeinderat der Zentrumsparterie Verwahrung einlege, da eine Zusammenarbeit mit ihm nicht möglich sei. Ziegler, der in Haslach als entschiedener Gegner der Nazi-Partei bekannt war, hatte die Nationalsozialisten schon öffentlich als „Wasserköpfe“ bezeichnet.<sup>101</sup> Das Bezirksamt legte Ziegler den Verzicht auf seine Nominierung nahe, da man ihn sonst „zur Beruhigung der Bevölkerung in Schutzhaft neh-

---

94 Ebenda, S. 146.

95 Bracher / Sauer / Schulz, a.a.O., S. 170.

96 Verwaltungssachen, IV, 2/10b, StAH.

97 Verwaltungssachen, Polizeiakten XI, 2/6, StAH.

98 Schreiben des Bürgermeisteramtes Haslach an H. Sala v. 30. 3. 1933. Verwaltungssachen IV, 2/10b, StAH. Schon am 3. 3. 1933 teilte das Bezirksamt Wolfach dem Bürgermeisteramt mit, daß Sala in Schutzhaft zu nehmen sei, wenn er versuchen wolle, den Sitzungen des Gemeinderates beizuwohnen. Verwaltungssachen, ebenda.

99 Schreiben Keppners an das Bürgermeisteramt v. 8. 4. 1933. Verwaltungssachen IV, 2/10b, StAH. 1945 trat Keppner wieder in die SPD ein und war seit 1946 erneut Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Haslach.

100 Verwaltungssachen IV, 2/10b, StAH.

101 Ebenda sowie Privatarchiv Schille.

men“ müsse.<sup>102</sup> Drohend schrieb die Haslacher NS-Presse: „Wir geben Herrn Ziegler die wohlgemeinte Weisung: Abtreten, Herr Ziegler — sonst könnte Ihr Dasein um eine unliebsame Erfahrung bereichert werden!“<sup>103</sup> Angesichts dieser massiven Drohungen verzichtete Ziegler auf seine Kandidatur. An seiner Stelle sollte Xaver Wagner in den Gemeinderat einziehen. Aber auch ihn lehnte die NSDAP als „politisch unzuverlässig“ ab.<sup>104</sup> Josef Haberstroh (Zentrum) und Rudolf Winterer (NSDAP) waren verschwägert und konnten deshalb nicht gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates sein. Es sollte nun das Los entscheiden. Haberstroh trat jedoch freiwillig zurück.<sup>105</sup> Der neue Haslacher Gemeinderat, der am 22. Mai zusammentrat, hatte folgende Zusammensetzung: Albert Neumaier, Xaver Maier, Hugo Emil Schaettgen (alle Zentrumspar-tei); Wilhelm Krafft, Rudolf Winterer, Eugen Uhl (alle NSDAP).<sup>106</sup>

Doch auch das Zentrum wollten die Haslacher Nazis nicht mehr lange im Gemeinderat dulden. Nach der Auflösung des Zentrums am 5. Juli verlangte der inzwischen zum NS-Kreisleiter aufgestiegene evangelische Pfarrer Heinrich Georg Baumann, daß die drei Haslacher Zentrumsgemeinderäte ihre Ämter zur Verfügung stellen sollten. Die Zentrumspolitiker waren jedoch entschlossen, ihre Ämter nicht freiwillig niederzulegen. Bei der Gemeinderatssitzung am 10. Juli erschien Kreisleiter Baumann mit einigen SA- und SS-Männern und forderte die Zentrumsgemeinderäte ultimativ auf, aus dem Gemeinderat auszuschneiden, andernfalls müsse er sie in Schutzhaft nehmen, da „das Volk“ bereits gegen sie demonstriere.<sup>107</sup> In Wirklichkeit hatten sich in der Rathaus-halle nur einige zusammengerufene SA- und SS-Männer angesammelt.<sup>108</sup> Kreisleiter Baumann und seine SA- und SS-Begleitung jagten nun die drei Zentrumsgemeinderäte förmlich zur Tür des Sitzungssaales hinaus. Mit Gewalt wurden also die Gemeinderäte des Zentrums gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Jetzt bekam Haslach einen rein nationalsozialistischen Gemeinderat, die vollständige „Gleichschaltung“ des Gemeindeparlamentes war vollzo-gen. Am 25. September wurden von der NSDAP folgende drei NS-Gemeinderäte anstelle der Zentrumsgemeinderäte ernannt: Heinrich Mayer, Adolf Öhler und Otto Zimmermann.<sup>109</sup>

Auch der Haslacher Bürgerausschuß wurde gleichgeschaltet. Ende März wurden die kommunistischen Gemeindeverordneten aus dem Bürgerausschuß ent-

---

102 Ebenda.

103 AK v. 28. 4. 1933.

104 Privataarchiv Schille.

105 Ebenda.

106 Verwaltungssachen IV, 2/10b, StAH.

107 Privataarchiv Schille sowie Ratsprotokoll v. 10. 7. 1933, StAH. Die lokale NS-Presse wiederholte die falsche Behauptung von Baumann und berichtete: „Die vor dem Rathaus versammelte Ansammlung von Leuten gab ihrer Empörung Ausdruck über die renitente Haltung der Zentrumsgemeinderäte.“ Vgl. AK v. 11. 7. 1933.

108 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen; Interview Prinzbach.

109 Verwaltungssachen IV, 2/10b, StAH; KN v. 29. 9. 1933.

fernt.<sup>110</sup> Im Juni bzw. Juli ereilte die Gemeindeverordneten der SPD und des Zentrums das gleiche Schicksal. Seit dem 29. September saßen im Bürgerausschuß nur noch Nationalsozialisten.<sup>111</sup>

Der Haslacher Bürgermeister Leopold Selz hatte die „Zeichen der Zeit“ schnell erkannt und war am 1. April 1933 in die NSDAP eingetreten. Noch bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten am 16. November 1932 hatte Selz auf der Liste der Zentrumspartei kandidiert.<sup>112</sup> Sein Bürgermeisterkollege Fritz Kölmel in Hornberg wurde Ende März 1933 ebenfalls NSDAP-Mitglied.<sup>113</sup> Selz und Kölmel konnten so die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen unbeschadet überstehen und in ihren Ämtern verbleiben. Ganz anders war es in Hausach, wo Bürgermeister Karl Moog, ein aufrichtiger Zentrumspolitiker,



*NS-Ortsgruppenleiter Wilhelm Krafft und Bürgermeister Leopold Selz (von links).*

110 Verwaltungssachen, ebenda.

111 AK v. 29. 9. 1933.

112 Mitgliederliste der NS-Ortsgruppe Haslach; Verwaltungssachen, ebenda, StAH.

113 KN v. 25. 3. 1933. Fritz Kölmel war später, von 1943 bis 1945 und von 1948 bis 1957, auch Bürgermeister von Haslach. Über ihn vgl. „Offenburger Tageblatt“ v. 6. 5. 1981.

sich weigerte, in die Hitler-Partei einzutreten und im Juni 1933 von dem NSDAP-Mitglied Emil Wimmer aus seinem Amt verdrängt wurde.<sup>114</sup> Bürgermeister Selz erwies sich in der Folgezeit als ein linientreuer Nationalsozialist, der seit Mai 1933 auch Leiter der Haslacher Ortsgruppe des NS-Beamtenbundes war und nicht müde wurde, auf Beamtenversammlungen für die SS, SA und SA-Reserve zu werben.<sup>115</sup>

### *Auflösung und Verbot von Parteien und Vereinen — Zahlreiche Verhaftungen*

Seit Göring in Preußen die SA während des Wahlkampfes im März 1933 als bewaffnete Hilfspolizei herangezogen hatte, wurde auch in Baden nach dem 5. März die Polizeigewalt teilweise in die Hände der SA gelegt. Das Sondergebiet der politischen Polizei wurde zur Domäne der SS.<sup>116</sup> Die polizeilichen Befugnisse in Haslach wurden damals weitgehend vom örtlichen Führer der SS Fritz Falk und dem örtlichen Führer der SA und SA-Reserve Friedrich Schlenker ausgeübt. Daneben wurde am 1. April dem NS-Ortsgruppenleiter Wilhelm Krafft die Verwaltung der Ortspolizei übertragen.<sup>117</sup> Nachdem Krafft Anfang Juni auch noch zum Bürgermeisterstellvertreter berufen worden war<sup>118</sup>, besaß dieser in Haslach eine starke Machtposition, die er weidlich ausnutzte, um die politischen Gegner auszuschalten und die „Zentrumsbastion“ und „Kommunistenhochburg“ Haslach „braun“ einzufärben.

Von allen Parteien der Weimarer Republik, die 1933 durch die Hitler-Diktatur zerschlagen wurden, hatte die KPD die meisten Verhaftungen zu beklagen.<sup>119</sup> Dies zeigte sich auch in Haslach, wo gegen die Kommunisten von den Nazis eine richtige Progromatmosphäre erzeugt wurde. Nach unseren bisherigen Feststellungen wurden allein im Jahre 1933 39 Mitglieder der Haslacher KPD-Ortsgruppe verhaftet, einige nur für ein paar Tage oder Wochen, andere wieder, wie beispielsweise der Vorsitzende der Haslacher KPD Willi Harter, über Monate.<sup>120</sup>

Die Kommunisten waren auch die einzige politische Gruppierung in Haslach, die es nach dem 30. Januar 1933 wagte, gegen das NS-Regime aktiv Wider-

---

114 AK v. 14. 6. 1933.

115 AK v. 10. 11. 1933.

116 Karl Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege*. B. Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. 8. Aufl., Stuttgart 1965, S. 196.

117 AK v. 3. 4. 1933.

118 AK v. 13. 6. 1933.

119 Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933—1945*. Berlin/Bonn 1982, S. 83.

120 Nachdem Willi Harter mehrere Wochen in Schutzhaft im Wolfacher Gefängnis war, kam er im Mai 1933 in das Schutzhaft- und Arbeitslager Ankenbuk bei Villingen. Später war er im KZ Natzweiler, KZ Dachau und KZ Mauthausen. Vgl. Interview Harter. Eine Aufstellung der verhafteten Haslacher KPD-Mitglieder findet man in Verwaltungssachen XX, 13, StAH, sowie in W. Engelberg, *Tagebuchaufzeichnungen*, StAH.



stand zu leisten. So berichtete die NS-Presse, daß in der Nacht zum 27. März in Haslach kommunistische Flugblätter verteilt worden seien. Auf ihnen sei zu Gewaltaktionen gegen die neue Regierung aufgefordert worden.<sup>121</sup> Am nächsten Tag kamen 12 bis 15 Polizisten nach Haslach, die zusammen mit der SA und SS Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Kommunisten durchführten.<sup>122</sup> Die KPD-Flugblätter wurden in Frankreich gedruckt und kamen von Straßburg aus nach Haslach.<sup>123</sup> Mehrmals wurden Plakate gegen das Nazi-Regime nachts in der Stadt von den Haslacher Kommunisten an Hauswände, Zäune und Bäume geklebt.<sup>124</sup> Da man die Kommunisten auch der Sabotage verdächtigte, wurde im März 1933 tagelang das Wasserreservoir beim „Roten Kreuz“ von der SA bewacht.<sup>125</sup> Selbst am Fronleichnamstag (15. 6. 1933) durchsuchten SA und SS die Wohnungen mehrerer Kommunisten nach Schriften, Flugblättern und Waffen, ohne jedoch nennenswerte Funde zu machen.<sup>126</sup>

Die größte Verhaftungsaktion wurde ausgelöst, als die Gendarmerie im ehemaligen Haslacher Kapuzinerkloster am 1. August eine geheime Druckerei der KPD entdeckte.<sup>127</sup> Der aus Offenburg stammende Kommunist Karl Hermann<sup>128</sup> hatte in der Sakristei des Klosters mit einer Schreibmaschine und einem Abzugsapparat Flugblätter hergestellt, die im ganzen Kinzigtal verteilt worden waren. Der Haslacher Kommunist Xaver Kohmann, der im Kloster mit seiner Familie wohnte, hatte ihm dabei geholfen. Seine Frau Berta war von der Stadt Haslach zur Reinhaltung des Heimatmuseums, das im Kloster untergebracht war, und zur Führung durch die Museumsräume angestellt worden und hatte deshalb den Schlüssel zum Museum, zu dem auch die Sakristei gehörte.<sup>129</sup> Am 2. August verhaftete man nicht nur zahlreiche Kommunisten, sondern auch den Vorsitzenden der Museumskommission Wilhelm Engelberg, der als Marxist und Pazifist<sup>130</sup> von den Nazis verdächtigt wurde, von der geheimen Druckerei gewußt zu haben. Als seine Unschuld sich herausstellte, wurde er nach drei Tagen wieder freigelassen. Als die Gendarmerie und die SS am 29. November wieder fünf Kommunisten in Haslach verhafteten, schrieb die lokale NS-Presse: „Solche Blutegel am gesunden deutschen Volkörper müssen restlos und rücksichtslos vernichtet werden.“<sup>131</sup>

---

121 AK v. 28. 3. 1933.

122 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

123 Interview Borho.

124 Interview Löffler.

125 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

126 AK v. 16. 6. 1933.

127 AK v. 31. 8. 1933 sowie 23. 2. 1934.

128 Hermann konnte sich der Verhaftung durch Flucht entziehen, wurde aber am 29. 6. 1933 von der Gendarmerie in Haslach verhaftet. Er wurde ins Wolfacher Gefängnis überführt, wo er am 6. 8. 1933 mit Hilfe des Haslacher Kommunisten Ernst Legoll über die Gefängnismauer steigen und nach Frankreich fliehen konnte. Vgl. KN v. 30. 6. 1933 u. 21. 12. 1933; AK v. 22. 12. 1933; Interview Harter.

129 Berta Kohmann war 1931 von der Stadtgemeinde angestellt worden. Verwaltungssachen V, 3/28, StAH.

130 Vgl. darüber ausführlich Ernst Engelberg, a.a.O., S. 116/117 sowie W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

131 AK v. 30. 11. 1933.

Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 wurden auch mehrere Haslacher Sozialdemokraten verhaftet, unter ihnen das Vorstandsmitglied August Obert und erneut der bereits aus der SPD ausgetretene ehemalige Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Friedrich Keppner.<sup>132</sup> Oft waren es auch unbedachte Äußerungen gegen Hitler und seine Partei die bisher unbescholtene Bürger in Schutzhaft brachten. Der parteilose Kaufmann Anton Prinzbach wurde am Fronleichnamfest 1933 verhaftet, weil er im Gasthaus „Engler-Baier“ gegen die Hitler-Regierung schimpfte.<sup>133</sup> Der ehemalige Zentrumsgemeinderat Josef Haberstroh kam nach Wolfach in Schutzhaft, weil er sich am Stammtisch des Hotels „Kreuz“ kritisch gegenüber Hitler äußerte.<sup>133a</sup> Wie nervös die neuen Machthaber reagierten, zeigen folgende Begebenheiten: Als der Sozialdemokrat Rudolf Baumann am 1. Mai in seiner Wohnung bei offenem Fenster auf seinem Grammophon die „Marseillaise“ und die „Internationale“ spielte, wurde er verhaftet und als städtischer Arbeiter vom Gemeinderat entlassen.<sup>134</sup> Der Nationalsozialist Albert Steidinger beobachtete von seiner Wohnung in der Mühlenstraße aus, wie sich die beiden Kommunisten Gottfried Heizmann und Matthias Fix mit dem Rotfrontgruß begrüßten. Er verständigte NS-Ortsgruppenführer Krafft, der beide verhaften ließ.<sup>135</sup> Den Terror der Nationalsozialisten mußten auch die Haslacher „Zeugen Jehovas“ fühlen. Am 12. November 1933, dem Tag der Reichstagswahl und Volksabstimmung, wurden der Bibelforscher Wendelin Schille und seine Frau verhaftet, weil sie sich geweigert hatten, zur Wahl zu gehen.<sup>136</sup>

Überall in Haslach gab es Spitzel der Nazi-Partei, die alles daran setzten, verdächtige Personen bei der SA oder SS zu denunzieren.<sup>137</sup> „Hier war auch jenen kleinen und schmutzigen Motiven des Karriereehrgeizes, der persönlichen Feindschaft . . . Tür und Tor geöffnet.“<sup>138</sup> Wie schlimm dieser „individuelle Terror“<sup>139</sup> in Haslach war, wird einem deutlich, wenn man die Tagebuchaufzeichnungen Wilhelm Engelbergs aus dem Jahre 1933 liest. Er schreibt am 4. September: „Die Angeberei in Haslach hört nicht auf. Man wird an die Zeit der Hexenprozesse erinnert.“ Haslach halte, so meint Engelberg, im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl „den Rekord an Verhaftungen im ganzen badi-schen Land.“<sup>140</sup>

---

132 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH; Interview W. Keppner.

133 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH; Interview Prinzbach.

133a Interview Schille.

134 Ratsprotokoll v. 29. 5. 1933, StAH.

135 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

136 Ebenda sowie Interview Habermann.

137 W. Engelberg zählt in seinen Tagebuchaufzeichnungen zahlreiche solche Beispiele auf. Vgl. auch Interviews Prinzbach, Schille und Harter.

138 Karl Dietrich Brächer, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Berlin/München 1964, S. 173. Vgl. zum Spitzelsystem der Nazi-Diktatur auch Kuczynski, a.a.O., S. 79ff.

139 Kuczynski, a.a.O., S. 79.

140 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

In den ersten sechs Monaten der Nazi-Herrschaft wurden in Haslach zahlreiche meist linksgerichtete Vereine und Organisationen verboten. So wurde am 1. April aufgrund der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz für Volk und Staat“ der der SPD nahestehende Arbeiterradfahrverein „Solidarität“ aufgelöst. Seine Kasse, seine sechs Saalfahrräder und sein Protokollbuch wurden beschlagnahmt.<sup>141</sup> Die Haslacher Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft“, die in Haslach eine ganze Reihe, meist linksstehende, Mitglieder hatte, wurde im April 1933 ebenfalls verboten.<sup>142</sup> Das gleiche Schicksal erlitt die Haslacher Ortsgruppe der Naturfreunde, die am 30. März aufgelöst wurde. Ihr Vermögen (Gitarren, Mandolinen, Ferngläser, Fotoapparat, Karten) wurde eingezogen.<sup>143</sup> Von den katholischen Verbänden, die es in Haslach gab, wurden am 3. Juli verboten: die Deutsche Jugendkraft (DJK), der zu den

Verbreitetste Tageszeitung im mittleren Kinzigtal

1. Jahrg. 1933

# Anzeiger vom Kinzigtal

Saslach, Donnerstag, 6. Juli 1933 — Nr. 152

---

**Der 5. Juli zieht in die Geschichte ein:**

## Die Parteien sind tot! / Es lebe der totale Staat, die endgültige Nation!

**Anstelle Partikularismus: Einheit der Stämme / Anstelle Klassenkampf: Gemeinschaft der Stände  
Anstelle der eigenständigen Parteigeilde: das Führertum der Verantwortlichen!**

Mit der Auflösung der Parteien ist eine geschichtliche Periode für Deutschland abgeschlossen, die unter dem Zeichen Parteilumpen und des Parteistandes Weg zur Einheit führte. Mit dem 5. Juli erlangte durch die Auflösung der Reichstageskammer der Partikularismus den Todesstoß, wie es durch die Abschaffung der morgigen Gewerkschaften dem letzten Restbestand des Nationalismus entzug. In diesem Augenblick ist die deutsche Nation endlich eine Einheit geworden. Die Parteien sind tot, die endgültige Nation ist geboren. Die deutsche Nation ist endlich eine Einheit geworden. Die Parteien sind tot, die endgültige Nation ist geboren.

Der Weg zum totalen Staat, zur endgültigen Nation ist frei. Nachdem das Gesetz der deutschen Revolution alle Krautheerde ausgeräumt hat und jetzt die letzten Schlingen ausgeräumt werden, kann der Menschheit beginnen.

Im die Stelle des Partikularismus legt das neue Deutschland die Einheit der Stämme, an die Stelle des Klassenkampfes die Gemeinschaft der Stände und an die Stelle der Parteien das Führertum der Verantwortlichen. Das liegt heute in einem klaren und selbstverständlichen Bild vor uns. Die deutsche Nation ist endlich eine Einheit geworden. Die Parteien sind tot, die endgültige Nation ist geboren.

nicht nur ein kleiner, mehr tragisches und unheilvolles Ringen um die uns heute selbstverständlichen Begriffe von den Fundamenten eines Staates, sondern wir erkennen auch erst in diesem neuen Zusammen die gewaltige Größe der geschichtlichen Leistung Adolf Hitlers.

Überblicken wir die geschichtliche Entwicklung des deutschen Einzelgebirges, der jetzt in der Tat Adolf Hitler eine herrliche Erfüllung gefunden hat und haben, um dem schmerzlichen und langwierigen Einsamwerden des Reiches, von der Vernichtung aller und der Neubildung neuer Stämme bis zu den letzten Stufen des Partikularismus, die wir erst fähig in dem deutschen Kampfen

der letzten Zentrum-Regierungen erleben konnten.

Angesichts der mit üblichem Ernst und mit preußischer Disziplin vollzogenen deutschen Revolution ist der damals allzu billige Spott gewisser bürgerlicher Kreise über den „Trennungskampf“ verjährt. Auch ihnen ist die Wahrheit der germanischen Geschichte aufgegangen: „Nur das Genie besitzt die Kraft der Propaganda, vermag die widerstrebende Welt um das Banner neuer Gedanken zu führen.“

Adolf Hitler ist aber nicht nur der genialste Schöpfer neuer Gedanken, er ist überhaupt der Gründer des großen geschichtlichen Schicksals des deutschen Volkes durch die Überwindung einer langwierigen Geschichte.

---

**Sterben in Schönheit?**

## Das Zentrum hat sich aufgelöst

**Noch allerlei Forderungen! / Wie es kommen wird, bestimmt einzig und allein die NSDAP**

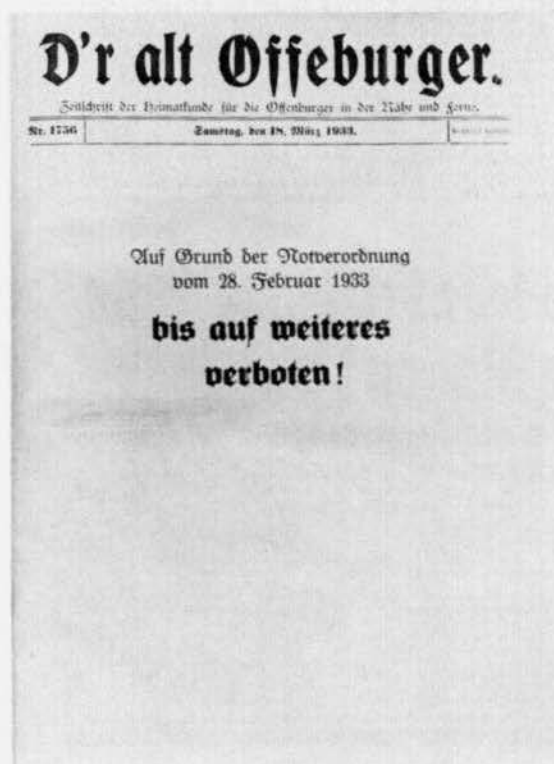
141 Interview Wintermantel; Verwaltungssachen IV, 3/123, StAH; AK v. 4. 4. 1933.

142 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH. Vgl. auch Friedrich Karl Scheer, Die deutsche Friedensgesellschaft (1892—1933). Frankfurt a. M., 1981.

143 Vereinsakten der Naturfreunde Haslach.

christlichen Gewerkschaften gehörende Katholische Arbeiterverein sowie die Katholische Notgemeinschaft.<sup>144</sup> Ihre Aufgaben wurden dem neugegründeten NS-Winterhilfswerk übertragen.

Als bekannt wurde, daß sich am 5. Juli 1933 die Zentrumsparlei aufgelöst hatte, feuerten die Haslacher Nazis am 6. Juli zwölf Böllerschüsse ab, was von der Zentrumszeitung „Kinzigtäler Nachrichten“ stark kritisiert wurde.<sup>145</sup> Als „Denkzettel“ durften hinfort im Zentrumsblatt keine städtischen Anzeigen mehr erscheinen.<sup>146</sup> Dieser Beschluß des Gemeinderats zeigte offenbar Wirkung; denn in der Folgezeit schwenkten die „Kinzigtäler Nachrichten“ vollkommen auf NS-Kurs ein. Die anderen katholischen Vereine und Gemeinschaften ließen die Nazis weitgehend ungeschoren, nicht zuletzt deshalb, weil einige von ihnen bereitwillig Ergebenheitsadressen an die neue Regierung abgaben. Vor allem innerhalb des katholischen Kolpingvereins gab es nicht nur in der Kolpingführung auf Reichsebene, sondern auch im Haslacher Gesellenverein zunehmende Begeisterung für Hitler und seine Partei. Viele Mitglieder des Kolpingvereins in Haslach traten in die SA oder in eine andere NS-Organisation ein.<sup>147</sup> Am 7. und 13. Oktober 1933 konnte man in den beiden Lokalzei-



*Die meisten oppositionellen, überwiegend linksstehenden Zeitungen wurden am 28. 2. 1933 verboten, so auch Adolf Gecks „D'r alt Offeburger“.*

144 KN v. 3. 7. 1933; Interview Schille.

145 KN v. 8. 7. 1933.

146 Ratsprotokoll v. 23. 8. 1933, StAH.

147 Interview Borho. Anlässlich der großen Kolpingswallfahrt nach Trier im August 1933 erklärte der Generalsekretär des Kolpingvereins J. Nattermann, der Volkskanzler Adolf Hitler und der Gesellenvater Adolf Kolping könnten sich zu ihren verschiedenen Aufgaben die Hand reichen und betonte, daß er sich freue, „wenn aus echten treuen Kolpingsöhnen ebenso treue SA- und SS-Männer werden.“ Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. In: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930—1933. Köln/Berlin 1968, S. 332/333.

tungen lesen: „Mit der großen deutschen Kolpingfamilie bekennt sich auch der hiesige Gesellenverein zu einer ehrlichen, freudigen und verantwortungsbewußten Mitarbeit im neuen Staate, ist doch unter der Führung des Volkskanzlers Hitler so viel verwirklicht worden oder in Verwirklichung noch begriffen, was dem Ziele und den Wünschen Kolpings entspricht und dem Programm der Kolpingsfamilie.“<sup>148</sup>

### *Widerstand des Zentrums in Hofstetten*

Im nahen Hofstetten stießen die Haslacher Nationalsozialisten auf gewisse Grenzen ihrer Macht. In dem kleinen idyllischen Dorf, das Heinrich Hansjakob sein „Paradies“ nannte, besaß die Zentrumspartei immer einen starken Einfluß auf die Bevölkerung. Schon Hansjakob bezeichnete die Hofstetter als „Anhänger der Zentrumspartei um jeden Preis“<sup>149</sup>. Während in den anderen Dörfern um Haslach die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 große Triumphe feierte und über 40 Prozent der Stimmen gewann<sup>150</sup>, erreichten die Nazis in Hofstetten mit 15,6 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis in ganz Mittelbaden. Das Zentrum erzielte dagegen satte 80,4 Prozent.<sup>151</sup>

Den Haslacher Nationalsozialisten war das „schwarze“ Hofstetten ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchten sie, in Hofstetten Fuß zu fassen. Anfang Mai gründeten sie in Hofstetten einen Stützpunkt der NSDAP und begannen mit einer Verleumdungskampagne gegen die Zentrumspartei und ihre Hofstetter Gemeinderäte.<sup>152</sup> Als im Juli nach Auflösung des Zentrums die drei Hofstetter Zentrumsgemeinderäte Anton Kern, Hermann Krämer und Josef Krämer sich weigerten, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, beschlossen Kreisleiter Baumann und NS-Ortsgruppenleiter Krafft in Hofstetten ein Exempel zu statuieren. In Abwesenheit von Bürgermeister Witt mußte der Leiter des Hofstetter NS-Stützpunktes Josef Kornmaier die drei Gemeinderäte aufs Rathaus laden. Als sie nicht erschienen, zogen Baumann und Krafft mit sechzehn bewaffneten SS-Männern nach Hofstetten, um die Gemeinderäte auf ihren Höfen zu verhaften. Diese aber waren verschwunden, nur der Kriegsinvalide Kern konnte nach langem Suchen gefaßt werden. Er wurde sofort nach Wolfach in Schutzhaft gebracht.<sup>153</sup> Nach den anderen beiden suchte die SS die ganze Nacht vergebens. Der Niederhofbauer Josef Krämer fuhr am nächsten Morgen insgeheim mit dem Hofstetter Bäcker Hermann Uhl nach Karlsruhe, um sich bei Gauleiter Robert Wagner über das Vorgehen von

148 AK v. 7. 10. 1933 u. KN 13. 10. 1933.

149 Heinrich Hansjakob, *Allerseelestage*. 2. Aufl. Stuttgart 1912, S. 245.

150 Vgl. oben S. 202.

151 AK v. 6. 3. 1933.

152 AK v. 17. 5. 1933.

153 AK v. 21. 7. 1933 u. 22. 7. 1933; W. Engelberg, *Tagebuchaufzeichnungen*; Interviews Willmann, Schille; Privatarchiv Schille.

Kreisleiter Baumann<sup>154</sup> und Ortsgruppenleiter Krafft zu beschweren. Offenbar mit Erfolg; denn von Karlsruhe aus wurde dem Landratsamt in Wolfach befohlen, den Gemeinderat Kern sofort aus der Schutzhaft zu entlassen. Gauleiter Wagner mißbilligte das Vorgehen der Haslacher NS-Gewaltigen und erteilte Krafft und Baumann einen Rüffel.<sup>155</sup> Die Zentrumsgemeinderäte blieben vorerst im Amt, traten jedoch später freiwillig zurück, weil sie einsahen, daß sie gegen die Hitler-Diktatur auf verlorenem Posten standen.

### *Die Gleichschaltung der Vereine*

Eines der wichtigsten Ziele der Nationalsozialisten war die völlige Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der nationalsozialistischen Revolution. Dazu gehörte auch die Gleichschaltung der Vereine, die in einer Kleinstadt wie Haslach einen wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens bestimmten. Fast jeder Haslacher Bürger war Mitglied in einem oder mehreren Vereinen. Alle Haslacher Vereine wurden auf Druck der NS-Ortsgruppe nach dem Führerprinzip gleichgeschaltet. Die demokratisch gewählten Vorsitzenden wurden abgesetzt und an die Spitze ohne Wahl ein „Vereinsführer“ ernannt, der nach Möglichkeit ein NSDAP-Mitglied sein mußte.

Die Gleichschaltung der Vereine in Haslach ließ sich nicht immer ohne Schwierigkeiten durchführen. Deshalb mußten bei der Vereinsversammlung, in der die Gleichschaltung durchgeführt wurde, stets NS-Ortsgruppenleiter Krafft oder Kreisleiter Baumann anwesend sein. Als erster Verein Haslachs wurde der Turnverein 1864 Haslach am 23. Mai gleichgeschaltet. Vereinsführer wurde das NSDAP-Mitglied Ludwig Zimmermann. Gleichzeitig wurde das „Wehrturnen“ eingeführt, was besonders SA- und SS-Leuten empfohlen wurde. Das Amt des Wehrsportwartes übernahm ebenfalls Ludwig Zimmermann.<sup>156</sup> Als nächstes erfolgte die Gleichschaltung der Freiwilligen Feuerwehr und der Haslacher Ortsgruppe des Schwarzwaldvereins im Juni. Zum Führer der Feuerwehr wurde das NSDAP-Mitglied Robert Vollmer ernannt<sup>157</sup>, Vereinsführer des Schwarzwaldvereins wurde das Parteimitglied Karl-Friedrich Wolber.<sup>158</sup> Am 1. September wurde der Fußballverein 1911 Haslach gleichgeschaltet und als Vereinsführer das Parteimitglied Karl Faulhaber ernannt.<sup>159</sup>

Schwieriger gestaltete sich die Gleichschaltung beim Musik- und Gesangverein „Harmonie“. NS-Ortsgruppenführer Krafft konnte nicht seinen Kandidaten

---

154 Bei der Durchsuchung des Krämerhofes soll Kreisleiter Baumann die Ehefrau des Gemeinderates Hermann Krämer mit der Pistole in Schach gehalten und gedroht haben, sie zu erschießen, wenn sie nicht den Aufenthalt ihres Mannes verrate. Privataarchiv Schille.

155 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH; Privataarchiv Schille.

156 Protokollbuch des TV 1864 Haslach, Versammlung v. 23. 5. 1933.

157 Protokollbuch der Feuerwehr Haslach, Versammlung am 12. 6. 1933.

158 Protokollbuch des Schwarzwaldvereins Haslach, Versammlung v. 20. 6. 1933.

159 AK v. 6. 9. 1933.

Emil Thoma — mit dem Eintrittsdatum 14. 12. 1929 das erste Parteimitglied in Haslach<sup>160</sup> — als Vereinsführer durchsetzen. Stattdessen verlangten die Mitglieder den bisherigen, bewährten, parteilosen Vorsitzenden Adolf Schöner als Vereinsführer zu benennen. Krafft mußte nach heftiger Auseinandersetzung nachgeben. Adolf Schöner wurde am 16. September zum Vereinsführer bestellt, Emil Thoma wurde allerdings sein Stellvertreter.<sup>161</sup> Die Haslacher Nazis rächten sich jedoch an Schöner. Sie setzten einen Gemeinderatsbeschuß durch, der der Stadt untersagte, Waren für das städtische Krankenhaus in Schöners Gärtnerei zu kaufen.<sup>161a</sup> Noch schwieriger war die Gleichschaltungsprozedur beim Gesangverein „Frohsinn“, der einige SPD- und KPD-Mitglieder in seinen Reihen hatte. Der Vorsitzende August Obert, SPD-Mitglied, trat im April 1933 aus Protest gegen die sich anbahnende Gleichschaltung des Vereins zurück. Als NS-Ortsgruppenleiter Krafft dem „Frohsinn“ wegen Oberts antinationalsozialistischer Haltung Vorwürfe machte, erklärten sich die meisten Frohsinnmitglieder mit Obert solidarisch. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß Obert von der SA verhaftet und der „Frohsinn“ am 22. September gleichgeschaltet wurde.<sup>162</sup> Zum Vereinsführer wurde der der NSDAP angehörende Bayrische-Hof-Wirt Johann Haser ernannt.<sup>163</sup>

Über Monate zog sich der Gleichschaltungsprozeß bei der Stadtkapelle Haslach hin. Am 29. März wurde die Stadtkapelle von der NS-Ortsgruppenleitung aufgefordert, die Gleichschaltung durchzuführen.<sup>164</sup> Aber erst am 9. Oktober konnte die Gleichschaltung vollzogen und der Vereinsführer Otto Blank sen., ein Parteimitglied, ernannt werden.<sup>165</sup> Die Widerstände gegen die Gleichschaltung waren bei den Musikern der Stadtkapelle offenbar beträchtlich; denn am 20. September mußte Bürgermeister Selz die Stadtkapelle ultimativ auffordern, die Gleichschaltung endlich vorzunehmen. Wer sich dieser Anordnung nicht füge, werde sofort aus der Stadtkapelle entlassen.<sup>166</sup>

Problemlos ging die Gleichschaltung des Kolpingvereins am 4. Oktober über die Bühne. Ein „Führerrat“ wurde gebildet, der sich sofort „zum neuen Staate unter dem Volkskanzler Adolf Hitler“ bekannte.<sup>167</sup> Ein Bekenntnis, welches durchaus der allzu wohlwollenden Einstellung maßgebender Persönlichkeiten und Kreise innerhalb der katholischen Kirche damals entsprach, was vor allem nach Abschluß des Konkordats Anfang Juli immer deutlicher wurde.<sup>168</sup> Wie sollten die kirchengläubigen Kolpingsöhne auch zu einer kritischen

160 Mitgliederliste der NS-Ortsgruppe Haslach, StAH.

161 AK v. 19. 9. 1933; Interview Engler.

161a Ratsprotokoll v. 19. 9. 1933, StAH.

162 Vgl. Manfred Hildenbrand, 60 Jahre Gesangverein „Frohsinn“, „Offenburger Tageblatt“ v. 27. 6. 1970.

163 AK v. 25. 9. 1933.

164 Verwaltungssachen IV, 2/6, StAH.

165 Ratsprotokoll v. 11. 10. 1933, StAH; AK v. 17. 10. 1933.

166 Ratsprotokoll v. 20. 9. 1933, StAH.

167 Vgl. oben S. 210/211.

168 Böckenförde, a.a.O., S. 317ff. und Monika Kringels-Kemen/Ludwig Lemhöfer (Hrsg.), Katholische Kirche und NS-Staat. Frankfurt a. M. 1981, S. 18ff.

Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus gelangen, wenn sie in den katholischen Blättern lesen mußten, daß die Fuldaer Bischofskonferenz bereits am 28. März 1933, fünf Tage nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes, die für die katholische Kirche jahrelang geltenden Warnungen und Verbote gegenüber der Mitarbeit in der NSDAP zurücknahm und die Katholiken zur Treue gegenüber „der rechtmäßigen Obrigkeit“ ermahnte und zur Mitarbeit am „neuen Staat“ sowie zur positiven Einordnung in ihn aufforderten?<sup>169</sup> Weshalb sollten sie nicht Mitglied der SA oder SS werden, da es ja bekannt war, daß der katholische Oberhirte Badens, Erzbischof Conrad Gröber von Freiburg, sowie mehrere Domherren im Sommer 1933 fördernde Mitglieder der SS-Ortsgruppe Freiburg geworden waren?<sup>170</sup>

Aber auch die Mehrzahl der leitenden Geistlichen und Laien in der evangelischen Landeskirche Badens standen damals politisch rechts. So schrieb beispielsweise Prälat D. Kühlewein, der spätere badische Landesbischof, nach der Märzwahl 1933 in einem Hirtenbrief, der in der evangelischen Gemeinde in Haslach wie in allen evangelischen Gemeinden Badens verlesen wurde: „Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen: Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschlossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat . . . Die jüngsten Ereignisse erscheinen uns wie das Morgenrot einer besseren Zeit, das von Gott her aufgeht.“<sup>171</sup> Der größte Teil der evangelischen Pfarrer, die sich damals politisch aktiv betätigten, waren Nationalsozialisten. Eine Erscheinung wie der evangelische Pfarrer von Haslach, Heinrich Georg Baumann, war keine Ausnahme.

### *Die Umgestaltung der übrigen Organisationen*

Zu den wichtigsten Organisationen in Haslach gehörten die Gewerkschaften und der Gewerbeverein. Für die Haslacher Nazis war der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) am gefährlichsten, nicht nur wegen der Zahl seiner Mitglieder, sondern wegen seiner überwiegend marxistischen Orientierung. Da es eine Grundforderung des Nationalsozialismus war, den Arbeiter dem Marxismus zu entfremden, war die NSDAP entschlossen, die Gewerk-

169 Böckenförde, a.a.O., S. 322/323.

170 Erwin Keller, Conrad Gröber 1872—1948. Erzbischof in schwerer Zeit. Freiburg 1981, S. 150. Vgl. auch Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 284. Bereits auf der Diözesansynode vom 25.—28. 4. 1933 hatte Gröber in einer Rede, die in allen katholischen Blättern veröffentlicht wurde, das Dritte Reich gepriesen, in dem vieles, wie z.B. der konstitutionelle Staat und die Republik, überholt sei. Jetzt gelte wieder das Führerprinzip in fast absoluter Form. „Wir dürfen, und wir können den neuen Staat nicht ablehnen, sondern müssen ihn positiv bejahen.“ Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 283.

171 Jörg Thierfelder/Eberhard Röhm, Die evangelische Landeskirchen von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches. In: Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 219; dieselben, Die beiden Landeskirchen von Baden und Württemberg im Zeichen der Machtergreifung Hitlers. In: Entwurf, Religionspädagogische Mitteilungen 3, 1982, S. 4, 18.



schaften zu zerschlagen. Aber auch die christlichen Gewerkschaften waren unerwünscht. So wurde in Haslach ja auch der Katholische Arbeiterverein verboten.

Nach dem 30. Januar wurde auf viele Arbeiter und Arbeitslose Druck ausgeübt, den ADGB bzw. den Katholischen Arbeiterverein zu verlassen und in die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) einzutreten. Die NSBO war bereits 1932 in Haslach gegründet worden. Ihr örtlicher Führer war Waldemar Kügele.<sup>172</sup> Nach dem Verbot aller freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 wurde Kügele auch der örtliche Leiter der nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft, der Deutschen Arbeitsfront (DAF).<sup>173</sup>



*Die „Deutsche Arbeitsfront“ marschiert durch Haslach.*

Schwer zu schaffen machte den Haslacher Nazis auch der Gewerbeverein. In ihm waren die Einzelhändler, Handwerker und sonstigen kleineren Geschäftsleute zusammengeschlossen — eine Bürgerschicht, die nicht nur in Haslach für den Nationalsozialismus große Sympathien hegte und einen wichtigen Teil seiner Wählerschaft ausmachte.<sup>174</sup> Den Gewerbeverein in Haslach wollte die

172 AK v. 12. 9. 1933.

173 AK v. 27. 11. 1933.

174 Winkler, a.a.O., S. 157ff. sowie David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. 2. Aufl. München 1980, S. 171ff.

NS-Ortsgruppe durch ihre Mittelstandsorganisation, den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes (NS-Hago), ersetzen. Am 13. Juni 1933 verlangte der Kampfbund, daß der Gewerbeverein sich auflösen solle; denn „wie andersorts so soll auch in Haslach der Kampfbund alle mittelständischen Gewerbetreibenden umfassen.“<sup>175</sup> Der Vorstand des Gewerbevereins, fast ausschließlich aus Zentrumsmitgliedern bestehend, weigerte sich, obwohl der Druck auf ihn immer größer wurde. Als der Gewerbeverein erneut seine Auflösung ablehnte, versuchten die Haslacher Nazis, die Mitglieder des Gewerbevereins geschäftlich zu schädigen. Am 26. Juni brachten die NS-Gemeinderäte im Gemeindeparlament den Beschluß durch, daß sämtliche Lieferungen an die Stadt, einschließlich an das städtische Krankenhaus, in Zukunft nur noch an Mitglieder der NS-Hago vergeben werden dürfen.<sup>176</sup> Und am 4. August verkündete der örtliche Leiter des Kampfbundes, Otto Blank, auf einer Mitgliederversammlung der NS-Hago, es sei Pflicht eines jeden Nationalsozialisten, daß er seinen Bedarf nur noch in den Betrieben und Geschäften der Kampfbundmitglieder einkaufe.<sup>177</sup> Durch das NS-Hago-Schild wurden die Betriebe und Geschäfte in Haslach, die der NS-Hago angehörten, kenntlich gemacht. Drohend hieß es dann in der lokalen NS-Presse: Im Gewerbeverein seien nur noch solche Mittelständler organisiert, die sich nicht offen zum Nationalsozialismus bekennen wollten. Einmal werde der Gewerbeverein doch sterben müssen.<sup>178</sup> Aber erst Anfang 1935 löste sich der Gewerbeverein auf.<sup>179</sup>

### *Die Gründung neuer NS-Organisationen*

Zahlreiche neue NS-Organisationen wurden im Laufe des Jahres 1933 in Haslach gegründet. Zum Teil entstanden sie auch aus der Umgestaltung bisher bestehender Organisationen. So wurde der Reichsbund der Kriegsbeschädigten aufgelöst, seinen Mitgliedern wurde nahegelegt, der neugegründeten Haslacher Ortsgruppe der NS-Kriegsopferversorgung (NSKOV) beizutreten.<sup>180</sup> Im Juni wurde eine Ortsgruppe des NS-Reichsverbandes der deutschen Arbeitsopfer gegründet.<sup>181</sup> Im August entstand eine Ortsgruppe des NS-Kraftfahrerkorps (NSKK).<sup>182</sup> Zum Leiter der neugegründeten NS-Volkswohlfahrt (NSV), welche das ebenfalls neu ins Leben gerufene Winterhilfswerk (WHW) organisierte, wurde Anfang September der NS-Gemeinderat Rudolf Winterer ernannt.<sup>183</sup>

---

175 AK v. 16. 6. 1933.

176 Ratsprotokoll v. 28. 6. 1933 u. 10. 7. 1933, StAH.

177 Interview Engler; AK v. 7. 8. 1933.

178 Ebenda.

179 AK v. 3. 2. 1935.

180 AK v. 2. 11. 1933.

181 AK v. 19. 6. 1933.

182 AK v. 20. 8. 1933.

183 Ratsprotokoll v. 14. 9. 1933, StAH; AK v. 13. 9. 1933.

Als eines der ersten Unrechtsgesetze erließen die Nazis am 14. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Dieses Sterilisationsgesetz war nur ein Teil eines großangelegten, mehr und mehr ins Wahnhafte und Bestialische entarteten Erb- und Rassenpflegeprogramms, dessen grausame Höhepunkte durch die Selektionsrampen in Auschwitz ebenso markiert werden wie durch die Euthanasie-Anstalten.<sup>184</sup> Dieses Gesetz wurde in der Haslacher NS-Presse immer wieder in großen Anzeigen propagiert. Die am 3. Dezember gegründete Haslacher Ortsgruppe des Reichsbundes der Kinderreichen wurde zum Propagandaforum dieses unmenschlichen Gesetzes. So erklärte der Landespropagandaleiter des Reichsbundes Vogelsang bei der Gründungsversammlung der neuen Ortsgruppe, der „Humanitätsdusel des alten Staates“ müsse im neuen Deutschland verschwinden. Eine gesunde Rassengesetzgebung sei notwendig. Die Maßnahmen der Sterilisation richteten sich in erster Linie gegen die Schwachsinnigen und Erbkranken, sie seien „die Minderwertigen in unserem Volk“<sup>185</sup>.

Um die Haslacher Frauen für den Nationalsozialismus zu gewinnen, wurde schon 1931 eine NS-Frauenschaft gegründet, die von Berta Weiß als „Führerin“ geleitet wurde. Sie war die Ehefrau des pensionierten Apothekers Paul Weiß, der innerhalb der NS-Ortsgruppe Haslach eine einflußreiche Stellung innehatte.<sup>186</sup> Das Jungvolk, die Hitlerjugend (HJ), der Bund Deutscher Jungmädels (BDJM) und der Bund Deutscher Mädels (BDM) hatte es schon 1932 gegeben. Nach den Märzahlen 1933 wurden in Haslach regelrechte Werbewochen für die nationalsozialistischen Jugendorganisationen veranstaltet.<sup>187</sup> Kreisleiter Heinrich Georg Baumann und HJ-Führer Xaver Uhl versuchten, in Elternabenden die Eltern für die neuen Jugendorganisationen zu gewinnen. Die Lehrer in Haslach wurden aufgefordert, „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln werbend für die Jugendorganisationen des neuen Deutschlands einzutreten.“<sup>188</sup> Höhepunkt dieser Werbekampagne war eine Großveranstaltung des Jungvolks, der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädels anlässlich des Badischen Jugendtages 1933 am 15. Juli auf dem Haslacher Sportplatz, wo Kreisleiter Baumann die Jugend Haslachs aufforderte: „Haslacher Buben und Mädchen hört zu: Die deutsche Revolution hat euch die Bahn gebrochen, auf der ihr weitermachen sollt!“<sup>189</sup>

Die SA, SA-Reserve und SS existierten in Haslach seit 1931. Der SA-Trupp Haslach umfaßte auch SA-Scharen aus Steinach, Welschensteinach, Bollenbach, Schnellingen, Fischerbach, Mühlenbach und Hofstetten. SA-Truppführer war Friedrich Schlenker. Insgesamt zählte der SA-Trupp Haslach 1933 et-

---

184 Kurt Nowack, Euthanasie und Sterilisation im Dritten Reich. Göttingen 1978, S. 119.

185 AK v. 4. 12. 1933.

186 AK v. 10. 11. 1933; W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

187 AK v. 24. 6. 1933.

188 AK v. 23. 9. 1933 u. 6. 3. 1934.

189 AK v. 5. 7. 1933 u. 17. 7. 1933.

wa 70 bis 80 Männer. Der SS gehörten in jener Zeit nur etwa 15 bis 20 Männer an. Der örtliche SS-Führer war Fritz Falk.<sup>190</sup> Die kleine SS-Schar war den Haslacher Nazis offensichtlich zu gering; denn mehrmals veröffentlichten sie in der lokalen NS-Presse Aufrufe, in denen für die SS geworben wurde. Gesucht wurden vor allem „wehrfähige Männer, junge kräftige Leute . . . mit einwandfreier nationaler Gesinnung“. Zum Schluß dieses Aufrufes hieß es: „Die Aufgabe der SS ist noch lange nicht erschöpft!“<sup>191</sup> Wie recht sollte der Verfasser dieser Aufrufe haben, wenn man an die furchtbaren Aufgaben denkt, welche die SS später erfüllen mußte! Die Zugehörigkeit zur SA, SA-Reserve oder HJ hatte aber auch den Vorteil, daß man als Arbeitsloser schneller Arbeit bekam. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadt Haslach im Sommer wurden erwerbslose SA-, SS- und HJ-Mitglieder bevorzugt berücksichtigt.<sup>192</sup>

Im Mai 1933 wurde in Haslach ein Schützenverein gegründet, dessen Mitglieder sich fast ausschließlich aus SA- und SS-Leuten rekrutierten. Noch im gleichen Sommer wurde im Bächlewald ein Schützenhaus und Schießstand errichtet. Nach seiner Fertigstellung diente er in erster Linie als Übungsgelände für das Pflichtschießen der SA und SS.<sup>193</sup> Die vormilitärische Schulung spielte damals schon eine wichtige Rolle. Militärische Begeisterung herrschte auch in der Segelfliegergruppe Haslach. Die hatte es zwar schon vor 1933 gegeben, sie wurde jedoch nach der „Machtergreifung“ von der NSDAP stark bekanntgemacht und gefördert. Die Segelflieger wurden als Kern der neuen deutschen Luftwaffe angesehen. Albert Elsenhans, ein ehemaliger Kampfflieger aus dem Ersten Weltkrieg, war der Vereinsführer der Haslacher Segelflieger. Er verstand es, den Luftkrieg in den herrlichsten Farben zu schildern und den Wehrgedanken zu verherrlichen.<sup>194</sup>

Auch für den Luftschutz machten die Haslacher Nazis schon 1933 Propaganda. Die Haslacher Bürger wurden in der Lokalpresse darüber unterrichtet, wie sie sich gegen Luftangriffe verteidigen könnten.<sup>195</sup> Anfang 1934 begann die SS mit Luftschutzkursen. Durch diese Luftschutzübungen wurde der Eindruck erweckt, als ob die Gefahr von feindlichen Luftangriffen in aller nächster Zukunft bevorstünde und so bereits 1933/34 eine Atmosphäre eines „Volkes in Waffen“ gefördert.

---

190 Interview Willmann.

191 AK v. 9. 6. 1933.

192 Ratsprotokoll v. 3. 8. 1933 u. 26. 7. 1933, StAH; AK v. 7. 7. 1933.

193 Schreiben des Schützenvereins an die Stadt v. 6. 2. 1934, Verwaltungssachen XI, 3/18, StAH; AK v. 23. 8. 1933.

194 AK v. 2. 11. 1933.

195 AK v. 4. 12. 1933.

## *Boykottmaßnahmen gegen Juden*

Bereits vor 1933 haben die Haslacher Nationalsozialisten den fanatischen Antisemitismus vertreten, der zu den Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung gehörte. Sie waren deshalb auch sofort bereit, die Boykottmaßnahmen durchzuführen, die Hitler vom 1. bis 4. April 1933 gegen die jüdischen Geschäfte anordnete und die mit einer angeblichen „jüdischen Greuel- und Hetzpropaganda im Ausland“<sup>196</sup> begründet wurden.

In Haslach lebten 1933 nur zwei jüdische Familien: die Familie Alfred Moses in der Mühlenstraße und die Familie Josef Israel Bloch in der Sägerstraße. Alfred Moses handelte mit Altwaren, Altpapier, Lumpen, Fellen und Knochen, Josef Bloch mit Ölen und Fetten. Die beiden jüdischen Familien hatten sich gut in die Haslacher Gesellschaft integriert. Vor Aufkommen des Nationalsozialismus gab es in Haslach keinen Antisemitismus.<sup>196a</sup> Die Haslacher Nazis waren entschlossen, das gute Verhältnis, das die meisten Haslacher zu ihren jüdischen Mitbürgern hatten, zu ändern und ließen keine Gelegenheit aus, ihren aggressiven Antisemitismus zu zeigen. Mit Siegesritt marschierte die



*„Heuetmarkt“ im Juli 1933 in Haslach. Seit damals war es den jüdischen Händlern verboten, auf den Haslacher Märkten zu erscheinen.*

196 AK v. 3. 4. 1933. Vgl. auch Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich*. Berlin 1964, S. 18ff.  
196a Interviews Engler, Kern, Sahl. Aufstellung der in der Stadtgemeinde Haslach wohnenden Juden und jüdischen Mischlinge (aus den Unterlagen der NS-Ortsgruppe Haslach), StAH.

SA oft durch Haslach und brüllte im Chor: „Deutschland erwache! Juda verrecke!“<sup>197</sup>

Am 1. April, dem Beginn der Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte, stellte die NS-Ortsgruppenleitung junge SA-Leute vor die Geschäfte des Alfred Moses und Josef Bloch, um die Bevölkerung vor dem Betreten dieser Geschäfte zu hindern. Die SA-Posten wurden alle zwei Stunden abgelöst.<sup>198</sup> Selbst gegen den katholisch getauften Juden Eugen Geismar, einen Dentisten, der kurz vor der „Machtergreifung“ im Niederhofweg eine Praxis eröffnet hatte, wurde der Boykott ausgedehnt, so daß immer weniger Patienten es wagten, Geismar aufzusuchen.<sup>199</sup> In den ersten Apriltagen mußten die Haslacher Gastwirtschaften auf Anordnung der Nazis an ihre Türen Plakate mit dem Text „Juden unerwünscht!“ anbringen. Als der Wirt des Gasthauses „Engel“, Albert Guldin, sich weigerte, dieses Plakat aufzuhängen, drohte ihm NS-Ortsgruppenleiter Krafft mit der sofortigen Verhaftung.<sup>200</sup> Auf Antrag von Krafft beschloß der Haslacher Gemeinderat am 7. Juni, daß Juden auf den Wochen- und Jahrmärkten in Haslach als Händler nicht mehr zuge-



*Das Haslacher „Jungvolk“ marschiert durch die Mühlenstraße in Haslach.*

197 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen; Interview Schaettgen.

198 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen; Interview Borho, Sahl.

199 Schreiben des katholischen Pfarramtes Haslach v. 24. 10. 1939. Deutsches Caritas-Archiv Freiburg 284-3.  
Im Herbst 1938 mußte Geismar seine Praxis aufgeben.

200 Interview Sahl.

lassen werden sollten.<sup>201</sup> Wie die Haslacher Nazis selbst Kinder und Jugendliche mit ihrem Judenhaß zu infizieren suchten, zeigt folgende böse Begebenheit: Das Jungvolk und die HJ hatte ihr Versammlungsheim im Obergeschoß des städtischen Elektrizitätswerkes. Um dorthin zu gelangen, mußten sie durch die Mühlenstraße marschieren. Beim Haus Moses in der Mühlenstraße 9 befahl HJ-Führer Xaver Uhl stets ein nationalsozialistisches Kampflied anzustimmen, in dem es hieß: „Wenn das Judenblut vom Säbel spritzt, ei, da geht’s nochmal so gut!“<sup>201a</sup>

Während die Familie Moses 1938 ins Ausland fliehen konnte<sup>202</sup>, blieb die Familie Bloch in Haslach. Sie wurde im Oktober 1940 verhaftet und in das KZ Gurs in die Pyrenäen gebracht, wo Josef Bloch und seine Ehefrau Josefine umkamen. Ihr Sohn Arthur kam von Gurs in das Vernichtungslager Auschwitz und wurde dort ermordet.<sup>203</sup>

### *Trotz Arbeitsbeschaffungsprogramms auch weiterhin hohe Arbeitslosigkeit*

Auch die Nationalsozialisten waren gegen die hohe Arbeitslosigkeit in Haslach machtlos und konnten die daniederliegende Industrie nicht mit neuem Leben erfüllen, so daß die Arbeitslosenzahl am 31. Dezember 1933 einen weiteren Höchststand erreichte: 672 Haslacher Männer und Frauen waren arbeitslos, 84 Prozent der im Erwerbsleben stehenden Einwohner.<sup>203a</sup> Gegenüber dem 31. Dezember 1932 war dies eine erneute Zunahme von 2,2 Prozent.<sup>204</sup> Weit und breit war Haslach die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenzahl.

Das vom Staat geförderte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtgemeinde war ziemlich umfangreich, war jedoch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ein Tropfen auf einen heißen Stein. Im August 1933 wurden 140 Arbeitslose, vornehmlich Mitglieder der NSDAP, SA, SS und HJ, was von der NS-Lokalpresse offen zugegeben wurde<sup>205</sup>, von der Stadtgemeinde beschäftigt. Umbauarbeiten am städtischen Elektrizitätswerk, an verschiedenen Brücken, am Gewerbekanal sowie an der Einlaufschleuse wurden vorgenommen.<sup>206</sup> Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dauerten jedoch nur sechs Wochen. Zum Ar-

---

201 Ratsprotokoll v. 7. 6. 1933, StAH.

201a Interview Thoma.

202 Nach der Reichskristallnacht 1938 emigrierte die Familie Moses nach England. Interview Sahl.

203 Alte Einwohnerkartei der Stadt Haslach, StAH.

203a AK v. 30. 1. 1934; Schreiben der Stadt an das Badische Finanz- u. Wirtschaftsministerium v. 23. 3. 1933, Verwaltungssachen XX/63, StAH.

204 Vgl. oben S. 189. Erst 1934 ging die Arbeitslosenzahl in Haslach zurück. Sie betrug am 26. 2. 1934 noch 500 Personen, am 15. 4. 1934 300 Personen und am 18. 6. 1934 206 Personen. Vgl. AK v. 14. 4. 1934 u. 21. 6. 1934; Verwaltungssachen XX/63, StAH. Vergleichszahlen aus den Nachbarstädten liegen nur für den 26. 2. 1934 vor, als Haslach 500 Arbeitslose hatte. In Hausach gab es damals 46, in Wolfach sogar nur 8 Arbeitslose. Vgl. AK v. 14. 4. 1934.

205 AK v. 23. 8. 1933.

206 Ebenda.

beitsbeschaffungsprogramm der Stadt gehörte auch der bereits erwähnte Bau des Schießstandes und des Schützenhauses.<sup>207</sup> Im städtischen Steinbruch im Eichenbach, wo seit Juni 1933 45 Arbeitslose beschäftigt waren, wurde am 15. August die Arbeit wieder eingestellt, weil die Steine nicht mehr abgesetzt werden konnten.<sup>208</sup>

Aufschwung für den Arbeitsmarkt in Haslach erhofften sich die Haslacher Nazis vom Plan, ein Stammlager des damals noch freiwilligen Arbeitsdienstes einzurichten. Die neue badische NS-Regierung erwog im Mai 1933 das Vorhaben, im Kinzigtal ein solches Stammlager, in dem 216 Arbeitsdienstwillige untergebracht werden sollten, einzurichten. Neben Haslach bewarben sich auch Hausach, Wolfach und Hornberg um dieses Arbeitsdienstlager.<sup>209</sup> Doch Haslach schien das Rennen zu machen, hatte es doch im stillgelegten Fabrikgebäude des Stahlwerkes die besten räumlichen Voraussetzungen anzubieten. Das Stammlager sollte im Drehereigebäude des Stahlwerkes eingerichtet werden. Im Verein mit den umliegenden Gemeinden sollten 100 000 Tagewerke für die Arbeitsdienstwilligen aufgebracht werden, die vor allem zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur vorgesehen waren.<sup>210</sup> Der Plan erwies sich jedoch als eine Seifenblase, die Anfang 1934 zerplatzte.

### *Massendemonstrationen und NS-Propaganda*

Massendemonstrationen der Treue und Begeisterung waren Atem und Leben des Propagandafeldzuges der Haslacher Nazis seit dem 30. Januar 1933. Er zielte darauf ab, die Bevölkerung Haslachs davon zu überzeugen, daß sie in eine nationale Revolution bisher noch nicht dagewesenen Ausmaßes eingetreten seien. Die Anlässe der NS-Aufmärsche, Kundgebungen und Propagandaveranstaltungen bildeten meistens die neugeschaffenen nationalen Festtage: die „Nationale Feier anlässlich der Eröffnung des Reichstages am 21. März“, Hitlers 44. Geburtstag am 20. April, der „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai, die Feier der 10. Wiederkehr des Todestages von Albert Leo Schlageter am 26. Mai, die Sonnwendfeier am 24. Juni. Der Höhepunkt bildete die Propagandakampagne für die Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November 1933.<sup>211</sup>

Die erste Massendemonstration veranstalteten die Haslacher Nazis nach den Märzahlen am 15. März. Abends formierte sich ein Fackelzug der SA und SS sowie der übrigen NS-Formationen. Mit der Stadtmusik an der Spitze zogen mehrere hundert Personen durch die Straßen der Stadt. Auf dem Markt-

---

207 Vgl. oben S. 218.

208 AK v. 23. 8. 1933.

209 AK v. 3. 7. 1933; Ratsprotokoll v. 28. 6. 1933, StAH.

210 Ratsprotokoll v. 19. 7. 1933, StAH.

211 Vgl. unten S. 229 ff.



platz vor dem Rathaus sprachen Bürgermeister Selz zur Bevölkerung über die Bedeutung des Wahlsieges der „nationalen Front“ sowie Pfarrer Baumann über „die durch Blut und Opfer erkämpfte nationale Revolution“. Überall flatterten Hakenkreuzfahnen und die alte Reichsfahne schwarz-weiß-rot. Das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied erklangen.<sup>212</sup>

Es fiel jedoch auf, daß sich die städtischen und staatlichen Beamten kaum an dem Fackelzug und der anschließenden Feier beteiligt hatten. Drohend hieß es deshalb in einem von der NS-Ortsgruppe verfaßten Bericht im „Anzeiger vom Kinzigtal“: „Keiner der Herren Beamten sah sich veranlaßt, offiziell an der Feier teilzunehmen. Wenn die Herren etwa glauben sollen, daß sie es nicht nötig haben, so müßten wir uns veranlaßt sehen, sie eines Besseren zu belehren. In einem nationalen Staat kann und wird es nur nationale Beamte geben; und wenn die Herren Beamten sich direkt oder indirekt weigern, sich zum Nationalsozialismus auch öffentlich zu bekennen, so haben sie das Recht verwirkt, Beamte zu sein.“<sup>213</sup> Diese unmißverständliche Drohung zeigte Wirkung; denn bei allen weiteren Aufmärschen und Feiern marschierten die Haslacher Beamten brav an vorderster Front mit, was die lokale NS-Presse beifällig zur Kenntnis nahm.<sup>214</sup> Offensichtlich hatte auch das am 7. April erlassene NS-Beamten-gesetz, wonach alle politisch unliebsamen Beamten entlassen werden konnten, seine Wirkung auf die Staatsdiener gehabt.<sup>215</sup>

Der „Tag von Potsdam“, die Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonskirche, am 21. März war wieder Anlaß zu einer großen „nationalen Kundgebung“. „Seit den Oktobertagen des Jahres 1913, der Feier der hundertjährigen Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig, hat Haslach eine derartige Kundgebung nicht mehr erlebt!“, schrieb selbst das Zentrumsblatt „Kinzigtäler Nachrichten“.<sup>216</sup> Ein langer Fackelzug bewegte sich durch Haslach. Stadtmusik, Feuerwehr, SA, SS, die übrigen NS-Organisationen, alle Vereine, die städtischen und staatlichen Beamten, der katholische Gesellenverein „Kolping“, sämtliche Geistliche, die nationalsozialistischen Jugendorganisationen, die Schuljugend und die Lehrerschaft bildeten einen Zug von mehreren hundert Personen. Nach Bürgermeister Selz sprachen auf dem Marktplatz sowohl der evangelische Pfarrer Baumann als auch der katholische Kaplan Schlegel Lobeshymnen „auf die Aufbauarbeit des Dritten Reiches“<sup>217</sup>.

Groß wurde von den Haslacher Nazis der 44. Geburtstag Hitlers am 20. April aufgezo-gen. Die Festrede Pfarrers Baumanns in der überfüllten Stadthalle sei

---

212 KN v. 15. 3. 1933; AK v. 18. 3. 1933.

213 AK v. 18. 3. 1933.

214 AK v. 2. 5. 1933.

215 Über dieses „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vgl. Bracher/Sauer/Schulz, a.a.O., S. 172f.

216 KN v. 22. 3. 1933.

217 Ebenda sowie AK v. 23. 3. 1933; Interview Borho.

„ein rednerisches Meisterstück“, so die NS-Presse, gewesen.<sup>218</sup> Baumann bezeichnete Hitler als „den neuen Messias“, den „Retter des deutschen Volkes“, das ihm jetzt ein „Hosianna“ entgegenrufe.<sup>219</sup> Ein paar Tage später bei der groß angelegten Feier zum 1. Mai war Haslach erneut in ein Meer von Hakenkreuzfahnen und schwarz-weiß-roten Fahnen getaucht. Wieder fand ein großer Aufmarsch statt. Die Reden von Hindenburg, Hitler und Göhring aus dem Berliner Lustgarten wurden durch Lautsprecherübertragung in der Stadthalle wiedergegeben. Der NS-Gauredner Kraus erläuterte dort die neue Bedeutung des 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“. An die Bedürftigen wurden im Saal des „Bayrischen Hofes“ aus der „Adolf-Hitler-Spende“ die gesammelten Gaben verteilt.<sup>220</sup>

Den Haslacher Nazis war aufgefallen, daß Wilhelm Engelberg, der als Gegner des Nationalsozialismus bekannt war<sup>221</sup>, an seinem Haus weder am 1. Mai noch an den vorangehenden NS-Kundgebungen eine Hakenkreuzflagge oder schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hatte. Sie setzten deshalb am 29. Mai im Gemeinderat den Beschluß durch, daß in Engelbergs Buchhandlung und Papierwarengeschäft sowie in seiner Druckerei die Stadtgemeinde sowie die Haslacher Schulen ab sofort keine Bestellungen mehr aufgeben dürften, da Engelberg durch die Weigerung zu beflaggen „gegen die nationale Regierung demonstriert“ habe.<sup>222</sup> Mutig schrieb Engelberg in einem Brief vom 19. Juli an den Gemeinderat: „Meine politische Überzeugung habe ich über vierzig Jahre, und ich müßte mich vor meinem einstigen Lehrbuben<sup>223</sup>, der wegen seiner politischen Ansicht inhaftiert ist, schämen, wenn ich mein ‚Mäntelchen‘ so schnell nach dem Wind gedreht hätte. Heucheln und Duckmäusern liegt mir nicht.“<sup>224</sup> Und in seinem Tagebuch notierte der unerschrockene Sozialist: „Wer wird angesichts der Forderung, für die neue Regierung die Hakenkreuzfahne zu flaggen, nicht an den Geßlerhut erinnert, dem der Schweizer Freiheitsheld Wilhem Tell nicht die geforderte Reverenz erwies!“<sup>225</sup>

Eine große Eintrittswelle in die NSDAP verzeichnete Haslach am 1. Mai 1933. Während die Zahl der NSDAP-Mitglieder in Haslach am 30. Januar 1933 nur etwa 50 betrug, zählte die NS-Ortsgruppe Haslach nach dem 1. Mai 189 Mitglieder.<sup>226</sup> Ohne Zweifel traten damals nicht alle aus Begeisterung oder Überzeugung der Hitler-Partei bei. Viele Haslacher verspürten das Bedürfnis, sich

---

218 Der volle Wortlaut dieser Rede wurde in AK v. 26. 4. 1933 veröffentlicht.

219 Ebenda.

220 KN u. AK v. 2. 5. 1933.

221 Vgl. oben S. 207.

222 Ratsprotokoll v. 29. 5. 1933; W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

223 Gemeint ist der Vorsitzende der Haslacher KPD, Willi Harter, der in Engelbergs Druckerei Schriftsetzer gelernt hatte.

224 Abschrift des Briefes v. 19. 7. 1933, Nachlaß Engelberg, StAH.

225 W. Engelberg, Tagebuchaufzeichnungen, StAH.

226 Nur 150 Mitglieder wohnten in Haslach, 39 waren in Bollenbach, Fischerbach, Mühlenbach und Schnelllingen ansässig. Im März 1945 waren 586 Haslacher Frauen und Männer Mitglied der NSDAP. Vgl. Mitgliederverzeichnis der NS-Ortsgruppe Haslach, StAH.

zu schützen, indem sie in die NSDAP eintraten. Manche betrachteten die Mitgliedschaft in der Nazi-Partei als eine Vorbedingung für ihr persönliches Weiterkommen. Bekanntlich bekamen Arbeitslose viel eher wieder eine Beschäftigung, wenn sie Mitglied der NSDAP wurden. In einigen Fällen schlossen sich Vereinsvorsitzende der Partei an, damit sie bei der Gleichschaltung ihrer Vereine in den Vorstandsgremien bleiben konnten.<sup>227</sup> Zahlreiche Haslacher Geschäftsleute wurden damals Mitglieder der NSDAP, weil sie sich von der neuen Regierung eine wirtschaftliche Besserung versprachen und auf keinen Fall den Anschluß verpassen wollten.<sup>228</sup> Viele Beamte in Haslach, die hinfort das Parteiabzeichen mit dem Hakenkreuz trugen, wollten dadurch ihre Stelle bewahren.<sup>229</sup> Es gab sogar Idealisten, die glaubten, durch einen Beitritt die „braune Revolution“ in gemäßigte Bahnen lenken zu können.<sup>230</sup>

Anlaß zum festlichen Flaggenschmuck und Aufmarsch der NS-Organisationen bot bereits neun Tage später der Besuch von Reichsstatthalter Robert Wagner, der am 9. Mai durchs Kinzigtal fuhr und auch in Haslach Halt machte.<sup>231</sup> Selbst der Katholikentag des Dekanats Kinzigtal, der am 28. Mai in Haslach veranstaltet wurde, bot den Nationalsozialisten im Verein mit der katholischen Kirche Anlaß, „die Erneuerung des Deutschen Reiches durch den Volkskanzler Adolf Hitler“<sup>232</sup> zu feiern. Beim großen Festzug durch die Straßen der Stadt marschierten nicht nur sämtliche katholischen Organisationen des Kinzigtals sowie die Geistlichkeit mit, sondern auch SA-, SS- und HJ-Formationen aus dem ganzen Kinzigtal mit ihren Fahnen und Wimpeln. Die Stadt war geschmückt mit den Fahnen der Kirche und denen der Hitlerbewegung. Auf dem Sportplatz fand eine große Kundgebung statt, auf der der katholische Weihbischof Dr. Burger in seiner Festansprache betonte, daß „die Ziele des Nationalsozialismus auch unsere Ziele“ seien. „Der Führer der nationalen Revolution, der verantwortliche Lenker des Deutschen Reiches, zeigt uns die Ziele . . . Wir stimmen freudig ein in die Aufgaben, die der Führer des deutschen Volkes uns stellt.“<sup>233</sup>

Die Feierlichkeiten anläßlich des zehnten Jahrestages der Erschießung des „Nationalhelden“, Albert Leo Schlageter<sup>234</sup>, „des ersten Soldaten des Dritten Reiches“<sup>235</sup> am 29. Mai bildeten den Abschluß der „nationalen Feiern“ im

---

227 So etwa der Feuerwehrkommandant Robert Vollmer. Vgl. Bericht über die Mitgliederversammlung der Feuerwehr am 12. 6. 1933, Protokollbuch der Feuerwehr Haslach.

228 Interview Kern.

229 Interview Löffler.

230 Interview Schaettgen.

231 KN u. AK v. 10. 5. 1933.

232 KN v. 29. 5. 1933.

233 AK u. KN v. 29. 5. 1933.

234 Über Schlageter neuerdings Martin Walser, Schlageter — eine typisch deutsche Verlegenheit. In: Allmende 2, 1981, S. 76—85. Dazu die Entgegnung von Wolfgang Wipprecht, Ein Wehrwolf und Walser. In: Allmende 1, 1982, S. 136—140.

235 So Pfarrer Baumann bei der Schlageter-Feier in Haslach. AK v. 30. 5. 1933.

Mai. Am 17. Juni wurde noch einmal Schlageters gedacht, als das Karlsruher Landestheater in der Stadthalle das Schauspiel „Schlageter“ aufführte.<sup>236</sup>

Wen nahm es wunder, daß die Nazis auch den großen Sohn Haslachs, Heinrich Hansjakob, für sich beanspruchten? Der Verfasser von „Bauernblut“ paßte so richtig in die Blut- und Boden-Ideologie der neuen Machthaber. Wenn schon die Hitlerjugend in Freiburg bei einer großen Hansjakob-Kundgebung Hansjakob als „einen Wegbereiter des Dritten Reiches“ feierte, wollte die Haslacher HJ in der Umdeutung Hansjakobs nicht zurückstehen und veranstaltete am 18. Juni bei der Hansjakobkapelle in Hofstetten eine „Hansjakob-Weihefeier“. Bei dieser Gelegenheit reihte der Haslacher HJ-Führer Xaver Uhl Hansjakob in die Reihe der „großen Dichter des neuen Deutschlands“ ein.<sup>237</sup>

Am nächsten Tag begann in Haslach die „Kampfwoche gegen Schmutz- und Schundliteratur“, bei der Jungvolk und HJ in Haslach und den Umlandgemeinden von den Nazis verbannte Bücher und Schriften vornehmlich pazifistischer, marxistischer und jüdischer Dichter und Schriftsteller sammelten.<sup>238</sup> Bei der Sonnwendfeier auf dem Sportplatz am 24. Juni warfen HJ und BDM nach einem Fackelzug durch die Stadt „die Druckerzeugnisse eines zurückliegenden undeutschen Zeitalters in das prasselnde Feuermeer.“<sup>239</sup> Wie recht hatte doch der jüdische Dichter Heinrich Heine, der in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts geschrieben hatte: Wo man Bücher verbrenne, dort verbrenne man am Ende auch Menschen.

Eine Großkundgebung fand bei der NS-Amtswaltertagung am 28. Juni statt, bei der alle NS-Funktionäre des Amtsbezirkes Wolfach in Haslach zusammenkamen. Neben Gauinspekteur Adolf Schuppel sprach in der Stadthalle auch Kreisleiter Heinrich Georg Baumann über die Bedeutung des Hakenkreuzes, „des Sonnenrades der alten Germanen als Symbol der Kraft und Stärke“<sup>240</sup>. Auch des 14. Jahrestages des Versailler Vertrages wurde mit einer Feier in der Stadthalle gedacht. Vor der Schuljugend, den nationalsozialistischen Jugendorganisationen und den Parteigrößen Haslachs sprach der Leiter der Haslacher Volksschule, Oberlehrer Hugelmann, über diesen „Schandtag in der deutschen Geschichte.“ Die Feier wurde umrahmt durch „Vaterlandslieder“ sowie Gedichte „der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“<sup>241</sup>.

Die Umwandlung der Schule in eine ideologische Bastion des Nationalsozialismus wurde auch in Haslach vorgenommen. Die Haslacher Volksschule bekam

---

236 AK u. KN v. 17. 5. 1933.

237 AK v. 20. 6. 1933; Interview Schaettgen.

238 AK v. 22. 6. 1933.

239 AK u. KN v. 26. 6. 1933.

240 AK v. 29. 6. 1933.

241 AK v. 30. 6. 1933.

neue Lehrbücher. Aus der Schulbücherei entfernte man die „entartete Literatur“, dafür wurde sie mit Büchern vollgestopft, die den Nationalsozialismus und Militarismus verherrlichten. In jedem Klassenzimmer wurde ein Führerbild aufgehängt. Wie in allen Schulen wurde der Hitlergruß eingeführt. Selbst die katholischen Religionslehrer mußten auf Anordnung des erzbischöflichen Ordinariats in Freiburg den „deutschen Gruß“ der Schüler durch Erheben der rechten Hand erwidern.<sup>242</sup> Die meisten Haslacher Lehrer schlossen sich dem nationalsozialistischen Lehrerbund an, dessen Kreisführer der Gutacher Lehrer Reinhold Flamm war.

Höhepunkt der nationalen Schulfestern des Jahres 1933 war ein großes Treffen sämtlicher Schulkinder aus dem Kinzig- und Gutachtal auf dem Büchereck bei Gutach. Über 2000 Schüler waren am 30. August dort versammelt. Trommelwirbel der HJ, Marschmusik und ein Meer von Fahnen bestimmten das äußere Bild. Der Kreisführer des NS-Lehrerbundes Reinhold Flamm und Kreisleiter Heinrich Georg Baumann hielten markige Reden. Zum Schluß erklangen die Lieder „Brüder in Zechen und Gruben“, „Volk ans Gewehr“ sowie das Horst-Wessel-Lied.<sup>243</sup> Um die Jugend für die Hitlerjugend zu gewinnen, organisierten die Haslacher Nationalsozialisten die große Jugendkundgebung des Kreises Wolfach am 4. November in Haslach, bei der auch der Landesjugendführer der HJ Friedhelm Kemper<sup>244</sup> anwesend war. Mit „donnerndem Marschschritt und zahlreichen Fahnen und Fähnlein“ zogen mehrere hundert Mitglieder des Jungvolks, der HJ und des BDM an Kemper vorbei.<sup>245</sup>

Der NS-Frauenschaft oblag es, spezielle Werbeabende für die Haslacher Frauen zu veranstalten, wählten doch die Haslacherinnen bei der Reichstagswahl am 5. März noch überwiegend die Zentrumspartei. So organisierte die NS-Frauenschaft am 1. Oktober einen „Deutschen Abend“, bei dem die gesamte lokale und regionale NS-Prominenz, Gauinspekteur Schuppel, Kreisleiter Baumann, der Kreisführer des NS-Lehrerbundes Flamm sowie Ortsgruppenleiter Krafft, als Referenten auftraten.<sup>246</sup> Eine „Deutsche Weihestunde“ der NS-Frauenschaft am 8. November, bei der auch die Mitglieder des katholischen Frauenbundes und des christlichen Müttervereins anwesend waren, diente vor allem dazu, die Haslacher Frauen für die Reichstagswahl am 12. November im Sinne der Nationalsozialisten zu mobilisieren.<sup>247</sup>

Seit dem 30. Januar 1933 war Haslach einem wahren Trommelfeuer von NS-Propaganda ausgesetzt. Neben den Kundgebungen, Aufmärschen und sonstigen Massenveranstaltungen gab es einen ständigen Strom von nationalsozialistischen Pressenachrichten, Rundfunkansprachen und Filmen. Bewußt wurden

242 AK v. 25. 8. 1933.

243 AK u. KN v. 2. 9. 1933.

244 Über ihn vgl. Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 37.

245 AK v. 6. 11. 1933.

246 AK v. 3. 10. 1933.

247 AK u. KN v. 10. 11. 1933.

von den Nazis schon 1933 Filme für ihre Propaganda eingesetzt. So konnten die Haslacher im Juni in der Stadthalle den NS-Propagandafilm „Hitlers Flug über Deutschland“ sehen. Ein Film, für den die Nazis in Haslach besonders warben, hieß „Blutendes Deutschland“. Es folgten die Filme „SA-Mann Brand“, „Ringens um Verdun“ und der „Choral von Leuthen“. Die letzten beiden Filme verherrlichten „den Krieg als die große Bewährung des deutschen Helden.“<sup>248</sup>

Kriegsbegeisterung und Heldenverehrung waren wesentliche Inhalte der NS-Propaganda bereits 1933. Damals entstand der Plan, auf dem Klosterplatz ein monumentales Kriegerdenkmal zu errichten<sup>249</sup>, was aber erst 1939 verwirklicht wurde.<sup>250</sup>



*Aufmarsch der Haslacher NS-Organisationen auf dem Klosterplatz in Haslach.*

Manche Schlagwörter und Propagandaparolen der Nationalsozialisten im Jahre 1933 übten auf die überwiegend konservativ denkenden Bürger Haslachs eine starke Anziehungskraft aus, so beispielsweise der immer wieder

248 AK v. 24. 7. 1933, 29. 7. 1933, 28. 8. 1933, 2. 10. 1933, 27. 10. 1933.

249 Ratsprotokoll v. 7. 6. 1933, StAH.

250 Das am 30. April 1939 eingeweihte monumentale Kriegerdenkmal wurde von dem Freiburger Bildhauer Hugo Knittel geschaffen. Es stellte eine 3,50 m große Figurengruppe dar, bestehend aus einem sterbenden und einem weiterkämpfenden Soldaten. Das ganz im Stile der NS-Kunstauffassung gefertigte Denkmal wurde 1979 entfernt und durch ein schlichtes Mahnmal, bestehend aus einem Sandsteinkreuz, ersetzt.

propagierte Begriff „Volksgemeinschaft“, der auf das Ende der Klassengrenzen hinzuweisen schien. Die konservativen Bürger Haslachs fühlten sich von der Vorstellung angezogen, daß es keine Klassen, sondern nur noch Deutsche geben solle. Auch die NS-Parolen „Gemeinnutz vor Eigennutz!“ und „Keiner darf hungern und frieren!“, wurden von vielen Haslachern als erstrebenswerte, gutzuheißende Grundsätze angesehen.<sup>251</sup>

Eilfertig hatten die Haslacher Nazis schon am 29. März Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernannt und die Engelstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt.<sup>252</sup> Am 28. Juni wurden zwei weitere Persönlichkeiten, die sich um die „Machtergreifung“ verdient gemacht hatten, Ehrenbürger der Stadt: Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichsstatthalter Robert Wagner.<sup>253</sup>

### *Die Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November 1933*

Nachdem Hitler den Völkerbund und die Genfer Abrüstungskonferenz verlassen hatte, um für die eigene Aufrüstung freie Hand zu haben, sollte das Volk am 12. November in einem Volksentscheid über die Politik der neuen Regierung abstimmen. Gleichzeitig sollten die Wähler die Zustimmung zu einem Reichswahlvorschlag der NSDAP geben und so einen neuen Reichstag „wählen“; denn Hitler hatte den im März gewählten Reichstag aufgelöst, um die Reste der alten Parteien gänzlich zu beseitigen.

Die Vorbereitungen zu dieser Volksabstimmung und Reichstagswahl waren ein ausgezeichnetes Beispiel für die Methoden der Nationalsozialisten. Obwohl die NSDAP einmütige Zustimmung würde melden können, da nur ihre Liste zur Wahl stand und nur ihre Leute die Stimmen auszählen durften, unternahm sie jede Anstrengung, die Haslacher zu veranlassen, sich tatsächlich für Hitlers Politik zu entscheiden. Ein bisher noch nicht dagewesener Propagandafeldzug wurde von den Haslacher Nazis inszeniert. Plakate und Flugblätter überschwemmten die Stadt. Zahlreiche Wahlveranstaltungen fanden in Haslach statt.

Auch das neugegründete Winterhilfswerk wurde als „Sozialismus der Tat“ propagiert und in den Werbefeldzug der Nazis miteinbezogen. Eine Geschäftsstelle des WHW wurde im „Kasten“ bei der katholischen Stadtkirche eingerichtet. 209 Familien mit rund 800 Personen wurden im November 1933 vom WHW unterstützt und mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Brennmaterial versorgt. Die Leitung des WHW hatte Gemeinderat Rudolf Winterer.<sup>254</sup>

---

251 Interviews Kern, Schaettgen, Schille, Sahl.

252 Ratsprotokoll v. 29. 3. 1933, StAH.

253 Ratsprotokoll v. 28. 6. 1933, StAH.

254 AK v. 13. 12. 1933.

Die letzte Propagandawelle kam in den zwei Tagen vor der Wahl. Am 10. November sollten Hitler und Goebbels im Rundfunk sprechen. Die NSDAP in Haslach hatte entschieden, daß sich jeder diese Reden im Radio anhören solle. Deshalb wurde angeordnet, daß alle Geschäfte und Betriebe während dieser Zeit schlossen und die Arbeit niedergelegt werden müsse.<sup>255</sup>

Da man fürchtete, daß die katholischen Schwestern im städtischen Krankenhaus die Kranken bei der Abgabe ihrer Stimmen beeinflussen würden — das Krankenhaus bildete einen eigenen Stimmbezirk — wurden am 8. November sämtliche katholischen Schwestern zu einer Besprechung in das Sprechzimmer des Krankenhauses einbestellt, wo Bürgermeister Selz und NS-Ortsgruppenleiter Krafft sie über die Bedeutung der Reichstagswahl und Volksabstimmung „belehrten“.<sup>256</sup> Auf Anordnung der NS-Ortsgruppenleitung wurden alle Wahlausschüsse mit zuverlässigen Parteimitglieder besetzt.<sup>257</sup>

Eine sehr entscheidende Wahlhilfe bekamen die Nationalsozialisten von Erzbischof Conrad Gröber von Freiburg. Er veröffentlichte am 9. November in allen katholischen Zeitungen und vor allem auch im „St. Konradsblatt“, der Kirchenzeitung des Erzbistums Freiburg, einen Wahlaufufruf, in dem er die Katholiken aufforderte, für die Politik Hitlers zu stimmen.<sup>258</sup> Wenn auch neuerdings der Versuch gemacht wird, den Wahlaufufruf Gröbers als ein Bemühen zu interpretieren, „die kirchenfreundliche Richtung im Nationalsozialismus zu stärken“<sup>259</sup>, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß Gröber mit seinem positiven Votum für die Politik Hitlers viele Katholiken, die bisher der Hitlerregierung skeptisch gegenüberstanden, bewogen hat, am 12. November Hitler ihre Stimme zu geben.<sup>260</sup>

Am 10. November wurde die Haslacher Bevölkerung von Bürgermeister Selz aufgefordert, von Freitag bis Sonntag ihre Häuser zu beflaggen. Am Abend vor dem Wahltag richtete Selz auf einer Kundgebung auf dem Marktplatz an die Bürger „einen letzten Appell“, mit „ja“ zu stimmen. Dies sei „eine heilige Pflicht gegenüber dem Vaterland.“<sup>261</sup>

Am Wahltag, dem 12. November, läuteten um 7 Uhr fünf Minuten die Kirchenglocken, Böllerschüsse wurden abgefeuert.<sup>262</sup> Die NS-Ortsgruppe wies ihre Mitglieder und die Angehörigen der Nebenorganisationen der Partei an, bis

---

255 AK v. 8. 11. 1933.

256 Schreiben des Bürgermeisteramtes v. 6. 11. 1933, Verwaltungssachen XIII, 1/3, StAH.

257 Ratsprotokoll v. 2. 11. 1933, StAH.

258 KN v. 9. 11. 1933. Vgl. Keller, a.a.O., S. 150; Schnabel, Die Machtergreifung, a.a.O., S. 283/284; Böckenförde, a.a.O., S. 327; Interviews Borho, Habermann.

259 Hugo Ott, Möglichkeiten und Formen kirchlichen Widerstands gegen das Dritte Reich von seiten der Kirchenbehörde und des Pfarrklerus. In: Historisches Jahrbuch 92, 1972, S. 323.

260 Interviews Borho, Habermann, Harter.

261 AK v. 10. 11. und 13. 11. 1933.

262 Schreiben des Bürgermeisteramtes an Pfarrer Albrecht v. 9. 11. 1933, Verwaltungssachen XIII, 1/13, StAH; AK v. 10. 11. 1933.



spätestens 13 Uhr ihre Stimme abzugeben. Nachmittags mußten sie sich für „einen durchgreifenden Schlepperdienst“ zur Verfügung stellen. SA, SS und HJ gingen von Haus zu Haus, um jedermann zur Wahl zu bewegen. In den Haslacher Gastwirtschaften wurden Kontrollen durchgeführt. Insbesondere standen an den Ortsausgängen und auf dem Bahnhof Kontrollposten der SA, um die Wegreisenden an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Überall in der Stadt warben hunderte von Aufrufen und zahlreiche großformatige Transparente.<sup>263</sup> Vor den Wahllokalen waren große Plakate aufgestellt, die zu einer positiven Wahlentscheidung aufforderten. In den beiden Lokalzeitungen war besonders darauf hingewiesen worden, daß wie bei früheren Wahlen auch Frauen im selben Maße stimmberechtigt seien wie die Männer. „Es ist also Pflicht jeder deutschen Frau, ihr Stimmrecht auszuüben.“<sup>264</sup> Um unbedingt sicherzustellen, daß alle Haslacher ihre Stimme auf die von den Nazis erwartete Weise abgaben, erschienen große Wahlbelehrungen in den Lokalzeitungen: „Bei der Wahl müssen beide Stimmzettel angekreuzt werden. Es genügt also nicht, nur den grünen Stimmzettel im ‚Ja‘-Kreis anzukreuzen. Wer richtig wählen will, kreuzt den Stimmzettel zur Volksabstimmung im ‚Ja‘-Kreis an und auch den Stimmzettel für die Reichstagswahl!“<sup>265</sup>

Die Haslacher Nazis propagierten die demonstrativ offene Stimmabgabe, wodurch das Wahlgeheimnis zur Farce wurde. Nur wenige Wähler wagten es, in die Wahlkabine zu gehen, um ihre Wahlentscheidung geheim anzukreuzen. Im Wahllokal standen nämlich zahlreiche NS-Funktionäre und uniformierte SA-Leute, die jeden Wähler kritisch musterten, der die Wahlkabine aufsuchte.<sup>266</sup> Durch die Abgabe einer Wahlplakette an jeden, der seine Stimme abgegeben hatte, konnte die Wahlbeteiligung zusätzlich überwacht werden. Diese Plakette, auf der ein großes „Ja“ und das Datum 12. 11. 1933 abgebildet waren, mußte jeder, bevor er das Wahllokal verließ, anstecken.<sup>267</sup> So konnten die kontrollierenden SA-Posten auch optisch erkennen, wer noch nicht gewählt hatte.

Überall in der Stadt wurde eine Volksfeststimmung erzeugt. Seit dem Ende des Hauptgottesdienstes am Sonntagmorgen zog die Stadtkapelle mit klingendem Spiel durch die Straßen und veranstaltete an verschiedenen Plätzen (Rathaus, Fürstenberger Hof, Bahnhofplatz) Platzkonzerte.<sup>268</sup> Pausenlos marschierte die Hitlerjugend durch die Stadt und rief im Sprechchor die Bürger auf, ihre Stimme dem „Volkskanzler“ Adolf Hitler zu geben.<sup>269</sup>

---

263 AK v. 13. 11. 1933.

264 KN v. 11. 11. 1933.

265 AK u. KN v. 11. 11. 1933.

266 Interviews Borho, Löffler.

267 KN v. 11. 11. 1933; Interview Löffler.

268 Schreiben der Stadt an die Stadtkapelle v. 9. 11. 1933, Verwaltungssachen XIII, 1/3, StAH.

269 AK v. 13. 11. 1933; KN v. 15. 11. 1933.

Die Reichstagswahl und die mit ihr verbundene Volksabstimmung endete mit einem „glänzenden Ergebnis“ für die Nationalsozialisten, das „Haslach an die Spitze des Kreises Wolfach und des Gaues Baden“ brachte, so NS-Ortsgruppenleiter Krafft nach der Wahl.<sup>270</sup> Und in der Tat: das Wahlergebnis in Haslach schien ein großartiger Sieg der Hitler-Partei zu sein. Von den 2100 Wahlberechtigten hatten nicht weniger als 2089 abgestimmt. Das entsprach einer Wahlbeteiligung von 99,4 Prozent. Bei der Volksabstimmung wurden 2060 Ja-Stimmen (98,6 Prozent) und 29 Nein-Stimmen (1,4 Prozent) gezählt. Bei der Reichstagswahl stimmten 2073 für den Wahlvorschlag der NSDAP (99,5 Prozent), 10 gaben ungültige Stimmen ab (0,5 Prozent).<sup>271</sup> In den benachbarten Gemeinden erreichte die Hitler-Partei Ergebnisse, die ebenfalls über der 90-Prozent-Marke lagen, aber doch deutlich geringer als in Haslach waren.<sup>272</sup>

Was Karl Dietrich Bracher anhand vieler Beispiele in ganz Deutschland feststellte<sup>273</sup>, bestätigten Zeugen auch bei der Wahl in Haslach: Es kamen zahlreiche Wahlmanipulationen bzw. Fälschungen vor. Ungültige Stimmen oder Nein-Stimmen wurden als Ja-Stimmen gezählt.<sup>274</sup> Ein Zeuge erinnert sich, daß am Wahlabend ein SA-Mann, der gerade vom Rathaus kam, wo die Wahlkommission die Stimmen auszählte, im Gasthaus „Engel“ gefragt wurde, wie das Wahlergebnis ausgefallen sei. Der SA-Mann habe geantwortet: „Es ist noch nicht klar, die Kommission weiß noch nicht, wieviel Nein-Stimmen sie genehmigen soll.“<sup>275</sup>

Am Abend fand auf dem Marktplatz vor dem Rathaus eine große Kundgebung statt, auf der Bürgermeister Selz, Ortsgruppenleiter Krafft und Kreisleiter Baumann sprachen. Selz prangerte die 29 Nein-Stimmen und die 10 ungültigen Stimmen als „eine Schande für Haslach“ an. Diese Nein-Sager müßten im Rohrbrunnen ertränkt werden.<sup>276</sup> Krafft rief triumphierend: „Es ist gewiß etwas Großes, die einstige kommunistische Metropole des Kinzigtals durch rastlose, unermüdliche Arbeit, durch mustergültige Propaganda zum einmütigen, geschlossenen Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat zu bringen!“<sup>277</sup>

---

270 AK v. 5. 12. 1933.

271 Verwaltungssachen XIII, 1/13, Reichstagswahlergebnisse, StAH; AK v. 15. 11. 1933.

272 Hausach: Reichstagswahl 95 Prozent, Volksabstimmung 95,5 Prozent. Hornberg (99,2 Prozent, 95,1 Prozent). Wolfach (95,8 Prozent, 97,7 Prozent). Hofstetten (91,5 Prozent, 92,2 Prozent). Bollenbach (96,6 Prozent, 99,2 Prozent). Fischerbach (94,6 Prozent, 97,5 Prozent). Mühlenbach (97,0 Prozent, 98,1 Prozent). Steinach (91,6 Prozent, 94,4 Prozent). Welschensteinach (99,3 Prozent, 98,7 Prozent). Schnellingen (98,3 Prozent, 96,1 Prozent). Zum Vergleich die Ergebnisse auf Reichsebene: Reichstagswahl 92 Prozent, Volksabstimmung 95 Prozent. Vgl. KN v. 13. 11. 1933.

273 Bracher/Sauer/Schulz, a.a.O., S. 355ff.

274 Interviews Borho, Engler, Harter, Prinzbach, Schille.

275 Interview Schille.

276 Interview Borho.

277 AK v. 13. 11. 1933 u. 5. 12. 1933.

### *Haslach fest im Griff der Nazis*

Die Bedeutung der Novemberwahl lag nicht nur in dem für die Haslacher Nationalsozialisten hervorragenden Ergebnis, sondern auch in der Perfektion der benutzten faschistischen Methoden und Techniken. Wahlkampf und Wahlvorgang zeigten, daß die „Machtergreifung“ der Nazis in der Kleinstadt Haslach bereits im November 1933 weitgehend abgeschlossen war und die Stadt und ihre Bürger sich fest im Griff der Nationalsozialisten befanden. Der 12. November „brachte uns die endliche Erfüllung: ein hundertprozentig nationalsozialistisches Haslach!“ — verkündete NS-Ortsgruppenleiter Krafft am 30. Januar 1934 bei der Einjahresfeier der „Machtergreifung“ Hitlers.<sup>278</sup>

Der Widerstand der Kommunisten und Sozialdemokraten war gebrochen. Die Zentrumsanhänger hatten resigniert. Die NSDAP und ihre Nebenorganisationen beherrschten alle Vereine, Organisationen und Institutionen Haslachs. Sie demonstrierten immer wieder durch machtvolle Kundgebungen und Aufmärsche, wer die Macht in Haslach besaß. Ein Spitzelsystem der Gestapo sorgte dafür, daß niemand aus der Reihe tanzen konnte.<sup>279</sup> Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung paßte sich allmählich dem nationalsozialistischen Alltag an. Nur wenige dachten damals noch wie Adolf Geck, der in der letzten Ausgabe seiner am 18. März 1933 verbotenen Wochenzeitung geschrieben hatte: „Wer die Geschichte unseres Landes kennt, verzagt nicht. Das badische Volk erringt seine gesetzliche Freiheit wieder.“<sup>280</sup>

---

278 AK v. 31. 1. 1934.

279 Besonders die Predigten des katholischen Pfarrers Vetter, der im Januar 1935 als Nachfolger von Pfarrer Albrecht nach Haslach kam, wurden laufend von Gestapo-Spitzeln abgehört. Interviews Engler, Harter, Habermann, Schaettgen, Schille.

280 „D'r alt Offenburger“ v. 11. 3. 1933.

## Adolf Geck (1854—1942)

Ein Offenburger Sozialdemokrat in der Weimarer Republik<sup>1</sup>

*Erwin Dittler*

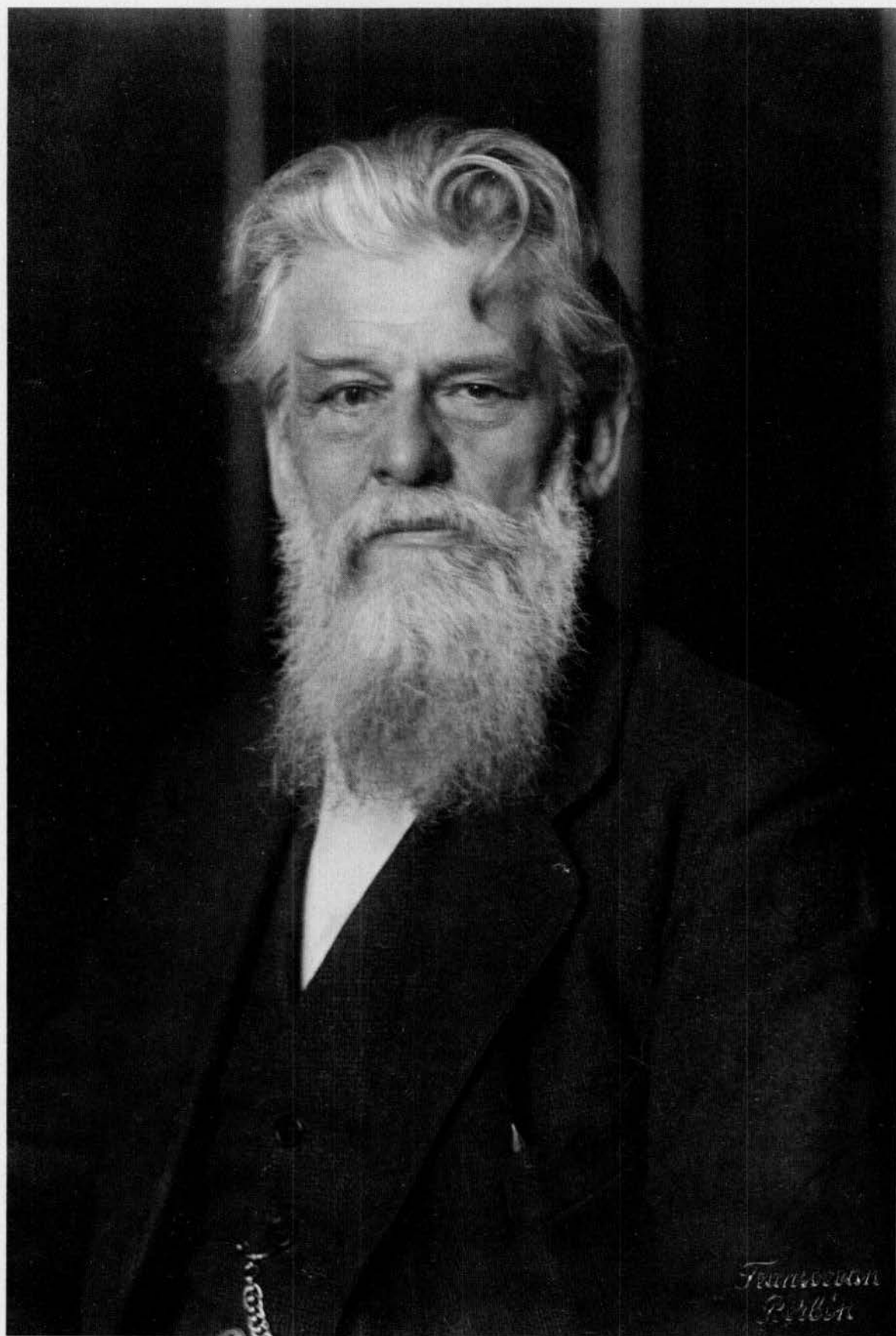
### *Die Spaltung der Offenburger Unabhängigen Sozialdemokraten*

Nach dem Schiffbruch, den die 2. Internationale bei Kriegsausbruch erlitten hatte und der Gründung der 3. Kommunistischen Internationale im März 1919 in Moskau, nahm der ao. Parteitag der USPD am 5. 12 1919 in Leipzig eine Resolution an, die eine Beratung mit allen sozialrevolutionären Parteien im Hinblick auf einen gemeinsamen Beitritt vorsah. In diesem Sinne verfaßte Adolf Geck am 22. 2. 1920 als Vorsitzender der Landesversammlung der USPD in Offenburg an den Kongreß der französischen Sozialisten in Straßburg eine Grußadresse, in der die Gründung einer neuen Internationale begrüßt wurde.<sup>2</sup>

In den heftigen Auseinandersetzungen um den Beitritt zur 3. Internationale vor und nach deren Weltkongreß (19. 7.—7. 8. 20) mußten auch die Offenburger Unabhängigen Stellung beziehen. Im Brennpunkt der Diskussion standen die 21 Aufnahmebedingungen, die Lenin auf dem Kongreß durchgesetzt hatte, um „opportunistischen und zentristischen Elementen“ den Weg in die Internationale zu verlegen.<sup>3</sup> In einer ersten Abstimmung nach zwei Veranstaltungen im September über die Anerkennung der 21 Bedingungen erhielten gegen 13 Stimmen die Befürworter mit 22 (63%) die Mehrheit, deren Wortführer der frühere Sekretär des Arbeiterrates Alfred Bätz war; er hatte als südbadischer Delegierter am Parteitag in Leipzig teilgenommen und dort mit einer Minderheit für einen sofortigen Anschluß an die 3. Internationale gestimmt.<sup>4</sup> Der „Alte“ vom 26. 9. hob hervor, daß sich von den etwa 300 Mitgliedern nur ein Achtel an dieser Abstimmung beteiligt hätte. Offenbar nahm Geck an dieser wichtigen Diskussion nicht teil, denn das Blatt berief sich auf die Karlsruher „Sozialistische Republik“; außerdem trat nicht Geck, sondern Dietrich (Mannheim) als Referent gegen die Anerkennung auf. Bei der Wahl der Delegierten am 3. 10. für den Parteitag in Halle beteiligte sich nun doch eine größere Zahl von Mitgliedern, von denen 43 (55%) für den Anschluß stimmten. Als Vertreter Badens wurde der ehemalige Sekretär des Volksrates Lörrach Bock gewählt, der zu den Befürwortern zählte. Auf dem ao. Parteitag in Halle (12.—17. 10. 1920) stimmten 60% der Delegierten für den Beitritt zur III. In-

ternationale. Da sich die Minderheit dem Beschluß nicht fügte, kam es zur Spaltung der Partei, wobei sich die Mehrheit „USPD (Linke)“ nannte. Die Offenburger Mitglieder erhielten am 17. 10. zum dritten Male die Gelegenheit für eine Entscheidung, an der sich immerhin 134 beteiligten, von denen 72 (54%) „für die Bolschewismus-Internationale“ stimmten. Mißgelaunt nahm der „Alte“ das Ergebnis zur Kenntnis: „Nach der nun angewandten Mathematik soll das ein Beweis sein, daß die Mehrheit der hiesigen USP moskowitzisch schwärmt“ (24. 10. 20). Die „Linke“ war gewillt, diesen Beweis zu erbringen. V. Blotny und Dörle forderten auf der Vorstandssitzung am 21. 10. die Einberufung einer Mitgliederversammlung, die nur mit Zustimmung des Gesamtvorstandes erfolgen konnte. Da die übrigen drei Vorstandsmitglieder jedoch den Antrag ablehnten, luden Blotny und Dörle beide Richtungen zu einer Mitgliederversammlung auf den 23. ein, die dann hauptsächlich von „Anhängern der Moskauer Richtung“ besucht war und auf der ein neuer Vorstand mit Alfred Bätz und Heizmann als Vorsitzende gewählt wurde. Am Tag darauf trafen sich im „Prinzen“ zu einer Landeskonzferenz jene Ortsgruppen, „welche die Moskauer 21 Anschlußbedingungen ablehnen und eine dritte Internationale nur unter der Selbständigkeit der Sozialdemokratie der Länder und ohne Aufopferung der Gewerkschaften erstreben“ (24. 10. 20). Nun war die Spaltung der USP auch in Offenburg perfekt; sie führte wegen des Vereinsvermögens und der Vertretung im Stadtrat (2) und im Bürgerausschuß (10) zu unerfreulichen und gerichtlichen Auseinandersetzungen.<sup>5</sup>

Die USP (Linke) beschloß auf dem Vereinigungsparteitag am 4. 12. 1920 in Berlin den Zusammenschluß mit der KPD, die dadurch beträchtlich an Bedeutung gewann und zur Massenpartei wurde. Der Stachel über die 21 Bedingungen Lenins saßen bei Geck ebenso tief wie bei Georg Monsch, der sich am 9. 11. 20 im „Prinzen“ bei einer Revolutionsfeier kritisch über ihre Auswirkungen äußerte. Einzelne Thesen hätten förmlich Untertanengehorsam und auf Moskaus Befehl den sofortigen Bürgerkrieg verlangt: „So führten diese zum Teil drakonischen Vorschriften zur Spaltung der so in freudigem Anwachsen begriffenen USP. Ohne diesen russischen Ukas der 21 Thesen wären wir alle heute schon ohne jede Schwierigkeit Mitglied der 3. Internationale. Ohne diese 21 Thesen hätten wir uns alle ohne mit den Wimpern zu zucken Moskau angeschlossen. Ganz von selbst wäre dieser große Zusammenschluß, wären die neuen Ideen zu Stande gekommen“. Wie Monsch glaubte, wäre vieles „durch die neue Machtentfaltung und Stärke der USP in Bälde durchgesetzt worden“. Wohl auch resignierend gab er für die wirtschaftliche und politische Lage nach zweijährigem Bestehen der Republik dem Fehlverhalten der sozialdemokratischen Regierung nach der Revolution die Schuld. Diese habe die Gunst der Stunde nicht genutzt: „Heute wären wir gerettet. Aller Wucher, all die Schiebergauner, all die Teuerung, die seither immer unerträglicher geworden ist, all die brutale rücksichtslose Profit- und Geldgier hätten gar nicht aufkommen können“.<sup>6</sup>



*Ernst Adolf Geck*

*(Stadtarchiv Offenburg)*

Rechtsradikale Mordparole:

*„Laßt uns froh und munter sein, schlagt dem Wirth den Schädel ein!“*

Um die wirtschaftliche Lage nicht noch zu verschlimmern, stimmten A. Geck und seine Parteigenossen von der USPD am 11. 5. 1921 im Reichstag mit der SPD, dem Zentrum, einigen Demokraten und Volksparteilern für die Annahme des Londoner Ultimatums, das den Einmarsch alliierter Truppen im Ruhrgebiet androhte, falls die von der Reparationskommission am 27. 4. festgesetzten Verpflichtungen von 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in 37 Jahresraten, nicht angenommen würden (15. 5. 21). Reichskanzler Wirth (Zentrum), der am Vortage sein Amt angetreten hatte, konnte die Zustimmung gerade noch vor Ablauf des Ultimatums herbeiführen; als „Erfüllungspolitiker“ mußte er den Haß der Nationalisten auf sich ziehen, die in zahlreichen Kampfverbänden organisiert waren. In ihr Umfeld gehörten auch soldatische Traditionsverbände, die Geck mißtrauisch beobachtete. Ein Treffen des ehem. 4. Garde-Regiments am 29. 5. 21 in Berlin, „wobei der aus dem Kapp-Putsch berühmt gewordene Oberst Reinhard die Festrede hielt“ und „ein Parademarsch mit klingendem Spiel vor den Offizieren, darunter Prinz Eitel Friedrich in Generalsuniform“ geklopft wurde (5. 6. 21), bot ihm Anlaß, auch das für den 5. und 6. 6. in Offenburg angekündigte Treffen der Angehörigen des ehem. Reserve-Inf.-Regiments 110 als „eine ausgesprochene, militaristische Kundgebung im neutralen Gebiet“ zu kritisieren. Für sich genommen, schienen solche Zusammenkünfte ehemaliger Frontsoldaten ganz natürlich, aber Geck sah den Zweck einer solchen Veranstaltung, bei der wie in Offenburg alle Kriegsteilnehmer und jedermann eingeladen waren, in einem größeren Zusammenhang, wie er von dem Gernsbacher Historiker Sontheimer formuliert wurde: „Das Kriegserlebnis wurde zu einem entscheidenden Leitmotiv für die Protesthaltung gegen die Weimarer Republik ausgestaltet“.<sup>7</sup> Klarblickend kommentierte der „Alte“ eine Skageraktschlacht-Gedenkfeier vom 31. 5. in Berlin: „Welche bitteren Folgen diese offenen und versteckten militaristischen Veranstaltungen der Orgesch (Organisation Escherich) haben werden, kann jeder vernünftige Mensch nur mit Sorge erkennen“. 4 Tage nach Erscheinen des Artikels, am 9. 6., wird in München der bayrische USP-Führer Gareis von Rechtsradikalen erschossen. Als blutrünstige „Poesie“ der Orgeschleute zitierte Geck am 31. 7. aus einem schwäbischen Blatt ein „Dokument einer verbrecherischen Verrohung“, das einleitend zum Mord an Wirth aufforderte und mit dem Vers endet: „Knallt ab den Walter Rathenau, die gottverfluchte Judensau“. Daß „dem blutrünstigen Patrioten, der aus Freude über das Verbrechen an Erzberger die Ermordung der deutschen Staatsmänner Dr. Wirth und Rathenau poetisch-satanisch empfahl“, das Druckgeschäft nicht gelegt wurde, wie Geck kritisch bemerkte (2. 7. 22), ist heute kaum mehr vorstellbar. Gegen Matthias Erzberger, der sich von Hindenburg hatte überreden lassen, an Stelle der verantwortlichen Militärs die undankbare Aufgabe zu übernehmen, im November 1918 als Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission die Verhandlungen

gen zu führen,<sup>8</sup> wurde seit Jahren eine nicht minder scharfe Hetze betrieben. Am 26. 1. 20 wurde der ehem. Reichsfinanzminister durch Pistolenschüsse eines ehemaligen Fähnrichs nur verletzt, am 26. 8. 1921 auf einem Spaziergang mit seinem Reichstagskollegen Carl Dietz im Schwarzwald oberhalb von Bad Griesbach bei einem Attentat tödlich getroffen. Die beiden Mörder, der Oberstleutnant zur See a.D. Heinrich Tillessen und der ehem. Reserveoffizier Heinrich Schulz, Angehörige der Organisation „Consul“, die aus der Marinebrigade Erhardt hervorgegangen war, hatten den Mord auf Befehl des ehem. Kapitänleutnants Manfred v. Killinger im Auftrage des „Germanenordens“ ausgeführt. In der Woche vor seiner Ermordung hatte Erzberger sich auch in Offenburg aufgehalten: „Sein Besuch galt dem frauenklösterlichen Erziehungsinstitut, dessen Ordenslehrerin Paula Eberhard aus Rottenburg eine Schwester der Frau Erzberger ist. Die Gattin erhielt auch im hiesigen Kloster die Schulbildung . . .“ (28. 8. 21).

Wie im Reich fanden sich auch in Offenburg die szd. Parteien und das Kartell freier Gewerkschaften zu einer Protestversammlung zusammen, über die der „Alte“ unter der Überschrift „Wieder ein Volksaufgebot“ am 4. 9. kurz berichtete. Im Anschluß fand eine Kundgebung des Zentrums statt. Das Blatt nahm zur politischen Situation kein Blatt vor den Mund: „Heutzutage ist der Mord aus politischen Gründen in Deutschland zur Tugend der Monarchisten geworden. Die Gegner wurden nach reiflicher Vorbereitung niedergeknallt. Die Mörder hatten nicht Entdeckung, nicht Strafe zu befürchten. In Zeitungen hakenkreuzlicher Rohheit einer Stahlhelmverbrecherschaft fordert man in Prosa und gereimter Sprache zur Ermordung der Gegner auf. Das bleibt unbestraft. Diese ‚Teutschen‘ sind kulturelle Brüder der balkanischen Hammeldiebe, Pyrenäenbanditen und Orientalen“ (28. 8. 21).

Geck, der ursprünglich auf der Protestversammlung in Offenburg hatte sprechen wollen, wurde beauftragt, namens der Reichstagsfraktion der USP an dem Begräbnis Erzbergers in Biberach a.d. Riß teilzunehmen und einen Kranz niederzulegen. In seiner Grabrede forderte er die christliche Arbeiterschaft zur Unterstützung der sozialdemokratischen auf, die nicht gewillt sei, die Errungenschaften der Revolution ohne Kampf preiszugeben: „Bei diesen Worten erhob sich aus der unzähligen Menge, die den weiten Friedhof anfüllte, ein Beifallssturm, der über das Tal dahinbrauste, in welchem die Partei des Redners kaum einige Anhänger zählt. Es war der spontane Ausdruck für die Stimmung in den Volksmassen“ (4. 9. 21).<sup>9</sup>

Killinger, der spätere nat.soz. Ministerpräsident in Sachsen, mußte sich vor dem Offenburger Schwurgericht wegen Beihilfe zum Mord verantworten und wurde am 13. 6. 1922 freigesprochen. Was Geck nie mehr vergaß, waren die Glückwünsche, die Killinger insbesondere von „erstklassiger Schönheit der besseren Gesellschaft“ entgegennehmen durfte: „Der Odem der Rosensträuße sollte den Modergeruch feiger Bluttat von Griesbach überduften“ (18. 8. 22).



*„Lernt, ihr seid gewarnt!“*

Elf Tage nach dem Freispruch Killingers, der diesen noch am Abend im Union-Hotel feiern konnte, wurde Walther Rathenau am 24. 6. 1922 das Opfer jahrelanger ungeahnter Mordhetze: „Seine Mörder waren verabschiedete junge Offiziere, verwirrte Idealisten, deren Idol der nationalistische Kapitän Ehrhardt war“.<sup>10</sup> Als Außenminister hatte er am 16. 4. 1922 den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo unterzeichnet, der in Zusammenarbeit des Leiters der Ostabt. im Auswärtigen Amt, Ago Freiherr von Maltzahn, mit Reichskanzler Wirth zustande gekommen war.<sup>11</sup> Nach einer riesigen Massendemonstration am 25. 6. in Berlin stellten die drei Arbeiterparteien und die freien Gewerkschaften am 27. 6. einen Katalog von „Maßnahmen zur Sicherung der Republik und der Grundrechte des arbeitenden Volkes“ für ein Gesetz zum Schutz der Republik zusammen. Die Arbeiterparteien verpflichteten sich, die der Regierung und dem Reichstag übermittelten Forderungen gemeinsam durchzusetzen. Wiederum zeigte es sich, daß sich zur Erhaltung der Republik große Massen im Reich mobilisieren ließen; „den Massenansturm der Arbeiterbataillone vernahm Offenburg am 27. Juni. Eine über alles Erwartende große Teilnehmerzahl zog in wuchtiger Masse vom Sammelplatz bei der Landwirtschaftlichen Halle im Demonstrationszug vor das Rathaus“ (2. 7. 22). Der „Alte“ appellierte an die Einwohnerschaft, unter der Führung der Arbeiterschaft zusammenzustehen zum großen Entscheidungskampf, wie er im Reichstag vorbereitet werde. Mit salbadernden Demonstrationen erreiche man nichts: „Es muß von der Regierung gehandelt werden, um die in allen Positionen verschanzten Feinde der Republik ihre Übermacht zu entwenden. Lernt, ihr seid gewarnt!“

Um die Regierung unter Druck zu setzen, wurde am 4. 7. in weiten Teilen des Reiches demonstriert. In Offenburg ließ der „Aktionsausschuß“ Flugblätter mit dem Wortlaut der Forderungen und dem Aufruf zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz verteilen: „Erneut rufen wir euch zum Kampfe auf, um der Regierung zu zeigen, daß es kein Ausweichen mehr gibt, daß mit aller Energie zugepackt werden muß, um die Mördergesellen und die ihnen nahestehenden Elemente mit Stumpf und Stiel auszurotten“.<sup>12</sup> Nach der Schätzung des „Alten“ waren gegen 6 000 auf dem Rathausplatz erschienen. Nicht ohne Zwischenfälle zog man durch die Stadt. Die Menge war um so mehr gereizt, als sie Kenntnis von einem mißlungenen Attentat auf den Publizisten Maximilian Harden und einem Bombenattentat auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus erhalten hatte. „Am Vormittag war schon das Rathaus nach Waffen durchsucht worden, am Abend forderten andere Demonstranten vor dem Bezirksamt die Herausgabe von verborgenen Waffen und Munition.“ Bei den Schlußansprachen vor dem Rathaus versprach Bgm. Dr. Bühner sich für Erfüllung lokaler Forderungen einzusetzen: „Entfernung der Fürstenbilder aus allen Amtsräumen, Reorganisation der Polizei, Abschaffung der Fürsten-

Straßennamen, Entfernung reaktionärer, antirepublikanischer Lehrer und Beamten etc.“ (9. 7.).

### *Die Rückkehr der Rechtsunabhängigen zur MSPD*

Auch nach dem Gründungsparteitag der USPD am 6. 4. 1917 hatte man innerhalb der szd. Bewegung die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung nicht aufgegeben, und nach der Spaltung der USPD schien dem Karlsruher „Volksfreund“ die Rückkehr eines Teiles vorprogrammiert: „Wir täuschen uns auch nicht darüber, daß die Rechtsunabhängigen keinerlei Zukunftsaussichten haben und haben können — sie werden zwischen den Mühlsteinen der Kommunisten und uns zerrieben werden. Vorher und dann werden eine Anzahl ihrer Mitglieder zu uns, ein anderer Teil zu den Kommunisten gehen. Zu uns werden die Unabhängigen wieder kommen“.<sup>13</sup> Nachdem die Reichstagsfraktionen der SPD und USPD am 14. 7. 1922 eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hatten, traten Ende August die Vorstände der Parteien zu offiziellen Verhandlungen über eine Vereinigung zusammen. Die Schwächung der USP durch die Spaltung, die sich in den Wahlergebnissen der Länder (mit Ausnahme Württembergs) deutlich niederschlug, ließ bei dem kommenden Zusammenschluß keine politische Gleichberechtigung des kleineren Partners erwarten. In Baden hatte die SPD bei der Landtagswahl am 30. 10. 1921 22,7% der Stimmen gegenüber 20,1% bei den Reichstagswahlen vom 6. 6. 20 erhalten, während die USP von 10,9 auf 3% zurückging, dabei mit 8,9% in Offenburg beträchtlich über dem Landesdurchschnitt lag.

In Offenburg hatte die USP (Linke) schon in ihrem Flugblatt v. 28. 10. 20 den alten Genossen den Rat gegeben, möglichst bald in das rechtssozialistische Lager abzurücken. Hatte man sich damit auch Zeit gelassen, so setzten sich schließlich doch die Ausschußmitglieder beider Parteien am 4. 10. 22 zusammen, um Personalfragen zu klären und eine gemeinsame Liste für die Neuwahl der Stadtverordneten am 19. 11. aufzustellen. Auf der Vorstandswahl der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“, die am 6. 10. nach einer Aussprache der Mitglieder beider Vereine stattfand, wurden der Schuhmachermeister Franz Hoffmann (USP) und der Eisenbahnassistent Johann Vester (SPD) zu Vorsitzenden gewählt. Adolf Geck war im Vorstand nicht vertreten, dagegen seine Frau Marie Geck neben Alfred Spath als Schriftführerin. Für den Fall, daß bei den Kommunalwahlen eine gemeinsame bürgerliche Liste aufgestellt würde, hielt Geck es für wünschenswert, daß die Kommunisten mit den Sozialdemokraten auf einer Liste kandidierten: „Das wäre eine ideale Gefechtslage, wenn nur um zwei Vorschläge gestritten werden müßte“ (29. 10. 22). Die Liste der VSPD wurde von Stadtrat Georg Monsch (USP) angeführt, an 3. Stelle folgte Adolf Geck. Bei der Wahl erhielt die SPD 18 und die KP 3 von insgesamt 72 Sitzen. Die erhoffte Schützenhilfe von den Kommunisten bei der Wahl der Stadträte blieb aus, so daß die Sozialdemokraten nur 4 Sitze, das Zentrum 9, die Deutschen Demokraten 3 und die Deutschna-

tionalen 1 Sitz erhielten. Für Geck, der die Haltung der KP bedauerte, bedeutete die Wahl „einen reaktionären Ruck nach Rechts, eine Schwächung der Demokratie“.

Es ist für Geck charakteristisch, daß er als Landtags- oder Reichstagsabgeordneter seine Tätigkeit als Stadtverordneter nicht geringer achtete. Gegen alle Anfeindungen wirkte er im Bürgerausschuß im Sinne jenes Antrags, der von Singen auf dem badischen Parteitag der VSPD am 28. 10. 22 eingebracht wurde: den Gemeindevertretern solle zur Pflicht gemacht werden, „gegen alle Bestrebungen auf Entkommunalisierung gemeindlicher Anlagen, wie die Überführung in gemischtwirtschaftlichen Betrieben usw., entschiedenen Widerstand zu leisten“ (29. 10.).

### *Ruhrkampf: In der „Front der Vernünftigen“*

Als Deutschland mit Reparationsleistungen (Kohle, Telegraphenstangen etc.) im Verzug war, rückten am 21. 1. 1923 fünf französische Divisionen und belgische Truppen im Ruhrgebiet ein. Die Regierung Cuno rief mit Zustimmung des Reichstags den „passiven Widerstand“ aus und ordnete die Einstellung der Reparationsleistungen an; alle Beamten wurden angewiesen, den Anordnungen der Besatzung keine Folge zu leisten. Vor den Folgen einer solchen katastrophalen Ruhrpolitik hatte Geck schon anlässlich des Londoner Ultimatums gewarnt: „Mit der Besetzung des Ruhrgebietes würde heute schon die Teuerung eingesetzt haben auf die Parole: Verdoppelung des Kohlenpreises! Allgemeine Teuerung, täglich wachsende Arbeitslosigkeit, Sinken des Geldwerts und der Kaufkraft, das Chaos aus einer wirtschaftlichen Katastrophe, an welche sich die politische anreihen würde“ (15. 5. 21). Der Einmarsch löste in ganz Deutschland eine heftige Protestbewegung aus. Geck wandte sich einerseits gegen den „Kreuzzug gewaltsamer Eroberung“, verurteilte aber andererseits den „Hurrafanatismus“, der nur den Franzosen in die Hände arbeite, welche dann auch einen äußerlichen Anlaß für eine Kriegserklärung hätten, um Deutschland im Interesse des frz. Kapitals zu brandschatzen. Gleichzeitig wies er darauf hin, wie der „innere Feind“ die Not des Vaterlandes benütze, „um sich auf Kosten seiner armen Brüder zu bereichern“ (28. 1.). In dieser Ansicht sah er sich bald bestätigt: „Die hurrapatriotische Einheitsfront hat den Lauf genommen, den wir voraussahen. Als die Geldsackkönige um Stinnes und Helferich bei der großen Schwurszene im Reichstag gelobt hatten, große Opfer für das Vaterland zu bringen, machten die deutschen Börsenfürsten den Markkurssturz, die Aktien der Schwerindustrie stiegen ins Fabelhafte, an einem Tag ernteten die ‚Opferbringer‘ Milliarden Gewinne. Das Volk, das singen mußte: ‚siegreich wollen wir Frankreich schlagen‘, gibt redlich ein Scherflein für Ruhrliebesgaben, weiß aber dann nicht mehr, woher das Geld für ein Stücklein Brot aufzubringen. Mit einem herzlosen, in der Welt noch nie dagewesenen Wucher danken ihm die Taschenplünderer seine Herzlichkeit“ (4. 2. 23).

Daß Offenburg in die „verbrecherische Ruhrpolitik“ einbezogen wurde, verdankte es einem Schreiben „eines deutschen Reichsbahnbürokraten, das aus Karlsruhe abgesandt wurde, mit der Erklärung, daß die Eisenbahndirektion Karlsruhe wegen Kohlenmangels die Führung der internationalen Züge Paris-Wien-Bukarest und Paris-Prag ab 30. Januar einstellt“. Diese Maßnahme stand im Widerspruch zum Versailler Vertrag, der die Wiedereinrichtung der internationalen Beförderung regelte, und der Zusage des Reichskanzlers Dr. Wirth, „daß eine Behinderung des Durchgangs- und des durchgehenden Verkehrs deutscherseits nicht stattfindet“ (11. 2. 23). Zur Begründung der Eisenbahndirektion schrieb Geck: „Diese vertragsbrechende Kriegsansage der blödköpfigen Generalität des passiven Widerstandes hatte mit einer bewußten Unwahrheit, mit einer für jedermann offenbaren Lüge begonnen . . . Die Kohlenlager der badischen Lokomotiv-Stationen waren damals überfüllt; insbesondere auf den Bahnhöfen Appenweier und Offenburg lagen im Januar 1923 Kohlenmengen zu Hauf wie noch nie. Das wußten die Franzosen“ (25. 8. 24). Am 4. 2. wurde der deutschen Botschaft in Paris vom frz. Außenministerium eine vom 2. datierte Note zugestellt, in der auf die Einstellung der internationalen Züge hingewiesen wurde, was eine Verletzung des Artikels 367 des Versailler Vertrages darstelle. Außerdem habe der deutsche Reichskommissar der interalliierten Marine-Kontroll-Kommission offiziell mitgeteilt, daß alle Lieferungen an Frankreich und Belgien eingestellt worden seien. Als Sanktion habe sich Frankreich entschlossen, den Kehler Brückenkopf bis zu den Bahnhöfen von Appenweier und Offenburg auszudehnen (29. 7. 23.).

Am Morgen des 4. 2. rückten frz. Truppen in dem erweiterten Brückenkopf ein. Vor der in Offenburg einrückenden Kavallerie wurden in aller Eile noch die Lokomotiven in Sicherheit gebracht: „Um elf Uhr glich die Hauptstraße einem Heerlager: 1 700 französische Krieger mit etwa 1 000 Rossen“. Nach Durchführung der Besetzung übergab der Brückenkopfkommandant von Kehl dem dortigen Bahnhofsvorsteher eine Note, in der als weitere Maßnahme die Unterbindung von Zugverkehr zwischen Appenweier und Offenburg für den Fall angekündigt wurde, daß die Fernzüge Paris-Bukarest und Paris-Prag nicht innerhalb 24 Stunden „wieder in Gang gesetzt sind“. Da die Regierung das mit der Begründung ablehnte, „daß die Weiterführung der Orientzüge beim ganzen deutsche Volke Entrüstung hervorrufen würde“ (30. 11. 23), nahm das Verhängnis seinen Lauf; die Stadt wurde vom Eisenbahnverkehr abgeschlossen: „Endstationen sind jetzt im Norden Renchen, im Süden und Osten Niederschopfheim und Ortenberg“. Nach einer Unterredung mit dem Obersten Rey, dem Vertreter der Interalliierten Rheinland-Kommission, forderte Geck die Reichstagsfraktion der VSPD auf, mit der Regierung wegen der Wiederaufnahme des Schnellzugsverkehrs in Verbindung zu treten; außerdem richtete Geck an die Reichsregierung eine Anfrage, ob sie Kenntnis von der Note v. 4. 2. erhalten und was sie darauf geantwortet habe. Was der Reichstagspräsident Löbe am 26. 3. 23 als Antwort übermittelte, ließ erkennen,

daß sie nicht gewillt war, den Beschluß der Karlsruher Eisenbahndirektion zu revidieren. Wie alle, die sich angesichts der harten Besatzungsmaßnahmen um eine erträgliche Situation bemühten, wurde auch Geck denunziert und verleumdete.

Der Ruhrkampf mußte von Reichskanzler Stresemann am 26. 9. 23 abgebrochen werden. Seine Bilanz:<sup>14</sup> 132 Tote, 11 Todesurteile, 150 000 Ausweisungen, zahlreiche Gefängnisstrafen, unendliches menschliches Leid. Die Verluste der deutschen Wirtschaft wurden auf etwa 3,5 — 4 Milliarden Goldmark geschätzt. In Offenburg wurde die Abschnürung im Eisenbahnverkehr am 12. 12. 23 beendet, nach 18monatiger Sanktion zogen die frz. Truppen am 18. 8. 24 wieder aus Appenweier und Offenburg und anderen Orten des erweiterten Brückenkopfes Kehl ab, der selbst am 30. 6. 1930 geräumt wurde.

Die Finanzierung des Ruhrkampfes mit der Bezahlung der vom passiven Widerstand Betroffenen und der Unterhaltung der Familien, deren Ernährer im Gefängnis saßen, sowie die Entschädigung der Industrie für ihre Verluste, hatten das Reich ruiniert; die Inflation war ins Uferlose gewachsen. Mit Beginn des Ruhrkampfes hatte sich die Geldentwertung erheblich beschleunigt, um dann zur rasenden Talfahrt anzusetzen. In Offenburg kosteten 1 500 gr Schwarzbrot ab 11. 10. 22 noch 33,— Mark, ab 15. 1. 23 bereits 430,—, am 6. 7. 2 200,— und am 26. 7. 6 600,— Mark! Das katastrophale Ausmaß der Inflation mit allen ihren Begleiterscheinungen führte zu einer starken Opposition innerhalb der SPD, welche die Regierung Cuno immer noch tolerierte. „Es gährt mächtig unter der Arbeiterschaft, die ehemaligen U.S.P. Führer wollen jetzt die Leitung in die Hand bekommen und verhüten, daß die Partei sich mit den schweren Sündern des kapitalistischen Bürgertums in eine ‚große Koalition‘ einwickeln und als Mitschuldige am Ruin des Volkes und am Triumph des schwerindustriellen und agrarischen Betrugs sich ans Kreuz schlagen läßt mit den eigentlichen Sündern“ (5. 8. 23). In den Großstädten („in Baden ist alles im alten Trab“) forderten die linken Sozialdemokraten ein „Ende mit der Leisetreterei!“. Der Ebert'sche Beschwichtigungsversuch könne kein größeres Vertrauen mehr in das Cuno-Quartett hervorzaubern. Je trauriger sich das Leben des Volkes gestalte, desto großartiger blühten die Geschäfte des deutschen Krösus Hugo Stinnes: „Wenn der König Stinnes und die anderen Großfürsten der Industrie nebst Agrariern so zur Steuerzahlung herangezogen würden, wie die Arbeiter, Beamten und Geschäftsleute, dann wäre die Reparationsfrage glatt verlaufen“. Tatsächlich mußte es jedermann in die Augen fallen, wer die Inflationsgewinner und Inflationsopfer waren: „Während jeder Kapitalist durch die Inflation mühelos Milliarden verdient, sind es die Beamten und Arbeiterklassen und die einstigen Mittelschichten, die die Folgen der Inflation zu tragen haben“ (19. 8. 23).<sup>15</sup>

Hatten die Sozialdemokraten am 10. 8. anläßlich eines Mißtrauensantrags der Kommunisten gegen das Kabinett Cuno dieses noch gestützt, sahen sie sich

angesichts eines am 11. in Berlin ausgerufenen Generalstreikes dazu nicht mehr in der Lage. Am 12. 8. trat Cuno zurück, am 13. war bereits eine neue Regierung unter Stresemann mit 4 szd. Ministern gebildet: „Die Sozialdemokratie hat einen schweren Schritt getan durch Eintritt in das Kabinett. Von den Abgeordneten der Opposition ist eine Erklärung abgegeben worden, die den Besorgnissen Ausdruck verleiht, aber vor Spaltung warnt. Der Blättleschreiber schließt sich ihr an“ (19. 8.).

Die Preise stiegen unaufhaltsam. Der Liter Milch hatte Ende Oktober 1921 noch 3,30 Mark gekostet, am 11. 11. 22 war er auf 60,— Mark festgesetzt worden, am 21. 6. 23 betrug er 1 700,— und am 1. 7. mußten die Offenburger schon 2 800,— dafür bezahlen. Die wirtschaftliche Katastrophe führte überall zu Unruhen: „Wachsende Teuerung und Arbeitslosigkeit rufen Aufstände und Plünderungen in vielen Städten hervor. Das Volk zieht aufs Land zu den Großagrariern, um dort Nahrungsmittel sich gewaltsam zu verschaffen. Die bewaffnete Macht haut und schießt auf die Arbeiter, es gibt Verwundete und tote Opfer“ (19. 8.). Diese Unruhen griffen auch auf Baden über: „Auch im badischen Lande floß schon Blut; in dieser Woche in Lörrach, wo die Schupo auf das Arbeitsvolk schießen mußte, das gegen Bezirksamt und Gefängnis gezogen war. In Schopfheim, in Lahr gingen große Demonstrationen ohne Unheil ab. Die Arbeiterschaft setzte ihren Willen durch. Heute ist Generalstreik in Freiburg, woran auch die Eisenbahner sich beteiligen“ (19. 9.).<sup>16</sup> Bei diesen Verhältnissen kam auch der Blättleschreiber ins Gedränge, wie auch die Offenburger Tageszeitungen. In der 1. Septemberwoche betrug ihr Bezugspreis 600 000,— Mark. Der Offenburger Leserkreis des „Alten“ bröckelte ab; unter ihm seien die reichsten Leute der Stadt: „Keine 2 Eier für eine Nummer des ‚Alten‘! Besser kann der Tiefstand nicht gekennzeichnet werden, zu welchem wir herabgesunken sind durch die verbrecherische Politik des Reichskabinetts der ‚Fachmänner‘ zum Raubzug der Schwerkaptals auf die Taschen des fleißigen Volkes. Das hat der ‚Alte‘ vorausgesagt, er hat die Ruhrpolitik und die Taktik im Offenburger Besatzungsgebiet als eine verfehlte, zur Niederlage führende Taktik bezeichnet“ (1. 9.). Das habe dem „Alten“ den Haß der Cuno-Stipendiaten zugezogen, die ihm zu schaden suchten, weil sie die Aufrichtigkeit und Wahrheit haßten, die man seit Kriegsausbruch nicht duldete. Nun erschien auch der „Alte“ nicht mehr regelmäßig; die Preise stiegen ins Unermeßliche. Für die Milch wurde ein Stallpreis von 13,4 Millionen Mark zugebilligt (8. 10.)! Die Nr. des „Alten“ kostet zu dieser Zeit freibleibend 5 Millionen bei sofortiger Bezahlung; drei Tage später kostete die Nummer bereits 15 Milliarden!!! Am 3. 10. demissionierte das Kabinett Stresemann: „Der Sturz der neuen Koalitionsregierung war das Werk des allmächtigen Kapitalgottes Stinnes, der zu derselben Partei gehört“ (8. 10.). Es erschien in „rechtsverbesserter Auflage“, die Sozialdemokraten schieden aus. Was der „Alte“ am 28. 1. vorausgesagt hatte: „Es wird auch der Tag kommen, da die französischen Erzkapitalisten und die deutschen Kohlengrubenkönige sich zur

Geschäftsgemeinschaft verständigen“, fand er im Oktober nach der Einstellung des Ruhrkampfes bestätigt: „Die Stinnes, Cuno, Helfferich erreichen ihr Ziel: die Vereinigung des deutschen und französischen Kapitalismus, um durch Beherrschung der Produktion hohe ‚Verdienste‘ zu gewinnen und das arbeitende Volk die Zeche restlos zahlen zu lassen“.

### *Geck stimmt gegen das Ermächtigungsgesetz*

Die Unruhe innerhalb der SPD nahm zu. Auf einer Berliner Bezirksversammlung wurde mit sehr großer Mehrheit die Absetzung der Parteileitung und der „Vorwärts“-Redaktion gefordert. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich am Vorgehen von Cuno gegen die sozialistischen Regierungen in Thüringen und Sachsen, wogegen Geck schon am 12. 8. Stellung genommen hatte: „Der Kanzler, der uns in diesen Reichsdalles versetzt hat, führt als Monarchist den Kampf gegen die sächsische und thüringische Republik, um diese freien Bollwerke in Mitteldeutschland zu vernichten“. Am 27. 9. hatte Reichspräsident Ebert den Ausnahmezustand verhängt, die Vollzugsgewalt wurde auf den Reichswehrminister übertragen. Nachdem sich am 10. 10. in Sachsen eine sozialistische Koalitionsregierung gebildet hatte, der am 16. eine in Thüringen folgte, beschloß der Reichstag mit mehrheitlicher Zustimmung der SPD am 13. 10. ein Ermächtigungsgesetz, wonach die Regierung ohne das Parlament Notverordnungen erlassen konnte. Gecks Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wurde von seinen Parteigenossen, die mit ihm ehemals der USP angehörten, begrüßt: „Nun nehme ich mit Befriedigung Kenntnis, daß Sie sich jenem Vergewaltigungsakt der Reichstagsfraktion nicht unterworfen haben. Es wird Ihre Aufgabe sein, trotz allen Kniffen der rechten Parteimehrheit in Baden, für Ihren Standpunkt in dieser Frage eine breite Basis zu schaffen. Niemals werden wir uns der Rechten kampfflos unterwerfen. Zum badi-schen Parteitag wollen wir unsere Kräfte sammeln, um dortselbst als geschlossene Opposition aufzutreten“.<sup>17</sup>

Der Stresemann-Regierung warf Geck anläßlich des Hitler-Putsches am 9. 11. in München vor, daß sie das Treiben der Hitlerianer geduldet habe: „Indessen verfolgte sie verfassungstreue Republikaner, ließ die sozialistischen Minister in Dresden durch die Bajonette der Reichswehr unter klingendem Spiel zum Tempel hinausführen. Auf hungernde Proletarier ging die Hetzjagd der Reichswehr mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes. Viele Leichen kennzeichnen die Siegesspur“ (11. 10.). Verantwortlich für die Vorgänge in den beiden Ländern waren auch die szd. Minister, die z.T. nach der Demission des Kabinetts Stresemann am 6. 10. noch bis zum 3. 11. amtierten, so daß Geck das Ausscheiden der SPD aus der Regierung nur begrüßen konnte. „Ich bin ermächtigt“, schrieb ihm am 11. 11. der Vorsitzende der VSPD für den Amtsbezirk Breisach, „Ihnen unser vollstes Vertrauen auszusprechen und beglückwünschen Sie zu Ihrer Stellungnahme anläßlich des Austritts der Partei aus der Koalitionsregierung . . . Was wir brauchen, ist etwas mehr jugendliche Begei-

sterung für die alten sozialistischen Ideale. Die Geschäftelhuberei im Koalitionsmischmasch hat jedermann über“.<sup>18</sup> Am 8. 12. 23 billigte der Reichstag unter Einschluß der Mehrheit der SPD ein von der Regierung Marx (Zentrum) vorgelegtes neues Ermächtigungsgesetz, aufgrund dessen 63 weitere Notverordnungen erlassen wurden.<sup>19</sup>

Auf einer Mitgliederversammlung der szd. Partei am 17. 12., wo Durban über die Erwerbslosigkeit sprach, lenkten in der Diskussion die Redner „sofort die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge der inneren Reichspolitik und verurteilten durchweg die neueste Auflage des Ermächtigungsgesetzes unter der Militärdiktatur. Ein entsprechender Entwurf zur Beschlußfassung soll der Kreiskonferenz unterbreitet werden“ (23. 12. 23). Nach einer Briefkastennotiz im „Volksfreund“ v. 29. 12. handelte es sich um eine von Geck entworfene Resolution, in welcher der Fraktionsmehrheit das Mißtrauen der Arbeiterschaft ausgesprochen werden sollte. Die Redaktion benützte die Gelegenheit, um in bekannter Art gegen Geck zu sticheln: „Wir kennen den Wortlaut und sind so nachsichtig, bei dem Mißtrauen des Genossen Geck gegen die Fraktionsmehrheit 33 1/3 Prozent abzuziehen, da ja Genosse Geck bei der ersten Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz ebenfalls mit Ja gestimmt hat, eine halbe Stunde danach allerdings mit Nein“.<sup>20</sup>

#### *Geck zieht seine Reichstagskandidatur zurück*

Sein Parteifreund Buggin hatte ihn schon im Brief v. 30. 10. darauf hingewiesen, daß es ganz auf die Reihenfolge der Aufstellung ankäme, falls er wieder zum Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt worden sei. Dessen war sich Geck natürlich wohl bewußt und korrespondierte darüber auch mit der befreundeten Reichstagsabgeordneten Tony Sender, die wie er 1922 zur SPD zurückgekehrt war. Sie bestätigte seine Klage über die Behandlung der Opposition: „Bei Euch scheint sich dasselbe abspielen zu sollen, wie in einer Reihe von Provinzen: Man will die Linke glatt an die Wand drücken. Ihr müßt natürlich den Kampf mit aller Entschiedenheit aufnehmen und darum vorher noch keinerlei Verzichterklärung abgeben“.<sup>21</sup> Doch Geck mißachtete ihren Rat ebenso, wie er einst die Ratschläge von Bebel in den Wind geschlagen hatte: im „Alten“ v. 13. 4. 24 informierte er die Leser kurz und bündig: „Die Kandidatenliste der sozialdemokratischen Partei für den Kreis Baden ist nun endgültig aufgestellt. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Adolf Geck (Offenburg), der vom Parteitag in Karlsruhe an 6. Stelle zurückgestellt wurde, hat seine Zustimmung zur Kandidatur abgelehnt“. An 1. Stelle stand sein Neffe Oskar Geck, an 2. der „Volksfreund“-Redakteur Georg Schöpflin; beide hatten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Auf Platz drei stand Adolf Schwarz, der bei der Schlußabstimmung wie Adolf Geck mit der Opposition nicht daran teilgenommen hatte. Als die „Neue Badische Landeszeitung“ am 26. 4. auf der szd. Liste den Namen Adolf Geck vermißte, „der wohl mit Rücksicht auf sein hohes Alter nicht mehr kandidiert“, antwortete dieser (im



Entwurf), daß er durch eine Urabstimmung — „die einzige demokratisch vorgenommene Kandidatenaufstellung in Baden“ — in dem mittelbadischen Bezirk (Offenburg-Kehl-Oberkirch) zum Kandidaten gewählt worden sei. Der Karlsruher Parteitag habe jedoch die ehemaligen unabhängigen Reichstagsabgeordneten Schwarz-Mannheim an die vierte, Geck-Offenburg an die 6. Stelle gesetzt. Er sehe darin eine Zurücksetzung und habe deshalb seinen Namen streichen lassen“.<sup>22</sup> Bei der Wahl am 4. 5. 24 ergaben sich in Offenburg auf der Linken aufschlußreiche Verschiebungen: die SPD verlor 272 Stimmen und erhielt 792; die USP bekam 71 (— 1 095) und die KP 649 (+ 528). Im Landbezirk verlor die SPD 738 Stimmen und erhielt noch 1 327; die USP 113 (— 1 538), die KP 1 696 (+ 1 685).

Auf der am 23. 5. folgenden Generalversammlung in Offenburg kandidierte Marie Geck nicht mehr und trat später aus der Partei aus, was Georg Monsch als einer der Sache „aufs schwerste schädigenden Schritt“ nannte.<sup>23</sup>

Insgesamt hatte die Linke im Reich bei den Wahlen einen starken Rückschlag erlitten. SPD, USP und KP verfügten nach der Reichstagswahl von 1920 über 42% der Sitze, während SPD und KP mit 100 bzw. 62 Sitzen nur noch 34,3% erreichten. Mit 106 Sitzen wurde die Deutschnationale Volkspartei zur stärksten Reichstagsfraktion. Im Hinblick auf den vom 11.—14. 6. 24 in Berlin stattfindenden Parteitag übte Geck heftige Kritik an der Partei:

„Der 9. November 1918 und die Teilnahme an den Regierungen des Reiches und seiner Staaten schuf in der deutschen Sozialdemokratie eine sich überhebende Führerhegemonie — Bonzentum nennen es die Kommunisten, — welche den demokratischen Einfluß der Massen ihrer organisierten Genossen allmählich ausschalten, das sozialdemokratische ‚Volk‘ zur Bedeutungslosigkeit — außer beim Beitragsleisten — herabdrücken wollte. Das Interesse des Proletariats trat hinter jenem des Staates zurück. Die Stellenjägerei nahm überhand. Damit war der Zustand eingetreten, gegen welchen sich August Bebel auf dem so bedeutungsvollen Parteitag zu Dresden 1903 mit seiner gewaltigen Persönlichkeit aufgebäumt hatte“ (15. 6. 24). Seit Monaten erneuerten sich wieder die Kämpfe innerhalb der Sozialdemokratie, allein 150 Anträge forderten für das neue Organisationsstatut die „Restauration auf demokratischer Grundlage“. Doch die Linke blieb in der Minderheit. Gegen 105 Stimmen der Opposition erklärten sich 262 für die Annahme des Reichswehretats und für eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien. Nach der vom „Alten“ zitierten „Leipziger Volkszeitung“ sei die Überlegenheit der Rechten auf die vielen Angestellten der Presse, die hauptamtlichen Parteibeamten etc. zurückzuführen (22. 6.).

Die SPD konnte sich nach den Neuwahlen v. 7. 12. 24 in ihrer Linie bestätigt fühlen, erhielt sie doch 131 Sitze (26,6%) und wurde damit wieder stärkste Reichstagsfraktion, während die KP 15 Sitze verlor (9,1% der Sitze). Der auf das Kabinett Marx folgenden Regierung Luther gehörten 4 Deutschnationale

an: „Im Reiche regiert Dr. Luther als Kanzler der vereinigten nationalliberalen und konservativen Reaktionäre. Also die Neuauflage der früheren preußischen Junkerwirtschaft“ (25. 1. 25).

*„Das Pompöse erinnert an die Zeiten der Fürstenpracht“*

Das wichtigste politische Ereignis des Jahres 1925 war die Wahl des Reichspräsidenten. Am 28. 2. 25 starb Friedrich Ebert, mit dem Adolf Geck als Parteikontrolleur auf dem Parteitag 1904 in Bremen bekannt geworden und mit dem er 15 Jahre hindurch in der Zentraleitung der SPD tätig war (1. 3. 25). Zum letzten Mal hatte er ihn im Februar 1923 in der Karlsruher Festhalle gesprochen. Er gedenkt des „schmerzenden Ereignisses“; die Verleumdungen seiner Gegner hätten seine Gesundheit geschwächt: „Der Reichspräsident ist als Kämpfer aus dem Leben geschieden; dem deutschen Volke stehen schwere Aufregungen bevor“ (1. 3., 8. 3.), aber der „Alte“ bringt nichts über politische Verdienste des verstorbenen Präsidenten. Der Politiker Ebert konnte im Hause Geck kaum auf Sympathie stoßen; eine private Karte von Tell Geck anlässlich des Todes von Robert Dißmann unterstreicht dies nur: „Er war wahrhaftig keiner von der Sorte Ebert-Scheidemann und hat unter seinen Anhängern viel zu einem Verständnis für das neue Rußland beigetragen“.<sup>24</sup> Es entsprach ganz der Mentalität Gecks, wenn er Anstoß an der Beisetzungsfest nahm: „Uns schien der große äußerliche Pomp, der mit der Ruhebettung des Reichspräsidenten Ebert verbunden wurde, als übertrieben. Dem Sinne des Verstorbenen würde eine einfachere Trauerkundgebung entsprochen haben. Das Pompöse erinnert an die Zeit der Fürstenpracht und gibt den Gegnern der Republik eine unbeabsichtigte Veranlassung zu neuen Verunglimpfungen der Republik“ (8. 3.).

Bei der Reichspräsidentenwahl am 29. 3. erhielt der Kandidat der Rechtsparteien, der Oberbürgermeister Jarres die meisten Stimmen; ihm folgte der Sozialdemokrat Braun, an 3. Stelle von den 7 Kandidaten lag Marx vom Zentrum. Angesichts des Wahlergebnisses für Braun hätte die SPD nach Gecks Meinung diesen für den 2. Wahlgang aufstellen müssen: „Und nun kam der tolle Aprilscherz. Die unter den republikanischen Parteien am besten dastehende Sozialdemokratie ließ durch ihre Zentralinstanzen sehr naiv und taktisch unklug die Bereitschaft erkennen, zur Sicherung der Republik auf das Erbrecht zum Reichspräsidentensitz zu verzichten, um so die Sammelkandidatur aller Republikaner zustande zu bringen“ (5. 4.). Die Weimarer Koalition einigte sich auf die Kandidatur von Dr. Wilhelm Marx, die gesamte Rechte, mit der sich die Bayrische Volkspartei verband, nominierte den ehem. Generalfeldmarschall von Hindenburg: „Er steht im 78. Lebensjahr und hat sich zeitlebens mit der Staatspolitik nicht befaßt. Das sind schon zwei ganz besondere Vorzüge zum Posten eines Lenkers des deutschen Volksschicksals“ (12. 4.). Während allgemein das Wahlergebnis als Ausdruck einer Rechtswendung gewertet wurde, fand Geck in der folgenreichen Entscheidung der Wäh-

ler vom 26. 4. noch etwas Positives: „Der Kandidat der Militaristen und Höflinge erhielt 14,6 Mill. Stimmen, die republikanischen Bewerber Marx und Thälmann 13,7 bzw. 1,9 Millionen. Der Sieg ist also einer republikanischen Minderheit zugefallen. Mit der Errichtung eines Kaiserreichs ist es nichts in Deutschland“ (3. 5.). Es fällt auf, daß Geck über die Wiederaufstellung von Thälmann kein kritisches Wort verlor.

In Anbetracht dessen, daß der „Alte“ am 19. 4. nochmals vor der Wahl des alten Soldaten mit dem Mahnruf gewarnt hatte: „Wehe dem deutschen Reiche!“, bedeutete der Hinweis auf den „Sieg der Minderheit“ einen schwachen Trost.

Zu der politischen Niederlage gesellten sich in der 2. Hälfte des Jahres schwere und ausgedehnte Arbeitskämpfe, von denen hauptsächlich das Baugewerbe und die Textilindustrie erfaßt wurden. Was der Reichstag im August vor den Sommerferien über die Einführung von Schutzzöllen auf landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse beschlossen hatte, verhieß nichts Gutes: „Als Sieger gehen Schwerindustrielle und Agrarjunker in die Sommerfrische. Der Zolltarif, den sie durch eine parlamentarisch grausame Vergewaltigung der Vertretung der Verbraucher, also der Mehrheit des Volkes, durchsetzten, ist ein ‚Aufwertungsgesetz‘ für die Reichsten. Der Schutzzoll schützt die Geldmagnaten, das Ermächtigungsgesetz gibt der Regierung dieser Geldsackinteressengemeinschaft die Macht, Handelsverträge ohne die Volksvertretung abzuschließen“ (16. 8. 25). Dementsprechend fiel das „Stimmungsbild im Novembernebel“ (15. 11.) aus: „Der Jahrestag der deutschen ‚Revolution‘ ist hier sang- und klanglos vorüber gegangen“. Keine Veranstaltung habe an den 9. 11. erinnert: „Es tritt stumme Resignation der Verzweiflung an die Stelle revolutionärer Kampfeslust“.

Für die Enteignung der Fürsten: „*Sie büßen alle nicht wie das Volk*“

Geck konzentrierte seine persönliche Kampfeslust auf den Feldzug gegen eine Fürstenabfindung, die durch die Gerichte selbst Fürstenhäusern zuerkannt wurde, die einmal vertraglich darauf verzichtet hatten. Den Löwenanteil beanspruche das Haus Hohenzollern: „Vom einstigen Strauchrittertum hat’s dieses Gottesgnadentum durch mühelose Arbeit und fremde Blutopfer zu etwas gebracht. Der kaiserlichen Majestät geht’s auch heute nicht schlecht . . . Die Braunschweiger, die Wittelsbacher etc. sind auch vollwertige Rentnerjubilanten, aufgewertet bis zum Zerplatzen. Sie büßen alle nicht wie das Volk, das von ihnen infolge des Krieges betrogen wurde. Die sogenannte (!) Revolution ist das Schweineheil der abgetakelten Fürsten gewesen, die 1918 dem Volke aus der Hand gefuttert hätten“ (29. 11. 25). Der Winter war kritisch geworden: „Arbeitslosigkeit ist das furchtbare Gespenst derzeitiger Krise im Zeichen des Zolltarifs“, schrieb der „Alte“ am 13. 12. und fragte: „Welche Weihnacht soll das werden? Das Heer der Arbeitslosen wächst und wird unru-

hig“. Das empörende Beispiel deutscher Exfürstenraffgier, aussperrender Riesenindustrieller, welche bisher üppige Kostgänger am Steuersäckel der Nation gewesen seien, den die Schaffenden füllten, bedürfe der öffentlichen Abwehr (27. 12.).

Auch im neuen Jahr mißbilligt er entschieden die Tolerierungspolitik der Sozialdemokraten gegenüber dem Reichskanzler Luther, den er schon im Jahr zuvor als den „Heiland der schlimmsten Junkerreaktion“ charakterisiert hatte. Nach dem Ausscheiden der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett am 20. 1. hatte dieser seine umgebildete Regierung dem Reichstag vorgestellt: „Mit zehn Stimmen Mehrheit ist das Mißtrauen verhütet, womit die Mißgeburt sofort erledigt worden wäre, wenn über hundert Sozialdemokraten mit den Fäusten in den Rocktaschen nicht diabolisch untätig zu Seite getreten wären“ (31. 1.).

In Offenburg wurde „die Agitation zum Volksentscheid gegen die enorme Verschwendung an die notleidenden Fürsten“ mit einer Versammlung am 23. 1. 26 eröffnet. Geck stemmte sich aus historischen und sozialen Gründen mit aller Kraft gegen die Ansprüche der Fürsten, die ihm angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die 1926 auf eine Quote von 17,9% hochschnellte, besonders deplaciert erschienen: „Kalten Herzens fordert die Erwerbslosigkeit immer größere Massen für die Armee der Hungernden. Wilhelm, der uns den ‚herrlichen Zeiten‘ entgegenführte, und seine Vettern von Gottesgnaden bilden zunächst die Versorgungstypen bei den Beratungen im Reichstag“. In zahlreichen Artikeln informierte Geck die Leser über die Forderungen der Fürsten, die auch die Maitressen und Nachkommen der Liebschaften umfaßten (7. 2. 26), und schließlich brachte er eine Übersicht über die Rechnung der „abfindungshungrigen abgebauten Regentschaften“: „Zweitausendfünfhundertfünfzig Millionen R.-Mark fordern also die Blutsauger noch als ‚Abfindung‘ vom deutschen Volke dafür, daß sie es jahrhundertlang ausgebeutet, geknechtet und unterdrückt haben, daß sie es an den Bettelstab brachten und dann treulos seinem Schicksal überließen! Fürwahr, wenn sich das deutsche Volk jetzt nicht aufrafft und diese Parasiten endlich zum Teufel jagt, dann hat es verdient, daß es noch einmal unter das Knutenregiment dieser habgierigen Gesellschaft gebeugt wird!“ (14. 2.). Die Eintragungslisten für ein Volksbegehren zu Gunsten eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen, das die SPD, KPD und der Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser beantragt haben, lagen vom 4.—17. 3. 26 auf. Am 28. 2. klärte der „Alte“ die Wahlberechtigten darüber auf, daß beispielsweise die jährliche Rente für Wilhelm II. in Doorn 600 000 M. betrage, das seien täglich 1 670 Mk.; ein pensionierter General erhalte umgerechnet täglich 50 Mk., dagegen ein 30%iger Kriegsverletzter 27 Pf., ein Arbeitsloser mit Familie 2,50 und einer ohne Familie 1,22 Mk.

Noch während der Eintragsfrist richtete der Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids an ihn am 9. 3. die Bitte, für Baden den Vorsitz zu über-

nehmen und einige ihm bekannte Persönlichkeiten zur Mitarbeit heranzuziehen: „Als weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus bekannter Vorkämpfer des republikanischen Gedankens, als entschiedener Revolutionär, der seit Jahrzehnten in Baden gegen die politische und soziale Reaktion ankämpft“, werde es ihm sicher gelingen, der Bewegung einen starken Impuls zu geben.<sup>25</sup> Für das Volksbegehren mußte sich mindestens ein Zehntel der zum Reichstag Wahlberechtigten eintragen. Diese 4 Millionen, meinte Geck, wären leicht zu zeichnen: „Nun kommt die Erbkrankheit des deutschen Micheltums: die Hosenangst, seine Überzeugung anders als durch die ‚Gosch‘ zu betätigen. Es gibt wieder ein tragisches Schauspiel für das Universum“ (21. 2.). Doch seine Skepsis war unberechtigt, denn 12,5 Millionen trugen sich in die Listen ein. Das verleitete ihn zu dem Optimismus, daß die notwendigen 20 Millionen Stimmzettel „für die Erlösung des Volkes von seinen Blutsaugern sicher herauszuholen“ seien, wenn es zur geheimen Abstimmung „über die gründliche Abfertigung des Raubritterbegehrens“ käme (21. 3.). Diese 20 Mill. waren bei dem auf den 20. 6. angesetzten Volksentscheid nötig, weil das bis Januar 1926 amtierende 1. Kabinett Luther das Gesetz zur Fürstenenteignung für verfassungsändernd erklärt hatte, wozu die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten erforderlich war. Daß bei der Abstimmung das Ziel nicht erreicht wurde, aber immerhin 14,5 Mill. für die entschädigungslose Enteignung stimmten, nahm Geck in seiner großen Enttäuschung ohne besonderen Kommentar zur Kenntnis. Er wies lediglich auf die Wahlbehinderungen in Preußen und Mecklenburg hin; so hätten in pommerischen Kreisen 212 Dörfer und Gutsbezirke keine einzige Stimme aufbringen dürfen. Trotz seiner Stellung als Reichspräsident hatte sich auch der Monarchist Hindenburg öffentlich gegen das Volksbegehren ausgesprochen.

Nachdem Geck 1924 seine Kandidatur zum Reichstag rückgängig machte, zog er sich weitgehend vom Parteileben zurück und kandidierte 1926 auch nicht mehr zu der am 14. 11. anstehenden Wahl der Stadtverordneten. Im Rückblick auf die Wahl vom 19. 11. 1897, wo er in der Klasse der Niederbesteuerten die höchste Stimmenzahl erhalten hatte, wies er auf den Grund für den seinerzeitigen Wahlerfolg der Sozialdemokraten hin: „Aber es war damals hier eine geschlossene Kampfgenossenschaft des Proletariats“ (14. 11. 26).

#### *Glückwünsche für Clara Zetkin und einen „Durbacher“ für Belli*

Ganz auf der Linie seiner Sympathie für eine Kampfgenossenschaft des Proletariats liegen auch die öffentlichen Glückwünsche für die alte Kampfgefährtin und Freundin des Hauses Geck Clara Zetkin, „die bekannteste Vorkämpferin für den Sozialismus in Deutschland“, welche am 5. 7. in Moskau das 70. vollendete. Ihr gratulierte der „Alte“ namens vieler Offenburger, „welche die tapfere Frau von ihren einstigen Besuchen in Offenburg noch im ehrenden Gedächtnis haben. Sie weihet auch ihre letzte Lebenskraft für die leidende Menschheit. Frau Zetkin sprach in der berühmten Bebel-Versammlung (Land.Halle)

1897“ (2. 7. 27). C. Zetkin hatte 1882 einige Monate dem „Roten Feldpostmeister“ Julius Motteler geholfen, dem Leiter der Vertriebsorganisation der in der Schweiz illegal erscheinenden Wochenzeitung „Der Sozialdemokrat“. Die Organisation des Schmuggeldienstes lag in den Händen von dem aus Rammersweier stammenden Josef Belli, der sich 1919 in Gengenbach niedergelassen hatte. Adolf Geck informierte den ehemaligen Redakteur des „Sozialdemokrat“, Eduard Bernstein, am 31. 5. 27 von der bevorstehenden goldenen Hochzeit Bellis und seiner Frau Thekla. Belli habe die Grippe gehabt, es gehe ihm aber wieder leidlich gut auf seinem luftigen Villensitz in der alten Freien Reichsstadt im Kinzigtal. Mit „altrevolutionärem Gruß“ und dem damaligen Decknamen „Kommerzienrat“ aus der Zeit der „Roten Feldpost“ unterzeichnete Geck seine Mitteilung an den Freund Ede, der ihn postwendend beauftragte, etwas Passendes auszusuchen. Diese Aufgabe sei leicht zu lösen, antwortete Geck am 3. 6.: „Das goldene Sozenpaar liebt einen Tropfen einheimischen Traubensaftes. Ich richte eine feine Nummer aus dem Durbacher Schloßkeller des Prinzen Max von Baden. Dazu schreibst Du als Etiquette ein Rezept, das ich aufklebe. Aus der Apotheke des Schöneberger Ratskellers? Weiter wirst Du nicht belastet“.<sup>26</sup> Belli überlebte das Fest nicht lange: am 19. August verschied er im Alter von 78 Jahren (27. 8. 1927). Sechs Tage zuvor war der Tod schon im Hause Geck eingekehrt: am 13. 8. starb Marie Geck geb. Moosmann im 63. Lebensjahr. Zur Mithilfe in der Druckerei sprang nun Tell Geck ein, der von Stuttgart ins Elternhaus zurückkehren mußte und nun nur noch in der Freizeit malen konnte.

*„Millionen für ein Kriegsschiff, das notwendigste Ding“*

Am 31. 3. 1928 wurde der Reichstag „in den April geschickt“; die Parteien des Bürgerblocks waren sich uneins über ein vom Innenminister von Keudell entworfenes Reichsschulgesetz, doch ehe der Reichstag aufgelöst wurde, nahm er den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftsparteiler an: „Er enthält auch die Millionen für ein Kriegsschiff, das notwendigste Ding, das wir begehren“ (31. 3. 28). Bei diesem Millionending handelte es sich um die erste Rate von 9,3 Mill. RM für den Bau des Panzerkreuzers A. Geck hatte als entschiedener Gegner einer Wiederaufrüstung schon am 25. 4. 26 beanstandet, daß die militärischen Ausgaben während der letzten drei Jahre um 50 Prozent von 463 auf 684 Millionen gestiegen seien: „Es werden Kreuzer und Torpedoschiffe gebaut, während dem arbeitenden Volke Groschen und Wohnungen mangeln, um ein würdiges Menschenleben zu führen“. Dabei konnte er nicht wissen, daß in der Zeit der Weimarer Republik eine geheime Aufrüstung durchgeführt wurde, die Reichsfinanzminister Heinrich Köhler erst 1928 in finanziell geordnete Bahnen lenkte, nachdem sich die Presse im Sommer 1927 damit beschäftigt und die kommunistische Reichstagsfraktion am 7. 12. 27 eine Interpellation eingebracht hatte. Zwar war innerhalb des Kabinetts „der ganze Sumpf“ im

geheimen Geschäft der Aufrüstung „rückhaltslos aufgedeckt und die Methode der gewissenlosen Verschleuderung der aus dem verarmten Volke herausgepreßten Steuergelder gebrandmarkt worden“, aber die Vorgänge waren so skandalös und unglaublich — der Kapitän zur See Lohmann konnte „ohne spezialisierte Abrechnung, ohne jede Revision“ über Millionen verfügen —, daß man die Öffentlichkeit nicht darüber informierte. Köhler bekannte 1964 mit erstaunlicher Offenheit: „Ich selbst kontrollierte als Vorsitzender des Rechnungsunterausschusses des Reichstages in den Jahren 1928—1932 diese Dinge bis ins einzelne, Major Fromm vom Wehrministerium gab mir den jeweiligen geheimen Etat, und außer dem Berichterstatter und mir wußte kein Mensch im Reichstag von dem Vorhandensein eines geheimen Wehr- und Aufrüstungsetats und seiner Kontrollierung durch Abgeordnete“.<sup>27</sup>

Der „Phoebus-Skandal“ führte zur Umbesetzung im Reichswehrministerium: Geßler, der als Reichswehrminister in der Nachfolge von Noske seit dem 26. 3. 20 allen Regierungen angehört hatte, wurde durch Groener ersetzt. Geck, der besonders allergisch gegen die hohen Versorgungs- und Ruhegelder der Militärs war, kreierte Geßler an, daß er 127 Offiziere in Generalsrängen vorzeitig bei voller Gesundheit pensioniert habe, um anderen Platz zu machen, die auch aus der „Notlage“ herauskommen wollten. Bei seiner Ablösung im Januar 1928 zog der „Alte“ das Fazit aus dessen Amtszeit: „Sieben böse Jahre zum Leid der Republik liegen hinter uns; unter diesem süddeutschen Demokraten ist die Reichswehr ein Instrument der monarchistischen, auf neuen Völkerzwist gerichteten Bestrebungen geworden. Man muß heute einen republikanischen Offizier im Heer mit der Laterne suchen“ (21. 2. 28).

Für die auf den 20. Mai angesetzte Reichstagswahl wünschte sich Geck zur Abwehr der Rechten ein Zusammengehen mit den Kommunisten: „Des Bruderzwistes ist's genug, jetzt muß Front gegen den Todfeind der Freiheit gemacht werden!“ Im Wahlkampf spielte der Bau der Panzerkreuzer eine bedeutsame Rolle. Vor dem sozialen Hintergrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit mobilisierte die Losung der SPD: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ die Massen: im Vergleich zur Reichstagswahl vom 7. 12. 24 stieg am 20. 5. die Stimmenzahl der SPD von 7,9 auf 9,3 Millionen, die der Kommunisten von 2,7 auf 3,3 Millionen. Doch die beiden Parteien schafften keine Mehrheit: „In der Arena des Reichsparlaments stehen 207 sozialistische Abgeordnete (153 SPD und 54 KPD) gegen 254 Bürgerliche. Jene beiden Arbeiterparteien sind noch weit entfernt von einer taktischen Verständigung“ (26. 5. 28). Daß nun die sozialdemokratischen Minister Severing, Hilferding und Wissell in der Koalitionsregierung unter dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mit den übrigen Kabinettsmitgliedern im August dafür stimmten, mit dem Bau des Panzerkreuzes zu beginnen, war angesichts der vorhergegangenen Wahlparolen für die szd. Wähler ein schwerer Schlag: „Abkühlung folgte der seelischen Aufregung, welche die einstimmige Bewilligung des Panzerkreuzers A durch das neue Reichskabinett verursachte. Das ist ein Vertrauensbruch ge-

gen die Volksmehrheit vom 20. Mai, eine Blamage für die Linke, insbesondere die Sozialdemokratie, welche ins Garn der Militaristen tölpelte. Die Arbeiterschaft hat in dieser Woche begonnen, ihre politische Vertretung anzuklagen. Das Zentrum gehört mit zum Bunde der Verräter, welche die im Wahlkampf versprochene Garantie gegen solche Geldverschwendung als Trug erwiesen haben“ (18. 8. 28). Die Haltung der Minister wurde zwar von der Fraktion desavouiert, da sie die Einstellung des Panzerkreuzerbaus beantragte, aber die Koalition wurde nicht in Frage gestellt und blieb infolgedessen erhalten; der Baubeginn des Panzerkreuzers war gesichert. Wir wissen nicht, wie Geck reagiert hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß der szd. Kanzler Müller hinter dem Rücken des Reichstages auch noch den geheimen Rüstungsetat für 1929/30 billigte. Schwierig wurde es für die SPD, als die Kommunisten einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über das Verbot des Bauens von Panzerschiffen und Kreuzern einbrachten: „Dieses an sich berechnete Verlangen, über den so verpönten Regierungsbeschluß zum Panzerschiffbau das souveräne Volk entscheiden zu lassen, hat in ‚Deutschland über alles in der Welt‘ wieder einen politischen Wirrwarr erzeugt. Am schlimmsten im sozialdemokratischen Lager. Der schreckliche Zwiespalt innerhalb der revolutionär gestimmten Arbeiterschaft erzeugt zwischen ihr eine Kluft, die den Militaristen eitel Lust bereitet. Die Deutsche Friedensgesellschaft läßt durch ihren Ausschuß die Pazifisten auffordern zur Beteiligung an der Volksabstimmung: ‚der fortgesetzte Kampf gegen den Panzerkreuzer ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Friedensbewegung‘. Nun kommen sozialistische Reichs- und Landtagsabgeordnete in Gefahr, vom Fallbeil ihrer Parteidiktatur gekitzelt zu werden. Dazu gehört der badische Sozialdemokrat Häbler, der Mannheimer Pfarrer Eckert, den die Offenburger als sozialistischen Redner kennengelernt haben“. Es ist bemerkenswert, daß Geck sich entgegen der offiziellen Linie der Partei, die ein Volksbegehren abgelehnt hatte, zum kommunistischen Volksbegehren bekannte: „Das Volksbegehren wegen des Panzerkreuzerbaues ist ins Wasser gefallen. Von den notwendigen 3 1/2 Mill. Stimmen für die Herbeiführung eines Gesetzes gegen die deutsche Kriegspolitik ist nur etwa die Hälfte aufgebracht worden. Das war vorauszusehen, da die SPD in dem proletarischen Bruderkampf nicht gegen den Militarismus, sondern gegen die kommunistische Partei focht, um deren Machtlosigkeit vor der Welt zu dokumentieren. Die Forderung, seinen Namen in die amtliche Liste einzutragen, ist schon dem deutschen Biedermann etwas Riskantes“ (20. 10.).

*„Die Sieger von damals in die Defensive gedrängt“*

Es sind 40 Jahre her, seit er mit anderen badischen Delegierten bei der Gründung der II. Arbeiterinternationale im Juli 1889 in Paris weilte und dort als Sekretär im Büro des internationalen Kongresses tätig war. Nach dem Willen des „Marxistenkongresses“ sollte der 1. Mai zum Weltfeiertag des Proletariats werden; nach der Revolution wurde er in Deutschland 1919 zum gesetzli-



cher Feiertag erklärt. Nach 10 Jahren mußte Geck eine traurige Bilanz ziehen: „Heute ist dies in den wenigsten deutschen Ländern noch der Fall; auch im ehemaligen Musterlande Baden ist das Obligatorium abgeschafft worden, nachdem das arbeitende Volk seine Schuldigkeit getan hatte. Eine sich selbst zerfleischende Arbeiterschaft ohne kampflustige Energie ist unfähig, sich das Recht der neuen Zeit zu sichern“ (27. 4. 29). Resigniert stellte er am 4. 5. 29 fest: „Die Feier des 1. Mai wäre hier aus der Öffentlichkeit ganz verschwunden, wenn nicht auf dem Marktplatz eine kleine, von der kommunistischen Partei veranstaltete Demonstration mit einer Ansprache des Stadtverordneten R. Bätz an den Weltfeiertag erinnert hätte“. In Berlin, wo der szd. Polizeipräsident für diesen Tag das Demonstrationsverbot nicht aufgehoben hatte, wurden 31 Menschen bei Zusammenstößen erschossen, über hundert verwundet und mehr als tausend verhaftet.<sup>28</sup> Der Kommentar des „Alten“ v. 11. 5. macht deutlich, daß es ihm schwerfiel, sich mit dieser Republik zu identifizieren, deren Kanzler (H. Müller) und Innenminister (Severing) Parteigenossen waren: „Man glaubt, in der Zeit vor 40 Jahren unter der preußischen Diktatur zu leben, nicht im Freistaat einer Republik, unter der Fuchtel eines Tessen-dorf, nicht in der Obhut eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.“

In dieser Zeit korrespondierte er offenbar häufiger mit Clara Zetkin, die ihn in einem Brief vom 15. 3. 28 aus Moskau mit „Lieber, teurer Freund und Genosse!“ anredet.<sup>29</sup> 15 Jahre zuvor hatte August Bebel Marie Geck in bezug auf ihren Mann vor Clara gewarnt: „Und nun spielt er gar den Hyperradikalen, der seiner ganzen inneren Natur zuwider ist und läßt sich unter vollständigem Verzicht auf den eigenen Intellekt von der Zetkin ge- und mißbrauchen, deren Charakter er offenbar gar nicht kennt. Seine Isolierung wird dadurch immer größer“.<sup>30</sup> Aber solche Querschüsse konnten das herzliche Verhältnis zwischen dem Hause Geck und Clara Z. nicht trüben; außerdem ließ sich Geck in seinen Freundschaften auch nicht von politischen Erwägungen leiten. In dem 1929 geführten Briefwechsel ging es anscheinend um einen Kuraufenthalt von Clara im Schwarzwald, für den Geck Sulzbach im Renchtal vorschlug. Clara antwortete ihm am 18. 7. 29, daß noch nicht entschieden sei, wohin sie von den Ärzten verfrachtet würde, aber der Ort sei ihr und den Ihren sympathisch: „Der Natur und der süddeutschen Eigenart wegen, last not least wegen der Aussicht, Dich wiederzusehen, mit Dir zurück in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft zu wandern“. Aus Sulzbach wurde nichts, da Geck nicht rechtzeitig geantwortet hatte, ob ein Unterkommen möglich war, doch drehte sich ihr Briefwechsel offenbar nicht nur um private Dinge, wie aus einem Brief v. 31. 7. 29 an Geck hervorgeht: „Ich bin für mich sehr pessimistisch, dafür um so optimistischer für die Sowjetunion und die proletarische Weltrevolution. Das geht vorwärts, sogar trotz der eigenen Fehler und Dummheiten der Menschen, denn auch die Menschen gehen vorwärts“.

Solchen Fortschritt konnte Geck innerhalb seiner Partei nicht entdecken. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien waren ihm stets an sich schon suspekt,

aber von einer großen Koalition nach der Wahl vom 20. 5. erwartete er gar nichts: „Welche Opfer an Grundsätzen müßte die Sozialdemokratie bringen? Das Großkapital als Beherrscher der Deutschen Volkspartei (früher National-liberale) gäbe seine Zustimmung nicht zu gesetzlichen Fortschritten in der proletarischen Sozialpolitik. Einige Stichworte dafür: Washingtoner Abkommen, Achtstundentag, Lohnschlichtung, Entlastung der Konsumenten. Beim Zentrum gibt's keinen Halt im Kampfe auf schulreaktionärem Gebiete. Wo bleibt die Einheit zur Ablehnung der Panzerkreuzer, zur Ausrottung der Übelstände im Heer, zur Amnestierung politischer Gefangenen?“ (26. 5. 28). Vom Magdeburger Parteitag der SPD (26.—31. 5. 29) hatte er eine Aufkündigung der Koalition erwartet. Aber er konnte nur eine starke Opposition „gegen die Koalitionspolitik und die damit zusammenhängende Taktik der sozialistischen Minister und der Parteileitung“ registrieren, doch „deren Anträge wurden nach dem Wunsch der Parteileitung (. . .) in den Papierkorb verwiesen mit 253 gegen 138 Stimmen, was als Einverständnis mit dem Verbleiben der Sozialisten in der Reichsregierung gedeutet wurde“ (1. 6.). Geck kannte den Einfluß der Parteibürokratie auf den Parteitag und reduzierte deshalb das Abstimmungsergebnis auf die gewählten Delegierten, was mit 167 zu 122 zu einem wesentlich besseren Resultat für die Opposition führte, wobei er sich bei einer geheimen Abstimmung ein noch günstigeres versprach. Wie er bisher in der Haltung der szd. Minister in der Frage der Panzerkreuzer nur eine „Übertölpelung“ gesehen hatte, so jetzt in dem Beschluß des Parteitages lediglich „eine unglückliche Taktik“: „Die Abgeordneten der Partei müssen gegen die Panzerkreuzer-Forderungen stimmen, die Minister dürfen sie aber bewilligen, um sich auf den Regierungssesseln zu halten“. Obwohl Geck die Finanzierung der Panzerkreuzer auch in Erinnerung an die Bewilligung der Kriegskredite am 4. 8. 1914 ablehnte, fand er sich mit den Beschlüssen des Parteitages ab, beanstandete aber, daß die Opposition mit der Wiederwahl aller Mitglieder der bisherigen Leitung keine Vertretung hatte.

Auch in seinen „Gedanken am Verfassungstag“ findet sich kein Lichtblick auf ein Vorwärtsschreiten: „Im allgemeinen herrscht keine große Begeisterung unter den Republikanern“ (10. 8. 29). Die nach der Beseitigung der Demokratie gerichtete Bewegung erstrebe die Diktatur, die faschistische Gewalt-herrschaft. Die Gegenrevolution benütze die bittere Stimmung, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Notlage der Volksmassen, die der Krieg mit sich gebracht habe. Die Verfassung gebe zwar dem Volke die Möglichkeit, sich sein Schicksal selbst zu gestalten, aber ein Großteil verzichte verärgert darauf. Im Gegensatz zur Französischen Revolution sei die deutsche zu überraschend gekommen, die demokratische und soziale Ausgestaltung der Republik sei eine schwere Aufgabe: „Der Leidensweg des deutschen Volkes muß zur Höhe führen, welche dem Volke die Herrschaft gewährt, die in der Verfassung von Weimar angebahnt ist“. Geck, der neben der sozialistischen wohl wie kein anderer in der Tradition von 1848/49 verhaftet war, erinnerte die Leser an die

Zeit vor 80 Jahren, als die badischen Demokraten eine von freiheitlichem Geist erfüllte soziale Republik erkämpfen wollten und bereit waren, dafür ihr Leben einzusetzen, wie der Freischaren-Kommissar Friedrich Neff aus Rümplingen, der am 8. 8. 1849 von den Preußen standrechtlich erschossen wurde. Am 11. 8. hielt er bei der Einweihung eines Denkmals für Neff in Rümplingen die Gedenkrede.

Der von ihm so häufig beschworene Geist von 48/49 gab ihm persönlich zwar immer wieder die Kraft, sich für die demokratische Republik kämpferisch einzusetzen, aber er wußte, daß die Weimarer Republik nicht jene Bewußtseinsänderung im Volke bewirkte, wie er es sich in den Revolutionstagen vorgestellt hatte, und schon gar nicht eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Was er am 9. November 1929 im „Alten“ zu sagen hatte, war keine zukunftsweisende Losung: „Der 9. November, der Tag der Revolution, wird nur noch im Lande Sachsen gefeiert . . . Heute sind die Sieger von damals in die Defensive gedrängt; den Kampf um die demokratische Freiheit erschwert die Zersplitterung“.

*„Nun steht ihm der Weg zur Diktatur in Berlin offen“*

Am 27. 3. 30 gab Reichskanzler Hermann Müller auf; der Reichspräsident beauftragte Hermann Brüning vom Zentrum mit der neuen Kabinettsbildung: „der Reichspräsident kann jetzt den Diktatur-Paragraphen 48 der Verfassung loslassen“, schrieb dazu der „Alte“ am 29. 3. Geck sah schon weiter. Da die Rede davon war, daß der „Messias Adolf Hitler“ in Thüringen eingebürgert werde, schrieb er am gleichen Tag ahnungsvoll: „Nun steht ihm der Weg zur Diktatur in Berlin offen“. Zu dieser Zeit war bereits nicht mehr zu verkennen, daß man es bei der NSDAP mit einem immer stärker werdenden Machtfaktor zu tun hatte. Zur Demonstration ihrer Macht suchte sich die Partei nicht nur die Straßen durch Umzüge ihrer Sturm-Abteilungen (SA), sondern auch die Wahlveranstaltungen ihrer Gegner aus. Als der Reichstag im Juli die Notverordnungen Brünings ablehnte und aufgelöst wurde, bot sich dazu auch im Offenburger Wahlkampf willkommene Gelegenheit. Zur Wahlversammlung der SPD am 5. 8. 30 in der Michelhalle erschien nicht nur die Polizei aus Freiburg, sondern auch ein größeres Aufgebot der SA: „Der nationalsozialistische Landsturm, der zur ‚Begrüßung‘ des Kultusministers Remmele nach der Kreisstadt Offenburg gezogen kam, enthielt Dutzendschaften aus dem protestantischen Ried, aus Lahr, auch aus katholischen Orten z.B. Kappelrodeck. In der Michelhalle gab ein melodisches Gebrüll klassische Proben von der Kultur im kommenden dritten Reich“, berichtete der „Alte“ am 9. 8. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr, weil der Saal polizeilich gesperrt werden mußte. Angesichts der anwesenden uniformierten Nationalsozialisten unter Führung des stv. Gauleiters und Abgeordneten Walter Köhler herrschte natürlich eine beträchtliche Spannung. „Der Minister hielt in solch einer unbehaglichen Situation einen wenig polemischen Vortrag, sprach über die tragische Ent-

wicklung im Reichsparlament und dozierte den grünen Politikern in dankenswerter Weise die Ziele der Sozialdemokratie. Der Versammlungsleiter, Stadtrat Vestner, schloß die Versammlung ohne Gewährung der verlangten Aussprache. Darauf ein radauvolles Ende der Szene ohne die befürchteten Tötlichkeiten“ (9. 8.).

Was der „Alte“ über die Versammlung schrieb, war natürlich nur ein schwacher Abglanz dessen, was sich besonders am Schluß der Versammlung mit den bekannten Sprechchören der SA abspielte. Remmele war eine beliebte Zielscheibe für die nat. soz. Angriffe, und zweifellos waren sich viele seiner aufgethetzten Gegner damals nicht bewußt, wohin die politische Verteufelung führen würde. Am 16. Mai 1933 wurde „der größte badische Novembervbrecher, der ehemalige rote Staatspräsident und Innenminister Adam Remmele“ nach Kislau überführt, mit ihm sechs andere Sozialdemokraten, darunter der ehem. Justizminister Ludwig Marum, der dort am 29. 3. 1934, „offensichtlich mit Wissen des Reichsstatthalters“, <sup>31</sup> ermordet wurde. Wie rauh die Wahlkampfsitten geworden waren, geht schon aus der Ankündigung einer SPD-Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Dittmann hervor: „Für die Ordnung zum ungestörten Verlauf der interessanten Veranstaltung ist gesorgt“. Der Wahlkampf wurde sehr intensiv und oft auch sehr brutal geführt: „Das dritte Reich, das zu uns kommen soll, wird ein deutscher Mussolini-Himmel sein. Wie herrliche Kostproben hat doch der Wahlkampf gebracht! Zahlreich sind die Fälle barbarischer Gewalttätigkeiten bei Wahlversammlungen, wobei die Volksrechte des demokratischen Staates durch das Faustrecht der Faschisten diktatorisch ausgeschieden werden“ (13. 9.), schrieb Geck, und fuhr an anderer Stelle fort: „Grauenhaft sind die Nachrichten über blutige Verbrechen aus dem ganzen Reiche, die seit dem letzten Sonntag wieder bekannt wurden und den Namen Deutschland in der Welt schänden“. Aber gegen den „Messias des Hakenkreuzes“ kamen keine Argumente an: bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 gelang den Nationalsozialisten der große Durchbruch. In Offenburg stiegen ihre Wählerstimmen von 667 bei der Landtagswahl v. 27. 10. 29 auf 2 114, das bedeutete eine Zunahme von 217%, der eine Steigerung der kommunistischen Stimmen im gleichen Zeitraum von 449 auf 1 012 gegenüberstand. Die Stimmen der SPD stiegen von 1 208 auf 1 279. Im Reich nahmen die Nationalsozialisten gegenüber der Reichstagswahl vom 20. 5. 28 um das Siebenfache zu; mit 6,4 Mill. Stimmen schnellte die Zahl ihrer Sitze von 12 auf 107 (18,5% von insgesamt 577), die KP machte mit der Zunahme von 41% auf 4,6 Mill. einen kleineren Sprung von 54 auf 77 Sitze. Die SPD verlor 10 Sitze, verfügte aber noch über 143 und blieb dieses Mal noch stärkste Fraktion.

Im Frühjahr 1931 spielte die Finanzierung des Flottenbauprogrammes erneut eine wichtige Rolle. Es gelang Reichskanzler Brüning die Führer der SPD „für die Idee des Panzerkreuzerbaus zu gewinnen“ und mittels einer Androhung seines Rücktritts für den Fall einer Niederlage im Reichstag seinen Vorgänger

Hermann Müller zu veranlassen, in der Fraktion einen Beschluß herbeizuführen, „sich einmütig bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer der Stimme zu enthalten“. Zur Debatte stand die Bewilligung der letzten Rate für den Panzerkreuzer „Deutschland“, dessen Stapellauf bevorstand, und der ersten Rate für den Panzerkreuzer B. In der Reichskommission wurden die Ausgaben gegen die Stimmen der Kommunisten und bei Stimmenthaltung der SPD bewilligt. Bei der Abstimmung im Reichstag enthielt sich die Mehrheit der Fraktion der Stimme, ein Teil verließ den Saal, und „eine Opposition von neun Sozialisten stimmte dagegen. Sie soll auf dem Leipziger Parteitag zur Rechenschaft gezogen werden“ (28. 3. 31). Brüning wertete natürlich seinen Erfolg bei den Sozialdemokraten als einen bedeutsamen Sieg: „Zum ersten Male in der Geschichte der SPD war es gelungen, zu verhindern, daß sie gegen eine Aufrüstungsvorlage stimmte. Es war eine entscheidende Wendung für die ganze zukünftige Entwicklung im deutschen Volke“.<sup>32</sup> Die SPD-Fraktion hatte damit den Sturz der Regierung verhindert und ihr außerdem durch ihre Zustimmung zur Vertagung den Rücken freigemacht: „Man war bis Oktober den Reichstag und damit gefährliche Zwischenfälle los“. Am 28. 3. erließ sie prompt eine Notversorgung „Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“, die die Linke in der Abwehr des Faschismus einengte und dementsprechend die Kritik von Geck herausforderte: „Reichsregierung und Parlament spendeten uns Ostergaben bedenklicher Art. Deutschland steht im Zeichen des Belagerungszustandes; die Diktatur und Zensur ist ein Osterei, das die Beschränkung der Demokratie bringt. Der Name ‚Notverordnung‘ läßt befürchten, daß sie fernere Verschlechterungen der sozialen Fürsorge bringen und verhindern werden, daß die neuen Steuerlasten nicht tragbaren Schultern auferlegt werden, daß durch die Zollpolitik die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch mehr benachteiligt werde“ (2. 4. 31). Drei Tage später erfolgte eine zweite Notverordnung, die u.a. eine Senkung der Unterstützungssätze für Arbeitslose und die Heraufsetzung der Altersgrenze für Unterstützungsempfänger und andere Sparmaßnahmen festsetzte. Es ist bemerkenswert, daß Geck trotz aller Kritik keine schärfere Sprache gegenüber seiner Partei einschlug, denn noch am 21. 3. hatte er geschrieben: „Der Bau eines Panzerkreuzers erregt den Widerspruch aller Pazifisten. Das viele Geld könnte zur Bekämpfung der Volksnot richtige Verwendung finden“. Wer Millionen einsparen wolle, der könne nicht für den Panzerkreuzer stimmen. Er muckte erneut auf, als ein kommunistischer Antrag auf Einberufung des Reichstages abgelehnt wurde: „Das ist unverständlich. Die Volksvertretung muß in dieser Drangsal abwehrend am Platze sein, da die despotische Brüning-Regierung eine Politik der Volksaushungerung eingeleitet hat. Das Gutachten über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zeigt die verzweifelte Ratlosigkeit dieses Braun-Kollegiums. Also: auf nach Berlin, Freunde des Volkes!“.

Geck stand zwar in seiner Opposition zum Parteikurs nicht allein, doch deren zahlenmäßige Schwäche wurde auf dem Leipziger Parteitag (31. 5.—5. 6. 31)

deutlich, als das Verhalten der 9 Abgeordneten, die gegen die Bewilligung der Panzerkreuzer-Raten gestimmt hatten, mit 324 gegen 62 Stimmen mißbilligt wurde (6. 6.). Den Hinweis über das Anwachsen der Mitgliedschaft, was „die Kraft der sozialdemokratischen Partei“ zeige, verband er mit der Mahnung: „Sie wird sich auf eine konsequente Politik einstellen müssen, um die Arbeiterschaft nicht abzustoßen“.

Obwohl die Mehrheit der szd. Reichstagsfraktion für eine Einberufung eintrat, gelang es Brüning in Unterredungen mit führenden Parteileuten die Sozialdemokraten auf seinen Kurs festzulegen: am 16. 6. wurde im Ältestenrat die Einberufung abgelehnt. Ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag, den Haushaltsausschuß zur Beratung der Notverordnung einzuberufen, wurde von ihnen zurückgenommen, dann von den Kommunisten erfolglos zur Abstimmung gebracht. „Der Sieg war entscheidend errungen. Von diesem Augenblick an brauchte ich den Reichstag nicht mehr zu fürchten, solange der Reichspräsident fest hinter mir stand“, schrieb Brüning in seinen Memoiren.<sup>33</sup> Geck nahm die Haltung der Fraktion mit der Bemerkung zur Kenntnis, daß die Spannung der politisch bewegten Zeit am kritischen Tage erster Ordnung nicht gelöst worden sei, fügte aber die Warnung hinzu: „Geht die Wirtschaftskrise nicht bald zu Ende und bleibt die Arbeiterschaft fernerhin in verschiedene Lager gespalten, dann siegt in Deutschland der Faschismus“.

Als sich am 11. u. 12. 10. in Bad Harzburg die gesamte Rechte zu einer Tagung versammelte, an der auch Vertreter der Industrie, Banken, des Großgrundbesitzes und Militärs höchster Ränge teilnahmen, erkannte Geck die Bedeutung dieser neuen politischen Etappe: „Die Harzburger Tagung war die vorbereitende Sitzung des Generalstabes für den Sturz der Republik und die Einsetzung der Despotie“ (24. 10.).

*„Wenn das Bebel und Dreesbach noch erlebt hätten!“*

Geck hatte keinen Hehl daraus gemacht, daß er bei der Frage des Baues von Panzerkreuzern mit der auf dem Leipziger Parteitag verurteilten Opposition sympathisierte. Rosenfeld und Seydewitz waren im September 1931 aus der SPD ausgeschlossen worden und hatten am 2. 10. die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet. Der „Alte“ v. 30. 1. 32 teilte seinen Lesern mit, daß „die oppositionelle Richtung SAP in der deutschen Sozialdemokratie“ auch in Baden festen Fuß zu fassen beginne. Sie habe in Karlsruhe ein Flugblatt zwecks Organisation eines einheitlichen Kampfes der Arbeiterschaft gegen den Faschismus herausgebracht, das von dem sozialdemokratischen Innenminister Maier aufgrund einer Notverordnung vom März 1931 verboten worden sei. „Bei einer polizeilichen Haussuchung wurde nach Mitgliederlisten der SAP geforscht. In der Aufforderung des Flugblattes, den Kampf gegen den Faschismus auch mit außerparlamentarischen Aktionen zu führen, wird etwas Hochverräterisches gefunden. Wenn das Bebel und Dreesbach noch erlebt

hätten!“ Geck wies noch darauf hin, daß auch in Offenburg eine Ortsgruppe gegründet werden solle, der dann sein Sohn Tell angehörte.

Seine Sympathie gehörte auch dem oppositionellen Pfarrer Eckert aus Mannheim, der wegen seiner politischen Haltung seines Amtes enthoben worden war, während der Oberkirchenrat gegen protestantische Geistliche, die als aktivste Agitatoren für die Hitlerpartei bekannt waren, nicht einschritt (11. 4. 31). Nach seinem Ausschluß aus der SPD trat Eckert der KP bei. Als er auf einer für den 9. 1. 31 in Offenburg angesetzten Veranstaltung über seine Reiseindrücke in der Sowjetunion sprechen wollte, wurde ihm das nicht erlaubt. Versammlungsleiter Bätz durfte lediglich einen Brief Eckerts vorlesen. Der „Alte“ war über dieses Vorgehen so erbost, daß er am 16. 1. schrieb: „Heute steht an der Spitze des Innenministeriums in Karlsruhe, das für das Redeverbot gegen den aus der Sozialdemokratie ausgetretenen Eckert verantwortlich ist, ein Sozialdemokrat. Ende der Achtzigerjahre, zur sozialistengesetzlichen Zeit verbot in Baden die nationalliberale Regierung auch sozialdemokratischen Rednern die Referate bei öffentlichen Veranstaltungen“.

*„Nun rächen sich die Sünden . . .!“*

1932 war ein ausgesprochenes Wahljahr, wobei im Vordergrund die Wiederwahl Hindenburgs stand, die von Reichskanzler Brüning betrieben wurde. Es war ihm gelungen, dafür die Unterstützung der SPD und freien Gewerkschaften zu gewinnen. Bezeichnenderweise kritisierte Geck, daß der szd. Berliner Polizeipräsident die „Rote Fahne“, die Stimme des komm. Zentralorgans zu einem Zeitpunkt unterdrücke, wo die Wahlagitation beginne (20. 2.). Im 1. Wahlgang am 13. 3. erhielt Hindenburg 18,7 Mill. Stimmen (49,6%), Hitler 11,3 Mill. (30,1%), Thälmann 4,9 Mill. (13,2%) und Duesterberg 2,6 Mill. (6,8%). Geck war darüber schockiert, daß in Offenburg 3 340 Stimmen für Hitler abgegeben wurden. Es sei allerdings verfehlt, diese „als überlegte Kundgebung nur politisch reaktionär eingestellter Wähler zu bewerten. Es war die Verzweiflung über die Notlage des deutschen Volkes, die in vielen anderen Ländern infolge des Krieges ebenso schlimm ist. Die Handwerker, der kleine Kaufmann, die schlecht entlohnte Beamtschaft, insbesondere die Frauen mit den leeren Haushaltskassen glauben an die Phrasen der neuen Propheten, die in der heranwachsenden Jugend ihre Apostel und Soldaten fanden. Nun muß sich alles, alles wenden“ (9. 4. 32). Der 2. Wahlgang am 10. 4. brachte den erwarteten Sieg Hindenburgs mit 19,4 Mill. Stimmen (53%), Hitler erhielt mit 13,4 Mill. 36,8% (30,4% der Stimmberechtigten); der Kommunist Thälmann fiel mit 3,7 Mill. auf 10,2% zurück. In Offenburg stimmten dieses Mal 3 410 für Hitler.

Der wiedergewählte Reichspräsident nahm am 30. Mai den von ihm gewünschten Rücktritt des bisher von den Sozialdemokraten tolerierten Kabinetts Brüning an und beauftragte Franz von Papen mit der Neubildung der

Regierung, was Geck zu dem bissigen Kommentar veranlaßte: „Aber welche Schicksalsfügung: die Tolerierungspolitik, an der sich die sozialdemokratische Partei bei der Hindenburg-Wahl in der Disziplin der ‚Eisernen Front‘ beteiligte, wird bestraft im Einverständnis jenes Herren, welchem die Arbeiterschaft vor kurzer Zeit bei seiner Wiederwahl das Vertrauen schenkte!“ Für derlei Betrachtungen war es nun allerdings zu spät, da die Sozialdemokraten die umfassenden Machtbefugnisse des Reichspräsidenten kannten, die es ihm gestatteten, den Reichskanzler auch dann zu verabschieden, wenn er das Vertrauen des Parlaments besaß. Im übrigen hatten die nun enttäuschten Sozialdemokraten Hindenburg nicht „toleriert“, sondern aktiv dessen Wiederwahl betrieben. Da konnte Geck nur noch vorwurfsvoll an die Versäumnisse nach der Revolution erinnern: „Nun rächen sich die Sünden der dreizehnjährigen Gleichgültigkeit deutscher republikanischer Demokraten!“ und ironisch die rhetorische Frage stellen: „Wo blieb die verfassungstreue Reichswehr, die Justiz zum Schutze der republikanischen Verfassung und der mit demokratischen Beamten besetzte Staatsapparat?“ (4. 6. 32).

Geck rechnete damit, daß die kommende Reichstagswahl vom 31. 7. Hitler zur Herrschaft bringen werde, und obwohl er im „Alten“ immer und immer wieder darauf verwiesen hatte, was im Falle einer Machtübernahme durch den Faschismus geschehen würde, unterliegt er einer gefährlichen Illusion: „Aber Adolf I. wird sich nicht lange der Diktatorherrlichkeit erfreuen. Wenn er seine Arbeit als Bahnbrecher vollbracht, wird er von der Großkapitalmacht, welche ihm die Kriegskasse gefüllt hatte, in die Versenkung gebracht“. Aber er gibt nicht auf, sondern knüpft seine Hoffnungen immer noch an eine gemeinsame Kampffront der Arbeiterschaft. Am 30. 4. informiert der „Alte“ über den Aufruf der Kommunisten v. 25. 4. zur Bildung einer Einheitsfront: „Die Kommunisten gehen allerdings noch nicht mit einem Schlag und vollen Segeln zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten über“. Noch feierte man jedoch in Offenburg den 1. Mai in getrennten Veranstaltungen.

#### *„Einheitsfront in Offenburg“*

Aber bald darauf nahmen diese Bestrebungen Gestalt an: bei einer Besprechung in der „Michelhalle“, an der etwa 80 Anhänger der SPD, SAP, KP und der freien Gewerkschaften teilnahmen, einigte man sich über ein gemeinsames Vorgehen im Wahlkampf auf der Basis von folgenden Punkten: 1. Kampf gegen den Faschismus, 2. Kampf gegen jeden Lohnabbau, Kampf für Erhaltung und Ausbau des Tarifrechts, 3. Kampf für Erhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung, 4. Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg. Die Organisation wurde einem Siebenerausschuß übertragen (18. 6. 32). Dieses Programm wurde am 28. 6. in einer gemeinsamen Wahlveranstaltung vorgetragen: „Man schied unter dem befriedigenden Eindruck, daß hier eine vorbildliche Phalanx gebildet wurde zur Wahrung der Volksherrschaft gegen die Junkergewalt und zum Schutze der seit 40 Jahren erkämpften Sozialfürsorge in der deutschen



Gesetzgebung“ (2. 7.). Doch Geck goß gleich etwas Wasser in den Wein, indem er auf eine Veröffentlichung des Karlsruher „Volksfreund“ Bezug nahm, den er übrigens nach einer maliziösen Bemerkung im „Alten“ v. 14. 5. nicht regelmäßig las, worin „gegen angebliche Vorstöße in der Konstruktion dieses Einheitsstabes“ polemisiert und der Eindruck erweckt wurde, daß die szd. Partei sich in dieser Front nicht behaglich fühle: „Das Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit des linken Flügels ertönt so scharf aus den Zeilen, daß die Hoffnung auf eine proletarische Einheitsfront in dieser Wahlschlacht wieder erschüttert ist. Jubel herrscht jedenfalls im Stabe des Hakenkreuzes“ (2. 7.). Der Querschuß richtete offenbar keinen Schaden an, denn am 15. 7. marschierten über tausend Teilnehmer durch die Stadt, um vor der Gefahr einer braunen Diktatur zu warnen.

Bei einem Halt vor dem neuen Kriegerdenkmal begrüßte der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Heinzmann die versammelte Menge. Für die beiden soz. Parteien sprach Geck, der Offenburg unter Hinweis auf die Ereignisse von 1848/49 als einen Hort der Demokratie pries, für die KP Stadtrat Richard Bätz. So richtig wollte das mit der Einheitsfront noch nicht klappen, denn Geck monierte, daß abends eine Mannheimer Kommunistin bei einem gut besuchten Russenkonzert gegen die Sozialdemokratie polemisiert habe.

### *„Der 31. Juli ist ein grausamer Lostag für die Völker Europas“*

Das Heer der Arbeitslosen war auf 6 Millionen angestiegen, und viele Menschen waren für die Propaganda der NSDAP empfänglich, die alles soziale und wirtschaftliche Elend der „Erfüllungs-Politik“ der SPD und des Zentrums anlastete und für die Notverordnungen Brünnings mit der Kürzung der Löhne und Gehälter, dem Abbau sozialer Errungenschaften die SPD mitverantwortlich machte. Der „Alte“ knüpfte in seinem Wahlappell v. 11. 6. an diese Propaganda an, wenn er eindringlich auf die Bedeutung des 31. Juli hinwies: „Ein Tag des Unheils für das deutsche Volk, wenn es sich in seiner wirtschaftlichen Notlage blenden und dazu verleiten läßt, das demokratische Selbstverwaltungsrecht der Reichsbürgerschaft zugunsten einer Diktatur abzuschaffen, unter das Joch des preußischen Junkeradels und der kriegerischen Kaste sich zu beugen, einer faschistischen Mussolini-Gewalt für Jahrzehnte auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Der 31. Juli ist ein grauenvoller Lostag für die Völker Europas. Wer in Deutschland sein Wahlrecht zu einem Racheakt der Verzweiflung mißbraucht, übernimmt die Verantwortung für ein schauerliches Blutgericht zum Verderben des eigenen Volkes“.

Aber aus den beschwörenden Worten sprach bereits die Ahnung von dem Unausweichlichen. Was noch Rückhalt und Standfestigkeit verleihen konnte, war die sozialdemokratische preußische Bastion: „Die preußische Regierung sitzt noch fest im Sattel, obschon Otto Braun die Ministersessel zur Verfügung stellte. Der Präsident befindet sich im Urlaub und die vorbereitete Verord-

nung zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit des Preußenlandes ist erschienen. Damit besteht keine dringende Gefahr für die Beseitigung der Regierung und deren Ersetzung durch einen faschistischen Diktator“. Doch am 20. Juli setzte die Regierung Papen die geschäftsführende preußische Regierung ab; der Reichskanzler wurde zum Reichskommissar für Preußen ernannt. Bei diesem Staatsstreich ließen sich die höchsten Beamten im Polizeipräsidium verhaften. Innenminister Severing wollte nur der Gewalt weichen, die wunschgemäß in Gestalt eines Leutnants mit 12 Mann ins Haus kam. Gegen den verfassungswidrigen Gewaltakt wurde keinerlei Widerstand geleistet. Geck war sich über die Tragweite des Ereignisses im klaren: „Schon ist der größte deutsche Bundesstaat geknebelt worden“, kommentierte er im Artikel: „Im Zeichen der Diktatur des Säbels und Hakenkreuzes“, aber er verliert kein Wort darüber, daß die szd. Führer das preußische Bollwerk mit seiner schlagkräftigen Polizei widerstandslos preisgaben.<sup>34</sup> Der sonst so kritische „Alte“ raffte sich nur zu der Frage auf: „Und der enttäuschte Philister zieht die Schlafmütze ab: Wo steckt der Beschützer der demokratischen Verfassung, Reichspapa von Hindenburg?“ (23. 7. 32). Am 9. 7. hatte das Blatt noch über eine gewaltige Volksdemonstration in Berlin berichtet, welche die „Eiserne Front“ gegen das „Reichskabinett der Barone von Hitlers Gnaden“ veranstaltete, aber diese Kundgebung hatte Papen offensichtlich nicht beeindrucken können, und Hitler konnte aus dem widerstandslosen Ablauf des Staatsstreiches seine Schlüsse ziehen.

Die Wahlen vom 31. 7. brachten den Nationalsozialisten gegenüber der Reichspräsidenten-Wahl vom 10. 4. einen Zuwachs von 327 000 Stimmen; ihr Anteil an den gültigen Stimmen betrug 37,3%, an der Zahl der Stimmberechtigten 31%. Im Reichstag verdoppelten sie ihren Anteil und zogen nun mit 230 Abgeordneten ein. Die SPD erhielt 21,6%, die KP 14,3% der Sitze. Die NSDAP stellte jetzt mit Abstand die stärkste Fraktion und verfügte über 8 Sitze mehr als SPD und KP zusammen. Kommentar des „Alten“: „Die Reichstagswahl hat dem nazischen Faschismus nicht den ersehnten Erfolg gebracht. Den Nazen ist die absolute Macht versagt worden, der Marxismus steht unerschüttert, sein kommunistischer Flügel ist bedeutend gestärkt worden“. Durch die Wahl war Hitler praktisch als Kanzlerkandidat nominiert worden, aber Hindenburg war nicht gewillt, ihm die gesamte Staatsgewalt zu übertragen, und Hitler nicht geneigt, das Amt eines Vizekanzlers in einer Regierung Papen anzunehmen.

Bei der Eröffnungssitzung des Reichstags am 30. 8. wurde Göring mit den Stimmen seiner Parteigenossen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zum Präsidenten, Esser (Zentrum) zum Vizepräsidenten gewählt. Geck beschuldigte die KP, die Wahl von Löbe (SPD) als Vizepräsident durch Aufstellung des eigenen Kandidaten Torgler verhindert zu haben: „Das heißt ‚einheitliche Arbeiterfront!‘“ (3. 9.); das gleiche Verhalten habe sie bei der Wahl der Schriftführer gezeigt. Die Handlungsweise der KP muß ihn vorüberge-

hend beeindruckt haben, denn nach der Auflösung des Reichstags am 12. 9. und Festsetzung von Neuwahlen auf den 6. 11. zitierte er unkommentiert einen einmütigen Beschluß des szd. Parteiausschusses, „den Kampf einig und geschlossen gegen Hitler, gegen seine kommunistischen Helfershelfer und die Papen-Reaktion zu führen“ (24. 9. 32). Distanziert verhielt sich Geck gegenüber dem großen Streik vom 3.—7. 11. 32 in den Berliner Verkehrsbetrieben, der unter Einfluß der komm. RGO ausgebrochen war und dem sich die Nat. Soz. Betriebszellen-Organisation anschloß: „Wer staunt nicht? Die Nazisten und Kommunisten vereinigen sich zu einem politischen Vorstoß“ (5. 11.). Während des Wahlkampfes hielt der „Alte“ mit der Berichterstattung über Versammlungen der Linken zurück oder berichtete über den ungenügenden Besuch der SPD-Veranstaltungen mit Adam Remmele (22. 10.), dagegen fanden mehrere Wahlversammlungen des von Geck sehr geschätzten Mitbürgers Dr. Max Clauß von der Deutschen Staatspartei wohlwollende Beachtung. Geck rügte lediglich den Vorwurf des ehem. Finanzministers Dietrich, der mit Clauß zusammen im Dreikönigsaal sprach, daß Hitlers Forderungen diejenigen Karl Liebknechts seien: „Es kommt der Bolschewistenpopanz wieder zur Geltung!“

Die Wahl vom 6. 11. 32 brachte den Nat. Soz. einen Rückschlag mit einem Verlust von 34 Sitzen im Reichstag, während die Deutschnationalen von 39 auf 54 Sitzen aufholen konnten. Nach der Zahl der Abgeordneten ging die NSDAP von 37,8% auf 33,6% zurück, die SPD von 21,9 auf 20,7%, während die KP von 14,6% (89 Sitze) auf 17,1% (100 Sitze) kam. Auch in Offenburg verzeichnete die NSDAP gegenüber März und April 32 einen leichten Rückgang; sie erhielt jetzt 3 310 Stimmen, die KPD 1 345, die SPD 895, das Zentrum 3 171.

Hitler lehnte es nach der Wahl ab, als Kanzler einer Mehrheitsregierung zu fungieren. Papen demissionierte und General v. Schleicher wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

### *Wahlkampf — Terror*

Das Wahlergebnis und die wachsende Unruhe innerhalb der NSDAP förderten Gecks Optimismus: „So ist der Spuk der Hitler'schen Heilsbotschaft im Abflauen begriffen“ (17. 12. 32). Doch die Nationalsozialisten demonstrieren auch in Offenburg, daß ihre Kraft trotz der Einbußen noch ungebrochen war. In einer Versammlung am 20. 1. 33 im Dreikönigsaal, wozu auch die Kommunisten eingeladen worden waren, kam es zu einer wüsten Saalschlacht. Von den Verletzten beider Seiten mußten sich 30 in ärztliche Behandlung begeben, 3 Schwerverletzte kamen ins Krankenhaus. Wie es bei solchen Saalschlachten üblich war, gingen auch eine Menge Stühle zu Bruch. Offenburg war bisher von Exzessen dieser Art verschont geblieben: „Die Offenburger Saalschlacht brachte unsere Stadt, die als Hort der Demokratie seit hundert

Jahren sich eines guten Rufes erfreute, zu einer beklagenswerten Beachtung . . . Niemals kam es aber zum Verbrechen, das die Gegnerschaft durch die Brutalität körperlicher Mißhandlung bis zur Bewußtlosigkeit verletzt. Was am Freitag, den 20. Januar in der von der hiesigen Nazistenpartei durch ihre maskierten SA-Horden im Dreikönigsaal unter der neuzeitlichen Strategie ‚Saalschlacht‘ in Szene gesetzt worden ist, gehört zu den barbarischen Sitten des Hitlerschen ‚dritten Reiches‘ im Zeichen der sogenannten ‚Hanauer‘-Kultur. Denn der Stab der braunen Soldateska hat seinen Sitz außerhalb der Amtshauptstadt“ (28. 1. 33).

### *Kritische Bemerkungen zum Reichstagsbrand*

Am 30. 1. berief der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Nach der Auflösung des Reichstags am 1. 2. wurden Neuwahlen auf den 5. 3. festgesetzt. Die Nationalsozialisten zögerten nun keinen Tag, um von der ihr in den Schoß gelegten Macht Gebrauch zu machen. „Um die noch zögernden Bürgerlichen, vor allem aber Hindenburg selbst, für radikale Maßnahmen zu gewinnen und Hitler als Retter erscheinen zu lassen, brauchte man das Argument einer gefährlichen Bedrohung und mußte man nach dem roten Schreckgespenst suchen, das sich an die Wand malen ließe.“<sup>35</sup> Zunächst wurde erreicht, daß Hindenburg am 4. 2. eine Notverordnung erließ, welche die Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wesentlich einschränkte. Damit er aber mit dem berüchtigten Art. 48 der Verfassung die Grundrechte außer Kraft setzte, bedurfte es „stärkerer Mittel“ als irgendwelche „Polizeimärchen“ über angebliche Umsturzpläne. Da kam der Reichstagsbrand am Abend des 27. 2. wie gerufen: er vermochte ängstliche Gemüter zu entflammen und gab den Nationalsozialisten die Handhabe, in der gleichen Nacht noch über 4 000 kommunistische Funktionäre und Abgeordnete festzunehmen; die Liste der Verhafteten hatte also bereits vorgelegen. Ebenso fix klappete es mit einer weiteren und entscheidenden Notverordnung, die tags darauf erlassen wurde und welche die Grundrechte bis zum Ende der Nazi-Herrschaft beseitigte.

Angesichts des ungeheuren Wirbels, den die Nazis wegen des spektakulären Reichstagsbrandes gegen die Kommunisten veranstalteten, ist es bemerkenswert, daß es der „Alte“ einen Tag vor der Reichstagswahl wagte, seine Zweifel zu äußern: „Allen ehemaligen Reichstagsabgeordneten — der Blättleschreiber ist auch einer davon — ist es unbegreiflich, wie in dem herrlichen Bau des deutschen Volkes solch ein herostratisches Verbrechen unbemerkt vorbereitet werden konnte. Der Wallotbau wird ständig bewacht. Wie konnte am Montag eine solche vielfache Brandlegung unbeachtet vorbereitet worden sein! Und die kommunistische Parteileitung, welche kein Interesse an der Vernichtung des Parlaments hat, worin sie zur Zeit eine große Machtstellung ausüben darf, sollte solcher Wahnsinnstat fähig sein? Ein holländischer Abenteurer, der schon in den verschiedenen Arbeiterparteien herumzigeunerte, will, mit ei-

nem Parteimitgliedsbuch in der Tasche, im Auftrage und unter Kontrolle dieser Parteiabgeordneten zu solch einem Verbrechen auserkoren worden sein!“

### *Offenburger in „Schutzhaft“*

Der „Alte“ zog eine historische Parallele zu den Attentaten im Jahre 1878 auf Kaiser Wilhelm, die Kanzler Bismarck die Handhabe für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten boten: das Attentat von Nobile am 2. Juni „mußte das Wolff'sche Telegraphenbüro . . . an die Rockschoße der Sozialdemokratie hängen“. Die Wahl am 30. 7. 1878 habe eine Mehrheit für das Ausnahmegesetz gebracht, aber nach 12 Jahren sei Bismarck's Herrlichkeit beendet gewesen: „Die Sozialdemokratie triumphierte“. Offensichtlich hatten sich führende Sozialdemokraten bereits mit der Entwicklung abgefunden: „Nach Hitler kommen wir, und es werden wieder die deutschen Republikaner und die deutschen Arbeiter sein, die einen Scherbenhaufen aufräumen müssen“, hatte der Reichsbannerführer Höltermann auf einer Tagung verkündet (25. 2.). Das bedeutete die kampflose Kapitulation vor dem Faschismus. „Möge der Schutz der Volksrechte bei der morgigen Reichstagswahl in der alten Demokratenstadt eine tapfere Verteidigung finden!“, wünschte der „Alte“ am 4. 3., aber 5 Zeilen in der gleichen Ausgabe kündeten davon, daß es mit historischen Appellen nicht getan war: „Heute morgen wurden hier in Massen Mitglieder der kommunistischen Partei in Schutzhaft genommen. Aus dem Uhlgraben- und Kasernenrevier wurden sie mittels des Feuerwehrwagens in das Gefängnis gebracht“. Die Verhaftungen erstreckten sich auch auf den Bezirk, denn der „Alte“ berichtete, daß man auch zwei mit dem Feuerwehrauto aus Durbach abholte. Unter den „Schutzhäftlingen“ befanden sich Mina Döserich und Richard Bätz vom Stadtrat; die letzten der 31 Verhafteten wurden am 9. 3. entlassen (11. 3.).<sup>36</sup>

Die Wahl am 5. März brachte der NSDAP im Reichstag 288 von 647 Mandaten, also nicht die absolute Mehrheit. Dazu kamen aber die 53 Mandate der Deutschnationalen Volkspartei. Die SPD zog mit 120 Mandaten in den Reichstag ein, die Kommunisten nur noch mit 81: „Die auf demokratischem Wege erfolgte Ausgestaltung des Reichsparlamentes hat dem neuesten Reichskabinetts der ‚nationalen Konzentration‘ eine Vertrauenskundgebung des Volkes verschafft; Kanzler Hitler hat gesiegt“ (11. 3.).

In Baden übertraf die NSDAP mit 45,4% der abgegebenen Stimmen den Reichsdurchschnitt, blieb aber auch hier unter der absoluten Mehrheit, was den „Alten“ in seinem historisch begründeten Optimismus bestärken konnte: „Wer die Geschichte unseres Landes kennt, verzagt nicht. Das badische Volk erringt sich seine gesetzliche Freiheit wieder“. Mit 4 765 Stimmen setzten sich die Nationalsozialisten in Offenburg an die Spitze, zweitstärkste Partei wurde das Zentrum mit 3 215 Stimmen; die Kommunisten verloren, rangierten mit 1 193 aber immer noch vor den Sozialdemokraten mit 893. NSDAP (42%)

und Deutschnationale erhielten zusammen 46,6%, Sozialdemokraten (8,6) und Kommunisten (10,5) 19%.

*Der „Alte“ wird „bis auf weiteres“ verboten*

Am Tage nach der Wahl beantragte der Stadtrat Müllermeister Rombach, auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne zu hissen, wie es anderwärts im Lande auch geschehen sei. Da dem Oberbürgermeister Holler das Ansinnen nicht wichtig genug erschien, um es zu einer gewalttätigen Störung kommen zu lassen, konnte sie auch von den Nationalsozialisten auf dem Balkon angebracht werden. Bürgermeister Blumenstock ließ sich daraufhin unter Abgabe einer Erklärung, der sich der szd. Stadtrat Vestner anschloß, vom Dienst beurlauben, da er in diesem Hause erst wieder arbeiten wolle, bis der rechtswidrige Akt entweder legalisiert oder rückgängig gemacht worden sei. Während Geck im „Alten“ vom 11. 3. 33 über diesen Vorgang berichtete, schrieb der „Führer“ am gleichen Tag Walter Blumenstock etwas „ins Stammbuch“, das gerade Geck tief treffen und demütigen mußte. Die Parteizeitung erinnerte an die Ereignisse von 1918, als „auch in Offenburg der glorreiche Umsturz von Subjekten eingeleitet und dokumentiert wurde, um die man sonst einen großen Bogen macht“, als „die Horden der Arbeiter- und Soldatenräte“ durch die Straßen zogen, wie die gleiche Zeitung später jene Leute nannte, die sich so große Verdienste im Chaos der Niederlage erworben hatten. Man kam zurück auf die Ereignisse vom 4. und 5. 6. 1919, wo eine „Kundgebung des werktätigen Volkes“ (8. 6. 19) gegen Mißstände in der Versorgung der Bevölkerung stattgefunden hatte, auf der auch Geck „in seiner bekannten Art der Verhetzung“ sprach („OZ“ 5. 6. 19): „So erschien vor Jahren bei einer derartigen Maskerade auf dem Offenburger Rathaus dieses Konglomerat von losgelassenen Furien mit einer roten Fahne und hielt vom Balkon herab blutrünstige Hetzreden“, an denen sich die Genossen Stürzel und Bätz neben Bgm. Bühner beteiligt hätten. „Bald darauf wurde wieder durch die Straßen gejault. Dem alten Oberbürgermeister Hermann wurde sein Büro kaputt geschlagen von den aufgehetzten Untermenschen und er selbst mit Indianergeheul hinter roten Lappen in die ‚Michelhalle‘ geschleift, wo er dem ‚souveränen Volk‘ Rechenschaft ablegen mußte“. Dies seien die Genossen des Herrn Blumenstock.

In dieser Kontroverse um die Haltung Blumenstocks konnte es nicht ausbleiben, daß man sich jetzt auch für die konsequent antifaschistische Haltung der Wochenschrift revanchierte: am 18. März schickte das Bezirksamt Polizisten in die Graphische Werkstätte von F. Huber in die Kesselstraße, um dem Verleger und Drucker mitzuteilen, daß die fällige Ausgabe Nr. 1 756 nicht fertiggestellt werden dürfe, weil der „Alt Offenburger“ auf Grund der Notverordnung vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres verboten worden sei.<sup>37</sup> Geck eilte sofort zum Bezirksamt, „um die Gründe der ihm unbegreiflichen Verfügung kennen zu lernen. Der Herr Polizeiamtman, der wahrscheinlich die Verfügung zu vertreten hatte, wußte keine akute Veranlassung überzeugend anzugeben. Ihm

schien die frühere politische Stellung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Ad. Geck das ausschlaggebende Motiv gewesen zu sein. Die letzten Ausgaben der Wochenschrift boten keinen tatsächlichen Anlaß zur Anwendung der Notverordnung der neuen Regierung“. Anschließend begab sich Geck zum Landrat, „der offenbar zu dem Vorgehen keinen Anlaß gegeben hatte, um ihn zu bitten, aus den amtlich hinterlegten Exemplaren des „Alt Offebg.“ festzustellen, daß während der kurz hinter uns liegenden Reichstagswahlzeit im Blatte Geck keinerlei parteipolitische Stellung zur Sozialdemokratie, nicht einmal ein Inserat veröffentlicht wurde“. Der Landrat wollte das am Abend noch nachprüfen, aber als Geck anderntags vorsprach, war dieser dienstlich verreist. Die Polizei teilte ihm mit, daß es bei dem „Verbot bis auf weiteres“ bleibe. Geck konnte vom 1. 4. 1933 an zu der von Franz Huber herausgegebenen „Ortenauer Rundschau“ ausweichen; seine fast regelmäßig erschienenen Beiträge behandelten meist „geschichtliche Forschungen aus Offenburg aus dem vorigen Jahrhundert, sodann Humoresken im heimischen Dialekt“. Außerdem verfaßte er zahlreiche biographische Skizzen über bekannte Offenburger.

Was in der Stadt lebte und webte, hatte eine Vergangenheit, die er den Menschen nahebrachte, zu der er Brücken schlug. Das hatte er mit dem „Alt Offeburger“ so gehalten, das führte er in der „Ortenauer Rundschau“ fort. Ihm kam zugute, daß ihn „ein seltenes Erinnerungsvermögen“ auszeichnete: „Obwohl so vieles erlebt, er weiß Bescheid um Kleinigkeiten, mit Leichtigkeit kann er erzählen von Episoden, die andern aus dem Gedächtnis fast oder ganz entschwunden sind . . .“ („OR“ 10. 2. 34). Und immer bereitete er damit den alten Offenburgern Freude; als er im Juni 1933 in der „OR“ über die alte Klosterschule schrieb, bedankte sich Maria Gregoria, „ein Alt-Offenburger Kind“, auch im Namen des ganzen Konvents, ganz herzlich und bat ihn ins Kloster, um ein gemütliches Stündchen in alten Erinnerungen zu verbringen.<sup>38</sup>

Als er 80 Jahre alt wurde, brachte die „OR“ am 10. 2. 34 einen längeren Jubiläums-Aufsatz, in dem natürlich die politische Vergangenheit Gecks ausgespart bzw. nur in Reverenz gegenüber der Obrigkeit angedeutet wurde — der Rückblick sei nicht restlos befriedigend —, was auch unterschiedlich interpretiert werden konnte, den Offenburgern aber seine besonderen Verdienste um die Kulturgeschichte der Stadt und ihrer sozialen Einrichtungen in Erinnerung brachte: „Im Grunde eine gütige, seelenvolle Natur hat Adolf Geck sich immer zu den Armen und Schwachen besonders hingezogen gefühlt, und wenn sich ihm Gelegenheit bot, ein soziales Werk in unserer Stadt zu fördern oder anzuregen, hat er es stets getan. Kindergärten, Wasserleitung, Krankenhaus, Schaffung von Einrichtungen der Volkshygiene, sie lagen ihm sehr am Herzen wie die Sauberkeit in der Gemeindeverwaltung überhaupt“. Nicht vergessen wurde er natürlich an seinem Festtag vom Karnevalsverein Offenburg, der ihm zur Vollendung des 80. gratulierte: „Wir wissen nur zu gut, welche große und auch erfolgreiche Arbeit Sie für die Förderung und Erhaltung heimischer Fastnacht durch Ihre originalen und originellen Schöpfungen geleistet

haben. Dafür danken wir Ihnen herzlich. Wenn auch bei uns Jüngeren nicht alles so geworden ist, wie wir das selbst gewünscht haben, den guten Willen hatten wir, die Tradition fortzuführen, die Sie geschaffen haben“<sup>39</sup>.

Leider kam der von der „OR“ Geehrte mit seinem Vetter Franz Huber, der den Druckereibetrieb am 2. 4. 29 pachtweise übernommen hatte, übers Kreuz, so daß er ein anderes Wirkungsfeld suchen mußte. Da er erfahren hatte, daß das ebenfalls einmal verbotene „Sonntagsblatt“ in Stuttgart seit Ende 1933 wieder erscheinen durfte, versuchte er zunächst einmal im Juni 1934 die Aufhebung des Verbotes für seine Zeitung zu erreichen. Ebenso erfolglos blieb seine Bitte als alter Bürger, „der nächstens das 81. Lebensjahr vollendet“, die er im Januar 1935 an den Landrat richtete. Die Unterdrückung seiner Wochenschrift sei wohl „auf irrtümlicher Auffassung in der damals politisch sehr erregten Zeit“ zurückzuführen. Da das Verbot „bis auf weiteres“ ausgesprochen worden sei, dürfe angenommen werden, „daß es sich nicht um eine Zielgebung ad calendae graecas handelte. Die Folgen des Verbotes, die zur Vernichtung meiner kunstgewerblichen Existenz führten, waren damals nicht abzusehen. Heute steht meine Druckerei still; die Verkaufsbemühungen waren bisher erfolglos“. Geck bat um eine persönliche Aussprache, von der wir nicht wissen, ob sie stattgefunden hat. Doch nach diesem Fehlschlag fand sich zu beiderseitigem Nutzen ein Nothelfer: die „Offenburger Zeitung“, mit der er in der Vergangenheit oftmals die Klängen gekreuzt hatte. Da schrieben doch einmal drei Finanzbeamte, 2 Regierungsräte und ein Rendant, an Adolf Geck zum 70.: „Als alte Offenburger und eifrige Leser Ihres Blattes nehmen wir nachträglich Anteil an Ihrem Wiegenfeste und senden unsere herzlichsten Glückwünsche mit dem frommen Wunsche, daß Sie der Himmel noch recht lange in guter Gesundheit u. Lebenskraft uns erhalten möge zu Nutz und Frommen der ‚alten Offenburger‘. Aber schimpfen dürfen Sie nit so viel uff d’Offeburger Zittung uns Parlament, des sin auch guete Littli un maines nit schlecht“. Nun meinte es zwar die „OZ“ gut mit ihm, aber leider nicht die Partei, die ihn nicht aus den Augen verlor, was ihm Ludwig Rappenecker zum Jahreswechsel in einem Dankschreiben vom 2. 1. 1936 schonend beigebracht hatte: „Ihnen selbst danke ich für die im letzten Jahr gewährte und uns und unseren Lesern wertvolle Mitarbeit, die dazu beitrug, unsere „Offenburger Zeitung“ interessant und lesenswert zu gestalten. Gerne hätten wir Ihr reiches Wissen und Ihre gewandte Feder noch recht oft und recht viele Jahre in Anspruch genommen, aber leider wurde uns von höherer Stelle ein Strich durch die Rechnung gemacht“<sup>41</sup>.

*„Du bist frei, aber nicht in der Freiheit“*

Damit wurde ihm ein wesentlicher Teil seines Lebensinhaltes genommen. Der alte Freiheitskämpfer konnte seine eigene Situation nicht besser ausdrücken als mit den Worten, mit denen er Ende 1935 den aus der Haft entlassenen Ernst Engelberg vor seinem „Häusle“ in der Zähringerstraße empfing: „Du



bist frei, aber nicht in der Freiheit!“<sup>42</sup> Die Lebensumstände waren für ihn schwieriger geworden. Wenngleich er von seiner Tochter Rohtraud seit 1936 so gut betreut wurde, wie er es von seiner Familie immer gewohnt war, so mußte es ihm doch schwerfallen, im öffentlichen Leben nicht mehr mitreden zu dürfen. Ein zeitlebens so agiler Mensch wie Geck war nicht fürs Altenteil geschaffen. Trotz alledem verlor er den Humor nicht, und in seinem originellen Stil gratulierte er wie eh und je poetisch im Dialekt s’Schlosser Burgert’s Schossefin zuem siwezigjährige Lewesdag, unterschrieben: Bohnenburg, am 23. Jänner 1938 A. Dolfus.

„Es ist stille geworden um den alten Freund Offenburger Originalität, den Gestalter so mancher frohen Abends Fastnacht“, schrieb die „OR“ am 11. 2. 1939 zur Vollendung des 85. Lebensjahrs. Was Geck als sein schriftstellerisches Lebenswerk betrachtete, die Jahrgänge des „Alten“ von 1899 bis 1933, rechtfertigt die Feststellung des Gratulanten: „und jeder, der sich mit Offenburger Geschichte befaßt, wird bei dieser und jener Gelegenheit, auf einen Beitrag Adolf Gecks stoßen“. Daß es still um Geck geworden war, bedeutete keinesfalls, daß er sich isolierte oder daß man ihn vergessen hatte: 1939 weilte er als Ehrengast bei der Einweihung des Scheffel-Denkmal in Gengenbach,<sup>43</sup> und anlässlich der feierlichen Enthüllung eines Denkmal für Carl Isenmann in Gengenbach schrieb „Der Führer“ am 24. 7. 1939: „Als weiterer und herzlich begrüßter Gast stellte sich Adolf Geck, Offenburg, ein, um ebenfalls der Ehrung seines einstigen Lehrers beizuwohnen“. Mit 87 Jahren traf er sich noch mit seinen Stammtischfreunden Wilhelm Clauss, Fritz Jenewein u.a. im „Zähringer Hof“.<sup>44</sup> Nicht zuletzt muß hier erwähnt werden, daß Adolf Geck bis zu seinem Tode mit seiner Mitgliedschaft dem Historischen Verein für Mittelbaden die Treue hielt.

Der engagierte Kriegsgegner, der in seiner pazifistischen Zeitschrift nicht müde wurde, den Militarismus anzuprangern und für den Frieden zu kämpfen, mußte nach der Machtübergabe der Nationalsozialisten und der von ihnen forcierten Aufrüstung noch einen zweiten Weltkrieg erleben, ohne daß ihm die Genugtuung über das Ende der nat. soz. Herrschaft und die Freude an einem demokratischen Neuanfang vergönnt waren. Er starb am 13. April 1942, „früh im Morgensonnenstrahl, der über die Berge der Heimat auf sein Lager fiel“, im 89. Lebensjahr. Als man am 13. 4. 1946 im engen Kreise seiner gedachte, würdigte der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Ludwig Dielenschneider, in seiner Rede „das von höchstem Idealismus und unermüdlichem Schaffen getragene Wirken Adolf Gecks, das bis in unsere Tage hineinragt und seine Früchte trägt. Seltene volkstümliche Rednerbegabung, kompromißloser politischer Kampf für den Sieg des Sozialismus, der die edelste Kulturbewegung überhaupt sei, unbestechliche Sauberkeit journalistischer Tätigkeit, Liebe zur Heimat, zur Arbeiterschaft, das waren neben vielen anderen die hervorstechendsten Eigenschaften des Mannes, der immer für die Einigkeit der Schaffenden eingetreten und an den Sieg der Idee geglaubt hat“.<sup>45</sup>

## Anmerkungen

### Abkürzungen:

D'r alt Offeburger = der „Alte“; GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe; IISG = Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam; KP = Kommunistische Partei; NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; MSPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mehrheits-Sozialdemokratie); OR = Offenburger Rundschau; OZ = Offenburger Zeitung; RGO = Revolutionäre Gewerkschaftsopposition; Schupo = Schutzpolizei; StAO = Stadtarchiv Offenburg; szd. = sozialdemokratisch; USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; VSPD = Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die in Klammern gesetzten Daten = jeweiliges Erscheinungsdatum der Zeitschrift „D'r alt Offeburger“.

- 1 Der 1. Teil: „Von der ‚Roten Feldpost‘ zum Arbeiterrat“ ist erschienen in: Die Ortenau 62 (1982), S. 212—301; als Sonderdruck, Kehl 1982. Dort zu korrigieren: S. 248, 3. Z. v. oben „Sozialistenkongreß“.
- 2 GLA 69 N 1 No. 1219.
- 3 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Band III, 2. Buch, Moskau 1972, S. 496 ff.; Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, 1921.
- 4 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Glashütten im Taunus 1976 (Nachdruck Berlin 1920), S. 388.
- 5 GLA 69 N 1 No. 1693. Flugblatt der USP Offenburg v. 28. 10. 1920, No. 1272 u. No. 1275.
- 6 StAO Nachlaß Monsch, handschriftl. Manuskript.
- 7 Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, dtv München, Juni 1978, S. 109.
- 8 Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1834, Stuttgart 1970, S. 487.
- 9 Der Biberacher „Anzeiger vom Oberland“ v. 1. 9. 1921 erwähnt nur kurz, daß Geck an die gemeinsame parlamentarische Tätigkeit mit Erzberger, der immer ein lauterer und aufrichtiger Charakter gewesen sei, erinnert habe: „Jetzt sei er den infernalischen Mächten erlegen, die sich gegen die neue Ordnung der Dinge auflehnten“ (Frdl. Mitt. v. Landratsamt Biberach a. d. Riß, Kreiskultur- und Archivamt, Dr. Diemer, 31. 5. 1983).
- 10 Georg Carl Hellmuth Hermann Erhardt, geb. 29. 11. 1881 in Diersburg, Sohn des Pfarrers Georg E. und der Maria Elisabeth geb. Wußler (Frdl. Mitt. des Evang. Oberkirchenrates Karlsruhe v. 13. 6. 83); D'r alt Offeburger v. 4. 4. 26.
- 11 Vgl. Herbert Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, Göttingen 1958; Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrags. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922—1926, Köln u. Opladen 1956.
- 12 GLA 69 N 1 No. 1703.
- 13 GLA 69 N 1 No. 1693. Flugblatt v. 28. 10. 20.
- 14 Unser Jahrhundert im Bild, Gütersloh 1974, S. 269.
- 15 Gustav Stolper, Karl Häuser, Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1966, S. 102 ff.
- 16 Dazu: Hans-Peter Lux, Unruhige Jahre. Der Beginn der Weimarer Republik, in: Die Freiheit ist noch nicht verloren. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Oberrhein, Hsg. Arbeitskreis Regionalgeschichte Oberrhein, Freiburg i.Br. 1983, S. 107—124.
- 17 GLA 69 N 1 No. 1280. Karl Buggin, Brombach, 30. 10. 23 an A. Geck.
- 18 GLA 69 N 1 No. 1280. J. Kopp, Breisach, 10. 11. 23 an A. Geck.
- 19 Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 1974, S. 247.
- 20 Volksfreund, 29. 12. 23.
- 21 GLA 69 N 1 No. 1288. Tony Sender, Frankfurt a.M. 29. 3. 1924.
- 22 GLA 69 N 1 No. 1289.

- 23 GLA 69 N 1 No. 2652. Georg Monsch, Offenburg, 2. 8. 1927, an Marie Geck.
- 24 Inventar des Nachlasses Adolf Geck im GLA, bearb. von Günther Haselier, Stuttgart 1975, No. 319.
- 25 GLA 69 N 1 No. 1298.
- 26 IISG Nachlaß Bernstein D 194, Offenburg 31. 5. 27, 3. 6. 27.
- 27 Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878—1949. Hrsg. von Joseph Becker, Stuttgart 1964, S. 236 ff.: Der Fall Lohmann und die geheime Aufrüstung.
- 28 Ruge, 328.
- 29 GLA 69 N 1 No. 2686.
- 30 GLA 69 N 1 No. 2719.
- 31 Hansmartin Schwarzmaier, Der badische Landtag, In: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1982, S. 243.
- 32 Brüning, 260 ff.
- 33 Brüning, 289.
- 34 Dazu: Brüning, 618 f.; Karl J. Newmann, Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie, Europa 1918—1938, Köln 1965, S. 282 f.; Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a.M. 1968, S. 161; André François-Poncet, Als Botschafter in Berlin 1931—1938, S. 56.
- 35 Gerhart Binder, Epoche der Entscheidungen, Stuttgart 1966, S. 269 ff.
- 36 Richard Bätz und Otto Schneider, Offenburg, wurden im Mai 1933 auf den Heuberg gebracht (Offenburger Tagblatt v. 10. 5. 33).
- 37 GLA 69 N 1 No. 696.
- 38 StAO Nachlaß Geck.
- 39 StAO Nachlaß Geck.
- 40 StAO Nachlaß Geck, Schwetzingen, 14. 2. 23.
- 41 GLA 69 N 1 No. 698.
- 42 Frdl. Mitt. v. Prof. Dr. Ernst Engelberg, Berlin, 14. 11. 1981.
- 43 Günther Haselier, Adolf Geck als Politiker und Mensch im Spiegel seines schriftlichen Nachlasses, Sonderdruck aus der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 115, 1967, S. 427, Anm. 17.
- 44 StAO Nachlaß Geck, Wilhelm Clauss, Offenburg, 15. 4. 41.
- 45 Ortenauer Zeitung, 16. 4. 1946.

Für freundliche Unterstützung danke ich herzlich Stadtarchivar Michael Friedmann und seinen Mitarbeitern sowie dem GLA.

## Der Heimatschriftsteller Alban Stolz

Gedanken anlässlich seines 100. Todestages

*Udo Wasmer*

1983 jährt sich zum 700. Male die erste „gesicherte“ urkundliche Erwähnung Bühls und zum 100. Male der Todestag des berühmten Bühler Bürgersohnes — Alban Stolz. Aus diesen Anlässen veranstaltet die Stadt Bühl in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule des Landkreises Rastatt und der Kath. Kirchengemeinde „St. Peter und Paul“, Bühl ein sogenanntes Bühler Heimatkolleg 1983. Zu diesen heimat- und zeitgeschichtlichen Vorträgen lädt der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Bühl, Ulrich Wendt, ein. Höhepunkt soll eine Matinee-Veranstaltung am Sonntag, dem 16. Oktober 1983 zum 100. Todestag von Alban Stolz werden.

Es ist müßig, sich darüber zu streiten, ob überhaupt und welche der Schriften von Alban Stolz neu aufgelegt werden sollen. Es fände sich wahrscheinlich doch nur eine relativ geringe Leserschaft, die sich von der sprachlichen Könnerschaft angezogen fühlt. Alban Stolz stand natürlich auch immer in den geschichtlichen Ereignissen seiner Zeit, so daß uns doch vieles als überholt erscheinen mag. Das ist im Grunde genommen eigentlich schade, da dadurch seine große sprachliche Leistung mehr und mehr in Vergessenheit gerät. Alban Stolz hat sich vielfach zu den Tagesereignissen geäußert, und man wird zum Beispiel überrascht sein, sehr modern anmutende Überlegungen zur Gesellschafts- und Sozialpolitik bei ihm zu finden. Dabei sind Gedanken, die erst in neuester Zeit in die moraltheologische Diskussion der katholischen Soziallehre eingegangen sind.

Alban Stolz wurde 1808 in Bühl geboren. Sein Geburtshaus war gegenüber der alten Kirche, die heute als Bürgermeisteramt dient. Sein Vater war Apotheker, und nach langen Überlegungen und großen seelischen Kämpfen über Berufswahl und Studium entschloß sich Alban Stolz, kath. Priester zu werden. Nach Vikarsjahren in Rotenfels und vor allem in Neusatz, heute Stadtteil der Großen Kreisstadt Bühl, kam er über einige Umwege an die Universität in Freiburg, wo er viele Jahre als Professor der Pastoraltheologie und der Pädagogik lehrte. Am 16. Oktober 1883 starb er in Freiburg und wurde in der Friedhofskapelle, der sogenannten „Alban-Stolz-Kapelle“, in Bühl begraben.

Sicherlich kann man seine sechs Jahre als Vikar in Neusatz als die entscheidenden Entwicklungsjahre für ihn bezeichnen. Bisher wurden diese Jahre in Neusatz immer recht stiefmütterlich behandelt. Schuld daran ist sicherlich, daß einige unangenehme Dinge zusammenkamen. So war er z. B. im Pfarrhaus in Neusatz nicht sehr willkommen. Er schreibt selber über diese Zeit: „In Neusatz war man keineswegs eingerichtet, einen Vicar zu beherbergen. Es war seit Errichtung der Pfarrei noch niemals ein solcher in Neusatz gesehen worden. Der Pfarrer und noch mehr die zwei höchst alten, tauben Schwestern hatten gar keine Freude, daß ihrem Pfarrhaus ein Vicar aufgedrängt wurde. . . Das Allerärgste dabei war aber eine Unreinlichkeit, wie sie vielleicht in keinem Pfarrhause vorkommen mag.“<sup>1</sup>



Dazu kam, daß Alban Stolz einige Zeit brauchte, um mit den einfachen Leuten der damals abgelegenen Neusatzter Pfarrgemeinde ins Gespräch und einer gewissen Verstehensmöglichkeit zu kommen. Alban Stolz, obwohl selbst oft kränklich und von zarter Konstitution, übernahm Zug um Zug die eigentliche Pfarrersfunktion. Das Köstliche an dieser Sache ist, daß nicht der Herr Pfarrer dem Vikar die Anweisungen gab, sondern der Herr Vikar dem Herrn Pfarrer seine Aufgaben zuteilte, die dieser ohne großen Widerstand und so gut wie

<sup>1</sup> aus „Nachtgebet meines Lebens“, Freiburg 1885, S. 67

ihm möglich auszuführen trachtete. In Neusatz war es auch, wo Alban Stolz seine Erfahrungen im praktisch-pädagogischen Bereich machen konnte. Besonders am Herzen lag ihm die Unterweisung der jüngsten Schulkinder in der Erkenntnis, daß diese Kinder noch am ehesten zu formen und zu erziehen sind.

Da auch der Lehrer der Schule in Neusatz nicht den richtigen Zugang zu seinen Schülern fand und sehr häufig krank war, fühlte sich Alban Stolz gezwungen, mehrmals den ganzen Schulunterricht zu übernehmen. Er erzählte u.a. eine hübsche didaktische Geschichte: Er wollte den Schülern in Neusatz (einem kleinen Ortsteil oberhalb von Neusatz) das Wort „Pferd“ beibringen. Neusatz war damals so abgelegen, daß die Kinder noch nie ein Pferd gesehen hatten. Alban Stolz versuchte mit allen möglichen hinführenden Unterrichtsgedanken den Kindern über den Umweg von ihnen bekannten Tieren zum Wort „Pferd“ hinzuführen, was ihm dann auch mit viel Geduld gelang.<sup>2</sup>

Diese pädagogischen Erfahrungen waren es sicherlich, die es ihm ermöglichten, als Professor für Pädagogik an der Universität Freiburg lebendige Vorlesungen zu halten, da er von konkreten, meist selbst erlebten Gegebenheiten ausgehen konnte.

Dankenswerterweise hat die Kath. Kirchengemeinde „St. Borromäus“ in Bühl-Neusatz zum 200jährigen Bestehen der Pfarrgemeinde eine informative Schrift herausgebracht. Sie ist wichtig, da sie nach gründlichen Untersuchungen des Verfassers Karl Heinz Jutz ein anderes Bild über die Zeit von Alban Stolz in der Gemeinde Neusatz darstellt. Zum einen hat Alban Stolz zu der bäuerlichen Pfarrgemeinde mit der Zeit ein sehr gutes Verhältnis gehabt, da er viel Verständnis und Einfühlungsvermögen gerade für die Armen und Kranken und Notleidenden bewies, das z. B. soweit ging, daß er aus seinen Mitteln ein junges Brautpaar unterstützte, so daß es heiraten konnte.

Alban Stolz habe nie ein Kind geschlagen, und trotzdem sei immer Ruhe und Ordnung in seinem Unterricht gewesen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß er auch nach seinem Weggang von Neusatz immer wieder das ihm sehr ans Herz gewachsene Dorf besuchte und durch großzügige Almosen, wo immer er konnte, half. Das wohl wichtigste Erlebnis für Alban Stolz in Neusatz war eine Art Vision, die ihn dazu aufforderte, für das Landvolk Kalender zu schreiben. Und hier ist eine der großen schriftstellerischen Leistungen zu würdigen, die er mit der Verfassung vieler Kalender zeigte. Gerade aus seinen Erlebnissen in der Landschaft und unter den Menschen von Neusatz gewann er viele Geschichten, mit denen er seine Kalender so lebendig machte.

Alban Stolz steht hier in einer großen Tradition, die auch im Bereich der Ortenau seine Vorgänger hatte. Wie wir wissen, haben diese Kalender im letzten

---

<sup>2</sup> ebd. S. 70, 3. Abs.

Jahrhundert eine große Wirkung für alle Gesellschaftsschichten gehabt. Sie waren Lehrbuch und Unterhaltung zugleich, Lebenshilfe, die auch als Hilfe für den Alltag gedacht war. Der Kürze wegen soll nur ein anderer Kalenderschriftsteller genannt werden, freilich aus früheren Zeiten, nämlich Grimmelshausen, der ja auch sein dichterisches Schaffen mit dem Abfassen von Kalendern begonnen hatte. (Übrigens scheint es verwandtschaftliche Beziehungen über die Jahrhunderte hinweg von Grimmelshausen zu der Familie Stolz gegeben zu haben.

An dieser Stelle läßt sich ein Hinweis einschieben auf den anderen großen Kalenderschreiber und Volksschriftsteller Johann Peter Hebel. Hebel und Stolz schreiben im Grunde genommen aus denselben Motiven und Absichten heraus. Bei beiden steht im Hintergrund die pastorale Absicht und die Unterhaltung mit lebendigen Darstellungen. Ein größerer Vergleich würde über diesen Aufsatz hinausgehen. Deshalb sei nur ganz kurz festgestellt, daß Johann Peter Hebel immer gern das Anekdotische bevorzugt. Dazu gehört, daß er sehr häufig für seine Personen die zutreffenden Namen erfindet z.B. Zundelfrieder, Zundelheiner u.a. Um es von der bildenden Kunst her zu kennzeichnen, liegt Johann Peter Hebel der Holzschnitt besser und Alban Stolz das Aquarell.

In fast allen Kalendern von Alban Stolz können wir ausgezeichnete Naturschilderungen finden, die oft in religiöse, pastorale Mahnungen übergehen. So beschreibt er z.B. einen Morgen, den er in der Schule von Neusatzeck verbracht hatte: „Ein ganz wunderbarer, feenhafter Anblick war es mir mit diesem Morgen, als ich von der Höhe zurückkam, wie über einen frischgrünen Abhang das Wasser breit hinabrieselte und die Sonne sich darin spiegelte. Dieses silberne Flimmern zwischen dem ruhigen, frischen Gras hatte eine ganz eigentümliche Schönheit für die Augen. Es faßte mich ein so hohes Gefühl, wie die Naturgesetze so groß und doch so harmonisch die Welt umspannen und lebendig um und über uns wehen.“<sup>3</sup>

Alban Stolz führte ein sehr einfaches, ja kärgliches Leben, obwohl er von zu Hause aus nicht unbegütert war und für seine Schriften und Kalender im Laufe der Zeit ziemlich hohe Einnahmen hatte. Das einzige, was er sich wirklich gönnte, waren seine geliebten Reisen in fremde Länder, die er sehr anschaulich schildert. Schon 1843 reist er nach München, 1844 ins Rheinland, nach Holland und Belgien. Im folgenden Jahr besucht er das benachbarte Elsaß. Die nächsten Ziele sind die Schweiz und Oberitalien. 1846 finden wir ihn in Tirol, Salzburg und Wien, Prag, Dresden und Berlin; in einem weiteren Jahr war Graubünden, das Engadin und Südtirol sein Reiseziel, Triest und Verona. Ein Besuch von Spanien lag ihm sehr am Herzen; endlich konnte er sich 1850 diesen Wunsch erfüllen. Und jetzt werden die Reisen immer weiter: 1851 - England, 1852 - Konstantinopel, Malta und Sizilien. Sehr eindringlich schil-

---

3 zitiert von Otto Gartner in „Bühler Blaue Hefte“ Nr. 2/1958

dert er die große Reise nach Palästina, Ägypten und Griechenland. Und jetzt erst im Frühjahr 1857 reist er für einige Wochen nach Rom. Neben der Schweiz war es vor allem Vorarlberg (das Ländle, wie man dort auch heute noch sagt), das er mehrmals aufsuchte.

So wie er selbst durch diese Reisen seinen geistigen Umkreis vergrößern konnte, so interessant waren für die Leser der damaligen Zeit diese eindrucksvollen Beschreibungen.

Es wird berichtet — und es paßt auch gut zum Wesen von Alban Stolz, wenn er auf seinen Reisen zuweilen die Bahre gänzlich verlassener und armer Menschen getreu dem Gebote Christi zu Grabe geleitet hat. Helfen, aber richtig helfen, das war ihm innerste, menschliche und religiöse Pflicht, wobei er einmal äußert, man solle nicht geringe Almosen geben, da diese den in Not geratenen Menschen nur für kurze Zeit helfen. Dafür plädiert er, daß man nach Möglichkeit eine größere finanzielle oder auch sonstige Hilfe gebe, die den Menschen wirklich weiterhilft. Sicherlich steckt dahinter schon der moderne Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe.

In der Zeit als Professor in Freiburg wurde er durch seine Schriften, vor allem den Kalendergeschichten mehr und mehr bekannt, und selbst Eichendorff erkannte und anerkannte literaturgeschichtlich die poetische Größe von Alban Stolz, den er den Prophetendichter „Daniel“ nannte. Schon Eichendorff fiel die seelische Tiefe auf, die hinter den Schilderungen und Beschreibungen steckte. Wie wir wissen, hat Alban Stolz schon in früher Jugend einen großen Teil der deutschen Klassiker eindringlich gelesen, wobei ihn Goethe in seiner Naturverbundenheit offensichtlich am meisten beeindruckt hat. Aber lassen wir doch Alban Stolz zu Wort kommen. Eine kleine Wanderung vom Erlensbad nach Sasbachwalden und zum Brigittenschloß regte ihn zu folgender Schilderung an: „Unser Herrgott läßt einem dort oben ein Stück Erdreich sehen, besonders wenn's hell Wetter ist, so schön, als wie der Teufel unserem Heiland bei der Versuchung auf dem Berg kein schöneres gezeigt haben kann. Jawohl, da ist es schön! Hinter dir liegen die Hornisgrinde, dunkle gewaltige Waldberge mit dem düsteren Mummelsee im Schoß, um dich liegen Felsstücke so groß wie Kirchen und so frech umher, als hätten weltgroße Riesen damit gewürfelt — und vor dir neigt sich das Gebirge lieblich und lieblicher hinab bis ins große Rheintal. Oben streifen noch Tannwälder wie dunkelgrüne Bänder dem Berg um das Haupt, und auf dem feinen Gras und Bergkraut weidet die Kuh und die Geiß, und weiter unten kommen die mächtigen Kastanienbäume und das Laubholz; Reben und Felder laufen über Hügel hin, und weiter unten kommen die Wiesentäler, und es glitzert Bach und Bächlein hindurch wie geschmolzenes Silber. Und nun kommen Dörfer und Städte und der Rheinstrom und das blaue üerrhein Gebirge.“<sup>4</sup>

---

4 ebd.



Die nächste Textstelle zitiere ich vor allem deshalb, daß der „geneigte Leser“ wie es früher so schön in den alten Geschichten und Kalendern hieß, selbst etwas erkennen kann von der inneren Haltung des Autors. „In der Ortenau liegt ein hoher, dunkler Berg, lang und schwarz dahingestreckt, wie ein ungeheurer Riesensarg und bis in den Sommer hinein mit Schneestreifen befleckt. Dieses gewaltige Felsenwerk heißt man Hornisgrinde. Auf diesem Gebirge liegt zwischen hohen, stillen Bergwänden ein See, der Mummelsee. Rings um ihn stehen graue Felsen und schwarze Tannen und in die Höhe und schauen herab in das tiefe, unergründliche Gewässer. Nur wenig Himmel sieht man über sich und weit und breit keine menschliche Spur, kein Feld, kein Weg, kein Laut; wie wenn du der erste Mensch wärest, der diese Einöde betritt. Nur still wie ein Geist schwebt ein weißer Schmetterling über die Höhe, und dem Ufer nahe sitzen schwarze Molche unter dem Wasser, wie im stummen Stauen verloren und erstarrt. Aber kein Fischlein regt sich und lebt in diesem dunklen Wasser. Nur ein kühles Bächlein drängt sich aus dem See heraus und sucht zwischen Wald und Feld einen wilden Weg zu den Menschen hinab ins ferne Tal. Und wenn du dahinsitzest und alles so unendlich still und einsam um dich ist, und du schaust über den tiefen, grundlosen See hin und zu den uralten Felsen und melancholischen Tannenbäumen um ihn her, da wird es dir sehr wunderbar im Gemüte, wie wenn du nicht mehr auf der Erde wärest; und es kommt dir vor, als wolltest du aus tiefster Seele heraus bitterlich weinen, lang und ohne Unterlaß und weißt nicht warum.“<sup>5</sup>

Es ist sehr reizvoll, diese Stelle mit der Beschreibung zu vergleichen, die Grimmelshausen seinen Einsiedler Simplizissimus von der Höhe der Moos (des Moosberges im Schwarzwald) hinunterschauen läßt in das Rheintal bis hin zum Straßburger Münster. Außerdem drängt sich an dieser Stelle und nicht nur an dieser ein Vergleich auf mit Schilderungen von Adalbert Stifter, vor allem dort, wo Stifter einen See in seinen heimischen Bergen beschreibt.

Um noch einmal die Beobachtungsgabe und die Wortgewandtheit von Alban Stolz zu dokumentieren, sei noch ein weiterer Text zitiert:

„Schon im Frühjahr, wo noch nichts grün war, aber Sonnenschein und milde Luft ihren stillen Segen über Flur und Wald gebetet haben, da hat es auch im Menschenherz gegärt, als sei der Mai schon vor der Tür und man dürfe nur sagen: Komm herein. Jetzt aber ist er gekommen. Lug, wie prächtig jetzt die Erde angetan ist: Schau das Meer der Fruchtfelder, wie wohliger Sonnenwind es wogen macht zu grünen Wellen, und die rote und blaue Kornblume darin schwankt, als hörte sie Musik und wiegte wonniglich den Kopf dazu. Ist's vielleicht die Feldgrille mit ihrem Geigenstrich, ist's vielleicht der Wachtelschlag zwischen den Furchen, ist's vielleicht das Lerchenlied von blauer Himmelhöhe herab? Und auf der Wiese, da ist jetzt großer Staat, weiß und rot und gelb hebt sich üppig stolzer Blumenflor empor über grünem Gras und Kräuterge-

---

5 ebd.

flecht, wie an hohem Feiertag schöne Jungfern in rechtschaffenen Familien und Gemeinden — und am Wassergräblein spielt und liebäugelt das Vergißmeinnicht und der Weidenbusch.“<sup>6</sup>

Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß Alban Stolz vor allem als Heimatschriftsteller seine eigentliche, große Bedeutung besaß. Dabei blieb er freilich der katholische Priester, der mit der Gabe seines sprachlichen Könnens seinem Schöpfergott und dem Wohle der Menschen dienen wollte.

Über seine Zeit als Professor an der Universität in Freiburg, soll hier nur wenig berichtet werden. Denn es gehört nicht zu unserem Thema heute und würde diesen Beitrag sprengen. Er war von den anderen Universitätsprofessoren schon deshalb nicht sehr beliebt, da er, zumindest zeitweise, die meisten Hörer hatte. Soweit bekannt, war er eigentlich nur mit dem anderen großen Einzelgänger an der Universität in Freiburg, nämlich mit Franz Josef Ritter von Buß, befreundet.

Beide waren große Einzelgänger, die sich sowohl mit ihren Universitätskollegen, wie auch mit dem Großherzoglichen Ministerium des Innern anlegten. Man muß dies auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat in jener Zeit sehen. Gefährlich wurde es, als Buß seine Schrift veröffentlichte „Der Unterschied“, in der er die Mißstände an der Universität Freiburg bezüglich des Mißbrauchs der katholischen Stiftungen mit Akten und Unterlagen vor der Öffentlichkeit anprangerte. Das Ministerium drohte mit seiner Versetzung und Pensionierung. Nur der mutigen und sachlichen Fürsprache seines Kollegen Alban Stolz hatte es Buß zu verdanken, daß das Verfahren eingestellt wurde<sup>7</sup>.

Die Gemeinde Neusatz pflegt in dankenswerter Weise einen Spazierweg, von dem überliefert ist, daß er von Alban Stolz gerne begangen wurde. Auf diesem Weg findet sich ein einfaches großes Holzkreuz, auf dem in einer schlichten Tafel festgehalten ist, daß dies der Lieblingsaufenthalt des Heimatschriftstellers Alban Stolz war. Und auch heute noch ist der Blick von dieser Stelle aus bezaubernd. Man hat von dort oben eine herrliche Sicht auf das Neusatzer Tal und vor allem auf die Gemeinde Neusatz, aus deren Mitte die Kirche herausragt. Dann mündet das Neusatzer Tal in die Rheinebene ein, und an klaren Tagen ist in der Ferne das Straßburger Münster zu sehen.

Werke: Ein Verzeichnis der Schriften von Alban Stolz ist enthalten in dem Sonderheft „Alban Stolz“ der „Bühler Blauen Hefte“ Nr. 2/1958, Bühl/Baden.

Als sein literarisch bestes Werk gilt der „Kalender für Zeit und Ewigkeit“ 1843—1888 (mit Unterbrechungen). Die Gesamtheit der Kalender erschien später in 4 Sammelbänden, deren Titel Alban Stolz selbst bestimmte: Kompaß für Leben und Sterben; Das

---

6 ebd.

7 A. Ehrenfried, F. J. Ritter von Buß. Zell a.H. 1977, S. 29

Vaterunser und der Unendliche Gruß; Wacholdergeist gegen die Grundübel der Welt; Die Nachtigall Gottes.

Reiseschilderungen: Spanisches für die gebildete Welt (1853); Besuch bei Sem, Cham und Japhet (1857) u.a.

Heiligenleben: Legende oder der christliche Sternhimmel (1850/60); Elisabeth von Thüringen (1865).

Kirchenpolitische und religiöse Kleinschriften. Sie kamen auch geschlossen heraus unter dem Titel „Kleinigkeiten“ (1872; 1913).

Autobiographische Werke: Witterungen der Seele (1867); Wilder Honig (1870); Dürre Kräuter (1877); Lichte Höhen (1922); Nachtgebet meines Lebens (1885).

Theologische Werke.

Das gesamte Werk von Alban Stolz kam auch zweimal geschlossen heraus: Oktavausgabe 21 Bde. Freiburg, 2. A. 1910/13; Volksausgabe 14 Bde., Freiburg 2. A. 1920/27. (Predigten, von Julius Mayer (1. Band) und Josef Ries (2. und 3. Band), Freiburg 1921)

## Bernhard Borst (1883—1963)

Ein Reformier im Siedlungsbau der zwanziger Jahre

*Klaus Weschenfelder*

Architekt durfte sich der Baumeister Bernhard Borst nicht nennen, und es muß ihn manchmal schmerzlich getroffen haben, insbesondere als ihm die städtischen Behörden die Beiziehung eines akademisch ausgebildeten Architekten verordneten, während der Offenburger in München die „Borstei“ errichtete.<sup>1</sup> Andererseits betonte Borst, der die Königliche Baugewerksschule (heute Fachbereich Architektur der Fachhochschule) in München absolviert hatte, wiederholt und voll Stolz seine Rolle als Baumeister. Die traditionelle Verbundenheit mit der handwerklichen Seite des Bauens wurde schließlich auch zu einem Charakteristikum seiner Arbeit, und heute, da auf Tausende



*Bernhard Borst (Foto F. Borst, München)*

1 Diese Darstellung beruht in weiten Teilen auf meiner Arbeit „Die Borstei in München. Ein konservatives Siedlungsmodell der zwanziger Jahre“. *Miscellanea Bavarica Monacensia (MBM)* Bd. 99, Neue Schriftenreihe des Münchner Stadtarchivs, hrsg. von K. Bosl und M. Schattenhofer, München 1980, auf die hier, um auf Fußnoten weitgehend verzichten zu können, generell verwiesen werden soll. Außer den dort genannten Quellen und der einschlägigen Fachliteratur wurden für diesen Beitrag noch herangezogen: O. Kähni/F. Huber, Offenburg. Aus der Geschichte einer Reichsstadt — Offenburger Köpfe, Offenburger Persönlichkeiten. Offenburg o.J. (1951), S. 156—161 — „Ortenauer Rundschau“ und „Offenburger Tagblatt“.

von Architekten nur wenige kommen, die eine Bauaufgabe wirklich meisterhaft lösen können, hat der ‚Baumeister‘ wieder einen anderen Klang.

Bernhard Borst war gebürtiger Offenburger und ist, wengleich seit 1896 bis zu seinem Tode in München lebend, seiner Heimatstadt immer verbunden geblieben. Für manches, was in seine späteren Häuser eingegangen ist, mag Borst in Offenburg Beispiele gesehen haben, betrachtet man etwa die zahlreichen kunstvollen schmiedeeisernen Gitter, die an den Borstei-Portalen Verwendung gefunden haben. Die Sandsteinskulpturen, Kopien nach Arbeiten aus dem spätbarocken Schloßgarten von Veitshöchheim, die Borst 1938 in einem der Borstei-Gärten aufstellen ließ, spiegeln vielleicht einen Eindruck aus den Anlagen des Offenburger Vinzentiushauses, deren offensichtlich unter dem Eindruck Dietz'scher Gartenplastik um 1764 entstandenen Genrefiguren den heiter-verspielten Geist der Gartenkunst des ausgehenden 18. Jahrhunderts atmen.

In Offenburg verbrachte Borst teilweise seine Kindheit, hier war er am 23. 2. 1883 als Sohn des Joseph Borst und dessen Frau Anna, einer geborenen Schwend, zur Welt gekommen. Der Vater hatte sich erst kurz zuvor hier niedergelassen, wo er als Reisender der Zigarrenfabrik Janz geschäftlich zu tun hatte. Die Mutter stammte aus der eingessenen Familie des Maurermeisters Joseph Schwend, dem das Domizil der jungen Familie, das Haus in der Webergasse 19, gehörte.<sup>2</sup>

Joseph Borst betrieb hinter dem Gasthaus ‚Zum Kaiser‘, dem heutigen ‚Bräustüble‘ in der Lange Straße, einen kleinen Zigarrenladen, versuchte sich aber später auch noch in anderen Geschäften. Das Wohnhaus der Familie, dieses kleine unbedeutende Häuschen, sollte später noch eine wechselvolle Geschichte erleben. Nach dem Wegzug der Borsts lebte dort zeitweise Karl Schwend, der Bruder Annas.<sup>3</sup> Im Jahre 1954 schenkte die Stadt Offenburg ihrem inzwischen bedeutend gewordenen Sohn das Anwesen, worauf dieser das Häuschen abreißen und in ähnlicher Form neu wiederaufbauen ließ, um es jeweils einem verdienten Offenburger Künstler als kostenlose Wohnstätte mit Atelier zur Verfügung zu stellen. 1955 zog der mit Borst befreundete Maler und Graphiker Emil Brischle (1884—1966) dort ein. Brischle hatte in Berlin, München und Paris studiert und arbeitete in seinen Stilleben zunächst unter dem Einfluß der holländischen Kunst des 17. Jahrhunderts. Später griff er Anregungen des Impressionismus auf und strebte, in unterschiedlichen Versuchen der Bewältigung des Kolorismus, in den zwanziger Jahren den Anschluß an die Kunst seiner Zeit zu schaffen. Offensichtlich gelang dies nicht. Während ihm die Literatur der zwanziger Jahre noch eine gewisse Aufmerksamkeit schenkte,<sup>4</sup> ist es

2 Ortenauer Rundschau vom 1. 4. 1933.

3 Dessen Sohn Joseph wiederum begründete die zunächst in Straßburg, später in Baden-Baden ansässige Firma für Kaminformsteine ‚Schwendilator‘.

4 W. Beringer, Badische Malerei. 1922, S. 214f.

später still um ihn geworden. In den fünfziger Jahren geriet er wiederholt in finanzielle Schwierigkeiten,<sup>5</sup> und so mag die Borst'sche Stiftung eher aus sozialen denn aus künstlerischen Gründen ihm zuerkannt worden sein. Borsts Mäzenatentum war, auch in München, oft von menschlichen Gefühlen gesteuert, und er unterstützte notleidende Künstler durch Bilderankauf ohne das gezielte Interesse des Sammlers an einer bestimmten Stilrichtung.



*Borsts Großvater, der Offenburger Maurermeister Joseph Schwend (rechts) mit Lehrlingen und Gesellen (Foto F. Borst, München)*

Nach Emil Brischle wohnte noch Willi Henselmann (1896—1973) im ‚Molerhisli‘.<sup>6</sup> Inzwischen war aber nach Borsts Tod 1962 das Anwesen durch einen Schenkungsvertrag aus dem Jahre 1964 wieder in den Besitz der Stadt übergegangen.<sup>7</sup> Gemäß der Schenkungsurkunde sollte nach dem Willen der Stadtverwaltung das Gebäude vorerst noch im Sinne des Stifters genützt werden, wie im Falle Henselmanns auch geschehen. Willi, der Jüngste der Offenburger Malerfamilie Henselmann, bezog das Haus 1966. Zwei Jahre nach seinem Tode wurde, ohne daß eine größere Debatte über die Stiftung in den Ratsproto-

5 Die Stadt Offenburg kaufte Bilder Brischles, um ihm aus einer finanziellen Notlage zu helfen.

6 Offenburger Tagblatt vom 15. 4. 1980.

7 Freundliche Auskunft des Liegenschaftsamtes der Stadt Offenburg.

kollen ihren Niederschlag gefunden hätte, das Anwesen im Zusammenhang eines größeren Grundstückstausches an die Wagner-Brauerei abgegeben, die das Gebäude inzwischen abtragen ließ. Die Veränderungen im Offenburger Stadtbild südlich des Lindenplatzes zwischen Lange Straße und Goldgasse sind noch nicht abgeschlossen.

Die Hinwendung des jungen Bernhard Borst zum Beruf des Baumeisters, den er mit dem Beginn einer Maurerlehre 1896 in München anstrebte, mit Werkzeugen des Großvaters Schwend ausgerüstet, dürfte eben dieser Familientradition mütterlicherseits zuzuschreiben sein. Zwar betätigte sich auch sein Vater im Baugeschäft, hatte aber bei verschiedenen Spekulationen wenig Glück. Als Joseph Borst in den achtziger Jahren anlässlich der Offenburger Stadterweiterung im Osten an der Frieden- und Ortenbergerstraße Grundstücke erwarb, blieb es beim Aushub.<sup>8</sup> Und als die Borsts 1895 noch einmal nach Offenburg zurückkamen, waren wegen der bevorstehenden Einrichtung einer Garnison die Grundstückspreise in der Oststadt bereits so in die Höhe geklettert, daß es zu dem geplanten Kauf eines Grundstücks im Auftrage eines Münchner Beamten nicht mehr kam.

Joseph Borst zog noch im selben Jahr wieder von Offenburg weg, zunächst nach Würzburg, dann nach München, wo Bernhard Borst schließlich seine Maurerlehre antreten sollte.

Ehe er nach deren Beendigung dann 1899 in die dortige Königliche Baugewerksschule eintrat, arbeitete er für kurze Zeit als Zeichner von Eingabeplänen für ein Münchner Architekturbüro.

Der Unterricht in der Königlichen Baugewerksschule, der im Sommer durch Praktika auf dem Bau ergänzt wurde, war noch ganz dem Historismus verpflichtet. Einige Zeichnungen Borsts belegen sein Studium der klassischen Architektur. Nach Abschluß der Schule kam Borst zunächst ganz kurz nach Offenburg zu Baumeister Schmittgall in seine erste Stellung, ehe er seine zweijährige Militärzeit ableistete. Nach München zurückgekehrt, arbeitete er 1906 beim Baurat Drollinger, dessen bodenständiger, traditioneller Wohnhausbau den jungen Baumeister wohl beeinflußt haben dürfte. Dagegen zeigte sich das Interesse Borsts am Jugendstil später noch gelegentlich, wie bei dem übergreifenden, weit heruntergezogenen Walmdach oder der flachrunden Erkerbildung an seinem Haus Marsopstraße 18 in München-Pasing.

Borst hätte nach dem Abschluß der Baugewerksschule im Jahre 1903 gerne in Darmstadt weiterstudiert, wo 1901 auf der Mathildenhöhe durch das tatkräftige Betreiben des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen eine Architekturausstellung — die erste ihrer Art in Deutschland — entstanden war. Joseph Maria Olbrich hatte im Anschluß daran die Mathildenhöhe zur Künstlerkolo-

---

8 Ortenauer Rundschau v. 1. 4. 1933.

nie ersten Ranges gemacht, die sich zu einem Zentrum des deutschen Jugendstils entwickelte. Sicherlich hat Borst aus den Architekturzeitschriften Olbrichs Bauten gekannt, deren phantasievoller Formenreichtum noch dem Jugendstil verhaftet war, ihn aber zugleich bereits im Sinne der kunstgewerblichen Reformbewegung zu überwinden trachtete. Möglicherweise teilte Borst aber auch die Kritik, die Hermann Muthesius bereits 1901 anlässlich der Bauausstellung formulierte, daß nämlich in den vollendeten Raumgestaltungen der Mathildenhöhe ein praxisferner Luxus vorherrsche.<sup>9</sup> Borst aber suchte nach praxisnahen Lösungen im Bauen und in der Wohnkultur. Zu einem längeren Aufenthalt auf der Mathildenhöhe kam es nicht, wohl auch aus finanziellen Gründen. Entscheidender dagegen war für Borst der Einfluß, den er vor 1914 in München von zwei dort tätigen Architekten in zeitweise enger Zusammenarbeit empfing: August Exter und Theodor Fischer. August Exter war ein ideenreicher und konsequenter Verfechter der Villenkolonien, die unter Hervorhebung der sozialen und ökonomischen Vorzüge des Wohnens im Grünen seit den 1890er Jahren überall in Deutschland am Rande der großen Städte entstanden. Es lebte in ihnen ein Rest der Gartenstadtidee des frühen 19. Jahrhunderts fort, wenngleich die sozialutopische Komponente ihrer englischen und französischen Protagonisten erst wieder von der sozialreformerisch orientierten, 1902 gegründeten Deutschen Gartenstadtgesellschaft aufgegriffen und erneut propagiert wurde.

Die Probleme allerdings, die August Exters „deutsches bürgerliches Einfamilienhaus“ aufwarf, sind Bernhard Borst schnell bewußt geworden, als er zwischen 1907 und 1912 in Exters Nähe als Architekt der Terraingesellschaft Neu-Westend in München-Pasing selbst Einfamilien- und Reihenhäuser entwarf. Steigende Geländeerschließungskosten zwangen zur Reduzierung des Bauvolumens, sollten die kleinen „Villen“ für die angestrebte bürgerliche Mittelschicht erschwinglich bleiben. Die abwechslungsreiche, mit Türmchen und Erkern ausgestattete Architektur Exters über kleiner, unregelmäßiger Grundfläche erzeugte verwinkelte und teilweise unpraktische Grundrisse. Außerdem war das freistehende Einfamilienhaus schwer zu beheizen, der Unterhalt des Gebäudes mit Garten forderte die bürgerlicher Familie, die mehr und mehr auf Dienstboten verzichtete, zu besonderen Anstrengungen heraus und das nicht immer zur reinen Freude des Hausvaters.

Das Reihnhaus, von dem Borst mehrere Anlagen in der Form des Gruppenbaues entwarf, brachte ihn nur teilweise einer Lösung der genannten Probleme näher. Zukunftsträchtiger Anregungen und Überlegungen erwachsen vielmehr aus den Bemühungen um eine in jeder Hinsicht befriedigende Entwicklung des Geschoßwohnbaues, insbesondere im Umkreis gewerkschaftlich orientierter Baugesellschaften. Dieser Aufgabe hatte sich der 1908 von Stutt-

---

9 H. Muthesius, in: Hermann Muthesius, Ausst.-Kat. Akademie der Künste. Berlin 1978, S. 34.



gart nach München berufene Professor Theodor Fischer gewidmet. Mit Fischer zusammen arbeitete Borst von 1908 bis 1910 für die Terraingesellschaft Neu-Westend an der Standartisierung und Ökonomisierung von Wohnungsgrundrissen im Geschößwohnbau. Angestrebt waren helle, mit guten sanitären Einrichtungen ausgestattete, gut zu durchlüftende Wohnungen, die möglichst in einer Nordsüd-Achse liegen sollten, um die Zimmerfenster nach Osten und Westen orientieren zu können. Es setzte sich in dieser Zeit ein Grundriß durch, der die Wohnungen von einem mittleren Flur aus erschloß, nach einer Seite lagen Bad/WC und die Küche, eventuell mit einem kleinen Balkon, nach der anderen Seite die Wohn- und Schlafräume. Vor dem Hintergrund gründerzeitlicher Mietskasernen, deren Grundrisse von den in die Tiefe gestaffelten Hinterhäusern stark beeinflußt waren, waren solche Wohnungen der entscheidende Fortschritt in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg.

Noch bis zum Ausbruch des Krieges baute Bernhard Borst als selbständiger Architekt und Bauunternehmer zahlreiche Einfamilien- und Reihenhäuser, für deren Gestaltung er 1913 bei der Leipziger Baufachausstellung mit einer Silbernen Medaille ausgezeichnet wurde. Erst ab 1923 sollte Borst seine Überlegungen und Erkenntnisse der Vorkriegszeit über die Mietwohnung in die Tat umsetzen.

Der Erste Weltkrieg hatte verheerende Folgen auch für die Wohnraumsituation im damaligen Deutschland. Zum einen war der Weiterbau von Häusern zum Erliegen gekommen, zum anderen führte die volkswirtschaftliche Situation sowie die zunehmende Gründung kleiner, selbständiger Haushalte zu einem gesteigerten Bedarf vor allem an preiswerten Kleinwohnungen.

Die erste, noch in München 1918 begonnene Kleinsiedlung „Alte Heide“ wurde unter der Leitung von Theodor Fischer errichtet, um dieser Wohnungsnot wirksam zu begegnen. Bernhard Borst, der inzwischen den Schritt vom planenden Architekten zum ausführenden Bauunternehmer vollzogen hatte, arbeitete an dieser Kleinsiedlung mit. Bis 1923 wurde sein Unternehmen, das unter dem Motto „Borst baut Häuser“ an zahlreichen Nachkriegssiedlungen beteiligt war, zu einem der größten Baubetriebe Münchens. Eine geplante Verlegung seiner Werkstätten und Läger für Baumaterial veranlaßte im Frühjahr des Inflationsjahres 1923 den nunmehr vierzigjährigen erfolgreichen Offenburger zum Ankauf eines großen Grundstückes an der Dachauerstraße im Münchner Nordosten.

Gefördert durch Mittel des Wohnungsbauprogramms, entstand dort von 1924 bis 1929 eine Siedlung mit 77 drei- bis viergeschossigen Häusern mit zusammen 772 Wohnungen. Die Anlage, die in einem Wettbewerb nach Fertigstellung den Namen „Borstei“ erhielt, ist Borsts Lebenswerk. Nachher baute er nichts Neues mehr, sondern widmete sich ausschließlich der Betreuung der Siedlung, in der er nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich auch eine Wohnung bezog und bis zu seinem Tode 1963 lebte.

Die Borstei weicht in verschiedenen Punkten deutlich vom gleichzeitigen Siedlungsbau sowohl der traditionell-konservativen Architekten als auch vom „Neuen Bauen“ ab.



*Grundriß der Borstei*

Borst bezog die unregelmäßige Form des Terrains in die Gestaltung der Anlage mit ein und entwarf eine Siedlung, deren Äußeres sich durch eine vollkommen geschlossene Randbebauung, das Innere durch lebendige Raumbildung und abwechslungsreiche Ansichten auszeichnet. Erreicht wird dies im Inneren durch gebogene Straßenzüge, Tordurchbrüche oder bewußt gestaltete Prospekte.

Die damit erzielte Intimität nach Innen und Abgeschlossenheit nach Außen resultieren aus Gestaltungsprinzipien, die sich über die Augsburger Fuggerei, einer Kleinwohnanlage des 16. Jahrhunderts, bis zu den mittelalterlichen Begghenhöfen wiederfinden lassen. Der Rückgriff auf Strukturen alter Stadtbilder, die den Eindruck des organisch Gewachsenen vermitteln, wurde in der Architekturdiskussion einer Generation vor Borst von Camillo Sitte, später von Paul Schultze-Naumburg in dessen „Kulturarbeiten“ wiederholt gefordert und zur Lösung städtebaulicher Aufgaben engagiert vorgetragen.

Borst vermied in seiner Siedlung nicht nur die strenge Zeilenbauweise, wie sie nicht nur von Vertretern der Bauhausarchitektur in den zwanziger Jahren postuliert wurde, sondern auch von dem eher traditionell orientierten Theodor Fischer in der Münchner Siedlung „Alte Heide“ seit 1918 Anwendung fand,

er distanzierte sich auch von der weithin üblichen gleichförmigen Blockbebauung. Die Fassaden der Borstei-Häuser, deren Gestaltung Borst nach 1926 dem Architekten Oswald E. Bieber überließ, knüpfen in teilweise massiven Historismuszitaten an das traditionelle Bauen an. Dabei lassen strenge Fensterachsen den Wunsch nach nüchterner Sachlichkeit erkennen, die in der Gestaltung der Dachlandschaft ihren ästhetisch besonders reizvollen Ausdruck findet. Borst entschied sich in Ablehnung des modernen Flachdaches und der damit zu dieser Zeit oft noch verbundenen technischen Mängel, für das steile Satteldach.

Durch die Einführung eines zentralen Heizwerkes — damals eine technische Innovation im Siedlungsbau — entfielen die zahllosen Kamine. Das Dach wurde trotz der Mansarden ruhig und bekam eine besondere Wirkung.

Sorgfältig ausgesuchtes Material für Bau und Ausstattung der Häuser, Abwechslungsreichtum und Formenvielfalt im Detail, etwa bei den Portalen, bewirken eine Individualisierung der Architektur. Diese setzt sich in der Ausgestaltung der Gärten fort, die dem an Villenbauten geschulten Gartenarchitekten Alwin Seifert übertragen war. Dem still-beschaulichen „Garten der Ruhe“, einer beinahe monastisch anmutenden Kontemplationsoase, steht ein



*Blick in die „Borstei“ in München (erbaut 1923—29) (Foto F. Borst, München)*

freundlich-heiterer „Rosengarten“ gegenüber, der die sich öffnende Gartenkunst des ausgehenden 18. Jahrhunderts in Erinnerung ruft. Wieder an anderer Stelle finden sich Reminiszenzen an den barocken Schloßpark. Die Ausgestaltung der Gärten, die bei Fertigstellung der Siedlung noch lange nicht abgeschlossen war, lag Borst besonders am Herzen. Er stellte Vasen und Skulpturen auf, richtete Brunnen ein. Weder die Anlage von Nutzgärten, noch das „soziale Grün“ des genossenschaftlichen Siedlungsbaues der zwanziger Jahre deckten sich mit Borsts Vorstellungen. Seine Gärten erscheinen wie öffentlich zugänglich gemachte Privatgärten, in denen sich der biedermeierlich-intime Staudengarten ebenso spiegelt wie der „giardino secreto“ der venezianischen Villa. Die Großzügigkeit der Grünanlagen und die Vermeidung von Hinterhöfen konnten nur durch geringe Überbauung erreicht werden, die lediglich 20% der Gesamtfläche ausmacht. Vier Fünftel der Anlage nehmen Wohnstraßen und Gartenhöfe ein.

Da der private Bauherr Bernhard Borst stark mit öffentlichen Wohnungsbau-geldern gefördert wurde, regte sich im Münchner Stadtrat bald Kritik an einer Großzügigkeit und Solidität, die verhältnismäßig hohe Mieten nach sich zog und den dringenden Bedarf an preiswerten Kleinwohnungen nicht verringern half.

Das Material forderte seinen Preis: Ruhpoldinger Marmor und Kelheimer Sandstein statt Betonguß, sorgfältig hergestellter Putz, die Hausnummern auf Beinglas in Bronze gefaßt, die Namensschilder einheitlich in Messing ausgeführt und immer wieder blankgeputzt von einer regen Hausverwaltung, an deren Spitze Bernhard Borst als patriarchalischer Chef stand. Infrastrukturelle Maßnahmen sollten die Identität des Bewohners mit seiner Siedlung entwickeln helfen: Gemeinschaftseinrichtungen (Kindergarten, eine Filiale der Stadtbücherei), Ladengeschäfte mit einheitlicher, heute noch unveränderter Schaufensterzone, sowie eine Zentralwäscherei als Serviceangebot mit sanfter Pression, denn die Häuser hatten keine Waschküchen.

Wohnkultur, wie Borst sie verstand, fing bei der Mieterberatung in bezug auf praktische und formschöne Wohnungseinrichtung an und endete bei Serenadenkonzerten, die Borst auf eigene Rechnung für die Bewohner aufführen ließ.

Borst war in hohem Maße darauf bedacht, zwischen seinen Mietern und ihrem Wohnumfeld Identität herzustellen, aber nicht im Sinne eines Bruno Taut, der gleichzeitig in Berlin-Britz die sozialreformerisch orientierte genossenschaftliche „Hufeisen-Siedlung“ verwirklichte.

Es ging Borst vielmehr darum, die Individualität des Wohnens im Einfamilienhaus auf den wohnungstechnisch und ökonomisch zeitgemäßen und vernünftigeren mehrgeschossigen Siedlungsbau zu übertragen. Die Bevölkerungsgruppe, die noch bis 1910 etwa das kleine „bürgerliche Einfamilien-

haus“ im Grünen vorgezogen hatte, sollte für die Mietwohnung gewonnen werden. Dazu mußte Borsts Siedlungsmodell einen Ausgleich schaffen für den Verlust an Intimität und Prestige. Damit setzte er also der sozialreformerisch bestimmten Kommunität des „Neuen Bauen“ ein konservativ-bürgerliches Siedlungsmodell an die Seite. Konkrete bauliche Maßnahmen lancieren, in der Münchner Borstei ebenso wie in Berlin-Britz, das jeweils angestrebte Wohnideal. War Bruno Tauts „Hufeisen-Siedlung“ nach den Worten von Kurt Junghanns<sup>10</sup> „aus dem Willen geboren, die Überlegenheit der neuen, von den Massen getragenen Architektur und des konsequenten Serienbaus so ausdrucksvoll wie nur möglich zur Anschauung zu bringen“,<sup>10</sup> z.B. Außenwohnraum durch die Anbringung von Loggien und Balkonen unbedingt zu verwirklichen, so verzichtete Borst in seiner Siedlung ebenso ausdrücklich darauf. Balkone sind teilveröffentlichte Bereiche der intimen Wohnsphäre. Wer welche Wäschestücke wann aufhängt, welche Speisen auf dem Balkon kühl stellt oder welche Vogelbauer oder Hamsterkäfige aufstellt, brauchten die Borstei-Mieter nach dem Willen ihres Vermieters sich nicht gegenseitig zu offenbaren.



*Brunnen in der „Borstei“*

Während heute schon die nachbarliche Auseinandersetzung in modernen Großwohnanlagen vom Soziologen als letzte, durchaus auch positive Ansatzpunkte bergende Kommunikation angesehen wird, hatte Bernhard Borst Konfliktherde im Zusammenwohnen durch Bau- oder Verwaltungsmaßnahmen im Ansatz vermeiden wollen.

---

<sup>10</sup> K. Junghanns, Bruno Taut. Berlin 1970, S. 68.

Er untersagte seinen Mietern, Betten zum Lüften aus den Fenstern zu hängen, damit die klare Ästhetik der Hausfassaden nicht gestört würde, und er untersagte ihnen auch, Hakenkreuzfahnen aus den Fenstern zu hängen, weil er darüber hinaus jegliche politische Manifestation und damit verbundene Auseinandersetzungen haßte. Bei aller Verschiedenartigkeit der Beweggründe für dieses Verbot, das ihn in die Schußlinie nationalsozialistischer Kritik brachte,<sup>11</sup> kann seine persönliche politische Integrität selbstverständlich nicht bezweifelt werden.

Ganz im Sinne des Strebens, den guten Geschmack zu beeinflussen und einen Beitrag zur Architekturdiskussion der Zeit zu liefern, war auch die Herausgabe einer architektonischen Fachzeitschrift durch Bernhard Borst. Zwar arbeitete er selber dort nicht mit, doch deren Redakteure haben wohl in seinem Sinne gedacht und geschrieben.

Die „Baukunst“ erschien von 1925 bis 1931 monatlich und wies bei ihren Autoren zahlreiche Fachleute von überregionalem und internationalem Rang auf, unter ihnen Frank Lloyd Wright, J. J. P. Oud, Henry Russel-Hitchcock und Erich Mendelsohn. Borst ließ einen Teil der Auflage kostenlos an Bau-schaffende verteilen. Da verhältnismäßig wenig Werbung aufgenommen wurde, war die Zeitschrift auf die Dauer ein erhebliches Verlustgeschäft, und Borst ließ schließlich 1931 das Erscheinen der Monatshefte einstellen.

Betrachtet man die Stellung der „Borstei“ im Siedlungsbau der zwanziger Jahre zusammenfassend, so muß noch einmal an den zum Teil mit erbitterter Polemik und erheblicher Schärfe ausgetragenen Richtungskampf zwischen konservativ-traditioneller Bauweise und dem Neuen Bauen erinnert werden. Aus beiden Lagern, darüber waren sich zeitgenössische Fachleute einig, konnte gute Architektur erwachsen,<sup>12</sup> aber es schienen die gegensätzlichen ideologischen und baukünstlerischen Positionen kaum vereinbar. Flachdach, Zeilenbauweise und industrielle Serienfertigung als Ausdruck einer egalitären Gesellschaft markieren schlagwortartig die Positionen der einen, Steildach, historisierende Zitate und vor allem die Hinwendung zur handwerklichen Bauausführung die der anderen Richtung. In Bernhard Borsts Münchner Siedlung finden in einer Art gemäßigten Moderne, oder besser ausgedrückt in einem reformierten Konservativismus, Überlegungen beider Positionen Anwendung. In die Literatur als „Münchner Weg“ eingegangen,<sup>13</sup> zeigt die Borstei moderne Siedlungstechnik und effektive Grundrißstandartisierung in Verbindung mit betont konservativer Wohnkultur.

Alles in allem blieb die Münchner Siedlung singulär, und es muß bezweifelt werden, ob die Bebauung der Klosterwiese zwischen der Hindenburgstraße

11 MBM H. 99, S. 75; Münchner Post vom 6./7. 8. 1932; Völkischer Beobachter (München) vom 28. 2. 1933.

12 Wie z.B. W. Müller-Wulckow in den „Blauen Büchern“ von 1929

13 Ausst.-Kat. Die Zwanziger Jahre in München, Münchner Stadtmuseum. München 1979, S. 385 ff.

und dem Alten Friedhof in Offenburg nach Plänen eines Mitarbeiters Borsts aus den sechziger Jahren eine zweite „Borstei“ zustande gebracht hätte. Zu sehr ist der Modellcharakter von Bernhard Borsts Münchner Wohnsiedlung an seine Persönlichkeit als Stifter und Mäzen gebunden. Ehrungen für ihren Erbauer erfolgten 1933 mit der Verleihung der Senatorenwürde ehrenhalber von der Technischen Hochschule Karlsruhe und 1958 durch die Stadt München, der die Siedlung nach dem Tode des letzten Enkels von Borst als Stiftung zufällt. Der Wunsch Borsts, in seiner Wohnanlage auch bestattet zu werden, konnte ihm nicht erfüllt werden. So erinnert heute ein 1958 von Bernhard Blecker geschaffener Sarkophag als Denkmal in einem der Borsteigärten an ihn. Bernhard Borst, der gebürtige Offenburger, hat die Geschichte der Siedlungsarchitektur zwischen den beiden Kriegen um einen wichtigen Beitrag bereichert und sich einen unverwechselbaren Platz dort geschaffen.

# Die kirchlichen Verhältnisse in Achern von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup>

*Hugo Schneider*

## *Sasbach, die Urfarrei des Acher- und Sasbachtals*

Wann, durch wen und auf welche Weise die Bewohner des Acher- und Sasbachtals christlich wurden, ist mangels schriftlicher Quellen und Bodenfunde unbekannt. Zwar gab es längs der Römerstraße römische Gutshöfe, so in Sasbach und Achern, aber ob sich unter ihren Besitzern Christen befanden, wie auch unter der gallorömischen Bevölkerung des Umlandes, ist völlig ungewiß. Ebenso läßt sich auch nicht feststellen, wann die Alemannen, als sie sich hier niederließen, sich zum Christentum bekehrten. Wohl aber kann man annehmen, daß die christlichen Einflüsse vom Elsaß, vor allem von Straßburg als dem militärischen und Verwaltungsmittelpunkt auch der hiesigen Gegend ausgingen.<sup>2</sup> Die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse scheint im 7. und vor allem im 8. Jahrhundert wahrscheinlich im Zusammenhang mit der stärkeren Einbindung der Gebiete in die fränkische Verwaltung durch fränkische Herren durchgeführt worden zu sein. Zu ihnen gehört Ruthard, ein fränkischer Adliger aus dem Elsaß, der bei der Gründung von ortenauischen Klöstern z.B. Gengenbach mitgewirkt hat.<sup>3</sup>

Als eine der ältesten Pfarreien der hiesigen Gegend gilt, neben Ulm (Renchtal) und Steinbach, Sasbach.<sup>4</sup> Seine Bedeutung verdankt dieser Ort vor allem sei-

- 
- 1 Das Thema wurde behandelt von: K. Reinfried, Zur Geschichte der katholischen Stadtpfarrei Achern, FDA 37/1909 S. 117—148. — E. Jehle, Achern. Gesammelte Aufsätze. Offenburg O.J.-Ders., Zwei ehrwürdige Jubilare mit 650 und 500 Jahren. Offenburg 1952. — Festschrift 900 Jahre Achern-Oberachern. Offenburg 1950. — Ph. Ruppert, Kurze Geschichten der Stadt Achern. Achern 1880.  
— D. Kauß, Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau. Bühl/Baden 1970. — K. Reinfried, Zur Gründungsgeschichte der Pfarreien zwischen Oos und Rench: FDA NF. 11/1910  
L. Pfleger, Die Entstehung der elsässischen Pfarreien. Archiv für elsässische Kirchengeschichte. Straßburg 4./1929. — Ders. Untersuchungen zur Geschichte des Pfarrei-Instituts im Elsaß. Archiv für elsässische Kirchengeschichte Straßburg 5./1930  
D. Kauß, Mittelalterliche Kaplaneistiftungen an den Pfarrkirchen der Ortenau. Die Ortenau 52./1972.
  - 2 W. Müller, Frühes Christentum im deutschen Südwesten, in: Archäologische Nachrichten aus Baden, Heft 14/1975. Freiburg  
Ders., Zur Kirchengeschichte der Ortenau, in: St. Bartholomäus Ettenheim. Beiträge zur 200. Wiederkehr der Weihe der Ettenheimer Stadtpfarrkirche. Hrsg. von Dieter Weis. München/Zürich 1982
  - 3 Vgl. R. End, Das Benediktinerkloster in Gengenbach, in: Die Klöster der Ortenau, hrsg. von Wolfgang Müller. Die Ortenau 58./1978.
  - 4 E. Döbele, Geschichte der Pfarrei Sasbach. Bühl/Baden 1950



ner Lage am Rande eines ausgedehnten Sumpfbereiches und am Beginn der fruchtbaren Lößbrücken. Ihn durchfließt ein Bach, dessen Hochwasser nur selten zur Gefahr werden. Schon die Römer hatten die Vorzüge dieser Lage erkannt, und der vor wenigen Jahren in der Nähe des Kirchplatzes gefundene Wochengötterstein läßt vermuten, daß sich dort ein römisches Heiligtum befand. Hier gab es, wie in der ganzen Ortenau, großen Reichsbesitz, der wahrscheinlich aus der Zeit der fränkischen Konfiskationen (741—747) stammt.<sup>5</sup> Zu ihm gehörte der Königshof in Sasbach, von dem bekannt ist, daß Kaiser Otto III. dort am 22. 12. 994 weilte.<sup>6</sup>

Bei den engen Beziehungen zwischen staatlicher Verwaltung und kirchlicher Organisation in jener Zeit kann angenommen werden, daß dieser Königshof mitbestimmend war für die Gründung der Pfarrei Sasbach. Ihr hohes Alter leitet man aus dem Patrozinium der Pfarrkirche her, die der hl. Brigida von Kildare (um 453—523)<sup>7</sup> geweiht ist. Der Kult dieser noch heute in Irland hochverehrten Frau wurde von den iroschottischen Mönchen auf ihren Missionsreisen zum Festland gebracht. Sie gründeten auf einer Rheininsel unterhalb von Straßburg das Kloster Honau<sup>8</sup>, das auch in Sasbach begütert war. Diese Pfarrei Sasbach war eine Großpfarre und umfaßte neben dem Sasbach- und dem Achertal den Gebietsstreifen zwischen Gebirge und Rhein, der dem Kloster benachbart war. Die Seelenzahl muß gering gewesen sein, denn man errechnet für die Zeit um 800 etwa 10 Menschen auf den Quadratkilometer<sup>9</sup>. Wie lange die Pfarrei Sasbach von Honau aus versorgt wurde, ist unbekannt, ebenso wer danach ihre Leitung übernahm. Die Behauptung von J.B. Kolb<sup>10</sup>, Hirsau habe die Nachfolge angetreten, läßt sich durch Urkunden nicht beweisen. 1324 wurde Sasbach dem Kloster Schuttern inkorporiert, das bis zu seiner Aufhebung 1803 dem Ort die Pfarrer stellte.

Zu dieser Urfarre gehörte auch Achern und das Achertal. Wohl ist in späterer Zeit die Erinnerung daran verblaßt, doch gab es noch mancherlei Beziehungen, die allein aus der früheren Zugehörigkeit zu erklären sind. So bezog das Kloster Schuttern bis ins 18. Jahrhundert einen Teil des Zehnten von (Nieder-)Achern wie auch von Lauf und Gamshurst, die wie die Gemeinden des Sasbachtals einst zur Pfarrei Sasbach gehörten. Eine Urkunde, durch welche dieses Einzugsrecht begründet wurde, gibt es nicht. Das Recht auf den großen und kleinen Zehnten sowie die Rauchhühner mußten Heimburger, Kirchengeschworene und die ganze Gemeinde bei der Übertragung der Pfarr-

5 H. Büttner, Franken und Alamannen in Breisgau und Ortenau. ZGO NF. 52/1939

6 Mon. Germ. DOIII 568 n. 157

7 Die Kirche führte bis ins 18. Jahrhundert den Namen St. Brid (St. Bridens Kirche). Diese Form ist noch heute in Sasbach die Kurzform für Brigitta und leitet sich her vom Altirischen Brighid, Neuirisch Brid (Schreiben der Irischen Botschaft vom 9. 2. 1983)

8 A.M. Burg, Kloster Honau, in: Die Klöster der Ortenau, hrsg. von W. Müller. Die Ortenau 58./1978

9 W. Metz, Die Agrarwirtschaft im karolingischen Reich, in: Karl d. Gr. Persönlichkeit und Geschichte, hrsg. von H. Beumann. Düsseldorf 1965

10 J.B. Kolb, Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großh. Baden, 3. Bd. 1816

rechte von St. Johann auf die Liebfrauenkapelle in Niederachern 1535 dem Kloster Schuttern bestätigt, u.a.

### *Die Entstehung der Pfarreien St. Stefan und St. Johann in Oberachern*

Die Zunahme der Bevölkerung sowie, damit zusammenhängend, die Erschließung neuen Siedlungslandes, führte auch in unserer Gegend zur Gründung neuer Pfarreien. Ihre Entstehung wurde vielfach beeinflusst durch das damals verbreitete Eigenkirchenrecht. Nach ihm gehörte eine Kirche (Kloster), die auf eigenem Grund und Boden erbaut worden war, dem Eigentümer, der über sie frei verfügen konnte, sie verschenken, vererben, verkaufen durfte, deren Erträge ihm ganz oder teilweise gehörten. Er stellte den Pfarrer an, der ihm diente und zinst und den er auch beerbte.

Die Entwicklung wurde gefördert durch die Ausbreitung der Grundherrschaft. Überall im Lande entstanden Gutshöfe, gewöhnlich nicht allzu groß, die einem Herrn gehörten, die sog. Fron- oder Dinghöfe. Sie standen unter der Aufsicht eines Meiers, der sie mit seinen Knechten und den zu Frondiensten verpflichteten Bauern bewirtschaftete und die Erträge an den Herrn ablieferte. Zu einem solchen Hof gehörte meist eine Kapelle, an der, gar wenn er größer war, ein Geistlicher tätig war. Er war damit beauftragt, sich um das Seelenheil der Gutsangehörigen zu kümmern. Oft wurden diese Kapellen zu Keimzellen von neuen Pfarreien. Wie im einzelnen solch eine Gründung verlief, ist unbekannt. Zu solch einem Fronhof gehörte auch die Stefanskapelle in Oberachern, aus der die dortige Stefanspfarre hervorging.

Achern bezeichnete ursprünglich nicht einen bestimmten Ort, sondern war der zusammenfassende Name für eine Anzahl Streusiedlungen im Gebiet des Acherlaufs. Sie wurden seit dem 14. Jahrhundert zu 2 Ortschaften zusammengefaßt: Oberachern und Nieder-, auch Unterachern genannt. Für das letztere bürgerte sich in den letzten Jahrhunderten allein der Name Achern ein.

Erstmals genannt wird Achern im Codex Hirsaugiensis, der die Schenkungen an das Kloster Hirsau im Nagoldtal vor allem im 11. und 12. Jahrhundert enthält. Dort heißt es: „Berthold der Bruder des Grafen Burkard von Staufenberg, schenkte dem Kloster Hirsau . . . ad villam Acchara partem ecclesie et IIII hubas.“<sup>11</sup> Wo diese Huben lagen und wann die Schenkung erfolgte, ist aus dem Eintrag nicht zu entnehmen; doch kann man nach der Quellenlage etwa die Zeit um 1090 annehmen.<sup>12</sup>

Nach der Reihenfolge in der Aufzählung zu schließen, war für den Schreiber die pars ecclesie wichtiger als die Nennung der Huben, was wohl mit seinem Stand als Mönch zu erklären ist. Doch was bedeutet ecclesia<sup>13</sup>? Nach dem gel-

11 Codex Hirsaugiensis, hrsg. von E. Schneider. Württembergische Geschichtsquellen I 1887

12 Vgl. H. Schneider, Achern und die Klöster Hirsau und Reichenbach im Murgtal. Die Ortenau 57./1977

13 Vgl. W. Müller, Stadtgründung und Pfarrei. Die Ortenau 61./1981

tenden Kirchenrecht ist *ecclesia* die Kirche eines bestimmten umgrenzten Gebietes, die ein von dem zuständigen Bischof bestellter Geistlicher betreut. Zu seinen Aufgaben gehört wesentlich die Messe zu lesen, die Sakramente, besonders die Taufe zu spenden und die Toten zu beerdigen. Darum sind in der älteren Zeit die Kennzeichen einer Pfarrkirche der Taufstein und der Friedhof, später auch der Kirchturm. Doch um welche *ecclesia* handelt es sich in der angeführten Stelle des Codex Hirsaugiensis, denn die päpstliche Steuerrolle vom Jahre 1371 nennt für Achern 2 Pfarrkirchen: Acher sancti Johannis und Acher sancti Stefani<sup>14</sup>. Beide Kirchen liegen im heutigen Oberachern etwa 1/4 Stunde von einander entfernt, die eine links des Mühlbaches, die andere rechts. Da die Quelle die Einzahl *ecclesia* verwendet, kann angenommen werden, daß es damals in Achern nur eine Pfarrkirche gab, die mithin die älteste war. Aber welche von den beiden war es?

Zwar wird in Urkunden vor 1371 von einer *parochia* in Achern, auch von einer *ecclesia* gesprochen, doch ohne weitere Angaben. So gestattet Papst Innozenz IV. 1245 dem Magister Berthold, dem Rektor der Kirche in Achern, auf Bitten der Markgrafen Hermann und Rudolf von Baden den gleichzeitigen Besitz von mehreren Benefizien<sup>15</sup>. Der Ritter Bruno von Staufenberg verkaufte 1291 dem Propst Heinrich von Allerheiligen Güter in der *parochia* Acheren.<sup>16</sup> Während aus den beiden genannten Stellen nichts Genaueres zu erfahren ist, bietet die Bestätigungsurkunde von Papst Alexander III. für das Kloster St. Georgen im Schwarzwald 1179 eine Möglichkeit zur Deutung<sup>17</sup>. Denn am 25. 1. 1318 wurde die *ecclesia parochialis* der bischöflichen Mensa in Straßburg inkorporiert<sup>18</sup>. Aus anderen Rechtsgeschäften ist jedoch zu erkennen, daß es sich bei ihr um die Stefanskirche in Oberachern handelte, die vordem dem Kloster St. Georgen gehört hat. Mithin war St. Stefan bereits 1179 eine Pfarrkirche. Zum ersten Mal erwähnt wird sie allerdings erst 1360 in einer Urkunde des Klosters Allerheiligen, das in diesem Jahr einige Güter im Kirchspiel St. Stefan erwarb<sup>19</sup>.

Auf Grund dieser Tatsache sind Reinfried wie auch Ruppert u.a. der Meinung, daß St. Stefan die älteste Pfarrkirche von Achern sei. Die Johanneskirche andererseits wird erstmals in einer Schenkungsurkunde der Junta Knierin von Renchen genannt, die 1306 einige Güter apud St. Johannem Allerheiligen vermachte<sup>20</sup>. Diese Kirche muß in Beziehung zum Renchtäler Adel gestanden sein, denn der letzte Weltgeistliche, der an ihr Pfarrer war, bevor sie in den Besitz von Allerheiligen 1410 überging, war Burkard von Schauenburg.

14 M. Barth, Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der Pfarreien des Bistums Straßburg im Mittelalter. Archives de l'Eglise d'Alsace II. Bd. 1947

15 I.D. Schöpflin, Historia Zaringia Bd. 5, 210. Freiburg 1763/66

16 GLA 67/1 59

17 Württembergisches Urkundenbuch Bd. II 166 Stuttgart

18 GLA 33 Kirchendienste Konv. 1, auch Ph. Ruppert, a.a.O. S. 102—103

19 GLA 67/1 1

20 GLA 67/1 57

Außerdem verkauften die beiden Brüder Egenolf Kalwe und Quinnanus, die Söhne des Ritters Johannes Kalwe von Grolbeburg 1414 ihr Patronatsrecht an der Johanneskirche an das Kloster Allerheiligen<sup>21</sup>. Nun kann man annehmen, daß dieses Patronatsrecht ein Teil von jenem Besitz war, von dem Berthold einen Teil dem Kloster Hirsau schenkte. Außerdem kann darauf hingewiesen werden, daß im 10. und 11. Jahrhundert zahlreiche Johannes dem Täufer geweihte Kirchen gegründet wurden, die Taufkirchen, also Pfarrkirchen waren<sup>22</sup>. Sicherlich ist auf Grund des Kirchenpatrons die Stefanskirche als die ältere anzusehen. Aber ob sie auch die ältere Pfarrkirche ist, bleibt fraglich; das kann auch die Johanneskirche sein. Eine letzte eindeutige Entscheidung ist wohl nicht zu treffen.



*Die Pfarrkirchen von St. Stefan und St. Johann.  
Aus der Zeichnung des Michel Merz 1791*

Die Grenze zwischen den beiden Pfarreien war der Mühlbach, ein Wasserlauf, der kurz vor Oberachern von der Acher abzweigt, durch Achern und Schwarzach fließt und bei Söllingen in den Rhein mündet. Seinen Namen hat er von den vielen Mühlen, die seine Wasser einst trieben bzw. noch treiben. Da der Lauf eines Baches bzw. eines Wassergrabens im Gelände jederzeit überschaubar ist, dienten Bäche in der älteren Zeit als Grenzen zwischen Gemeinden und Pfarreien, allerdings nicht die Acher, vermutlich wegen ihres oft ungestümen Wasserlaufs, wodurch das Flußbett immer wieder verändert wurde. Zur Pfarrei St. Stefan gehörte das Gebiet rechts des Mühlbaches und das hinter ihm lie-

21 GLA 67/17

22 L. Pfleger, Die Entstehung der elsässischen Pfarreien. Archiv für elsässische Kirchengeschichte 4./1929  
Straßburg

gende Achertal mit Kappelrodeck, von der heutigen Gemeinde Ottenhöfen der Teil rechts des Unterwassers, die sog. Kappler Seite, während der links, die sog. Waldulmer Seite, der Pfarrei Waldulm zugewiesen war. Die Johannes-pfarrei umfaßte das Gebiet links des Mühlbaches, also einen Teil von Oberachern und (Nieder-)Achern, dazu den Teil von Fautenbach, der rechts des Fautenbaches sich erstreckt.

Die Grenzen zwischen den beiden Pfarreien scheinen nicht immer streng eingehalten worden zu sein, denn in einer Urkunde von 1479 werden Kirchspielleute genannt von St. Stefan, von denen der eine aus (Nieder-)Achern, der andere aus Niederfautenbach stammte.<sup>23</sup>

Eine quellenmäßige Begründung für die Existenz zweier Pfarrkirchen in solch unmittelbarer Nähe auf dem Lande gibt es nicht, ebenso nicht für ihre gegenseitige Abgrenzung.

Folgendes wäre denkbar:

Die älteste Pfarrkirche ist die St. Johanneskirche. Sie wurde als Eigenkirche gegründet; ob sie zu einem Fronhof gehörte, ist fraglich. Sie wurde an ihrer Stelle errichtet, da dort eine Art Haufendorf bestand, was heute noch an dem Lageplan zu erkennen ist. Die Gründung erfolgte vermutlich durch die Herren von Staufenberg, deren kirchlicher Sinn z.B. durch die vielen Schenkungen Bertholds bezeugt wird, und zwar aus pastoralen Gründen.

Die Entstehung der Stefanspfarrei hängt zusammen mit der Geschichte des Achertals. Dieses war nach der Völkerwanderung niemandes Eigentum und wurde darum vom Herrscher mit Beschlag belegt. Durch die Rodungstätigkeit im 10. und 11. Jahrhundert entstanden auch hier viele Höfe auf herrschaftlichem Grund. Sie mußten nach dem System der Grundherrschaft einem Herrenhof unterstellt gewesen sein, und dies war mindestens für die älteste Zeit der von Oberachern, der ja am Eingang zum Achertal liegt. Als St. Georgen diesen Hof erwarb, ordnete es, da Obrigkeit, auch für sein Gebiet die kirchliche Frage und bestimmte die Stefanskirche zur Pfarrkirche vor allem für das Achertal und außerdem für den in seiner Nähe liegenden Teil von Oberachern.

Schwierig ist auch die Zuteilung zu den Markgenossenschaften. Da ihre Quellen meist aus dem späten Mittelalter stammen, lassen sich die Zugehörigkeit der einzelnen Orte sowie ihre Anteile am Gemeinbesitz für die Frühzeit nur rekonstruieren. Im folgenden wird diese Frage nicht weiterverfolgt.

### *Pfarrei und Pfarrkirche St. Stefan in Oberachern im Mittelalter*

Das älteste bekannte Gotteshaus im Bereich von Achern ist sicherlich die Stefanskirche in Oberachern. Da der Erzmärtyrer Stephanus zur Zeit der Fran-

---

23 H. Schindler, Archivalien aus den Orten des Amtsbezirkes Achern, z. Oberachern. ZGO 44/1890

kenkönige viel verehrt und ihm zahlreiche Kirchen geweiht wurden, schließt man, daß auch die Stefanskirche in Oberachern in fränkischer Zeit gegründet wurde. Vermutlich gehörte sie zu einem Herrenhof und war eine Eigenkirche, über die der Eigentümer nach freiem Ermessen verfügen konnte. Die Zuständigkeit des zuständigen Bischofs von Straßburg beschränkte sich allein auf die geistlichen Dinge. Mit der Zugehörigkeit zu einem Herrenhof mag auch die Lage des Kirchplatzes am Rande der Dorfsiedlung zusammenhängen. Die Geschichte dieses Herrenhofes ist unbekannt, jedoch kann sie teilweise auf Umwegen erschlossen werden<sup>24</sup>.

Unter den Aufzeichnungen des Klosters St. Georgen im Schwarzwald von 1138 über seine Erwerbungen<sup>25</sup> wird erwähnt, daß der Herr Theoger ein predium (Gut) in „Achara“ besaß. Dieser Theoger<sup>26</sup>, aus lothringischem Adel stammend, war Mönch im Kloster Hirsau im Nagoldtal, dann Prior im Kloster Reichenbach im Murgtal und wurde durch Abt Wilhelm von Hirsau 1088 zum Abt des Klosters St. Georgen im Schwarzwald bestellt. Von ihm ging das Gut in den Besitz von St. Georgen über, unter dessen Besitzungen es im Bestätigungsschreiben von Papst Innozenz II. 1139<sup>27</sup> angeführt wird. Während in dieser Urkunde nur ein predium angeführt wird, nennt das Bestätigungsschreiben von Alexander III. 1179<sup>28</sup> ein „predium cum ecclesia“ als Besitz d.h. mit einer Pfarrkirche. 1318 verkaufte St. Georgen mit seinem Klosterhof in Kappelrodeck auch sein Patronatsrecht an der Pfarrkirche in Achern<sup>29</sup>, die im gleichen Jahr mit Zustimmung des Bischofs Johannes von Dirbheim (1306—1328) der mensa episcopalis einverleibt wurde<sup>30</sup>. Bei dieser Pfarrkirche handelte es sich nachweislich um St. Stefan in Oberachern. Mithin ist der Schluß möglich, daß die Pfarrei St. Stefan zwischen 1139 und 1179 durch das Kloster St. Georgen die Pfarrechte erhielt.

Die Einkünfte der Pfarrei flossen fortan dem Bischof von Straßburg zu, der auch die Pfarrstelle besetzte und zwar mit einem Weltgeistlichen. Dieser war ein vicarius perpetuus, da nach damaliger Rechtsauffassung der Bischof der eigentliche Pfarrer gewesen wäre. Von den Einkünften der Pfarrei wurde ein Teil abgetrennt für den Pfarrer und zwar soviel, daß er standesgemäß leben konnte.

---

24 Der Fronhof wurde im Laufe der Zeit geteilt in das Salgut und den Meierhof. Das Salgut bildete mit dem „Wasserhaus“, einem vom Schloßbächlein umflossenes Wasserschloß, ein eigenes Herrschaftsgebiet, das nacheinander verschiedenen adligen Herren gehörte. Den anschließenden Meierhof besaß im 17. Jahrhundert das Stift St. Germanus und Mauritius in Speyer. Doch war man sich bei den Verhandlungen 1686 noch bewußt, daß Wasserschloß und Meierei einst zusammengehört haben. (GLA 229/181)

25 WUB Bd. VI Nachtrag, XI

26 H. Wollasch, Die Benediktinerabtei St. Georgen im Schwarzwald und ihre Beziehungen zu Klöstern westlich des Rheins. FDA 100/1980

27 WUB Bd. II CCC XI

28 WBU Bd. II CDX VI

29 H.-M. Pillin, Die rechtsrheinischen Herrschaftsgebiete des Hochstifts Straßburg im Spätmittelalter. Diss. Freiburg 1966. S. 30

30 Ruppert, a.a.O. S. 102—103; GLA 33 Kirchendienste Konv. 1

Für die Verhältnisse jener Zeit ist die Stiftung der Gysela von Hofweier, der Gemahlin des Vogtes Andreas von Achern, aufschlußreich<sup>31</sup>. Am 25. 8. 1372 stiftete sie für den in der Stefanskirche neu errichteten Marienaltar ein Meßstipendium für ewige Zeiten. Der Inhaber der Pfründe mußte jeden Tag an ihm für sie und ihre Tochter die Messe lesen, die er allerdings erst nach der Opferung der Pfarrmesse beginnen durfte. Damit der Inhaber der Pfründe seinen Auftrag nicht vernachlässigte, mußte er in Achern (Oberachern) wohnen und durfte kein anderes Benefizium daneben besitzen, wozu auch kein Grund gegeben war, da die Einkünfte der Pfründe recht beträchtlich waren. Von der eigentlichen Seelsorge war er ausgeschlossen, denn es war ihm untersagt, Beicht zu hören und die Kommunion auszuteilen. Jedoch mußte er dem Pfarrer bei der Matutin und Vesper assistieren und ihn an Sonn- und Feiertagen bei der Pfarrmesse durch Singen und Vorlesen unterstützen. Die Pfründe wurden durch den Straßburger Bischof vergeben.

Zwar sind einige Namen von Pfarrern in Oberachern bekannt, aber es ist nicht überliefert, an welcher der beiden Kirchen sie tätig waren. Einer jedoch, der an der Stefanskirche Pfarrer war, hat für Oberachern besondere Bedeutung erlangt, *Johannes von Bergzabern*. Auf ihn geht der noch heute in Oberachern geübte Brauch des Mandats zurück<sup>32</sup>. 1470 vermachte er der Stefanskirche eine größere Summe Geld, deren Zinsen jedes Jahr am Gründonnerstag den Armen und Bedürftigen zuflossen. An diesem Tag sollten während der Meßfeier in Nachahmung des Beispiels Christi an 12 Männern, gleichsam den Vertretern der Apostel, die Fußwaschung vollzogen werden. Es sollten sein „hausarme“ Menschen oder andere Mannspersonen aus beiden Achern, Fautenbach, Gamshurst, und wenn in diesen Orten nicht genügend gefunden wurden, sollen sie auch aus Sasbach, Großweier und Waldulm genommen werden. Von den Zinsen sollen 40 Ellen (1 Elle = 0,60 m) Zwilch (dicht gewebte Leinwand) gekauft werden und zwar die Elle zu ungefähr 6 oder 7 Pfennige. Jeder der Zwölfen soll vierthalb (= 3 1/2) Ellen davon erhalten. Außerdem sollen für 5 Schilling Pfennig<sup>33</sup> Brot für die armen Leute, einheimische und fremde Männer, Frauen und Kinder gekauft werden, ferner 1 Schilling Pfennige für Wein und 1 für „Offladen“ (feines Backwerk) für die Armen und Priester, die an der Feier teilnehmen. Zu den Geräten, die bei der Fußwaschung gebraucht wurden, gehörte auch ein bronzenes Gefäß, ein sog. Samsonaquamanile<sup>34</sup>. Es zeigt Samson mit seinem dichten Haar, wie er einem Löwen mit beiden Händen das Maul aufreißt. Dieses künstlerisch wertvolle Gießfaß wurde im 13. Jahrhundert in Norddeutschland geschaffen. Es war bis zum Beginn des 20. Jahr-

31 Ruppert, a.a.O. S. 105—110

32 Die Urkunde ist abgedruckt bei E. Beck, Die Gründonnerstag-Fußwaschung zu Oberachern (gestiftet 1470) und das Schicksal des Gießfasses. Die Ortenau 33./1953. — Vgl. A. Bissinger, Das löbliche „ambath“ zu Oberachern, in: Badische Heimat Heft 3, 1980

33 1 Schilling Pfennige = 12 Pfennige = 24 Heller (1 Pfund Butter kostete damals etwa 2 Heller)

34 Württemberg. Landesmuseum Stuttgart. Die Zeit der Staufer. Katalog der Ausstellung Stuttgart 1977 B I 662

hunderts im Besitz der Pfarrei Oberachern, wurde dann verkauft, um mit dem Erlös den Neubau der Pfarrkirche zu finanzieren. Heute wird es im Museum of Fine Arts in Boston aufbewahrt. Bemühungen, es zurückzuerwerben, sind gescheitert.

Mit dem Namen des Pfarrers Johannes von Bergzabern ist auch eine große Veränderung der Pfarrei St. Stefan verbunden, die Errichtung der Pfarrei Kappelrodeck durch den Bischof Ruprecht (Rupertus) von Bayern am 2. 7. 1447<sup>35</sup>. Die Gründe waren pastoraler Art. Die Pfarrei St. Stefan erstreckte sich bis in die Gegend des Mummelsees und Ruhesteins. Um die Gläubigen religiös zu betreuen, vor allem um die Sterbenden gut auf den Tod vorzubereiten, mußte der Pfarrer oft weite Wege zurücklegen, wobei er infolge Regen, Schnee und Überschwemmungen oft zu spät kam, so daß der Sterbende unversehen verschied. Diesen Notstand trugen Johannes von Bergzabern und als Vertreter der Gemeinde der damalige Bürgermeister von Kappelrodeck Johannes Hund dem Bischof vor, und er gab seine Zustimmung.

Eine Kapelle hat es sicherlich schon lange vorher in dem Ort gegeben. Vermutlich gehörte sie zum Georgenhof des Klosters St. Georgen im Schwarzwald, der im Bereich der heutigen Pfarrkirche und ihrer Umgebung lag und 1318 an den Bischof von Straßburg gekommen war. Diese Kapelle war bereits 1447 eine ecclesia und besaß einen Taufstein und einen Friedhof. Das einzige, das fehlte, um Pfarrei zu sein, war ein eigener Pfarrer, und den bewilligte der Bischof durch seine Urkunde von 1447. Dazu wurde gestattet, daß die Pfarrkirche einen Turm und Glocken besitzt. Als 1. Pfarrer ernannte Ruprecht den aus der Mainzer Diözese stammenden Priester Wenzeslaus Fabri von Liechtenberg. Neben der Erfüllung seiner priesterlichen Aufgaben mußte er sich verpflichten, im Ort zu wohnen. Ähnlich wie der Pfarrer von St. Stefan war auch er ein vicarius perpetuus, da der eigentliche Pfarrherr der Bischof von Straßburg war. Wohl um die Ehre der Mutterpfarrei nicht zu schmälern, erhielt der Pfarrer von Oberachern das Recht, den von Kappelrodeck zu präsentieren, worauf ihn der Bischof in sein Amt einsetzte. Auch sollte die neue Pfarrgemeinde die Mutterpfarrei nicht vergessen. Darum mußte jedes Jahr an Christi Himmelfahrt eine Prozession mit den Reliquien nach St. Stefan ziehen. An ihr mußte sich von jeder Familie ein Mitglied beteiligen, das zum Empfang der hl. Kommunion berechtigt war. Außerdem hatten die Teilnehmer als Zeichen der früheren Zugehörigkeit einen Straßburger Denaren (Pfennig) zu entrichten.

Da in Kappelrodeck noch keine Pfarrstelle eingerichtet war, mußten auch die Einkünfte des Pfarrers festgelegt werden. Danach sollten ihm jährlich 50 fl rheinischer Währung zur Verfügung stehen. Sie errechneten sich aus verschiedenen Abgaben und Einkünften, wie Zehnten, Vermächtnissen, dem Zuschuß

---

35 Kirchliche Urkunden aus der Mortenau, mitgeteilt von Prof. Ruppert I. FDA 18/1886



der Gemeinde in Höhe von 2 Pfund Straßburger Pfennige<sup>36</sup> sowie Wiesen mit dem Futterertrag für 2—3 Kühe. Sofern diese Beträge nicht die Summe von 50 fl ergaben, mußten die Einwohner des Dorfes noch von ihrem Einkommen eine Summe zuschießen.

Die neugegründete Pfarrei umfaßte das ehemals zu St. Stefan gehörige Kapellrodeck und das hintere Achertal. Die Pfarrei St. Stefan beschränkte sich auf das Gebiet von Oberachern rechts des Mühlbaches, das sich allmählich zu einem Straßendorf entwickelt hatte. Als 1535 die Pfarrechte von St. Johann auf die Liebfrauenkapelle in (Nieder-)Achern übertragen wurden, wurden auch die übrigen Teile von Oberachern sowie der rechts des Fautenbachs gelegene von Fautenbach mit St. Stefan vereinigt.

Woher die Pfarrer von St. Stefan stammten, wo sie ihre priesterliche Ausbildung erfahren hatten und wie lange sie in Oberachern blieben, ist unbekannt. Doch da sie Weltgeistliche waren und die Oberacherer Pfründe ertragreich, ist mit einem längeren Aufenthalt zu rechnen. Auf jeden Fall scheint zu Ende des Mittelalters die Pfarrei St. Stefan für das kirchliche Leben von größerer Bedeutung gewesen zu sein als St. Johann, was wohl auch dadurch mitbedingt war, daß das benachbarte „Wasserhaus“ im Besitz verschiedener adliger Familien war.

Während der Jahre der *Reformation* war auch ein evangelischer Prädikant Pfarrer an St. Stefan<sup>37</sup>. Sein Name und seine Herkunft sind allerdings unbekannt. Von ihm wird berichtet, er habe ebenso wie die Prädikanten in Appenweier, Windschlag und Ottersweier auf der Tagung in der Stube zu Achern am 29. 8. 1548 es gegenüber der Regierung der Landvogtei um des Gewissens („conscientia“) willen abgelehnt, die „lateinische Messe“ zu lesen. Er mußte deswegen seinen Wirkungsort verlassen, obwohl er geblieben wäre, wenn man ihn bei dem belassen hätte, was er bisher gelehrt hatte. Die noch ausstehenden Kompetenzen wurden den Prädikanten entrichtet. Bis zu ihrem Wegzug mußten sie sich jeglichen Kirchendienstes enthalten. Dem Prädikanten von Oberachern wurde gestattet, die Pfarrgefälle zu behalten, die er unerlaubt eingezo-gen hatte.

### *Die Stefanskirche*

Wie die Stefanskirche im Mittelalter ausgesehen hat, weiß man nicht; unbekannt ist, wann sie erbaut wurde und wer dies tat. Vermutlich lag ihr das damals für Landkirchen übliche Einheitsschema zu Grunde, das eine kleine Kirche (etwa 10/6 m) mit rechteckigem Schiff und annähernd quadratischem Chor vorsah. Vom alten Bau blieb nur der Turm erhalten, der heute der Turm

36 1 Pfund Pfennige = 240 Pfennige (ohne Rücksicht auf den Gehalt an Edelmetall)

37 GLA Landvogtei Ortenau 119. — Vgl. H. Schneider, Die Reformation in der Landvogtei Ortenau unter besonderer Berücksichtigung von Achern. Die Ortenau 60./1980



*Die alte Stefanskirche in Oberachern  
1904 wurde sie abgerissen und durch eine  
Kirche im neuromanischen Stil ersetzt.*

*Aufnahme: J. Mühlan*

der 1904 erbauten neuromanischen Pfarrkirche ist. Seine Außenkanten bilden wechselseitig übergreifende Buckelquader, meist mit Randschlag versehen. In seinen verputzten Wänden sitzen auf der Süd- und Westseite je ein kleineres schmuckloses gotisches Fenster, auf der Ostseite jedoch ein großes ebenfalls schmuckloses, das allerdings zugemauert ist. Auf Grund dieser Merkmale kann man annehmen, daß der Turm im späten 13. Jahrhundert errichtet worden ist. Sein gedrungenes Aussehen, dazu die Dicke seiner Mauern regten dazu an, in ihm einen Teil der Verteidigungsanlage des ehemaligen Schlosses von Oberachern zu sehen, wo die Bevölkerung Schutz vor andringenden Feinden gefunden habe. Doch ist diese Annahme wenig wahrscheinlich, da der zur Verfügung stehende Raum zu klein ist. Da der Turm sich unmittelbar über dem Chor erhebt, gehört die Kirche zu den sog. Chorturmkirchen, ein Kirchentyp, der in der früheren Straßburger Diözese sehr verbreitet war. Der Inschrift über dem Sakramentshäuschen zufolge erhielt der Chor 1445 sein heutiges Aussehen. Er ist nach oben durch ein Kreuzrippengewölbe abgeschlossen, dessen Rippen auf Konsolen etwa 1 m über dem Boden sitzen. Die Kappen sind mit den Symbolen der Evangelisten ausgemalt und zwar im Norden mit denen von Markus und Lukas, im Süden von Matthäus und Johannes. Die Kappe im Osten muß nach dem üblichen Schema Christus in der Mandorla gezeigt haben, umstanden von 2 Diakonen. Da der barocke Hochaltar von 1767 diesen Teil bedeckt, ist nicht mehr viel zu erkennen. Die Kappen zu beiden Seiten des früheren Chorbogens zeigen je 2 Gruppen von Engeln mit den Leidenswerkzeugen, wobei der eine die Dornenkrone und ein Rohr, der andere

ein schmales Kreuz trägt. Sie scheinen zu einer Ankündigung des Jüngsten Gerichtes zu gehören, worauf auch ein Engel mit dem Horn hinweist. Die Darstellungen sind nur Konturenzeichnungen; nur die Flügel der Engel sind ausgemalt. Diese Malereien wurden in der Vergangenheit wiederholt, zuletzt 1890, in himmelblauer Farbe übermalt, die man bei der Aufdeckung 1908 teilweise beließ, um die Bilder nicht zu beschädigen.<sup>38</sup> — Auch die grob verputzte Ostwand des Chores war ehemals bemalt und zwar mit Passionsszenen, die jedoch meist zerstört sind.

### *Die Johanneskirche in Oberachern*

Neben der Stefanskirche gab es in Oberachern unweit der Acher noch eine 2. Pfarrkirche, die Johanneskirche. Sie war die Mutterkirche (matrix) von (Nieder-)Achern. Etwa eine dreiviertel Stunde benötigte man, wenn man von Achern dorthin zur Messe ging. Nur in ihr durften die Kinder getauft, die Osterbeichte abgelegt und die Osterkommunion empfangen werden, und dort auf dem Friedhof um die Kirche wurden die Toten begraben. Der Weg, den die Acherner zum Kirchengang benutzten, war der „Kirrweg“, der in dem heutigen Gewannamen Kirchweg weiterlebt. Kein Bild gibt es von der Johanneskirche, niemand weiß, wie sie ausgesehen hat; selbst wo sie stand, ist kaum noch bekannt. Nichts blieb von ihr erhalten, als sie 1824 abgerissen wurde<sup>39</sup>. Unbekannt ist, wer sie erbaute, wann dies geschah und warum gerade an dieser Stelle. Sie stand erhöht auf einem Platz, der 1/4 Jeuch (= 9a) groß war, war von einer Kirchhofmauer umgeben und hatte über dem Chor einen Turm, war also eine Chorturmkirche. Sie war ein kleiner Bau, kleiner als die schon kleine Liebfrauenkapelle in Achern, war nach Kolb<sup>40</sup> aus behauenen Steinen errichtet und bestand aus einem rechteckigen Schiff und einem quadratischen Chor. Im 18. Jahrhundert besaß sie 3 Altäre. Ihre Bedeutung verlor sie, als 1535 die Pfarrrechte auf die Liebfrauenkapelle in Achern übertragen wurden. Dennoch blieb sie in einem ordentlichen Zustand, da immer noch Messen, besonders die Jahrtage in ihr gelesen wurden und Tote auf ihrem Friedhof ihre letzte Ruhestätte fanden. Das änderte sich, als sie 1789 auf Grund des Reskripts Josephs II. vom 21. 7. 1788 geschlossen wurde. Da seitdem kein Gottesdienst mehr in ihr abgehalten wurde, kümmerte sich niemand mehr um sie, und sie zerfiel allmählich. Ihr Inneres litt besonders, als 1808 Soldaten darin untergebracht waren. Schließlich wurde sie 1824 abgerissen und ihre Steine zum Bau der neuen Pfarrkirche in Achern verwendet. Schon bei der Aufhebung 1787 hatte die

---

38 EAF 782 Oberachern. Schreiben des Minist. des Kultus und Unterrichts vom 25. 4. 1908. Schreiben des Ordinariats v. 21. 5. 1915.— Vgl. J. Sauer, Die Kunst in der Ortenau, mit Anmerkungen von H. Ginter u. M. Hesselbacher, in: Die Ortenau 40./1960

39 Die folgenden Angaben sind entnommen: EAF 123 Kirchenbaulichkeiten, den neuen Kirchenbau der Stadtgemeinde Achern betr.

40 I.B. Kolb, Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogtum Baden. 1. Bd. Karlsruhe 1813

österreichische Kommission empfohlen, sie abzureißen und erklärt: „Es dürfte kein großes Aufsehen erwecken, wenn die in Oberachern befindliche Johanneskirche abgetragen, die Materialien, Paramente und Fundus zur Erbauung einer geräumigen Pfarrkirche in Achern verwendet werde.“<sup>41</sup> Doch so leicht nahmen die Bewohner von Oberachern diese Zerstörung nicht hin, zu lange war St. Johann für viele die Pfarrkirche gewesen, und dort lagen die Gräber ihrer Toten.

Über die Geschichte der Pfarrei ist nicht viel bekannt. Da sie dem hl. Johannes dem Täufer geweiht war, nimmt man an, daß sie als Taufkirche gegründet worden ist, mithin die 1. Pfarrkirche von Achern sein könnte. 1306 wird sie zum ersten Mal in einer Schenkungsurkunde der Junta Knierin von Renchen erwähnt, die dem Kloster Allerheiligen mehrere Liegenschaften, darunter 5 Jeuch „apud St. Johannem vermachte“<sup>42</sup>. Mehr ist in der päpstlichen Steuerrolle von 1371<sup>43</sup> zu erfahren. Darin werden die Abgaben angeführt, die die römische Kurie von den Inhabern von Pfründen anforderte. Dabei fällt auf, daß der Pfarrer von St. Stefan mehr abführen mußte (1 Pfund 6 Schillinge 8 Pfennige) als der von St. Johann (3 Schilling 4 Pfennige), woraus man schließen kann, daß jene Pfründe besser dotiert war als diese. Außerdem wird in der Aufstellung ein Plebanus angeführt, der 2 Schillinge zu entrichten hatte. Demnach gab es damals an der Johanneskirche einen Pfarrer, der die Pfründe innehatte und die Einkünfte bezog, jedoch nicht am Pfarrort wohnte. Seine Aufgaben erfüllte ein Plebanus (Leutpriester), der am Ort wohnte und vom Pfarrherrn besoldet wurde. Ein solcher Pfarrherr muß Burkard von Schauenburg gewesen sein, der letzte Weltpriester, bevor die Pfarrei in den Besitz des Klosters Allerheiligen überging. Als seinen Nachfolger schlug Propst Berthold Schoup von Wickersheim 1410 den Kanoniker Johannes Wergmeister dem Archidiakon des Straßburger Domkapitels vor, der für die rechtsrheinischen Kapitel zuständig war und der auch die Investitur anordnete. Allerdings war der Pfarrer von St. Stefan mit dieser Änderung nicht einverstanden, denn ihm wurde befohlen, den Pater in sein Amt einzusetzen, ihm die Einkünfte der Pfarrei „integre“ zu überlassen und auf die Pfarrangehörigen einzuwirken, daß sie dem neuen Herrn Achtung bezeugten und Gehorsam leisten, andernfalls er sein Amt verlieren würde<sup>44</sup>. 1414 überließen die Brüder Egenolff und Quinnanus, die Söhne des Ritters Johannes Kalbe von Grolbeburg, dem Probst von Allerheiligen auch ihr Patronatsrecht über die Johanneskirche und damit das Recht, den Pfarrer zu präsentieren<sup>45</sup>. Die Johannespfarre war nun dem Kloster Allerheiligen inkorporiert. Es stellte und besoldete den Pfarrer,

41 EAF 123 Bischöfliches Protokoll vom 13. 2. 1787, angeführt in dem Schreiben des Murgkreises vom 3. 12. 1810 an das Kath. Kirchendepartement

42 GLA 67/1 57

43 Medard Barth, Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der Pfarreien des Bistums Straßburg im Mittelalter, in: Archives de l'Eglise d'Alsace II. Bd. 1947/48

44 GLA 67/1 20

45 GLA 67/17

der gewöhnlich ein Chorherr des Klosters war, bezog die Einkünfte der Pfarrei und hatte die Baupflicht für den Chor und die Sakristei der Kirche sowie das Pfarrhaus. Meist blieben diese „Mönchspfarrer“ nur wenige Jahre in der Pfarrei, was die Bischöfe, aber auch die Gemeinden nur ungern sahen. Ob das religiöse Leben durch die Prämonstratenser aus dem Geist ihres Ordens eine eigene Prägung erhielt, ist unbekannt.

### *Die Liebfrauenkapelle in Achern*

Inzwischen hatte Achern dank seiner Lage an der Landstraße Basel — Frankfurt an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Neben Ortenberg, Griesheim und Appenweier war es eines der Gerichte der Landvogtei Ortenau. Seit dem 15. Jahrhundert gab es einen Wochenmarkt, der die Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung wie auch des Umlandes befriedigte. Aus dem Dorf war ein Marktflecken geworden. Aber immer noch mußten seine Bewohner nach St. Johann in Oberachern gehen, um ihre religiösen Pflichten zu erfüllen. Wohl auch um des Ansehens der Gemeinde willen beschlossen darum die „Alten“ schon vor 1454<sup>46</sup>, eine Kapelle zu bauen, die sie der Himmelfahrt Mariens weihten. Als Platz wählten sie nicht einen in der Mitte des Fleckens, dort wo die Gerichtslaube mit der Ratsstube war. Auch die Nikolauskapelle<sup>47</sup> bestimmten sie nicht dazu, die bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bestand, sondern sie errichteten sie auf einer Bodenwelle am nördlichen Ende, obwohl dort nur wenige Häuser standen. Die Wahl mag wohl im Zusammenhang mit dem hier gelegenen Hubhof des Klosters Reichenbach im Murgtal<sup>48</sup> stehen, zu dem vermutlich auch eine Kapelle gehörte. An ihrer Stelle wurde der Neubau errichtet. Wer allerdings diese „Alten“ waren, die die Kapelle erbauten, wird von der Quelle nicht genannt. Aus dieser Unkenntnis ergaben sich später große Streitigkeiten über die Unterhaltungspflicht, da sich keiner verpflichtet fühlte, die Reparaturen besonders des Turmes zu übernehmen.

Alber <sup>1</sup> ein kappel bawten die älten	des thurmes helm gemachet gar
eh <sup>2</sup> si in der zal M. IIII <sup>3</sup> LII, zalten	und in anno MDCVII mit steir und fro <sup>4</sup>
darnach im M. D. xxxvii iar	die kappel abrochen und wider scho <sup>5</sup>
zur pfahrkirchen geordnet ware	got und Maria zu lob und preis
in anno M DC IIII wurd mit gfar	in bauw gericht mit allem fleis.

<sup>1</sup> Lies alhier. <sup>2</sup> I. als. <sup>3</sup> I. IIII c. <sup>4</sup> I. fron. <sup>5</sup> I. schon.

*Inscription der Tafel im Turm der Pfarrkirche von Achern*

(aus ZGO 8./1857. Die Berichtigungen stammen von dem Herausgeber der ZGO F.J. Mone)

46 Die Angabe ist entnommen einer Tafel von 1604 im Turm der Pfarrkirche. Abgedruckt ZGO 8. Bd. 1857 S. 433

47 Vgl. H. Schneider, Die Nikolauskapelle in Achern. Die Ortenau 54./1974

48 Vgl. H. Schneider, Achern und die Klöster Hirsau und Reichenbach im Murgtal. Die Ortenau 57./1977

Bei dieser Kapelle handelte es sich um einen verhältnismäßig kleinen Bau „in allem über 50 Schuh nicht lang (15 m) und 24 Schuh (7,2 m) breit“<sup>49</sup>, bestehend nach dem damals üblichen Schema der Landkirchen<sup>50</sup> aus einem rechteckigen Schiff und einem quadratischen Chor, das Ganze überdeckt von einem Satteldach. Die Wände waren innen und außen verputzt. Über die Anzahl der Fenster und ihre Verteilung können keine Angaben gemacht werden. Der Chor der Kapelle, aus mächtigen Granitblöcken erbaut, blieb erhalten und bildet das Unterteil des heutigen Turmes. Nach oben ist der Chor durch ein Sterngewölbe abgeschlossen. Ein heute zugemauerter gotischer Chorbogen trennte ihn vom Schiff. Diese Bauteile, vor allem die Fenster im Turm mit den Fischblasen im Maßwerk lassen annehmen, daß der Chor noch aus dem 15. Jahrhundert stammt.

Bereits 1454 wird eine Kaplanei<sup>51</sup> an der Liebfrauenkapelle erwähnt. Für sie stiftete der aus Oberachern stammende Pfarrer von Valf (unweit Barr im Elsaß) Adam Gysel 1489 eine reich ausgestattete Kaplaneipfründe<sup>52</sup>, bestehend aus 49 Jeuch (etwa 17 ha) Ackerland, 9 1/2 Tauen (etwa 3,5 ha) Wiesen, dazu 4 Pfund Straßburger Pfennige Zins von 300 fl, die er einst der Stadt geliehen hatte. Der Kaplan war verpflichtet, dreimal in der Woche die Messe für die Stifter zu lesen und die Güter zusammen mit der Gemeinde Achern ordnungsgemäß zu verwalten. Diese hatte das Recht, den Priester für die Kaplanei vorzuschlagen, der ein Weltgeistlicher sein mußte. Als 1. Kaplan bestellte der Stifter seinen Verwandten, den Priester Johannes Ruhe.

Da die Kapelle auf der rechten Seite des Mühlbachs stand, war für sie nicht der Pfarrer von St. Johann zuständig, sondern der von Sasbach. Er gab in einem Regulativ<sup>53</sup> die Anweisungen für die Abhaltung des Gottesdienstes und die Zuständigkeit des Kaplans. Grundsätzlich durfte er die Messe an den Sonn- und Feiertagen lesen, jedoch nicht an Weihnachten, Ostern und Pfingsten sowie Allerheiligen, den sog. Vierfesten, nicht an den Marien- und Apostelfesten, an Kirchweihe und am Patrozinium der Sasbacher Kirche, an Allerseelen, Dreikönig und am Feste der Beschneidung des Herrn. Seine Messe mußte er so früh beginnen, daß die Gläubigen nicht am Besuch des „fronpfarrlichen Amtes“ gehindert wurden, d.h. sommers um 4 und winters um 6 Uhr. Der Kaplan durfte keine Rechte für sich in Anspruch nehmen, die dem

---

49 GLA 229/189 Schreiben des Heimbürgen etc. vom 20. 2. 1604

50 Vgl. L. Leonards, Frühe Dorfkirchen im alemannischen Oberrheingebiet rechts des Rheins. Diss. Karlsruhe 1958

51 Etat Ecclésiastique du Diocèse de Strasbourg en 1454 par L'Abbé Grandidier hrsg. von A.M. Ingold. Mitteilungen der Gesellschaft für Erhaltung der geschichtlichen Denkmäler im Elsaß, II. Folge, 18. Bd. Straßburg 1897

52 K. Reinfried, a.a.O. S. 135—136. Die Originalurkunde befindet sich heute im Schauenburgischen Hausarchiv in Gaisbach (Oberkirch). Leider konnte sie nicht eingesehen werden.

Vgl. D. Kauß, Mittelalterliche Kaplaneistiftungen an den Pfarrkirchen der Ortenau. Die Ortenau 52./1972

53 GLA 229/202 Regulativ was ein Kaplan zu Achern zu tun hat. Das undatierte Schreiben stammt aus der Zeit nach 1489

Pfarrherrn vorbehalten waren. Es war ihm gestattet, das Evangelium zu verkünden, aber nicht Salz und Wasser zu weihen.

Fortan brauchten die Acherner nicht mehr nach Oberachern gehen, um die Sonntagsmesse zu besuchen, wohl aber noch um die Kinder taufen zu lassen, die Toten zu beerdigen und in der Osterzeit die Sakramente zu empfangen.

In der *Reformation* blieb Achern vor allem aus politischen Gründen dem alten Glauben erhalten. Herr der Landvogtei Ortenau, zu der Achern damals gehörte, war zwar der Kaiser, aber er hatte sie verpfändet an die Grafen von Fürstenberg und den Bischof von Straßburg. Während Graf Wilhelm von Fürstenberg der neuen Lehre anhing und sie auch in seinem eigenen Territorium im Kinzigtal durchführte, blieb der Bischof von Straßburg Wilhelm von Honstein der alten Lehre treu. Damit war eine Durchführung der Reformation in der Landvogtei von staatlicher Seite aus unmöglich. Dennoch waren die Gedanken der Reformation nicht unbekannt. So stimmte auch 1525 der damalige Bürgermeister von Achern dem Renchener Vertrag<sup>54</sup> zu, der den Bauernkrieg im mittelbadischen Raum beendete. In diesem Vertrag wird gefordert, daß das Wort Gottes „lauter und unverkürzt“ verkündet soll werden, daß die Bibel die Grundlage für die Predigt sein müsse u.a. Evangelische Prädikanten gab es in den von Weltgeistlichen versehenen Gemeinden St. Stefan in Oberachern und Fautenbach. Der Straßburger Reformator Hedio scheint sie auch visitiert zu haben. Von St. Johann ist nichts derartiges bekannt. Die Herren von Allerheiligen gaben trotz ihrer guten Beziehungen zu Straßburg ihr Ordensleben nicht auf, und so fand die neue Lehre in St. Johann keine Stütze. Was allerdings die Bevölkerung dachte, ist unbekannt. Zwar nahm der damalige Heimburge von Achern zusammen mit anderen an der Unterzeichnung des Renchener Vertrages 1525 teil, aber aus dieser Tatsache zu schließen, daß sich die Acherner zur Reformation bekannten, ist nicht möglich, denn der Heimburge war nicht Sprecher der Gemeinde, und seine Amtszeit dauerte nur ein Jahr. Nach dem Augsburger Interim 1548 gab es in der Landvogtei Ortenau keine Prädikanten mehr.

### *Die Pfarrei „Unserer lieben Frau“ in Achern*

Das Jahr 1535 brachte für Achern die Erfüllung eines alten Wunsches. Am 10. Oktober 1535 übertrug Bischof Wilhelm von Honstein (1506/41) auf Bitten des Heimbürgen (in diesem Jahr Kaspar Schmit), des Gerichts und der ganzen Gemeinde die Pfarrechte samt allen Gefällen und Einkünften der Pfarrkirche St. Johann auf die Liebfrauenkapelle in Achern<sup>55</sup>. Diese Übertra-

---

54 GLA 74/455

Vgl. H. Schneider, Die Reformation in der Landvogtei Ortenau unter besonderer Berücksichtigung von Achern. Die Ortenau 60./1980

55 GLA 229/202. Abgedruckt bei Ph. Ruppert, a.a.O. S. 127—130

gung erfolgte mit Willen und „Vorwissen“ des damaligen Propstes von Allerheiligen Matthäus Baumgartner als dem Collator<sup>56</sup> von St. Johann, des „Besitzers“ der Kirche, des Herrn Hans Pistoris sowie des Pfarrers der Pfarrei St. Stefan, Jakob Rauch. Auch der Abt von Schuttern Rudolf Garb, der Collator von Sasbach, willigte ein, nachdem ihm die Gemeinde Achern den jährlichen Bezug des kleinen Zehnten sowie der Rauchhühner als unabänderlich zugesichert hatte.<sup>57</sup>

Neben den Klagen über den Kirchgang bei Wind und Wetter, bei Regen und Schnee wies die Gemeinde auf die Tatsache hin, daß Achern eine je länger je mehr „aufnehmende“ Gemeinde sei. Der Grund für die Zustimmung des Bischofs war pastoraler Art. Dieser hochgebildete Mann von untadeligem Wesen, der dem alten Glauben anhing, mußte feststellen, daß viele Pfarrer seiner Diözese sich dem neuen Bekenntnis zuwandten und daß auch die Gläubigen in ihrer Glaubensstreue verunsichert waren. Von Achern mußte er hören, daß manche Gläubigen unter dem Vorwand des schlechten Wetters es versäumten, die Sakramente in St. Johann zu empfangen, außerdem daß infolge der großen Entfernung der Geistliche oft zu spät kam, um die Sterbenden zu versehen. Diese Mißstände wollte er wohl durch die Translation beseitigen.

Diese Neuordnung bewirkte eine Reihe von Änderungen: Der Name der neuen Pfarrei lautete „Unsere liebe Frau zu Achern“. Collator blieb der Propst von Allerheiligen. Der Pfarrbezirk von St. Johann wurde so aufgeteilt, daß zur neuen Pfarrei nur die Bewohner von Achern gehörten, die bisher zu St. Johann zählten, die von Oberachern und von Fautenbach wurden St. Stefan eingepfarrt. Die letzteren behielten das Recht, sich auf dem Friedhof von St. Johann weiterhin beerdigen zu lassen.

Um die jahrhundertalte Verbindung mit der Johanneskirche nicht abubrechen, mußte der Pfarrer von Achern in ihr die für sie gestifteten Jahrtage abhalten, das Fest der Kirchweihe feiern und einmal in der Woche an einem beliebigen Tag die Messe lesen. Er bezog die Einkünfte von St. Johann, und da sie zu seinem Lebensunterhalt nicht ausreichten, hatte die Gemeinde noch 16 rheinische Gulden beizusteuern, die allerdings mit Genehmigung des Bischofs für eine bestimmte Zeit vom Einkommen des Kaplans abgezweigt werden konnten. Für diesen scheint die Translation keine Änderung gebracht zu haben, da auch weiterhin das Regulativ „Was ein Kaplan in Achern zu tun hat“ galt. Da er seine Messe in der Morgenfrühe vor der Pfarrmesse halten mußte, nannte man ihn fortan auch Frühmesser.

Mit der Erhebung zur Pfarrkirche waren für die seitherige Liebfrauenkapelle einige Rechte verbunden. So brauchte sie einen Taufstein, den die beiden

---

56 Collator: Kirchlicher Oberer, der das Recht hat, ein erledigtes Kirchenamt vorschriftsmäßig an eine geeignete Person zu übertragen

57 GLA 67/1 132



Jungfrauen Katharina und Agatha Widerstetter 1576<sup>58</sup> stifteten. Außerdem benötigte sie einen Kirchturm und Glocken sowie einen Friedhof, den eine Mauer umschloß.

1581/82 wurde der Turm mit Unterstützung der Obrigkeit erhöht, jedoch ohne Helm, dessen Aufrichtung man den Nachkommen überlassen wollte. Er war 78 Werkschuh (23,4 m) hoch und mit einem „zweigiebligen“ Dachstuhl nach oben abgeschlossen<sup>59</sup>. An ihm brachte man auch ein Ziffernblatt an („Daffel“) mit Zeiger und eine Schlagglocke.<sup>60</sup> Wieviel Glocken die Kirche zählte, weiß man nicht. Erhalten blieb aus jener Zeit die „Osianna“, die 1599 in der Kreuzwoche sprang und danach von Hans Jakob Miller in Straßburg neu gegossen wurde.<sup>61</sup>

Der Besitz einer Pfarrkirche festigte das Selbstbewußtsein der Acherner, denn nun besaß der Marktflecken einen religiösen Mittelpunkt, so daß ihm nichts mehr fehlte, um als vollgültiger Ort angesehen zu werden. Aber mit der Mehrung des Ansehens und den Erleichterungen für die Bewohner war auch eine große Last verbunden, die durch die folgenden Jahrhunderte hindurchzuschleppen war: nach dem damaligen Kirchenrecht hatte die Gemeinde die Baupflicht für das Schiff der Kirche. Der Chor gehörte in die Zuständigkeit des Collators, des Propstes (Abtes) von Allerheiligen und zwar nicht nur der Raum sondern auch seine Einrichtung. Noch schwieriger war das Problem des Turmes. Da er sich über dem Chor erhob, schloß man, daß der Collator auch für seinen Zustand verantwortlich sei und die Baupflicht für ihn habe, eine kostspielige Sache gar in Kriegszeiten. Da der Abt von Allerheiligen erklärte, weder den Chor der Kirche, noch den Turm erbaut zu haben, weigerte er sich, für die Kosten zu ihrer Unterhaltung aufzukommen. Daraus entstanden viele Rechtsstreitigkeiten zwischen ihm und der Gemeinde, die für die Sicherheit der Kirchenbesucher verantwortlich war.

1604 gefiel das Satteldach der Kirche nicht mehr. Man gab dem Turm einen Helm, eine spitz zulaufende pyramidale Holzkonstruktion von 80 Schuh (= 24 m), so daß die Gesamthöhe bis zum Kreuz 47,40 m war. Die Kosten dieser Änderung beliefen sich auf 1 200 fl. Sie sollten bezahlt werden aus den Gefällen der Kirche, aus einer Steuer der Obrigkeit sowie aus Spenden von Bürgern besonders von „gutherzigen Frauen“. Außerdem bemühte sich die Gemeinde die 300 fl Buße zu bekommen, die der Oberacherne Bürger Michel Schäfer

---

58 Dieser Taufstein war nach dem Bau der neuen Kirche entfernt worden und lag unbeachtet, mit Blumen bepflanzt, in einem Garten, bis ihn Stadtpfarrer Dr. Jehle käuflich erwarb und restaurieren ließ. Heute steht er im Glockenhaus der Pfarrkirche und dient als Weihwasserbecken. Der Taufstein der Johanneskirche wurde 1966 bei Grabungen vor der Kirche gefunden. Er sollte hergerichtet werden, wurde aber gestohlen

59 GLA 229/189 Schreiben des Heimburgen etc. vom 20. 2. 1604

60 F.J. Mone, Quellensammlung der badischen Geschichte. 3. Bd. Karlsruhe 1863. Jahresgeschichten der Stadt Achern von 1548—1637

61 F.J. Mone, a.a.O. — Die Glocke mußte während der beiden Weltkriege nicht abgegeben werden



*Der Turm der Liebfrauenkirche im 17. Jahrhundert.*

*Das Bild ist entnommen der Zeichnung von Schalkalder, Feldlager bei Achern, den 15. Juli 1689.*

*GLA 20019*

wegen „ehebrüchlichen Frevels mit 3 Frauen“ als Strafe zahlen mußte<sup>62</sup>. Allerdings wurden von Erzherzog Maximilian in Innsbruck nur 150 fl und zwar gegen Quittung bewilligt<sup>63</sup>. Auch hätte es die Kirche nötig gehabt erweitert zu werden. Sie war für die angewachsene Bevölkerung zu klein und außerdem baufällig. Doch begnügte man sich damit, 1607 den alten Bau abzureißen und auf seinen Fundamenten eine neue Kirche zu erstellen<sup>64</sup>. Zur Finanzierung dienten die Zinsen der Kaplaneistiftung.

Im Dreißigjährigen Krieg blieb die Ortenau und damit Achern zunächst vom Kriegsgeschehen verschont, so daß 1626 der Chor der Kirche neu gestrichen und der Hochaltar, der unlängst renoviert und illuminiert (= farbig behandelt) worden war, wieder aufgerichtet werden konnte<sup>65</sup>. Aber dann brach das Unheil herein, so daß der Chronist 1637<sup>66</sup> schrieb, „daß in 11 Jahren der Flecken nicht bewohnt worden, auch allerdings ganz abgebrannt worden bis auf wenige Häuser. Es wachsen Sengenesseln und Bösch im ganzen Flecken. Es waren keines Sester groß Fenster im ganzen Flecken“. Doch scheint die Kirche den Krieg verhältnismäßig gut überstanden zu haben, denn es finden sich keine Rechnungen über Turmreparaturen aus jener Zeit. Vielleicht war

62 GLA 229/189 Schreiben des Heimbürgen etc., vom 20. 2. 1604

63 GLA 229/189 Schreiben vom 14. 5. 1604

64 Tafel im Turm der Pfarrkirche

65 GLA 229/202 Schreiben des Vogtes etc. vom 26. 2. 1626

66 F.J. Mone, a.a.O.

auch die Seelenzahl zu gering (1666 gegen 300) und die Armut zu groß, daß man hätte Reparaturen durchführen können.

1674 wurde das Pfarrhaus neu gebaut. 1684 vertauschte der damalige Pfarrer P. Medicus den Pfarrhof gegen den Grasgarten, auf dem einst der Hubhof des Klosters Reichenbach im Murgtal gestanden war<sup>67</sup>. Während des Krieges war er zerstört worden, nachdem er schon früher seine Bedeutung als Verwaltungsmittelpunkt des Kloster Reichenbachschen Besitzes eingebüßt hatte. Auf seinem Platz steht das heutige Pfarrhaus der kath. Kirchengemeinde.

Bald begannen auch die Streitigkeiten um die Ausbesserung des Turmes. 1687 war sein Zustand so ruinös geworden, daß er einzufallen drohte. Die Gemeinde wandte sich an den Abt Anastasius Schlecht von Allerheiligen, doch dieser lehnte jede Zuständigkeit ab. So ließ der Vogt Samson von Harrandt ihn auf seine Kosten herrichten. Sie beliefen sich auf 166 fl 12 β und 9 Pf. Allerdings unterließ er es, sich dafür bei der Bezahlung eine Quittung ausstellen zu lassen und ferner das Geld in Allerheiligen trotz allem anzufordern. Als darum sein Schwiegersohn Hermann Pick aus Unterachern sich wegen der Rückzahlung der Summe an das bischöfliche Gericht in Straßburg wandte, wies dieses die Klage 1725 kostenpflichtig ab<sup>68</sup>. Nun waren während der letzten Kriege die Johannes- und die Liebfrauenkirche stark beschädigt worden. Wiederum wandte sich die Gemeinde 1727 an die zuständige Behörde in Offenburg, sie möge den Abt von Allerheiligen zur Durchführung der Ausbesserungsarbeiten veranlassen. Doch auf ihre Mahnung erwiderte Abt Joachim Bahr, daß das Kloster auf Grund der Bestimmungen des Konzils von Trient nicht zur Zahlung verpflichtet und daß eine Pfarrkirche aus ihrem Einkommen zu unterhalten sei. Außerdem verfüge St. Johann über ein beträchtliches Vermögen, wodurch es ihm möglich sei, selbst die Wiederherstellungsarbeiten zu bezahlen. Im Hinblick auf Achern meinte er, das Kloster habe noch nie sich an der Turmreparatur beteiligt, und die Einkünfte aus dem Zehnten seien so gering, daß es sogar den Pfarrer unterstützen müsse<sup>69</sup>. Da die Gefahr des Einsturzes immer größer wurde und des Streitens kein Ende abzusehen war, verfügte der Generalvikar Riccius am 24. 7. 1728, daß wenn endlich die Turmreparatur nicht durchgeführt werde, er ab 1. November 1728 das Interdikt über die Kirche verhängen werde<sup>70</sup>. Dann darf in ihr keine Messe mehr gelesen werden. Es war untersagt, die Glocken zu läuten und die Toten auf dem Friedhof zu beerdigen. Darüber entstand große Erregung in der Gemeinde, so daß der Generalvikar mit Rücksicht auf die Gläubigen den Beginn des Interdiktes auf den 1. 6. 1729<sup>71</sup> verlegte. Es dauerte bis zum 1. 10. 1729<sup>72</sup>. Nachdem bis dahin die

---

67 GLA 67/1 135

68 GLA 67/1 149 Sententia lata u. 229/190

69 GLA 229/190 Schreiben des Abtes Joachim Bahr o.J.

70 GLA 229/189

71 GLA 229/189

72 GLA 229/189 Schreiben des Generalvikars v. 30. 9. 1729

Ausbesserungsarbeiten abgeschlossen waren, wurde es endlich aufgehoben zu Freude aller.

Nun ging es auch an die Renovierung der Kirche. Sie wurde geweißt und der Boden mit Platten belegt<sup>73</sup>. 1732 erhielt sie 2 neue Seitenaltäre, für die der Rastatter Künstler Liehl die Bilder malte, tüchtige Arbeiten, die den hl. Joseph und die hl. Anna darstellen. Der 1740 erstellte Hochaltar bekam als Altarbild eine Aufnahme Mariens in den Himmel nach P.P. Rubens<sup>74</sup>. So hatte Achern ein barockes Gotteshaus. 1771 schenkte der letzte Markgraf von Baden-Baden, August Georg dem Ort auf Bitten der Gemeinde ein Bild des seligen Bernhards von Baden<sup>75</sup>. Die nächsten Jahrzehnte gab es keine Auseinandersetzungen mehr wegen des Turmes. Aber zu Ende des Jahrhunderts erhob sich ein neues schwereres Problem: die Liebfrauenkirche war zu klein geworden; ein Neubau war unbedingt erforderlich.

### *Die Pfarrei Achern vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*

Die Pfarrei Achern gehörte zum Kapitel Ottersweier. Diesem stand ein Erzpriester vor, der von den Geistlichen des Kapitels gewählt und vom Bischof bestätigt wurde. Innerhalb des Domkapitels war für die rechtsrheinischen Gebiete der Archidiakon zuständig. Über das religiöse Leben selbst ist nicht viel bekannt<sup>76</sup>. Man besuchte an Sonn- und Feiertagen die Messe, nahm teil an der Flurprozession an Christi Himmelfahrt und an der Prozession am Herrgottstag sowie an den Wallfahrten nach Maria Linden und zur Hl. Dreifaltigkeit auf dem Hochfeld bei Sasbach. Wahrscheinlich ging man dreimal im Jahr zum „Nachtmahl“, denn für 300 Kommunikanten (1666) besorgte der Pfarrer nach den Kirchenfondsrechnungen von 1661 900 kleine Hostien<sup>77</sup>. Außerdem war der Brauch verbreitet, wohl in Anlehnung an den Laienkelch der Protestanten, den Gläubigen während der Messe gesegneten (nicht konsekrierten) Wein zu reichen.

Auch die Obrigkeit kümmerte sich um das religiöse Leben des einzelnen. So bestimmte die Gerichtsordnung von Niederachern 1559<sup>78</sup> über den Kirchgang: „Und namlich setzen, ordnen, wollen und gebieten wir, das ein jeder haußvater und untertan, wie er dann dasselbig bei seiner seel und seeligkeit zu tun schuldig ist, sein weib, kind und gesind an sonntagen, deßgleichen an zwölfbotten und andern verbotnen feurtagen zu kirchen, meß und predigen schicke, er selbs auch dahin gange, dem gottesdienst fleißig außwarte und nit heraußen vor der kirchen spazieren und schwetzen, sondern in die kirch hineingange. Welcher das bricht und hierin ungehorsam erfunden wird, der bessert 10 schill., so oft er das tuet, unnachlässlichen zu bezahlen oder ein tag und nacht ins kefig gelegt und mit wasser und brot darinnen gespeiset zu wer-

73 GLA 229/190 Schreiben d. Vogtes Daller v. 6. 11. 1730

74 E. Jehle, Achern. Offenburg o.J. S. 24–26

75 GLA 229/189 Schreiben v. 5. 10. 1771

76 Vgl. Louis Châtellier, Tradition Chrétienne et Renouveau Catholique dans L'ancien diocèse de Strasbourg. Paris 1981

77 EAF Kirchenfondsrechnungen der Pfarrei Achern Depositum Achern

78 Entnommen von Ph. Ruppert, a.a.O. S. 150

den. Und sollen auch die botten, vögt, schultheißen und heimbürgen ir achtung barauf haben und die übertretter zu gebürender straff bringen, welches straffgelt jederzeit hausarmen leuten umb gottes willen außgetheilt werden soll.“

### *Pfarrei und Gemeinde*

Wohl am stärksten wird der Unterschied zu heute im Verhältnis der Pfarrei zur Gemeinde deutlich. Beide bildeten bei aller Selbständigkeit eine Einheit. Aus den jährlichen Abrechnungen der Bürgermeister<sup>79</sup> läßt sich ersehen, daß die Gemeinde einst Aufgaben übernahm, die heute ausschließlich in den Bereich der Pfarrverwaltung gehören, und der die Einnahmen und Ausgaben überprüfende Beamte der Regierung in Offenburg nahm daran keinen Anstoß.

Daß die Gemeinde dafür sorgte, daß die Kirchenuhr ging und daß sie von Zeit zu Zeit von einem Offenburger Uhrmacher gereinigt wurde, ist selbstverständlich, zeigte sie doch den Bewohnern an, welche Uhrzeit es ist. Jeden Abend mußte um 9 Uhr der Mesner die Glocke läuten, damit die Wirtshausbesucher wußten, daß sie heimzugehen hatten. Dafür erhielt er jährlich von der Gemeinde ein Entgelt von 2 fl. Da die Glocken ein kostbares notwendiges Gut waren, ließ sie der Bürgermeister bei Kriegsgefahr in Seebach verstecken. Aber er sorgte auch dafür, daß das Weihwasserbecken ausgebessert und die Altarbilder gereinigt wurden, daß die Weihnachtsskrippe aufgestellt und am Karfreitag das hl. Grab aufgeschlagen wurde, für dessen Beleuchtung er Baumöl kaufte. Im Auftrag der Gemeinde führte der Pfarrer Wallfahrten durch und bekam dafür eine Vergütung. Und wenn an Christi Himmelfahrt die Flurprozession nach St. Johann in Oberachern zog, dann gab es anschließend für Pfarrer, Vogt, Zwölfer und Sänger dort im „Rössel“ ein Vesper, bevor man sich wieder auf den Heimweg machte. Ein besonderes Ereignis war für die Acherner die Prozession an „Corporis Christi“ (Fronleichnam). Die Gemeinde ließ die Stationsaltäre aufstellen und schmücken; sie kaufte Pulver zum Böllerschießen (10 Pfund und mehr), und nach Abschluß der Prozession gab es in einer der Acherner Wirtschaften eine „Zöhrung“ für Pfarrer, Frühmesser, Vogt, Zwölfer und Bürgermeister, dazu die „Singer“, Engel und Fahnenträger, wobei allerdings auf eine Abstufung im Hinblick auf das Gebotene geachtet wurde. Die Rechnung für das Verzehrte betrug 1737 34 fl 12 ß und 6 Pfennige.

Zu den Aufgaben der Gemeinde gehörte auch die Sorge für die Beerdigung der Toten. So bestimmte das Oberacher Dorfbuch (vermutlich nach 1525): „Wenn jemand stirbt, dann sollen die beiden Nachbarn das Grab machen, seien sie reich oder arm. Die nächsten vier sollen helfen die Leiche anzuziehen, den Totenbaum (Sarg) machen und den Toten hineinlegen, den Leichenwagen

<sup>79</sup> Die Angaben sind den Bürgermeisterrechnungen des 18. Jahrhunderts entnommen. Sie werden im Stadtarchiv Achern aufbewahrt

beladen und entladen, während der nächste Fuhrmann die Leiche zur Kirche führen muß. Wer das nicht tut, muß zur Buße 2 Schilling Pfennige bezahlen.“ Bei einer Beerdigung soll aus jeder Familie einer mitgehen.<sup>80</sup>

Auch der Vogt als der Vertreter der staatlichen Obrigkeit hatte Einfluß auf die Angelegenheiten der Pfarrei. In der Kirche hatte er seinen besonderen Platz, den Vogtsstuhl. Für die Verwaltung des Kirchenvermögens ernannte er einen Pfleger. Zusammen mit den Zwölfem bestellte er den Mesner, und mit den Vertretern der Gemeinde schlug er dem Bischof den Frühmesser vor. Einen Teil seines Einkommens bezog er aus den Gefällen der Nikolauskapelle<sup>81</sup>. Der Pfarrer durfte den Sitzungen des Bauerngerichts beiwohnen, jedoch nicht dann wenn der Kirchenpfleger über die Einnahmen und Ausgaben der Pfarrei berichtete.

### *Der Pfarrer der Liebfrauenkirche*

Das Kloster Allerheiligen hatte das Recht, einen seiner Chorherren in Achern als Pfarrer einzusetzen. Für einen Ordensbruder als Pfarrer lagen die Verhältnisse jedoch anders als für einen Weltgeistlichen. In geistlichen Fragen war für ihn der Bischof von Straßburg zuständig, vertreten durch den Erzpriester des Landkapitels, dem er vom Klostervorsteher für das Amt präsentiert wurde und der ihn investierte. Vom Bischof erhielt er als Pfarrer die Anweisungen für Gottesdienst, die erforderlichen Dispensen bei der Erteilung der Sakramente, die geweihten Öle zur Erteilung der Taufe und der Letzten Ölung usw. Für alle andern Fragen war er auf Grund der Ordensgelübde seinem Propst (später Abt) unterstellt.

Nach damals geltendem Kirchenrecht war der eigentliche Pfarrer der Gemeinde der Propst, nach der Erhebung zur Abtei (1657) der Abt des Klosters. Der von ihm mit der Pastoration betraute Pater war nur Proparochus, eigentlich nur Pfarrverweser. Der Abt konnte ihn bei mangelnder Eignung absetzen, wenn es die Notwendigkeit des Klosters erforderte, versetzen, bei Verfehlungen bestrafen. Für das Kloster zog er die Einkünfte der Pfarrei ein und wies einen Teil davon dem Pfarrer zum Lebensunterhalt zu. Jedes Jahr mußte dieser an Dreikönig nach Allerheiligen, um dort an Hand seiner Aufzeichnungen Rechenschaft über seine Einnahmen und Ausgaben abzulegen. Seine Tätigkeit als Pfarrer war in den „*Leges Parochorum*“ festgelegt, die der Abt Joachim von Rot als Visitator der *Circaria Sueviae et Bavariae* des Prämonstratenserordens 1618 im Auftrag des Provinzialkapitels verkündet hatte.

Dreimal in der Woche sollte er die Messe lesen und zwar seit dem Konzil von Trient im römischen Ritus (die Prämonstratenser hatten bis dahin einen eige-

---

80 StA Achern Dorfbuch von Oberachern

81 GLA 67/773 Brevis descriptio von 1559

82 GLA 65/1906. — Vgl. H. Schneider, Geschichte des Klosters Allerheiligen. Die Ortenau 58./1978



*Abt Joachim Bahr von Allerheiligen  
(1718/46)  
(Gemälde im Heimatmuseum Oppenau).  
Aufn. R. Fettig, Oppenau*

nen). Er hatte die Taufe zu spenden, zur Osterzeit die Beicht zu hören, das Eheversprechen abzunehmen, die Toten zu beerdigen und zu predigen, die Kirchenbücher zu führen, den Schulunterricht zu überwachen und Katechismusunterricht zu erteilen. Vor dem Beginn des Sonntagsgottesdienstes sollte er mit den Besuchern des Gottesdienstes Kirchenlieder einüben, die sich auf die Zeit des Kirchenjahres bezogen, z.B. in der Osterzeit „Christ ist erstanden“, von Himmelfahrt bis Johanni (24. Juni) „Komm heiliger Geist“ usw. Nach dem Gottesdienst sollte er von einem erhöhten Platz aus in deutscher Sprache das sonntägliche Kirchengebet vorbeten und das Glaubensbekenntnis, das Vaterunser, die 10 Gebote u.a. aufsagen lassen. In eine engere Gemeinschaft mit den Pfarrkindern sollte er jedoch nicht kommen. Es war ihm untersagt, das Ordenskleid abzulegen, an Festlichkeiten, auch Hochzeiten teilzunehmen, sich ohne die Erlaubnis des Abtes von der Pfarrei zu entfernen; er durfte nur ausgehen in Begleitung eines Ordensbruders. Er war gehalten, seinen Hausbediensteten einen gerechten Lohn zu bezahlen. Inwieweit all diese Vorschriften von den einzelnen Pfarrern beachtet wurden, läßt sich, da keine Quellen darüber Auskunft geben, nicht beurteilen. Sie hatten als Ziel, den außerhalb des Klosters lebenden Ordensmann nicht dem Klosterleben zu entfremden. Die Abhängigkeit vom Ordensoberen, die gewisse Abschließung von der Gemeinde, dazu der meist nur wenige Jahre dauernde Verbleib in der Pfarrei bewirkten, daß keiner unter den Klosterpfarrern durch seine Originalität und Volksverbundenheit in der Erinnerung der Gemeinde weiterlebte.

Die Zusammenarbeit mit dem Pfarrer von St. Stefan scheint abgesehen von gelegentlichen Zehntstreitigkeiten gut gewesen zu sein. Wenn wie im 17. Jahrhundert St. Stefan keinen Pfarrer hatte, wurde die Pfarrei von dem von Achern mitversorgt und zwar, wie P. Joachim Haug 1665 schreibt, zur allgemeinen Zufriedenheit, so daß er sich nach Ablauf der Zeit erneut um die Stelle bewarb.<sup>83</sup>

Nach dem Visitionsbericht von 1666 verfügte die Kirche zwar über die notwendigen Paramente, aber Überflüssiges war nicht vorhanden.<sup>84</sup>

Ganz unbestritten war die Pfarrseelsorge der Allerheiligsten Herren in Achern nicht. Als unter dem Abt Karl Pulser der Straßburger Bischof L.C. Constantin de Rohan Guémenée 1756 das Recht beanspruchte, die Abtwahl zu überprüfen, lehnte das Kloster dieses Ansinnen ab. Darauf nahm er den Chorherren die Möglichkeit der Seelsorge in ihren Pfarreien und setzte Kapuziner aus den Klöstern der Ortenau in den Pfarreien u.a. auch in Achern ein<sup>85</sup>. Doch war dies nur ein kurzes Zwischenspiel, denn nachdem 1757 ein Kompromiß zustande gekommen war, versahen die Allerheiligsten Patres wieder die Pfarrei bis zur Aufhebung der Abtei 1803.

### *Der Frühmesser (Kaplan)*

Neben dem Pfarrer war an der Liebfrauenkirche ein weiterer Geistlicher tätig, der Kaplan, auch Frühmesser (Primissarius) genannt. Seine Stellung war wesentlich verschieden von der des Pfarrers. Gemäß der Stiftungsurkunde von 1489 war er ein Weltgeistlicher und damit nicht von einem Ordensoberen abhängig, sondern allein vom Bischof. Über seine eigenen beträchtlichen Einnahmen brauchte er niemand Rechenschaft ablegen. Was er zu tun hatte und was er nicht durfte, war in der Translationsurkunde von 1535 sowie in dem Regulativ des Sasbacher Pfarrers festgelegt. Außerdem bewohnte er ein eigenes Haus neben der Kirche. Wie sich das Verhältnis der beiden Geistlichen zueinander gestaltete, ist unbekannt. Schwierigkeiten gab es jedoch immer wieder mit der Gemeinde, die sich das Recht, den Frühmesser vorzuschlagen, nicht vom Vorsteher des Klosters Allerheiligen beeinträchtigen ließ. Ein Problem gab es allerdings, das in der Stiftungsurkunde nicht bedacht worden war, jedoch in der Reformation aktuell wurde: Gab es immer genügend Weltgeistliche, die bereit waren, die mit der Pfründe verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen, denn in den Anfängen der Reformation waren viele Geistliche zur neuen Lehre übergetreten und weigerten sich, die Messe zu lesen. Da vielleicht kein Kaplan vorhanden war, konnte auch der Bischof im Translations-

---

83 GLA 67/1 190

84 K. Reinfried, Visitationsberichte aus der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts über die Pfarreien des Landkapitels Ottersweier, Offenburg und Lahr. FDA 29./1901

85 GLA 84/62 Schreiben vom 8. 11. 1756



vertrag 1535<sup>86</sup> der Gemeinde Achern gestatten, die 16 fl, die sie zum Unterhalt des Pfarrers beisteuern mußte, für eine gewisse Zeit vom Einkommen des Frühmessers abzuziehen, ebenso die beiden Gulden, von denen sie einen dem Pfarrer von Sasbach und den andern dem Pfarrer von St. Stefan entrichten mußten. Als Gegenleistung wurde vereinbart, daß künftig, wenn die Frühmessenstelle frei werde, sie das 1. und das 2. Mal von der Gemeinde, das 3. aber vom Bischof besetzt werden soll.

Auch später griff man wieder auf die Kaplaneipfründe zurück. Als 1606 die Liebfrauenkirche abgerissen und neu gebaut werden mußte, veräußerte man einen Teil der Liegenschaften dieser Pfründe, um die Schulden zu bezahlen<sup>87</sup>. Damit aber war die Sicherung der Existenz des Frühmessers gefährdet. Als nach den Zeiten des Niedergangs um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert Allerheiligen sich allmählich erholte und die Zahl der Kanoniker wieder zunahm, konnte es auch seine Pfarreien besser besetzen. Dabei kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Propst Laurentius Scheffler (1613/39) und der Gemeinde Achern, da jener wohl ohne ihre Zustimmung die Pfarrei und die Kaplanei „coniunctim“ — zusammen — dem neuen Pfarrer übertragen hatte. Der Streit konnte 1621 durch einen Vergleich<sup>88</sup> beendet werden, in dem vereinbart wurde, daß bei den nächsten Vakanzen beide Stellen das 1. und 2. Mal durch die Propstei, das 3. aber durch die Gemeinde besetzt werden soll. Danach aber soll es wieder wie früher gehandhabt werden, nämlich daß das Kloster die Pfarrei und die Gemeinde die Stelle des Kaplans besetzt. Außerdem wurde beschlossen, da die Einkünfte des Frühmessers stark zurückgegangen waren, „treuherzige Leute“ zu Stiftungen aufzufordern, damit der Lebensunterhalt für einen Kaplan gewährleistet sei. Inzwischen war der 30jährige Krieg und die Eroberungskriege Ludwigs XIV. über das Land hinweggegangen und hatten die Ortschaften verwüstet. Wiederum mußte die Gemeinde feststellen, daß die Einkünfte für den Lebensunterhalt eines Kaplans nicht mehr ausreichten, denn die Gefälle, die 130 fl und 4 1/2 Viertel Frucht ergeben sollten, brachten nur 80 fl und 6 1/2 Viertel Frucht. Darum verfügte Achern schon seit einiger Zeit über keinen Kaplan mehr. Infolgedessen konnten ca. 100 Einwohner am Sonntag die Messe nicht besuchen, da sie das Haus hüten mußten. Darum schlugen die Zwölfer der Gemeinde dem Generalvikar Camilly in einem Schreiben 1701<sup>89</sup> vor, die Einkünfte der Kaplanei während 15 Jahren so zu teilen, daß eine bestimmte Summe zum Lesen der vorgeschriebenen Messen verwendet, der Rest aber auf Zinsen angelegt werde. Was dann nach Verlauf der 15 Jahre noch an der erforderlichen Summe fehle, solle die Gemeinde aus ihren Einkünften beisteuern. Der

---

86 GLA 229/202

87 K. Reinfried, a.a.O. S. 137

88 GLA 229/199 Vergleich vom 23. 3. 1621

89 GLA 67/1 136 Supplik-Schreiben

Generalvikar stimmte in seiner Antwort vom 26. 7. 1701<sup>90</sup> dem Vorschlag zu, setzte aber die Anzahl der Jahre auf 9 herab. Außerdem verfügte er, daß jedes Jahr zu Beginn des Monats Februar der Kassenstand in Gegenwart des Erzpriesters, des Pfarrers und des Vogtes überprüft werden müsse. Wenn aber die Einkünfte in den einzelnen Jahren nicht vermehrt würden, dann werde er seine Erlaubnis widerrufen.

Schließlich glaubte man die finanziellen Verhältnisse soweit geordnet zu haben, daß wieder ein Kaplan angestellt werden konnte. Dieser wurde aus den Reihen der Allerheiligster Patres genommen. Doch zuvor mußte noch einiges geregelt werden. Da war zunächst die Frage, wer das Präsentationsrecht<sup>91</sup> ausüben darf. Nach der Stiftungsurkunde von 1489 stand es 3 Männern zu, von denen 2 Schöffen waren und einer von der Gemeinde gewählt wurde. Am 5. Juni 1712 gab die Gemeinde das Wahlrecht dieser 3 Männer ab und übertrug das Präsentationsrecht auf den Vogt und das Gericht mit der Einschränkung, daß solange Allerheiligen einen geeigneten Geistlichen vorschlagen kann, man diesen Vorschlag berücksichtigen soll. Dem Kloster wurde auch zugestimmt, den eingesetzten Kaplan jederzeit versetzen zu können. Außerdem wurde zwischen der Gemeinde und dem Kloster vereinbart, was ein Kaplan zu tun hat<sup>92</sup>. Er muß dreimal in der Woche in der Pfarrkirche die Messe lesen, davon eine an Sonn- und Feiertagen als Frühmesse. Zwar braucht er kein Musikus zu sein, jedoch soll er etwas von Choral verstehen und vom Orgelspiel („Schlagen“). Zusammen mit dem Pfarrer soll er den Schulunterricht überwachen („visitieren“), wobei erwartet wird, daß sich die beiden gut vertragen. Da die Mittel für den Lebensunterhalt des Kaplans noch nicht ganz ausreichten, verpflichtete sich die Gemeinde an 3 Terminen je 75 fl zu entrichten, bis die vorgeschlagene Summe von 200 fl erreicht ist. Außerdem erhielt der Frühmesser 3 Klafter Holz, und wenn dies nicht möglich war, als Entschädigung 3 Reichstaler (= 4 fl 5 β) aus der Gemeindegasse.

Doch waren damit die Streitigkeiten noch nicht zu Ende. Zu ernststen Auseinandersetzungen kam es 1726, als der Abt Joachim Bahr den Kaplan abberief und einen neuen bestellte, ohne die Gemeinde zu „begrüßen“<sup>93</sup>. Man beschwerte sich deswegen beim Kaiser, der eine Kommission mit der Untersuchung des Falles beauftragte und das Präsentationsrecht der Gemeinde erneut bestätigte.

Eine neue Unruhe erhob sich 1761<sup>94</sup>. Anlässlich einer Visitation erklärte der Consiliarius der Vogtei Achern, daß der Kaplan nicht dem Erzpriester präsentiert werden dürfe, sondern gemäß den Bestimmungen des Konzils von Trient

---

90 GLA 67/1 137 Responsio

91 GLA 229/200 Schreiben der Gemeinde Unterachern vom 19. 12. 1797

92 GLA 67/1 141

93 GLA 229/200 Schreiben der Gemeinde vom 14. 10. 1726

94 GLA 229/190 Schreiben des P. Modestus Haug vom 26. 4. 1761

dem zuständigen Bischof, was 1764 mit Zustimmung des Generalvikars Tussanus auch erfolgte. 1788 fanden endlich die kleinlichen Rechthabereien ein Ende. Durch landesherrliche Verfügung und Zustimmung des Bischofs wurde die Pfründe in ein zeitliches Vikariat verwandelt und der Pfarrei Achern einverleibt. Aus dem Pfarrer wurde ein Benefiziat, dem die Einkünfte der Pfründe zufließen, und der Abt von Allerheiligen konnte als Kaplan ungefragt einstellen, wen er wollte. Die Einwände des Vogts 1797 in einem Schreiben an den Abt Fischer wurden zurückgewiesen<sup>95</sup>.

### *Der Neubau der Pfarrkirche*

Die Liebfrauenkirche war vor 1452 als Kapelle nach den Maßen des damaligen Einheitsschemas erbaut worden. Sie war klein (15 m x 7,20 m), doch genügte der Raum dank der geringen Einwohnerzahl von Achern. So zählte der Flecken 1521 nur 99 wehrfähige Männer. Nach dem Dreißigjährigen Krieg nahm die Bevölkerung zunächst nur mäßig zu: 1666 betrug ihre Zahl gegen 300 Seelen und 1692 gar nur noch gegen 250<sup>96</sup>. Sie wuchs jedoch beträchtlich während der Friedensjahre des 18. Jahrhunderts, und als Achern 1808 zur Stadt erhoben wurde, zählte sie gegen 1300 Einwohner. Trotzdem war die Kirche nicht vergrößert worden. Nun aber reichte der Raum in keiner Weise mehr aus<sup>97</sup>. Beim Sonntagsgottesdienst war sie gedrängt voll, daß die Emporen zusammenzubrechen drohten. Da nur die Hälfte der Pfarrangehörigen in der Kirche Platz fand, blieben viele während der Messe draußen stehen oder winters daheim. Der Aufenthalt vor der Kirche war auch nicht ungefährlich, denn die Balken des Dachstuhls waren abgefällt, und die Schieferplatten des Turmes fielen herunter. Eine Renovation des Baues lohnte sich nicht, zumal die Gefahr des Einsturzes bestand. Er war nach Meinung des Stabhalters Frech<sup>98</sup> in seinem Schreiben vom 28. 3. 1809 „ein so elendes Gebäude“. Als gar einem Buben beim Zusammenläuten ein Stein der Decke auf den Kopf fiel, daß er bewußtlos war, gab es unter den Achernern nur noch eine Meinung, ein Kirchenneubau ist unbedingt notwendig.

Bereits 1787 noch zur österreichischen Zeit hatte man die Notwendigkeit erkannt und ließ Risse und Pläne anfertigen<sup>99</sup>. Aber infolge der politischen Entwicklung kamen sie vermutlich nicht mehr zur Ausführung. Erst in der badi-schen Zeit, als die Einsturzgefahr unmittelbar bestand, mußte man sich schließlich zwangsmäßig mit dem Neubau befassen.

Am 8. Juli 1808<sup>100</sup> wandte sich die Gemeinde an die zuständige staatliche Stelle, das Obervogteiamt Achern, und trug ihr die Bitte vor, eine neue größere

95 GLA 229/200 Schreiben der Gemeinde vom 19. 12. 1797

96 Die folgenden Angaben sind entnommen EAF (= Erzb. Archiv Freiburg) 123 Kirchenbaulichkeiten der Stadtgemeinde Achern betr. von den Jahren 1808—1816. Vol. I. Vgl. J. Sauer, Die kirchliche Kunst in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. FDA NF. 30 Bd. S. 29—32

97 EAF 123 Schreiben der Gemeinde Achern vom 8. 7. 1808

98 EAF 123 Schreiben des Stabhalters Frech vom 28. 3. 1809

99 EAF 123 Schreiben des Bezirksamtes Achern vom 10. 11. 1812

100 EAF 123

Pfarrkirche zu bauen. Auch Wessenberg<sup>101</sup>, der als Konstanzer Generalvikar den rechtsrheinischen Teil der ehemaligen Straßburger Diözese betreute, schloß sich auf Grund einer Kirchenvisitation in seinem Schreiben vom 3. 12. 1808 der Bitte der Gemeinde an und empfahl noch in diesem Winter mit dem Bau zu beginnen, damit er bis zum kommenden Sommer fertig sei. So schnell ging es jedoch nicht, denn zuvor mußte noch eine Reihe von z.T. schwierigen Fragen gelöst werden, vor allem die der Finanzierung. Ihre Erledigung zog sich infolge der komplizierten Rechtslage, aber auch der Umständlichkeit des Instanzenweges bis 1824 hin. Erst in diesem Jahr konnte mit dem Bau begonnen werden.

Als erstes ergab sich die Notwendigkeit, den Friedhof, der um die Kirche lag, vor allem aus hygienischen Gründen nach draußen zu verlegen. 1810 war bereits ein geeignetes Gelände durch das Obervogteiamt und den Stadtphysikus gefunden<sup>102</sup>, das seit 1816 belegt wurde.

Dann war die Frage des Platzes, auf dem die Kirche errichtet werden sollte, denn der damalige Ortspfarrer Heil<sup>103</sup> meinte, der alte sei nicht geeignet, um darauf eine „schickliche“ Kirche zu bauen. Dieses Problem bereitete nicht viele Sorgen. Man blieb beim bisherigen Platz, der durch Hinzunahme von Friedhofsgelände vergrößert wurde.

Auch gab es keinen Streit, wie die Kirche aussehen sollte. Das wurde von der Behörde geregelt, ohne daß die Pfarrangehörigen gehört wurden. Ihr kam es nur darauf an, daß der Bau nicht viel kostete, darum alles wegließ, was Kosten verursachte wie „Zierereien“ o. ä. Die für die kirchlichen Angelegenheiten im Innenministerium zuständige Abteilung, das Kath. Kirchendepartement<sup>104</sup>, riet zu einem „dem guten Geschmack entsprechenden Plan“. Dieser Geschmack wurde damals geprägt durch den Klassizismus, einen an der Antike ausgerichteten Kunststil, dem auch Weinbrenner anhing.

Den 1. Riß entwarf 1809 der Registrator Schindler aus Offenburg. Aber er war nicht nach den Vorstellungen der zuständigen Stellen, und in Karlsruhe erklärte man, er entspricht „wenig dem guten Geschmack“, er sei „im gemeinsten Geschmack“ angefertigt und außerdem zu teuer<sup>105</sup>. Auch der des Oberbaumeisters Frommel wurde abgelehnt. Dagegen fand einer der 3 Pläne, die der Kreisbaumeister Vierordt am 1. 9. 1811 eingereicht hatte, nämlich der Plan 3, Zustimmung. Wie die Kirche danach aussehen sollte, ist unbekannt. Sie sollte groß sein und Platz für 700—800 Personen bieten, was als notwendig erachtet wurde, da Achern in diesem Jahr 1360 Einwohner zählte. Der Turm sollte erhalten bleiben und um 24 Fuß (7,2 m) erhöht werden. Die Turmspitze

---

101 EAF 123 Schreiben vom 3. 12. 1808

102 EAF 123 Bericht des Obervogteiamtes v. 25. 4. 1809

103 EAF 123 Schreiben v. 13. 19. 1810

104 EAF 123 Schreiben v. 15. 3. 1811

105 EAF 123 Schreiben v. 7. 4. 1810

mußte abgetragen werden. Was an ihre Stelle treten würde, war noch nicht geklärt. Nach dem Überschlag von Vierordt beliefen sich die Kosten auf 18983 fl, wobei die von der Gemeinde zu leistenden Fronen nicht eingeschlossen waren<sup>106</sup>. Diesen 3. Plan erachtete die Gemeinde als geeignet, und er fand auch die Zustimmung des Kath. Kirchendepartements. Allerdings erschienen diesem die Kosten als zu hoch, und es schlug darum eine Beschränkung bei den unnötigen Zierereien vor<sup>107</sup>. Es war auch damit einverstanden daß das Kreisdi- rektorium den Abriß der alten Kirche verfügte, wenn die für den Kirchenbau erforderlichen Kapitalien vorhanden sind<sup>108</sup>. Wessenberg bewilligte als Gene- ralvikar die Exsekration (Entweihung) der alten Kirche und beauftragte den bischöflichen Kommissar Burg in Kappel/Rhein, sie zu veranlassen<sup>109</sup>. So hätte demnach 1813 mit dem Neubau der Kirche begonnen werden können. Aber er unterblieb, die Frage der Finanzierung des Baues war noch nicht zufrieden- stellend gelöst.

Die Rechtslage war schwierig. Nach der in der Diözese Straßburg geltenden Sitte war die Gemeinde für den Bau und die Unterhaltung des Schiffes der Pfarrkirche zuständig, für den Chor jedoch und den Turm, wenn er auf dem Chor errichtet war, die Zehntherren. Außerdem galt in Baden das Baudikt vom 26. 4. 1808, das die Verwendung von Fonds für den Bau von Kirchen re- gelte.

Der damalige Stadtpfarrer von Achern entwarf auf der Grundlage der vorhan- denen Fonds einen Finanzierungsplan, von dem er glaubte, daß er leicht zu realisieren sei<sup>110</sup>. Es bestanden:

1. Der Pfarrkirchenfonds, auch Heiligenfonds genannt, mit 11 594 fl.
2. Der Fond der Johanneskirche, mit 12 230 fl. Auf ihn glaubte man ein An- recht zu haben, da die Pfarrechte dieser Kirche und alle ihre Gefälle 1535 auf die Liebfrauenkirche in Achern übertragen worden waren.
3. Der Fond der „Bruderschaft vom Guten Tod“ mit 2945 fl. Man nahm an, diese Bruderschaft sei auch durch das Edikt Kaiser Josephs II. aufgelöst wor- den, und demnach gehöre ihr Vermögen dem Heiligenfond.
4. Der Fond der Nikolauskapelle mit 3 465 fl. Da ja eine neue Kirche gebaut werde, sei sie nicht mehr nötig, und deshalb könne ihr Vermögen für den Neu- bau verwendet werden.<sup>111</sup>

Weitere finanzielle Mittel hoffte man durch die Versteigerung der Johannes- kirche zu gewinnen<sup>112</sup>. Da die Empfänger des Kirchenzehnten für die Unter-

---

106 EAF 123 Bericht des Bezirksamtes vom 16. 12. 1811

107 EAF 123 Schreiben v. 3. 3. 1812

108 EAF 123 Schreiben v. 6. 2. 1813

109 EAF 123 Schreiben v. 22. 4. 1813

110 EAF 123 Schreiben v. 13. 9. 1810

111 EAF 123 Schreiben des Murgkreises v. 3. 12. 1810

112 EAF 123 Schreiben v. 15. 12. 1812

haltung des Chores und des Turmes zu sorgen hatten, erwartete man auch von ihnen Zuschüsse. Aber diese Rechnung ging nicht auf.

Das Kath. Kirchendepartement untersagte die Verwendung des Nikolauskapellen- und des Bruderschaftsfonds. Beide seien 1787 nicht dem Religionsfond zugeteilt worden und müßten darum als private Stiftungen angesehen werden. Für den Kirchenbau kann ihr Vermögen nicht eingezogen werden<sup>113</sup>. Viel Streit gab es auch wegen der Zuschüsse der Zehnherren, des Großherz. Ärars und des Pfarrers von Oberachern, denen der Kirchenzehnt zustand. Unter Beiziehung von geschichtlichen Dokumenten und unter Hinweis darauf, daß Allerheiligen es stets abgelehnt hatte für die Turmreparaturen aufzukommen, bestritt der Staat seine Verpflichtung zur Zahlung.<sup>114</sup> Der Streit erwies sich jedoch als überflüssig, da der Turm samt dem ehemaligen Chor nicht abgerissen, sondern in den Neubau einbezogen wurden. Gefährdet aber wurde die Finanzierung und damit das Bauvorhaben durch den Einspruch der Gemeinde Oberachern.

Am 5. 12. 1814 protestierten Pfarrer und Gemeinde gegen die „unbegründeten Anmaßungen“ der Gemeinde Achern, allein Anspruch auf die Güter und Gefälle der Johanneskirche zu haben. Auf sie habe Oberachern ein ebenso großes Recht. Die Kirche liege in der Mitte des Ortes. Die Bewohner links des Mühlbaches haben bis zur Translation der Pfarrei nach Achern 1535 zu ihr gehört und wurden danach der Stefanspfarre eingepfarrt. Ihre Interessen müsse demnach die Gemeinde vertreten. Sie wird „jeden ferneren Angriff auf die Güter von St. Johann durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und nötigenfalls mit Gewalt zu vernichten suchen.“ Die Auseinandersetzungen waren so heftig, daß „gegenseitige Tötlichkeiten“<sup>115</sup> zu befürchten waren. Oberachern betraute einen Rechtsanwalt mit der Wahrung seiner Interessen. Die Bürger Acherns veranstalteten eine Unterschriftensammlung, um einen Prozeß in petitorio (Klage zur Geltendmachung des Eigentumsrechtes) führen zu können<sup>116</sup>. Schließlich kam nach neunjährigem Streiten am 27. 2. 1823 ein Vergleich<sup>117</sup> zustande. Danach erhielt Achern 3/4 des Johannesfonds und 3 Quart von dem Erlös der Versteigerung der Johanneskirche und ihres Bodens. Auf den Lichtzehnt, den sie von ihren Pfarrkindern einzog, verzichtete Oberachern auf ewige Zeiten, wohingegen Achern seine Klage beim Gericht zurückzog. Schließlich zahlte Achern noch ein Aversum von 400 fl, womit sämtliche Ansprüche Oberacherns auf den Lichtzehnt aus früheren Zeiten abgegolten waren.

---

113 EAF 123 Schreiben v. 15. 9. 1812

114 EAF 123 zahlreiche Schreiben in dieser Sache

115 EAF 123

116 EAF 123 Schreiben v. 2. 6. 1821

117 EAF 123

Damit waren die Streitigkeiten wegen der Finanzierung des Kirchenbaus erledigt. Es standen zur Verfügung: 14000 fl vom Johanneskirchfond und vom Pfarrkirchenfond 3000 fl, zusammen 17000 fl. Inzwischen hatte Prof. Oehl von Rastatt einen Kostenvoranschlag errechnet von 19 960 fl<sup>118</sup>. Die Restsumme von 2690 fl sollte die Gemeinde Achern aufbringen.

Das Kriegsgeschehen der vergangenen Jahre sowie die Auseinandersetzungen mit Oberachern hatten die Durchführung des Bauvorhabens verzögert. Nun aber war die Zeit dafür gekommen.

Da die Kath. Kirchensektion in Karlsruhe zu dem Vierordtschen Plan Änderungswünsche vorbrachte<sup>119</sup>, wurde ein neuer Riß angefertigt, vermutlich auf der Grundlage des Vierordtschen Entwurfs.<sup>120</sup> Dieser neue Plan wurde gebilligt und am 17. 3. 1824 um 15900 fl versteigert<sup>121</sup>. Den Zuschlag erhielten der Maurermeister Lorenz Peter und der Zimmermeister Josef Schaller, beide aus Achern<sup>122</sup>. Da der Zuschlag beträchtlich unter dem Voranschlag blieb, wurde er genehmigt. Nun konnte der Bau beginnen.

Die Liebfrauenkirche wurde wegen Einsturzgefahr abgerissen, noch bevor der Generalvikar die Erlaubnis der Exsekration gegeben hatte. Während der Bauzeit wurde der Gottesdienst in der Nikolauskapelle abgehalten, die um einiges vergrößert worden war, und das Allerheiligste im Pfarrhaus aufbewahrt. Abgerissen wurde auch die Johanneskirche, deren Steine ebenso wie die des Klosters Allerheiligen als Baumaterial verwendet wurden. Die Zerstörung der Johanneskirche hat sich nicht ausgezahlt, denn die Versteigerung ihres Platzes erbrachte nur 476 fl, die zwischen Achern und Oberachern geteilt werden mußten.

Die Bauarbeiten wurden verhältnismäßig rasch durchgeführt. Im März 1824 wurde damit begonnen, am 15. Juni der Grundstein gesegnet und nach Erstellung des Rohbaues die Kirche am 20. 11. 1825 eingeweiht. Die bischöfliche Weihe erhielt sie nach der letzten Renovation am 15. November 1967 durch Weihbischof Gnädinger aus Freiburg.

Aus unverputzten Bruchsteinen erbaut, besitzt sie ein großes einschiffiges Langhaus, dem ein rechteckiger Chor vorgelagert ist. Obwohl das Kircheninnere keine künstlerische Gestaltung aufweist, gefällt es durch das Ebenmaß seiner Proportionen. Der Turm blieb erhalten und wurde nach oben durch ein Zeltdach abgeschlossen. Das Glockengeschoß, das hinzugefügt worden war, wurde durch Pilaster mit einfachen Kapitellen gegliedert. Gegenüber der alten Kirche wurde die Achse der neuen um 90° nach Norden gedreht.

---

118 EAF 123 Bericht des Bezirksamtes v. 4. 7. 1823

119 EAF 123 Schreiben v. 13. 8. 1823

120 EAF 123 Schreiben des Bezirksamtes Achern v. 12. 9. 1823

121 EAF 123

122 EAF 123 Schreiben des Bezirksamtes v. 22. 3. 1824



*Der Hochaltar von Friedrich Wilhelm*

*(nach der Umgestaltung 1967)*

Die Ausstattung der Kirche mit Altären, Kanzel und Taufstein übertrug man dem aus Bezau im Vorarlberg stammende Stukkateur Friedrich Wilhelm<sup>123</sup>, einem erfahrenen Baumeister, der schon verschiedene Kirchen gebaut und bei andern die Inneneinrichtung angefertigt hatte. Von ihm glaubte man, gute Arbeit erwarten zu können. Wegen der Helligkeit des Raumes fertigte er Altäre,

---

123 J. Wilhelm, Der Stukkator Jodok Friedrich Wilhelm (1797—1843). FDA NF. 8 Freiburg 1907 S. 239—268.



Kanzel und Taufstein aus grauem Stuckmarmor mit verschiedenen Tönungen und unter sparsamer Verwendung von Gold an. Die Altarrückwand, im Stile des Klassizismus aufgebaut, trägt auf einem hohen Unterbau Säulen, auf denen ein Architrav liegt, und darüber sitzt ein Dreiecksgiebel. Zwischen den Säulen ist das Altarbild angebracht, eine Aufnahme Mariens in den Himmel nach P. P. Rubens. Eine Besonderheit des Wilhelmschen Altaraufbaus war der Drehtabernakel mit 3 Fächern, in denen Altarkreuz und Ziborien aufbewahrt wurden. Für seine Arbeit erhielt Wilhelm 1800 fl.

Da man den Hochaltar für den großen Raum als zu schmal und zu hoch empfand, wurde er 1833 entgegen den Vorstellungen Wilhelms nach beiden Seiten im gleichen Stil erweitert<sup>124</sup>. 1833 entwarf Wilhelm auch die beiden Seitenaltäre, und zwar gestaltete er sie in der Art des Hochaltars. Weinbrenner, dem die Entwürfe zur Begutachtung vorgelegt wurden, hielt sie für gut; die Verzierungen schienen ihm jedoch nur mittelmäßig zu sein<sup>125</sup>. Die Kosten für ihre Erstellung beliefen sich nach dem Voranschlag auf 800 fl. Sie sollten von der Gemeinde übernommen werden.

Die Kirche hatte ihre Altäre. Aber der Raum wirkte nüchtern und kalt, da ihm die Verzierungen fehlten. So gaben sich alle Pfarrer in der Folgezeit Mühe, sie zu verschönern. Stadtpfarrer Krug ließ 1903/1904 den Hochaltar und den Chor neu gestalten. Um die leere Altarrückwand zu beleben, stellte man zwischen die Säulen Figuren der 4 Evangelisten. Der Drehtabernakel wurde durch einen im Stil der Renaissance ersetzt und zu seinen beiden Seiten knieende Engel angebracht u.a. Dr. Huck ließ 1921 an den Seitenwänden in satten Farben gehaltene großflächige Kreuzwegbilder des Offenburger Malers Augustin Kolb anbringen. Sein Nachfolger Dr. E. Jehle ließ eine neue Kommunionbank anfertigen und mehrere holzgeschnitzte Tafeln aufhängen. All diese Verschönerungen wurden bei der Kirchenrenovation 1967 wieder beseitigt und der ursprüngliche Charakter wiedergewonnen. Leider wurde die Wilhelmsche Kanzel abgebrochen und die früheren barocken Altarbilder sowie das Gemälde von St. Schaffroth, die Enthauptung des Johannes, auf dem Kirchenspeicher untergebracht.

---

124 EAF 123 Schreiben des Bezirksamtes v. 3. 9. 1833

125 EAF 123 Schreiben v. 30. 9. 1833

**Die Ortenau:  
Untersuchung der Beschaffenheit  
des Fleckens / Thales und Bannes  
Berghaupten,  
und im letzterem gelegenen Berges  
und Waldes Bellenberg**

§. 1.



Die Ortenau / welche in älteren Schriften Das Land Ortenau wird beschrieben: quoad l. tum.  
Mortinhangau / Mortenhowe / Mortanawa / Mortin-  
gia, Mordinavia &c. genennet und von jenen Ge-  
schichts-Schreibern / welche Elßaß für einen Theil  
des ehemahligen Allemannien beschreiben / als ein Theil  
von Elßaß angesehen wird / lieget dem Untern-Elßaß  
gegen über / an dem linken oder teutschen Gestad  
des Rheins / stosset den Rhein oder das Land hienauff / nemlich gegen  
Mittag / an das Breyßgau / von welchem Sie durch den kleinen Fluß  
Bleich / (der diesen Rahmen bekommt / einige Stunden oberhalb des  
Stättgens Kenzingen / an dem Ort / wo der sogenannte Gold-Bach  
und der Bach / so das Thal von der Langeneck / in der Herrschafft  
Kürnberg / herab fließt / zusammen kommen ;

Vid. Vertrag de Anno 1535. hier sub No. 1. beyliegend:

No. 1.

und weil die Bleich nicht weit unter Kenzingen in die Elz rinnet/  
vollends durch diesen Fluß Elz abgefondert wird.

Diploma Imperatoris Friderici I. de anno 1155. apud Pistorium. Tom. III.  
Script. Rez. Germ. p. 695.

Gegen Mitter-Nacht oder das Land und den Rhein hienab stosset  
die Ortenau an die Marggraffschafft Baaden / von welcher Sie durch den  
kleinen Fluß Dß / welcher sich ohnweit Kastatt mit dem Fluß Murg  
vereiniget / und von diesem Zusammen-Fluß biß vollends in den Rhein/  
durch gedachte Murg geschieden wird.

Guillimani. sub Amando I. Argentinensi Episcopo, ex Paulo Volzio Abbate  
Hugonis Curia. ibi: Est autem Morttenaugia tractus terra juxta longitudinem  
inter Brisachaugiam à Bleycha fluvio & Marcham Badensem ab Oia fluvio,  
juxta latitudinem à Rheno fluvio ad Hercynia sylvæ juga.

Welche Stelle zugleich auch die fernere Gränzen der Ortenau/  
nemlich gegen Abend den Rhein und gegen Morgen die Schneeschmölze  
des Schwarzwaldes / bestimmet.

Dieses Land Ortenau wird / was die Flüsse betrifft / von der Bleich  
und Elz / sodann der Ettenbach / ferner der Schutter / der Ringig /  
der Kench / der Acher / der Dß und Murg / welche alle in dem Schwarz-  
wald entspringen und durch die Ortenau in den Rhein fliesen / bewäf-  
fert / und wie unter diesen die Bleich und Elz als die Obere die Dß  
und Murg aber / als die Untere Gränze / merckwürdig sind / also kom-  
men in gegenwärtiger Sache sonderlich die Schutter und Ringig in Be-  
trachtung/

A 2

trachtung / nicht zwar ane und vor sich selbst / sondern weilen Sie zu Erläuterung der vorhabenden Untersuchung beytragen können.

§. 2.

Quoad statum politicum.

Daß dieses Land / Drttenau / niemahls einen besondern Herrn gehabt habe / sondern seit derer Carolingischen Kayser Zeiten ein eigentliches Reichs-Land und / als ein solches / ein- und andere Mahle weniger oder mehreren Herren unterwürffig gewesen seye / ein solches ist bekannt und hier weitläufftig außzuführen ohnthig / weilen man sich begnüget / nur so viel beyzubringen / als zu der vorhabenden Untersuchung erforderlich ist / und erinnert zu dem Ende / daß von mehreren Jahr-Hundert her in der Drttenau sich befinde / die dermahlen als ein von dem Erz-Hausß Oesterreich abhängendes Lehen in Hochfürstl. Baaden Baadischer Besizung stehende Reichs-Landvogtey Drttenau / deren Haupt-Siz / das nun zerstörte Schloß Drttenberg / ist / ferner die Bischofflich Straßburgische Aemter Oberkirch und Ettenheim / ingleichem die Hochfürstl. Baadische Herrschaft Wahlberg / auch Aemter Staußenberg / Bühl, Steinbach &c. nicht weniger das Fürstl. Nassauische Amt Lahr / und die Hessen-Nanau-Lichtenbergische Aemter Wülstätt und Lichtenau / das Fürstl. Fürstenbergische Amt Hausach und Kitzinger Thal / so dann auch das Reichs-Gottes-Hausß Gengenbach / ingleichem die ein besonderes Corpus ausmachende Drttenauische frey ohnmittelbare Reichs-Ritterschafft / wie auch die Reichs-Stätte Dffenburg / Gengenbach und Zell am Harmersbach / samt dem Reichs-Thal Harmersbach / und dann die ansehnliche Prælaturen / zu Schwarzbach / Schuttern / Aller-Heiligen und Ettenheim-Wünster. Wie dann auch die Herrschafft Geroldseck in der Drttenau lieget.

§. 3.

Occasio scripti.

Diese Herrschafft Geroldseck / und das Ao. 1634. ausgestorbene berühmte Geschlecht dieses Namens geben den ohnschuldigen Anlaß zu der gegenwärtigen Untersuchung / in welcher demnach zu betrachten ist / das Geschlecht Geroldseck / so dann das Schloß Geroldseck ane und vor sich selbst / und ferner das Territorium, welches die Herrschafft Geroldseck ausmachet.

§. 4.

Familia de Geroldseck, quoad originem.

Der Name Geroldseck an sich selbst zeigt schon / daß dieses berühmte Geschlecht schon damahls in hoher Achtung gestanden seyn müße / als es bey denen Teutschen noch nicht gebräuchlich ware / besondere Geschlechts-Nahmen zu führen / viel weniger sich nach einem inne gehalten Ort zu nennen / wie beedes in nachfolgenden Zeiten gesehen ist / sondern / wo ein jeder sich durch eigenes Wohlverhalten so berühmt zu machen bestrebet hat / daß seine Nachkommen eine Ehre und des Publici Beyfall darinne gefunden haben / seinen Nahmen beständig fortzuführen. Die Herren von Geroldseck haben nicht allein diese persöhnliche Vorzüge gehabt und bis an ihre Erlöschung sorgfältig an sich behalten / sondern es hat sich auch noch dieses gefüget / daß ein Graff Gerold zu Bussen in Schwaben eine Gegne zwischen dem Rhein / Kitzing und Bleich erkaufft und darauff für seinen Sohn Gerold II. ein Schloß erbauet haben solle / welches / weilen es sehr hoch

## Zwei keltische Goldmünzen von Querbach

(Gemeinde Kehl, Ortenaukreis)

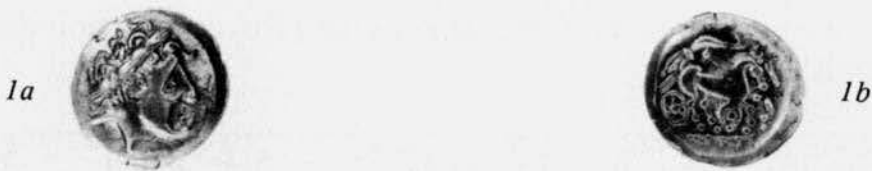
*Wolfgang Struck*

Zu den ganz seltenen archäologischen Objekten gehören in unserem Raume frühe keltische Goldmünzen, da sie wegen ihres materiellen Wertes kaum in Siedlungen zu finden sind, aber auch nicht als Beigabe in die ohnedies spärlichen Gräber der Latènezeit gelangten. Ihre Auffindung ist daher meist dem Zufall überlassen. Umso erfreulicher ist die Entdeckung zweier solcher Münzen bei Querbach, Gemeinde Kehl durch den Geschichtsfreund Walter Mohs, der die Gemarkung seiner Heimatgemeinde seit Jahren regelmäßig begeht und schon vorher mehrere vor- und frühgeschichtliche Fundstellen entdecken konnte. Die beiden Münzen lagen dicht beisammen und sind wohl als kleiner Schatzfund zu werten, da eine Überprüfung der Fundstelle keine weiteren Befunde erbrachte. Beide Münzen bestehen aus Elektrum, einer Legierung aus Gold und Silber. Bei der größeren handelt es sich mit sieben Gramm Gewicht um einen Vollstater (Abb. 2), bei der kleineren mit 1,78 Gramm Gewicht um einen Viertelstater (Abb. 1). Der Name ist von den griechischen Vorbildern dieser einheimischen Nachprägungen übernommen, den sogenannten Philippsstateren, die von Philipp II., dem Vater Alexanders des Großen, zwischen 356 und 336 vor Christus in Makedonien geprägt wurden.

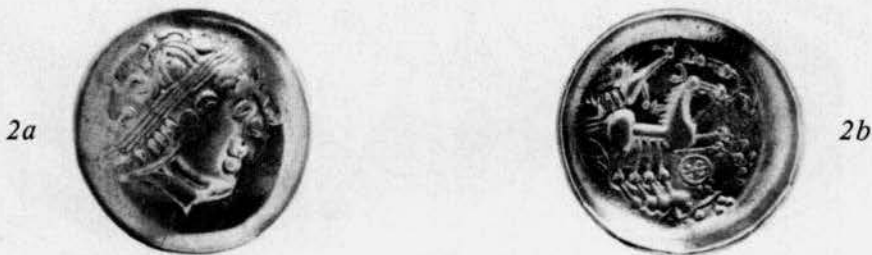
Die griechischen Originale, von denen zwei ganz in der Nähe von Querbach gefunden wurden, kamen durch die großen nach Süden führenden Keltenzüge im vierten Jahrhundert vor Christus nach Mitteleuropa, wo sie bald von den einheimischen Volksstämmen nachgeprägt wurden. Dabei erfuhren die Vorbilder starke Veränderungen und Abstrahierungen, die nur teilweise durch Barbarisierung erklärt werden können; vielmehr ist auch ein starker gestalterischer Wille erkennbar, die bildlichen Vorlagen dem keltischen Kunstempfinden anzupassen, wobei sich die ornamentalen Bildelemente immer mehr durchsetzen können. Dieser Vorgang ist an den beiden Münzen von Querbach anschaulich zu verfolgen.

Auf den Originalstateren Philipps II. befindet sich auf der Vorderseite der lorbeergeschmückte Kopf des Gottes Apollon, auf der Rückseite ein Zwiespann (Bigä) mit Wagenlenker, darunter unterschiedliche Münzzeichen und der Name des Königs in griechischen Buchstaben. Auf dem Viertelstater von

Querbach ist der Kopf noch deutlich zu erkennen (Abb. 1a), allerdings sind Nase und Kinn bereits sehr spitz geworden, die Locken werden betont. Auf der großen, schüsselförmigen Münze besitzen die Locken schon fast Eigenleben, Augen, Nase und Mund werden durch Punkte bezeichnet, das Vorbild ist kaum noch erkennbar (Abb. 2a). Dagegen ist auf der Rückseite der Wagenlenker mit vorgestreckter Hand gut zu erkennen, unter den stark stilisierten Pferden befindet sich ein Rad, wohl Rest eines Münzzeichens (Abb. 2b), auf der Rückseite des kleineren Viertelstaters ist der Wagenlenker kaum noch ausmachbar, unter den Pferden sind aber noch Buchstaben zu erkennen, eine Verballhornung der griechischen Inschrift (Abb. 1b).



*Viertelstater von Querbach (Aufn. LDA Freiburg)*



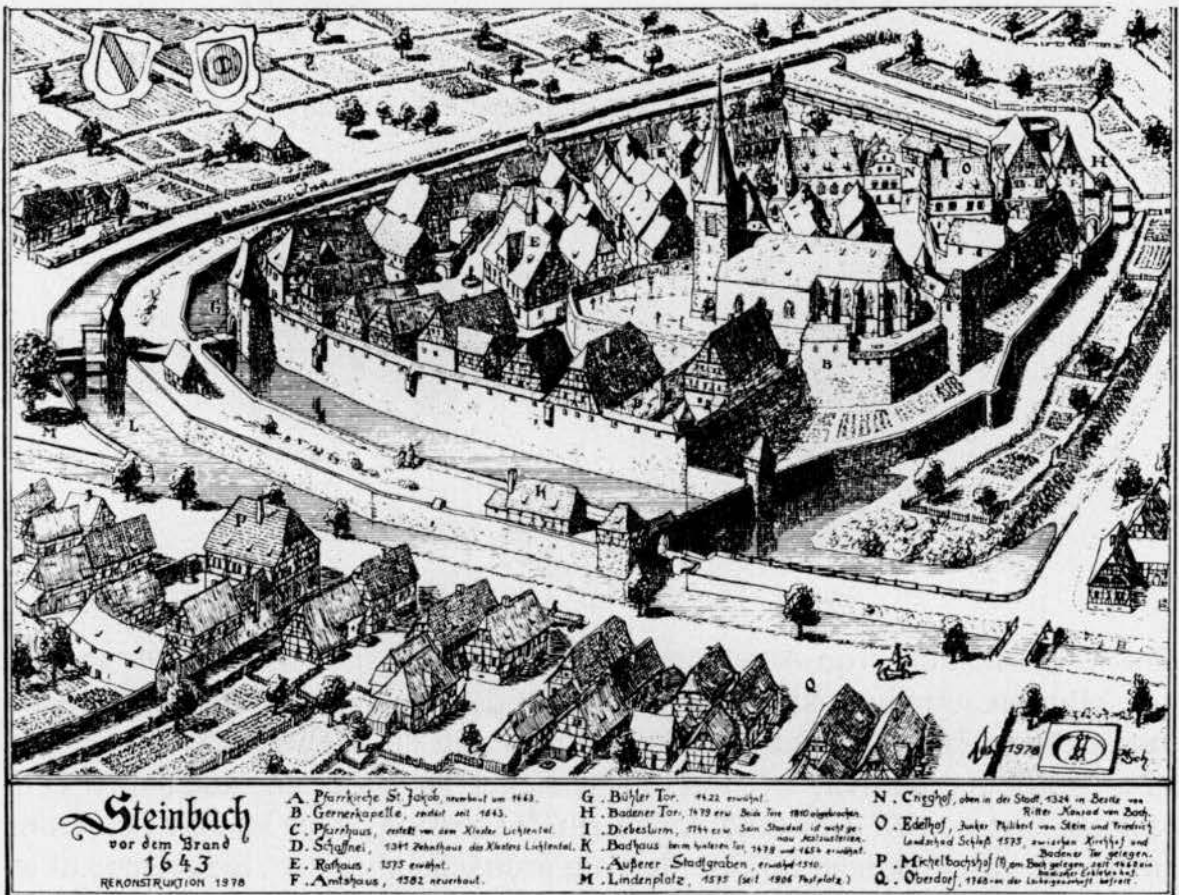
*Vollstater von Querbach (Aufn. LDA Freiburg)*

Die wahrscheinlich von Angehörigen des helvetischen Volksstammes geprägten Münzen stammen aus einem Raum, in dem noch 5 weitere Münzschatzfunde dieser Zeit gefunden wurden. Warum sich die Münzen hier im Vorfeld von Straßburg häufen, ist noch nicht sicher zu erklären. Auch ihre Zeitstellung bietet noch genügend Anlaß zur Diskussion, doch ist eine Datierung ins zweite vorchristliche Jahrhundert am wahrscheinlichsten. Sie zeigen auf jeden Fall eindringlich, daß das Hanauerland in keltischer Zeit stärker besiedelt war, als sich das bisher auf Grund der Bodenfunde ausmachen ließ.

# Steinbach vor dem Brand 1643

Karl Schwab

Die älteste bekannte Ansicht des 1972 nach Baden-Baden eingemeindeten Ortes stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup>. Matthäus Merian und Martin Zeiller haben in ihrem sechzehnbändigen Werk: *Topographia Germaniae* (1642-1654) Steinbach nur kurz erwähnt, „ . . . ein kleines, markgräflich-badisches Städtlein, eine halbe Meile von seiner Hauptstadt Baden in der Ortenau gelegen . . . ist im März 1643 mit Gernsbach und Baden von den Truppen aus Weimar geplündert und verbrannt worden“. Ein Stich aus jener Zeit ist nicht vorhanden, doch hat Merian mit seinen vielen Städtebildern Pate gestanden für die 1978 vom Verfasser angefertigte Rekonstruktion des Steinbacher „Städtels“.



Karl Schwab, Steinbach vor dem Brand 1643

Als der Ort vor 725 Jahren die Freiburger Stadtrechte erhielt, waren schon kleine Befestigungen vorhanden. Es war mit Sicherheit vorhanden der Kirchhof, der eiförmig mit etwa zwölf stumpfen Winkeln die damals romanische

<sup>1</sup> Die Abbildung befindet sich in Ortenau 62/1982, S. 306

Kirche umschloß, und vermutlich ein oder zwei befestigte Edelhöfe, der „Criehhof, oben in der Stadt, 1324 in Besitz von Ritter Konrad von Bach“, und „Junker Philibert von Stein und Friedrich Landschad Schloß, 1575 zwischen Kirchhof und Badener Tor gelegen“<sup>2</sup>.

An diese Baulichkeiten schloß sich die Stadtmauer an. Sie bildete etwa ein Quadrat mit nur 120 m Seitenlänge, an dessen Ostseite der Kirchhof etwas hinausragt. Ca. Dreiviertel der Ringmauer steht heute noch, an der westlichen Grabenstraße mit Wehrgang. Die auf der Zeichnung wiedergegebene äußere Zwingermauer ist dagegen vollständig verschwunden, Fundamente derselben konnten 1965 und 1974 gesichtet und vermessen werden<sup>3</sup>. Die äußere Umwallung dürfte um die Zeit um 1500 entstanden sein, 1510 ist vom „Stattgraben und dem alten Graben“ die Rede<sup>4</sup>. Um 1812 waren die Gräben, welche nur an der tiefer liegenden Süd- und Westseite mit Wasser gefüllt waren, „ . . . größtenteils verschüttet und zu Gärten verwendet worden . . . “<sup>5</sup>.

Die Erhaltung der inneren Stadtmauer ist hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, daß die an die Mauer angrenzenden Wohnhäuser nach 1700 an dieselbe angebaut werden durften. Zuvor bestand in Steinbach wie in den meisten mittelalterlichen Städten die Vorschrift, aus fortifikatorischen Gründen eine zwei bis drei Meter breite Gasse freizulassen. Eine Ausnahme ist bei der ehemaligen Schaffnei (Zehnthaus, später Benefiziatshaus) des Klosters Lichtental festzustellen: hier läuft das mittelalterliche Kellergewölbe ohne sichtbare Erweiterung bis zur Stadtmauer vor. Alle übrigen Keller haben den oben erwähnten Abstand. Diese uralten Gewölbekeller, welche die zweimaligen Zerstörungen von 1643 und 1689 überdauerten, sind die wichtigste Grundlage für diese Baustudie, da die heutigen Häuser des 18. Jahrhunderts wieder über diesen Kellern errichtet sind<sup>6</sup>.

An mittelalterlicher Bausubstanz ist ferner noch erhalten der spätgotische Chor der Jakobuskirche von 1463, dessen Langhaus und Turm 1906 einem erweiterten Neubau weichen mußten<sup>7</sup>, und Reste von Umfassungsmauern der einstigen Adelshöfe. Am Haus Walterspiel befinden sich Bossen-Eckquader, wie sie zur Stauferzeit an Burgen üblich waren, und der leider überputzte Rest

---

2 K. Reinfried, Die Pfarrei Steinbach, in: FDA 41/1913, S. 8. Zur Lokalisierung können die beiden Anwesen Kühn und Walterspiel, Steinbacher Straße 36 und 43 herangezogen werden. Eine burgartige Anlage muß sich einst nordöstlich der Stadt auf dem Hügel zwischen Apotheke und Häfnergasse befunden haben, wo man beim Graben von Luftschutzstollen im Zweiten Weltkrieg auf starke Fundamentmauern stieß

3 K. Schwab, Die Fundamente der Stadttore zu Steinbach, in: Ortenau 46/1966, S. 244

4 E. Schneider, Flurnamen der Gemarkung Steinbach (Kreis Bühl), in: Ortenau 38/1958, S. 218

5 J.B. Kolb, Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großh. Baden. 3 Bde. Karlsruhe 1813, 1814, 1816

6 Am Haus Steinbacher Str. 32 wurden beim Umbau sogar vier Brandschichten über dem alten Kellergewölbe entdeckt.

7 Unterm 2. Juli 1463 quittieren der Schultheiß und das Gericht der Stadt Steinbach über 40 Gulden, welche ihnen die Äbtissin und der Konvent von Lichtental zum Chorbau der Pfarrkirche gegeben. Vgl. K. Reinfried, a.a.O. S. 16

einer frühgotischen Pforte. Im Nebengebäude des Anwesens Kühn ist ein heute als Fenster verkleinerter Eingang mit spätgotischem Kielbogen zu sehen.

Rekonstruierte Einzelheiten wie Kirchturmdach, Renaissance-Giebel, Dachgauben, Scharwachtürmchen u.a. sind urkundlich oder archäologisch freilich nicht nachweisbar. So hat der alte Kirchturm nach 1700 eine barocke „welche Haube“ erhalten ähnlich dem Sasbacher Turm, doch sein auf dem Großfoto von 1904 gut sichtbares, ringsumlaufendes Traufgesims in spätgotischer Form läßt an einen spitzen Helm (und nicht etwa an ein Giebeldach) denken.

Das Oberdorf im Vordergrund ist nur zum Teil wiedergegeben. Die Häuserzeilen entlang des Steinbaches scheinen die Ur-Siedlung gewesen zu sein, so wird in einer Urkunde von 1479 „die alte statt, vor der statt gelegen“ erwähnt<sup>8</sup>. Für die Bewohner im „Städtel“ blieb der Platz sehr beschränkt. Kirchhof, Edelhöfe und öffentliche Gebäude nahmen die Hälfte des Areals ein, und so mußten die meisten Steinbacher jahrhundertlang als Leibeigene außerhalb der Mauern wohnen und kamen nicht in den Genuß der Stadtrechte. Erst 1768 erteilte Markgraf August Georg den „Außbürgern“ im Ober- und Unterdorf einen „Freizügigkeitsbrief“<sup>9</sup>. Fünfzehn Jahre später erfolgte die Aufhebung der Leibeigenschaft für alle markgräflichen Untertanen.

---

8 E. Schneider, a.a.O. S. 218. Dort weitere Angaben mit der Bezeichnung Altstadt. — Vgl. W. Müller, Stadtgründung und Pfarrei, in: Ortenau 61/1981

9 K. Reinfried, a.a.O. S. 6

## Dreiunddreißig Bronzetafeln erzählen von Wolfachs Geschichte

*Josef Krausbeck*

Viele von den Tausenden Besuchern unsrer schönen alten Stadt fragten immer wieder nach Hinweisen auf die Geschichte von Gebäuden, Straßen und Plätzen Wolfachs. Erholungsuchende Kurgäste, Wanderer aus nah und fern, wie auch die Besucher, die aus den noch winterlichen Höhen der Baar und Schwäbischen Alb auf der Sehnsucht nach dem Frühling ins Kinzigtal kamen, um sich an Wolfachs einmalig schönen Flußpartien zu erfreuen, immer wieder suchten sie auch Erklärungen, warum dies oder jenes so oder so heiße.

So war es seit Jahren in der Planung der Stadt, auch auf oftmalige Anregungen von Mitgliedern des Histor. Vereins hin, einmal die entsprechenden Hinweistafeln anzubringen. Aber da gabs natürlich auch die Frage nach Zweckmäßigkeit, Schönheit und Dauerhaftigkeit. Man erkundigte sich bei etlichen



Städten, die schon seit Jahren solche Hinweistafeln haben, wie deren Erfahrungen seien, ja man besichtigte sie und fand da auch die Vor- und Nachteile, so daß man sich statt für Holz oder Zinkblech für Tafeln aus Bronzeguß entschied, die nicht teurer kommen, dabei aber schön und unverwüstlich sind. Und nach Anfragen wegen Preis und Qualität konnte der Auftrag an die Firma Hermann Straßacker in Süßen erteilt werden, also an eine Spezialfirma für Bronzeguß, die schon vor Jahren die Tafeln des Ehrenmals wie auch die Figuren des Narrenbrunnens gefertigt hatte.

Die Texte wurden von Mitgliedern des Histor. Vereins gestaltet und empfohlen.

Und da wurden also nun zunächst 33 Tafeln angefertigt und angebracht, denen wohl auch in absehbarer Zeit noch etliche sich ergänzend zugesellen dürften.

Es wäre nun sehr reizvoll für die Historiker, all die Tafeln textgenau hier lesbar zu finden, doch würde dies zu weit führen. So werden wenigstens einige ausführlich erwähnt, die andern eben nur dem Inhalt nach. Interessierten aus dem Mitgliederkreis des Hist. Vereins für Mittelbaden kann ja bei einem Besuch alles weiter Erfahrungswerte selbst vor Augen treten. Und solch ein Besuch lohnt sich schon!

Da beginnts mit Nr. 1 auf der alten *Burg Wolva*, wo gesagt wird: Ab 11. Jahrhundert Sitz der Freiherren von Wolva, eine der ältesten Burgen des Schwarzwalds. Im 13. und 15. Jahrh. erneuert. Mit dem Ausbau des Stadtschlusses dem Zerfall überlassen und zum Abbruch freigegeben. Letzte Reste durch den Schwarzwaldverein und andere Vereine Wolfachs 1978/79 freigelegt, gefestigt und für die Zukunft gerettet.

Auf 5 weiteren Tafeln wird dann vom *Bergfried*, vom vermutl. *Wohngebäude*, von den *Umfassungsmauern*, dem unteren *Burghof* und dem *Halsgraben* berichtet.

Ein Rundgang durch die Stadt selbst beginnt mit der Tafel 7 am *Stadtwall*, findet die Fortsetzung beim inneren *Graben*, dem *Stadttor*, dem *Hungerturm*, dem *Rondellturm* und schließt die Reihe von 6 Tafeln mit der Erklärung des gesamten Schlosses und seiner Geschichte. Das ehem. Amtshaus mit seinem schönen Renaissance-Erker und dem vorbildlich gelösten Umbau zum Geschäftshaus beginnt die Reihe von 6 Tafeln der Hauptstraße, weist auf die Geschichte des Rathauses, erzählt vom ersten Christbaum des Schwarzwaldes durch „Theodor den Seifensieder“, von der einstigen Ritterherberge zur *Sonne*, vom *Stadtbrunnen* und vom *Oberen Tor* und dessen Türmen bei der Stadtbrücke.

In der Vorstadt, der nördlichen Stadtseite jenseits der Kinzig, beginnen die erzählenden Tafeln, 8 an der Zahl mit dem einstigen *Schiltacher Törle* beim sog.

Engelschulhaus und führen zum Gang ans *Malerhäusle* der Maler Straub und ihrer Lehrlinge, zur *Zehntscheuer* an der Funkenbadstraße, wo in heiterer Weise der einstige Verwendungszweck erläutert wird: „Den Zehnten brachten einst hierher die Alten, wenn sie auch jammerten und schalten. Heut darf den Zehnten man behalten, eh hätten wir's so gut doch wie die Alten!“ Während beim *Kurgartenhotel* dessen Geschichte und die der Wolfacher Bäder erzählt wird, kündigt eine Tafel beim *Mineralbrunnen* dessen Zweck: „Wenn Sie mal wollten, wie Sie sollten, und können nicht, wie Sie wollten und sollten, dann kommenn Sie und trinken Sie, dann können Sie, wie Sie sollten und wollten!“ (Sollte man es deutlicher sagen als in solcher heiteren Weise?) Beim *Törlebeck* wird vom *Vorstadtörle* berichtet und an der Kurve der Vorstadt in Richtung Oberwolfach erinnert die Tafel an den Wolfacher Maler Josef Moser (1783—1865). Eine Tafel am *Schliefegraben* erzählt von den mannigfachen Werken, die von dessen Wasser betrieben wurden bis zum Hinweis, daß hier die erste Schleiferei der bekannten Dorotheenhütte war.

Beim *Gassensteg* und seiner Umgebung kommt begreiflich das Thema *Kinzig* zur Sprache, als leben- und betriebsspendende Kraft wie auch als vernichtendes Ungeheuer bei Hochwassern und Eisgängen. Die interessante Häuserreihe auf *dem Damm* weiß mit ihren hohen Staffeln etwas davon zu berichten, wie auch die Tafel jenseits der Brücke, die seit 1982 ihre Zierde hat im strahlend erneuerten barocken St. Joh. Nepomuk. Dort lesen wir dann auch, wie der Gassensteg in einmalig geschichtlicher Weise beim Eisgang 1830 100 Meter flußaufwärts geschoben wurde!

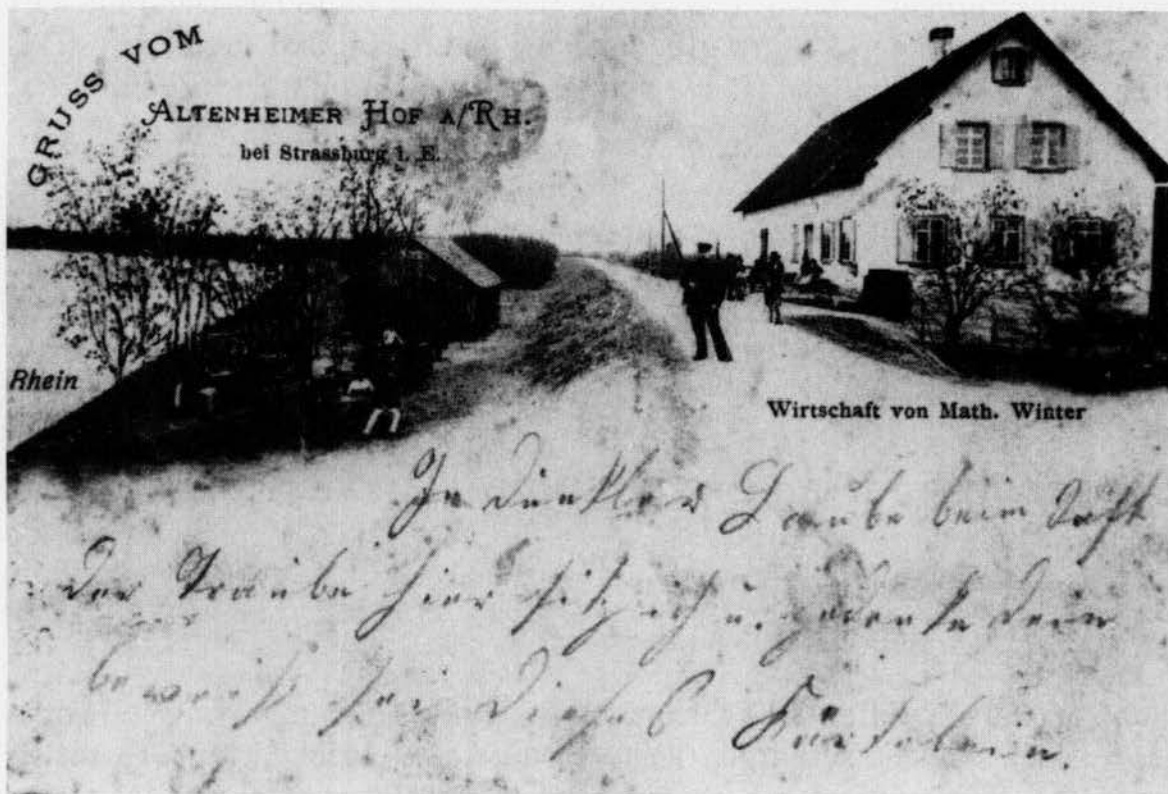
Je eine Tafel im sog. „*Herlinsbach*“ und bei der Realschule, wie auch auf dem Damm beim „*Brückenwagdeich*“ also drei, berichten vom großen, jahrhundertelangen Betrieb der Flößerei, vom „Anmähen“ der Flöße, vom Umbinden, von Länge und Anzahl, wie auch von der Geschichte der Wolfacher Schiffferschaft, die ihre Flöße bis Holland sandte. Und wieder am südlichen Kinzigufer, wo ein weiß gestrichener Stein sagt, daß es von hier bis zur Mündung genau 60 km sind, erzählt eine Tafel bei schlichten schweren Mahlsteinen vom Farb- und Glasurstein-Mahlen Wolfacher Töpfereien in 700 Jahren.

33 Bronzetafeln sind es also nun, die dem Suchenden allerlei zu berichten wissen. Einige werden noch später hinweisen auf das einstige Schulhaus, das älteste des fürstenberg. Kinzigtales seit dem 13. Jahrhundert, werden vom historischen „Herrengarten“ erzählen, vom „Stuckhäusle“, von Stadtmühle und Ölmühle, vom Laden- und Seifensiederhaus des Theodor im einstigen städt. Spital, werden auch der mehrfachen bedeutenden Wolfacher erinnernd gedenken, der Maler, Musiker, St. Blasier Äbte, des Psalmendichters Strasser, des Politikers Bassermann, des Wiener Predigers und Erziehers Querk usw. Und zur besseren Sichtbarkeit der Tafeln wird jeder noch das Wolfacher Wappen mit der Wolfsangel zugesellt werden.

## „Dr Millione Schniidr“

*Wilhelm Marx*

Bis zum Ende des ersten Weltkriegs erstreckte sich die Altenheimer Gemar-  
kung auch nach der Tulla'schen Rheinkorrektion noch auf das elsässische  
Ufer hinüber. In der Nähe von Plobsheim umfaßte dieses Gebiet ein Gehöft  
einschließlich des dazugehörenden Geländes, Gewässer, Äcker, Wiesen und  
Wald. Bei der ersten Bannvermessung im Jahre 1786 zeigen die Pläne ein statt-  
liches Anwesen mit Wirtschaftsrecht. Es ist der Rest einer alten Siedlung in-  
mitten des Rheinstroms und heißt heute noch der „Altenheimer Hof“.



*Der „Altenheimer Hof“ um die Jahrhundertwende.*

Auf dem nach Westen gelegenen Teil dieses Hofgutes wirkte in einer beschei-  
denen Hütte ein Schneiderlein, das sich durch seiner Hände Arbeit bis zum  
Krieg 1870/71 recht und schlecht durchschlug.

Als im Jahre 1871 Straßburg von den deutschen Truppen eingeschlossen war,  
gelang es einigen wohlhabenden Straßburger Familien, im Süden der Stadt ei-  
nen Durchschlupf durch den deutschen Belagerungsring zu schaffen, durch  
den sie bei Nacht und Nebel einen Teil ihres Besitzes in Form von Bargeld und  
Schmuck in Richtung Schlettstadt in Sicherheit bringen konnten. Eine dieser  
Familien soll dabei auf der Flucht Geld und Schmuck verloren haben.

Nach Kriegsende erwarb das eingangs erwähnte Schneiderlein den Altenheimer Hof mitsamt dem dazugehörenden Grundbesitz und darüber hinaus noch über hundert Grundstücke im Elsaß. Was lag näher, als daß die Bevölkerung den plötzlichen Reichtum des armen Schneiders mit dem verlorenen Geld und Schmuck jener Straßburger Familie in Zusammenhang brachte und aus dem Schneiderlein den „Millione Schniidr“ machte. Sein Name war: Winter. Diesseits und jenseits des Rheines, vor allem in Plobsheim und Altenheim ist der älteren Generation Persönlichkeit und Name noch wohlbekannt. Mancher Altenheimer hat vor und auch noch nach dem ersten Weltkrieg „bim Millione Schniidr“ bis in die späte Nacht dem preiswerten Rotwein zugesprochen und nach der Zecherei versucht, mit einer „Gutter“ voll Rebensaft im schwankenden Nachen über den damals noch ungestümen Rhein in den sicheren Schoß der Familie zurückzufinden. Das gelang nicht immer ohne Zwischenfälle. Oft war der Altenheimer Rheinwarter mit von der Partie und hatte, selbst als Fachmann, manchmal alle Hände voll zu tun, sich und die Zecher unbeschadet ans diesseitige Ufer zu bringen.

Nach Aussagen von Lehrer Kapp in Plobsheim soll der Millione Schniidr im höheren Alter von Gewissensbissen geplagt und infolgedessen schwermütig geworden sein.

## Die Jakobslinde an der Wallfahrtskirche St. Jakob bei Wolfach

*Kurt Klein*

Wenn auch das Wallfahrtskirchlein St. Jakob etwas oberhalb von Wolfach in der Waldeinsamkeit verborgen liegt, so dürfte es doch mit zu den meistbesuchten Pilgerstätten des Kinzigtales zählen. Besonders am Jakobstag (25. Juli) und am darauffolgenden Sonntag strömen die Gläubigen aus nah und fern herbei, um zu beten und zu singen. Da die Kirche die vielen Pilger nicht fassen kann, wird die Messe im Freien abgehalten, wobei der Altar neben einer übergroßen Linde, der Jakobslinde, Aufstellung findet. Das Alter dieses Baumes wird auf ca. 450 Jahre geschätzt. Vielleicht stand er schon, als der erste Bau einer Wallfahrtskapelle an dieser Stelle errichtet wurde, denn die erste Kunde von St. Jakob führt in das Jahr 1433. Doch diese Kapelle wurde in den Wirren der Reformationszeit 1540 zerstört. 1659 konnte dank einer frommen Stiftung erneut eine Kirche eingeweiht werden. Als dann wenige Jahre darauf die „Bruderschaft zum hl. Apostel Jakobus um einen guten Tod“ gegründet wurde (1664), nahm der Zulauf erneut zu, so daß das Gotteshaus neben der Linde bald viel zu klein war. Man entschloß sich deshalb, vor



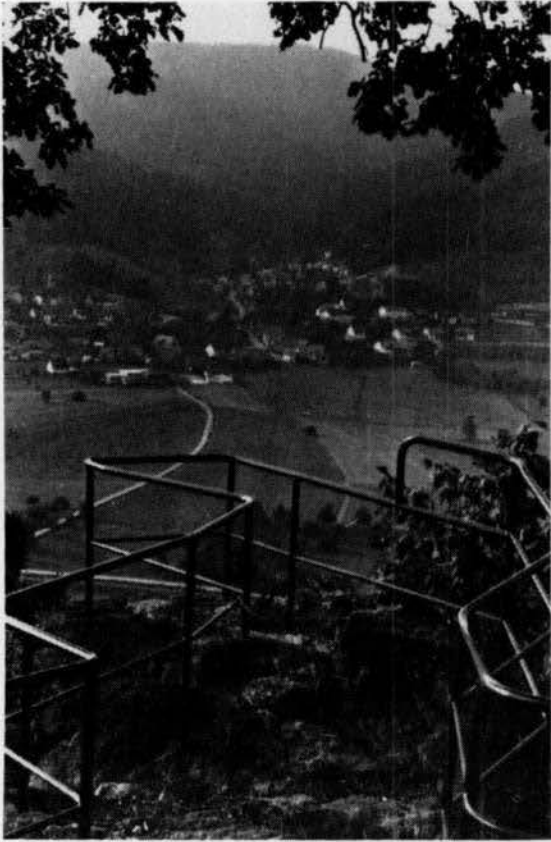
*Die Jakobskapelle bei Wolfach (rechts neben ihr die Jakobslinde)      Aufn. Kurt Klein*

allem als der Landgraf Maximilian Franz von Fürstenberg auch seine finanzielle Hilfe zusagte, eine völlig neue, größere Kirche zu bauen (1680 bis 1685) und diese nach und nach prachtvoll auszuschnücken. Neben dem Gotteshaus entstand dann noch eine St. Antoniuskapelle mit einem sog. „Heiligen Grab“. Auch die Eremitage konnte vergrößert und massiver aufgebaut werden. Sie wurde später die Wohnstätte der Mesnersfamilie von St. Jakob.

## Die Teufelskanzel am Urenkopf bei Haslach

*Kurt Klein*

Am Nordabhang des Urenkopfes erhebt sich aus dem Urenwald ein zerklüfteter Gneisfels, dem der Volksmund den Namen Teufelskanzel verliehen hat. Schon von weitem erkennt man die Stelle, da eine mächtige Eiche daneben steht. Etwas unterhalb des Felsens an der Bundesstraße 33 (und B 294) wurde ein Waldparkplatz angelegt, von dem ein Rundweg in ca. 20 Minuten hinaufführt. Ein herrlicher Ausblick auf das am jenseitigen Talhang gelegene Fischerbach mit seiner Michaelskirche und auf die Kinzigauen zwischen Haslach und Hausach lohnt den Aufstieg.



*Die Teufelskanzel am Urenkopf  
Aufn. Kurt Klein*

Im Volke wird erzählt, daß dieser Felsen einmal eine Heimstätte des Teufels gewesen sei, der sich in vielerlei Verkleidungen und Verstellungen den Fuhrleuten unten auf der Straße näherte und mit ihnen allerlei Schabernack trieb, vor allem in dunklen, sturm- und regengepeitschten Nächten. Besonders abgesehen hatte er es auf die fluchenden Fuhrknechte, um deren Seele er gerne feilschte. So zog eines Tages ein Schwabe mit einem hochbeladenen Wagen das Kinzigtal hinauf. Unterhalb der Teufelskanzel stellte der Böse den frohgelauten Fuhrmann und bot ihm im Gespräch einen Vertrag an, der ihn sehr schnell zu einem reichen Fuhrhalter machen sollte. Der Teufel versprach ihm sogar ein sorgenfreies Leben bis zum Ende seines 60. Lebensjahres. Dafür allerdings wollte er die Seele des Mannes haben. Man wurde bald handelsmäßig, und der Schwabe setzte mit seinem eigenen Blute drei Kreuze als Unterschrift unter den Vertrag. Bald löste der Teufel sein Versprechen ein, und der Fuhrknecht wurde reich und angesehen. Jahrzehnte vergingen darüber, und der Mann vom Schwabenland dachte nicht mehr an seinen Pakt. Doch als er gegen Ende seines 60. Lebensjahres mit dem Pferdewagen wieder an der Stelle beim Felsen vorbeifuhr, forderte der Teufel seinen Teil. Kurzentschlossen trieb der Fuhrmann mit seiner Peitsche die Tiere zur größten Eile an, um schnell über die nahe Bistumsgrenze beim Gschweihloch zu kommen. Dort glücklich angekommen, rief er zurück, daß der Vertrag auf dem Gebiet des Bischofs von Straßburg unterschrieben worden sei. Jetzt aber befinde er sich auf dem Konstanzer Territorium, und deshalb habe die Abmachung keine Gültigkeit mehr. Der geprellte Teufel verschwand im Wald und ward nie mehr gesehen.

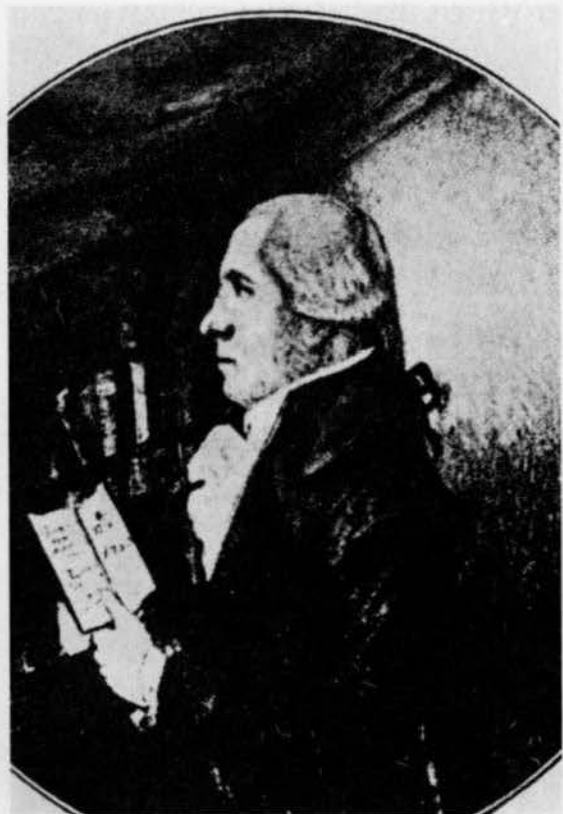
# Der Huberfelsen bei Hornberg

*Kurt Klein*

Auf dem Höhenkamm zwischen dem Prechtal und dem Gutachtal zwischen der Prechtäler Schanze und dem Karlstein steht der Huberfelsen, ein mächtiger Granitfelsen (758 m), von dem man aus eine schöne Sicht in das hintere Prechtal und hinüber zum Gschasikopf hat. Er ist benannt nach dem letzten Obervogt der ehemaligen österreichischen Herrschaft Triberg, Karl Theodor Huber (1782—1816), an dessen segensreiche Tätigkeit eine 1902 angebrachte Bronzetafel erinnert. Als Obervogt (seit 1795) bemühte er sich nachhaltig, die wirtschaftlichen Verhältnisse der in großer Armut lebenden Bewohner seines



*Der Huberfelsen bei Hornberg  
Aufn. Kurt Klein*



*Obervogt Karl Theodor Huber  
Aufn. Kurt Klein*

Amtes zu heben. So führte er durch einen italienischen Flechtmeister die Strohflechterei als lohnenden Nebenerwerb bei den Wäldlern ein. Die Erzeugnisse dieser Arbeit wurden sogar in Rußland, Frankreich und Holland verkauft. Er bemühte sich um Verbesserungen in der Landwirtschaft und im Obstbau (Prechtal) und sorgte sich um den Ausbau des zu seiner Zeit aufkommenden Schulwesens. Daneben widmete er sich dem Straßen- und Wegebau und ließ unter anderem auch die erste direkte Straßenverbindung zwischen

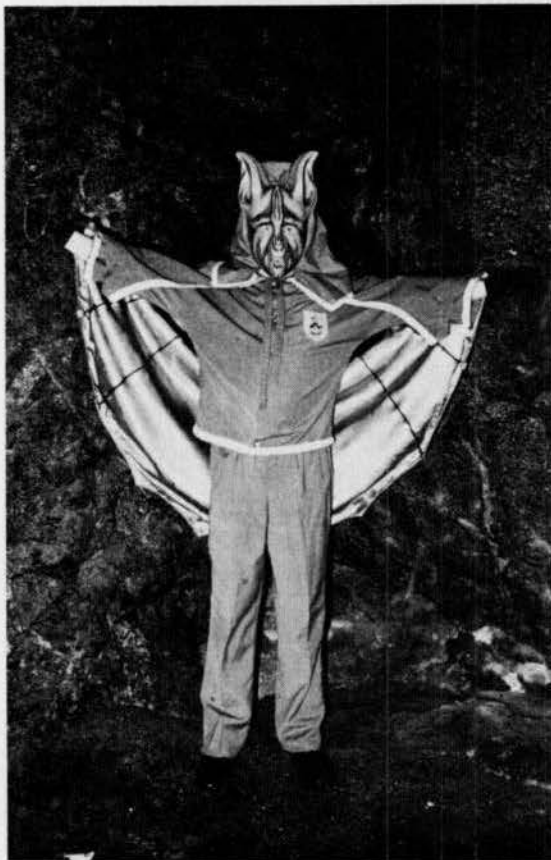
Triberg und Haslach über den Rensberg—Landwassereck ausbauen, denn erst 1839 wurde im Gutachtal die Straße zwischen Triberg und Hornberg (die heutige B 33) trassiert. Jene Höhenstraße führte am „Huberfelsen“ vorbei und erhielt später den Namen „Huberweg“.

## Das Heimatmuseum in Steinach i. K.

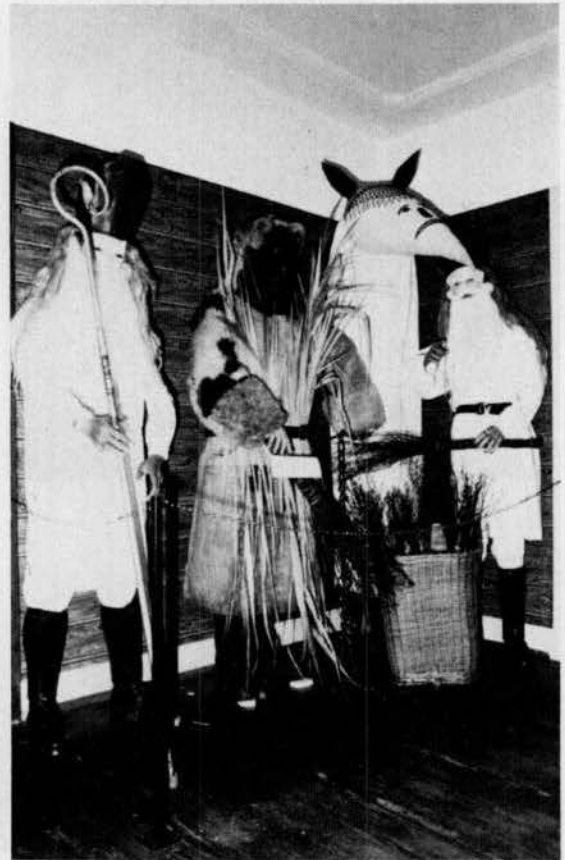
*Franz Schindler*

Am 7. August 1976 konnte die Gemeinde Steinach ein kleines Heimatmuseum eröffnen. Es befindet sich im Gebäude hinter dem Hotel „Schwarzer Adler“, das von der Familie Kälble zur Verfügung gestellt wurde.

Zunächst galt es, das Haus „museumsreif“ umzugestalten. Es wurde von 38 Frauen und Männern aus Steinach, die sich „Museumsfreunde“ nannten, in ca. 650 freiwilligen Arbeitsstunden renoviert und als „Heimatmuseum“ eingerichtet. Die Hauptinitiatoren Peter Schwörer und Erich Obert hatten bereits Ende 1975 die Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen, damit die Planung ausge-



Steinacher „Fledermaus“



Steinacher „Klausenbigger“  
Fotos: Werner Kinnast, Steinach



führt werden konnte. In dem Museum können nun die historisch wertvollen Restbestände aus dem Dorf und der Gesamtgemeinde geschützt und sichergestellt werden.

Im ersten Raum befinden sich alte Bilder und Karten aus Steinach. Der Raum ist ferner ausgestattet mit alten „Lochen“ (Grenzsteinen), Pferde- und Ochsen Geschirr sowie Geräten aus der Landwirtschaft und dem Handwerk. Der zweite Raum enthält Gegenstände aus dem heimischen Brauchtum. Blickfang sind die Steinacher „Klausenbigger“. Sie gehören zum Nikolausbrauch und bestehen aus zwei Gestalten, dem „Bigger“ und dem „Rubelz“ (Knecht Ruprecht). Weiterhin sind die Masken der Steinacher Narrenzunft, die „Fledermäuse“ und „Steinhansele“, ausgestellt. An den alten Brauch des „Säcklestreckens“ erinnern einige Gegenstände, z. B. mehrere Metzgerbriefe und ein „Säckle“ an einer Stange.

Das Oberteil eines schönen Palmen weist auf den Brauch am Palmsonntag hin.

Eine einmalig schöne Sammlung wertvoller Mineralien und Gesteinen aus Steinach und der näheren Umgebung wurde von Karl Joos zusammengestellt. Die besondere Attraktion sind die fluoreszierenden Mineralien, die in einer abgedunkelten Vitrine ausgestellt sind.

Der dritte Raum ist als Schwarzwaldstube eingerichtet und enthält: Trachten der Bewohner, Kachelofen, Span- und Spanhalter, Truhe und Schrank, ein Spinnrad und viele interessante Kleinigkeiten.

Der vierte Raum ist für Sonderausstellungen eingerichtet und soll allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, ihr Können zu zeigen.

Bisherige Sonderausstellungen:

7. 8. 76— 9. 9. 76	Intarsien	Franz Schindler
12. 9. 76—17. 10. 76	Ölgemälde, Zeichnungen, Radierungen, Materialbilder	Karl Held jun.
10. 4. 77—15. 6. 77	Porzellanmalereien Holzschnitzereien Aquarelle	Walter Bolkart Christa Moser Roland Moser
19. 6. 77—Okt. 77	bäuerliche Volkskunst, Hinterglasbilder Bauernmalerei	Peter Schwörer  Gerhard Erne, u. a.
1978	Briefmarkensammlungen	Helmut Belli Franz Schindler
1979	Tiere unserer Heimat	Gertrud Oberle u. a.
1980	Steinacher Hobbykünstler stellen aus	
1981	Uhren als Zeitmesser	Armbruster
1982	Holzschnitzereien Malereien	Meinrad Volk Moritz

Im Eröffnungsjahr wurde das Heimatmuseum von 1416 Personen besucht. Auch die weiteren Jahre zeigten, daß sich sowohl die Einheimischen als auch die im Ort weilenden Feriengäste am Museum und den ausgestellten Gegenständen und Sammlungen erfreuen.

Die Arbeitsgruppe „Museumsfreunde“ im Historischen Verein Steinach ist weiterhin bestrebt, Gegenstände aus vergangener Zeit zu finden und so die Bräuche und Traditionen der Gemeinde den kommenden Generationen zu erhalten. Ein Wunsch der Museumsfreunde nach einem größeren Gebäude ging bisher leider nicht in Erfüllung.

Die Gemeindeverwaltung Steinach trägt die Sachkosten und Miete, wofür ihr der Historische Verein an dieser Stelle herzlich dankt. Der Eintritt ist frei.

Öffnungszeiten: ab Sonntag nach Ostern bis ca. Mitte Oktober  
jeweils mittwochs von 10.00 — 12.00 Uhr und  
am ersten Sonntag im Monat von 17.00 — 19.00 Uhr.

Sonderführungen sind möglich (Tel. 07832/8656).

## Das Hohberger Bienenmuseum

*Paul Zimmermann*

Am 28./29. August 1982 feierte der Landesverband Badischer Imker in Hohberg-Diersburg sein 125jähriges Bestehen. Gegründet wurde der Verband im Jahre 1857 von dem Niederschopfheimer Hauptlehrer Ludwig Huber (1814—1887). Er war maßgeblich beteiligt an der Entwicklung des Badischen Vereinsstockes, der heute noch gerne von der älteren Imkergeneration benutzt wird. Er gründete die erste Badische Bienenzeitung „Die Biene und ihre Zucht“, in der er sich für eine zeitgemäße Bienenzucht und die Überleitung von der Korb- zur Kastenimkerei einsetzte.

Zum 125jährigen Jubiläum des Landesverbandes Badischer Imker eröffnete der Imkerverein Hohberg im Dachgeschoß des Diersburger Rathauses ein Bienenmuseum mit einer Ludwig-Huber-Stube.

Über 1300 freiwillige Arbeitsstunden wurden von den Mitgliedern des Imkervereins Hohberg geleistet, um den leerstehenden, ungenutzten Speicher zu einem Bienenmuseum auszubauen. Aus vielen verweisten Bienenständen wurden veraltete Imkergerätschaften zusammengetragen. Man sieht Klotzbeuten aus hohlen Baumstämmen, zum Teil kunstvoll geschnitzt, mit denen die Hausbienenzucht eingeleitet wurde, Bienenkörbe aus Stroh, verschiedene



*Das Bild hängt in der St.-Galluskirche in Hofweier (Kopie im Bienenmuseum)*

Beuten für Hinterbehandlung, Geräte für die Königinzucht, zur Wachsgewinnung, Fertigteile zur Beutenherstellung, ein original badisches Bienenhaus sowie alte Honigschleudern. Die Bilderserie „Die Bienen im Dienste der Umwelt“ weist uns auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Biene für uns und unsere Umwelt hin. Besonders aufschlußreich sind die Schautafeln, auf denen die Produkte aus dem Bienenvolk vorgestellt werden, sowie die über die Arbeitsteilung der Arbeitsbienen und geschichtliche Lehrtafeln.

Ein kleiner Lehrbienenstand mit zeitgemäßen Magazinbeuten und eine moderne Sechswaben-Selbstwendeschleuder geben Einblick in die heutige Betriebsweise. Das emsige Treiben von lebenden Bienen kann an einem Bienenkorbbolk und in einem Schaukasten beobachtet werden. In der Ludwig-Huber-Stube ist sein Bild sowie das von seinem Wohn- und Bienenhaus in Niederschopfheim. In einer Vitrine wird auch die Vereinsbibliothek aufbewahrt.

Möge das Bienenmuseum dazu beitragen, das Verständnis für die Belange der Natur und der Imkerei zu wecken, denn wir brauchen die Bienen und die Bienen brauchen uns.

Das Bienenmuseum ist im Jahre 1983 vom 1. Mai an, jeden Sonntag bis Mitte November von 14.00—17.00 Uhr, geöffnet.

## Der alte Postverkehr im Kinzigtal

*Oskar Kohler*

Ein Extraritt für die Bestellung von Briefen zwischen Straßburg und dem Kinzigtal war 1690 eingerichtet und vier Jahre lang unterhalten worden. Aber es blieb in Frage gestellt, ob sich diese Einrichtung aufrecht erhalten ließ. Die Post von Straßburg her wurde nämlich immer spärlicher, und für das Jahr 1693 stellt der Bericht resignierend fest, daß sie „vollständig cassiert gehabt“ (aufgehört hat). Kriegszeiten standen im Hintergrund. Von Reichs wegen aber wollte man auf diesen Postritt nicht verzichten. Die kaiserliche Reichspost war angewiesen, ihn aufrechtzuerhalten und eine möglichst durchgehende Verbindung von Wien her sicherzustellen. Der Postritt sollte das Kinzigtal hinauf bis Hornberg gehen, und dort sollte der Reiter den von der anderen Richtung kommenden Postillion des Reichspostamtes treffen, „wie schwer es auch der Spesen halber kommet“.

65 Jahr später hatten sich die Verhältnisse einigermaßen normalisiert. In Wien drängte man wieder auf eine möglichst rasche Postverbindung nach Straßburg, die zugleich auch das französische Hinterland erfassen und die Verbindung mit Paris herstellen sollte. Der Weg durch das Kinzigtal war dafür „die nähere Strass“. Die ganze Strecke sollte wöchentlich einmal von einem Postwagen durchfahren werden. Dazu war es vor allem nötig, daß die Straßen in Ordnung gebracht wurden.

Die Teilstrecke von Gengenbach bis Biberach—Zell wurde 1750 neu hergerichtet. Schwierigkeiten machte aber auf dieser Strecke weiterhin die Überquerung des Reichenbacher Baches. Von diesem sagt ein Bericht, daß er „zur Winterzeit wegen sich steckendem Eis und weit ausbreitendem Grundeis fast impracticable, bei anlaufenden Gewässern aber höchst gefährlich zu passieren sei“. Es ging aber dem Gengenbacher Posthalter offenbar um die zusätzlichen Zugpferde, die man auf dieser Strecke nötig hatte. Die Ortschaften waren angewiesen, der Post, wenn nötig, mit Zugpferden zur Hand zu gehen. Aber die Pferdehalter wollten dafür eine Entschädigung haben. Sie legten keinen Wert darauf, ihre Tiere abgeschunden und abgetrieben zurückzuerhalten, und zeig-

ten wenig Neigung zum Aushelfen. Im Rat zu Gengenbach meinte man, der Posthalter solle sich bei den Pferdebesitzern „mit Darreichung der Gebühr so angenehm wie möglich machen“, dann werde er Pferde genug erhalten. Aber der Posthalter wies darauf hin, daß die Posthalterei nicht viel einbringe, er müsse bei dem Geschäft noch drauflegen. Mit dieser Behauptung scheint der Posthalter im eigenen Interesse etwas übertrieben zu haben. Hatte er doch neben den ihm zustehenden Gebühren auch die Verpflegung der Reisenden in seinem Postgasthaus, und Leute, die damals auf Reisen gingen, hatten Geld und waren wohl auch bereit, nach den Beschwerden der Fahrt etwas für des Leibes Notdurft und Erholung auszugeben, so daß von dieser Seite her dem Posthalter ein Beträchtliches an Verdienst zufließte.

Von amtlicher Seite her sah man vor allem darauf, daß im Postverkehr Ordnung herrschte und daß er in geregelter Form ablief. Die Postillione setzten denn auch ihre Ehre darein, daß dies zutraf, soweit es die Unbilden des Wetters und die schwierigen Wegverhältnisse zuließen. Der „Fahrplan“ sollte möglichst genau eingehalten werden.

Wie sah nun damals ein solcher „Postfahrplan“ aus? In Gengenbach zeigte er folgendes Bild: Am Sonntag und Mittwochnachmittag kam die Post von Haslach an. Samstag Nacht, d. h. einmal in der Woche, kam der Augsburger Postwagen, der dann nach Straßburg weiterfuhr. Dienstag Mittag kam der Postwagen von Straßburg, Sonntag und Mittwoch kam die Post von Offenburg. Samstag—Sonntag und Dienstag—Mittwoch waren demnach die eigentlichen Posttage.

Lit.: H. Stephan, Postgeschichte des Landes Baden, in: Postgeschichtliche Blätter 12, 1972, Nr. 16/17.

## Die lokale Filmchronik — eine neue Form, Heimatgeschichte zu dokumentieren

*Heinz G. Huber*

Jahrhundertlang wurden Chroniken ausschließlich auf Pergament und Papier festgehalten. Im Zeitalter der audiovisuellen Medien werden wir uns mit dem Gedanken befreunden müssen, daß die Gegenwart immer mehr auf Zelluloid und Magnetbändern aufgezeichnet wird. Gerade das Videosystem mit seinen großen Aufnahmekapazitäten und seiner unkomplizierten Bedienungsweise bietet für die Aufzeichnung und Wiedergabe schier unerschöpfliche Möglichkeiten.

Begeisterte Amateurfilmer haben das Geschehen in ihren Gemeinden seit Jahrzehnten in sogenannten „Jahresfilmchroniken“ festgehalten. Mit der Zeit, die zwischen Aufnahme und Vorführung liegt, wächst in der Regel der historische Dokumentationswert solcher Filme. Filmmaterial etwa aus der Zeit des Nationalsozialismus, mag es technisch noch so unzulänglich sein, besitzt heute Aussagekraft von hohem Rang. Denn es vermag, etwas von der Alltagsgeschichte zu zeigen und erzeugt jene Betroffenheit bei den Nachgeborenen, die Geschichte zur unausweichbaren Angelegenheit macht. Wo Zeitgeschichte als Teil der Heimatgeschichte erlebt wird, wo Geschichte in den vertrauten Raum eingreift, wird sie als Teil der eigenen Identität erlebt: *Tua res agitur*.

Bei den Heimatfilmen, die heute gedreht werden, stellt sich indes die Frage, ob sie etwas von der Zeit und Zeitstimmung überhaupt einzufangen vermögen. Beliebte Filmanlässe sind Vereinsfeste, Patrozinien, goldene Hochzeiten, Fastnachtsumzüge, Ehrungen und Feiern aller Art. Im Mittelpunkt stehen meist die Dorfhonoratioren, Pfarrer, Bürgermeister, Stadt- oder Gemeinderäte, Vereinsvorstände, während die Bevölkerung eine Statistenrolle spielt. Die Filme zeigen eine harmonische und intakte heile Welt, „Heimat“ zeigt sich von ihrer schönsten Seite. Fast scheint es, daß hier Werbefilme für den Fremdenverkehr stilbildend geworden sind. Die Vorführung solcher Filme versetzt den Zuschauer in ein schwermütiges Erinnerungsbad. Die Vergangenheit, mag sie von den Betroffenen noch so leidvoll erlebt worden sein, verklärt sich zur „guten alten Zeit“.

Bei der Vorführung eines Films aus den 50er Jahren ist mir aufgefallen, daß zwar der beflaggte Kirchturm und die Fronleichnamsprozession festgehalten worden sind, nicht aber die damaligen Arbeitsvorgänge in der Landwirtschaft. Wie wurde damals Wiesengras geschnitten, zu Heu verarbeitet und eingefahren? Welche Werkzeuge hatte damals der alte Schuhmachermeister in seiner Werkstätte, und wie ist er mit ihnen umgegangen? Wie sah die Schmiede aus, in der die Zugtiere beschlagen wurden? Wie wurde in der Textil- und Tabakfabrik damals gearbeitet? Ich meine, daß Heimatfilme allesamt zu wenig vom Alltag, von der Arbeit, vom wirklichen Leben zeigen und stattdessen dem Schein einer fest- und feiertäglichen Repräsentationsfassade verfallen. Das Selbstverständliche, das banal Erscheinende ist es aber gerade, was am meisten „Wirklichkeit“ ist. Die Machart der Heimatfilme erklärt sich zum Gutteil daraus, daß die Produzenten Filmamateure sind, für die in erster Linie die Freude am schönen Motiv und an der filmischen Technik im Vordergrund steht.

Wenig wahrgenommen werden in diesen Heimatfilmen auch die Veränderungen der Umwelt. Fast zufällig war im obengenannten Film beim Umzug der alte Dorfkern zu sehen, die Fachwerkhäuser, die inzwischen abgerissen sind, die Bäume, die der Straße zum Opfer gefallen sind. Was damals einst nebensäch-

liche Kulisse war, hat heute bei der Wiedervorführung des Films eigentlichen Dokumentationswert. Gerade, wenn man die Veränderungen der Umwelt, des Dorfkerns, der Landschaft aufzeigen kann, gewinnt der Heimatfilm eine kritische Dokumentationskraft. Er schafft eine erhöhte Sensibilität und Zerstörungen des eigenen Lebensraumes. Gefragt wäre jene „detektivistische Heimatkunde“ (Martin Walser), die ein wirkliches Bewußtsein des Eigenen schafft und den Blick unverstellt auf den eigenen Nahraum lenkt. Es ist wichtig, die alten Flurkreuze, das Scheibenfeuer und die Reiterprozession zu filmen; genauso wichtig ist es aber, die Landschaftsverwüstungen einer Flurbereinigung oder die Zersiedlung einer Flur filmisch zu dokumentieren. Es ist wichtig, die heimische Tier- und Pflanzenwelt festzuhalten (wenn auch der Artenschwund schon weit fortgeschritten ist) und das Objektiv auf den sterbenden Wald zu lenken. Mit der zunehmenden Bedrohung der Umwelt wird der Heimatfilm zunehmend kritische Informationsarbeit leisten müssen.

Wird der dokumentarische Heimatfilm zum Spiegel der Veränderungen, kann er auch ein Bewußtsein von den sich rapide vollziehenden Veränderungen schaffen und damit Fortschritt und Wandel kritisch auf seinen humanen Sinn befragen. Der Historiker, der Geschichtsinteressierte, der Heimatfilme einmal als geschichtliche Chroniken auszuwerten hat, wird ihren Wert daran messen, wie unverzerrt und unverkürzt sie das Geschehen ihrer Zeit wiedergeben. Der Fantasie und Findigkeit des Heimatfilmers beim Aufspüren des „Eigenen“ sind keine Grenzen gesetzt. Dokumentarischer Heimatfilm — ein weites Feld!





## Besprechungen und Hinweise

### Appenweierer Heimatblatt 1982

Hrsg. von der Mitgliedergruppe Appenweierer des Historischen Vereins für Mittelbaden. Schriftleitung: Karl Maier

Seit Jahren widmen sich Karl Maier und seine Mitarbeiter im „Appenweierer Heimatblatt“ vorbildlich der Darstellung und Erforschung der Lokalgeschichte, die zugleich immer ein Stück Geschichte der Ortenau und ein kleines Stück Weltgeschichte ist. In diesem Jahr weist die Reproduktion eines alten Kartenwerks von Daniel Spekel von 1573 auf das Schwerpunktthema „Topographien“ hin, um die sich dieses Mal die Beiträge gruppieren. Karl Maier hat eine Dokumentation alter Ortsbeschreibungen aus der Zeit zwischen 1806 bis 1935 zusammengestellt, die interessante Einzelheiten über Appenweier vermitteln.

Die zentrale Verkehrslage und die administrative Zentralstellung verliehen einst dem Ort seine Bedeutung. Appenweier bildete als Umsteigebahnhof nach Paris und zu den Renchtalbädern ein „Tor zur Welt“. Wegen der günstigen strategischen Lage besetzten deswegen auch 1923 die Franzosen den Ort und unterbrachen den Bahnverkehr. Zur Postkutschenzeit besaß Appenweier eine bedeutende Poststation und erhielt auch später ein „Postamt 2. Klasse“ mit bedeutenden Aufgaben und beachtlicher Personalausstattung.

Bis 1805 war der Ort Sitz der vorderösterreichischen Reichslandvogtei und wurde nach dem Übergang an Baden noch einmal bis 1819 Sitz eines Bezirksamtes. Obwohl Appenweier Marktflecken war, blieb der bäuerliche Charakter des Ortes bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg erhalten. Im 20. Jahrhundert ging man vor allem zu Tabak- und Obstanbau über, nachdem vorher Hanf-, Hopfen- und Zichorienanbau eine große Rolle gespielt hatte. Während das Dorf in den Koalitionskriegen verarmte, wird es 1865 wieder als „wohlhabender“ Ort geschildert. Die überschüssige Bevölkerung war weitgehend nach Amerika ausgewandert. Die verkehrsgünstige Lage war andererseits dem lokalen Brauchtum und der Tracht nicht gerade förderlich. 1899 wird der Appenweierer Bürger wie folgt beschrieben: „Stolz lob ich den Appewierer, er sichert die solidesten Bänke bei den kirchlichen und die dampfendsten Schüsseln bei den weltlichen Festlichkeiten. Friedlich und freundlich im Verkehr und fleißig und sparsam im Haushalt, kommt er überall gemächlich durchs Leben. Ein ausgeprägter

Lokalhang scheint der allgemeine Drang nach Nudeln zu sein. Nudeln und Würscht!“

Ein Geschichtsdokument besonderer Art ist die Chronik des Pfarrers Georg Walter, die die Jahre 1803 bis 1821 umfaßt und Welt- und Lokalgeschichte miteinander verbindet. Nachdem Walter den Auftrag des Ruralkapitels, über die Verhältnisse der Pfarrei in den letzten 50 Jahren zu berichten, ausgeführt hat, führt er aus eigenem Antrieb die Aufzeichnung der Gegenwart fort und weitet sie zur orts- und weltgeschichtlichen Zeitchronik aus. Durch die bemühte Objektivität des registrierenden Chronisten schimmert immer wieder etwas von dem erregenden Gefühl hindurch, an der Schwelle eines neuen Zeitalters zu stehen. Walter sieht den Umbruch aller politischen, kirchlichen, geistigen und sozialen Ordnungen sich vollziehen, der von der Französischen Revolution ausgeht. Er erlebt den Übergang an Baden mit, die Napoleonischen Kriege, die das Gesicht Europas verändern, den Übergang der Pfarrei an das Bistum Konstanz, den Wessenbergstreit sowie den Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas, die doch nur eine aufgehaltene Revolution war. Er nimmt teil an den Familienangelegenheiten des badischen Herrscherhauses, verliert aber auch nicht die Not der kleinen Leute unter Steuerdruck und Mißwuchs aus den Augen. Er verfolgt die freiheitliche Bewegung in Europa und in Baden und nimmt mit Sympathie Anteil am Wirken der Landstände. So entsteht, wie Karl Maier treffend bemerkt, „eine Weltgeschichte aus den Augen eines Landpfarrers“.

In sehr verdienstvoller Kleinarbeit versucht schließlich Karl Maier die Lage des verschwundenen Dorfes Rüchelnheim bei Zimmern zu klären. Er zieht dazu die bisherigen lokalgeschichtlichen Forschungen heran, befragt alte Karten und greift auf Urkundeneinträge zurück. Mit großer Wahrscheinlichkeit — so Maier — ist das Dorf Rüchelnheim im Zuge des Wiederaufbaues nach dem 30jährigen Krieg im Unterdorf von Urloffen aufgegangen.

Heinz G. Huber

### Archäologische Nachrichten aus Baden.

Heft 28. 1982, Heft 29. 1982. Herausgeber: Förderkreis für die ur- und vorgeschichtliche Forschung in Baden e.V., Freiburg/Breisgau. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg, hrsg. im Auftrag des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. Stuttgart K. Theiss-Verlag 1981, 1982.

Heft 28 und 29 der Archäologischen Nachrichten enthalten keine Berichte von Ausgrabungen in der Ortenau.— Heft 28 ist der Fundlandschaft des Hegaus gewidmet. Es wird u.a. berichtet von einer jungsteinzeitlichen Siedlung auf dem Hohenkrähen (H. Schlichtherle), von hallstattzeitlichen Gräbern mit reichen Keramikfunden von Nenzingen (J. Aufdermauer), von hallstattzeitlichen Grabhügeln auf dem Bodanrück (R. Dehn), von römerzeitlicher Keramik aus Orsingen-Hegau (D. Wollheim). Zu einem Besuch mag besonders der römische Gutshof in Büblingen anregen, der zu den größten in Baden-Württemberg gehört. Nach Beendigung der Restaurierung seiner Grundmauern wird er der einzige vollständig restaurierte römische Gutshof in Baden-Württemberg sein (J. Aufdermauer). Das Interesse, das im Landkreis Konstanz für die vorgeschichtlichen Kulturgüter besteht, wird bezeugt durch die Einrichtung eines Kreisarchäologen zur Überwachung der Fundstellen. Im Gegensatz dazu behandelt das Heft 29 einzelne Fundgegenstände z.B. Importfeuersteine an Hoch- und Oberrhein (W. Pape) u.a.

Eine wertvolle Bereicherung für den an vorgeschichtlichen Fragen Interessierten sind die von Dieter Planck „herausgegebenen“ Archäologischen Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1981, 1982. Ihre Aufgabe ist, nach Abschluß der Grabungen an den einzelnen Fundstätten eingehend über das Ergebnis zu berichten und es in die größeren Zusammenhänge einzuordnen. Aufnahmen von den Fundstätten sowie von Funden, Lageplänen und Literaturhinweise ergänzen die vorbildliche Darstellung. Die Beiträge sind nach den Perioden der Vorgeschichte geordnet. Sie beginnen mit der Altsteinzeit und reichen bis ins Mittelalter, dessen Fundstätten ebenfalls in die Beschreibung einbezogen werden. Besonders zahlreich sind die der Römerzeit, die überwiegend in Württemberg liegen. Während früher Baden und Württemberg getrennt über ihre Ausgrabungen berichteten, kann man jetzt dank der gemeinsamen Berichterstattung einen Überblick über die Vorgeschichte im ganzen Land gewinnen. Zugleich erfährt die Öffentlichkeit von der Tätigkeit des Landesdenkmalamtes innerhalb eines Jahres. In weiteren Beiträgen wird auf die Bedeutung der Luftbildarchäologie für die vorgeschichtliche Forschung hingewiesen. Insgesamt bedeuten die Jahrbücher eine vorzügliche Möglichkeit für den an vorgeschichtlichen Fragen Interessierten, sich über den Stand der Vorgeschichtsforschung in Baden-Württemberg auf dem laufenden zu halten.

H. Schn.

### **Badische Heimat. Mein Heimatland.**

62. Jahrgang 1982. 4 Hefte. Hrsg.: Landesverein Badische Heimat Freiburg i. Br.

Während sich die Beiträge von Heft 1 auf das ganze ehemalige Baden verteilen, beziehen sich die von Heft 2 auf Mannheim und die von Heft 3 vor allem auf Heidelberg und Nordbaden. Ein Thema aus der Ortenau behandelt Heinz. G. Huber „Uta Esel als Kulturkämpfer“ (Heft 1). Am Beispiel von 2 Gedichten zeigt er die Art der Darstellung der Gründungssage des Klosters Allerheiligen. Bei beiden steht nicht die Gründung als solche im Mittelpunkt, sondern der in landläufiger Auffassung als dumm geltende Esel. Dieser macht sich in dem Gedicht von H. Hoffmann-Donner (1867 erschienen) lustig über die Klostergründung, während die Mönche in seinem Verhalten ein Wunder sehen. In dem Gedicht von Eduard Bauer (1846 veröffentlicht) erweist sich der dumme Esel als klüger als die in ihrem absolutistischen Bürokratismus befangenen Räte der Uta. Huber kommt zur Erkenntnis, daß letztlich jede Dichtung Chiffre ihrer Zeit ist; Hoffmann-Donner sei Vertreter einer kulturkämpferischen antik lerikalen Einstellung, Bauer eines gegen die Bevormundung durch den Staat gerichteten Liberalismus. Für den Kunsthistoriker sei hingewiesen auf die Arbeit von Karin Jäckel über den Bruchsaler Hofbildhauer Joachim Günther, der u.a. die Stukkaturen in Schloß Kislau ausführte (Heft 1). — Der Freund von Baden-Baden erfährt in der Abhandlung von Zoltan Magyar (Heft 3) über die Entstehung der russischen Gemeinde in Baden-Baden und ihre Schicksale sowie über den Bau der russischen Kirche in der Lichtentaler Straße und ihre Ausstattung. — Jörg Hertenstein berichtet über Badens Farben, Fahnen und Flaggen (Heft 1).

H. Schn.

### **Geroldsecker Land. Jahrbuch einer Landschaft.**

Heft 25/1983. Herausgeber der Ortenaukreis.

Unter den vielfältigen Beiträgen des wie immer geschmackvoll ausgestatteten Jahrbuchs sei auf 2 Arbeiten von Karl List hingewiesen. In der einen berichtet er über die auf dem Raukasten gelegene Burg Altgeroldseck, die die Geroldsecker im 1. Drittel des 12. Jahrhunderts errichteten, dann sie aber aufgaben, als im Gebiet von Prinzbach ertragreichere Gruben erschlossen wurden, zu deren Sicherung sie

die Burg Hohengeroldseck erbauten. Ein Plan, Zeichnungen und Aufnahmen veranschaulichen das Bild dieser vergessenen Burg. — Bei den Ausgrabungen in der Nähe des Eingangs der Klosterkirche Schuttern fand List die Fundamente einer sog. Kreuzkirche, eines Baues mit 4 gleichen Armen und einem Vierungsturm. Dank seiner umfassenden Kenntnisse der Geschichte des Klosters Schuttern sowie der kunstgeschichtlichen Bezüge kann List nachweisen, daß der Bau über der ursprünglichen Grabstätte des Gründers des Klosters, Offo, errichtet wurde, dessen Gebeine früher in die neue Klosterkirche übertragen worden waren. Diese Kreuzkirche diente der kleinen Ortsgemeinde als Pfarrkirche. Die Ausführungen bestechen durch die Gründlichkeit und die Umsicht in der Beweisführung. — Mit der Auswanderung nach Siebenbürgen im 18. Jahrhundert, wohin die evangelischen „Transmigranten“ aus der Markgrafschaft Baden-Durlach, dem Hanauerland, den Herrschaften Lahr und Mahlberg sowie einigen ritterschaftlichen Dörfern der Ortenau auf Grund der kaiserlichen Anordnung auswandern konnten, beschäftigen sich 2 Arbeiten: W. Hacker behandelt die politischen Verhältnisse in den Auswanderungsgebieten und untersucht die Gründe der Auswanderung sowie die Einstellung der Regierungen zu ihr, während O. Mittelstraß besonders die religiösen Verhältnisse in den Orten der Herrschaften Lahr und Mahlberg darstellt.

H. Schn.

### **Pforzheimer Geschichtsblätter 1980**

*Herausgeber: Stadt Pforzheim.  
Folge V, 216 Seiten*

Von den insgesamt neun Beiträgen bietet die Arbeit von K. Ehmann „Die Geschichte des Pforzheimer Postwesens“ einige Bezüge zur Ortenau. Neben drei Ausschnitten aus Übersichtskarten über den Verlauf der Post-Kurse veranschaulichen viele Bilder das Postwesen aus früherer Zeit. Die lokale Postgeschichte wird zunächst im Rahmen der badischen betrachtet. Als Marktort erhielt Pforzheim schon im 11. Jahrhundert Bedeutung und mußte deshalb entsprechend verkehrsmäßig versorgt werden. Seit Ende des 15. Jahrhunderts entwickelte sich die Postmonopolstellung der Fürsten von Thurn und Taxis in Deutschland. 1601 wurde ein Postkurs vom Württembergischen über Pforzheim nach Straßburg eingerichtet. Bald führte auch ein regelmäßiger Kurs von Pforzheim durch die Rheinebene nach Süden. Interessant ist ein Preisvergleich vor 200

Jahren: Die Beförderung eines Briefes von Pforzheim nach Offenburg kostete 6 Kreuzer, was genau dem Tageslohn eines Pforzheimer Tuchmachers entsprach. Eine detaillierte Beschreibung der Entwicklung des modernen städtischen Postwesens beschließt den Bericht. Eine weitere Arbeit vom gleichen Verfasser beschreibt „Abgegangene Siedlungen um Pforzheim“. Es wird den Ursachen für den Abgang nachgespürt: Ungünstige Naturgegebenheiten, Kriege, Seuchen standen hier wohl im Vordergrund.

Wertvoll erscheint der Artikel „Die Freiheiten der Stadt Pforzheim 1491“ von J. E. Goldberg, in welchem die Verfasserin eine Handschrift (Urkundenkopie) Wort für Wort in Faksimile einer „Übersetzung“ gegenüberstellt — eine nützliche Hilfe zum Einlesen in alte Handschriften. Ein einführender Text und Erläuterungen erschließen diese „Freiung“, in der der Markgraf von Baden seinen Untertanen zum „gemeinen Besten“ Rechte und Pflichten aufträgt. An Freiheiten wurde den Bürgern Befreiung von direkter Besteuerung, Schutz der persönlichen Freiheit sowie Freizügigkeit gewährt. Der zweite Teil des Freiheitsbriefes enthält eine Durchführungsverordnung bezüglich der Pflichten.

Eine umfangreiche Arbeit befaßt sich mit dem Geschlecht Dittler im Raum Pforzheim. Der Name kommt aus dem schwäbischen Raum. Er wird als Übername für einen Menschen mit besonderem musikalischen Talent gedeutet — „Dudler“. Auch Namensträger in der Ortenau sind hier festgehalten.

Von den kleineren Aufsätzen befassen sich zwei mit ehemaligen Anwesen, mit dem „Gasthaus zum Römischen Kaiser“ sowie mit dem im letzten Krieg zerstörten Saackeschen Anwesen.

Weiterhin werden Ersatzgeldmarken der Pforzheimer Unternehmen von 1916/17 vorgestellt. Ein anderer Bericht weiß von Hexenprozessen zu erzählen. Die Geschichtsblätter werden durch eine Mitteilung über Revolutionäre der Jahre 1848/49 geschlossen.

Gernot Kreutz

### **„Landkreis Rastatt — Heimatbuch 1982“**

Das Heimatbuch 1982 bietet zunächst, als jährlich wiederkehrende Einrichtung, einen „Rückspiegel“ in Wort, Bild und Statistik, der gerade durch seine regelmäßig wiederkehrende Belieferung mit Zahlen, Daten und Ereignissen des vergangenen Jahres von großem Nutzen ist.

Ein Aufsatz widmet sich der „*Stadtentwicklung und Stadtanierung in Rastatt*“ (U. Striebel u. V. Steinbrenner), ein anderer dem „*Barockjahr in Rastatt*“ (W. Reiß).

Ein schönes Stück Schulgeschichte bietet die Arbeit von H. Constantin „*Das gewerbliche Berufsschulwesen im Landkreis Rastatt*“. Aus den Anfängen am Ende des 18. Jahrhunderts mit der Sonntags-Zeichenschule in Baden, der „Nachtschule“, einer „architektonischen Zeichenschule“ in Gernsbach, und der „Spinnerschule“ in Rastatt wurde schließlich 1834 die Gewerbeschule. Ihre Entwicklung im Landkreis Rastatt verfolgt der Verfasser bis zur Gegenwart.

Auch die Entwicklung der Volkshochschule im Landkreis ist ein interessantes Stück Bildungsgeschichte. Der Bericht „*1957 — 1982: 25 Jahre Kreisvolkshochschule*“ von U. Jakubczyk u. K. Goebes zeigt die Entwicklung der Erwachsenenbildung im Landkreis Rastatt sorgfältig auf.

In der Abteilung „Aus der Geschichte an Rhein und Murg“ kommen dann die den historisch Interessierten besonders ansprechenden Arbeiten, darunter von Wilhelm Mechler: Die Stadt „*Lichtenau erhielt im Jahre 1300 die Stadtrechte*“.

F. Kappler führt in seinem Aufsatz „*Die Kapelle zum Finsteren Klingel*“ durch die Geschichte dieses 1479 erstmals erwähnten Gernsbacher Gotteshauses.

Wiederhergestellt im Original-Weinbrenner-Stil wurde der ehemalige Festsaal des Hub-Bades, „klassisch schön, mit seinen Farben, aber doch dieseitig-heiter akzentuiert“, heute „*Die Kirche in der Hub*“ (E. Schappeler-Honnef).

Originell sind die Gedichte und Illustrationen des Militärschriftstellers, Chronisten, Gelegenheitsdichters und Zeichners „*Heinrich Medicus*“. In seiner Biographie dieses vielseitigen Husarenobersten bietet A. Hirth viel Interessantes über diesen Vorläufer der Gebrüder Grimm. Zwischen 1800 und 1807 sammelte er 30 Bändchen „*Volcks-Mährgen*“, eine Märchen- und Sagensammlung, die leider nie zum Druck kam und deren Handschriften bedauerlicherweise nicht mehr vollständig erhalten sind. Eine Drucklegung hätte diesen die letzten 25 Jahre seines Lebens in Lichtenau lebenden, begabten Obristen zweifellos berühmt gemacht. Zu freundschaftlichen Verbindungen zu heute in Salzburg lebenden Angehörigen der Familie des Heinrich Medicus führte zufällig ein früherer Medicus-Bericht Hirths.

Die spannungsgeladene Entwicklung der Inflation und ihres Notgeldes von 1914 bis 1923 im Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden verfolgt M. Wessel in seiner Arbeit

„*Nullen auf dem Papier*“. Not und Elend, Betrug am sog. kleinen Mann verbergen sich hinter der immer rapider wachsenden Zahl von Nullen. Besonders lobenswert ist das „Verzeichnis der Notgeldscheine von Baden-Baden, Baden-Oos, Bühl, Forbach, Gaggenau, Gernsbach und Rastatt“.

K. Schiweks Aufsatz „*Der israelitische Friedhof an der Karlsruher Straße in Rastatt*“ weist auf diesen kleinen, vom Verkehr umbrauten und doch kaum beachteten Friedhof hin und macht einige Anmerkungen über das Schicksal der hiesigen jüdischen Gemeinde.

Die beiden letzten Aufsätze des Heimatbuches 1982 widmen sich wirtschaftsgeschichtlichen Themen. „*Die UHU-Story*“ von K.-H. Zenz führt die Geschichte dieses weltberühmten Bühler Unternehmens vor.

Der Geologe K. Sauer berichtet über „*Die neuen Mineralthermen von Bad Rotenfels*“.

Neu aufgenommen wurde die „*Bücherecke im Heimatbuch*“, eine Besprechung von Heimatbüchern und Zeitschriften und, ebenfalls neu, „*Heimatbuch aktuell*“, eine Vorschau auf Veranstaltungen, z. B. „Schwarzacher Münsterkonzerte“. Ob sich die beiden Neulinge bewähren, muß sich erst noch herausstellen. Zu wünschen wäre es.

Wie im letzten Jahr, ist auch wieder ein „*Inhaltsverzeichnis früherer Bände*“ und ein besonders lobenswertes „*Stichwortverzeichnis*“ derselben im Anhang. Es wäre für diesen zweiten, besonders erfreulichen Anhang (er macht den ersten fast überflüssig — man könnte ihn durch ein alphabetisches Verfasserverzeichnis ersetzen) zu empfehlen, mindestens für die Bände bis 1972 außer dem Jahrgang auch die Bandnummer in der Rubrik „Jahr“ anzugeben (also nicht nur „1969“ sondern „9/1969“ oder „1969/9“). Diese Bände tragen nämlich auf dem Rücken und auf dem Titelblatt nur die Bandnummer aber nicht die Jahrgangsbezeichnung.

Alles in allem wieder eine abgerundete Leistung des Herausgebers und seiner Mitarbeiter.

Gerhard Hoffmann

## **Gedenksteine in den Wäldern Baden-Württembergs**

*Herausgeber: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Bad.-Württ. Bd. 56, 1982, 344 S.*

Das Buch dokumentiert die Gedenksteine des Landes, die bei einer Erhebung der Landesforstverwaltung gemeldet wurden. Es wird

zwar kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, trotzdem bleibt es auffällig, wie von Forstamt zu Forstamt recht unterschiedlich Angaben gemacht wurden. Vielfach handelt es sich um Gedenksteine in Form eines wenig bearbeiteten Felsblockes. Auch finden sich viele durch Steinmetzarbeit verzierte Denksteine. Daneben werden allerdings auch Steinkreuze (mehrmals unkorrekt als „Kreuzstein“ bezeichnet), Bildstöcke, Brunnen sowie auch Grabsteine dargestellt. Kurzum, es werden kleine Denkmäler des Waldes vorgestellt, die irgendein Gedenken für die Nachwelt erhalten wollen. So vielfältig diese Gedenksteine nun aussehen, so unterschiedlich sind auch die Gründe, die zu ihrer Aufstellung geführt haben. Die meisten gemeldeten Gedenksteine erinnern an verdiente Forstleute sowie an Personen des öffentlichen Lebens. Viele Steine gedenken des Todes aus unterschiedlichen Anlässen. Der größere Teil der 272 erfaßten Gedenksteine (davon fast zwei Drittel im Bild) wird durch die mehr oder minder ausführlichen dazugehörigen Beschreibungen lebendig.

Für den Ortenaukreis wurden von den jeweiligen Forstämtern insgesamt 13 Gedenksteine mitgeteilt. Im Vergleich zu anderen Gebieten (z. B. allein im Forstamt Pforzheim wurden 27 Objekte beschrieben) schlummert in der Ortenau noch eine Anzahl von Gedenksteinen im Verborgenen. Dem Anspruch, eine Anregung für ein weiteres Sammeln zu geben, wird diese Schrift gerecht. Sie lädt zum Verweilen vor diesen kleinen unsere Kulturlandschaft belebenden Denkmälern ein.

Gernot Kreuz

### **Hellmut Gnädinger, Zur Geschichte des Klosterwaldes Allerheiligen und des aus ihm hervorgegangenen Staatswaldes Ottenhöfen**

*Schriften der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg Bd. 58. Selbstverlag der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg. Stuttgart 1982*

Zwar gibt es einige meist kürzere Monographien über die Geschichte des Klosters Allerheiligen, aber es fehlt an Arbeiten, die einzelnen speziellen Themen der Klostergeschichte eingehender untersuchen, wodurch erst das Bild der Klosterwirklichkeit an Konturen gewinnt. Der Verfasser des angezeigten Werkes, langjähriger Leiter des Forstamtes Ottenhöfen, behandelt nun vom forstwissenschaftlichen Standpunkt aus ein Sachgebiet, das meist von den Forschern aus Unkenntnis der Bedeutung

übergangen wird. Von den 3 Teilen, in die das Werk eingeteilt ist, interessiert den Historiker vor allem der 1., der sich mit der Geschichte des Klosterwaldes beschäftigt. Dank seiner eingehenden Beschäftigung mit den geschichtlichen Quellen und seiner genauen Kenntnis der Örtlichkeiten ist es dem Verfasser möglich, eine zuverlässige Darstellung der Geschichte des Klosterwaldes zu geben. Er geht aus von der Gründungsgeschichte von Allerheiligen, wodurch erst der Klosterwald geschaffen wurde, beschreibt seine Grenzen, die Erwerbungen zur Vergrößerung des nicht allzu großen Besitzes. Er berichtet von der nur geringen Rodungstätigkeit der Herren, den Klosterhöfen und ihrem Beitrag zum Unterhalt des Klosters sowie von den umgebenden Berghängen und Grinden, die damals als Viehweiden benutzt wurden. Eine wirtschaftliche Nutzung des Waldes erfolgte erst seit dem 17. und 18. Jahrhundert, die jedoch infolge Fehlens der Infraktur nur in beschränktem Maße möglich war. Der Verfasser beschäftigt sich mit den verschiedenen Holzverkäufen, besonders dem von 1609, dessen Holz zur Eisenverhüttung verwendet wurde. Er beschreibt die Arbeitsverhältnisse der Waldarbeiter, wie sie das Holz schlugen, es aus dem Wald schleiften und den Liezbach hinabfördereten. Man erfährt über die Beförderung des Waldes, über die Waldarbeiten sowie der Jagd im Klosterwald, die jedoch keine Bedeutung hatte. Erst seit der Übernahme in den Staatsbesitz infolge der Säkularisation existieren genaue Unterlagen über die Größe des Waldes, die bisher nach Augenmaß geschätzt, aber nicht durch Messungen ermittelt worden war. Besonderes Interesse verdienen die Ausführungen über die sozialen Folgen der Säkularisation, infolge deren es nicht nur den Armen, sondern auch den Pächtern der Klostergüter schlechter ging als vorher. Ein eigenes Kapitel widmet der Verfasser dem leidigen Streit um den sog. Strittwaldes, ein Waldgebiet, das während Jahrhunderten zwischen dem Kloster und den Orten der Ulmer Mark umstritten war, wobei der vor dem Reichskammergericht in Wetzlar ausgetragene Streit bei seiner Auflösung 1806 noch nicht beendet war.

Der 3. Teil des Werkes behandelt den Domänenwald Ottenhöfen, der aus dem Klosterwald hervorgegangen ist, seine Verwaltung und Nutzung, dazu den Waldbau. Dabei werden die Ausführungen an Hand zahlreicher Statistiken und graphischen Darstellungen eingehend erläutert. So ist diese fleißige und gründliche Arbeit, besonders was ihren 1. Teil anbetrifft, ein vorzüglicher Beitrag zur Erhellung der Geschichte des Klosters Allerheiligen auf einem Teilgebiet. Als einziger Mangel wäre festzustellen, daß die Quellenbelege in den Text einbezo-

gen sind, wodurch ihre Überprüfung und ihre Benutzung für weitere Forschungen erschwert wird.

H. Schn.

### **Gerhard Schildberg, Walter Fuchs, Das Auenheimer Pfarrbüchlein**

*Selbstverlag Evangelische Kirchengemeinde Kehl-Auenheim 1982. 106 S.*

Die vor den Toren Straßburgs in dem von Kriegen vielfach heimgesuchten Hanauerland liegende Gemeinde Auenheim hat das Glück, ihre Kirchenbücher von der Reformationszeit bis heute vor Verlusten bewahrt zu haben. Alle Pfarrer hüteten stets diesen Schatz und haben ihn ihren Nachfolgern weitergereicht: ein Denkmal der Pfarrer, der Gemeinde und der Einwohner, ein Zeugnis ihrer Beständigkeit.

Die beiden Verfasser legen eine stark geraffte Zusammenfassung dieser Chroniken vor. Als Einleitung gibt Gerhard Schildberg einen Abriss der Geschichte der Pfarrerschaft des Hanauerlandes. Er zeigt die Grundlagen auf, die in den Jahrhunderten nach der Reformation von der Dynastie der Hanauer geschaffen wurden, mit einem Hinweis auf das Verhältnis des Pfarrers zur Obrigkeit, auf seine Aufgaben als Prediger und als Verantwortlicher für die Schule, auf seine Rolle im Dorf, seine Stellung als „Freiberufler“ im Dienst des Landesherrn, auf die Frage der Toleranz (abgedruckt in: „Die Ortenau“ 62./1983, S. 83–91).

Seit 1554 hat Philipp IV. von Hanau-Lichtenberg (1538–1590) nach und nach die Reformation in seiner Grafschaft eingeführt. Pfarrer Leonhard Sermingen war der erste (statt nach hier berichteter früherer Meinung Pfarrer Fabianus) der langen Reihe von 34 Seelsorgern in Auenheim, deren Lebensläufe vorgelegt werden. Im einzelnen erfährt man etwas von Werdegang, Herkunft, Ausbildung, von der Ehefrau, der Familie — und für genealogische Forschung wertvoll — die Lebensdaten, auch der Kinder. Vielfach sind angegeben Höhe und Art der Versorgung, in Naturalien oder Geld. Nebenbei fällt der Blick auf die Kirchenverwaltung, deren schnelles Arbeitstempo heute überrascht. Von Seuchen, Krankheiten, von den Zeitläufen ist die Rede, von den Kriegen, die die ganze Gemeinde oft genug zur Flucht auf die Rheininseln zwangen, wo der Pfarrer

schlecht und recht sein Amt ausübte, nachdem wertvolles Kirchengut, die Glocken vor allem, hinter den Mauern Straßburgs in Sicherheit gebracht worden waren.

Durch gute Schulausbildung hat das Gymnasium in Buchweiler geholfen, eine eigene „Zunft“ für das Hanauer Pfarramt vorzubilden, eine eigene Hanauische Tradition zu schaffen, während die Pfarrer sich früher aus Straßburg und dem linksrheinischen Hanauerland, auch aus Wittenberg und Jena, Schlesien und Lausitz rekrutierten.

Vom Leben des aus Augsburg stammenden Pfarrers Jeremias Gugger (\* 1652), der zur Zeit des 30jährigen Krieges die Pfarrei betreute, berichtet G. Schildberg in diesem Heft der „Ortenau“.

Als ein typisches Beispiel für das 19. Jahrhundert sei Pfarrer Johann Heinrich Förster (L 1890) genannt, der das 1839 erbaute jetzige Pfarrhaus als erster bezog und 50 Jahre lang sein Amt in Auenheim versah. Die Kämpfe der 48er Revolution und in der Folge die Auswanderungen nach Amerika dezimierten seine Gemeinde. Er hat in seiner Amtszeit über 2000 Kinder getauft. Damals war die Sterblichkeit der Kinder hoch, 51 Prozent erlebten nicht das 10. Lebensjahr, wie sein Nachfolger in einer Statistik festgehalten hat.

Zur Entstehung dieser Arbeit trafen mehrere günstige Bedingungen zusammen: Lückenlosigkeit dieses Kirchenbuchbestandes, Interesse der Gemeinde an solcher Veröffentlichung, die Walter Fuchs in die Hand nahm, und der wichtige Beitrag Gerhard Schildbergs, der eine umfangreiche Doktorarbeit über das Seelsorgeramt in der Grafschaft Hanau-Lichtenberg (Le pastorat du Comté de Hanau-Lichtenberg, Straßburg 1979 und 1980) geschrieben hatte und auf diese Weise mit dem Thema vertraut war.

Trotz der Beschränkung auf rund 100 Seiten ist es den Verfassern gelungen, den Charakter und den Reiz dieser 34 Lebensläufe wiederzugeben und einen Einblick in die Entwicklung der Kirchengemeinde zu bieten.

Über den lokalhistorischen Rahmen hinaus stellen die Kirchenbücher eine noch weiter auswertende Quelle dar für die Kirchengeschichte, zumal wenn, wie hier stellenweise geschehen, auch Visitationsberichte mit herangezogen werden. Andere Möglichkeiten der Auswertung bleiben offen als Beiträge zur regionalen Religionsgeschichte etwa der Reformationszeit, der Geschichte des badischen Pfarrhauses überhaupt oder allgemein zur Sozial- und Kulturgeschichte.

C. H. Steckner

**Kurt-Erich Maier, Hofstetten. Geschichte des Hansjakob-Dorfes im Schwarzwald in einem Seitental der Kinzig**

*Selbstverlag der Gemeinde Hofstetten. 1983. XVI und 456 S.*

In diesem Frühjahr brachte die Gemeinde Hofstetten ihre Ortsgeschichte heraus, die der in Honduras lehrende Professor Dr. Dr. Kurt-Erich Maier verfaßte. Die verantwortlichen Ratsherren waren bestrebt, ihren Mitbürgern ein schönes Heimatbuch in die Hand zu geben, das von der Haslacher Druckerei Engelberg-Hempelmann in sorgfältigster Weise als ein Werk von gediegenem Äußeren gestaltet wurde. In 23 Kapiteln ist u.a. von Landschaft, Gemarkung, Besiedelung, Geschichte der Gemeinde, Gesundheitswesen, Friedhof, Schulwesen, Kirche, Pfarrei, Brauchtum, Brand- und Unglücksfällen die Rede, die nach Ausweis der über 600 Anmerkungen anhand von Archivalien in Hofstetten, Karlsruhe, Donaueschingen und Freiburg bearbeitet wurden. Als besonders interessantes Kapitel sei die Abhandlung über den Ortsteil Breitebene genannt, der — ein Kuriosum — bis zum Jahre 1869 zur über fünf Stunden entfernten Gemeinde Freiamt gehörte, ein Relikt aus der Blütezeit des Zisterzienserklosters Tennenbach, das bis ins Kinzigtal herüber begütert war. Mit Vergnügen liest nicht nur der Ortsansässige die Auszüge aus dem Lagerbuch von 1552 oder dem Zins- und Gültbereinigungsregister von 1834 mit den Angaben, wieviel halbe oder ganze Hühner und Hennen jeder einzelne Hof abzuliefern hatte. Wertvoll sind auch die Mitteilungen über die Auswanderer im 18. und 19. Jahrhundert, über die Hofstetter Flurnamen, unter denen sich manche keltischen Ursprungs finden (verfaßt von M. Hildenbrand), sowie Beiträge über Sitte und Brauchtum (X. Allgaier) und den vorgeschichtlichen Ringwall am Heidenstein (J. Naudascher). Auch die Bebilderung trägt wesentlich dazu bei, die Vergangenheit Hofstettens lebendig werden zu lassen. Als Beispiele seien genannt: Ochsenge-spann im Doppeljoch (man erinnere sich an die Prozesse der Nachkriegszeit, ob hier Tierquälerei vorliege oder nicht), Bennewägele, Hanfknitsche, ferner etliche Bilder von Hansjakobs Aufenthalt in Hofstetten, seinem „Paradies“. Bei einigen Kapiteln hätte man mehr Straffung gewünscht. Was haben denn die Deutungen der Flußnamen Acher, Murg, Unditz, Elz mit Hofstettens Urgeschichte zu tun? Ein anderes Beispiel: Wäre es nicht besser gewesen, die ganze Hansjakob-Bibliographie wegzulassen und dafür die schönsten Aussagen Hansjakobs über Hofstetten aus jenen sechs

Büchern zu bringen, die er diesem Schwarzwaldsdorf widmete?

Lokalgeschichte beginnt nach allgemeiner Auffassung mit der Ersterwähnung. Die Suche nach dieser Jahreszahl (1353) gleicht einem Ratespiel, das endlich im Kapitel „Die Gemeinde, ihre Organisation und Verwaltung“ auf Seite 75 gelöst wird. — Über den Kirchenbau des Jahres 1833 lag eine gute Arbeit von X. Allgaier vor (Offenburger Tageblatt, 7. 1. 1978), die in diesem Heimatbuch nicht erwähnt wird. So sucht man im Kapitel „Filialkirche Hofstetten“ vergebens den Erbauer, den Großh. Bezirks-Baumeister Johann Voß. Unkritisch wird aus Wingenroths Kunstdenkmäler-Band zitiert, daß die Seitenaltäre „aus dem Kloster Tennenbronn stammen sollen“ (wo nie ein Kloster stand). Es wäre reizvoll gewesen, der Frage nachzugehen, ob diese Kunstwerke nicht vielleicht aus Tennenbach stammen, nachdem genügend Bezugspunkte dorthin vorhanden sind. Daß jetzt endlich die Baden-Frage für den Historiker interessant wird, zeigt die Tabelle über die Abstimmung von 1970 (S. 395), doch vermißt man die viel wichtigeren Zahlen des Volksentscheids vom 9. 12. 1951 und des Volksbegehrens vom Jahre 1956. Schließlich hätten die Hofstetter auch die Mitteilung des stolzen Ergebnisses der letzten freien Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 verdient, als die NSDAP in dieser Zentrumshochburg mit mageren 15,8 % (gegenüber 81,3 % Zentrumsstimmen) die deutlichste Abfuhr im ehemaligen Amtsbezirk Wolfach erfuhr.

Werner Scheurer

**Hans-Joachim Fliedner, Michael Friedmann, Offenburg und seine Fastnacht — damals und heute — 1483-1983**

*120 Seiten. Herausgeber Stadt Offenburg — Archiv, 1983*

Die Stadt Offenburg hat im Jahr 1983 auf ungewöhnliche Weise Fastnacht gefeiert. Festzug in historischen Trachten des 15. Jahrhunderts, Volksfest, „stillechtes Essen und Trinken“ der Zeit, Bänkelgesang und Renaissancemusik, Gaukler und höfische Tänze, alte Handwerkskünste, Ritterturnier, mittelalterlicher Festball und Fastnachtsausstellung zusammen mit den Offenburger Narrenzünften in Häs und Maske ließen vom 4. bis 6. Februar die „Herrenfestnacht“ von 1483 wiederaufleben.

Dieses Ereignis sollte allen Offenburgern im Gedächtnis bleiben: In diesem Buch kann das „gut republikanische“ Offenburg nachlesen,

wie am 9. Februar vor 500 Jahren gefeiert wurde mit den angereisten Gästen, den Markgrafen Friedrich von Brandenburg (dem „Eisernen“, einem Hohenzoller), Christoph und Albrecht von Baden, dem Grafen Eberhard im Bart von Württemberg, dem Herzog Albrecht von Bayern und Bischof Albrecht von Straßburg (ebenfalls ein Bayer) — so wie Oberbürgermeister Grüber sie in der Einladung auf führte — mit 920 Streitrossen und 219 Wagen. Das Buch bietet jedoch weit mehr.

Um die Ursprünge der Fastnacht auszuloten, beginnen die Verfasser bei Kelten, Römern und Alemannen und spüren in der bürgerlichen und der höfischen Fastnacht des Spätmittelalters zwei Strömungen auf, gekennzeichnet durch die traditionelle Umkehrung der Ordnung (Hexenregiment) und in der Übernahme von Zunftbräuchen durch das Patriziat. Es wird versucht, die Offenburger Fastnacht zwischen diesen beiden Möglichkeiten einzuordnen — soweit sich der „Spaß an der Freud“ zur soziologischen Deutung eignet.

Ein Stück Geschichte des alten Offenburgs, das 1689 in Asche sank, wird wieder gegenwärtig, wenn in einem kulturgeschichtlichen Überblick Aspekte des damaligen Lebens beleuchtet werden: Verwaltung, Zunftwesen, Druckereiwesen, Münze, Siegel, Reichsfreiheit, Weltpolitik und Waffenwesen, Geistesleben und Kunst, das Ganze getragen von den drei Ständen Adel, Bürger, Bauern. Eine gute Auswahl zeitgenössischer Bilder veranschaulicht dies, dazu werden Dokumente zur Fastnacht von 1483 vorgelegt, Einladungsschreiben, Listen und Berichte. Die Teilnehmer kamen nicht allein des Vergnügens wegen. Diplomatische Überlegungen führten zur Wahl Offenburgs als Treffpunkt um gewisse (haus- und territorial-)politische Fragen an neutralem Ort in gelockter Atmosphäre erörtern und verhandeln zu können.

Später sind Quellen über die Fastnacht in Offenburg rar. Erst 1727 findet sich wieder eine Nachricht und „die Narretei nimmt zu“ am Beginn des 19. Jahrhunderts, wo in Ball-Ankündigungen und Umzugsprogrammen erstmals von Fasching die Rede ist. Aus der Zeit um 1844 ist der erste Vereinsname bekannt: Narrenstaat am Kinzig-Angel, gemeint ist damit die Narrenrepublik Offenburg. Eine ganze Reihe von Belegen des Stadtarchivs nennen nun Vereine, Maskenbälle und Theatervorführungen. Zwei geistige Väter von Fastnachtsideen werden hier vorgestellt: Adolf Geck und vor allem Karl Otto Schimpf und die ebenso unvergessenen Originale Koche-Mina, Glücke-Sepp und Burda-Franzl. Nicht weniger als 35 Narrenzeitungen gab es um die Jahrhundertwende. Danach ging es abwärts, die Kriege

brachten erhebliche Einschränkungen, auch zwischen den Kriegen kam die alte Originalität nicht wieder auf. Die Offenburger Hexenzunft entstand 1936 und die Althistorische Narrenzunft in den 60er Jahren. Weitere Narrenzünfte bildeten sich, und die Ortschaften brachten ihre eigenen Traditionen ein und bereichern heute das Bild, dessen Vielfalt Michael Friedmann bis in die Ursprünge zurückverfolgt. Offenburg ist ein Stück der Ortenau, das gilt auch für die Fastnacht. In einem Rundblick über die Mauern Offenburgs hinaus stellt Kurt Klein den Zusammenhang mit der alemannischen Volksfastnacht zwischen Oberrhein und Bodensee her.

Mit Spürsinn haben die Verfasser zeitgenössische Quellen und Bilder ausfindig gemacht, die Suche in Hausarchiven, Stadtarchiven, Bibliotheken, Museen und bei Vereinen war ergiebig, — um letzten Endes das zitierte Wort des Erasmus zu bestätigen, es sei der Geist des Menschen nun einmal so angelegt, daß der Schein ihn mehr fessele als die Wahrheit — oder seines Zeitgenossen Sebastian Brant, daß „niemand lebt, dem nichts gebrist, noch der behaupten darf fürwahr, daß er sei weise und kein Narr“.

C. H. Steckner

### **Heinz Bischof, Rastatt. Führer durch Stadt und Umgebung.**

*Morstadt Kehl 1983. 144 S.*

Heinz Bischof hat in seinem Führer durch Stadt und Umgebung alles Wissenswerte aus Geschichte und Gegenwart der einstigen badischen Festung und Residenz badischer Markgrafen, darunter des „Türkenlouis“ in unterhaltsamer Art zusammengestellt. Natürlich fehlt auch nicht die Markgräfin Augusta Sibylla mit ihrem Schloß Favorite. Neben den Hinweisen zu den vielen Sehenswürdigkeiten badischer Geschichte gilt die Aufmerksamkeit auch dem Heute durch die Vorstellung der Ämter, Behörden und das Bereitstellen statistischer Unterlagen der Kreisstadt und ihrer vielgesichtigen Umgebung. Dadurch wirkt die Broschüre umfassend, informativ, aber keineswegs erdrückend. In annähernd 30 Kapiteln hat Bischof das Bild der geschichtsträchtigen, aber auch wirtschaftlich-industriell geprägten Murgmetropole gezeichnet. Der Besucher, Gast und Fremder, findet in diesem Stadtführer alles Notwendige, was seinen Aufenthalt bereichert und zum nachhaltigen Erlebnis werden läßt, die Stadtgeschichte mit herausragenden,



besonderen Ereignissen, lohnende Rundfahrten in die Nachbarschaft bis zum Rhein und Schwarzwald, erholsame Rund- und Spaziergänge, Empfehlungen zum Besuch von Zeugnissen der Vergangenheit, zu Kirchen, Schlössern und Museen und gute Ratschläge für eine gastliche Unterkunft mit Kost und Logis sowie einer sinnvollen Freizeit und Urlaubsgestaltung. Skizzen, Zeichnungen und Fotos bereichern das Buch.

Kurt Klein

### **Ernest Wurch, Burgenfahrten Elsaß Wasgau Queichgau.**

*Morstadt Verlag Kehl 1983. 156 S.*

Mancher der im Elsaß wandert, mag bei dem Anblick der vielen Burgen, die er findet, den Wunsch haben, genaueres über die eine oder andere zu erfahren. Diesem Verlangen soll vermutlich das angeführte Werk von Ernest Wurch Rechnung tragen, jedoch nur in beschränktem Maße. Schon die Überschrift macht den Leser stutzig. Zwar ist ihm der Name Elsaß bekannt, und vom Wasgau hat er schon gehört, aber der Queichgau ist ihm unbekannt, und er fragt sich, warum man da nicht Südpfalz sagt, unter welchem Namen er sich etwas vorstellen kann. Die Auswahl der Burgen wie auch die Anordnung des Stoffes ist sicherlich in das Belieben des Verfassers gestellt, aber die Zusammenfassung von Burgen zu Burgkreisen auf Grund des „gleichen Gesichtskreises und ihrer ehemaligen Bestimmung“ nach bleibt unverständlich. Ausgangspunkt für die Behandlung der Burgen ist der Odilienberg, der wohl nie eine Burg, sondern immer ein Kloster trug. Die behandelten Burgen reichen hinauf bis zum Sundgau, wobei jedoch die Landskron und Pfirt nicht erwähnt werden. Den Hauptraum der Arbeit nehmen die Burgen von etwa Gebweiler bis Niederbronn ein, während die der Südpfalz in dürftigster Weise beschrieben werden, obwohl sie, im Kerngebiet des Stauferreiches liegend, bedeutende Bauwerke einst waren. Wenn der Leser sich über eine Burg orientieren will, erfährt er in romantisierender Sprache mancherlei Genealogisches, Anekdoten und historischen Kleinkram, auch manches über geschichtliche Persönlichkeiten z.B. Herrad von Landsberg, deren Bedeutung m.E. übersteigert gezeichnet wird, aber auf eine Beschreibung der Burg, die ehemalige Bedeutung der noch vorhandenen Bauteile wird verzichtet. Da greift der Besucher lieber zu dem Burgenlexikon von F. Wolff, das zuverlässig die Burg beschreibt, das

Wesentliche aus ihrer Geschichte berichtet und Literatur angibt. Aus diesem Werk hat der Verfasser auch die Lagepläne entnommen, ohne allerdings die Quelle anzugeben. Auch von den reichlich beigegebenen Abbildungen möchte man gerne wissen, von wem und von wann sie stammen.

H. Schn.

### **St. Bartholomäus Ettenheim. Beiträge zur 200. Wiederkehr der Weihe der Ettenheimer Stadtpfarrkirche.**

*Herausgegeben von Dieter Weis im Auftrag der Kath. Pfarrgemeinde St. Bartholomäus und Martin Ettenheim. Verlag Schnell & Steiner, München, Zürich, 1982. 344 S.*

In die Reihe seiner kunstwissenschaftlichen Veröffentlichungen hat der Münchner Verlag Schnell & Steiner die Monographie St. Bartholomäus in Ettenheim aufgenommen, eine Sammlung von 24 Beiträgen des Herausgebers Dieter Weis und weiterer 15 Mitarbeiter zur Kunst des 18. Jahrhunderts am Oberrhein. So entstand nach der ersten Beschreibung der Kirche von Ph.-Harden-Rausch (zum Abschluß der Innenrenovierung 1959) nun in umfassenderer Darstellung ein teilweise neues Bild, das in Einzelheiten auch für eine künftige stilgerechte Erneuerung des Kirchenraums Hinweise geben kann. Die Bedeutung mehrerer Beiträge überschreitet den lokalen Rahmen.

Den Kern der Darstellung bilden die Beiträge zur Entstehung des Kirchenbaus, an dem zwei Bauherren beteiligt waren, Kloster Ettenheimmünster und die Stadt Ettenheim, deren Streitigkeiten das Bistum zu schlichten hatte. Hubert Kewitz behandelt die eigentliche Baugeschichte. Die mit der Ausführung beauftragten Handwerker und Künstler stellt Hermann Brommer ausführlich vor. Es sind F. J. Salzmann aus Donaueschingen als Bauberater und Architekt, J. A. Budinger, Baumeister aus Straßburg (zeitweise als zweiter Bauplaner) und Franz Ignaz Krohmer aus Rastatt, der zum Abschluß hinzugezogen wurde, J. M. Ruescher, ein „Vorarlberger“ aus Oberehnheim (Obernai), die Stukkateure Christian Eitel aus Schuttern und Joseph Meisburger aus Freiburg, die Schreiner Welti in Ettenheim und Bruder Egidius Butsch, Ettenheimmünster, die Bildhauer F. A. Fuchs, Schreiner in Herbolzheim, und C. Feuerstein aus Schuttern, die Maler J. A. Morath aus Staufen, in St. Blasien tätig, Johann Pfunner aus Freiburg, F. J. Stöber aus Schuttern und Wilhelm Dürr aus Villingen, die

Freiburger Malerinnen Crescentia Stadler und Marie Jacquot sowie die Faßmaler und Vergolter B. Bilger aus Ringsheim, X. Kopp in Ettenheim (in Fegersheim tätig) und J. M. Schmadel aus Vorarlberg.

Eine ikonographische Untersuchung der Decken- und Altarbilder übernimmt H. Wischermann. Für das 18. Jahrhundert wird Ortschronist Machleid ausführlich zitiert, zur jüngeren Baugeschichte gibt E. Weis weitere Daten.

Der zweite Teil befaßt sich mit der Geschichte der Pfarrei. Die Zeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts behandelt H. Kewitz, ebenso frühere Kirchenbauten, Kapellen, Friedhof, Glocken, religiöses Leben im Kirchenjahr sowie die ehemalige jüdische Gemeinde. In die Beschreibung der übrigen kirchlichen Bauten, Kapellen und steinernen Bildwerke teilen sich der gleiche Verfasser und der Herausgeber. Die lange Liste der Pfarrer stellt H. Kewitz zusammen.

Ein besonderes Kapitel gilt dem Ettenheimer Priester Friedrich Werber und seiner Rolle als Publizist im Kirchenkampf (R. Furtwängler). Pfarrer B. Kleiser spricht von der Arbeit in der katholischen Gemeinde, Pfarrer E. Günther von der jungen evangelischen Kirchengemeinde, M. Winterhalter von der Pfarrefiliale Ettenheimweiler.

Der 3. Teil des Bandes bringt mehrere Spezialthemen. Eine Kurzfassung der Geschichte der Christianisierung der Ortenau als Teil des Bistums Straßburg gibt Kirchenhistoriker Wolfgang Müller. Die Frage nach den lokalen Ursachen der Plünderung des Klosters Ettenheimmünster durch die Bauern 1525 sucht anhand der Quellen Hans Schadeck zu beantworten. In das bisher kaum bekannte Kapitel der Wiedertäuferbewegung, in Ettenheim ab 1530 für ein halbes Jahrhundert nachzuweisen, bringt Wolfgang Schwab einiges Licht. Jörg Sieger verfolgt die Haltung des Bischofs Kardinal Rohan von 1790 bis 1803, von der Emigration in den rechtsrheinischen Teil seines Bistums bis zum Tod. Allerdings erscheinen die Ereignisse in einer Auswahl, die die Glanzlichter hervorreten läßt, unerwähnt bleiben die gefährlichen militärischen und politischen Konsequenzen, die Frankreich angesichts der Konzentration von Emigrantentruppen im Gebiet um Ettenheim zu ziehen drohte und deren Abzug der Kaiser erst durch Druck auf den Bischof erreichte, auch die Mahnungen des Juweliers Bassange, eines der Gläubiger aus der Halsbandaffäre, die bei dem hochverschuldeten und auf großem Fuße lebenden Kardinal auf taube Ohren trafen.

Einen interessanten Versuch, den ehemaligen Bestand der Bildteppiche aus Rohanschem Besitz zu rekonstruieren und — ohne greifbares Resultat — ihren Verbleib zu ermitteln, unternahm Dieter Weis. Er kann zwar die Beschreibungen und die Geschichte des Wappenteppichs im Rathaussaal sowie des Straßburger Gegenstücks im dortigen Rohanschloß geben. Doch das Schicksal der verschollenen Bildteppiche, eine zeitlang in Mannheim, später im privaten Besitz des badischen Hauses, war auch in Kenntnis des von Jean Daniel Ludmann, Straßburg, mitgeteilten Forschungsstandes nicht zu klären; sie werden in Schloß Salem vermutet. Eine Forschungslücke schließt René Kopff, Molsheim, mit einem Beitrag über Musiker und Komponisten und ihre Werke aus dem Umkreis der Rohans und über die bischöfliche Förderung der Musik. Quellenbelege zur Geschichte des Orgelbaus in und um Ettenheim seit der Zeit des aus dem Erzgebirge nach Straßburg gezogenen Andreas Silbermann legt B. Sulzmann in seinem Beitrag vor und beschreibt ein gutes Dutzend Orgeln des 18. und frühen 19. Jahrhunderts.

Um das Reichenauer Verbrüderungsbuch aus dem 9. Jahrhundert mit Namen von Mönchen aus Ettenheimmünster, um Landelinlegende und Aufklärung und um das heutige Verhältnis der Wissenschaft zur Heiligenverehrung führt Ludwig Greber ein anschauliches Gedankenspiel. Die Geschichte Wallburgs als Pfarrefiliale stellt E. Schwendemann ausführlich dar.

Der Band ist gut illustriert und enthält seltene Reproduktionen zur Geschichte der Kirche und der Bildteppiche. Er hat mehrfache Qualitäten als wichtiger Beitrag zur Orts- und Kirchengeschichte Ettenheims und Umgebung, zur Geschichte des ehemaligen rechtsrheinischen Teiles der Diözese Straßburg und der Kunst in der Ortenau und im Gebiet des mittleren Oberrheins. Größere kunsthistorische Zusammenhänge werden angedeutet oder aufgehellert. Damit reicht auch die Bedeutung der wichtigsten Beiträge über den lokalen Rahmen hinaus. Sie werden mit ihren ausführlichen Quellenangaben die künftige weiterführende Forschung erleichtern, etwa über stilistische Zusammenhänge mit der Vorarlberger Schule und über französische Einflüsse in Architektur und Ausstattung sowie über die Bildteppiche. Die bereits vorliegende wichtige Arbeit Hermann Brommers über Pfunners Heiliggrab Theatrum (Barock in Ettenheim: Das Heilige Grab der Stadtpfarrkirche in: Die Ortenau 61./1981, S. 103—117) fand hier leider keinen Platz.

C. H. Steckner

## **200 Jahre Pfarrei St. Karl Borromäus 1783–1983.**

*Herausgeber: Kath. Kirchengemeinde St. Karl Borromäus, Bühl-Neusatz. Verfasser: Karl Heinz Jutz, Bühl 1983.*

Das angezeigte Werk verdankt seine Entstehung dem 200jährigen Jubiläum der Pfarrgemeinde Neusatz 1983. Der Verfasser beschreibt, wie das Dorf, nachdem seine Bewohner jahrhundertlang nach Ottersweier zur Kirche gehen mußten, 1718 durch die Unterstützung des Freiherrn von Plittersdorf ein Gotteshaus erhielten, dem 1783 die Pfarrechte übertragen wurden. Da der Raum infolge der Zunahme der Bevölkerung viel zu klein geworden war, beschloß die Gemeinde einen Neubau, der von 1911–13 nach den Plänen des erzbischöflichen Baurats Schroth in Freiburg ausgeführt wurde. Der stattliche Bau am Berghang mit seinem hohen Turm zeigt die Besonderheiten des Schrothschen Stils, besonders in der Gestaltung des Altarraumes: Anlehnung an romanische Stilformen unter Verwendung von Stilelementen des Jugendstils. Die Decken- und Wandgemälde stammen von Joseph Wagenbrenner. All das wird eingehend vom Verfasser beschrieben, dazu die Durchführung der Renovation 1983. Aber er gedenkt auch der Pfarrer, die in Neusatz wirkten, besonders des aus Freiburg stammenden Pfarrers Joseph Bäder, der das Kloster in Neusatzack schuf und eine Schwesternschaft gründete, aus der die Kongregation der Dominikanerinnen hervorging. Ausführlich beschäftigt er sich auch mit Alban Stolz, der seine Kaplansjahre in dem Ort zubrachte. Bisher war man vielfach der Meinung, daß Alban Stolz sich nicht gut mit der Pfarrgemeinde verstanden habe. Der Verfasser konnte jedoch auf Grund gründlicher Forschungen nachweisen, daß nach anfänglichen Schwierigkeiten er ein durchaus gutes Verhältnis zu den Neusatzern hatte, deren Arme und Kranke er auch noch als Professor in Freiburg unterstützte.

Udo Wassmer

## **Werner Scheurer, Pfarrkirche St. Nikolaus Kappelrodeck.**

*Schnell, Kunstführer Nr. 1365.  
München/Zürich 1982.*

Das in drucktechnischer Hinsicht vorzüglich gestaltete Heft mit seinen vielen auch farbigen Aufnahmen enthält zunächst eine sehr knappe Darstellung der Lage und der Geschichte des Dorfes. Es folgt in chronologischer Ordnung

eine Geschichte der Vorgängerkirche, einer Chorturmkirche, die 1902 abgerissen wurde, daran anschließend etwas zu ausführlich die Schritte, die zum Bau der heutigen Pfarrkirche führten sowie die Maßnahmen zur Durchführung der Renovation 1977. Die Pläne für das im neugotischen Stil erbaute „Münster des Achertales“ stammen von Johannes Schroth, einem Mann, der nicht nur eingehende Kenntnisse der gotischen Stilformen besaß, sondern auch Verständnis für ihre Anwendung in heutiger Zeit. Es folgt das Verzeichnis der Barockkünstler, von denen die Ausstattung der Vorgängerkirche stammte (Fr. L. Fivell, Fr. I. Elmenreich, J. Hauser u.a.) und anschließend das der Künstler, die den heutigen Bau ausstatteten (Gebrüder Moroder – Hochaltar, Eugen Börner – Glasfenster, Alfons Marmon – Josefsaltar, August Schädler – Marienaltar u.a.). Von allen gibt der Verfasser nicht nur die Lebensdaten, sondern nennt auch weitere von ihnen geschaffene Werke. Unter den Pfarrern, die in Kappelrodeck wirkten, war auch der aus Lothringen stammende J. Nikolaus Weislinger, der in seinen Werken scharf gegen den Protestantismus, vor allem gegen Luther polemisierte. — Was das Werk neben der Gründlichkeit der Darstellung besonders auszeichnet, ist das Verständnis des Verfassers für die zu Unrecht oft geschmähte Kunst der Neugotik und sein Vermögen, sie dem Betrachter zu erschließen. Ein Glücksfall ist, daß die ursprüngliche Ausstattung der Kirche erhalten blieb und nicht dem Modernisierungsstreben zum Opfer fiel.

H. Schn.

## **Hermann Brommer, Evangelische Kirche Meißenheim.**

*Kleiner Kunstführer Nr. 1387. Verlag Schnell & Steiner, München/Zürich 1983.*

Bereits vor vier Jahren befaßte sich H. Brommer mit dem Erbauer der evangelischen Kirche in Meißenheim und der Abteikirche von Schuttern. Damals veröffentlichte er die wichtige Arbeit über „Joseph Michael Schnöllner (1707–1767) — Ein Tiroler Barockbaumeister am Oberrhein“ (Bad. Heimat 1/1979), in der er die Herkunft Schnöllners aus Unterbach/Elbigenalp (Lechtal) nachwies. Die Kunst- und Lokalgeschichte hatte Schnöllner, der seit 1748 in Grussenheim/Oberelsaß lebte, nicht ganz zutreffend zu den „Meistern aus Frankreich“ gezählt. Nun liegt aus der Feder des bekannten Barockforschers eine selbständige Arbeit über

die Meißener Kirche („ein aufsehenerregendes Gotteshaus“) vor, die anhand genauer Quellenkenntnis erarbeitet ist. Eine gut lesbare, knapp gefaßte Chronologie nennt zahlreiche Handwerker rechts und links des Rheinstromes, die in den Jahren 1763–66 zum Gelingen des Bauwerks beitrugen. Wir lesen von Transporthilfen der umliegenden Gemeinden und von hohen Opfern der Bevölkerung, die notwendig waren, weil die Freiherren von Diersburg als Inhaber des Großzehnten an den Baukosten nicht beteiligt waren. Kurze biographische Notizen geben Auskunft über die am Bau beteiligten Künstler: Chr. Eitel jr., S. Gretter, H. Issel, J. A. Silbermann, C. Liebich und vor allem J. Pfunner, den am meisten beschäftigten Barockmaler Freiburgs, der in der Ortenau mit weiteren Werken in Appenweier, Niederschopfheim, Mahlberg, Hofweier und Ettenheim vertreten ist. Ein wahres Glanzstück ist die Beschreibung der Kirche in ihrem Äußern und Innern. In einfühlsamer Weise wird die im Bau zum Ausdruck kommende Symbolkraft den Augen des Betrachters vermittelt, z.B.: die Dreizahl im Aufbau der Fassade als Bekenntnis zum trinitarischen Gott; die Stufen der Kirchofentreppe: Symbol der Jakobsleiter (Bet-El = Haus Gottes); Sonnenstern und Halbmond über dem Turmkreuz: ein uraltes Christussymbol, das bekanntlich auch den Helm des Freiburger Münsters zierte. Brommer weist auf Bauprinzipien hin, die sich an lutherischen Kirchen des 17. und 18. Jahrhunderts in Mömpelgard, Augsburg, Heidelberg, Hanau, Worms (Dreifaltigkeitskirche) nachweisen lassen. Erstaunlich für christliche Leser beider Konfessionen dürfte die Vielzahl von Gemeinsamkeiten im Glauben sein, die auch im Innern an den Ausstattungsgegenständen abzulesen ist. Die Schrift wird so zu einem wahren Gewinn gerade in diesem Lutherjahr, das für die evangelische Kirche in Meißenheim mit dem 200. Jahrestag der Erstellung der Silbermannorgel zusammenfällt.

Werner Scheurer

### **Kath. Kirche St. Nikolaus in Seelbach im Schuttertal, Wittelbach St. Peter und Paul.**

*Herausgeber: Kath. Pfarrgemeinde Seelbach. Lahr 1982. 50 S. Schnell, Kunstführer Nr. 1342. Schnell und Steiner München/Zürich 1982.*

Die Schrift besitzt alle Vorzüge der Schnellischen Kunstführer, knapper, zuverlässiger Text und vorzügliche Bildausstattung. Gottfried Singler

gibt zunächst einen Überblick über die Orts- und Pfarrgeschichte von *Seelbach* und anschließend über die Baugeschichte der heutigen Pfarrkirche. 1749 erbaut, 1950 erweitert und 1974/79 renoviert, zeigt sie nach Meinung des Verfassers in ihrer Einfachheit den Einfluß der Franziskaner, die von Tirol kommend, seit 1732 in dem Ort ein Kloster hatten. Die Meister der schönen spätbarocken Altäre sowie der Rokokokanzel sind unbekannt.

Kunstgeschichtlich bedeutsamer ist die Kirche von *Wittelbach*, einer Filialkirche von Seelbach. Sie geht zurück auf einen romanischen Bau aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts, von dessen Westeingang noch der Türsturz erhalten geblieben ist. Ihm folgte im 13. Jahrhundert eine Chorturmkirche, die durch Abt Franz Hertenstein von Ettenheimmünster nach dem 30jährigen Krieg barockisiert, 1952 nach Westen erweitert und 1974 renoviert wurde. Abgesehen von der Tatsache, daß die Kirche bis heute als Chorturmkirche erhalten geblieben ist, ist sie bemerkenswert durch den romanischen Türsturz, der ein Kreuz, den Lebensbaum und die Sonnenscheibe zeigt, vor allem durch die malerische Gestaltung des Chores, der in den Zwickeln des Kreuzrippengewölbes Christus als Pantokrator und die Evangelien-symbole zeigt, und darunter an den Wänden von Norden beginnend bis zur Südwand die Leidensgeschichte Christi. Die Bilder scheinen aus der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts zu stammen. Der Verfasser Albert Panther begnügt sich nicht bloß mit der Beschreibung der Überreste, sondern er versucht auch, sie dank seiner vorzüglichen Kenntnisse in die kunstgeschichtliche Entwicklung einzuordnen sowie ihren theologischen Gehalt zu erschließen (z.B. die Symbolik des Türsturzes, die Gestaltung der Passionsszenen, die Bedeutung des Kirchturms u.a.). Daß er auch ein ausgezeichnete Kenner der Geschichte des Schuttertales ist, bezeugt seine Darstellung der Geschichte des Dorfes. Seine Ausführungen über die Kirche in Wittelbach hat er vertieft und erweitert sowie mit Zeichnungen versehen in seiner Schrift „Geschichte des Dorfes und der Kirche zu Wittelbach“. Hrsg. Kath. Pfarrgemeinde — Bildungswerk Seelbach. 1982.

H. Schn.

### **Kleine Kunstführer**

Als sehr hilfreich für den Freund der heimischen Kirchenbaukunst erweisen sich die im Verlag Schnell und Steiner München/Zürich erscheinenden *Kleinen Kunstführer*. Zuverlässig im Inhalt, vorzüglich in der Bildausstattung

und verhältnismäßig billig im Preis geben sie, nach einem Schema aufgebaut, dem Kirchenbesucher die Möglichkeit, sich rasch über die Baugeschichte einer Kirche und ihre künstlerische Ausstattung zu orientieren. Folgende Kunstführer von Kirchen der Ortenau sind bereits erschienen:

Appenweier, St. Michael — Wilhelm Schäfer/Hugo Schnell, Nr. 263  
Baden-Baden, Autobahnkirche — Johannes Rinderspacher/Friedrich Zwingmann/Emil Wachter, Nr. 1148  
Abteikirche Lichtenthal — Agnes Wolters/Madalfa Baur, Nr. 587  
Stiftskirche — Hugo Schnell, Nr. 380  
Biberach, St. Blasius — Karl Biemer, Nr. 976  
Bühl (Baden), St. Peter und Paul — Wolfgang Baunach, Nr. 686  
Ettenheimmünster, St. Landelin — Walter Strittmatter, Nr. 1153  
Gaggenau, St. Martin — Herbert Stadler, Nr. 1138  
Gengenbach, Ehem. Abteikirche/St. Martin/St. Peter in Reichenbach/St. Jakob auf dem Bergle/St. Michael im Haigerachtal — Anna Maria Renner, Nr. 909  
Gernsbach, Liebfrauenkirche — Heinz Marbach/Heinz Gaiser, Nr. 991  
Haslach i. K., St. Arbogast — Hermann Brommer, Nr. 1144  
Hohberg, St. Gallus in Hofweier/St. Brigida in Niederschopfheim/St. Karl Borromäus in Diersburg — Wolfgang E. Stopfel, Nr. 1129  
Kappelrodeck, St. Nikolaus — Werner Scheurer, Nr. 1365  
Lautenbach, Wallfahrtskirche — Hans Heid, Nr. 646  
Meißenheim, Evangelische Kirche — Hermann Brommer, Nr. 1387  
Niederbühl, St. Laurentius — Wilhelm Kenz, Nr. 972  
Offenburg, Hl. Kreuz — Hermann Hügler/Hugo Schnell, Nr. 112  
Griesheim, St. Nikolaus — Adalbert Ehrenfried, Nr. 1134  
Ortenberg, St. Bartholomäus/Bühlwegkapelle in Käfersberg — Friedrich Isenmann/Hugo Schnell, Nr. 944  
Ottenhöfen, St. Bernhard — Hugo Schnell/Bernhard Meyer, Nr. 859  
Sasbach, St. Brigida — Hugo Schnell/Erich Blümle, Nr. 916  
Sasbachwalden, Aufnahme Mariens, Hohritt — Karl Fütterer, Nr. 886  
Seelbach, St. Nikolaus/St. Peter und Paul in Wittelbach — Gottfried Singler/Albert Panther, Nr. 1342  
Triberg, Wallfahrtskirche Maria in der Tanne — Hugo Schnell, Nr. 403

Zell a. H., St. Symphorian — Adalbert Ehrenfried, Nr. 1375

Wallfahrtskirche Maria zu den Ketten — Adalbert Ehrenfried/B. Zartmann, Nr. 656

Verzeichnis der *Großen Kunstführer* aus dem Verlag Schnell & Steiner:

Baden-Baden, Evgl. Kirchengemeinde — versch. Autoren, Nr. 97

Bühl (Baden), Karl Schleh/Hermann Brommer u.a., Nr. 75

Gengenbach, Berthold Schaaf, Nr. 8

Lautenbach, Pfarr- und Wallfahrtskirche — Hans Heid/Rudolf Huber, Nr. 105

Ettenheim — Dieter Weis u.a.

### **Hans Fenske, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790-1933.**

Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1981. 272 S.

### **Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg.**

Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1982. 376 S.

Der thematische Bogen in Fenskens Arbeit spannt sich chronologisch von den Reaktionen auf die Französische Revolution („Liberale und Jakobiner“) bis zur Umwälzung vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Rolle der liberalen Parteien während der Weimarer Republik wird in einem mehr als knappen Ausblick skizziert; tatsächlich endet die Darstellung nicht mit dem im Untertitel angegebenen Jahr 1933, sondern schon in der Anfangsphase der Weimarer Republik. Eingeschoben in die chronologisch gegliederte Verfassungsgeschichte sind kurze „Beiträge zur Theorie“ über Hegel, Friedrich List, das Rotteck-Welckersche Staatslexikon und Gustav von Struve. Eine Analyse der freiheitlichen und demokratischen Traditionen - so im Titel gesprochen — dürfte sich nicht mit schüchternen Blicken auf die badische Sozialdemokratie begnügen, die sich ja sehr viel mehr als Marx und Engels den Traditionen von 1848/49 verbunden fühlte.

Hier wie bei vielen Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung spürt der Leser das Bemühen, dem erst 30 Jahre alten Land Baden-Württemberg gemeinsame geschichtliche Wurzeln „nachzuliefern“. Das gilt auch für den Sammelband „Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament“. Inwieweit diese post festum getroffene These historisch belegbar ist oder politischem Wunschdenken entspricht, mag dahingestellt bleiben. Der Sammelband jedenfalls bietet eine Reihe vorzüglicher Aufsätze mit vielfältigen Informationen zur Geschichte Badens und — darin verstreut — der Ortenau. Stellvertretend sei hier der für die Stadtgeschichte von Offenburg, Gengenbach und Zell a. H. interessante Beitrag von Eberhard Naujoks „Stadt und Stadregiment der Reichsstädte“ genannt.

Heiner Raulff

### **Fred Ludwig Sepaintner, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden.**

*Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich.*

Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 1983. 466 S.

Auf der Grundlage umfangreicher archivalischer, amtlich-statistischer und publizistischer Quellen hat Fred Ludwig Sepaintner seine Dissertation „Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden“ in Buchform vorgelegt, die im Dokumentar- wie im Darstellungsteil als Standardwerk angesehen werden muß. Vor der Skizze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der konfessionellen Strukturen, des Wahlverfahrens und der Parteiengeschichte untersucht der Autor die Reichstagswahlen in Baden, wobei ihm der Nachweis gelingt, daß Methoden der modernen Wahlsoziologie für die Darstellung „politischer Wahlgeschichte“ fruchtbar gemacht werden können. Unter den ausgewählten Wahlorten finden sich aus dem Verbreitungsgebiet der Ortenau: Honau, Zierolshofen, Welschensteinach, Kirnbach, Kuhbach, Reichenbach, Seelbach, Oberweier, Oppenau, Zell a. H., Hausach, Schiltach, Gutach, Altenheim, Kappelrodeck, Durbach, Hornberg, Offenburg, Achern, Rastatt, Lahr und Baden-Baden.

Es bleibt zu hoffen, daß eine ähnlich profunde Studie über die Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag von 1919 bis 1933 in Baden nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Heiner Raulff

### **Karl Johann Hirtler, Fahnen raus! Der Daubmann kommt!**

*Die Endinger Köpenickiade. Freiburg, Rombach, 1981.*

Der Autor, Augenzeuge und Schulkamerad des echten Oskar Daubmann aus Endingen, schildert hier aus eigenem Erleben und anhand vieler Quellen, wie der falsche Daubmann, alias Ignaz Hummel, Schneidersohn aus Offenburg, aus vermeintlicher französischer Kriegsgefangenschaft entkommen, nach Endingen zurückkehrt und von Nazis und Deutschnationalen zum Volkshelden hochgehuldet wird. Zwar hatte Hummel bei weitem nicht das Zeug zu einem neuen Hauptmann von Köpenick, die Entlarvung der in ganz Europa belachten Schwindelaffäre des Offenburger Ganoven war indessen der Rechten derart peinlich, daß nach der nationalsozialistischen Machtergreifung alles daran gesetzt wurde, die „Daubmann-Affäre totzuschweigen.

Heiner Raulff

### **„Die Freiheit ist noch nicht verloren ...“ Zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Oberrhein 1850—1933.**

*Hrsg. vom Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg. Freiburg, Dreisam-Verlag, 1983.*

An der Universität Freiburg hat sich ein Arbeitskreis Regionalgeschichte zusammengefunden, der in einer Aufsatzsammlung die Ergebnisse eines Volkshochschulkurses von 1981 vorlegt. Regionalgeschichte wird „von unten“, aus der Sicht der Betroffenen, geschrieben. Auf Südbaden konzentriert werden „Industrialisierung, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung . . . bis zum Ersten Weltkrieg“, die „Arbeiterbewegung im Elsaß von den Anfängen bis 1914“, die „Sozialdemokratie zwischen Weltkrieg und Inflation 1914—1923“, der „Beginn der Weimarer Republik“ und die „Ausschaltung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus im Frühjahr 1933“ untersucht und das Thema „Die Arbeiterbewegung im 'Dritten Reich'“ knapp angerissen. In den ersten Aufsätzen wird hervorgehoben, welche gewichtige Rolle der Offenburger Adolf Geck in der Geschichte der Sozialdemokraten gespielt hat.

Von diesem publikationsfreudigen Arbeitskreis wird sicherlich manche Anregung ausgehen; eine Zusammenarbeit mit traditionellen Geschichtsvereinen, also auch dem Historischen Verein für Mittelbaden, könnte fruchtbar sein.

Heiner Raulff

**Thomas Schnabel (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928—1933.**

Stuttgart 1982 (= *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs*, 6. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung).

**Lokalmodelle nationalsozialistischer Machtergreifung. Dokumente — Bilder — Unterrichtsmodelle.**

Hrsg. von Thomas Schnabel im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württembergs. Heidelberg 1983.

Der Waschzettel klingt verheißungsvoll: „Dieses Buch beschreibt erstmals umfassend den Niedergang der Weimarer Republik und den Weg der Nationalsozialisten zur Macht im deutschen Südwesten.“ Doch die umfassende Darstellung zu den Ereignissen in Baden und in Württemberg („der deutsche Südwesten“ ist kein historischer Begriff, allenfalls ein Vorgriff auf die Zeit nach 1952!) ist diese Publikation der Landeszentrale für politische Bildung nicht, sondern höchstens eine Aufsatzsammlung zu einigen, aber längst nicht allen wichtigen Themen jener Jahre. Zudem wird in der historischen Begriffsbildung die Zeit *nach* dem 30. Januar 1933 als „Machtergreifung“, die Zeit davor dagegen als „Auflösung der Weimarer Republik“ bezeichnet, um deutlich zu machen, daß neben den Nationalsozialisten andere politische Gruppen ein gerütteltes Maß an Verantwortung für den Niedergang der ersten deutschen Demokratie trugen. „Originäre und schwierige Studien“ — so der Waschzettel weiter — seien nötig gewesen (für welche ernsthaften historischen Arbeiten gilt das eigentlich nicht?), von denen die zur badischen Geschichte hier vorgestellt werden sollen.

E. O. Bräunche untersucht „Die NSDAP in Baden 1928—1933“ (stark gekürzte Fassung seines Aufsatzes in der ZGO 1977, S. 331—375), d. h. Struktur und Agitation der Partei und ihrer Organisationen besonders in Wahlkämpfen. So wurde z. B. eine Wahlveranstaltung der SPD in Offenburg mit Minister Remmele im August 1930 von nationalsozialistischen Störern „gesprengt“ (S. 26). Der Autor führt Oberkirch und Bühl (S. 28) als Belege dafür an, daß es der NSDAP bei der Reichstagswahl 1930 gelungen sei, auch in die gegen den NS-Bazillus weitgehend als immun geltende Wählerschaft des Zentrums einzubrechen. Die Erfolge der NSDAP in Kehl, 1930 mit 44,1 % stärkster Amtsbezirk der Partei,

erklärt der Autor neben der landwirtschaftlich-protestantischen Prägung vor allem mit der französischen Besatzungszeit. Über die NS-Notgemeinschaft um Karl Lenz und Felix Wankel in Lahr, einer innerparteilichen Opposition, von der sich die Gauleitung distanzierte, hätte der Leser, wie von vielen anderen nur angerissenen Themen in diesem Aufsatz, gern mehr erfahren.

Die Rolle der NSDAP im badischen Landtag nach der Wahl von 1929 untersucht H. W. Schondelmaier. Sehr instruktiv ist seine Darstellung der Vorgänge innerhalb der Fraktion und ihres Vorgehens im Landtag, z. B. ihrer Taktik der provozierten „Tätlichkeiten und Beleidigungen als Mittel der politischen Auseinandersetzungen“ (S. 99 ff.).

R. Allgeier beschreibt die badische Wirtschaft 1928—1933. Er arbeitet die Probleme Badens als Grenzland heraus und macht deutlich, welch bittere Not in vielen Teilen Badens während der Weltwirtschaftskrise herrschte. Gerade an diesem und dem entsprechenden Aufsatz über Württemberg wird klar, wie wenig berechtigt es ist, von *einem* deutschen Südwesten zu sprechen.

Zwei Aufsätze behandeln die evangelischen Landeskirchen (J. Thierfelder, E. Röhm) und die katholische Kirche in Baden und in Württemberg (J. Köhler).

Wahlergebnisse und Wählerbewegungen stellt E. Schanbacher auf äußerst knappen Raum in seinem Artikel „Das Wählervotum und die ‚Machtergreifung‘ im deutschen Südwesten“ zusammen. Wer hier eine Quintessenz erwartet, wird enttäuscht, das Thema „Machtergreifung“ wird überhaupt nicht behandelt.

Die „Lokalmodelle . . .“ stellen von Lehrern verschiedener Schularten erarbeitete Unterrichtsmodelle vor, die von der Landeszentrale für politische Bildung in einem Wettbewerb ausgewählt wurden. Darunter befindet sich eine für die 10. Klasse der Realschule geplante Einheit über „Die nationalsozialistische Machtergreifung im Oberrheinischen Ried“ von Kurt-Dietrich Mroßko. Sie umfaßt thematisch die Wirtschaftskrise, die Machtübernahme bis zum 1. Mai 1933 und die ersten Schritte gegen die Juden. Der Dokumententeil besteht weitgehend aus Presseauszügen. Hier könnte der uninformierte Leser leicht auf den Gedanken kommen, daß jene Wochen eigentlich herrliche Festtage gewesen sein müssen; die Tatsache, daß es sich um die Machtergreifung in einer NS-Hochburg gehandelt hat, wird allenfalls zwischen den Zeilen angedeutet. Wahlergebnisse, Mitgliederzahlen der NSDAP und ihrer Organisationen *vor* 1933, die ebenfalls vor 1933 verliehene Ehrenbürgerschaft an Adolf

Hitler in Altenheim, „in dem ja“ — so Reichskommissar und Gauleiter Robert Wagner bei einem Besuch 1933 — „die Wiege des Nationalsozialismus im Bezirk Offenburg gestanden“, all das macht das Ried (wie übrigens auch Kehl und das Hanauerland) zu historisch besonders gelagerten Fällen im Bereich der Ortenau, die noch einer eingehenden Erforschung bedürfen. In einem zweiten Teil werden die Ergebnisse von Umfragen abgedruckt, die Schüler bei älteren Mitbürgern durchgeführt haben. Deutlich wird, wie schwierig solche Befragungen in Planung und Durchführung sind und wie wenig ergiebig sie sein können.

Heiner Raulff

### **Raymond Matzen, Goethe, Friederike und Sesenheim.**

*Holzchnitte von Henri Bacher. Verlag Morstadt 1983. 320 S., DM 24,80*

### **Raymond Matzen; Das Sesenheimer Liebesidyll. Friederike Brion in Goethes Liedern und Schriften. Federzeichnungen von Eugène Henri Cordier.**

*Verlag Morstadt, Kehl, Straßburg, Basel, 1983. 126 S.*

Das Wesentliche von alldem, was über die Sesenheimer Liebesgeschichte geschrieben wurde — und Anmerkungen, die das Ganze zu einem Nachschlagewerk abrunden — soll der interessierte Leser in diesem Band finden. Der Verfasser kann auf seine enge Verbundenheit mit diesem Thema hinweisen, sein Geburtsdorf Killstett liegt in keiner großen Entfernung von Sesenheim (franz. Sessenheim), und während seines Germanistik-Studiums in Freiburg (Ph. Witkop) und Straßburg (A. Fuchs) hat er dieses Goethe-Thema nie aus den Augen gelassen. Die Geschichte der Begegnung Goethes und Friederikes und eine kurze Beschreibung der im Dorf Sesenheim erhaltenen sichtbaren Erinnerungen daran bilden die Einleitung zu den umfangreichen Auszügen aus dem 9. bis 12. Buch von *Dichtung und Wahrheit*, vier Jahrzehnte nach Sesenheim 1811 erschienen. Es folgen einige Briefe Goethes zwischen 1770 und 1828 und die Sesenheimer Lieder. Verhältnismäßig viel Raum ist mehr oder weniger bekannten Dichtern eingeräumt, die das Sesenheimer Idyll zu Versen angeregt hat. Näkels Wallfahrt (der ersten, der dann viele folgen sollten) sind Goethes „Wiederholte Spiegelun-

gen“ gegenübergestellt; Tiecks Erinnerungen werden gefolgt von Anekdoten aus dem Dorf. Aus jüngster Zeit haben die beiden Sesenheimer Pfarrer Herbert Wild und nach ihm Paul Brunner solche beige-steuert. Ihnen ist es auf ihre einfühlsame, direkte und heitere Weise gelungen, jene Gestalten aus der „Literatur“ wieder in lebendige Gegenwart zu verwandeln. Man findet Hinweise auf die 1895 erstmals gezeigte, von Gustav Müller aus Baden angeregte Goethe-Sammlung des Schreiners und damaligen Ochsenwirts Wilhelm Gillig und auf das von dem kürzlich verstorbenen Germanisten aus Straßburg, Prof. Albert Fuchs 1962 eingerichtete *Mémorial Goethe*. Im Zusammenhang mit Adrien Finck's „Willkommen“ seien erwähnt die Bemühungen der Gemeinde, Goethe und Friederike („man spricht nicht deutsch“) vor der Kirchentür einmal im Jahr leibhaftig wieder erscheinen zu lassen. Die Illustrationen von Henri Bacher wurden einem zum Goethejahr 1932 erschienenen Buch entnommen. Zum gleichen Thema brachte Morstadt ebenfalls 1983 einen etwas schmaleren Band von Raymond Matzen heraus: *Das Sesenheimer Liebesidyll*. Er hat in der Einführung Goethes Aufenthalt in Straßburg und Sesenheim und seinen Bekanntenkreis vorgestellt und den späteren Lebensweg Friederikens über Rothau bis nach Meißenheim begleitet.

Das Buch enthält die Sesenheim betreffenden Textstellen aus *Dichtung und Wahrheit* (ohne 9. Buch), eine kleinere Auswahl von Briefen und Aufzeichnungen Goethes, die Sesenheim-Lieder und die „Wiederholten Spiegelungen“ (ohne Näkes Wallfahrt). Zahlreiche Anmerkungen gehen ausführlich auf Einzelheiten, vor allem auf die Menschen aus Goethes Bekanntenkreis ein. Der Straßburger Graphiker Eugène Henri Cordier hat alle Erinnerungsstätten in Sesenheim in einer Reihe von Federzeichnungen vorgestellt.

C. H. Steckner

### **Herbert Wild, Das Gästebuch des Sesenheimer Pfarrhauses.**

*Verlag Morstadt Kehl, Straßburg, Basel, 1983. 152 S.*

In seinem Sesenheimer Gästebuch blättern, erzählt Pfarrer Herbert Wild von den Besuchern im Pfarrhaus, den Goethe- und Friederike-Wallfahrern und den mehr oder weniger offiziellen Gästen aus den Jahren 1947 bis 1965. Der Ort hat Menschen aus der ganzen Welt angezogen. Gerade in der entscheidenden Epoche



der Nachkriegszeit hat diese winzige Bühne der Weltliteratur vermocht, die zerstrittenen und ermatteten Geister Europas an einem gemeinsamen Ort zusammenzuführen und erwiesen, daß das Menschliche in eines Dichters Leben und Wort die Menschen bewegt. Die verschiedensten Besuchergruppen läßt der Autor zu Wort kommen aus Kunst, Kirche, Politik und Presse, Hausfrauen und Schulkinder. Namen fallen: Alfred Toepfer aus Hamburg, Pierre Pflimlin, damals noch Minister (der frei aus Faust II zitierte), Friedrich Bentmann und Kurt Ganss, die die Goethe-Gesellschaft vertraten.

Einiges findet sich hier über die erste Goethe-Sammlung im Ochsen, über die Restaurierung der alten Goethe-Scheune, über die kirchliche Ausstattung von Kirche und Pfarrhaus, über die Entstehung des Goethe-Mémorials. Pfarrer Wild erzählt von manchen wichtigen und nachhaltigen Begegnungen, von dem Goethe-Kolloquium 1957 in Straßburg, in dem wohl auch die Idee der Gedenkstätte geboren wurde, die Minister André Malraux dann unterstützte. Elsässische „Pfarrhüstradition“ und alemannisches Beharrungsvermögen spiegeln sich in dieser Epoche.

Einen kleinen Beitrag zur Goethe-Interpretation liefern die Überlegungen zur Geschichte vom Taufkuchen aus Drusenheim. Wo in den Erinnerungen dieses Dorf genannt wird, würde der Autor aus Kenntnis der Landschaft lieber „Dengolsheim“ setzen, doch hält ihn die Vorsicht ab, sogleich „Hier irrt Goethe“ zu rufen. Umgekehrt, wo es heißt, Goethe habe die Tischrunde in seinem Sommerquartier am „Fischmarkt“ vorgefunden, da hätte der Dichter wohl „Knoblochgasse“ (rue de l'Ail) als Adresse der Jungfern Lauth genannt — hätte er sie noch gewußt. Nach der kurzen Einleitung Raymond Matzens, der den Autor vorstellt und in einem Dorfrundgang die sichtbaren Zeugnisse jener Jahre nennt, findet der Leser ein wertvolles und eindrucksvolles Zeit- und Literaturdokument über das elsässische protestantische Pfarrhaus, über das Nachleben der Goethe-Tradition im Elsaß, über ihre ungebrochene weite Ausstrahlung und über den Wandel im Geist beider Nachbarvölker, der sich an dieser Begegnungsstätte zur Zeit Pfarrer Wilds manifestierte. Das Buch bildet ein Gegenstück zu den früher erschienenen Auszügen aus dem Gästebuch des Gasthofs zum Ochsen (Kl. Peter Schulz, Berlin 1965) mit den Äußerungen und Kommentaren französischer und deutscher Besucher, die unter anderem Blickwinkel ein ebenso wichtiges Zeitdokument darstellen.

C. H. Steckner

### **Manfred Sestendrup, Vom Dichter gewollt. Grimmelshausens Barock-Simplizissimus und seine 20 Textillustrationen.**

*Edition Stolz, Freiburg, 1982. 80 S., illustriert.*

Manfred Sestendrup versucht in seinem Werk nachzuweisen, daß die 20 Textillustrationen zum Barock-Simplizissimus auf Grimmelshausen selbst zurückgehen. Dabei läßt der Autor die Frage offen, „inwieweit Grimmelshausen für die fertigen Illustrationen oder nur deren Vorlage verantwortlich gemacht werden kann, oder ob die Illustrationen gar nur nach seinen Entwürfen und Anregungen entworfen wurden“.

Der Verfasser führt mehrere Argumente auf, die dafür sprechen, daß Grimmelshausen sein eigener Illustrator war. So beweist er, daß Grimmelshausen zeichnerisch begabt war, was vor allem die erhaltenen Federzeichnungen von der Burg Hohengeroldseck und von den Befestigungen der Stadt Offenburg belegen. Ein weiteres Argument ist die Anonymität der Illustrationen. Sestendrups Hauptargument aber ist die von ihm ausführlich dargelegte „innige Bild-Text-Beziehung, die zustandezubringen wohl keinem anderen als dem Autor möglich gewesen wäre“.

Dazu muß man wissen, daß die in typisch barocker Manier emblemartig konzipierte Abbildungen dreiteilig aufgebaut sind. Im Mittelpunkt steht die Pictura, die eigentliche Illustration. Sie ist unterschrieben von der Subscriptio, einem Zweizeiler, der das im Bild Dargestellte auszulegen hat. Als drittes Element kommt die Inscriptio hinzu, ein Motto, das im Fall der Simplizissimus-Illustrationen „Der wahn betreügt“ lautet.

Zum Schluß seines Buches schildert Sestendrup noch kurz die Entstehungsgeschichte des Barock-Simplizissimus. Er verdankt seine Existenz einem unrechtmäßigen Nachdruck des Simplizissimus-Teutsch durch Müller, dem sog. Schulmeister-Simplizissimus. Um sich gegen diese unliebsame Konkurrenz zur Wehr zu setzen, brachte Felbecker im Herbst 1671 den Barock-Simplizissimus heraus, was darauf schließen läßt, daß die darin enthaltenen Illustrationen vor allem die Aufgabe hatten, den buchhändlerischen Erfolg dieser Neuauflage zu sichern. Daß Felbecker richtig spekuliert hatte, beweist die Tatsache, daß bereits nach kurzer Zeit ein Neudruck notwendig wurde, der allerdings hinter Grimmelshausens Rücken vorgenommen wurde, um ihn nicht am Erlös beteiligen zu müssen.

Götz Bubenhofer

## **Wolfram Stolz, Sein Held war nicht er- funden. Grimmelshausen und Springins- feld.**

*Edition Stolz, Freiburg, 1982. 60 S.*

W. Stolz weist in seinem Buch nach, daß die Romanfigur des Springinsfeld auf Johann Springinsfeld zurückgeht, von dem man jedoch lediglich weiß, daß er als Bürger von Pfirt im Sundgau eine Gastwirtschaft betrieb, und daß sein Sohn Jakob, „Trommenschläger von Schwebischgöndt“, 1665 in Oppenau seinen Sohn Andreas taufen ließ.

Götz Bubenhofer

## **Hansjakob-Jahrbuch '82.**

*Herausgegeben von Waldemar Kampf und  
Max Weber. Morstadt Verlag Kehl. 1982*

In veränderter Gestalt und Aufmachung zeigt sich die neueste Schrift der Hansjakob-Gesellschaft. Von dem gefälligen Äußeren und den zahlreichen geplanten Neuerungen ausgehend, von denen Prof. Kampf in seinem Vorwort spricht, möchte der Leser eigentlich eine durchweg gediegene Sammlung von Aufsätzen zu Leben und Werk des Haslacher Volksschriftstellers erwarten. Tatsächlich ist den Verfassern fast aller Beiträge Lob auszusprechen, so dem um die Neuherausgabe der Werke Hansjakobs verdienten M. Hildenbrand, der seinen Festvortrag „Hansjakob und sein 'Paradies'“ in überarbeiteter und um zahlreiche Anmerkungen erweiterter Form zur Verfügung stellt. Hildenbrand zeigt, wie Hansjakob damals schon kritische Äußerungen zu Vorgängen machte, die sich für uns Heutige unter dem Begriff „Umweltverschmutzung“ zu einem der schwersten Probleme entwickelt haben. In dem Aufsatz „Die Schwarzwälder Kulturlandschaft in den Erzählungen Heinrich Hansjakobs“ arbeitet die Verfasserin M. Rößler die Themenkreise „Siedlungs- und Flurbild des Hofgutgebiets“, „Bodennutzungsarten“, „Bergbau im Kinzigtal“, „Städte und Gewerbe“ und „Auswanderung“ heraus und hebt die Bedeutung der Erzählungen Hansjakobs für die Landeskunde hervor. Bei der Durchsicht der verwendeten Literatur fällt der merkwürdige Umstand auf, daß die Verfasserin zwar J. L. Wohlebs Aufsatz über „Hansjakobs 'Bauernfürst' Andreas Harter aus Kaltbrunn“ (in: Die Ortenau 37./1957) kennt und verwendet. Unerklärlich bleibt es aber, weshalb sie dann E. Schneiders Arbeit über

„Volkskundliches Gut in Hansjakobs Schriften“ im selben Jahresband mit Schweigen übergeht. Sie hätte daraus zahlreiche Details, z. B. zu Bergbau, Glashütten, Strohflechtere, Köhler, Sympathiedoktoren usw. verwenden können.

Besondere Aufmerksamkeit verdient H. Benders Essai „Hansjakob reflektiert über seine Schriftstellerei“. Treffend definiert er Hansjakobs berühmte „Schlenkerer als „ein legeres Seinen-Gedanken-freien-Lauf lassen“ und trägt dadurch zu einem besseren Verständnis zahlreicher Widersprüchlichkeiten und Ungeheimheiten Hansjakobscher Äußerungen bei. — Dankbar begrüßt der Leser den Abdruck einer Passage aus einem der lange nicht mehr aufgelegten Reisetagebücher, der durch den reizvollen Vorspann „„Letzte Fahrten“ — Nachvollziehung einer Hansjakob-Reise“ von W. Remusch eingeleitet wird.

Was W. Kampf in seinem „Diskussionsbeitrag“ liefert, mag aus persönlicher Verärgerung über M. Hildenbrands Rezension im vorletzten Jahresband der „Ortenau“ (S. 326 ff.) noch irgendwie verständlich sein. Taktlos kommt es uns jedoch vor, daß er damit als verantwortlicher Herausgeber des Jahrbuches über den Beitrag eines seiner Mitarbeiter herfällt. Übrigens: das angeblich nicht belegbare Zitat über Hansjakobs Kopfbedeckung findet sich in „Allerseelentage“, Seite 230.

Werner Scheurer

## **Heinrich Hansjakob, Erinnerungen einer alten Schwarzwälderin.**

*Verlag Stadt Haslach i. K. 13. A. 1982.  
304 S.*

Die „Schwarzwälderin“ darf zu den originellsten Werken des Pfarrerichters gezählt werden, denn hinter dem Titel verbirgt sich nichts anderes als die Lebensgeschichte einer alten Hausiererkiste, die aus einer Wettertanne am Triberger Wasserfall hergestellt wurde, um dann auf dem Rücken des Großvaters Hansjakobs, des „Wälder-Xaveri“ (Xaver Kaltenbach) von Hof zu Hof, über Berg und Tal getragen zu werden. In der 1898 erstmals veröffentlichten Familiengeschichte schildert Hansjakob seine Herkunft mütterlicherseits aus der ehemaligen Triberger Herrschaft. Gleichzeitig öffnet er auch, in den erzählerischen Fluß eingewoben, den Blick für Land und Leute und für die sozialen Verhältnisse der Wäldler um die Schwelle des 18. und 19. Jahrhunderts. Damit ist ein Zeitgemälde entstanden, das Leben und Leiden, Arbeit und Erwerb der Schwarzwälder

zeichnet. Auf dem Hintergrund der Familienchronik berichtet Hansjakob über die Neubelebung der Uhrenindustrie auf dem Wald, die Einführung der Strohflechterei als zusätzlicher Broterwerb für die darbende Bevölkerung und setzt dabei gleichzeitig dem Triberger Obervogt Karl Theodor Huber ein literarisches Denkmal. Die „Schwarzwälderin“ stellt das Gegenstück dar zu der wenige Jahre später (1902) erschienenen väterlichen Ahnenchronik „Meine Madonna“. Auch der jetzigen Veröffentlichung sind wie in der früheren Volksausgabe die Erzählungen „Aus dem Leben eines Glücklichen“, „Aus dem Leben eines Unglücklichen“ und „Aus dem Leben eines Vielgeprüften“ angeschlossen. Darin erfährt der Leser das „Leben“ um einen bemoosten Granitfindling, das Schicksal eines Kehrbesens und die Lebensstationen eines abgeschundenen Karrengauls. Während der Schwarzwaldmaler Wilhelm Hasemann die „Schwarzwälderin“ illustrierte, lockert Curt Liebich mit seinen Zeichnungen die anderen drei Erzählungen auf. Manfred Hildenbrand hat diese Neuerscheinung wieder vorzüglich betreut und mit ergänzenden Anmerkungen und Hinweisen versehen.

Kurt Klein

## Badische Biographien

*im Auftrag der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. von Bernd Ottnad. Neue Folge Bd. 1. Stuttgart 1982. 279 S.*

Man kann der Meinung sein, daß das oben angezeigte Werk seit der Bildung des Staates Baden-Württemberg überflüssig ist, zumal die Erinnerung an das alte Baden besonders im Bewußtsein der jungen Generation immer mehr schwindet. Dennoch hat die Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg den Auftrag erteilt, die von Friedrich von Weech 1875 begonnenen Badischen Biographien bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg weiterzuführen, um den landesgeschichtlich Interessierten für ihre Forschungen Hilfen und Anregungen zu geben. Das Werk ist auf 3 Bände berechnet, von denen der 1. vorliegt. Der Kreis der aufzunehmenden Persönlichkeiten ist weit gezogen. Er umfaßt nicht bloß die in Baden geborenen, gleich ob sie innerhalb des Landes überregionale Bedeutung erlangten oder außerhalb ihre Lebensarbeit verrichteten,

sondern auch jene, deren Geburtsort außerhalb Badens liegt, jedoch hier ihr Leben verbrachten oder längere Jahre tätig waren. Die Bearbeitung der rund 190 Stichworte erfolgte nach einem festgelegten Schema, dessen Kernstück die Kurzbiographie der betreffenden Persönlichkeit darstellt. Die Ausführungen werden ergänzt durch Angaben über die Familienverhältnisse und den Lebenslauf des Genannten sowie durch eine Zusammenstellung der wichtigsten Werke, der über ihn erschienenen Literatur sowie ein Bilderverzeichnis. Die behandelten Persönlichkeiten stammen aus allen Lebensbereichen: Politik und Verwaltung, aus dem religiösen Bereich und der Wissenschaft (besonders Naturwissenschaft und Rechtswissenschaft) Kunst, Wirtschaft, Technik usw. Von ihrem Werdegang, ihrem Wirken und ihren Leistungen berichten die Kurzbiographien zuverlässig in knapper Form, wobei sich die Verfasser immer um eine gerechte Würdigung bemühen. So wird das Werk nicht bloß nützlich für den Forschenden, sondern auch für jeden der die damalige Zeit erlebte, der die Persönlichkeiten kennenlernte oder von ihnen hörte und nun mehr von ihnen erfahren möchte. Damit erfährt diese Weiterführung der Badischen Biographien ihre Rechtfertigung. Problematisch bleibt, warum gerade dieser etwa in dem 1. Band aufgenommen wurde und jener nicht. Einen einleuchtenden Grund für die jeweilige Aufnahme gibt es nicht; so wird Heidegger behandelt, aber nicht Husserl, von den Politikern Anton Geiß, aber nicht Adolf Geck usw. Auf jeden Fall muß nach der Fertigstellung des Gesamtwerkes ein Gesamtregister erstellt werden; dann wird es seine Aufgabe erfüllen als Nachschlagewerk für den Forschenden, aber auch als Hilfe für den der sich erinnert.

H. Schn.

## Berichtigung

Oberforstrat L. Brandstetter vom Forstamt Baden-Baden teilt mit, daß der in dem Aufsatz von Johannes Werner, Der Jägerlouis und die Jagdlust überhaupt (Ortenau 62./1982, S. 109) angeführte Louisfelsen nicht nach dem Jägerlouis benannt ist, sondern nach dem Leiter des Städt. Forstamtes Louis (1862—1909).

H. Schneider

## AUTORENVERZEICHNIS

- Bäumer, Prof. Dr. Remigius, Mattenweg 2, 7815 Kirchzarten  
Bubenhofner, Götz, Tannenweg 6, 7590 Achern  
Dittler, Dr. Erwin, Offenburger Str. 4, 7640 Kehl-Goldscheuer  
Gamber, Dr. Gerhard, Landratsamt, 7600 Offenburg  
Hildenbrand, Manfred, Georg-Neumaier-Str. 15, 7612 Haslach-Hofstetten  
Hoffmann, Gerhard, Oppelner Str. 8, 7550 Rastatt  
Huber, Heinz G., Grenzstr. 32, 7551 Elchesheim-Illingen  
Kauß, Dr. Dieter, Hildastr. 89, 7600 Offenburg  
Kewitz, Hubert, Gartenstr. 10, 7636 Ringsheim  
Klein, Kurt, Haselwanderstr. 11, 7613 Hausach  
Koerner-Baumann, Josefine, Ritterstr. 50, 7631 Rust  
Kohler, Dr. Oskar, Wilhelmstr. 16, 7500 Karlsruhe  
Krausbeck, Josef, Kl. Dammstr., 7620 Wolfach  
Kreutz, Dr. Gernot, Schillerplatz 31, 7600 Offenburg  
Marx, Dr. Wilhelm, Kehler Str. 78, 7607 Neuried-Altenheim  
Mild, Hermann, Schulstr. 7, 7607 Neuried-Altenheim  
Mössinger, Wolfgang, Im Bruch 6, 7615 Zell a. H.  
Naudascher, Josef, Schmiedeweg 23, 7631 Mahlberg  
Pillin, Dr. Hans-Martin, Albert-Köhler-Str. 22, 7593 Ottenhöfen  
Raulff, Dr. Heiner, Lichtenbergstr. 16, 7640 Kehl-Goldscheuer  
Scheurer, Werner, Schlattstr. 8, 7612 Haslach i. K.  
Schildberg, Dr. Gerhard, Blumenstr. 1, 7500 Karlsruhe  
Schindler, Franz, Kolpingstr. 27, 7611 Steinach i. K.  
Schmid, Adolf, Steinalde 74, 7800 Freiburg  
Schmid, Dr. Hermann, Obertor 3, 7770 Überlingen  
Schneider, Hugo, Kirchstr. 10, 7590 Achern  
Schultz, Dr. Gudrun, Fritz-Erler-Str. 9, 7500 Karlsruhe  
Schwab, Karl, Poststr. 4, 7570 Steinbach  
Steckner, Carl Helmut, Honsellstr. 8, 7640 Kehl  
Struck, Dr. Wolfgang, Adelhauserstr. 33, 7800 Freiburg/Br.  
Uttenweiler, Bernhard, Sonnenberg 14, 7637 Ettenheim  
Wasmer, Udo, G.-Hauptmann-Str. 2, 7580 Bühl  
Weschenfelder, Dr. Klaus, Hildastr. 57a, 7600 Offenburg  
Zimmermann, Paul, Breitmattstr. 9, 7601 Hohberg

Als Sonderband hat der Historische Verein Mittelbaden den

## **Gesamtregisterband**

herausgegeben. Er hat alle in den Jahrbüchern von 1910 bis 1981 erschienenen Beiträge zum Inhalt.

Das Verfasserregister verzeichnet 420 Autoren mit 1 670 Beiträgen. Das Sachregister beinhaltet rund 3 500 geographische Begriffe, Personen, Stich- und Schlagwörter mit mehr als 9 500 aufgeführten Quellen.

Der Registerband kann über die Geschäftsführung des Historischen Vereins Mittelbaden, Postfach 1569, 7600 Offenburg bezogen werden.



# Der Historische Verein für Mittelbaden e.V.

gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die Zeitschrift

## „Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familienforschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Brauchtum, Lebensgeschichte bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Aufnahme finden. Der Jahresband wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 7600 Offenburg, Postfach 15 69 sowie die Obleute der Mitgliedergruppen jederzeit entgegen:

### Vorstand und Beirat des Vereins:

Kurt Klein, Schulamtsdirektor  
Komm. Präsident  
Haselwanderstr. 11  
7613 Hausach i.K.  
Tel. 078 31 / 61 25

Erich Burger, Oberbürgermeister a. D.  
2. stellvertr. Präsident  
Gartenstr. 8  
7580 Bühl/Baden  
Tel. 072 23 / 2 21 10

Theo Schaufler, Kreisoberverw. Rat  
Kassen- und Geschäftsführung  
Postfach 15 69  
7600 Offenburg  
Tel. 078 1 / 8 05-2 66

Redakteur der „Ortenau“  
Hugo Schneider, Studiendirektor i.R.  
Kirchstr. 10  
7590 Achern  
Tel. 078 41 / 57 72

Manfred Hildenbrand, Realschulkonrekt.  
Schriftführer  
Georg-Neumaier-Str. 15  
7612 Hofstetten-Haslach i.K.  
Tel. 078 32 / 28 67

### Beiräte:

Dr. Hans-Joachim Fliedner  
Espanstr. 24  
7600 Offenburg  
Tel. 078 1 / 7 66 38

Adolf Hirth  
Kastanienweg 23  
7594 Kappelrodeck  
Tel. 078 42 / 26 15

Josef Naudascher  
Schmiedeweg 23  
7631 Mahlberg  
Tel. 078 25 / 74 84

Dipl.-Ing. Erwin Steurer  
Metzgerstr. 14  
7630 Lahr  
Tel. 078 21 / 2 31 07

Dr. Wilhelm Marx  
Kehler Str. 78  
7607 Neuried-Altenheim  
Tel. 078 07 / 8 44

Karl Maier  
Jakobstr. 6  
7604 Appenweier  
Tel. 078 05 / 6 95

Rainer Fettig  
Straßburger Str. 6  
7603 Oppenau  
Tel. 078 04 / 20 24

Gerhard Hoffmann  
Oppelner Str. 8  
7550 Rastatt  
Tel. 072 22 / 2 29 01

### Mitgliedergruppen:

7590 Achern: Hugo Schneider, Kirchstr. 10, Tel. 0 78 41 / 57 72

7604 Appenweier: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 0 78 05 / 6 95

7570 Baden-Baden: Robert Erhard, Spörsigweg 18, Tel. 0 72 21 / 7 19 72

7570 Baden-Baden (Yburg-Steinbach): Ursula Schäfer, Rebbergstr. 12, 7570 Baden-Baden-Steinbach, Tel. 0 72 23 / 55 72

7605 Bad Peterstal-Griesbach: Emil Geierhaas, Bahnhofstr. 1, Tel. 0 78 06 / 81 90

7616 Biberach i.K.: Wolfgang Westermann, Rebhalde 26, Tel. 0 78 35 / 83 09

7580 Bühl/Baden: derzeit unbesetzt

7637 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14, Tel. 0 78 22 / 58 00

7614 Gengenbach: Alfons Frei, Hauptstr. 25, Tel. 0 78 03 / 24 71

7612 Haslach i.K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten, Georg-Neumaier-Str. 15, Tel. 0 78 32 / 28 67

7613 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 0 78 31 / 61 25

7601 Hohberg: Michael Bayer: Reisengasse 7, Tel. 0 78 08 / 37 16  
 7746 Hornberg-Triberg: Walter Aberle, Hornberg, Schloßstr. 2, Tel. 07 83 / 2 77  
 7640 Kehl-Hanauerland: Kurt Ganss, Richard-Wagner-Str. 109, Tel. 0 78 51 / 7 14 69  
 7630 Lahr/Schw.: Dr. Rudolf Ritter, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 21 / 2 61 40  
 7631 Meißenheim: Karl Schmid, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 24 / 23 62  
 7607 Neuried: Werner Kopf, Akazienweg 1, Neuried-Altenheim, Tel. 0 78 07 / 6 98  
 7611 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Dorf 31 a, Tel. 0 78 37 / 2 88  
 7602 Oberkirch: Wilhelm J. Vajen, Stadtgartenstr. 7, Tel. 0 78 02 / 48 42  
 7600 Offenburg: Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstr. 24, Tel. 07 81 / 7 66 38  
 7601 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 07 81 / 3 20 51  
 7603 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 0 78 04 / 20 24  
 7550 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 0 72 22 / 2 29 01  
 7587 Rheinmünster: Adolf Hirth, Kastanienweg 23, Kappelrodeck (7594), Tel. 0 78 42 / 26 15  
 7592 Renchen: Erich Huber, Rathaus, Tel. 0 78 43 / 5 01  
 7625 Schapbach: Johannes Furtwängler, Festhallenstr. 1, Tel. 0 78 39 / 3 78  
 7622 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Schiltach, Tel. 0 78 36 / 24 42  
 7601 Schutterwald: Artur Hohn, Bahnhofstr. 4, Tel. 07 81 / 5 23 81  
 7633 Seelbach-Schuttertal: Erich Krämer, Schwarzwaldstr. 5, 7633 Seelbach, Tel. 0 78 23 / 23 33  
 7611 Steinach i.K.: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 0 78 32 / 86 56  
 7620 Wolfach: Josef Krausbeck, Kleine Dammstr., Tel. 0 78 34 / 3 88  
 7615 Zell a.H.: Thomas Kopp, Gartenstr. 20  
 überregionale Mitgliedsgruppe (früher Hauptverein):  
 Theo Schaufler, Postfach 15 69, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-2 66

#### Arbeitsgemeinschaften:

Archäologischer Arbeitskreis: Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 7631 Mahlberg  
 Arbeitskreis Denkmalspflege: Dr. Dieter Kauß, Hildastr. 89, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-5 34  
 Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden: Paul Braun, Lange Straße 68a, 7570 Baden-Baden  
 Mitarbeiterkreis des Hanauer Museums Kehl: Klaus Hornung, Hauptstr. 17, 7640 Kehl  
 Arbeitskreis für neuere und Zeitgeschichte: Dr. Heiner Raulff, Lichtenbergstr. 16, Kehl-Goldscheuer  
 Arbeitskreis „Mundart“: Prof. Hermann Braunstein, Am Bruch 1, 7601 Schutterwald, Tel. 0781/52111  
 Arbeitskreis „Museen“: (komm.) Alfred Schmid, Am Herrenberg 17, Fischerbach, Tel. 0 78 32 / 21 64

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. 3. jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bei der Druckerei A. Morstadt, Buch- und Offsetdruck, 7640 Kehl, Kinzigstraße 25, bestellen kann, spätestens gleich nach Zustellung des Jahrbuchs. Danach können die Einzelbeiträge nicht mehr geliefert werden, nur noch der ganze Band, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrgänge, nimmt die Geschäftsleitung (Postfach 15 69, 7600 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1981 beträgt der Jahresbeitrag derzeit:

- 25,— DM für natürliche Personen und Schulen
- 40,— DM für juristische Personen und Körperschaften

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e.V., Sitz Offenburg, dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken. Gegen die Anerkennung der Mitgliedsbeiträge als steuerbegünstigte Ausgabe nach § 10 b EStG bestehen seitens des Finanzamtes Offenburg lt. Mitteilung vom 19. Juli 1972 keine Bedenken. Die Bescheinigung über die steuerbegünstigten Beträge erfolgt auf der Mitgliedskarte oder auf besonderem Formular.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. (Volksbank Offenburg, Nr. 6 295 509, BLZ 664 900 00, Bezirkssparkasse Offenburg, Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Postscheckkonto Nr. 6057-756, Postscheckamt Karlsruhe).